

Raul Hilberg Täter, Opfer, Zuschauer

Die Vernichtung der Juden
1933-1945



Raul Hilberg
Täter, Opfer, Zuschauer

»Ich war mir immer bewußt, daß die Täter, Opfer und die Zuschauer Menschen gewesen sind.«

Die Vernichtung der europäischen Juden wird aus der Sicht aller Beteiligten – Täter, Opfer und Zuschauer – dargestellt. Mit diesen drei Kollektivbiographien erinnert Hilberg daran, daß in der Zeit des Nationalsozialismus Menschen systematisch ermordet wurden, daß viele der Massenvernichtung zusahen – auch wenn sie wegschauten.

»Es gelingt dem Autor, die vielen Facetten eines die Vorstellungskraft übersteigenden Geschehens lebendig werden zu lassen. ... eine meisterhafte Bilanz, die auch hierzulande einen breiten und aufmerksamen Leserkreis verdient.«

Hans Mommsen

Umschlaggestaltung: Buchholz/Hinsch/Hensinger
Foto: Archiv Isaac E. Wahler
Deportation von Juden in Würzburg, 25. 4. 1942

www.fischer-tb.de
ISBN 3-596-13216-9



€ 9,90 (D)

Fischer 

Nach seinem berühmten Standardwerk ‚**Die Vernichtung der europäischen Juden**‘ beschreibt der Autor die Massenvernichtung der Juden nun aus der Sicht der damals handelnden, leidenden oder scheinbar unbeteiligt danebenstehenden Personen.

Im Teil **Täter** werden die alten und neuen Eliten dargestellt, die eifrigen Karrieristen in Verwaltung, Armee und Partei, in Verbänden und Organisationen. Sie entstammten allen sozialen Schichten.

Der Teil **Opfer** beschäftigt sich mit den Opfern und deren vielfältigen Geschichten. Hier geht es auch um die Rolle der Judenräte beim Vernichtungsprozess und um die Überlebenden.

Im Teil **Zuschauer** beschreibt der Autor das Verhalten der scheinbar unbeteiligt Danebenstehenden, der kleinen und grossen Gewinnler des Judenmordes, die z.B. Wohnungen und Arbeitsplätze übernahmen. Angesprochen wird auch das fragwürdige Verhalten der Staatenwelt, des Roten Kreuzes und anderer humanitärer Organisationen, nicht zuletzt das der Kirchen.

Das Buch hat bei seinem Erscheinen grosses Aufsehen erregt. Die Jury der *Süddeutschen Zeitung* hat das Buch gleich zweimal hintereinander auf ihre Sachbuch-Bestenliste gesetzt.

Raul Hilberg, geboren 1926 in Wien, musste 1939 mit seinen Eltern vor den Nationalsozialisten fliehen: In New York studierte er bei Franz Neumann (‚Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933-1944‘, Fischer Tb. Nr. 4306). Hilberg gehörte zu den ersten Historikern, die nach 1945 mit den in die USA überführten Nazi-Akten arbeiten durften. Er lehrte bis zu seiner Emeritierung 1991 Politikwissenschaften an der Universität Burlington/Vermont, USA. Zahlreiche Preise, darunter der Geschwister-Scholl-Preis 2002.

Veröffentlichungen: ‚Die Vernichtung der europäischen Juden‘ (3 Bde., Fischer Tb. 10611-10613);
‚Unerbetene Erinnerung. Der Weg eines Holocaust-Forschers‘;
‚Die Quellen des Holocaust. Entschlüsseln und Interpretieren‘ (beide S. Fischer Verlag).

Raul Hilberg

**Täter, Opfer,
Zuschauer**

**Die Vernichtung der
Juden 1933-1945**

Aus dem Amerikanischen
von Hans Günter Holl

Fischer Taschenbuch Verlag

Die Zeit des Nationalsozialismus
Eine Buchreihe
Herausgegeben von Walter H. Pehle

Der Verlag dankt der Köhler-Stiftung, Darmstadt,
für die freundliche Unterstützung dieser Ausgabe

4. Auflage: August 2003

Veröffentlicht im Fischer Taschenbuch Verlag,
einem Unternehmen der S. Fischer Verlag GmbH,
Frankfurt am Main, Oktober 1996

Lizenzausgabe mit freundlicher Genehmigung
des S. Fischer Verlages GmbH, Frankfurt am Main
Die amerikanische Originalausgabe erschien 1992 unter dem Titel
„Perpetrators, Victims, Bystanders. The Jewish Catastrophe 1933-1945“
bei HarperCollins, New York

© 1992 by Raul Hilberg
Für die deutsche Ausgabe:
© 1992 S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt am Main
Druck und Bindung: Clausen & Bosse, Leck
Printed in Germany
ISBN 3-596-13216-9

Eingelesen mit ABBYY Fine Reader

Inhalt

Vorwort	9
Täter	
1. Adolf Hitler	15
2. Die Beteiligten	33
3. Alte Funktionäre	39
4. Neulinge	48
5. Fanatiker, Rohlinge und seelisch Belastete	64
6. Ärzte und Juristen	80
7. Ausländische Regierungen	90
8. Ausländische Freiwillige	103
Opfer	
9. Die führenden Juden	123
10. Die Flüchtlinge	137
11. Männer und Frauen	145
12. Mischehen	149
13. Kinder	157
14. Christliche Juden	168
15. Privilegierte, Kämpfer und Enteignete	178
16. Die Unangepassten	189
17. Die Überlebenden	206
Zuschauer	
18. Nationen in Adolf Hitlers Europa	215
19. Helfer, Gewinner und Schaulustige	233
20. Boten	238
21. Die jüdischen Retter	247
22. Die Alliierten	273
23. Neutrale Länder	280
24. Die Kirchen	284
Anmerkungen	295
Namenregister	355
Ortsregister	365

In memoriam
Dompropst Bernhard Lichtenberg

Vorwort

Die jüdische Katastrophe 1933 bis 1945 hatte gewaltige Ausmasse. Sie begann in Deutschland und erfasste am Ende nahezu ganz Kontinentaleuropa. Drei Gruppen: Täter, Opfer und Zuschauer waren in das Geschehen verstrickt, blieben aber klar voneinander geschieden. Jede sah aus ihrer speziellen Perspektive und mit unterschiedlichen Einstellungen und Reaktionen, was geschah.

Jeder der Täter spielte für die Formulierung und Durchführung der antijüdischen Massnahmen eine spezifische Rolle. Meist verstanden die Beteiligten ihre Aufgabe von selbst, schrieben sie ihrer jeweiligen Stellung und ihren Pflichten zu. Ihr Tun war unpersönlich. Sie waren «ermächtigt» oder «angewiesen», ihre Mission auszuführen. Zudem war kein Einzelner, keine Behörde allein für die Vernichtung der Juden verantwortlich. Es gab keinen Sonderhaushalt für das Projekt. Die Arbeit verteilte sich auf eine weitverzweigte Bürokratie, und jeder konnte sich einreden, nur ein Rädchen im immensen Getriebe zu sein. Daher bezeichneten sich Beamte, Schreiber oder uniformierte Wachmänner im Nachhinein nie als Täter. Allerdings wussten sie, dass die Teilnahme an der Vernichtung freiwillig war und dass jeder, der in den Mahlstrom eintrat, unauslöschliche Taten beging – in diesem Sinne also immer bleiben würde, was er einmal war, sogar wenn er eisern über sein Tun schwieg.

Der Täter par excellence war Adolf Hitler selber. Er leitete die ganze Aktion als führender Architekt; ohne ihn wäre sie undenkbar gewesen. Doch auch wenn Hitler stets im Rampenlicht stand, blieb die Zuarbeit überwiegend im Schatten, ausgeführt von einer Unzahl der üblichen Funktionäre und aufstrebenden Neulinge. In diesem Konglomerat zeigten manche grossen Eifer, andere zweifelten. In der Führungsspitze gab es viele Akademiker, darunter die stets willigen Juristen und unverzichtbaren Ärzte. Als der Prozess auf ganz Europa Übergriff, wurde die

Maschinerie der Vernichtung international, da nun die Regierungen der Satellitenstaaten und zahlreiche Kollaborateure in besetzten Ländern den Deutschen zur Hand gingen.

Gegenüber den Tätern waren die Opfer immerfort exponiert, blieben auf Schritt und Tritt identifizierbar und zählbar. Als Jude galt schon, wer jüdische Eltern oder Grosseltern hatte. Rassengesetze und -Verordnungen regelten minuziös Probleme wie den Status der Partner in Mischehen, Fragen der gemischten Abstammung oder die Verhältnisse in Unternehmen mit gemischter Inhaberschaft. Die Kluft wurde mit jedem Schritt tiefer. Juden mussten den gelben Stern tragen, ihr Umgang mit Nichtjuden wurde auf ein Minimum reduziert, formal geregelt und schliesslich ganz verboten. In Häuser, Gettos oder Arbeitslager verbannt, wurden Juden räumlich isoliert und zusammengepfercht. Über diese Schranken hinaus schnitt der Krieg die Juden auf dem europäischen Festland von den jüdischen Gemeinden und von den Alliierten der Aussenwelt ab.

Die jüdischen Opfer hatten eigene Anführer, und diese Mitglieder Hunderter von Judenräten zogen grosses Interesse auf sich. Doch als Ganzes gesehen, blieben die Opfer eine amorphe Masse. Millionen von ihnen erlitten in vorgefertigten Massengräbern oder im Dunkel der hermetisch abgedichteten Gaskammern ein kollektives Schicksal. Der Tod wurde diesen Juden zum Wesensmerkmal: Man erinnert sich ihrer hauptsächlich im Sinne dessen, was ihnen allen widerfuhr. Deshalb bestehen gewisse Hemmungen, sie systematisch in einzelne Gruppen zu unterteilen. Doch die Katastrophe erfasste nicht alle gleichzeitig und auf die gleiche Weise. An erster Stelle gab es jene, die rechtzeitig flohen – die Flüchtlinge. Zur grossen Mehrzahl derer, die blieben oder festgehalten wurden, gehörten erwachsene Männer und Frauen, die unterschiedlich mit den Repressalien konfrontiert wurden. Einige Juden fielen in eine Sonderkategorie, weil sie mit nichtjüdischen Partnern verheiratet waren. Jüdische Kinder erlitten ihre besonderen Konflikte. Das Dilemma der Christen jüdischer Abstammung ist eine Geschichte für sich. Die ganze Gemeinschaft wurde von oben bis unten nach Wohlstand und Einkommen geschichtet, und vielfach kam es entscheidend auf diese

materiellen Abgrenzungen an. Noch wichtiger waren die unterschiedlichen Persönlichkeitsmerkmale. Obwohl sich die meisten Opfer nach und nach auf die zunehmenden Härten der Entbehrung und des Verlusts einstellten, vermochten dies nicht alle. Unter jenen, die den Übergriff nicht hinnehmen konnten oder wollten, reichten die Reaktionen von Selbstmord bis zu offener Auflehnung. Schliesslich fand man einen Rest derer, die durchgehalten oder im Widerstand gekämpft hatten, in den befreiten Lagern und in den Wäldern – Überlebende.

Die meisten Zeitgenossen der jüdischen Katastrophe waren weder Täter noch Opfer. Doch viele sahen oder hörten von dem Geschehen. Sofern sie in Adolf Hitlers Europa lebten, hätten sie sich mit wenigen Ausnahmen als Zuschauer bezeichnet. Sie hatten ja mit dieser Angelegenheit «nichts zu tun»: wollten weder einem Opfer etwas zuleide tun noch von den Tätern misshandelt werden. Nur war die Wirklichkeit nicht immer derart unkompliziert. Vieles hing von den Beziehungen der einzelnen kontinentaleuropäischen Völker zu den Deutschen und zu den Juden ab. Bindungen oder Brüche konnten das Handeln in der einen oder anderen Richtung fördern oder blockieren. Eine entscheidende Rolle spielte auch der Charakter des Einzelnen – besonders, wenn er wirklich einen ausgeprägten Charakter hatte. In einigen Bereichen wurden die Zuschauer selber zu Tätern. Oft nutzten sie das Unglück der Juden und schlugen Profit daraus; aber es gab auch jene, die den Gejagten halfen. Hie und da traten Boten auf und verbreiteten ihre Nachrichten.

Rings um die Arena der Vernichtung wurde eine wichtige Gruppe mit Hilferufen konfrontiert – die Juden in den Vereinigten Staaten, in Grossbritannien und in Palästina. Die jüdischen Honoratioren dieser Länder waren keineswegs gleichgültig; *sie* begriffen sich gewiss *nicht* als Zuschauer. Doch sie hielten sich für machtlos – so sehr, dass sie es faktisch wurden. Zwar fehlte es den Alliierten, an die amerikanische und britische Juden ihre Appelle richteten, keineswegs an Macht, aber sie waren nicht bereit, den Opfern zu helfen. Die neutralen Staaten auf dem europäischen Festland entschieden sich für eine Politik, offiziell nichts zu unternehmen, was sich als klare Parteinahme deuten liess. Ihre

Selbstbeschränkung trug dazu bei, dass sie auch gegenüber dem Verhängnis der Juden völlig passiv blieben. Dagegen vertraten die Kirchen zwar die ganze Menschheit, fanden aber keinen Weg, ihre schützende Hand in alle Richtungen zugleich auszustrecken. Besonders schwierig war diese Übung für den Papst, und in den Jahren nach Kriegsende galt er bei vielen als der Zuschauer par excellence. Doch der katholische wie protestantische Klerus grenzte sich, ebenso wie die übrigen Bewohner Europas, je nach Nationalität und Temperament ab.

Im Folgenden sind Täter, Opfer und Zuschauer getrennt untersucht. Die 24 Kapitel – in drei Teilen jeder der drei Gruppen gewidmet – sind segmentiert angelegt: Sie sollen als in sich abgeschlossen in beliebiger Reihenfolge lesbar sein. Zudem wird hier nicht versucht, alle und jeden zu berücksichtigen. Vielmehr enthält dieses Buch kurze Skizzen und Porträts von bekannten und unbekanntem Menschen, die irgendwann in dieser dunklen Geschichte eine Rolle spielten.

Ich habe mehrere Jahre für Forschung und Niederschrift aufgewandt, hätte aber länger gebraucht ohne die Hilfe meines Freundes und Kollegen Alan Wertheimer, der die Abteilung Politikwissenschaft an der Universität Vermont leitete, als ich mein Projekt aufnahm. Durch seinen Einsatz erhielt ich ein Stipendium der John M. Olin Foundation, die mir Material, Reisen und vor allem Zeit finanzierte. Die Stiftung blieb geduldig, als ich meine Arbeit unterbrach, erweiterte und ausdehnte. Für diesen Beistand bin ich zutiefst dankbar. John G. Jewett förderte meine Untersuchung als Dekan des College of Arts and Sciences, indem er mich zur rechten Zeit ganz von allen Lehrverpflichtungen freistellte. Schliesslich danke ich den Archivaren und Bibliothekaren dreier Kontinente für ihre unverzichtbare Hilfe. Ohne sie wären die weit verstreuten Quellen verlorengegangen, Namen wie auch Ereignisse unbekannt geblieben.

Täter

«Ich war nie grausam.»

Hermann Göring 1946 in Nürnberg zum
Gefängnispsychologen G.M. Gübert.

1. Adolf Hitler

Adolf Hitler wurde am 20. April 1889 geboren. Sein Vater Alois war Zollamtsoberoftizial des Österreichisch-Ungarischen Reiches in Braunau, an der deutschen Grenze. Die Mutter Klara war viel jünger als der schon zweimal verwitwete Alois. Klara gebar sechs Kinder, von denen nur zwei überlebten. Adolfs Schwester Paula blieb stets unbekannt im Hintergrund.

Die Familie war nicht arm. Alois hatte sich aus bescheidenen Verhältnissen hochgearbeitet, und als er starb, musste niemand hungern. Klara, der Adolf sehr nahestand, starb mit 47 Jahren an Krebs. Ihr Hausarzt war Jude.

Als Schüler in den Provinzstädten Linz und Steyr brachte der heranwachsende Adolf Hitler mässige Leistungen. Zwar erhielt er in Mathematik und Deutsch ein «nicht genügend», doch seine Ausbildung war für die damaligen Verhältnisse kaum unzureichend.¹

Hitler fühlte sich zur Malerei hingezogen, und 1907 traf er in der Hauptstadt Wien ein, wo er die folgenden sechs Jahre verbringen sollte. Dort hörte er Wagner-Opern mit ihren altgermanischen Gottheiten, gedämpft langsamen Paukenschlägen und Arien, die schiere Macht beschwören, wenn die Solostimme im dominanten Crescendo ein massives Orchester übertönt. Hitler fiel zweimal durch die Aufnahmeprüfung der renommierten Wiener Akademie der bildenden Künste. Abgelehnt wurde er aber nicht wegen seines Stils, wie es den Impressionisten beim Pariser Salon oder den Sezessionisten beim Wiener Establishment erging. Hitler war Traditionalist. Er zeichnete und malte am liebsten Gebäude und Landschaften. Offenbar konnte er keine Gesichter porträtieren: «wenig Köpfe, Probezeichnung ungenügend». Allerdings skizzierte er sein eigenes Konterfei in einer Zeichnung, die den Anflug einer Karikatur hat.

Hitler wurde abgelehnt, aber nicht ausgestossen. Zwar musste er 1909 als Hilfsarbeiter antreten und vorübergehend im Obdachlosenasyl

übernachten, zog dann aber in den XX. Bezirk, ein Arbeiterviertel, in dem auch viele Kleinhändler ihre Geschäfte trieben. Dort hatte er ein reguläres Zimmer in einem Männerheim. Manchmal mag ihm das Geld für einen Mantel oder sonstiges gefehlt haben, aber er schlug sich mit dem elterlichen Nachlass, mit dem Erlös seiner Bilder bei Kunsthändlern und mit Werbeplakaten durch. Zwei der Händler waren anscheinend Juden.²

Das Europa der Jahre 1907 bis 1913 ertrank in Ideologien, die schon gegen Ende dieses Jahrhunderts viel von ihrem einstigen Reiz verloren hatten: Imperialismus, Rassismus und Antisemitismus.

Österreich-Ungarn besass keine überseeischen Kolonien und hatte daher keine farbigen Einwohner, doch es gab eine beträchtliche jüdische Minderheit. Allein in Wien lebten etwa 200'000 Juden, darunter viele, die gerade erst aus den östlichen Provinzen eingetroffen waren, besonders aus Galizien. In Wien rumorte eine antisemitische Bewegung, die den Juden in ihren Hetzschriften destruktives Verhalten vorwarf und behauptete, es gebe eine verderbte jüdische «Rasse», die weder gewillt noch imstande sei, sich zu ändern. In seiner Wiener Zeit nahm Hitler dieses Ideengut in sich auf.

Noch in Wien kam Hitler ins wehrfähige Alter. Wie andere Staaten Kontinentaleuropas hatte Österreich-Ungarn eine Wehrpflicht in Friedenszeiten. Alle tauglichen Männer wurden zur Militärübung herangezogen und liessen sich als Reservisten im Kriegsfall rasch mobilisieren. Prägend für die Jahre 1907 bis 1913 war in der Tat die zunehmende Wehrbereitschaft und ein Wettrüsten, besonders zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn auf der einen Seite sowie Frankreich und Russland auf der anderen. Hitler entzog sich der Musterung durch die k. u. k. Armee.

1913 siedelte er nach München um und schloss von dort aus Frieden mit den österreichischen Behörden. Sie musterten ihn und befanden ihn für untauglich – «zu schwach: Waffenunfähig». Als Deutschland im August 1914 den Krieg erklärte, meldete sich Hitler freiwillig zur bayerischen Armee. Die folgenden vier Jahre kämpfte er an der Westfront,

wo er verwundet wurde. Eine Beförderung zum Unteroffizier blieb ihm versagt, weil er nach Auffassung seines Vorgesetzten «keine Führereigenschaften» hatte. Zudem verweigerte man ihm mehrfach die begehrte Auszeichnung mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse. Im August 1918 erhielt er sie schliesslich, nachdem er erneut dafür vorgeschlagen worden war. Der erfolgreiche Förderer war seinem Vorgänger Fritz Wiedemann zufolge ein Jude.

Kurz vor dem Ende der Kämpfe atmete Hitler Giftgas ein. Den Zusammenbruch des Deutschen Reiches und den Waffenstillstand erlebte er – vorübergehend erblindet – im Lazarett. Nach seiner Genesung blieb er Soldat. Im revolutionären München stationiert, beobachtete er einige der politischen Unruhen im Deutschland der Nachkriegszeit, darunter das Räteregime der Kommunisten, dem die deutsche Reichswehr rasch den Garaus machte. Als sich Meldungen über linksradikale Ansichten bei Truppenteilen im Lager Lechfeld häuften, kümmerte sich das dort befindliche Reichswehrgruppenkommando 4 sofort um die erforderliche Aufklärung. In einem der organisierten Kurse stellte ein Teilnehmer dem Hauptmann schriftlich die Frage, ob die Regierung den Einfluss der Juden richtig einschätze. Der Hauptmann beauftragte Hitler, den Brief zu beantworten.

Hitlers Antwort vom 16. September 1919 ist der erste Text, in dem er sich ausführlich über die Juden äusserte. Darin erklärte er, die Juden missbrauchten den Staat als Blutegel, zerstörten die Kraft der Völker und infizierten sie mit der Rassistuberkulose. Danach kam er auf Gegenmittel zu sprechen, unterschied zwischen dem Antisemitismus «aus rein gefühlsmässigen Gründen», der nur temporäre «Progrome» [sic] zur Folge habe, ohne die Judenfrage zu lösen, und dem «Antisemitismus der Vernunft», der zur «planmässigen gesetzlichen Beseitigung der Vorrechte des Juden» zwingt und zuletzt «unverrückbar» die Entfernung der Juden herbeiführen müsse.³

Hitlers Abgrenzung dieser Formen des Antisemitismus war keineswegs gang und gäbe, könnte also durchaus eigenem Nachdenken entsprungen sein. Das *reine Gefühl* unterstellte er als flüchtig, die *Vernunft* dagegen als beständig. Diese Beständigkeit brauchte er, um sein Ziel zu

erreichen: totale Eliminierung der Juden, ihr restloses Verschwinden, ausgedrückt in dem zweideutigen Wort *Entfernung*.

Als Hitler diesen Brief schrieb, war er dreissig Jahre alt. Nichts, was er zuvor gesagt oder notiert hatte, kündigte dessen Schärfe an. Nichts in seinen früheren Begegnungen mit Juden erklärt die offene Feindseligkeit. Manche haben gemutmasst, dass Hitler in jüdischen Ärzten eine Gefahr für die Gesundheit des deutschen Volkes sah, weil Dr. Eduard Bloch, der Hausarzt seiner Mutter, Jude war. Tatsächlich tauchten solche Schmähungen später in der kruden Nazipropaganda auf, und als Führer untersagte Hitler, dass jüdische Ärzte deutsche Patienten behandelten, aber dabei ging es primär um den gesellschaftlichen *Status* der Ärzte – als allgemeine *Vorbilder* –, und Hitler wollte nicht zulassen, dass Juden der Elite angehörten.⁴ Auch sein Umgang mit jüdischen Kunsthändlern könnte Anlass zu der Frage geben, ob Hitler einen alten Verdacht hegte, übervorteilt oder betrogen worden zu sein. Erneut gilt: Zwar ordnete Hitler die Liquidation jüdischer Handelsunternehmen an, doch offenbar hat er sich nie über seine eigenen Geschäfte mit ihnen beklagt. Dagegen zeigte er seinen nichtjüdischen Bekannten Reinhold Hanisch an, der an Hitlers Gemälden regelmässig fünfzig Prozent verdiente, weil dieser sich mit zwei Bildern abgesetzt habe. *Ihm* warf Hitler Veruntreuung vor.⁵ Schliesslich ist Hitlers Leben 1914 bis 1918 an oder nahe der Front ähnlich unergiebig, sofern man nach Hinweisen auf seinen obsessiven Judenhass sucht. Gewiss duldete er nach der Machtergreifung keine Juden in der deutschen Wehrmacht, aber noch 1938 soll er im engeren Kreis geäussert haben: «Manches täte ihm leid, denn man kann sagen, was man wolle, es habe im Weltkrieg auch tapfere jüdische Soldaten, ja sogar Offiziere, gegeben.»⁶

Hitlers Fixierung hatte ihre Wurzeln in Wien, wo er antijüdische Traktate las und, wie er später sagte, die Juden allmählich zu hassen begann. Diese Druckwerke, oder seine Eindrücke von den neu aus dem Osten eingetroffenen jüdischen Umsiedlern auf den Strassen Wiens, verzerrten nicht sein Bild von den einzelnen Juden, die er in Linz, in Wien oder beim Militär kennengelernt hatte; vielmehr bildete er eine

Besessenheit gegen die Juden insgesamt aus. Er sah sie als Schädlinge des deutschen Volkes an und machte sie kollektiv für den grössten Verlust schlechthin verantwortlich: die deutsche Niederlage. Über dieser Folgerung muss er einige Zeit gebrütet haben, denn seine Erwiderung von 1919 hat nichts Zögerndes oder Vorläufiges: Hier zog jemand Bilanz, der sich seiner Position absolut sicher war.

Am 31. März 1920 wurde Hitler aus der Reichswehr entlassen, die aufgrund des Friedensvertrages weitgehend zu demobilisieren war. Er fand jedoch ein neues Betätigungsfeld. In der Endphase seines Militärdienstes erhielt er den Auftrag, eine Veranstaltung der neugegründeten, schon dem Namen nach verdächtigen «Deutschen Arbeiterpartei» zu besuchen. Er trat der DAP als 555. Mitglied bei und gehörte bald als «Werbeobmann» ihrem Ausschuss an.⁷ Nach seiner Entlassung aus dem Militärdienst wurde er hauptamtlicher Parteifunktionär und bewies ein aussergewöhnliches Rednertalent. Ab Anfang März 1920 nannte sich die DAP «Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei», abgekürzt NSDAP oder «die Nazis». Das Programm der Vorgängerin vom Februar 1920 wurde übernommen; es enthält mehrere Attacken gegen die Juden, darunter die Forderung, ihnen die Staatsbürgerschaft abzuerkennen, sie aus öffentlichen Ämtern zu beseitigen und alle auszuweisen, die nach dem Ausbruch des Weltkriegs eingewandert waren. Das Programm kündete jedoch nirgends von dem, was später kommen sollte.

1923 beschloss Hitler, die Regierung Deutschlands durch einen Staatsstreich zu übernehmen. Die Idee war nicht neu. Im November 1917 hatten Kommunisten in Russland die Macht ergriffen; Benito Mussolini war im Oktober 1922 nach einem Marsch auf Rom ans Ruder gekommen; und in Deutschland selbst hatte es mehrere erfolglose Umsturzversuche gegeben, die ihn inspiriert haben könnten. Hitlers *Putsch*, wie die Deutschen es nannten, erfolgte nicht in Berlin, sondern in München, wo ranghohe Militärs ihn unterstützten. Hitler marschierte an der Seite General Erich Ludendorffs, die Polizei eröffnete das Feuer, und der Versuch schlug fehl. Das Datum des 9. November 1923 war bewusst

so gewählt, dass die Nazis ihren Sieg am 11. – dem fünften Jahrestag des Waffenstillstandsabkommens – hätten feiern können.

Im Prozess wegen Hochverrats wurde Hitler zu fünf Jahren Festungshaft verurteilt, doch das Gericht stellte Bewährungsfrist «nach Verbüßung eines weiteren Strafteils von sechs Monaten» in Aussicht. Während der Haftzeit vom 1. April bis 20. Dezember 1924 begann Hitler, seine polemische Autobiographie *Mein Kampf* zu schreiben. Danach war Vater Alois kein Antisemit und würde schon in der besonderen Betonung der Bezeichnung Jude eine kulturelle Rückständigkeit erblickt haben. Als Junge habe Adolf selber von den Linzer Juden keine Notiz genommen, da sie sich nicht von den Deutschen unterschieden. Auch anfangs in Wien habe er die Juden nicht gesehen. Erst nach einiger Zeit seien ihm, dank der Wiener Presse, Juden zunehmend aufgefallen: ihre wenig heldische Erscheinung, der Geruch, das Gerede. Als bloße «Zwischenglieder» produzierten sie nichts, als «Marxisten» bemächtigten sie sich der Gewerkschaften und «zertrümmern die Grundlagen der nationalen Wirtschaft», als «Schacherer» kontrollierten und monopolisierten sie die Börse, und als «Schmierer» verdürben sie die deutsche Kultur. Sie schändeten zudem deutsche Frauen mit ihrem Blut. Offenkundig ekelte Hitler der Anblick von Juden. Für ihn repräsentierten sie Hässlichkeit, Entartung, Schmutz und Syphilis: «Das war Pestilenz, geistige Pestilenz, schlimmer als der schwarze Tod von einst, mit der man da das Volk infizierte.»

Nach seiner Haftentlassung ordnete Hitler seine Verhältnisse. Noch an *Mein Kampf* arbeitend, bezog er eine kleine Wohnung.⁸ Er legte die österreichische Staatsbürgerschaft ab und beantragte die deutsche, die er endlich 1932 erhielt.⁹

Sein politisches Leben war jedoch keineswegs gesichert. Da er sich ganz auf die Parteiarbeit konzentrierte und keinen Beruf erlernt hatte, setzte Hitler alles auf die winzige Chance eines Sieges. Es ging also um alles oder nichts, obwohl die Partei Ende 1928 erst 108 717 Mitglieder hatte.¹⁰

Ein spezielles Problem bildeten Hitlers private Finanzen. Er musste sich ständig Geld borgen. Sein einziger Luxus, ein Mercedes, den er liebte, aber auch für die zunehmende politische Reisetätigkeit brauchte,

erregte das Interesse des Finanzamtes, wo man an der Richtigkeit seiner Steuererklärungen und am Umfang der von ihm beanspruchten Freibeträge zu zweifeln begann.¹¹

1929 verdiente Hitler satte Honorare, und er war schliesslich ein gemachter Mann, der luxuriös in einer viel grösseren und besseren Wohnung lebte als zuvor. Er war in ganz Deutschland bekannt, und immer mehr Menschen strömten in seine Wahlveranstaltungen. Als die Wirtschaftskrise Deutschland mit voller Wucht traf, hatten Nazis wie Kommunisten starken Zulauf, und nach mehreren Wahlgängen wurde Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt.

Jetzt konnte er das deutsche Volk nicht nur durch Druckmedien oder bei Massenversammlungen erreichen, sondern über ein mächtiges neues Medium: den Rundfunk. Die Zuhörer identifizierten sich mit Hitler. Meist stand er reglos schweigend da, bevor er langsam mit tiefem Bariton anhub: «Volksgenossen, Volksgenossinnen!» Ganz allmählich steigerte er sich zum Crescendo, und man hörte den frenetischen Jubel des Publikums in dem Ruf: «Sieg Heil!» Überall hing Hitlers Konterfei; es zeigte einen Mann um die Vierzig, kaltblütig und eindringlich. Seine Vertrauten nannten ihn hypnotisch.

Er verstand die deutsche Sprache, verstand das deutsche Volk bis ins Mark. Eberhard Jäckel, der prominente Historiker und Hitler-Kenner, hat gezeigt, dass die Deutschen Hitler liebten, stets in Schutz nahmen und von allen «Exzessen» freisprachen, die ihrer Meinung nach hinter seinem Rücken und ohne sein Wissen begangen wurden.¹²

In seinem Äusseren verkörperte Hitler extreme Schlichtheit. Er trug die einfache Uniform ohne angemasste Orden, nur mit seinem Eisernen Kreuz. Im Krieg habe er als einfacher Soldat gedient. Nach Reichspräsident von Hindenburgs Tod lehnte Hitler es ab, dessen Titel zu übernehmen; offiziell zum «Führer und Reichskanzler» ernannt, liess er schliesslich den Zusatz Reichskanzler fallen, wollte nur der *Führer* sein. In dieser Manier übermittelte er Substanz und Totalität.

Seine Reden kannten wenig Ironie, Feinsinn, Zurückhaltung oder Be-

scheidenheit, was dem allgemeinen Jargon der Deutschen bestens entsprach. Öfters setzte Hitler Dichotomien ein. Er spielte gerne mit extremen Gegensätzen. Alles, was er öffentlich sagte, hatte «ja» oder «nein» zu erzwingen und Ausnahmen, Vorbehalte oder Kompromisse abzuweisen.

Für Deutschland wollte er die Einheit. Die beliebteste Parole war «Ein Volk, ein Reich, ein Führer». Die Partei war eine «Bewegung», und Deutschland marschierte in pulsierenden Wellen, «vor uns, mit uns, hinter uns».

Sein Blickwinkel, der sich in seiner Linzer und Wiener Jugend gebildet hatte, war der eines Baumeisters. Kein Zufall, dass er einen jungen Architekten, Albert Speer, als Planer für Berlin und später für die Kriegsproduktion ausersah. Die öffentlichen Bauwerke waren monumental durchstilisiert, nicht modern oder flach, und jedes musste weitläufig angelegt sein wie das Atrium des Führerbaus in München oder die Nürnberger Sportarena, wo der Reichsparteitag von 1935 stattfand. Doch in der Architektur ging es um viel mehr als nur um Plätze oder Gebäude. Das ganze Reich war durchzugestalten, mit den Reichsautobahnen sichtbar zu vereinigen, und für die Bürger sollte es ein aerodynamisches Auto in Käferform geben, den Nazi-Volkswagen. Doch über die technischen Projekte hinaus prägte die architektonische Idee das gesamte administrative Denken. Den Bauplänen für Gebäude entsprachen die Organisationsentwürfe für neue Verwaltungsstrukturen. Neue Parteiämter, dazu neue SS- und Polizeiformationen, neue Ministerien mit neuen Aufgaben sollten ins Leben gerufen werden, und schliesslich stand Adolf Hitler selbst allein über all den alten und neuen Machtzentren: der oberste Bauherr des Dritten Reiches.¹³

Adolf Hitler und seine Getreuen waren keineswegs Missionare, die andere Völker zum Nazismus bekehren wollten, und Hitler berief oder stützte sich nicht auf eine politische Theorie. Er formulierte nicht einmal Fernziele. Weder gab es eine Landkarte, die zeigte, wie ein deutsches Europa nach dem «Endsieg» aussehen sollte, noch eine Planskizze für die Vernichtung der europäischen Juden. Stattdessen gab es ein aufgerütteltes Volk, dessen Kräfte mobilisiert, dessen Drohungen

verwirklicht werden konnten. Deutschland schlug unaufhaltsam einen Weg ein, der einer inneren Logik folgte, verlor zunehmend alle Skrupel und steigerte im gleichen Masse seine Entschlossenheit gegenüber den «Feinden».

In Hitlers Augen waren die Juden der Hauptfeind Deutschlands. Der gegen sie geführte Kampf galt ihm als «Verteidigungsschlacht». Er wollte die Judenheit für alles zur Rechenschaft ziehen, was sie ange richtet hatte, wollte ihr Hohngelächter bestrafen. Einen Hitler sollte niemand ungestraft verlachen, erniedrigen oder verspotten dürfen. Für ihn spotteten die Juden allem, was einem Deutschen heilig war. In seiner Rede vom 30. September 1942 sprach Hitler offen aus, dass den Juden bald überall das Lachen vergehen werde. Soviel kündigte er an.¹⁴

In den zwölf Jahren seiner Herrschaft präsentierte sich Hitler öffentlich als solitärer, unangefochtener, unantastbarer Führer. Er hielt Reden, die in den Köpfen der Deutschen nachwirkten, und unterzeichnete Gesetze im *Reichsgesetzblatt*. Alles andere blieb verborgen: seine Gebrechen, seine Begleiterin, seine Anflüge von Toleranz und Bescheidenheit.

Hitler war einer jener Kleinbürger, die Mercedes-Aktien kauften und Quittungen für Mietzahlungen aufbewahrten.¹⁵ Er duldete es nicht, dass man ihn mit Brille porträtierte. Kurz vor seinem Machtantritt bekam er nach den Mahlzeiten, manchmal schon beim Essen selbst, Magenschmerzen. Dass er dieses Gebrechen nicht vor anderen verbergen konnte, plagte ihn nicht weniger als der Schmerz selber. Bald darauf mied er Fleischgerichte und sogar Torten, die er so sehr liebte.¹⁶ Ebenso unbekannt wie seine Beschwerden waren seine Privatvergnügen. Eva Braun wurde ihm zur Lebensgefährtin, und eine Stunde, bevor sich beide gemeinsam das Leben nahmen, heiratete er sie. Bis nach Kriegsende wusste niemand ausserhalb seines engsten Kreises von ihrer Existenz.

Major Gerhard Engel, ein Adjutant, der Hitler zwischen 1938 und 1943 genau beobachtete, berichtete von mehreren untypischen Begebenheiten in Hitlers Leben. Als sich der Oberbefehlshaber des Heeres Generaloberst Walther von Brauchitsch scheiden liess, war der liberale Hitler «grosszügig» und bot finanzielle Hilfe an, um die materiellen

Forderungen der Frau von Brauchitsch zu erfüllen; er wollte unbedingt verhindern, dass diese Drangsal den Befehlshaber «seelisch belastete». Einmal wollte Hitler ein Café aufsuchen, und die Gestapo setzte gerade an, den Münchner Volkssänger Weiss Ferdi, der per definitionem verdächtig war, von der Terrasse zu vertreiben. Hitler griff ein und erklärte, «solche Leute könnten ruhig alles durch den Kakao ziehen, wenn es in Grenzen bleibe». Gemeinsam mit Engel besuchte Hitler einmal nachts eine Galerie, um Bilder zu kaufen.¹⁷ Eines seiner Lieblingsbilder, das er sogar zu photographieren erlaubte, trug den Titel «Die letzte Handgranate».¹⁸ Sein eigenes künstlerisches Werk berührte ihn jedoch peinlich. 1942 beauftragte er die Gestapo, drei seiner Gemälde aus einem Wiener Privatbesitz abzuholen und zu vernichten.¹⁹

Hitler hatte zwar die Entbehnungen seiner Wiener Zeit offengelegt, wünschte aber keine Enthüllungen bezüglich seines Privatlebens als Führer in Berlin. Die Öffentlichkeit sollte nichts über diese Aspekte seines Lebens erfahren, weil sie äusserst normal waren. Stattdessen kultivierte er das Bild eines Mannes, der ausschliesslich für das deutsche Volk lebte und dem man blind folgen musste. Manchmal schlief Hitler fast bis mittags, in der Regel arbeitete er aber den ganzen Tag. Um voll konzentriert zu bleiben, putschte er sich mit Amphetaminen auf, die ihm anfangs in kleinen und, als er sich an die Droge gewöhnt hatte, in immer grösseren Dosen verabreicht wurden. Allmählich wurde er von den Injektionen abhängig, und ab Mitte 1942 begann sich dadurch sein Verhalten zu verändern. Nicht mehr an Menschen oder Städten interessiert, zog sich Hitler in sein Hauptquartier zurück. Bei Besprechungen ritt er auf Belanglosigkeiten herum und wiederholte sich endlos.²⁰ Seine Effizienz war dahin, nicht aber sein Absolutismus.

Hitler entschied nicht alles persönlich, hatte jedoch die Macht, beliebig Weisungen erteilen zu können. Die Reichweite seiner Anordnungen variierte erheblich. Oft genug befasste er sich mit Details, auch was die Juden betraf, aber Hitler wäre nicht Hitler gewesen ohne die gewaltigen Pläne, die er in die Tat umsetzte. Zwar kam er nicht immer schnell zu

seinen Entschlüssen, und wenn er sie irgendwem ankündigte, waren sie oft kaum selbsterklärend. Diese internen Äusserungen wurden jedoch zu Richtlinien und Anregungen, und sogar aus Hitlers unausgegorenen Gedanken liess sich ein Sinn erschliessen. Da Hitler jenseits der Bürokratie stand, war er nicht der Verfasser – und selten der Redakteur – von Gesetzen oder Verordnungen, die er unterzeichnete. Der Verwaltungsapparat selber produzierte einen stetigen Strom von Ideen und Initiativen. Viele wichtige Massnahmen wurden ohne Hitlers ausdrückliche Zustimmung ergriffen, manchmal sogar ohne sein Wissen. Gelegentlich musste er zwischen zerstrittenen Potentaten oder Fraktionen vermitteln. Hitler erging es wie allen Herrschern in komplexen Gesellschaften, aber er verzichtete nie auf das Vorrecht einzugreifen, entweder um eine Massnahme zu unterbinden oder, was unheilvoller war, sie in die Wege zu leiten. Schliesslich darf man nicht vergessen, dass Hitler die Juden ja nicht mit blossen Händen massenhaft hätte umbringen können und dass er überhaupt nichts erreicht hätte ohne die Männer in der weitverzweigten Organisationsmaschinerie, die Spezialaufträge aller Art ausführten. Doch ohne ihn wäre für diese Männer der kolossale Feldzug gegen die Judenheit völlig unvorstellbar gewesen. Hitler war, wie sie immer wieder betonten, absolut unentbehrlich.

Alle typischen Merkmale der Hitlerschen Entscheidungen lassen sich anhand der Massnahmen gegen die Juden in den Jahren 1933 bis 1945 analysieren. Erstmals griff Hitler direkt ein, als es zwei Monate nach seiner Ernennung zum Reichskanzler um einen Gesetzentwurf ging. In der extrem aufgeladenen Atmosphäre dieser ersten Monate organisierten die Nazis einen Boykott jüdischer Geschäfte, und jüdische Richter wurden buchstäblich aus den Gerichten gezerrt. Die zuständigen Ministerien bereiteten ein Gesetz über «die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums» vor und erwogen die Entlassung aller nichtchristlichen Richter und Staatsanwälte. In diesem Augenblick forderte Hitler, alle jüdischen Beamten zu entfernen.²¹ Der greise Feldmarschall Paul von Hindenburg, noch deutscher Reichspräsident, protestierte bei Hitler gegen das brutale Vorgehen der Partei gegen kriegsbeschädigte jüdische

Richter. Dieser versprach ihm, Ausnahmen in Härtefällen zu machen und die Veteranen des Weltkriegs zu schonen.²² Andererseits war das Gesetz weitreichend genug, um alle «Nichtarier» zu erfassen und damit – ungeachtet der Religion – jeden, unter dessen Grosseltern sich mindestens *ein* Jude befand. Hitler unterschrieb auch mehrere Folgegesetze, um etwa Juden aus der Anwaltschaft auszuschliessen sowie jüdische Patentanwälte und Steuerberater zu beseitigen.²³

Das Gesetz «zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums» traf unter anderem Akademiker an Universitäten und Instituten. Der Verlust an hochqualifizierten jüdischen Physikern und Chemikern löste im deutschen Wissenschaftsbetrieb grosse Sorgen aus. 1933 sprach der deutsche Physiker Max Planck mit Hitler über dieses Problem. Er nannte speziell den Juden Fritz Haber, der synthetisch Ammoniak hergestellt hatte, wodurch es dem Deutschen Reich erspart geblieben sei, kriegswichtige Nitrate für Sprengstoffe aus Chile importieren zu müssen. Ohne diese Entdeckung, so Planck, hätte Deutschland «den Krieg von Anfang an verloren». Hitler erwiderte: «Gegen die Juden an sich habe ich gar nichts. Aber die Juden sind alle Kommunisten, und diese sind meine Feinde.» Als Planck einwandte, «dass es doch verschiedenartige Juden gäbe, für die Menschheit wertvolle und wertlose», erwiderte Hitler: «Jud ist Jud.... Es wäre die Aufgabe der Juden selber gewesen, einen Trennungsstrich zwischen den verschiedenen Arten zu ziehen. Das haben sie nicht getan, und deshalb muss ich gegen alle Juden gleichmässig vorgehen.» Planck wies darauf hin, dass der Verzicht auf Juden in der Wissenschaft geradezu eine Selbstverstümmelung wäre und nur dem Ausland diene, doch Hitler erging sich in allgemeinen Redensarten: Er habe «Nerven aus Stahl». Dabei schlug er sich kräftig aufs Knie und geriet in Rage.²⁴

Mehr als zwei Jahre vergingen, bevor Hitler die Kampagne gegen die Juden erneut entfachte. Anfang 1935 hatte sich die Lage der Juden in Deutschland stabilisiert, und sie lebten beinahe unbehelligt. Zwar verloren jüdische Beamte, Lehrer, Rechtsanwälte, Künstler, Autoren und andere Akademiker ihre Stellungen, und deutsche Konzerne lagen auf

der Lauer, um jüdische Firmen zu übernehmen, aber die meisten Selbständigen und Angestellten konnten ihre Berufe weiter ausüben. Die jüdische Auswanderungswelle flaute ab, noch galten Juden als Deutsche. Doch kurz vor seiner Rede auf dem Nürnberger Reichsparteitag wollte Hitler wieder eine Wende. Er ordnete an, schnell ein Gesetz über die Ausbürgerung der Juden und ein weiteres über das Verbot von Ehen zwischen Juden und Nichtjuden zu entwerfen. Das Gesetz über die Aberkennung der Staatsbürgerschaft war weitgehend symbolisch gemeint, da Juden nach wie vor deutsche Pässe brauchten, um auswandern zu können. Das gesetzliche Verbot von Mischehen sollte zwar nicht für bereits förmlich verheiratete Paare gelten, da aber im Text das Wort «Jude» vorkam, musste der Innenminister den Begriff genau definieren. Als Jude galt fortan, wer mindestens *zwei* jüdische Grosseltern hatte; Halbjuden fielen nur dann unter die Regelung, wenn sie dem jüdischen Glauben anhängen oder mit einem jüdischen Partner verheiratet waren. Diese Klausel war restriktiver als die Bestimmung «nichtarisch», so dass man in der Folge ohne grosse Skrupel und Vorbehalte deutlich schärfer gegen die Juden vorgehen konnte.²⁵

Praktisch alles, was in den Jahren nach der Ausführungsverordnung mit ökonomischen und gesellschaftlichen Massnahmen gegen die Juden unternommen wurde, war das Werk von Handlangern, Funktionären und Unternehmern. Hitler spielte den Passiven, erhielt Anregungen und reagierte darauf. Am ausgeprägtesten zeigte sich dieses Muster bei den Ereignissen in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938.

In vielen Städten ganz Deutschlands war ein antijüdischer Ausbruch entfesselt worden. Damit reagierten die Nazis auf einen Vorfall in Paris, wo ein deutscher Diplomat den Verletzungen erlegen war, die ihm ein junger polnischer Jude zugefügt hatte. Das Pogrom war ein reines Parteiprodukt, die Ausgeburt von Propagandaminister Joseph Goebbels, mit der direkten Folge, dass Schaufenster jüdischer Geschäfte eingeschlagen und Synagogen in Brand gesetzt wurden. Eine derart massive Aktion war nur deshalb von einem Moment auf den anderen möglich, weil sich die örtlichen Parteichefs in ihren Heimatstädten versammelt

hatten, um den Jahrestag des vereitelten Putschs von 1923 zu begehen. Die Hauptfeierlichkeiten fanden in München statt, wo allerdings nicht alle Parteispitzen zugegen waren. Zwar liess man die Feier und das Festmahl nicht durch die Nachricht aus Paris stören, aber Goebbels fand Gelegenheit, etwa eine halbe Stunde ungestört mit Hitler zu sprechen, und dieser gab der Partei grünes Licht für ihre Aktion.²⁶

Tags darauf war das Echo im Aus- und Inland nicht zu überhören, und Hermann Göring, der Oberbefehlshaber über die Wirtschaft, in der Hierarchie zweiter Mann direkt unter Hitler, wies Goebbels scharf zu recht, womit er Hitler in die unangenehme Rolle brachte, Göring zustimmen und gleichzeitig Goebbels rechtfertigen zu müssen.²⁷ Die Partei wollte mit ihrem Scherbengericht und den Brandstiftungen öffentlichen Hass auf die mörderischen Juden demonstrieren, doch genau vor solchen Aktionen hatte Hitler in seinem ersten antijüdischen Pamphlet von 1919 gewarnt.

Hitler korrigierte seinen Kurs und ordnete an, alle jüdischen Handelsfirmen zu liquidieren und jüdische Industrieunternehmen zwangsweise in deutsches Eigentum zu überführen. Ausserdem stimmte er zu, eine schwere «Sühneleistung» in Form einer Vermögensteuer speziell für Juden zu erheben. Die Steuer sollte nicht, wie auf Wunsch Goebbels', von der Partei, sondern vom Staat eingetrieben werden. Wichtiger noch war aber, dass Hitler neue Gewaltausbrüche verhindern wollte und deshalb zu diesem Zeitpunkt dem Vorschlag widersprach, die Juden mit einem Stern zu kennzeichnen.²⁸

Das angestrebte Ziel der Massenmigration, 1938 und 1939 noch mit Nachdruck verfolgt, konnte nur für Deutschland und das annektierte Österreich gelten. Nachdem der Krieg ausgebrochen war, erschien dieses Ziel jedoch völlig unrealistisch für den besetzten Westteil Polens, wo viel mehr Juden lebten. Nach dem Fall Frankreichs erwogen das Auswärtige Amt und andere Behörden kurzerhand die Umsiedelung aller europäischen Juden auf die französische Inselkolonie Madagaskar, doch auch dieser Plan liess sich nicht verwirklichen, solange Grossbritannien mit Deutschland im Krieg lag. Daher waren die zwei Jahre nach

Kriegsbeginn eine Zeit der Ungewissheit, in der man zwar weitere Massnahmen gegen die Juden im deutsch-dominierten Europa ergriff – darunter ihre Gettoisierung in Polen –, aber nur nebulöse Vorstellungen davon hatte, worauf diese zunehmend radikalen Schritte hinauslaufen sollten. Besonders die Gettos störten als unökonomische Schandflecke. Diese überfüllten Bezirke in den Armenvierteln polnischer Städte quollen über von arbeitslosen, halb verhungerten und kränklichen Juden. Die deutschen Erfinder hatten das Gettosystem jedoch ohnehin von Anfang an nur als Übergangslösung betrachtet. Zur internen Eigendynamik kam damit ein entscheidender Druck hinzu, die Judenfrage «endgültig» zu lösen.

Zwischen 1939 und 1941 fällt Hitler mehrere aussenpolitisch weitreichende Entscheidungen. Er begann einen Krieg, plante Feldzüge, bereitete die Invasion der Sowjetunion vor und unterschrieb schliesslich im September 1939 einen Auftrag, unheilbar geisteskrankte Patienten zu töten.²⁹ Dieses Dokument, mit dem das Euthanasie-Programm verabschiedet wurde, enthielt zwar nicht das Wort «geisteskrank». Doch es ergab sich aus den Argumenten einiger Ärzte und Parteigetreuen, wonach die Kranken in psychiatrischen Anstalten dahinsiechen mussten, ohne auf Heilung hoffen zu können. Irrenhäuser verursachten hohe Kosten, und durch die schmerzlose Verabreichung eines tödlich wirkenden Mittels an Insassen, die nicht einmal einfache Arbeiten ausführen konnten, sollten diese erlöst, sollte das deutsche Volk entlastet werden.

Anfang Februar 1941 wurde Hitler bei einem Treffen der alten Parteigarde «wieder einmal» gefragt, was er mit den Juden vorhabe. Ausweichend erwiderte er «Madagaskar», doch auf die Frage, «wie die denn im Krieg dahin kommen sollten», erwiderte er, «das müsste man überlegen». Zwar könne man die Juden verschiffen – «so viele seien es ja gar nicht» –, er wolle aber nicht riskieren, dass deutsche Besatzungen durch feindliche Torpedos untergingen. Ihn bewegten schon andere Pläne, «weniger freundliche».³⁰

Entscheidend wurden die folgenden Monate. Christopher Browning nannte sie «verhängnisvoll»: Die Steinchen des Mosaiks fügten sich zu-

sammen, und eine «Schwelle» wurde überschritten.³¹ Den Anstoss gab das Kulminieren eines Prozesses, der zwar rückblickend einer inneren Logik folgte, aber sogar für die Täter selber nicht absehbar war. Ursprünglich lag er jenseits von Rationalität und Irrationalität. Wie die Invasion der Sowjetunion, ein uferloser Überfall, war er eine «Abrechnung». Nur aufgrund dieses Überfalls erschien er möglich, sogar zunehmend unumgänglich: Wenn deutsche Männer in diesem grossen Kampf fielen, dann sollten auch die Juden sterben, jene alten Erzfeinde, die bis dahin alle Kriege und alle Vertreibungen überlebt hatten.

Doch die Entscheidung kam nicht plötzlich, wurde nicht schriftlich fixiert und unterzeichnet wie die Euthanasie-Ermächtigung oder der Befehl zum Einmarsch in die Sowjetunion. Es gibt keinen bestimmten Zeitpunkt oder Tag, den man im Wechselspiel zwischen den Planungen intriganter Funktionäre und Hitlers eigenen Äusserungen als Wende ansehen könnte. Offenbar gab es eine Phase der Unentschlossenheit, gefolgt von Hitlers kryptischen Andeutungen und Prophezeiungen. Zu vermuten steht auch, dass er schliesslich jene unmissverständlichen Worte aussprach, die sogar sein SS- und Polizeichef Heinrich Himmler als furchtbar bezeichnete.³² Zwar wurden diese Worte nicht direkt weitergegeben, aber man spielte immer wieder darauf an und bezog sich auf sie. Sie wurden unaufhörlich benutzt, um Argumente deutscher und ausländischer Behörden für Ausnahmen oder Aufschübe zu entkräften. Die «Endlösung» war unumgänglich: Sie entsprach dem Willen des Führers.

Hitler war der leitende Architekt der jüdischen Katastrophe. Er war es, der die fliessenden Ideen von 1940 in die harte Realität von 1941 transformierte. Hitler machte diesen letzten Schritt zum unerbittlichen Resultat aller antijüdischen Massnahmen, die man im Lauf der Jahre ergriffen hatte, und er schmiedete den dezentralen Verwaltungsapparat Deutschlands um in ein Netz von Organisationen, die reibungslos zusammenwirkten, so dass die Erschiessungen, Deportationen und Vergasungen nebeneinander und gleichzeitig durchgeführt werden konnten.

Vorboten der «Endlösung» lassen sich in den ersten Tagen des März 1941 nachweisen, als Hitler den Wunsch äusserte, eine im Entwurf vor-

liegende Weisung über den Umgang mit Zivilisten in den zu besetzenden sowjetischen Gebieten zu ändern. Er forderte, die «jüdisch-bolschewistische Intelligenz» zu eliminieren und die «Bolschewistenhäuptlinge und -kommissare unschädlich zu machen». Dafür sollten Spezialeinheiten der SS und der Polizei gebildet werden.³³ Die *Einsatzgruppen* wurden kurz vor der Invasion von der Sicherheitspolizei aufgestellt, und sie traten zusammen mit anderen SS- und Polizeieinheiten unmittelbar nach dem Beginn der Kämpfe am 22. Juni in Aktion. Alle Befehle machten mündlich die Runde. Nach Kriegsende behaupteten mehrere Kommandeure der Sicherheitspolizei, ihnen sei befohlen worden, auf dem Vormarsch alle Juden zu töten. Deren Zahl ging jedoch in die Millionen, während die Täter nur wenige Tausend zählten. Um nur einige Kommissare zu erschiessen, waren die Einsatzgruppen viel zu gross; um aber die sowjetischen Juden völlig zu vernichten, waren sie ohne fremde Hilfe viel zu klein. Was bedeutete also der Ausdruck «jüdisch-bolschewistische Intelligenz»? Umfasste die Weisung alle Juden? Im Juni, Juli und August 1941 erschossen die Gruppen in der Tat ausschliesslich jüdische Männer und relativ wenige Kommunisten. Doch bald trat deutlich zutage, dass tote jüdische Männer lebende jüdische Frauen und Kinder hinterliessen, die nicht für sich selbst sorgen konnten. Diese völlig wehrlosen Angehörigen zu töten war etwas Neues, ein weiterer Meilenstein, belastet mit einer schweren psychischen Bürde. Im August und September bewältigte man auch noch diese Weiterung. Die Entwicklungsphase war abgeschlossen. Erschiessungen wurden zur Routine.

Die europäischen Juden westlich der am 22. Juni 1941 überquerten Linie sollten ebenfalls nicht verschont bleiben. Schon am 25. März 1941 versprach Hitler seinem Machthaber in der Zentralregion des besetzten Polen, Generalgouverneur Hans Frank, das von diesem verwaltete Gebiet werde als erstes «judenfrei» gemacht.³⁴ Am 7. Juni unterrichtete Hitler den Chef der Reichskanzlei, Heinrich Lammers, man brauche keine weitere Verordnung über den Status der Juden in Deutschland, da es nach dem Krieg ohnehin keine Juden mehr im Lande geben werde.³⁵ Diese Bemerkung verwies zwar auf einen Gewaltakt gegen die Juden

Europas, besagte aber nichts Genaues über deren endgültiges Schicksal. Die emsigen Bürokraten arbeiteten weiter im Halbdunkel. Reinhard Heydrich, der Chef des Reichssicherheitshauptamtes, das die Einsatzgruppen in den Osten beordert hatte, war nun bestrebt, möglichst viel Macht auf sich zu konzentrieren. Am 31. Juli 1941 beauftragte ihn Göring, «alle erforderlichen Vorbereitungen für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflussgebiet in Europa vorzubereiten».³⁶ Doch wie sollte die Lösung im Einzelnen aussehen? Adolf Eichmann, Heydrichs Spezialist für Judenangelegenheiten, schrieb nach dem Krieg in seinen Memoiren, Heydrich habe über seinen Vorgesetzten Himmler von einer Entscheidung Hitlers gehört, die Juden physisch zu vernichten. Eichmann, den Heydrich zu sich gerufen hatte, um ihm dies mitzuteilen, war der Meinung, dass sogar Heydrich die Tragweite dieser Nachricht «nicht einmal annähernd ermessen konnte».³⁷

Sind diese Gerüchte glaubhaft? Eichmann erwähnte den Vorfall in seinen Memoiren mehrfach. Er spielte in seiner Erinnerung eine herausragende Rolle. Wichtiger noch, seine Darstellung klingt plausibel. Während der Stagnation im Frühjahr und Frühsommer 1941 hatten viele zunehmend ungeduldig eine Klärung erwartet, jedoch erst im Herbst kam plötzlich alles in Bewegung. Züge fuhren Juden aus Deutschland in Gebiete des besetzten Polen und in Städte der ebenfalls besetzten UdSSR; auf polnischem Boden wurden Vernichtungslager geplant; und es kursierten Vorschläge, Juden sogar von weit entfernten Orten wie Saloniki und Paris zu deportieren. Weder Himmler noch Heydrich oder irgendwer sonst hätte dies alles aus eigener Kraft derart schnell in Gang setzen können.³⁸ Als Heydrich die antijüdischen Massnahmen vor ranghohen Bürokraten historisch rekapitulierte, sagte er zudem: «An Stelle der Auswanderung ist nunmehr als weitere Lösungsmöglichkeit nach entsprechender vorheriger Genehmigung durch den Führer die Evakuierung der Juden nach dem Osten getreten.»³⁹

Obwohl Hitler keine grundsätzlichen Bedenken gegen die Aktion hegte, widersprach er anscheinend dem Plan, am 30. November 1941 tausend Juden auf einem Transport von Berlin nach Riga zu töten.⁴⁰ In-

interessanterweise kam seine Intervention am Nachmittag desselben Tages zu spät. Die Juden wurden nach der Ankunft getötet, und es ist nichts über eine Reaktion Hitlers bekannt. Offenbar war es ihm nur um den Ort, den Zeitpunkt oder die Methode, nicht aber ums Prinzip gegangen.⁴¹

Später bestätigte Hitler seine Entscheidung mehrfach. 1943 teilte er dem ungarischen Staatschef Miklos Horthy klipp und klar mit, dass er die Deportation der ungarischen Juden wünsche.⁴² 1944 drängte er den Präsidenten der Slowakei, Josef Tiso, gegen die verbleibenden slowakischen Juden vorzugehen.⁴³

Ein spezielles Problem bereiteten Hitler die verbleibenden Spuren der Juden in Deutschland. Ab April 1940 entfernte er «jüdische Mischlinge», mit gewissen Ausnahmen, aus dem aktiven Wehrdienst, damit sie später nicht ihren Kriegseinsatz gegen die Diskriminierung ins Feld führen konnten.⁴⁴ Er verbot deutschen Soldaten, die Witwen von Juden zu heiraten.⁴⁵ Ende 1944 wollte er die restlichen Beamten mit jüdischen Vorfahren oder Ehefrauen aus dem Dienst entfernen. Diese Massnahme sollte bis zum 1. Mai 1945 abgeschlossen sein.⁴⁶ An diesem Tag jedoch nahm er sich das Leben und hinterliess ein politisches Testament, in dem er klarstellte, dass er es war, der das Ende des Judentums prophezeit hatte, und dass die Juden in der Tat für ihre Sünden büssen mussten.⁴⁷

2. Die Beteiligten

Die Vernichtung der Juden war nicht zentralisiert. Weder hatte man eine Behörde für Judenangelegenheiten gegründet noch ein Budget für den Vernichtungsprozess bereitgestellt. Die antijüdischen Massnahmen verteilten sich auf den Staatsdienst, das Militär, die Unternehmen und die Partei. Alle deutschen Organisationen wurden in das Projekt einbezogen. Jede einzelne Behörde trug dazu bei; man nutzte jede Spezialisierung; und an der Umklammerung der Opfer waren durchweg alle Gesellschaftsschichten beteiligt.

Der Vernichtungsprozess basierte auf drei Prämissen. Erstens, dass keine jüdische Gruppe von den Massnahmen verschont bleiben durfte. Kein Jude sollte dem engmaschigen Netz entgehen. Man setzte also vielfältige, langfristig angelegte Methoden ein, um die Juden auszusondern und zu gettoisieren, verhandelte auf diplomatischem Wege mit den Satellitenstaaten über die Auslieferung der dort lebenden Juden, zählte und überwachte die zusammengetriebenen Juden unaufhörlich und spürte geflüchteten Juden unerbittlich nach. Zweitens waren die vielfältigen Beziehungen zwischen Juden und Nichtjuden mit dem geringstmöglichen Schaden für deutsche Bürger und für die Gesamtwirtschaft zu lösen. Aus dieser Maxime folgte, dass man besonderes Augenmerk auf Problemfelder wie Mischehen und deren Nachkommen, Geschäftsunternehmen mit jüdischen und nichtjüdischen Teilhabern oder Managern sowie Schulden und Darlehen zwischen Juden und Nichtjuden richten musste. Drittens musste der Massenmord so erfolgen, dass die psychische Belastung der Täter möglichst gering blieb, Unruhen unter den Opfern gar nicht erst aufkamen und Angst oder Proteste in der nichtjüdischen Bevölkerung unterdrückt wurden. Zu diesem Zweck beteiligte man in Osteuropa verhältnismässig viele einheimische Kollaborateure an den Erschiessungen und schuf ein planmässiges System der Deportationen, um Juden in versiegelten Zügen von West- und Mitteleuropa in abgelegene, mit Gaskammern ausgerüstete Lager im besetzten Teil Polens zu transportieren.

Diese aufwendigen Vorbereitungen waren nur möglich, weil sich die Funktionäre eines weitverzweigten Apparats stark engagierten. Im Folgenden sind die wichtigsten Organisationen und ihre Sonderaufgaben im Vernichtungsprozess in einer Übersicht zusammengestellt. Die Anordnung folgt grob der Reihenfolge ihres Eintretens in den Prozess, um zu zeigen, auf welche Weise sie die Operation in den jeweiligen Phasen förderten. Jede Organisation war also für einen speziellen Ausschnitt des Vernichtungsprozesses zuständig. Da man gründlich, ökonomisch und entschlossen vorgehen wollte, kam es auf jeden einzelnen dieser Beiträge an. Dabei machten die antijüdischen Massnahmen jedoch nur einen Bruchteil der administrativen Aufgaben dieser Behörden aus. Bü-

Reichskanzlei	Koordination von Gesetzen und Verordnungen.
Innenministerium	Definition des Begriffs «Jude». Verbot von Mischehen. Zwingende Namensvorschriften. Entfernung aus dem Staatsdienst. Enteignung.
Kirchen	Beschaffung dokumentarischer Belege für nichtjüdische Abstammung.
Justizministerium	Beseitigung jüdischer Anwälte und Notare. Erbschaftsfragen. Scheidungsfragen.
Boykottkomitee der Partei Kanzlei	Regelung von Firmennamen. Boykott jüdischer Unternehmen. Teilnahme an Entscheidungen über den Status der Juden.
Reichskulturkammer	Beseitigung von Musikern, Künstlern und Schriftstellern, Ausschluss von Schriftstellern aus dem Verband.
Erziehungsministerium	Entfernung jüdischer Studenten, Professoren und Forscher.
Propagandaministerium Wirtschaftsministerium	Hinweise an die Presse. Vorschriften für die Übernahme jüdischer Unternehmen.
Dresdner Bank und andere Grossbanken Einzelhandels-, Grosshandels-, Fertigungs- und Bauunternehmen	Vermittlerrolle bei der Übernahme jüdischer Unternehmen. Übernahme jüdischer Unternehmen. Entlassung jüdischer Arbeitnehmer. Einsatz jüdischer Zwangsarbeiter in Städten, Gettos und Lagern.
Finanzministerium	Staatsaufträge für Vernichtungsmassnahmen, etwa Lieferung von Giftgas. Diskriminierende Steuern. Einfrieren von Bankguthaben. Konfiszierung persönlicher Habe. Sonderzuteilungen aus dem Budget, etwa für den Abriss der Ruinen des Warschauer Gettos.
Auswärtiges Amt	Verhandlungen über Deportationen von Juden im Ausland und ausländischer Juden im Reich.
Verkehrsministerium	Transporte in die Gettos und Lager. Einsatz jüdischer Zwangsarbeiter. Übernahme jüdischen Privateigentums.

Wehrmacht	<p>Logistische Unterstützung des Mordens im besetzten Teil der UdSSR. Direkte Tötungen in Serbien und im besetzten Teil der UdSSR. Gettoisierung im besetzten Teil der UdSSR. Diskriminierende Massnahmen und Deportationen aus Frankreich, Belgien und Griechenland. Abordnung jüdischer Zwangsarbeiter in Rüstungsbetriebe. Einsatz jüdischer Zwangsarbeiter in Wehrmachtsämtern. Transportfragen.</p>
Kommunalbehörden im Grossdeutschen Reich Protektoratsverwaltung in Böhmen und Mähren Generalgouvernement im besetzten Mittelpolen	<p>Beschränkung der Freizügigkeit und des Wohnrechts. Antijüdische Massnahmen nach Reichsmuster. Konfiskationen. Gettoisierung. Zwangsarbeit. Massnahmen zum Aushungern. Planung von Deportationen.</p>
Ministerium für die besetzten Ostgebiete Reichskommissariat für die Niederlande Kanzlei des Führers	<p>Antijüdische Massnahmen nach Reichsmuster. Antijüdische Massnahmen nach Reichsmuster. Ausstattung der Vernichtungslager in Belzec, Sobibór und Treblinka.</p>
SS und Polizei Reichssicherheitshauptamt	<p>Brandmarken der Juden im Reich. Überwachen der jüdischen Gemeinden im Reich und im Protektorat. Tötungsaktionen der Einsatzgruppen im besetzten Teil der UdSSR.</p>
Hauptamt der Ordnungspolizei	<p>Planung europaweiter Deportationen. Bewachung der Gettos, Züge und Lager. Beteiligung an Razzien und Erschiessungen.</p>
Wirtschafts - Verwaltungshauptamt Höhere SS- und Polizeiführer im besetzten Teil der UdSSR	<p>Verwaltung von Auschwitz und Majdanek (Lublin). Erschiessungen.</p>

rokraten, die mit der Judenfrage befasst waren, handelten überall im Rahmen ihrer jeweiligen Kompetenzen und Zuständigkeiten. So konnte ein Beamter aus dem Bereich der Rüstung mit Sabotage und Materialknappheit konfrontiert sein *und daneben* mit dem Problem der Abziehung jüdischer Arbeitskräfte. Gewöhnlich streifte er alle diese Themen in seinen Monatsberichten. Bei ein und derselben Konferenz von Reichsbahnbeamten konnte es um Feriensonderzüge für die Hitlerjugend, die Umsiedelung deutscher Volksgruppen, den Transport russischer Zwangsarbeiter und die Verbringung von Juden in Vernichtungslager gehen. Das heisst, die Vernichtung der Juden brachte vor allem Mehrarbeit, bedeutete eine zusätzliche Bürde, manchmal aber auch eine neue Herausforderung und Machtzuwachs.

Einige besonders betroffene Behörden glaubten, ihre Aufgaben nur mit zusätzlichen Planstellen für Judenspezialisten bewältigen zu können. Solche Beamte gab es im Innen-, Wirtschafts-, Finanz- und Verkehrsministerium, im Auswärtigen Amt, im Ministerium für die besetzten Ostgebiete und im Reichssicherheitshauptamt. Nur einer von ihnen, Adolf Eichmann vom Reichssicherheitshauptamt, wurde in den sechziger Jahren durch den Prozess in Jerusalem weltweit als Symbol für alle Nazi-Täter bekannt. Eichmann hatte seine Verbindungsleute sogar in mehreren Satellitenstaaten, die deren Regierungen bei Anti-Juden-Gesetzen «berieten»; sein Amt überwachte die jüdischen Gemeinschaften im Reich, in Österreich und in Böhmen-Mähren; und seine Untergebenen verhandelten mit dem Verkehrsministerium über die Bereitstellung von Sonderzügen für die Deportation. Von israelischen Agenten in Argentinien aufgespürt und gefasst, wurde Eichmann in Israel zum Tod durch den Strang verurteilt und gehängt. Nicht alle seine Kollegen nahmen ein derart dramatisches Ende. Hans Globke vom Reichsinnenministerium, Autor zahlreicher Verordnungen, etwa zur Namensgesetzgebung – Juden sollten durch die Zusätze «Israel» bzw. «Sara» kenntlich gemacht werden –, und praktischer Anleitungen für antijüdische Massnahmen in den besetzten Ostgebieten, rückte nach dem Krieg zum

Staatssekretär Adenauers und Leiter des Kanzleramtes auf, dem er bis 1963 vorstand. Er trat, mit Ehrungen überhäuft, in den Ruhestand und konnte endlich seinem Hobby, der Numismatik, nachgehen und vor allem Münzen aus Aksum und Armenien sammeln.¹

Auch wenn das Werk der Vernichtung fest in den Alltag der Verwaltung eingebettet war, wurde von einem Beamten beim Umsetzen der antijüdischen Massnahmen mehr als reine Routine erwartet. Ohne seine rechtzeitigen sachkundigen Initiativen wäre der komplexe Prozess ins Stocken geraten, hätten sich die Massnahmen gegen die Juden unausweichlich verzögert, verlaufen oder gar festgefahren. Verbesserungsvorschläge blieben keineswegs den oberen Chargen vorbehalten. Während ein Beamter des Justizministeriums über Erbschaftsprobleme nachdachte, die tote Juden ohne Testament aufwarfen, ersann ein SS-Mann in Auschwitz freiwillig und aus eigenen Stücken Mittel und Wege, Leichen effizienter zu verbrennen. Die gemeinsame Aufgabe einte Menschen mit ganz unterschiedlicher Herkunft, Ausbildung und psychischer Veranlagung. Auch wenn sie zu Beginn isoliert gestanden haben mögen, fügten sie sich allmählich zu einer gewaltigen Maschinerie zusammen.

Die Unentbehrlichkeit einer jeden Handreichung im Vernichtungsprozess und der innere Zusammenhang aller Initiativen der Täter blieb keineswegs im verborgenen. Vielmehr konnte jeder Beteiligte, auch auf der untersten Ebene, erkennen und begreifen, was vor sich ging. Einer von ihnen war Werner Dubois. Er hatte als Wachmann im Vernichtungslager Sobibór gearbeitet, wo etwa 200'000 Juden vergast wurden. Dubois war ein einfacher Mann, der das antisemitische NSDAP-Hetzblatt *Der Stürmer* las, ohne allerdings ganz dessen Einfluss zu erliegen, und befand sich in dem Lager, als dort im Oktober 1943 eine jüdische Revolte ausbrach. Er wurde durch Axtschläge verletzt und erlitt einen Lungendurchschuss. Anfang der sechziger Jahre machte er vor Gericht folgende Aussage über die Rolle des Beamten in der Verwaltung:

Ich bin mir klar darüber, dass in den Vernichtungslagern gemordet worden ist. Was ich gemacht habe, war Beihilfe zum Mord. Wenn ich verurteilt werden soll-

te, würde ich das für richtig halten. Mord bleibt Mord. Bei der Bewertung der Schuld sollte meines Erachtens nicht auf die jeweilige Lagerfunktion abgestellt werden. Wo wir auch immer eingesetzt waren: Wir sind alle in gleicher Weise schuldig. Das Lager funktionierte in einer Kette von Funktionen. Wenn nur ein Glied dieser Kette entfällt, stockt der ganze Betrieb.²

3. Alte Funktionäre

Die Maschinerie der Vernichtung bestand aus etablierten und neu geschaffenen Organisationen. In der Mehrzahl waren sie alt. Der traditionelle Sektor umfasste die meisten führenden Beamten, die meisten gewöhnlichen Mitarbeiter und überhaupt die meisten Täter. Hier standen die Ministerien mit ihren Beamtenapparaten und so schlagkräftigen Systemen wie der Ordnungspolizei – die in den Städten und auf dem Lande augenfällig patrouillierte – ebenso bereit wie die Deutsche Reichsbahn, deren dichtes Streckennetz in alle Teile Deutschlands reichte. In den Ministerien kam es nicht zu einer nennenswerten Säuberung; die Berufsbeamten blieben auf ihren Posten und verrichteten ihr tägliches Pensum. Das Militär rüstete hektisch für den Krieg auf; Offiziere machten steile Karrieren und befehligten immer grössere Einheiten. Schliesslich umfasste der alte Apparat auch Fertigungsbetriebe, die weitgehend autonom waren und rapide anwuchsen, ihre brachliegenden Produktionskapazitäten auf Hochtouren bringen konnten und nicht mehr mit weitverbreiteter Erwerbslosigkeit konfrontiert wurden, sondern mit einem akuten Mangel an Arbeitskräften.

Die Funktionsträger in allen diesen Hierarchien beschleunigten und verstärkten ihre Massnahmen auch gegenüber den Juden. Teils gingen die Initiativen von Berlin aus, wo man antijüdische Verordnungen ausfeilte, diskriminierende Staatsaufträge vergab oder beschloss, zahlreiche Gruppen jüdischer Opfer nach und nach zu deportieren. Teils arbeiteten die Täter direkt am Tatort, etwa wenn die Ordnungspolizei Er-

schliessungen vornahm oder wenn Lokführer ihre Züge, vollgestopft mit Juden, an die Lagerrampen fuhren. Ob sie befahlen oder gehorchten, am Schreibtisch sassen oder im Freien wirkten: Sie alle waren zur Stelle, wenn es darauf ankam, und handelten mit der ihnen zu Gebote stehenden Gründlichkeit.

Einer davon war Ludwig Johann (Lutz) Graf Schwerin von Krosigk. 1887 geboren, studierte er an verschiedenen Universitäten Jura, als Rhodes-Stipendiat auch in Oxford. Während des Ersten Weltkriegs, in dem zwei seiner Brüder fielen, diente er an der Front und wurde mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse ausgezeichnet. Nach Kriegsende arbeitete er sich im Finanzministerium hoch. 1932 wurde er unter Reichskanzler Franz von Papen zum Finanzminister ernannt und behielt sein Amt auch unter Papens Nachfolgern Kurt von Schleicher und Adolf Hitler. Privat war er ein einfacher Mann, solide verheiratet und Vater von neun Kindern. Als Minister unterstand ihm die Finanzbürokratie mit 150'000 Beschäftigten. Da es kein Parlament gab, setzte sein Ministerium die Steuern selber fest und trieb sie ein, nahm Anleihen für das Deutsche Reich auf und wies den Zivilbehörden sowie der Wehrmacht öffentliche Mittel zu. Das Ministerium erhob auch Sondersteuern von Juden, darunter die 1938 verhängte «Sühneleistung», und konfiszierte das zurückgelassene jüdische Vermögen emigrierter und deportierter Juden. Die entsprechenden Verordnungen trugen unter anderem Krosigks Namenszug. Nach dem Krieg erklärte er in Nürnberg vor einem US-Tribunal, er habe sich nie als Politiker, sondern immer nur als Beamter gesehen, und als solcher sei er dem deutschen Staat lebenslang zur Treue verpflichtet. Das Gericht verurteilte ihn zu zehn Jahren Haft, doch schon am 31. Januar 1951 ordnete der US-Hochkommissar seine Freilassung an. Von Krosigk zog sich ins Privatleben zurück, um Bücher zu schreiben, und starb 1977 fast neunzigjährig in Essen.¹

Franz Schlegelberger gehörte zu den dienstältesten Beamten. 1875 geboren, machte er 1899 das Erste und 1901 das Zweite Juristische Staatsexamen, diente danach als Amtsgerichtsrat in seiner Heimat Ostpreussen und war später Beisitzender Richter am Berliner Oberlandes-

gericht. Er stieg ins Justizministerium auf, schrieb juristische Abhandlungen und schaffte es schliesslich bis zum Staatssekretär, direkt unter Justizminister Franz Gürtner. 1938 teilte man ihm mit, Hitler erwarte seinen Eintritt in die NSDAP. Anscheinend zögerte er nicht. Als Gürtner 1941 starb, übernahm Schlegelberger sein Amt als Justizminister.

Das Justizministerium schloss Juden aus der Anwaltschaft aus und schränkte die Rechte der Juden vor Gericht zunehmend ein. Als Schlegelberger an die Spitze aufstieg, begann sich die «Endlösung der Judenfrage» abzuzeichnen. Er beteiligte sich an Debatten über das lästige Problem der Mischehen und trat gemeinsam mit dem Propagandaministerium, dessen Beamte ebenfalls mit dieser delikaten Frage befasst waren, gegen deren zwangsweise Auflösung ein. Bei einer ähnlichen Debatte – über Halbjuden, die weder dem jüdischen Glauben anhängen noch mit einem jüdischen Partner verheiratet waren – schlug er einen Kompromiss zwischen den Verfechtern der Deportation und den Anhängern eines Status quo vor, wonach diese Menschen begrenzten Restriktionen unterliegen sollten. Schlegelberger regte an, die ledigen unter den nicht-jüdischen Halbjuden zu sterilisieren. Schliesslich setzte sich weder die Zwangsscheidung noch die Sterilisation durch, und die Sache verlief im Sande.

Während seiner Amtszeit als Minister wurde Schlegelberger mit dem Fall konfrontiert, dass ein 74jähriger Jude in der eingegliederten polnischen Provinz Oberschlesien zu zweieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden war, weil er 65'000 Eier in einer Kalkgrube gehortet hatte. Rund 15'000 davon waren bereits verdorben. Als Hitler in der *Berliner Illustrierten* davon las, unterrichtete er Schlegelberger über die Reichskanzlei, dass er den Tod des Täters Markus Luftglas wünsche. Dieser Eingriff des Führers war nicht der erste dieser Art, und drei Tage nach dem Hinweis der Reichskanzlei meldete Schlegelberger, er habe Luftglas zwecks Hinrichtung an die Gestapo überstellen lassen.

Schlegelberger trat nach anderthalb Jahren von seinem Ministeramt zurück und wurde von Hitler mit 100'000 Reichsmark für seine Dienste belohnt. 1944 erhielt er die Genehmigung, ein Landgut zu erwerben. Das war eine besondere Gunst, weil er kein gelernter Landwirt war.

Wie Schwerin von Krosigk wurde auch Schlegelberger in Nürnberg vor ein US-Militärgericht gestellt. In seiner Schlusserklärung äusserte er sich verbittert darüber, dass man seinen unermüdlichen Kampf für die Gerechtigkeit mit diesem Absturz in tiefste Scham und Schande belohnte. Amerikanische Richter verurteilten ihn zu lebenslanger Haft und hoben dabei ihre besondere Abscheu gegenüber solchen Angeklagten hervor, die selber einmal Richter waren und sich an der Rechtspflege vergriffen hatten. Schlegelberger wurde 1951 als haftunfähig entlassen. Er starb 1970.²

Herbert Kühnemann, geboren 1899, war ebenfalls Jurist und junger Richter. 1932 trat er als Ministerialrat – ein für sein damaliges Alter ungewöhnlich hoher Rang – ins Justizministerium ein. Am 29. Mai 1941 leitete er eine Sitzung von Behörden- und Industrievertretern, in der zur Debatte stand, ob man die Namen der von deutschen Käufern erworbenen jüdischen Firmen tilgen sollte. Kühnemann plädierte dafür, um die einstige Präsenz von Juden in der deutschen Wirtschaft auszulöschen. Doch die Unternehmer waren dezidiert gegen eine Änderung der Firmennamen, weil die Schilder und Briefköpfe einen bedeutenden immateriellen Wert darstellten. Nur die Parteikanzlei unterstützte seinen Plan. Kühnemann verlor zwar diese Schlacht, wurde aber nach dem Krieg mit einer beachtlichen Karriere entschädigt: In den fünfziger und sechziger Jahren war er Präsident des Deutschen Patentamtes.³

Generalleutnant Adolf Herrgott leitete die Kriegsgefangenenlager im Generalgouvernement. Positionen dieser Art blieben Offizieren der alten Garde vorbehalten, und Herrgott hatte seine besten Jahre wahrlich schon überschritten. 1872 geboren, diente er im Ersten Weltkrieg als Oberstleutnant und wurde mit dem höchsten deutschen Orden ausgezeichnet, den ein Offizier seinerzeit erringen konnte: mit dem *Pour le mérite*. Nachdem er 1923 seinen Abschied von der Armee genommen hatte, wurde er 1939 reaktiviert. Während des Feldzuges gegen die Sowjetunion, der 1941 begann, machte man Millionen von sowjetischen Gefangenen, die überwiegend durch Herrgotts Lager geschleust wurden, wo die Todesrate sechsstellig gewesen sein muss. Von den Juden

unter diesen Gefangenen sollte kein einziger am Leben bleiben. Wer eindeutig als Jude identifiziert worden war, hatte schon vor die Erschiessungskommandos der SS und der Polizei treten müssen. Herrgott wurde weit über achtzig Jahre alt. Als ein vergessener Mann starb er 1957.⁴

Otto von Stülpnagel spielte als General der Infanterie bei den antijüdischen Massnahmen eine viel exponiertere Rolle. Wie Herrgott war er, 1878 geboren, ein älterer Offizier. Bis zum Zweiten Weltkrieg hatte er schon zweimal den Ruhestand erprobt, ging aber 1939 erneut zum Militär, zunächst als stellvertretender Kommandeur eines Armeekorps und dann, von Oktober 1940 bis Februar 1942, als der Militärbefehlshaber in Frankreich. In Paris ordnete von Stülpnagel antijüdische Massnahmen an: Er liess nichtjüdische Treuhänder in jüdischen Unternehmen einsetzen, Rundfunkempfänger in jüdischem Besitz konfiszieren und eine Geldbusse erheben. Schon in einer sehr frühen Phase der «Endlösung», am 13. Oktober 1941, äusserte Alfred Rosenberg, Minister für die besetzten Ostgebiete (UdSSR), in einem Gespräch mit Hans Frank, Generalgouverneurin Polen, die Militärverwaltung in Frankreich sei bereits mit dem Wunsch an ihn herangetreten, die jüdischen Bewohner aus dem besetzten Frankreich in die neu eroberten Gebiete der UdSSR umzusiedeln. Kaum zwei Monate später, als die Geldbusse erhoben wurde, schrieb Stülpnagel an Generalquartiermeister Eduard Wagner und bat um Genehmigung, tausend Juden in den Osten deportieren zu dürfen. Hitler stimmte zu und setzte damit das Deportationsprogramm für Frankreich in Gang. Nach dem Krieg erhängte sich Stülpnagel in seiner Zelle im Pariser Cherche-Midi-Gefängnis.⁵

Eines der grössten deutschen Unternehmen war der Chemiekonzern I.G. Farben, der Pharmaprodukte, Photozubehör und vieles andere herstellte, darunter synthetisches Gummi. Der Konzern unterhielt Dutzende von Betrieben, einen davon in Leuna. Chefingenieur dieses Werks war ab 1932 Dr. Walter Dürrfeld. Als ein ehrgeiziger, ganz auf seine Karriere fixierter Mann trat Dürrfeld 1937 in die Partei ein. 1941, als die I. G. Farben eine neue Produktionsstätte in unmittelbarer Nähe der Rohstoffe und der billigen Arbeitskräfte errichten wollten, wurde

Dürrfeld mit der Bauleitung beauftragt. Die Fabrik lag in Auschwitz, mitten im industriellen Teil des Konzentrationslagers. Dürrfeld blieb mehrere Jahre lang Direktor dieses Werks. Die Lagerinsassen, die auf der Baustelle und in den Minen der I. G. Auschwitz arbeiteten, starben dort zu Tausenden. Als Dürrfeld nach dem Krieg in Nürnberg vor Gericht stand, sagte er dem Tribunal, er habe auf einem Werksgelände von fast vierzig Quadratkilometern 30'000 Menschen unter sich gehabt, gewöhnliche Beschäftigte wie auch Lagerinsassen. Er habe nicht gleichzeitig überall sein können. Das Gericht verurteilte ihn jedoch zu acht Jahren, denn im Grunde genommen befand sich Dürrfeld, wo er auch in diesem Werk hinging, stets in Auschwitz.⁶

Der Familienbetrieb J. A. Topf und Söhne, Ofenbauer, war sehr viel kleiner als die LG. Farben, hatte nur etwa tausend Mitarbeiter, darunter Kurt Prüfer, Leiter der Abteilung Krematorien. Prüfers Werdegang wurde von dem französischen Forscher Jean-Paul Pressac enthüllt, als dieser im Rahmen eines wissenschaftlichen Projekts die Geschichte des Krematorien- und Gaskammerbaus in Auschwitz untersuchte. 1891 geboren, kam Prüfer in seiner Lehre auch mit dem Tiefbau in Berührung. 1911 trat er bei Topf ein, diente im Ersten Weltkrieg als Feldwebel, absolvierte eine einjährige Fortbildung als Bauingenieur und kehrte 1920 zu Topf zurück. Als die Aufträge 1930 während der allgemeinen Rezession stark zurückgingen, war sein Arbeitsplatz bedroht, er hielt sich aber und galt als ein guter Ingenieur, der viel von Krematorien verstand. Nach Hitlers Machtantritt wurden Topf-Krematorien in den Konzentrationslagern Buchenwald, Mauthausen-Gusen sowie Auschwitz installiert. Prüfer reiste wiederholt nach Auschwitz. Dort verhandelte er mit dem Bauamt der SS und entwickelte eine enge Geschäftsbeziehung zu seinen Kunden. Bei seinem ersten Besuch im Oktober 1941 sollten die Krematorien, mit deren Bau Prüfer beauftragt wurde, nur für solche Häftlinge dienen, die Krankheiten erlitten, an Entkräftung gestorben oder verhungert waren. Ab August 1942 verhandelte Prüfer jedoch mit der SS in Auschwitz über den Bau von vier Krematorien, die auch mit Gaskammern auszustatten waren. Bei diesen Gesprächen machte er mehrere Vorschläge, wie man die Vergasungen effizienter gestalten

könne. Im Januar, Februar und März 1943 reiste er erneut nach Auschwitz, diesmal um Probleme im Zusammenhang mit der Abnahme der nun fertiggestellten Gebäude zu erörtern. Die Topf-Zentrale in Erfurt wurde am 8. Mai 1945 von amerikanischen Truppen eingenommen. Als Prüfer verhaftet wurde, beging einer der Eigentümer, Ludwig Topf jr., am 31. Mai 1945 Selbstmord. Prüfer wurde jedoch bald wieder freigelassen und setzte seine Arbeit fort, auch nachdem die Sowjets Erfurt übernommen hatten, das in ihrer Besatzungszone lag. Erst im März 1946 wurde Prüfer in sowjetische Haft genommen, und danach verliert sich seine Spur.⁷

Max Montua war hauptberuflich Polizeibeamter. 1886 als Sohn eines Landwirts geboren, kämpfte er im Ersten Weltkrieg an der Front und machte danach eine steile Karriere. 1943 hatte er es immerhin bis zum Generalmajor der Ordnungspolizei gebracht und war kurzzeitig für den Posten im Gespräch, hinter dem mittleren Abschnitt der Ostfront deutsche Anti-Partisanen-Einheiten zu befehligen, wurde aber aus Altersgründen nicht ernannt. Montua kommandierte ein Regiment der Ordnungspolizei, das mit Beginn des Überfalls auf die UdSSR der Heeresgruppe Mitte unterstellt war. Sein Regiment sollte Einheiten unterstützen, die gegen Soldaten der Roten Armee oder Partisanennester kämpften, sowie den Kommandos der Einsatzgruppen beim Töten von Juden helfen. Am 11. Juli 1941, kaum drei Wochen nach Beginn des Feldzugs, als die Einsatzgruppen noch keinen endgültig definierten Auftrag hatten, unterrichtete Montua seine Bataillonskommandeure von einem Befehl des Höheren SS- und Polizeiführers im rückwärtigen Heeresgebiet der Heeresgruppe Mitte, wonach alle jüdischen Männer zwischen 17 und 45 Jahren standrechtlich als «Plünderer» zu erschiessen waren. Weiter erklärte Montua, dass die Erschiessungen an abgelegenen Orten zu erfolgen hätten. Die Gruben seien so zu tarnen, dass sie nicht zu «Wallfahrtsorten» würden. Er verbot das Photographieren der Hinrichtungen und instruierte ausdrücklich seine Bataillons- und Kompaniekommandeure, besonders auf die seelische Betreuung der dafür abgeordneten Männer zu achten. «Kameradschaftsabende» waren zu veran-

stalten, um die Eindrücke des Tages zu verwischen, und den Männern sollte die politische Notwendigkeit dieser Massnahmen immer wieder vor Augen geführt werden.⁸

Alois Häfele, Leutnant bei der Ordnungspolizei, brauchte keine derartigen Erklärungen. 1893 als Sohn eines Landarbeiters geboren, besuchte Häfele nur die Grundschule. Seine Mutter starb früh, und die Familie lebte in ärmlichen Verhältnissen. 1913 ging er zur Marine, und im Ersten Weltkrieg erlebte er die Seeschlacht im Skagerrak auf einem Kreuzer. Bei Kriegsende wurde er mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse verabschiedet. Nach einem kurzen Intermezzo als Bäckergehilfe trat er aus Gründen der finanziellen Sicherheit bei der Polizei ein. Sein Leben stabilisierte sich nun. 1922 heiratete er, und seine Frau gebar ihm zwei Töchter. Viele Jahre lang blieb er in einem Karlsruher Bezirk stationiert, wo er langsam aufstieg, bis er 1937 nach Freiburg versetzt wurde. Im Jahr darauf war er am Einmarsch in Österreich beteiligt, und 1939 kam er ins polnische Łódź, also in von Deutschen besetztes Gebiet. In Łódź entstand ein grosses Getto, und auch in den benachbarten Kleinstädten wurden zahlreiche Gettos eingerichtet.

Ende 1941 liess der Höhere SS- und Polizeiführer für diesen Raum, das damalige «Wartheland», in dem Städtchen Kulmhof (Chelmno) ein Vernichtungslager anlegen, wo schliesslich über 150'000 Juden und mehrere Tausend Zigeuner umgebracht wurden. Das Lager war vom Dezember jenes Jahres bis zum Spätsommer 1942 in Betrieb und wurde 1944 für kurze Zeit wiedereröffnet. In der Phase von 1941 bis 1942 transportierte man die Juden erst einmal in ein «Schloss», wo dann Gaswagen vorfuhren, in denen sie vergiftet wurden.

Häfele kam am 22. Januar 1942, kurz nachdem das Lager den Betrieb aufgenommen hatte, mit einem Kommando der Ordnungspolizei aus Łódź in Kulmhof an. Für die Leitung von Kulmhof waren insgesamt 10 bis 15 Mitglieder der Sicherheitspolizei und etwa achtzig Beamte der Ordnungspolizei zuständig. Letztere dienten an einer Sammelstelle, wo die Juden eintrafen, auf dem Schloss und als Bewachungspersonal. Auf dem Schloss war die Ordnungspolizei mit durchschnittlich neun bis

zwölf Mann vertreten, die zwei Gruppen bildeten und sich im 24-Stunden-Rhythmus ablösten. Es wurden sieben polnische Häftlinge verwendet, und mehr als sechzig Juden mussten dort die Leichen von den Lastwagen abladen, weitere zwanzig waren im Schloss an den Füßen zusammengekettet. Die Polen durften sich nachts Jüdinnen mitnehmen; die Deutschen hingegen wurden gut bezahlt, und niemand störte es, wenn sie sich jüdische Habe in geringem Umfang aneigneten. Häfele selber bediente sich auf dem Schloss mit zwei Uhren.

Häfele war dafür zuständig, die Juden auf dem Schloss in Empfang zu nehmen und zu einem der Lastwagen zu führen. Dabei lächelte er freundlich und half manchmal älteren Leuten oder Kindern. Kam es zu Verzögerungen, brüllte er vom Parterre in den Keller, man solle die Opfer schneller zusammentreiben. Nach Augenzeugenberichten hat er einige Menschen eigenhändig getötet. Obwohl er immer willig und dienstbeflissen war, beantragte er im Herbst 1942 seine Versetzung. Nachdem dieser Antrag abgelehnt worden war, blieb er bis zum Ende der ersten Phase, als man die Spuren der Operation beseitigte. 1943 hatte er Heimaturlaub in Karlsruhe, wo er einem ehemaligen Vorgesetzten gegenüber sagte, man gewöhne sich an Kulmhof. Männlein oder Weiblein, das sei alles eins – als ob man einen Käfer zertrete. Beim Reden machte Häfele mit dem Fuss eine Drehbewegung auf dem Boden.⁹

Vielleicht ist es typisch für eher ungebildete Menschen wie Alois Häfele, dass sie die Wahrheit, sofern sie dazu standen, direkter ausdrückten als Intellektuelle. Er hatte sich also an den Dienst gewöhnt. Das galt auch für die anderen achtzig Polizisten in Kulmhof, die aus den Bezirken deutscher Städte abgeordnet worden waren, ebenso wie für Montua, Prüfer, Dürrfeld, von Stülpnagel, Herrgott, Kühnemann, Schlegelberger und Schwerin von Krosigk. Sie alle hatten ihren Beruf, die meisten auch Familie; doch ob ihr antijüdischer Einsatz kurzfristig war oder anhaltend, peripher oder gravierend: Sie schreckten vor ihrer neuen Aufgabe nicht zurück.

Mit dem Ende des Nazi-Regimes am 8. Mai 1945 begann für diese Amtsträger die Angst, aber in den meisten Fällen ging ihre Krise rasch

vorüber. Die Funktionäre konnten nicht wissen, ob ihre Posten unter alliierter Besatzung erhalten blieben, ob sie im Amt übernommen und ob ihre Taten aufgedeckt würden. Viele von ihnen überstanden diese Lebensphase relativ unbehelligt. Schliesslich empfanden sie sich ja nicht als Lustmörder. Was sie getan hatten, war – zumindest bei den meisten von ihnen – nur ein unbedeutender Ausschnitt aus ihrem Alltag. Für einige, die wieder Fuss fassten und eine neue Karriere begannen, war die Kriegsphase eine relativ unwichtige, wenn auch bezeichnende Lücke in einem kleinen Absatz für das deutsche Wer ist Wer. Darüber wurde nicht öffentlich gesprochen, nicht einmal den eigenen Kindern berichtet. Die neue Generation würde diese Zeiten ja ohnehin nicht verstanden haben.

4. Neulinge

Zwei Gruppen von Neulingen betraten die Szene: die Parteigenossen und die Neudeutschen. Beide wollten ihren Anteil an der Macht. Als erste meldeten sich die NSDAP-Mitglieder zu Wort, besonders wenn sie vor 1933 eingetreten waren. Zu den Neudeutschen gehörten die Österreicher, die Sudetendeutschen und deutsche Volksgenossen, die nach Hitlers Machtantritt infolge von Annexionen, Eroberungen oder Einwanderung eingebürgert wurden.

Die Partei war anfangs zwar sehr klein, aber seit ihrer Gründung heterogen. Von den 16 Männern, die beim gescheiterten Putsch in München an Hitlers Seite marschierten und in dem Tumult ums Leben kamen, waren vier Kaufleute, drei Bankbeamte und drei Ingenieure; die übrigen: ein Rat am obersten Landesgericht, ein Rittmeister a. D., ein Schlosser, ein Hutmacher, ein Oberkellner und ein Diener.¹

Bezüglich ihrer Finanzen stützte sich die Partei auf Beiträge der meist minderbemittelten Mitglieder und auf Spenden. Daneben gab es einige parteieigene Unternehmen, aber deren Einnahmen genügten nicht, um den aufwendigen Apparat zu finanzieren. Selbst als die NSDAP Anfang

der dreissiger Jahre grossen Zulauf hatte und eine Vielzahl von Ämtern schuf, konnte sie das bestehende Machtgefüge nicht ersetzen, geschweige denn ablösen. Auch nach 1933 drang sie nur begrenzt in den Staatsapparat ein. Die Säuberungsaktionen unter den Beamten blieben zu unbedeutend, als dass viele Stellen freigeworden wären. Gewiss besetzte man einige Spitzenpositionen mit Parteimännern: Wilhelm Frick übernahm das Innen-, Walter Funk bald darauf das Wirtschaftsministerium, Joachim von Ribbentrop schliesslich das Auswärtige Amt; aber man konnte nur relativ wenige der Posten, die gemeinhin hohe Beamte ausfüllen, mit eigenen Leuten besetzen, selbst wenn Amtsinhaber die Altersgrenze erreichten. Schliesslich mussten auch die Männer in den unteren und mittleren Schichten der Bürokratie auf Beförderung hoffen können. So leitete der Parteigenosse Kurt Daluege die Ordnungspolizei, aber die übrigen Generäle dieser Truppe waren durchweg Aufsteiger. Militär und Wirtschaft waren besonders abweisend gegenüber den unqualifizierten, unerfahrenen Parteiprotegés. Infolgedessen musste die NSDAP neue Organisationen aufbauen, die sie das Reich finanzieren lassen konnte.

So entstanden mehrere neue Ministerien, darunter das für Propaganda, geleitet von Joseph Goebbels, das für Rüstung und Kriegsproduktion, geleitet von Albert Speer, und das für die besetzten Ostgebiete (der UdSSR), geleitet von Alfred Rosenberg. Heinrich Himmler baute in Konkurrenz zur Wehrmacht seine SS auf und verschmolz sie mit der Polizei. Göring hatte sein Amt für den Vierjahresplan und leitete die Hermann-Göring-Werke (oder Reichswerke), einen reichseigenen Industriekonzern. Viele der eroberten Gebiete wurden alten Parteigenossen unterstellt. So verwaltete Hans Frank das Generalgouvernement im Zentrum Polens; Josef Terboven war für Norwegen zuständig; und Reinhard Heydrich wurde der zweite Reichsprotector von Böhmen und Mähren.

Für die Österreicher stellte die Regionalverwaltung des Landes selbst Kontinuität her. Soweit das unbedeutende österreichische Militär der deutschen Wehrmacht einverleibt wurde, stiegen manche Österreicher auf und erhielten wichtige Kommandos. Österreichs Wirtschaft expan-

dierte auf dem Balkan. Auch hatte das Land seine Gebietsreservate in mehreren Teilen des deutschen Europa. Der Reichskommissar in den Niederlanden, Arthur Seyss-Inquart, und viele seiner Gefolgsleute waren Österreicher. In Serbien stellten Österreicher den Grossteil der Militärverwaltung und Garnisonen. Im Distrikt Galizien des Generalgouvernements war der österreichische Nazi Otto Wächter zuständiger Gouverneur. Später leitete er die Militärverwaltung in Italien. Ein weiterer österreichischer Nazi, Odilo Globocnik, fungierte als SS- und Polizeiführer im Distrikt Lublin. Er organisierte Deportationen nicht nur in seinem Bezirk, sondern auch in den Gettos von Warschau und Bialystok. Daneben verwaltete er Vernichtungslager. Auch die meisten seiner ranghöchsten Offiziere stammten aus Österreich. Schliesslich war der Österreicher Ernst Kaltenbrunner letzter Chef des Reichssicherheitshauptamtes, das die Sicherheitspolizei (Gestapo und Kriminalpolizei) und den Sicherheitsdienst umfasste.

Volksdeutsche, die 1939 und 1940 aus sowjetisch besetzten Gebieten nach Deutschland einwanderten oder unter den Schutz der deutschen Behörden gestellt wurden, als die Wehrmacht in Osteuropa und auf dem Balkan einmarschierte, gelangten seltener in Führungsämter. Sie mischten jedoch rege in besetzten Gebieten mit. Volksdeutsche Geschäftsleute übernahmen in Jugoslawien nicht wenige jüdische Kleinfirmen. In Polen und in der UdSSR griffen volksdeutsche Unternehmer gerne auf jüdische Zwangsarbeiter zurück. In der SS spielten Volksdeutsche eine kaum zu übersehende Rolle. Ein SS-Kommando, das aus volksdeutschen Bewohnern des unter rumänischer Verwaltung stehenden Gebiets zwischen Dnjestr und Bug rekrutiert wurde, brachte dort Zehntausende sowjetischer Juden um.² In Auschwitz stellten Volksdeutsche einen beträchtlichen Anteil der Lagerwächter.³

Zwischen manchem alten Hasen, der sich schon vor den Nazis fest in seiner Position eingenistet hatte, und den zusammengewürfelten Neulingen, darunter Österreicher und Volksdeutsche, die dank der Gnade des Nazi-Regimes auf Posten gehievt und befördert wurden, kam es unausweichlich zu Spannungen. In den Augen ausgefuchster Bürokrata-

ten waren die Parteileute unerfahren, opportunistisch und korrupt. Aus der Sicht Hitlers und seiner Getreuen war die alte Organisationsstruktur mit verknöcherten Juristen überfrachtet, mit grosskotzigen Diplomaten und verkalkten Generälen. In den alten Hierarchien herrschten Traditionsbewusstsein und das Gefühl, dass man anerkannt wurde. Die neuen Männer hielten sich dagegen für eine Vorhut mit der Mission, das Schicksal Deutschlands fest in die Hand zu nehmen.

Ein Unterschied zwischen beiden Gruppen sprang jedem Beobachter ins Auge: Die Neulinge waren im Durchschnitt jünger als ihre etablierteren Konkurrenten. Viele Beamte der neuen Machtzentren waren im 20. Jahrhundert geboren. Solche Spitzenfunktionäre wie Generalgouverneur Frank, Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei Himmler und der Leiter der Parteikanzlei Martin Bormann waren Jahrgang 1900. Der Minister für Rüstung und Kriegsproduktion, Albert Speer, war 1905 geboren, Reinhard Heydrich als erster Chef des neuen Reichssicherheitshauptamtes 1904. Im Verwaltungsapparat des Generalgouvernements, der Domäne Franks, galt Jugend als ein Gütesiegel. Franks wichtigster Staatssekretär, Josef Bühler, war Jahrgang 1904, und Eberhard Westerkamp, Friedrich Siebert und Ludwig Losacker, die jeweiligen Leiter der Hauptabteilung Innen, waren 1903 beziehungsweise 1906 geboren. Innerhalb dieser Hauptabteilung leitete der 1908 geborene Lothar Weirauch, auch für Deportationen zuständig, die Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge. Hellmut Körner, Franks erster Chef der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft, war 1904, sein Nachfolger Karl Naumann 1905 geboren. Die Hauptabteilung Arbeit hatte der 1909 geborene Max Frauendorfer unter sich. Von den Gouverneuren der Gebiete im Generalgouvernement war Otto Wächter (zunächst Krakau, dann Galizien) 1901, Karl Lasch in Radom 1904 und Ludwig Fischer in Warschau 1905 geboren. Fischers Amtschef Herbert Hummel war Jahrgang 1907 und Heinz Auerswald, der Kommissar für das Warschauer Getto, Jahrgang 1908. Solche Jahrgangshäufungen waren weder in den neugebildeten Heimatbehörden noch in den eroberten Gebieten eine Seltenheit.⁴ Besonders in letzteren hoben sich die jugend-

lichen Neulinge scharf von ihren überalterten Kollegen in der Wehrmacht oder bei der Polizei ab. Gleichzeitig schmiedete die Jugend bei diesen Männern einen Zusammenhalt, der mindestens ebenso stark war wie die gewachsenen Altersbande im Establishment.

Die jungen Repräsentanten der neuen Machtstruktur lassen sich nach drei Motiven unterscheiden. Für einige von ihnen, besonders für die Flexiblen und Ehrgeizigen, galt ein Posten im neuen Sektor als den Umständen entsprechende verheissungsvolle Alternativkarriere. Andere waren in ihren Berufen nicht weitergekommen und erhofften sich nun von der Partei oder deren Organisationen eine konkrete Möglichkeit, ihre schlummernden Talente einzusetzen. Die Dritten waren bereits gemachte Männer und wollten ihre Kenntnisse oder Qualifikationen für die neue Bewegung bereitstellen, weil der Nationalsozialismus zu ihrem Lebenselixier geworden war.

Der ersten Gruppe gehörten Berufsbeamte an, die sich am wenigsten von ihren Kollegen auf traditionellen Posten unterschieden. Nehmen wir Friedrich Vialon als Beispiel, 1905 geboren und Volljurist, der vor Hitlers Machtantritt junger Staatsanwalt war und danach mehrere Posten im Justizwesen und im Finanzministerium innehatte. Als ein Teil des von der Sowjetunion eroberten Territoriums dem Ministerium für die besetzten Ostgebiete unterstellt wurde, gab man Vialon einen Posten im sogenannten Ostland, bestehend aus dem Baltikum und dem westlichen Weissrussland. Dort entfaltete er eine rege Schreibtätigkeit und ordnete auch an, jüdisches Eigentum zu konfiszieren.⁵ Nach Kriegsende setzte er seine Laufbahn in Bonn fort, wo er Staatssekretär beim Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit wurde.

Im Generalgouvernement war Eberhard Westerkamp, geboren 1903, Leiter und dann Präsident der Hauptabteilung Innere Verwaltung. Bis 1932 war er Regierungsrat im preussischen Staatsministerium gewesen und hatte danach als Kommunalbeamter gedient. Erst 1937 trat er in die Partei ein. Walter Emmerich, geboren 1895, im Generalgouvernement Leiter der Hauptabteilung Wirtschaft, kam aus der Geschäftswelt und

war im Reichswirtschaftsministerium tätig gewesen. Auch er wurde erst 1937 Parteimitglied. Der interessanteste Fall eines Staatsbeamten im neuen Umfeld war aber Heinrich Müller. 1900 geboren, hatte er im Ersten Weltkrieg als Flieger gekämpft und war nach Kriegsende der Münchner Polizei beigetreten, wo er in der politischen Abteilung arbeitete. Diese observierte Kommunisten wie auch Nazis, aber Müller spezialisierte sich auf die Linke. Sein Ruf als Experte drang bis zu Himmler und Heydrich durch, und sie beauftragten ihn, jene Organisation aufzubauen, die seitdem als Synonym des Nazi-Regimes gilt: die Gestapo. Müller trat 1939 in die Partei ein. Er blieb bis zum letzten Tag Chef der Gestapo. Dann verschwand er auf Nimmerwiedersehen.⁶

Die zweite Gruppe bestand aus Parteigenossen, denen im Leben schon manches misslungen war, darunter die berufliche Laufbahn. Besonders die SS bot vielen von ihnen eine neue Heimat. Hier fanden sie nicht nur Sicherheit, sondern konnten – sofern sie früh genug eingetreten waren – im Nu aufsteigen und Machtpositionen besetzen. Himmler selbst ist ein Paradebeispiel für Karrieren dieser Art. Zwar hatte er Abitur gemacht und an der Technischen Hochschule München ein Diplom als Landwirt erworben, war aber nach dem Studium in eine Krise geraten. Er versuchte sich in diversen Laufbahnen, war unter anderem als Verkäufer in einer Düngemittelfirma tätig und spielte zeitweilig mit dem Gedanken zu emigrieren. Für ihn wurde der Nazismus zur beruflichen Chance, die er schonungslos ausnutzte. Ungeachtet seines wenig soldatischen Äusseren, von der mangelnden Kampferfahrung nicht zu sprechen, befahl er alle SS-Einheiten, die Sicherheits- und Ordnungspolizei und die Konzentrationslager. Er sah sich als Vollstrecker der schwierigsten Mission überhaupt: der totalen Vernichtung aller Juden. Die Voraussetzungen einer solchen Führungsposition waren: eiserner Wille, Ausdauer und Skrupellosigkeit, gepaart mit blind ergebener, hündischer Treue zu Adolf Hitler sowie väterlicher Sorge für seine SS-Kommandeure und SS-Männer. Alle diese Voraussetzungen erfüllte er im Übermass.⁷

Adolf Eichmann stieg indessen nur bis zum SS-Obersturmbannführer auf, diente unter Müller in Heydrichs und Kaltenbrunners

Reichssicherheitshauptamt als Gestapo-Spezialist für Judenangelegenheiten; auch er gehörte zu jenen, die Unterschlupf im Parteiapparat fanden. 1906 in Solingen geboren, siedelte er mit seiner Familie nach Österreich um. Dort arbeitete er für eine Ölgesellschaft, wurde entlassen und schloss sich der Nazi-Bewegung Österreichs an. 1934 floh er nach einem gescheiterten Putschversuch mit anderen Nazis nach Deutschland und begann seine Karriere in Heydrichs anwachsendem Sicherheitsapparat; anfangs trieb er die jüdische Emigration gemäss den Richtlinien von 1938 und 1939 voran, später koordinierte er die europaweiten Deportationen zur Vorbereitung der «Endlösung». Zwar hatte er sich mit der jüdischen Kultur befasst, vor dem Krieg Palästina besucht und Hebräisch gelernt, war aber kein Spezialist für Judaismus. Sein Haupttalent lag darin, die antijüdischen Massnahmen durchzusetzen. Er war Organisator, Drahtzieher, Antreiber und Aufseher, und er entwickelte die unheimliche Gabe, führende Juden zu seinen Helfershelfern zu machen, sogar noch im Frühjahr 1944, als er dem Judenrat von Budapest einredete, den ungarischen Juden werde kein Haar gekrümmt, wenn sie nur seine Anweisungen befolgten. Während des Vernichtungsprozesses war Eichmann ganz in seinem Element, und in seinen Verhandlungen mit anderen Behörden, in der Auswahl seiner Repräsentanten für deutsche Botschaften, im Umlenken von Geldern aus jüdischen Quellen für Deportationen und in der Beschaffung von Transportzügen der Eisenbahnen verbuchte er einen Erfolg nach dem anderen. Er spielte Geige und ein wenig Schach, neigte manchmal zum Alkohol. Kurz, sein Privatleben war normal, doch im Labyrinth des Verwaltungsapparats war Eichmann Pfadfinder, und er beherrschte die Technik der Vernichtung wie kein zweiter.⁸

Gewiss waren nicht alle Angehörigen der SS derart gewieft. Fritz Katzmann wurde 1906 als Sohn eines Bergmanns geboren und machte eine Tischlerlehre. 1927 trat er bei den Nazis ein, schloss sich im selben Jahr den Braunhemden der SA an und wurde 1930 Mitglied der SS. Als Krakeeler stieg er rasch auf und befehligte ein Kommando, dem überwiegend Bergleute angehörten. In den dreissiger Jahren lauteten seine

Beurteilungen «gut» oder «befriedigend»; er galt als willensstark, durchsetzungsfähig und im Rahmen seiner Bildungsgrenzen lernfähig. Er heiratete, und seine privaten Finanzen waren tadellos geordnet. Anfang Februar 1941 diente Katzmann als SS- und Polizeiführer im Distrikt Radom; dem Rang nach war er Oberführer, was einer Stufe direkt über dem Oberst entsprach. Damals galt er als noch zu jung für eine Beförderung zum Brigadeführer, womit er Offizier im Generalsrang gewesen wäre, aber wenige Monate später schaffte er den Sprung. Nachdem man der Sowjetunion bei der Invasion vom Juni 1941 Galizien abgenommen hatte, wurde er in diesen Distrikt versetzt und veranlasste dort als SS- und Polizeiführer die Deportation bzw. Erschiessung Hunderttausender von Juden. Die Operation war gerade in vollem Gange, als Katzmann – jetzt Gruppenführer – nach einer weiteren Beförderung zum Oberguppenführer gierte, um zum Höheren SS- und Polizeiführer in Danzig ernannt zu werden. Der SS-Personalchef Maximilian von Herff hatte Bedenken gegen diese Massnahme. Zwar hielt er Katzmann für einen guten Organisator, meinte aber, dieser verliere sich zu oft in Details. Katzmann war in seinen Augen dann am besten, wenn er auf eigene Faust loslegen konnte, liess jedoch dabei diplomatisches oder taktisches Geschick vermissen. Von Herff glaubte also, dass Katzmann in Danzig scheitern würde. Gleichwohl kam es zur Beförderung. Nach dem Krieg tauchte Katzmann unter, ohne jemals wieder aufgespürt werden zu können.⁹

Katzmanns kometenhafter Aufstieg war möglich, weil er fast perfekt einem Idealprofil entsprach. Ungeachtet seiner Fehler und Mängel bekam er alle Aufgaben in den Griff, gerade weil er eigenwillige Methoden anwandte. Da war Carl-Albrecht Oberg doch ein wenig anders. 1897 als Sohn eines Medizinprofessors geboren, war er gebildeter als Katzmann und dazu Kriegsveteran. Nach dem Krieg hatte er in mehreren Freikorps gekämpft und sich für die Rechtsextremen eingesetzt. Dann arbeitete er für eine Bananenfirma, wechselte in ein Importunternehmen für Tropenfrüchte und kaufte schliesslich einen Tabakkiosk. In der SS winkte ihm eine solidere Karriere. Eine Beurteilung von 1938 attestierte ihm, er sei zielstrebig, sicher im Auftreten und «korrekt» ge-

genüber Untergebenen. Zudem sei er «offen», neige aber dazu, sich in den Mittelpunkt zu rücken.

Oberg löste Katzmann als SS- und Polizeiführer in Radom ab und wurde später zum Höheren SS- und Polizeiführer in Frankreich befördert, wo er die Deportation von 75'000 Juden organisierte. Während Katzmann die Juden von Galizien ausgelöscht hatte, bekam Oberg nur ein Viertel der Juden Frankreichs zu fassen. Gewiss herrschten in Frankreich andere Verhältnisse, da man sich mit den französischen Behörden herumschlagen musste und kaum SS- oder Polizeikräfte verfügbar waren. Himmler machte Oberg zwar keine Vorwürfe wegen des schleppenden Fortgangs der «Endlösung» in Frankreich, aber im Januar 1943 schrieb er ihm anlässlich zweier Nebensächlichkeiten einen geharnischten Brief: Selbst mit seinen vier Panzern sei ihm misslungen, einen Polizeioberst in Marseille zu etablieren, wo die Wehrmacht das Sagen hatte. Oberg, so Himmler, gehe es in Paris zu gut, und er verbringe zuviel Zeit bei gesellschaftlichen Abenden. Himmler untersagte Oberg deshalb, seinen Weihnachtsurlaub zu verlängern. Allerdings wollte er Oberg nicht ablösen. Dieser blieb bis zum Schluss in Frankreich, wo er nach dem Krieg noch jahrelang eingekerkert war.¹⁰

Der Journalist und ehemalige politische Häftling in Buchenwald, Eugen Kogon, bezeichnete einmal das Personal der Konzentrationslager als eine negative Elite. Dieser Abschaum habe nichts anderes gekonnt, als wehrlose Gefangene einzusperrern. Hermann Dolp, 1909 geboren, wurde 1939 Schutzhaftlagerführer und damit als SS-Offizier zuständig für alle Häftlinge des Lagers Sachsenhausen. Theodor Eicke war als Inspekteur der Konzentrationslager völlig ausser sich über die Ernennung Dolps und warf dem Hauptamt Personal der SS vor, immer die dümmsten SS-Führer mit der verantwortlichen Leitung von Konzentrationslagern zu beauftragen, obwohl deren Verwaltungsaufgaben extrem komplex seien. Einen Monat später schrieb Eicke erneut und wies darauf hin, dass er Dolp sehr gut kenne und von Anfang an Bedenken geäussert habe. Dolp sei zwar beflissen und tüchtig, könne aber selber nichts dafür, dass er den hohen Rang als Standartenführer einnehme, ohne diesem geistig gewachsen zu sein. Die «Kriminellen» in Sachsen-

hausen fürchteten ihn nicht; sie lehnten sich auf ihre Schippen und bewunderten die Landschaft, während Dolp mit seinem gutmütigen, fast dämmlichen Gesicht alle Autorität verspielte. Schliesslich gelang es Eicke, sich Dolp vom Hals zu schaffen. Diesem wurde eine neue Aufgabe im besetzten Polen zugeteilt, wo er echte Probleme bekam: Es hagelte Vorwürfe wegen Trunkenheit, wegen einer polnischen Mätresse, und Dolp soll zudem geäussert haben, er herrsche über Leben und Tod. Man degradierte ihn zum Sturmbannführer und verbot ihm zwei Jahre lang jeden Alkohol, wurde ihn aber nicht los. Eickes Nachfolger Richard Glücks hatte den Auftrag, neue Lager zu bauen, und konnte sich nur auf erfahrene SS-Führer verlassen, darunter auch solche, die anderswo negativ aufgefallen waren. Dolp wurde daher als Aufseher eines Lagerkomplexes für jüdische Zwangsarbeiter in den Distrikt Lublin abkommandiert, wo er an der Demarkationslinie zwischen Deutschen und Russen Verteidigungsposten aufbauen musste. Unter SS- und Polizeiführer Globocnik war ihm schliesslich doch noch Erfolg beschieden. Er habe, so Globocnik, unter schwierigsten Bedingungen – mit viel zu wenigen Wachmännern und mit minderwertigen Arbeitskräften, nämlich Juden und Zigeunern – die Befestigungen noch Anfang 1941 fertiggestellt. Erheblich später, im Jahr 1944, empfahl sich Dolp erneut, diesmal weil er ein Baubataillon der 19. SS-Grenadierdivision mit einer manchmal an «Brutalität» grenzenden Strenge befehligte.¹¹

Verglichen mit Dolp und anderen SS-Männern in den Lagern, waren die Führungskräfte des Reichssicherheitshauptamtes, seiner regionalen Ableger und Einsatzgruppen, geradezu Intellektuelle. Nicht wenige dieser Männer waren gesellschaftlich anerkannt und hatten beste Aussichten, gingen aber aus Überzeugung zur Sicherheitspolizei. Mehrere gaben dafür ihren Beruf auf oder versuchten, sich beide Optionen offenzuhalten. Unter den Offizieren der Einsatzgruppen, die in sowjetisches Territorium eindrangten, befanden sich viele Juristen und andere Akademiker. Otto Ohlendorf, Chef des SD-Inland im Reichssicherheitshauptamt, kommandierte die Einsatzgruppe D in der südlichen Ukraine

und im Kaukasus. Er hatte ein humanistisches Gymnasium besucht und später an mehreren Universitäten Jura und Wirtschaftswissenschaften studiert. Nach dem Dienst in der UdSSR setzte er seine Karriere im Wirtschaftsministerium fort.¹² Die Gebrüder Ernst und Erwin Weinmann waren der Sicherheitspolizei völlig ergeben. Ihr Vater war im Ersten Weltkrieg gefallen, doch er hinterliess keine armen Waisenkinder. Der 1907 geborene Ernst wurde Zahnarzt und schloss seine Praxis, als man ihn 32jährig zum Bürgermeister von Tübingen wählte. Bekannt als «kompromissloser Nationalsozialist», diente er mehrere Jahre in Belgrad, wo er zum Kommandeur der Sicherheitspolizei in Serbien aufstieg.¹³ Sein jüngerer Bruder Erwin, 1909 geboren, fand ebenfalls als Arzt den Weg zur Sicherheitspolizei. Schneller befördert als Ernst, befehligte er ein Kommando der Einsatzgruppe C für die Erschiessung von Juden. Später kehrte er ins Reichssicherheitshauptamt zurück und kam Ende 1943 als Befehlshaber der Sicherheitspolizei nach Prag. Dort bekleidete er den Rang eines Standartenführers und wurde kurz vor Ende des Krieges für eine weitere Beförderung zum Oberführer vorgeschlagen.¹⁴

Auch Max Thomas war Arzt. 1891 geboren und Kriegsveteran mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse, schloss er seine erfolgreiche Praxis, um sich ganz der SS und Polizei zu widmen. Thomas war ein vielseitig gebildeter Mann, beherrschte Griechisch, Latein, Französisch und Englisch und liebäugelte anfangs mit Jura, bevor er sich für die Medizin entschied. Seine erste grosse Liebe wurde allerdings die Spionageabwehr. Aus seiner Personalakte geht hervor, dass er ein fanatischer Sicherheitsdienstler war. Ansonsten wimmelt es in der Akte von Unglücksfällen: Im Juli 1943 wurde er durch eine Mine verwundet; im Dezember 1943 stürzte sein Flugzeug ab; im März 1945 hatte er einen Verkehrsunfall. Himmler, der sich Sorgen um ihn machte, drängte ihn im Januar 1944 brieflich, das Bett zu hüten. Es sei immer gefährlich, schrieb er Dr. Thomas, das Krankenlager vorzeitig zu verlassen. Thomas seinerseits schrieb Himmler im November 1944 ermutigende Worte und fügte zwei Feldpostbriefe seines Sohnes Dietrich bei, der als SS-Offizier an der Ostfront kämpfte; mit Männern wie Dietrich, versi-

cherte er Himmler, könne der Krieg nicht verlorengehen.¹⁵ Als Deutschland den Krieg doch verlor, nahm sich Thomas das Leben.

Thomas befehligte die Einsatzgruppe C und war von Oktober 1941 bis August 1943 Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD in der Ukraine. Der Massenmord an Juden hatte zwar schon unter seinem Vorgänger begonnen, aber es boten sich nach wie vor Gelegenheiten für Erschiessungen, die zum Teil von einem seiner Kommandoführer – Ernst Weinmann – durchgeführt wurden.

Viele der neuen Funktionäre lebten ihren Idealismus primär am Schreibtisch aus. Das galt besonders für einen jungen Mann namens Edinger Ancker, der 1909 im Mittelschichtsmilieu geboren wurde. Der Vater war Fabrikant, seine Mutter entstammte einer sächsischen Beamtenfamilie. Ancker studierte Jura und wollte in die Kommunalverwaltung eintreten. Schon 1930 wurde er in die Partei aufgenommen. Er wurde Rechtsanwalt, dann Beamter und Ehrenmitglied des Sicherheitsdienstes. Er diente auch als Soldat, wurde aber 1940 aus der Wehrmacht entlassen, um im Stab von Reichskommissar Seyss-Inquart in den Niederlanden zu arbeiten. Aufgrund seiner günstigen Beurteilungen wurde Ancker dort zum stellvertretenden Leiter des Personalamtes ernannt; er galt als «klug», hatte einen «offenen Charakter», doch dahinter stand sein «fester Wille, der einen gefassten Entschluss rücksichtslos durchführt», und seine Devise lautete: «Kompromisse kommen nicht in Frage.» In den Niederlanden heiratete er eine holländische Frau, Eleonora Walraven. Die Ehe gefährdete Anckers Karriere nicht ernsthaft, obwohl Hitler 1942 angeordnet hatte, dass Männer, die Frauen aus Feindnationen heirateten, nicht in «massgebende Stellen» aufsteigen sollten. Eleonora Walraven war gebildet, sprach Deutsch und stammte aus einer deutschfreundlichen Familie. 1941 war ihr Vater, Cornelis-Christian Walraven, der holländische Vizepolizeipräsident von Den Haag. Anckers Vorgesetzte hatten keine Einwände gegen diese Verbindung. Aus der Ehe gingen mehrere Kinder hervor, von denen eines 1942 starb.

In diesem Jahr befand sich Ancker in der Parteikanzlei, wo er für Ju-

denangelegenheiten zuständig war. Am 6. März 1942 nahm er zusammen mit einem weiteren Funktionär der Parteikanzlei an einer Konferenz teil. Bei der von Adolf Eichmann geleiteten Sitzung ging es um das Problem, was mit jenen Halbjuden anzufangen war, die weder dem jüdischen Glauben anhingen noch mit einem jüdischen Partner verheiratet waren. Sollte man sie unbehelligt lassen? Sollte man sie sterilisieren? Sollte man sie als Juden behandeln, sofern sie nicht mit Deutschen verheiratet waren oder gemeinsam mit Deutschen Kinder hatten? Die Vertreter der Parteikanzlei plädierten für die radikale Lösung, wonach alle ledigen Halbjuden, die nicht ein zu mindestens drei Vierteln deutsches Kind hatten, deportiert werden sollten, konnten sich aber letztlich nicht durchsetzen.

Der noch junge Ancker wurde 1944 der Waffen-SS überstellt und dort in einen Offiziersrang gehoben. Kurz vor dem deutschen Zusammenbruch schrieb ihm seine Frau aus einem Städtchen nahe München einen verzweifelten Brief: «Edinger, Edinger, warum hast Du mich so im Stich gelassen?» Der Feind stand kurz vor Nürnberg, und am Himmel drohten Bomber. Ihr Vater, der bei ihr lebte, wollte Selbstmord begehen.¹⁶ Ancker überlebte den Krieg. In Nürnberg wurde er zwar von den amerikanischen Anklägern verhört, aber sein Fall galt als zu dürftig für eine Anklageerhebung.

Der Österreicher Otto Gustav Freiherr von Wächter war prominenter als Ancker. Er wurde 1901 als Sohn des Generals Josef Freiherr von Wächter – eines österreichischen Heeresministers – geboren. Der junge Otto trieb aktiv Sport: Skilaufen, Bergsteigen und Rudern. Er lernte Italienisch, wurde Rechtsanwalt und praktizierte in Wien. Er schloss sich den österreichischen Nazis an und spielte eine führende Rolle bei deren misslungenem Putschversuch vom Juli 1934. Von den österreichischen Behörden verfolgt, floh er nach Deutschland, liess seinen Adelstitel fallen und wurde deutscher Staatsbürger. Nach dem Anschluss Österreichs diente er für kurze Zeit in Wien und danach als Gouverneur des Distrikts Krakau in Polen. Nach der Eingliederung Galiziens in das Generalgouvernement siedelte er mit seinem österreichischen Gefolge nach Lwow um, wo er als Gouverneur ausharrte, bis die Rote Armee die Deutschen

1944 aus der Region vertrieb. Kaum zurückgekehrt, wurde er zum Chef der Militärverwaltung in Italien ernannt, das die Deutschen inzwischen besetzt hatten. Wächter war zuständig für die Gettoisierung der Juden in den Distrikten Krakau und Galizien, und er liess Juden aus Galizien und Italien deportieren. Er war sich seiner schweren Mitschuld bewusst und floh nach dem Zusammenbruch Deutschlands, tauchte in Italien unter, wo er getrennt von seiner Frau und seinen Kindern 1949 in den Armen von Bischof Hudal starb.¹⁷

Die neuen Behörden übten ihre Macht extensiv aus, wobei es manchmal zu Kollisionen kam. Einer dieser Kompetenzkonflikte entbrannte zwischen zwei Nazi-Führern, die beide Männer der ersten Stunde waren: Himmler und Frank. In diesem Gerangel hatte Frank die schlechteren Karten. Himmler beanspruchte in Berlin neue Rechte für sein Amt, trieb seine SS und Polizei in die fernsten Winkel des von Deutschland beherrschten Europa. Frank war dagegen in seiner Hauptstadt fest an die Grenzen des Generalgouvernements gebunden, die sich nur aufgrund der Eingliederung Galiziens einmal erweiterten. Himmler hatte nicht nur seine SS- und Polizeitruppen in Franks Gebiet stationiert, sondern dort auch mehrere Arbeits- und Vernichtungslager eingerichtet. Frank verteidigte sein Konzept des Absolutismus gegen jeden Übergriff, bestand darauf, alleiniger Herr im Haus zu sein, und forderte daher, dass ihm der Höhere SS- und Polizeiführer Friedrich Krüger eindeutig unterstellt wurde. Krüger und seine Stellvertreter betrachteten sich dagegen in zahlreichen Aufgabengebieten, darunter fiel auch die entscheidende «Endlösung», als die unanfechtbaren Entscheidungsträger. Schliesslich trugen sie den Triumph davon. Die endgültige Lösung stellte den ursprünglichen Organisationsplan insofern beinahe auf den Kopf, als Frank bis zuletzt mit Hilfe seiner von Lothar Weirauch geführten Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge ein Vetorecht gegen die Auflösung von Gettos und Deportation der Insassen behielt.¹⁸ Allerdings scheint er das Recht nie wahrgenommen zu haben. SS und Polizei ergriffen von nun an die Initiative und preschten voran, unterstützt von allem, was Franks Apparat aufzubieten hatte.

Im Vorfeld der Konfrontation hatten jedoch beide Seiten viel Gift versprüht. Bei einer Sitzung am 30. Mai 1940, in der sich die Polizei voreilig um die Kontrolle der jüdischen Gemeinden bemühte, unterstrich Frank das Prinzip einheitlichen Verwaltungshandelns und stellte unmissverständlich klar, dass die Polizei ausführendes Organ des Staates war – kein Selbstzweck sein durfte.¹⁹ Wenige Tage später schrieb Krüger an Himmler und beklagte sich über die Ernennung Bühlers zum Staatssekretär. Bühler, ehemals Franks Statthalter an der Akademie für Deutsches Recht, war erst 35 oder 36 Jahre alt und konnte, so Krüger, durch die Beförderung zum zweiten Mann hinter Frank dem Höheren SS- und Polizeiführer Befehle erteilen – wahrhaftig eine Demütigung Krügers und eine unerträgliche Lage (Krüger war 44).²⁰ In dieser Angelegenheit machte die SS den Boden wieder gut. Krüger wurde ebenfalls Staatssekretär.

1942 ging Himmler in die Offensive und schnitt das Problem der Korruption im Generalgouvernement an, wobei er ausdrücklich auf Franks Schwester und auf dessen Gouverneur Karl Lasch – zuständig für Radom – anspielte.²¹ Kurze Zeit später wurde Lasch ohne Urteil auf Befehl Himmlers erschossen.²²

Gelegentlich feierte Frank auch Siege. 1940 gelang es ihm, den Zustrom von Juden und Polen zu stoppen, die aus den einverlebten Gebieten ins Generalgouvernement vertrieben wurden, und dann wurde auch noch der Querulant Krüger abgelöst. Doch statt zu führen, bot Frank zunehmend das Bild eines Nachläufers. Er stimmte allem zu und gab klein bei, betonte aber immer wieder, dass er das letzte Wort habe. Die deutschen Bewohner Galiziens sahen ihn offenbar trotz all seiner Herrlichkeit im Niedergang begriffen. Wie in einem Bericht des Sicherheitsdienstes festgehalten, nannten sie ihn «König Frank» und «Stanislaus der Verspätete».²³

Der Witz war nicht unbegründet. Frank residierte wie ein Monarch in seinem Schloss. Er hielt Hof, beschäftigte Komponisten und Schachspieler. Mehr als zwei Jahre lang hatte er allerdings bei der Judenverfolgung die Initiative ergriffen, hatte die Juden gehetzt, von «Juden und Läusen» gesprochen und die jüdischen Einwohner aus seiner «deut-

schen» Stadt Krakau vertrieben. Er sperrte sie in Gettos, hungerte sie aus und verursachte den Tod Hunderttausender, ohne mit der Wimper zu zucken. Später zog er Erkundigungen ein, wie man die Juden am schnellsten in den «Osten» deportieren könne. In einer Rede vor seinen Funktionären sagte er am 16. Dezember 1941, er habe aus Berlin erfahren, dass man die Juden nicht in den neu besetzten sowjetischen Gebieten aufnehmen könne. Berlin habe ihm mitgeteilt: «Liquidiert sie selbst.» Weiter sagte Frank: «Wir müssen die Juden vernichten, wo immer wir sie treffen und wo es irgend möglich ist.» Allerdings wusste er nicht, wie. «Diese ...Juden können wir nicht erschiessen. Wir können sie nicht vergiften, werden aber doch Eingriffe vornehmen können, die irgendwie zu einem Vernichtungserfolg führen.»²⁴

Zwar konnte sich Frank nicht die Wirkung der Gewehrkugeln und des Gases vorstellen, er wusste aber, dass er alle Brücken hinter sich abgebrochen hatte. Im Januar 1943 verkündete er während einer Sitzung, dass alle Anwesenden auf Roosevelts Kriegsverbrecherliste stünden und dass er die Ehre habe, Platz eins zu zieren.²⁵

Unterdessen hatten ihn seine Widersacher von der SS längst in die Defensive gedrängt und trieben ihn nun in die Enge. Verzweifelt schrieb er am 1. September 1942 in sein Tagebuch, eine «Kamarilla» versuche, ihn zu «stürzen» und zu «beseitigen». Fast unverhüllt geisselte er den neuen Kurs Hitlers, der alle «Rechtssicherheit» zerstört, Konzentrationslager geschaffen und «Polizeiwillkür» ermöglicht habe. Er habe Hitler seinen Rücktritt angeboten, aber dieser habe abgelehnt.²⁶

Nachdem die Deutschen 1944 bei einer sowjetischen Blitzoffensive aus Lublin vertrieben worden waren, hörte Frank vom dortigen Vernichtungslager Majdanek. Bühler jedoch habe damals behauptet, der Zivilverwaltung des Generalgouvernements sei nichts von Lagern bekannt gewesen.²⁷ Bei seinem Prozess in Nürnberg erklärte Frank, er habe Krügers Nachfolger Wilhelm Koppe gesagt: «Jetzt wissen wir es.»²⁸ In diesem Verfahren postulierte Frank auch eine Kollektivschuld der Deutschen an dem Geschehen: «Tausend Jahre werden vergehen und diese Schuld von Deutschland nicht wegnehmen.»²⁹

Anders als die alte Garde konnten die Neulinge ihre Vergangenheit nicht so leicht abschütteln. Die Alliierten Besatzungsmächte sahen in jedem von ihnen erst einmal einen Verbrecher, wohingegen die alten Bürokraten aus den traditionellen Hierarchien erleichtert waren, als sich das Interesse der Ankläger auf die ehemalige NSDAP und SS konzentrierte. Die Neulinge hingegen argumentierten, nicht ganz unbegründet, dass sie nicht die einzigen waren, dass man sie aufs Korn genommen habe, dass die Unterscheidung zwischen Wehrmacht und SS vielfach willkürlich sei und dass – in den Worten Hans Franks – ganz Deutschland eine Kollektivschuld treffe. Einige Funktionäre wie Himmler, Globocnik und Krüger erkannten die Zeichen der Zeit und begingen Selbstmord, um sich dem Prozess zu entziehen. Andere wie Müller und Katzmann tauchten unter, letzterer mit falschem Namen. Wieder andere – darunter der Höhere SS- und Polizeiführer Koppe, der nach dem Krieg unerkannt Schokolade produzierte – wurden so spät enttarnt, dass sie der Strafverfolgung entgingen. Sehr wenige hinterliessen ihren Familien postum schriftliche Erklärungen. Hugo Wittrock, volksdeutscher Gebietskommissar für die lettische Stadt Riga, der dort ein Getto einrichtete, übergibt dies in dem Text, der nach seinem Tod publiziert wurde. Stattdessen erklärte er aber in einer Mischung aus Selbstgefälligkeit und Selbstrechtfertigung, dass Deutschland in jener Zeit zur höchsten Blüte gelangt sei – allerdings nicht ohne Exzesse, wie das Massaker an den Zehntausenden von Juden im Getto, das der Höhere SS- und Polizeiführer Friedrich Jeckeln ohne Beteiligung Wittrocks angeordnet habe.³⁰

5. Fanatiker, Rohlinge und seelisch Belastete

Die Persönlichkeitsmerkmale der Täter folgten keiner Schablone. Vielmehr unterschieden sich die Ausführenden der Vernichtungsmassnahmen sowohl in ihrer gesellschaftlichen Stellung als auch in ihrem psychologischen Profil. Mit zunehmender Brutalität gegenüber den Juden wandelte sich deutlich auch das Rollenverständnis der Täter. Einige von

ihnen legten Übereifer an den Tag, andere neigten zu «Exzessen», wieder andere standen ihrer Aufgabe mit Vorbehalten und Zweifeln gegenüber.

Der blanke Eifer zerfiel in mehrere Kategorien. Vor allem gab es Initiatoren, die sicher sein konnten, dass ohne sie nichts ging. Dann gab es Freiwillige, die Mittel und Wege suchten, sich an den antijüdischen Massnahmen zu beteiligen. Und schliesslich gab es die Perfektionisten, die Massstäbe setzten und als Vorbilder für alle galten.

Typisch für die zielstrebigem, unermüdlichen Förderer war Adolf Eichmann, der wie besessen Memoranden schrieb, durch die Lande reiste und seine Leute anstachelte. Nicht minder emsig war der Österreicher Hanns Rauter, Höherer SS- und Polizeiführer in den Niederlanden, dessen Berichte von Statistiken nur so strotzten. Er rühmte sich seiner Geschicklichkeit und schaffte es, mehr als 100'000 der 140'000 in Holland lebenden Juden zu deportieren – der höchste Prozentsatz im westlichen Teil Europas.¹ Martin Luther, ein machtgieriger Parteimann im Auswärtigen Amt, verlegte sich ganz auf die Taktik und Strategie der Deportationen.² Der NSDAP-Rassenexperte Walter Gross berauschte sich an seiner Idee, ledige Vierteljuden in der Hoffnung miteinander zu verkuppeln, einige der Nachkommen solcher Paare würden genügend jüdische Merkmale aufweisen, um für die Ausrottung in Betracht zu kommen.³ Auch in der Reichsbahn fanden sich wahre Idealisten. Otto Stange, ein damals sechzigjähriger Amtsrat, bei dem Eichmanns Behörde Transportzuteilungen beantragte, hatte ein Büro für sich, weil er so laut ins Telephon schrie.⁴ Bruno Klemm, ein Funktionär in der Reichsbahn-Generalbetriebsleitung Ost, die Osttransporte organisierte, soll sich unermüdlich dafür eingesetzt haben, Güterwagen und Schienenzeit für Judentransporte in die Vernichtungslager bereitzustellen.⁵

Einige der Eiferer waren Enthusiasten, die Möglichkeiten *suchten*, sich in den Prozess einzuschalten. Generalleutnant Otto Kohl, der alle Bahnbewegungen im besetzten Belgien und Frankreich leitete, empfing einmal einen subalternen Vertreter Eichmanns in Paris, bezeichnete sich

als einen kompromisslosen Gegner der Juden und Verfechter einer radikalen Lösung und ermutigte den SS-Mann, Züge zu beantragen: «Wenn Sie mir sagen, ich will 10'000 oder 20'000 Juden aus Frankreich nach dem Osten abtransportieren, so können Sie in jedem Fall damit rechnen, dass ich das nötige rollende Material und die Lokomotiven zur Verfügung stelle.» Kohl zeigte enormen Eifer, «auch auf die Gefahr hin, von gewissen Leuten als roh angesehen zu werden».⁶

In den Einsatzgruppen befehligte Sturmbannführer (SS-Major) Bruno Müller das Sonderkommando 11b, das 1941 weit im Süden operierte und einer rumänischen Armee zugeteilt war. Als die Rumänen den Schwarzmeerhafen Odessa einnahmen, begannen sie, in der Stadt ein gewaltiges Massaker unter den Zehntausenden dort lebenden Juden anzurichten. In dieser Raserei zahlreicher rumänischer Militär- und Gendarmerieeinheiten spielten Müller und sein Kommando nur eine unbedeutende Rolle, doch liess es sich Müller nicht nehmen, einen eigenen Beitrag zu leisten. Als er am Abend des 22. Oktober 1941 erfuhr, dass die Rumänen mit Erschiessungen begonnen hatten, handelte er ihnen etwa 300 Juden ab, die bereits gefangen waren, und führte die Opfer zu einem stillgelegten Brunnen, wo er sie erschossen liess. Die halb oder völlig entkleideten Leiber der Männer, Frauen und Kinder wurden dann in den Brunnen gestürzt. Anschliessend warf man Handgranaten hinterher, um die schwer Verwundeten unter den Opfern auch noch zu erledigen.⁷

Im hessischen Darmstadt übernahm ein relativ niedriger Beamter, Kriminalsekretär Georg Dengler, am 15. Januar 1943 die Abteilung für Judenangelegenheiten der örtlichen Gestapoleitstelle. Damals waren schon die meisten jüdischen Einwohner deportiert, und im Grossen und Ganzen lebten dort nur noch Juden in Mischehen. Dengler erhielt eine Weisung, wonach er auch diese Menschen deportieren durfte, sofern er seinen Antrag auf andere Gründe als die Einstufung der Opfer als Juden stützen konnte. Die Genehmigung nahm er als Freibrief, einige alte Frauen zu deportieren, die zum Teil als Witwen besonders schutzlos waren. Eine 69jährige Frau, deren deutscher Ehemann noch lebte, hatte nicht den zwingend vorgeschriebenen Zweitvornamen Sara eintragen

lassen. Sie benutzte eine Lebensmittelkarte ihrer Tochter, die den gleichen Vornamen hatte wie sie. Obwohl die Frau in Auschwitz umkam, bot man die Asche ihrer nichtjüdischen Familie an. Eine weitere Frau, verwitwet und 76 Jahre alt, hatte ebenfalls eine Tochter und das «Sara» auf einer Lebensmittelkarte weggelassen. Dengler wandte sich einem seiner Gehilfen zu und sagte: «Das genügt.»⁸

Sturmbannführer Müller und Kriminalsekretär Dengler spielten in Operationen mit massiven Ausmassen kaum eine Rolle. Die Folgen ihres Tuns standen in keinem Verhältnis zu ihrem Diensteifer: Nur zu gerne hätten sie mehr geleistet. Die Perfektionisten dagegen hatten alle Hände voll zu tun. Tag für Tag waren diese Fanatiker die eigentlichen Säulen des Verwaltungsapparats. Sie sahen ihre Herausforderung in allem, was ungeklärt oder ungelöst blieb, und ihre Devise lautete: Präzision bis zum Letzten. Diese Bürokraten fanden sich überall, in jeder einzelnen Behörde. Im Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft kümmerten sie sich um Probleme wie die Zuteilung von Magermilch an jüdische Zwangsarbeiter, die mit Giften in Berührung kamen. Im Finanzministerium versuchten sie, Rentenzahlungen an deportierte Juden zurückzuholen. Bei der Reichsbahn führten sie Buch über Deportierte und Kilometer, um der Sicherheitspolizei den Transport von Juden in die Tötungszentren zu berechnen. In Auschwitz betrieben sie Enteignungsverfahren gegen Anlieger, um das Lager erweitern zu können.

Im Unterschied zu den Fanatikern, deren Arbeit immer sachbezogen blieb, gab es Leute, die ihre Opfer bewusst brutal behandelten, sie quälten, sich an ihrem Schicksal berauschten oder sich darüber lustig machten. Auch wenn das nicht gerade gerne gesehen war, wurde es keineswegs streng unterbunden oder geahndet.

Meist war die Brutalisierung nur Ausdruck der Ungeduld. Sie zeigte sich bei den Veteranen der Tötungseinsätze, denen die ständigen Razzien, Erschiessungen oder Vergasungen längst Routine geworden waren. So berichtete ein deutscher Offizier im Generalgouvernement im August 1942, SS-Leute und Polizisten seien beobachtet worden, als sie Schwangeren mit Gewehrkolben in den Leib stiessen.⁹ Wachmänner an

Türen von Gaskammern trieben die Opfer mit Peitschen und Bajonetten ins Innere. Zahllose Zeugen erinnerten sich, dass Kinder aus dem Fenster geworfen, wie Säcke auf Lastwagen geworfen, gegen Mauern geschmettert oder bei lebendigem Leibe auf die Berge brennender Leichen geschleudert wurden.

In manchen Fällen war der Sadismus geradezu konstitutionell bedingt. Das zeigte sich besonders in der direkten Konfrontation, wenn solche Männer den Juden ihre Überlegenheit beweisen wollten. Meist spielten sie dann mit ihren Opfern. Anfangs hatten sie Juden nur gezwungen, Gehwege mit der Zahnbürste zu reinigen. In den neu besetzten polnischen Städten schnitten sie gläubigen Juden die Bärte ab oder benutzten Juden wie Ponys, um auf ihnen zu reiten. Im perversen Umfeld der Lager stellten sie Juden als lebende Zielscheiben auf oder nahmen sich jüdische Frauen als Sklavinnen für ihre sexuellen Begierden. In Auschwitz versprach der Erzsadist Otto Moll einem Insassen das Leben, wenn er es schaffte, barfuss zweimal über eine Grube mit brennenden Leichen zu laufen, ohne zusammenzubrechen.¹⁰ Das Syndrom, sich als Herr über Leben und Tod zu fühlen, hatte auch seine Kehrseite. Ein Lagerinsasse von Auschwitz wurde verprügelt, nachdem er vergeblich versucht hatte, Selbstmord zu begehen.¹¹

Die Sadisten waren nicht besonders originell, hatten weder die Phantasie ihrer Vorgänger in früheren Jahrhunderten noch die der rumänischen oder kroatischen Soldaten. Der typische deutsche Sadist neigte zu Stereotypen und gängigen Schemata. Er «trieb Sport», oft in Form von «Gladiatorenkämpfen» zwischen Insassen; beliebt war auch das «Sisyphus-Spiel», wobei Häftlinge schwere Steine von einer Stelle, wo sie nicht gebraucht wurden, zu einer anderen Stelle schleppen mussten, wo sie ebenfalls nicht gebraucht wurden. Solche «Spiele» waren keineswegs harmlos: Gladiatoren oder Steineschlepper starben schwer verwundet oder an Entkräftung.

Einigen der Täter machte es besondere Freude, Juden zu verhöhnen. Ihre Scherze, manchmal an sadistische Praktiken gekoppelt, konnten in Auschwitz darin bestehen, Häftlinge ulkig zu verkleiden und vor einer

Latrine zu postieren, wo sie gepeinigten Mithäftlingen nur eine Minute lassen durften, ihre Notdurft zu verrichten; in Treblinka befestigten sie den Davidsstern an einem Gaskammergebäude; in den feineren Kreisen der deutschen Reichsbahn wurden Transporte in Vernichtungslager mit Vermerk auf dem Frachtschein geschickt, eine Ladung Seife folge unverzüglich.

Eine Folge der zunehmend destruktiven Massnahmen war die Verrohung, eine andere war das Auftreten moralischer Konflikte. Gewiss boten sich die Todeslager nicht für Zweifel oder Zimperlichkeit an. Dennoch wurden manche kaum mit Situationen fertig, in denen der Tod vieler Opfer von vornherein unverblümt feststand. Diese Zweifler waren nicht so gefestigt wie die unerschütterlichen Fanatiker an ihren Schreibtischen oder die kaltblütigen, ja völlig gefühllosen Killer vor Ort. In den Reihen der Bürokratie wurden die einzelnen Härtegrade sofort gewitert. Die massgebenden Funktionäre galten als «hart», die übrigen als «weich». Da sich die Kritiker dieser Differenzierung bewusst waren, versuchten sie entweder, von der Bildfläche zu verschwinden, oder sie stützten ihren Protest auf den unverfänglichsten aller Gründe: nicht diese Einheit, nicht hier, nicht jetzt oder nicht so. Selten genug insistierten sie oder setzten sich vehement ein. Auch wenn sie noch so schwach waren: Zum Einsatz reichte es in der Regel.

Oberregierungsrat Hermann Keuter hatte Skrupel. Wie in einem Untersuchungsbericht der Sicherheitspolizei von 1942 festgestellt, wurde Keuter 1899 geboren und war Veteran des Ersten Weltkriegs, in dem er als Leutnant gedient hatte. Ab 1922 arbeitete er als Beamter bei der Finanzverwaltung in Düsseldorf. Bis Januar 1933, als Hitler an die Regierung kam, war Keuter für Personalfragen zuständig, wurde dann aber wegen seiner langjährigen Mitgliedschaft in der katholischen Zentrumspartei und seines offenkundigen Katholizismus auf einen weniger empfindlichen Posten versetzt. Im Mai 1933 trat Keuter jedoch in die NSDAP ein, und ab 1937 diente er im Amt des Oberfinanzpräsidenten. Dort übernahm er im Jahr 1940 das Referat Grundstückswesen. Im August 1941 wurde er weiterbefördert und musste sich im Zusammenhang

mit der «Evakuierung» von Juden um jüdische Grundstücke kümmern. Mit «starken Hemmungen» wandte er sich an den Oberfinanzpräsidenten und bat um Freistellung von dieser Tätigkeit. «Erst» nachdem dieser ihn an seinen Eid und an seine Pflichten als Beamter erinnert hatte, konnte Keuter seine neuen Aufgaben erfüllen.¹²

Ludwig Fischer war beileibe niemand, von dem man Unmut über die antijüdischen Massnahmen hätte erwarten können. Als Jurist war er 1931, im Alter von 26 Jahren, zum stellvertretenden Leiter der NSDAP-Rechtsabteilung aufgestiegen. Zudem ranghohes Mitglied der Brauhemden (SA) und Schützling Hans Franks, hatte er von Oktober 1939 bis Januar 1945 den Posten als Gouverneur des Distrikts Warschau inne.¹³

Im Distrikt Warschau lag das europaweit grösste Getto der Nazis. Dort hielten sich mehr als 400'000 Juden, viele von ihnen aller Habe beraubt und die meisten erwerbslos, mit mageren Rationen am Leben; weder der Schwarzmarkt noch die von Verwandten oder von ausländischen jüdischen Hilfsorganisationen eingeschleusten Nahrungsmittel konnten ihre Lage entscheidend lindern. Etwa sechs Monate nach Einrichtung des Gettos empfing Fischer – in Zivil, aber mit Schaftstiefeln bekleidet – den jüdischen «Ältesten» Adam Czerniaków, um ihm zu erklären, dass er nicht vorhabe, die Juden auszuhungern, und dass es eine Möglichkeit gebe, die offiziellen Nahrungsmittelzuteilungen zu erhöhen. Gleichzeitig forderte er, die auf den Strassen des Gettos liegenden Leichen zu beseitigen. Diese Leichen, sagte Fischer, machten einen sehr schlechten Eindruck.¹⁴

Ungeachtet der vagen Zusicherung des Gouverneurs änderte sich nichts an der Versorgungslage, und im folgenden Sommer stieg die Sterberate im Getto auf monatlich anderthalb Prozent. Fischer, der ohne Genehmigung der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft keine Lebensmittel ins Getto schicken konnte, sorgte sich wegen der Sterblichkeitsraten. Als Generalgouverneur Frank persönlich an einer dreitägigen Konferenz über Probleme des Distrikts Warschau teilnahm, hielt Fischer eine lange Rede, worin er auch auf die Juden einging. Im Einzelnen schlug er vor, jedem Getto-Insassen folgende Rationen zu ge-

währen: wöchentlich 1050 Gramm Brot; dazu monatlich 300 Gramm Zucker, ein Ei, 100 Gramm Marmelade und 50 Gramm Fett; jährlich ein Dutzend Kartoffeln sowie Fisch und Gemüse, sofern vorhanden. Selbst das genügte, sagte er, nicht zum Überleben, so dass die Sterblichkeit im Winter weiter zunehmen werde. Der Kampf in diesem Krieg, fuhr er fort, richte sich gegen das Judentum insgesamt, und was im Fall eines jüdischen Sieges zu erwarten sei, habe der «amerikanische Jude Kaufmann» in einer Publikation treffend geschildert. Das Buch, auf das Fischer damit anspielte, stammte von dem obskuren Autor Theodore Kaufmann und war in jenem Jahr bei der *Argyle Press* in Newark (New Jersey) erschienen. In der Tat hatte Kaufmann vorgeschlagen, Deutschland aufzuteilen und die Deutschen zu sterilisieren. Mit diesem Beweis für die wahren Absichten der Juden konnte Fischer äussern: «Ich glaube, es kann verantwortet werden, wenn diese Brutstätte des Judentums von uns vernichtend getroffen wird.» Allerdings blieb er mit den bestehenden Nahrungsmittellieferungen unzufrieden und zitierte en détail die höheren Rationen selbst für die nicht als Zwangsarbeiter eingesetzten Juden im Getto von Łódź.¹⁵

Fischer hatte seine Vorschläge zur Linderung der Hungersnot im Getto durchaus als überzeugter Nazi gemacht. Nichts weist darauf hin, dass er später nachhakte, und die Massendeportation der Juden aus dem Warschauer Getto im Sommer 1942 scheint ihn wenig berührt zu haben. Schliesslich lagen die deportierten Juden nicht auf der Strasse herum. Sie waren ausser Sichtweite. Gleichwohl sind Fischers Worte vom Oktober 1941 nicht ohne tieferen Sinn. Die Eskalation des Vernichtungsprozesses in seinem Kompetenzbereich liess ihn nicht völlig kalt, und er meldete sich zu Wort, obwohl er auch hätte schweigen können. Selbstverständlich wurde sein Antrag abgelehnt.

Einer der Gründe für geschlossene Gettos, versiegelte Güterwagen und geheime Vernichtungslager lag darin, dass man die Opfer vor naseweisen Zeugen verbergen wollte. Solche Vorkehrungen liessen sich jedoch nicht auf die «Schnittstellen» ausdehnen, wo es stets unausweichlich zu einer direkten Konfrontation zwischen Tätern und Opfern

kam. Ein Schütze musste die Augen offenhalten, und dieses Erlebnis konnte ihm an den Nerven zerren.

Der folgende Bericht stammt aus dem persönlichen Tagebuch eines Insassen des Warschauer Gettos. Ein fünfzig- bis sechzigjähriger Polizist hatte im Getto auf offener Strasse ein junges Mädchen erschossen, wahrscheinlich wegen eines kleinen Vergehens. Im Nu war die Strasse wie leergefegt, nur eine Frau konnte nicht rechtzeitig fliehen. Der Polizist, leichenblass, nahm sie am Arm, deutete auf den Leichnam und befahl ihr, das Blut abzuwaschen, wobei er immer wieder seine Unschuld beteuerte und der Frau ein Stück Papier zeigte, auf dem angeblich seine Befehle standen.¹⁶

Psychische Probleme stellten sich besonders bei unerfahrenen Schützen ein, die manchmal zitternd vor ihren Opfern standen und gelegentlich nicht tödlich trafen. Dabei halfen auch ideologische Erklärungen der Kommandeure und militärische Exekutionsmethoden nicht viel.¹⁷ Was den Männern fehlte, war die Praxis.

Anfangs, im Juni und Juli 1941, bevor die Anordnungen nichts mehr an Klarheit zu wünschen übrigliessen, fingen die Einsatzkommandos, Polizeibataillone und SS-Brigaden überwiegend männliche Juden im Alter zwischen 15 und 60 Jahren. Am 1. August hob jedoch Heinrich Himmler persönlich diese stillschweigende oder selbstgesetzte Beschränkung auf. An diesem Tag empfing das 2. Kavallerie-Regiment der SS-Kavallerie-Brigade folgenden Funkspruch:

Ausdrücklicher Befehl des RFSS [Himmler]
Alle Juden müssen erschossen werden,
Judenweiber sind in die Sümpfe zu treiben¹⁸

Der Bataillonskommandeur, Sturmbannführer Franz Magill, hatte mit diesem Befehl seine Schwierigkeiten: «Weiber und Kinder in die Sümpfe treiben hatte nicht den Erfolg, den er haben sollte, denn die Sümpfe waren nicht so tief, dass ein Einsinken erfolgen konnte.»¹⁹

Noch im August 1941 hatten die Mörder ihr Problem nicht gelöst. Eine Stadt, in der sich ihre Schwierigkeiten unübersehbar zeigten, war

Bjelaja-Zerków, etwa siebzig Kilometer südlich von Kiew. Die 6. Armee hatte Bjelaja-Zerków im Eilmarsch genommen. Zuständiger Befehlshaber war Generalfeldmarschall Walter von Reichenau. Die 295. Infanteriedivision, als Reserve direkt der Heeresgruppe Süd unterstellt, war Mitte August in der Stadt stationiert. Man hatte eine Militärverwaltung eingerichtet: eine regionale Feld- und die Ortskommandantur. In der Stadt befanden sich auch Angehörige des Sonderkommandos 4a, das Standartenführer Paul Blobel befehligte, der von Beruf Architekt war. Dessen örtlicher Stellvertreter war Obersturmführer August Häfner. Wie ein Offiziersanwärter des Heeres beobachtete, erschoss das Kommando 800 bis 900 erwachsene Juden in Neunergruppen. Je zwei Mann nahmen aus einer Entfernung von etwa fünf Metern ein Opfer aufs Korn. Manchmal flog eine Schädeldecke hoch, und die Männer waren mit Blut bespritzt.

Am Mittag des 2. August machten Soldaten zwei Kriegspfarrer vom Feldlazarett auf ein Gebäude aufmerksam, wo etwa neunzig jüdische Kinder, von Säuglingen bis zu Fünf-, Sechs- und Siebenjährigen, mit wenigen Erwachsenen in zwei, drei kleinen Räumen eingesperrt waren, vor denen ein Ukrainer Wache hielt. Die Kinder, seit mehr als 24 Stunden ohne Nahrung und Wasser, «weinten und wimmerten dauernd» und lagen in ihren Exkrementen. Einige «kratzten Mörtel von der Wand und assen ihn». Vor allem die Säuglinge «waren völlig erschöpft und fast leblos». Da die beiden Geistlichen den Verdacht hatten, «dass es sich um eine Willkür-Aktion der ukrainischen Miliz handelte», alarmierten sie den katholischen und den evangelischen Divisionspfarrer. Diese beiden Offiziere begaben sich sofort an Ort und Stelle und benachrichtigten, «über diese unglaublichen Zustände erschüttert», den 1. Generalstabsoffizier der Division, Oberstleutnant Helmuth Groscurth.

Groscurth war ein schlanker, 42jähriger Berufsoffizier, Sohn eines protestantischen Pfarrers. Vor seiner Abordnung zur 295. Division hatte er unter dem Chef der Abteilung Ausland-Abwehr, Admiral Wilhelm Canaris, im Oberkommando der Wehrmacht gedient. Veteran des Ersten Weltkriegs – in dem er verwundet in Gefangenschaft geraten war

–, neigte Groscurth sehr zum Pessimismus. Er war, wie er in Tagebüchern, Briefen und Memoranden immer wieder betonte, kritisch gegenüber allen Generälen, misstraute dem Nazi-Regime und verachtete die SS. Kaum eine halbe Stunde nach dem Besuch der beiden Divisionspfarrer aus Bjelaja-Zerków ging Groscurth in das Haus, wo man die Kinder eingesperrt hielt, und inspizierte die Räume höchstpersönlich. Gleich am nächsten Tag meldete er in einem luziden, ausführlichen Bericht, was er gesehen und unternommen hatte.

Der Gestank sei ganz unerträglich gewesen. Ein Angehöriger des Sonderkommandos habe ihm mitgeteilt, dass die Eltern der Kinder bereits erschossen worden seien und dass man auch diese selbst «beseitigen» wolle. Groscurth forderte eine Stellungnahme des Ortskommandanten, der sich jedoch für unzuständig erklärte und Groscurth empfahl, sich an den Feldkommandanten, Oberstleutnant Riedl, zu wenden. Dieser Offizier wies darauf hin, dass die Aktion in den Händen eines SS-Leutnants liege, der Befehle von höchster Stelle habe. An der Richtigkeit und Notwendigkeit dieser Befehle, so Riedl, sei nicht zu rütteln. Groscurth verlangte, die Aktion so lange auszusetzen, bis eine Entscheidung der Heeresgruppe Süd erwirkt sei. Deren Generalstabsoffizier verwies Groscurth an die 6. Armee. Um acht Uhr abends gewährte ihm Generalfeldmarschall von Reichenau den geforderten Aufschub, und die Feldkommandantur liess den Kindern Wasser und Brot bringen.

Am folgenden Morgen um elf traf sich Groscurth in Begleitung eines Adjutanten mit Riedl, dem Abwehroffizier des Heeres Hauptmann Luley, Obersturmführer Häfner und Blobel. Wie in Groscurths Bericht zusammengefasst ist, erklärte Luley, «er sei zwar evangelischer Christ, aber er hielte es für besser, wenn sich die Pfarrer um die Seelsorge der Soldaten kümmern würden». Riedl versuchte, die ganze Angelegenheit «auf das weltanschauliche Gebiet zu ziehen», und sagte, dass er «die Ausrottung der jüdischen Frauen und Kinder für dringend erforderlich halte, gleichgültig in welcher Form diese erfolge». Durch die Massnahmen der Division sei «die Beseitigung der Kinder unnötig um 24 Stunden verzögert» worden. Dem pflichtete Blobel bei und erklärte, auch

von Reichenau halte die Aktion für notwendig und wolle sie «durchgeführt wissen»; er fügte hinzu, am besten nähme die «schnüffelnde Truppe» selbst die Erschiessungen vor.

Groscurth musste sich fügen. Der Abwehroffizier der Division hatte ihn schon unterrichtet, dass Blobel die Einstellung von Reichenaus korrekt wiedergab. Groscurth machte einen Rückzieher und schrieb, dass die Pfarrer von «Eigenmächtigkeiten» der ukrainischen Miliz ausgehen mussten. Was die Division selbst betreffe, so habe sie «lediglich wegen der Art der Durchführung» eingegriffen. In seiner «abschliessenden Stellungnahme» schrieb Groscurth erbittert: «Im vorliegenden Falle sind aber Massnahmen gegen Frauen und Kinder ergriffen, die sich in nichts unterscheiden von Greueln des Gegners, die fortlaufend der Truppe bekanntgegeben werden.» Er fügte an, die «gesamten Exekutionen» seien offenbar «auf einen Antrag des Feldkommandanten zurückzuführen». Oberstleutnant Riedl habe erklärt, man müsse die ganze «Judenbrut ausrotten». Doch wenn einmal die Eltern erschossen seien, verstehe sich die Beseitigung der Kinder – «vor allem der Säuglinge» – von selbst. Sie hätte aber, so Groscurth, «sofort mit Beseitigung der Eltern erfolgen müssen, um diese unmenschliche Quälerei zu verhindern».

Generalfeldmarschall von Reichenau hatte das letzte Wort. Unter dem 28. August 1941 beschuldigte er die Division, «von sich aus die Unterbrechung der Exekution angeordnet» zu haben, und wies ausdrücklich den Vorwurf zurück, diese sei mit den «Greueln des Gegners» vergleichbar. Derartige «im höchsten Masse ungehörigen und unzweckmässigen» Feststellungen gehörten jedenfalls nicht in ein «offenes Schreiben, das durch viele Hände geht». Er schloss: «Der Bericht wäre überhaupt besser unterblieben.»

Anschliessend wurden die Kinder erschossen, nicht von deutschen Angehörigen des Sonderkommandos, sondern von den ukrainischen Milizionären des Feldkommandanten. Die Ukrainer, so SS-Obersturmführer Häfner nach dem Krieg, «standen herum und zitterten». Häfner selber blieb ein innerer Aufruhr nicht erspart. Ein kleines blondes Mädchen nahm ihn «an der Hand», bevor es erschossen wurde.²⁰

Die psychischen Sperren von Blobels Sonderkommando wurden nach und nach überwunden. Als Blobel im folgenden Monat in Kiew eintraf, liess er dort mehr als 33'000 Juden töten. Doch für jeden einzelnen Täter gab es ein erstes Mal, und das Ereignis fiel nicht immer in die Frühphase der «Endlösung». Für Major Franz Lechthaler, einen 51jährigen Berufspolizisten, kam es zum Beispiel erst im Oktober 1941.²¹

Lechthaler hatte keinen besonders herausragenden Ruf, und das von ihm befehligte 11. Reservepolizeibataillon galt bei Kollegen kaum als Elitetruppe. Für seinen bescheidenen Erfolg gab es Gründe. Vor dem Ersten Weltkrieg, in dem Lechthaler als Feldwebel diente, hatte er Mäler werden wollen. Bei der deutschen Kapitulation 1918 war er in Kiew stationiert, wo man ihn zum Vorsitzenden des neugebildeten Soldatenrats seines Regiments wählte. Diese Räte waren eine halb revolutionäre Institution nach dem Vorbild der russischen Sowjets. Kaum gewählt, widersprach Lechthaler dem Appell eines Offiziers «durchzuhalten». Als die deutsche Reichswehr gemäss dem Versailler Vertrag drastisch reduziert wurde, musste Lechthaler ausscheiden. 1920 ging er zur Reichspolizei, wo er 1932 zum Hauptmann befördert wurde. Misstrauisch gegenüber Hitler, den er als einen «Österreicher» bezeichnete, forderte er seine Leute auf, bei den Präsidentschaftswahlen jenes Jahres nicht Hitler, sondern Hindenburg zu wählen. Mit dieser Vorgeschichte stieg Lechthaler unter dem Nazi-Regime äusserst langsam auf. Er wurde als letzter seines Jahrgangs Major, und sein Aufnahmeantrag für die NSDAP blieb jahrelang unerledigt liegen.

Nachdem deutsche Streitkräfte im Sommer 1941 die Rote Armee vom Baltikum vertrieben hatten, wurden Lechthaler und sein Bataillon in der litauischen Hauptstadt Kaunas stationiert. Er verfügte nur über drei Kompanien, eine davon war für den Dienst im Getto abgestellt. Anfang Oktober erhielt er den Befehl, sofort in die weissrussische Hauptstadt Minsk vorzurücken. Er setzte sich also mit seinen beiden unbeschäftigten Kompanien und drei weiteren der litauischen Hilfspolizei in Marsch.

In Minsk war die neugebildete 707. Infanteriedivision für die militärische Sicherung einer Region zuständig, die den Westteil der besetzten

Weissrussischen SSR einschloss (darunter Gebiete, die vor dem Krieg zu Polen gehört hatten). Ihr Befehlshaber war der gerade erst zum Generalmajor beförderte Gustav Freiherr von Mauchenheim, genannt von Bechtolsheim, ein 52jähriger Berufsoffizier und Sohn eines Generalmajors. Da seine Division nicht für militärische Grosstaten ausersehen war, umfasste sie nur zwei Regimenter mit insgesamt 24 Infanteriekompanien und Reservetruppen.²² Die Soldaten waren etwas überaltert, ihre Ausrüstung nicht gerade erstklassig. Daneben verfügte Bechtolsheim über weissrussische Hilfstruppen in zwei Formationen: einen Ordnungsdienst mit Polizeifunktionen und Hilfs-Wachmannschaften für verschiedene Militäreinrichtungen.

Schon im September operierten Partisanen im Divisionsgebiet, und am 2. Oktober berichtete Bechtolsheim, bewaffnete Juden hätten eine Teerfabrik in Brand gesetzt. Noch am selben Tag folgte die Meldung, er habe seinen Ordnungsdienst dem SS- und Polizeiführer im westlichen Weissrussland überstellen müssen.²³ Zwei Tage später fasste und erschoss seine Geheime Feldpolizei 16 Juden, die einen Tankzug hatten entgleisen lassen.²⁴

Da sich seine Streitkräfte zunehmend in den Weiten Weissrusslands verloren, forderte Bechtolsheim nun offenbar Verstärkung an. Ein deutsches Gericht, das Lechthaler nach dem Krieg verurteilte, ging davon aus, dass Bechtolsheims unmittelbarer Gebietsvorgesetzter, Generalleutnant Walter Braemer in Riga, der gute Beziehungen zur SS unterhielt, den Höheren SS- und Polizeiführer um Hilfe gebeten hatte und dass Lechthalers Bataillon aus diesem Grund abgeordnet worden war.

Nach dem Krieg sagte Lechthaler vor deutschen Staatsanwälten aus, er sei auf dem Weg zum Divisionshauptquartier in Minsk mit einer öffentlichen Hinrichtung zweier sehr junger Männer und einer Frau begrüsst worden. Diese hätten als Geiseln für einen Anschlag auf Bechtolsheim büssen müssen. Der 1. Generalstabsoffizier (Ia) (Oberstleutnant Fritz-Wedig von der Osten) habe auf einer Stabskarte mit roten Wimpeln jeweils einen Angriff der Partisanen markiert. Lechthaler sei beauftragt worden, zwei Vorstösse gegen diese zu führen. Nach Vollzug habe er sich wieder beim Ia-Offizier gemeldet. Diesmal sei ihm be-

fohlen worden, die Juden in dem Dorf Smolewicki, direkt südlich der Strasse Minsk-Borissow, zu beseitigen. Der Offizier habe ihm erklärt, dass Juden und Partisanen unter einer Decke steckten und dass es erst dann Frieden gäbe, wenn alle Juden ausgelöscht seien. Auf Lechthalers Einwand, er könne eine solche Operation doch nicht auf einen blossen Verdacht hin starten, sei der Offizier gar nicht eingegangen. Lechthaler behauptete, dass er daraufhin Bechtolsheim aufgesucht habe, der ihm nur mitteilte, das Polizeibataillon sei der Division unterstellt worden und müsse entsprechend deren Befehle ausführen.²⁵

Die erhaltenen, vom 1. Generalstabsoffizier der 707. Division aufgesetzten und von Bechtolsheim eigenhändig unterschriebenen Befehle zeugen von einer klar ausformulierten Politik. Gemäss der Anordnung vom 10. Oktober waren Zigeuner, die Patrouillen unterwegs antrafen, an Ort und Stelle zu erschiessen. Der Befehl vom 16. Oktober griff auf frühere Weisungen zurück, wonach sowjetische Soldaten, auch wenn man sie unbewaffnet fasste, ebenso wie geflohene Kriegsgefangene zu erschiessen waren. Im Befehl vom 16. Oktober führte Bechtolsheim aus, dass Juden ausnahmslos aus Dörfern zu entfernen seien, da er meinte, nur diese böten Partisanen den nötigen Schutz, um den Winter überleben zu können. Die Vernichtung der Juden, schrieb er, müsse daher gnadenlos vorangetrieben werden. Im Heeresgebiet des 727. Regiments, das den Westteil des Divisionsgebiets einschloss, sei diese Mission gegen die Juden vor allem von den litauischen Kompanien auszuführen.²⁶

In den Befehlen sind auch einige Einsätze des Polizeibataillons und seiner litauischen Hilfstruppen beschrieben. Am 8. Oktober erschossen die Geheime Feldpolizei und Lechthalers Einheit in Uslany-Rudensk 641 Menschen, unter anderem einen Soldaten der Roten Armee, einen Politruk (Politoffizier der Roten Armee), neun Partisanen und 630 verdächtige Elemente, Kommunisten und Juden.²⁷ In den folgenden drei Tagen erschossen die gleichen Einheiten, verstärkt durch Divisionspioniere, in Rudensk 800 Partisanen, Kommunisten, «Gesindel» und Juden. Am 13./14. Oktober trat das Polizeibataillon in Kliniki auf, wo es 1341 Kommunisten, Partisanen und Juden erschoss.²⁸

In seinem Verfahren ging Lechthaler zwar nicht auf Uslany; Rudensk und Kliniki ein, beschrieb aber den Einsatz in Smolewicze. Dort, sagte er, habe er dafür gesorgt, dass alle Erschiessungen von den Litauern erledigt wurden. Der einheimische Dorfälteste (Starosta) habe die Juden herausrufen müssen, und nur «die Dummen» seien erschienen. Alte oder Kinder seien nicht dagewesen.

Smolewicze war jedoch nicht das Ende. Am 26. Oktober befand sich Lechthaler nach eigener Aussage wieder im Divisionshauptquartier. Der 1. Generalstabsoffizier habe wiederholt, dass es erst Ruhe gebe, wenn alle Juden liquidiert seien, und Lechthaler befohlen, nach Sluzk zu marschieren. Er habe erneut auf seine Stabskarte verwiesen und geklagt, die Division werde der Partisanenseuche nicht Herr; um das zu veranschaulichen, habe er auf alle Punkte gedeutet, an denen deutsche Soldaten getötet oder verstümmelt worden waren. Auf Lechthalers Einwand, er könne nicht zulassen, dass sich deutsche Soldaten an solchen Erschiessungen beteiligten, habe der Offizier empfohlen, das von den Litauern erledigen zu lassen. Lechthaler behauptete, dass er erneut zu Bechtolsheim ging, aber diesmal habe der ihn gar nicht erst angehört. Tags darauf sei er nach Sluzk marschiert, habe jedoch das Ende der Erschiessungen nicht abgewartet. Willy Papenkort, einer seiner Kompanieführer, blieb bis zum Schluss.

Dem Massaker von Sluzk fielen jüdische Männer und deren Familien zum Opfer. Es war ein derart verheerendes Blutbad, schlug eine so tiefe Schneise in die jüdische Arbeiterschaft, dass der örtliche zivile Gebietskommissar Heinrich Carl, ein alter Parteigenosse, dem Generalkommissar in Minsk einen wütenden Protestbrief schrieb. Einer der Polizisten erinnerte sich, dass Papenkort sagte, die Litauer seien Schweine.

Lechthaler konnte dies alles nicht mit ansehen. Seine Gewissensqualen waren jedoch nicht so stark, dass er aufbegehrt hätte. Er führte den Auftrag zu Ende, liess Flammen und Leichen zurück, darunter die von Kindern. Später wurde er befördert und befahl ein Polizeiregiment.²⁹

6. Ärzte und Juristen

Die Vernichtungsmaschinerie umfasste Vertreter aller Berufe und Fakultäten. Viele dieser Männer stellten ihre Fachkenntnis in der einen oder anderen Phase der laufenden Operation im Rahmen ihrer täglichen Routine zur Verfügung. Beispielsweise befassten sich Wirtschaftsprüfer und Buchhalter mit den Verträgen, nachdem man jüdischen Inhabern erpresserisch ihr Vermögen abgekauft hatte, ohne dabei die Rechtmässigkeit der Geschäfte prüfen zu müssen. Ingenieure, Architekten und Bauunternehmer richteten Lager und Gaskammern ein, ohne sich um den Zweck der Projekte zu kümmern. Buchprüfer konnten sich immer damit beruhigen, dass eine Übernahme eben eine Übernahme war, und für die Ingenieure war ein Bau eben ein Bau.

In manchen Berufszweigen stellte sich die Teilnahme am Vernichtungsprozess jedoch nicht ganz so unkompliziert dar. Ein Arzt konnte sich nicht der Frage entziehen, ob die direkte oder indirekte Verhängung von Krankheit oder Tod mit dem ärztlichen Auftrag zu vereinbaren war, Leid zu lindern und das Leben zu bewahren. Der Widerspruch war nur auflösbar, wenn ein Arzt sich einredete, dass er auch in seiner neuen Rolle noch die ärztliche Kunst ausübte. Robert Lifton bezeichnete diese Perversion als «medikalisiertes Töten».¹

Gleichermassen musste sich ein Jurist immer die kritische Frage stellen, wie er die Zwangsmassnahmen gegen Juden mit Gesetz und Recht vereinbaren konnte. Faktisch war diese Zurechtbiegung seine Hauptaufgabe. Doch am Ende gelang der geistige Salto mortale den Juristen ebenso wie den Ärzten.

Mediziner und Juristen waren seit Beginn des Nazi-Regimes darauf erpicht, ihre jüdischen Kollegen zu verdrängen. Bis 1933 gab es in diesen Berufen nicht wenige Juden, und alles spricht dafür, dass deren Vertreibung, die fast unmittelbar danach einsetzte, von den deutschen Ärztekammern und Juristenverbänden mit allem Nachdruck unterstützt wurde.

Die deutsche Ärzteschaft war im Vergleich mit anderen akademischen Berufsständen – gemessen an der Parteizugehörigkeit – sehr stark nazifiziert, und die Obsession, es gebe ohnehin zu viele Ärzte, erleichterte zwischen 1933 und 1938 zunehmend die Ausschliessung der jüdischen Kollegen.² Jüdische Anwälte waren nicht minder schutzlos. Einige von ihnen wurden schon 1933 aus der Anwaltschaft ausgeschlossen.³ Verschont blieben solche, die bereits am 1. August 1914 praktiziert oder im Krieg an der Front gekämpft hatten. Doch ihr Verbleib war der Justiz ein Dorn im Auge, so dass sie ein generelles Berufsverbot forderte.⁴ Ab 1938 durften jüdische Ärzte und Anwälte nur jüdische Patienten beziehungsweise Mandanten annehmen. Auch wurden ihre Berufstitel funktionalisiert. Jüdische Ärzte hiessen fortan «Krankenbehandler», jüdische Anwälte «Konsulenten». Damit war der Boden für weitere Massnahmen bereitet.

Die «medikalisierte» Vernichtung lief auf eine Vernichtung der Medizin hinaus. Manche Ärzte, darunter Max Thomas, schlossen ihre Praxen, schlüpfen in die SS-Uniform und wurden Mörder par excellence. Weitaus mehr gaben sich allerdings für Massnahmen wie die «rassische» Kategorisierung, Zwangssterilisation, Euthanasie, medizinische Experimente, Selektion für Vergasung, Erschiessung oder Gettoisierung her. Je nach Programm waren die Opfer Juden oder Nichtjuden, darunter auch Deutsche. Der deutsche Genetiker Bruno Müller-Hill zeigte, dass anfangs eine gewisse Arbeitsteilung geplant war: Für Juden, Zigeuner, Slawen und Neger sollten primär Anthropologen zuständig sein, für Deutsche mit Diagnosen wie Schizophrenie, Epilepsie, Idiotie oder Schwachsinn dagegen die Psychiater. Bald jedoch standen bei allen Kampagnen die Ärzte an der Front. Der Psychiater und Psychologe Robert Ritter sammelte Daten über knapp 24'000 Zigeuner und kam zu dem Schluss, dass etwa neunzig Prozent von ihnen aus Verbindungen zwischen Zigeunern und «asozialen» Deutschen hervorgegangen waren. Diese Zigeuner-Opfer wurden (sofern sie nicht mit «Ariern» verheiratet waren) mit Deportationszügen in die Vernichtungslager geschafft. Professor Otmar Freiherr von Verschuer übernahm das Kaiser-Wilhelm-Institut für Anthropologie von dem greisen «Papst» der Nazi-

Anthropologen, Eugen Fischer, und konzentrierte sich auf Rassenforschung, wobei er auch Kriterien für die sichere Zuordnung des «Arierstatus» im Falle lückenhaften Abstammungsnachweises suchte.⁵ Nach dem Rassenkonzept der Nazis musste diese Bestimmung gewissenhaft erfolgen, da eine ganze Laufbahn, wenn nicht gar das Leben selbst, auf dem Spiel stehen konnte.⁶

Die Zwangssterilisation liess sich auf Ursprünge in anderen Teilen Europas und in Amerika zurückführen. Das Programm der Deutschen, überwiegend vor Kriegsausbruch durchgeführt, betraf fast 400'000 Menschen, die meist als schwachsinnig, schizophran, epileptisch oder alkoholsüchtig eingestuft wurden. Zuständig für den Beschluss waren Sondergerichte, die sich mit Erbkrankheiten befassten. Für die Sterilisationen selber brauchte man Gynäkologen und andere Spezialisten, Psychologen und solche Firmen, die medizinisches Gerät lieferten.⁷ Nach der Vollendung des Programms erwog man einen neuen Plan. Es bestand eine vage Hoffnung, die slawischen Völker in dem von Deutschland besetzten Europa durch massenhafte Sterilisation ausrotten zu können. Im Blick auf dieses Ziel wurden in Auschwitz Tausende jüdischer Frauen und Männer sterilisiert, da man mit Hilfe der medizinischen Experimente eine optimale Methode finden wollte, den Eingriff möglichst schnell und ohne Wissen der Opfer vorzunehmen.⁸

Die Euthanasie wurde zu Beginn des Kriegs eingeführt. Das Projekt forderte etwa hunderttausend Menschenleben; betroffen waren meist Deutsche, aber auch Juden, Polen und – weiter östlich – die Slawen. Das Hauptkriterium dieses Mordens war unheilbare Krankheit. Zwar legte sich Hitler, der die Ermächtigung unterschrieb, nicht auf Geisteskrankheiten fest, er meinte aber unheilbare Patienten in Irrenanstalten. Nach Betten gerechnet, nahmen die Geisteskranken im Heil- und Pflegebereich unverhältnismässig viel Raum ein – an die fünfzig Prozent. Diese Belastung des Gesundheitswesens sollte abgebaut werden. Nach Psychiater-Berichten wurden ab Beginn des Programms bis zu dessen Einstellung am 1. September 1941 genau 70'273 jugendliche und erwachsene Patienten «desinfiziert». Weitere 258'108 blieben in deut-

schen Krankenhäusern in Pflege. Nach einer auf zehn Jahre angelegten Schätzung sparte man dabei 885'439'800 Reichsmark.⁹ Doch es ging nicht allein um die Kosten. Von Anfang an wurde unterstellt: Wenn die Kranken das Elend und die Wertlosigkeit ihrer Existenz begreifen könnten, würden sie von sich aus gar nicht mehr leben wollen. Doch Euthanasie als «Erlösung» blieb deutschen Patienten vorbehalten. Unter den Juden, Polen und Russen in psychiatrischen Anstalten selektierte man erst gar nicht. Sie wurden ungeachtet ihres Zustandes getötet.

Das Euthanasie-Programm diente auch als administrative Vorstufe der Vergasungen im Lagerkomplex Belzec-Sobibór-Treblinka. Dort wurden anderthalb Millionen Juden mit Kohlenmonoxyd umgebracht, verabreicht von einem Kader, dessen deutsches Personal aus den Euthanasie-Zentren stammte, wo unheilbar geisteskrankte Deutsche getötet worden waren. Der erste Lagerkommandant von Treblinka, Irmfried Eberl, hatte sich zuvor als Euthanasie-Arzt einen Namen gemacht.

Viele medizinische Experimente fanden in den Konzentrationslagern statt, die dafür das ideale Umfeld abgaben. Die Häftlinge hatten per se kein Recht auf körperliche Unversehrtheit oder das Leben. Juden überlebten im Lager nur, solange sie arbeiten konnten. Gleichwohl schränkten manche Ärzte, die Menschen für Experimente anforderten, den betroffenen Kreis ein, indem sie «jüdische Kriminelle» oder «Todeskandidaten» indizierten, wodurch sie sich offenbar gegen moralische Anfechtungen absicherten. Die Experimente konnten der Pharmakologie dienen, wenn etwa Medikamente getestet wurden, oder sie waren chirurgischer Natur, wenn man neue Operationsmethoden erprobte; doch manche Tests zielten ausschliesslich auf künftige Massensterilisationen.

Robert Jay Lifton hat das Leben und die Erfahrungen einiger der in Auschwitz tätigen Ärzte untersucht. Dabei stellte er mehrere Personentypen fest: Professor Carl Clauberg war ein zwergwüchsiger Tyrann mit starker Neigung zur Gewalt gegen Frauen, der die Sterilisation mittels Einspritzung ätzender Substanzen perfektionieren wollte. Als Gynäko-

loge hatte Clauberg vor dem Krieg bedeutende Erfolge bei der Behandlung von Unfruchtbarkeit erzielt, und nun standen ihm alle Möglichkeiten offen, seine Forschung in der Gegenrichtung voranzutreiben. Seine Experimente in Auschwitz waren jedoch nicht vom grossen Durchbruch gekrönt. Nach dem Krieg wurde er aus sowjetischer Gefangenschaft in die Heimat entlassen, offenbar ohne Reue zu zeigen. Er starb 1957 in deutscher Untersuchungshaft.

Horst Schumann war ein Euthanasie-Veteran, der auch an Sterilisierungstechniken feilte. Sein Faible war die Bestrahlung. Nach Vollzug entfernte er die Geschlechtsorgane von Männern und Frauen operativ, um die Art der Gewebsschäden zu analysieren. Es scheint, als habe Schumann seine Missetaten nicht ganz vergessen, denn nach dem Krieg diente er jahrelang selbstlos in Khartum, im Sudan sowie im ghanesischen Akkra. Lifton beschreibt ihn in dieser Zeit seines Lebens als eine Art guten Samariter.

Der blutjunge Gynäkologe Eduard Wirths war ab 1942 leitender Standortarzt in Auschwitz. Er trieb Experimente zu präkanzerösen Veränderungen der Gebärmutter, für die er gesunde Insassinnen benutzte. Wirths war freundlich zu Häftlingsärzten und anderen ihm vertrauten Lagerinsassen. Gleichzeitig tat er Dienst an der «Rampe», indem er eintreffende Juden nach flüchtiger Untersuchung für den Arbeitsdienst aussortierte oder direkt in die Gaskammern schickte. Bei Wirths, so Lifton, «wurde das Gewissen durch Gewissenhaftigkeit ersetzt». Nach dem Krieg gefasst, erhängte er sich im September 1945.¹⁰

In Auschwitz waren mehrere Ärzte für die Selektionen zuständig. Anscheinend stellten sie sich unterschiedlich auf diese Aufgabe ein. Einen der Überlebenden schilderte Lifton: Während der Arzt Josef Mengele auf der Rampe stand und die Reihen neu eintreffender Opfer mit «eleganten und schnellen Bewegungen» sortierte, habe Franz Lucas deutlichen Widerwillen erkennen lassen, «sorgfältig und mit langsamen Bewegungen auf der Rampe selektiert».¹¹ Doch letzten Endes taten sie alle ihre Pflicht.

Auch wenn Auschwitz nach dem Krieg im grellen Rampenlicht stand, war es nicht das einzige Lager im Europa der Nazis, wo die Ärzte

Menschen für den Tod selektierten. Im November 1941 berichtete die Sicherheitspolizei aus der besetzten UdSSR, der zuständige Arzt eines Kriegsgefangenenlagers in Borispol habe ihr 76 verwundete jüdische Gefangene zwecks Erschiessung durch das Sonderkommando 4a überstellt.¹² Der Vorfall wurde ebenso beiläufig erwähnt, wie die Massnahme des nicht namentlich genannten Arztes gewesen sein mag.

Zwar spielten deutsche Ärzte bei der Gettoisierung in Polen keine so direkte Rolle wie bei Sterilisationen, Euthanasie, Experimenten und Selektionen, aber in den polnischen Städten wirkte sich ihr Tun verheerend aus. Christopher Browning hat nachgewiesen, dass die Gettobildung, besonders in Warschau, primär «hygienischen» Zwecken diene, um weniger die polnische Bevölkerung als die stationierten deutschen Beamten und Militärs zu schützen.¹³ Die Rede war von Typhusgefahr – da die Krankheit von Läusen übertragen wird, brachte man sie mit den Juden in Verbindung.

Die Rückführung von Typhus auf Juden war nicht neu. Als Warschau im Ersten Weltkrieg unter deutscher Besatzung stand, stellten die Deutschen eine rapide Ausbreitung von Typhus unter den jüdischen Einwohnern der Stadt fest. Anfang 1918 untersagten die deutschen Behörden das Einwandern jüdischer Arbeitskräfte aus dem besetzten Ostgebiet ins Deutsche Reich.¹⁴ Viel später, im Jahr 1973, überprüfte der deutsche Epidemiologe Wilhelm Hagen, der im Zweiten Weltkrieg als Amtsarzt bei der deutschen Stadtverwaltung Warschaus gearbeitet hatte, die Statistiken von 1917 bis 1918 und stellte fest, dass die Zahl der Tuberkulose- und Typhusfälle bei Polen und Juden deutlich differierte. Die Juden, schrieb er, waren aufgrund der «rücksichtslosen Auslese» in den mittelalterlichen Gettos viel resistenter gegen Tuberkulose, gleichzeitig aber erheblich anfälliger für Typhus.¹⁵

Gewiss waren die Gettos Bestandteil dessen, was die SS mit den polnischen Juden insgesamt plante. Sie wurden 1939 als eine vorläufige Konzentrationsmassnahme für die noch ausstehende Dauerlösung konzipiert. Für deutsche Ärzte galten die Gettos jedoch primär als Quarantänazonen. In Warschau entstand schon im Herbst 1939 ein «Seuchen-

sperrgebiet». Dabei handelte es sich schlicht um ein Judenviertel, in dem auch Polen lebten. Zwar durften die Bewohner vorerst nach Belieben kommen und gehen, aber Deutsche, zumal Militärs, sollten diese Strassen meiden.¹⁶ Das ummauerte Getto in Warschau, ein Jahr später gegründet, war in gewissem Sinne die endgültige Konsolidierung der Quarantäneidee.

Nicht in allen Gettos breitete sich Typhus aus. In Łódź und Radom gab es nur relativ wenige Fälle, doch in Warschau nahm die Seuche 1941 wahrhaft epidemische Ausmasse an. Dr. Hagen, traditioneller Sozialdemokrat, half, wo er konnte. Er unterstützte die Bitte der Juden um höhere Lebensmittelrationen – der sich Gouverneur Fischer persönlich erfolglos anschloss –, und als die deutschen Stadtplaner den südlichen Teil des T-förmigen Gettos kappen wollten, verurteilte Hagen den Plan als blanken «Wahnsinn».¹⁷ Später focht er einen Kampf mit Lothar Weirauch aus, dem für «Bevölkerungswesen und Fürsorge» zuständigen Mann im Generalgouvernement; er warf ihm vor, die Tötung zahlloser Polen im Distrikt Lublin zu planen.¹⁸ Doch Hagen war auch ein Kind seiner Zeit. Stets hielt er daran fest, Polen mit Tuberkulose und Juden mit Typhus zu assoziieren, und am 7. Juli 1941 schlug er Fischer neben zahlreichen anderen «Desinfektionsmassnahmen» auch folgende vor:

Verlassen des jüdischen Wohnbezirks wird mit Prügelstrafe und bei besitzenden Juden ausserdem mit empfindlichen Geldbussen geahndet. Vagabundierende Juden werden erschossen.¹⁹

Am 15. Oktober 1941 erliess das Generalgouvernement in der Tat eine Verordnung, wonach Juden, die ausserhalb der Gettos gefasst wurden, mit dem Tod zu bestrafen waren.²⁰ 1973 verteidigte Hagen seinen Vorschlag der Erschiessung als unumgängliche Konzession, die praktisch bedeutungslos gewesen sei, da man fliehende Juden auch schon vorher erschossen habe. Nach dem Krieg machte er eine neue Karriere als Präsident des Bundesgesundheitsamtes. Auch sein damaliger Widersacher Weirauch feierte nach dem Krieg einen Triumph; er wurde Ministerialdirektor im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen.

Ärzte dienten in einer Vielzahl von Ämtern, und die Programme, an denen sie mitwirkten, markierten wichtige Etappen im Prozess der Vernichtung. Juristen waren ubiquitär und machten allerorten ihren Einfluss geltend. Bedarf an juristischer Legitimation gab es zur Genüge. Als der zweithöchste Nazi, Hermann Göring, Ende 1938 bei einer Sitzung mutmasste, deutsche Reisende könnten wohl jederzeit jüdische Passagiere aus überfüllten Zugabteilen werfen, sinnierte Propagandaminister Joseph Goebbels: «Das will ich nicht sagen. Ich glaube das nicht, sondern da muss eine Verordnung herauskommen.»²¹

Das ursprüngliche Mittel, den Vernichtungsprozess rechtlich zu verankern, waren Gesetze und Verordnungen – also Massnahmen, die einzelne Behörden entwarfen, mit anderen koordinierten, sofern deren Zuständigkeiten betroffen waren, und dann in den amtlichen Mitteilungsblättern veröffentlichten. Solange die federführende Behörde innerhalb ihres traditionellen Zuständigkeitsbereichs verblieb, konnte sie nach Belieben schalten und walten. Kurz, der Staat kannte keine Grenzen. Oft kamen die Verordnungen jedoch ohne klare Vorstellung von ihren mannigfachen Anwendungsmöglichkeiten zustande. Dann waren kunstvolle Auslegungen gefragt.

Ein Beispiel für ein unvorhergesehenes Dilemma war die Deportation von Juden aus deutschen Städten ins Getto von Łódź, das auf – ins Reich eingegliedertem – polnischem Territorium lag. Gemäss der 11. Verordnung zum Reichsbürgergesetz fiel das Vermögen von Juden, die das Land «verliessen», dem Reich zu; da Łódź aber *im* Reich lag, hatten die dorthin deportierten Juden das Land nicht verlassen. Staatssekretär Wilhelm Stuckart aus dem Innenministerium erkannte, dass die 11. Verordnung in solchen Fällen nicht griff, fand aber einen Ausweg. Schliesslich galten die Juden generell (auch wenn die Deportierten keiner Feindnation angehörten) als «Feinde des Reiches», so dass man ihre Habe nach einer anderen Verordnung konfiszieren konnte, die Feindvermögen betraf.²²

Die Dehnung der Vorschriften zeigt sich deutlich in einer Reihe von Gerichtsurteilen nach dem «Gesetz zum Schutze des deutschen Blutes und der deutschen Ehre», das Eheschliessungen, aber auch aussereheli-

che Verbindungen, zwischen Juden und Deutschen verbot. Auf dieser Basis entschieden die Gerichte, der Tatbestand sei auch schon ohne Geschlechtsverkehr erfüllt: Es genüge, wenn eine der Personen durch die Anwesenheit der anderen sexuelle Lust empfand. Berührungen oder nur Blicke konnten ausreichen. Die Begründung lautete in solchen Fällen, das Gesetz schütze nicht allein das Blut, sondern auch die Ehre, und ein Deutscher – vor allem eine deutsche Frau – werde entehrt, wenn ein Jude ihr Avancen machte oder sie sexuell irgendwie missbrauchte. Als ein Tscheche, der im Protektorat Böhmen und Mähren lebte, angeklagt wurde, wies man seine Verteidigung, er sei ja schliesslich kein Deutscher, mit dem Argument zurück, die Tschechoslowakei existiere nicht mehr; nach dem Status Böhmens und Mährens als Protektorat stehe er unter dem «Schutz» des Reiches und sei damit als Deutscher zu behandeln. Als ein jüdischer Angeklagter vortrug, er habe nicht gewusst, dass seine Partnerin Deutsche sei, also nicht vorsätzlich gehandelt, belehrte ihn das Gericht: Ein Jude, der sich mit einer Deutschen einlassen wolle, dürfe nicht allein auf ihre Zusicherung vertrauen, sie sei jüdischer Abstammung. Er habe vielmehr gewissenhaft anhand von Urkunden zu prüfen, welchen Status sie einnehme.²³

Äusserst dehnbar war die Auslegung auch, wenn es darum ging, alle Arten von vertraglichen Pflichten zu annullieren. Zum Beispiel konnten jüdische Mitarbeiter entlassen werden, weil sie aufgrund ihres Judentums als «dienstuntauglich» galten. Einem jüdischen Mieter durfte man kündigen, weil das Mietrecht zum Schutz einer ganzen Gemeinschaft von Mietern diene, der Juden *per se* nicht angehören konnten. Und so fort, Fall für Fall.²⁴

Wenn Normen offenkundig bei bestimmten Problemen versagten, half man sich mit dem Analogieprinzip. Einem jüdischen Studenten konnte man beispielsweise sein Stipendium entziehen, genau wie man jüdische Beamte aus dem Staatsdienst entfernte.²⁵ Nachdem die neue Verordnung publiziert war, wonach Juden, die aus Gettos flohen, mit dem Tod bestraft werden konnten, fragte man sich, ob diese Vorschrift analog gelte, wenn Juden von Arbeitstrupps ausserhalb der Gettos ent-

wichen. Der Kreishauptmann von Tomaszow (Tomaszow Mazowiecki), Karl Wilhelm Glehn, schlug vor, in solchen Fällen den Weg zur Arbeitsstätte und den Arbeitsplatz selbst als «jüdischen Wohnbezirk festzulegen».²⁶

Wenn gar nichts mehr half, liess sich das Recht als blosser Vorwand benutzen. Die Titel der Verordnungen besagten zunehmend weniger über den Inhalt ihrer Vorschriften. Wie Uwe Adam schrieb, herrschte eine Tendenz, Ausführungsverordnungen zu antijüdischen Gesetzen zu veröffentlichen, auch wenn sie gar nichts ausführten.²⁷ So definierten die Verordnungen zum Reichsbürgergesetz nicht nur die Begriffe «Jude» und «jüdisches Unternehmen», sondern regelten auch Massnahmen wie Entlassung jüdischer Anwälte, die Benennung jüdischer Verbände, denen alle Juden angehören mussten, und die Konfiszierung des Vermögens emigrierter oder deportierter Juden.

Im Zusammenhang mit den Konfiskationen war der Begriff «Treuhänder» gebräuchlich. Allerdings verwaltete die Aufsichtsbehörde in diesen Fällen das Vermögen nicht treuhänderisch für die Juden oder deren Begünstigte, sondern sie veranlasste nur die Weiterleitung der Güter oder der Aktiva an die Reichskasse. So gab es in den eingegliederten Gebieten Polens eine Haupttreuhandstelle Ost und daneben weitere Treuhandstellen im Generalgouvernement und in den Regionen, die dem Ministerium für die besetzten Ostgebiete unterstellt waren; sie alle fungierten nicht als Treuhänder im herkömmlichen Sinne des Wortes. Ein weiteres Etikett im Konfiszierungsverfahren war der Begriff «Juddennachlass». Er betraf die Hinterlassenschaft von Juden, die zum Beispiel in Weissrussland getötet worden waren.²⁸

Die gesetzliche Verschleierung antijüdischer Massnahmen machte sogar vor den Tötungsentscheidungen vor Ort nicht halt. Zur Zeit der ersten Erschiessungen sprach Erhard Kröger, der Kommandeur des Einsatzkommandos 6, Baltendeutscher aus Riga und Spezialist für internationales Recht, eine Gruppe von Juden, die getötet werden sollten, über einen Dolmetscher an und erklärte ihnen: Sie würden nun in «Vergeltung» für zahlreiche Morde hingerichtet, welche die Rote Armee auf ihrem Rückzug an der ukrainischen Zivilbevölkerung begangen habe.²⁹

7. Ausländische Regierungen

Die Vernichtung der Juden war europaweit angelegt. In einem grossen Gebiet, wo gut zwei Millionen Juden lebten, ergriffen ausländische Behörden eine Vielzahl von Massnahmen. Vier Länder, die sich aktiv beteiligten, strebten in erster Linie Eroberungen an, als sie mit Deutschland paktierten: Italien, Bulgarien, Rumänien und Ungarn. Hinzu kamen zwei vom deutschen Reich gebildete Satellitenstaaten: die Slowakei und Kroatien. Drei weitere waren besetzte Länder, die gegen Deutschland gekämpft hatten, in denen aber kollaborierende Regierungen und Behörden bereit waren, antijüdische Verordnungen auszuführen, zumindest jedoch bedeutende Amtshilfe zu leisten: Norwegen, Frankreich und die Niederlande.

Von seinen Alliierten erwartete Deutschland, dass sie die im Reich selbst konzipierten antijüdischen Vorschriften direkt übernahmen. Man hoffte, dass die befreunden Staaten nach und nach geeignete Massnahmen ergreifen würden, um die dort lebenden Juden «reif» für die Deportation zu machen. Am Anfang sollte stehen, den Begriff «Jude» gemäss dem Abstammungsprinzip zu definieren; Stufe zwei war die Vertreibung der Juden aus allen lebenswichtigen Bereichen der Wirtschaft; daran schlossen sich Massnahmen zur Aussonderung und Konzentration an, insbesondere alle Juden mit dem Stern zu markieren. Schliesslich begrüsst man die Hilfe in Form von Sammelrazzien und die Bereitstellung von Transportzügen sowie finanzielle Beiträge zu den Deportationskosten. Um diese Ziele zu fördern, halfen das Auswärtige Amt und Adolf Eichmanns Spezialisten vor Ort jederzeit mit geeigneten «Ratschlägen» aus.

Nicht alles klappte wie erhofft. Einige Länder definierten den Begriff «Jude» abweichend von der Reichspraxis: Italien sparte die Kinder von Konvertiten aus, Bulgarien alle Konvertiten, sofern sie mit Bulgaren verheiratet waren. Ungarn und die Slowakei reagierten mit ihren Definitionen jeweils auf den sich verschärfenden oder lockernden Druck des

Deutschen Reiches. Rumänien verzichtete ganz auf eine Pauschaldefinition und zog es vor, mit jeder einzelnen Verordnung spezielle Opfergruppen einzukreisen.

Fast alle Verbündeten Deutschlands zeigten eine grosse Vorliebe für Enteignungen. In Ländern wie Rumänien oder Ungarn, wo die Land- und Forstwirtschaft eine bedeutende Rolle spielte, nahm man sofort die wenigen jüdischen Ländereien aufs Korn. In der Slowakei stand dagegen die Übernahme jüdischer Industrie- und Handelsbetriebe im Vordergrund, da man für diese Sektoren eine stärkere Präsenz von ethnischen Slowaken anstrebte. In Rumänien, wo ein Grossteil der Industrie- und viele Handelsunternehmen in ausländischer Hand lagen, förderten ähnliche Erwägungen das Projekt, die Wirtschaft durchgehend zu «rumänisieren». Sowohl in der Slowakei als auch in Rumänien fehlte es jedoch an Kapital und Know-how. Daher durften in der Slowakei einige der ehemaligen jüdischen Inhaber ihre alten Betriebe unter slowakischen Stroh Männern als Manager weiterführen, während in Rumänien bestimmte jüdische Unternehmen einfach im Geschäft blieben.

Die Entlassung jüdischer Akademiker und Facharbeiter diente dem Vorhaben, nichtjüdische Bewerber zu belohnen. Doch auch dieses Projekt hatte seine Grenzen. In Ungarn spielten jüdische Ärzte nach wie vor eine wesentliche Rolle, und in Rumänien standen nichtjüdische Berufsanfänger als «Doubles» an der Seite jüdischer Handwerker, um ihr Metier zu erlernen. Ganz anders sah es dagegen bezüglich der ungelerten oder arbeitslosen Juden aus. Frankreich, Bulgarien, Rumänien, die Slowakei und Ungarn kommandierten diese Menschen in Arbeitstrupps ab, die in Lagern untergebracht waren und viele Aussenprojekte durchführten. Die meisten dieser jüdischen Trupps gab es in Ungarn, – sie mussten beispielsweise in Jugoslawien Kupfer abbauen oder Minenfelder an der Ostfront räumen.

Manchmal hatten die Konzentrationsmassnahmen pragmatische Gründe. Wohnungsmangel regte dazu an, Tausende jüdischer Familien aus der slowakischen Hauptstadt Pressburg und aus Bulgariens Hauptstadt Sofia zu vertreiben. In Rumänien regelte ein Sondergesetz, dass

ethnische Rumänen überall im Lande jüdische Wohnungen beanspruchen konnten. In der rumänischen Stadt Cernauti (Tschernowtsy) bestand lange ein Getto. In der unbesetzten Zone Frankreichs wiesen die französischen Behörden armen ausländischen Juden «Zwangswohnungen» in Kleinstädten zu.

Die Deutschen legten besonderen Wert darauf, dass überall der «gelbe Stern» eingeführt wurde, den die Juden an ihrer Kleidung befestigen mussten, aber in dieser Hinsicht war die Praxis der kollaborierenden Staaten keinesweg einheitlich. Das 1941 gebildete Kroatien führte den Sternzwang sofort ein. Die Slowakei institutionalisierte den Stern mit der (später gestrichenen) Einschränkung, dass zahlreiche werktätige Juden und deren Angehörige ihn nicht tragen mussten. In Ungarn gab es die äussere Kennzeichnung nur in den Arbeitstrupps, bis das Land 1944 besetzt wurde. Bulgarien verhängte einen gelben Anstecker aus Kunststoff, stoppte dann aber dessen Produktion. Rumänien führte in manchen Provinzen den Stern ein, hob später jedoch die Massnahme wieder auf. In Frankreich verordnete die deutsche Militärregierung das gelbe Abzeichen, während die französischen Kollaborateure darauf verzichteten. Italien hatte keinen Stern.

Im Lauf der Deportationen zeigte sich eine gewichtige Differenz zwischen deutschen und nichtdeutschen Behörden. Im Reich und in den besetzten Gebieten sollten die Juden restlos vernichtet werden. Ausnahmen galten nur bei Mischehen, und besonders unersetzbaren Arbeitskräften gewährte man Aufschub. Diesbezüglich waren die ausländischen Regierungen viel zwangloser und machten grosszügigere Konzessionen.

In der Slowakei und in Kroatien waren einige Juden privilegiert. Obwohl Kroatien fast die Hälfte seiner jüdischen Bevölkerung in eigenen Vernichtungslagern auslöschte, nahm es – ähnlich wie die Slowakei – etablierte Familien, ökonomisch einflussreiche Personen und Menschen mit guten Beziehungen aus. Ungarn vertrieb zwar im Sommer 1941 nichtungarische Juden aus neu annektierten Gebieten und überstellte die Opfer in den von Deutschland besetzten Teil der UdSSR, wo

sie umgebracht wurden, aber massenhafte Deportation traf die ungarischen Judenheit erst ab Frühjahr 1944. Frankreichs Kollaborateure waren vielfach bereit, staatenlose und ausländische Juden zu internieren oder auszuliefern, weigerten sich aber, diese Massnahmen auch auf Juden französischer Nationalität auszudehnen. Bulgarien und Rumänien differenzierten regional. Die bulgarische Regierung opferte die Juden im neu erworbenen Mazedonien, Thrakien und Piro, widersetzte sich aber Peportationen aus Alt-Bulgarien. Rumänien, das 1940 die nördliche Bukowina und Bessarabien an die Sowjetunion verloren und beide Gebiete 1941 zurückerobert hatte, vertrieb die Juden prompt aus diesen Provinzen. Ein Jahr später weigerte sich die rumänische Regierung, die Juden aus Alt-Rumänien nach Polen zu deportieren.

Das Engagement an der Reichsperipherie blieb nicht zufällig so ungleich ausgeprägt: Nirgends war der Entschluss, die «Endlösung» durchzuführen, so tief verwurzelt wie in Deutschland, nirgends sonst galt dieses «Problem» als derart grundlegend. Die meisten Nachbarländer Deutschlands – ob verbündete oder unterworfenen Nationen – berücksichtigten bei ihren Entscheidungen ständig vielfältige Aspekte. Daraus resultierte ein breites Spektrum unterschiedlicher Reaktionen: angefangen bei Verweigerung der Kooperation über bestimmte Formen der Mitarbeit bis zu massivem Engagement – das gleichwohl in der einen oder anderen Hinsicht deutschen Massstäben nicht ganz genügte.

Zwei Länder blieben völlig unnahbar: Finnland, im Kampf gegen die Sowjetunion mit dem Deutschen Reich verbündet, und Dänemark, das zwar ganz von Deutschland besetzt war, aber seine Regierung aus der Vorkriegszeit behielt. Die kleinen jüdischen Gemeinden dieser Länder überlebten, in Finnland ohne deutsche Raubzüge, im Fall Dänemarks nach einem weitgehend erfolglosen deutschen Versuch, eigenmächtig Razzien durchzuführen.

Norwegen und die Niederlande hatten sich der deutschen Invasion zunächst widersetzt und wurden nach ihrer Überwältigung je einem Reichskommissar unterstellt. Eine norwegische Exilregierung hartete in London auf den Sieg der Alliierten, doch unterdessen biederte sich in

Norwegen selbst eine Marionettenregierung, geführt von Vidkun Quisling, den Deutschen an. Zwar lebten in Norwegen nur sehr wenige Juden, aber fast die Hälfte dieser wenigen wurden von der neugegründeten und der alten norwegischen Polizei für Deportationen zusammengetrieben.¹

In den Niederlanden resultierte die Autorität der einheimischen Behörden aus einer verzwickteren Lage. Das holländische Kabinett war nach London geflohen, hatte aber die ranghohen Staatsbeamten im Lande zurückgelassen, um die Kontinuität der Verwaltungsarbeit unter deutscher Herrschaft zu gewährleisten. Wichtigste Amtsträger in den Niederlanden selbst waren vier Generalsekretäre, darunter einer – Karl Johannes Frederiks – zuständig für die allgemeine Verwaltung. Die holländische Bürokratie lehnte es ab, irgendwelche Massnahmen gegen die zahlreichen Juden im Lande zu ergreifen, so dass hierfür allein die Deutschen verantwortlich zeichneten. Allerdings konnte deren Reichskommissar bei seiner Durchsetzung der deutschen Politik auf niederländische Hilfe zurückgreifen, zumal als er neue Ausweise für Juden ausgab und diese gesondert registrieren liess. Als den Juden per deutscher Verordnung vom 15. September 1941 verboten wurde, ungenehmigt den Wohnsitz zu wechseln, forderten SS und Polizei die holländischen Behörden auf, Verstösse zu ahnden. Der Bürgermeister von Zutphen, den die Deutschen für judenfreundlich hielten, wollte daraufhin eine Richtlinie des holländischen Kommissars für die Provinz Geldern erwirken. Dieser erwiderte, die niederländische Polizei müsse sich weigern, Juden festzunehmen, sofern sie keine Straftat begangen hätten, und Generalsekretär Frederiks schloss sich ihm an. Dabei blieb für die Deutschen unübersehbar, dass die Missachtung ihrer antijüdischen Verordnungen in den Augen der holländischen Verwaltung nicht als Delikt galt.²

Ungeachtet dieser holländischen Zivilcourage gegenüber dem Druck der Deutschen beteiligte sich die niederländische Polizei knapp ein Jahr später an den massiven Razzien gegen Juden.³ Ende August 1942 wurde die Amsterdamer Stadtpolizei in diese Aktion einbezogen. Der hollän-

dische Polizeichef der Hauptstadt, Sybren Tulp, zuvor nicht gerade als Judenfeind aufgefallen, hatte ehemals als Infanterieoffizier der holländischen Kolonialarmee in Ostindien gedient. Tulp war bei seinen Leuten beliebt. Er förderte vor allem ihr Selbstvertrauen und wollte sie zu einer Elitetruppe schmieden. Zudem buhlte er um die Gunst des Höheren SS- und Polizeiführers Hanns Rauter, mit dem er regelmässig telephonierte und Briefe wechselte. Tulps Truppe nahm immer mehr deutsche Wesensmerkmale an. Damit entstand in Amsterdam ein neues Polizeibataillon, dessen Beamte überwiegend entlassene Soldaten der holländischen Armee waren und in Kasernen lebten. Im Sommer 1942 erweiterte Tulp ausserdem sein Hauptrevier und bildete ein neues Büro für Judenangelegenheiten. Schliesslich befahl er seine Männer bei der Ergreifung von Juden. Nur einer seiner Beamten verweigerte den Dienst. Das mobile Bataillon, so Tulp, ging äusserst entschlossen vor und spürte alle Juden, die nicht zu Hause angetroffen wurden, auch in der weiteren Umgebung auf.⁴

Nicht alle holländischen Polizeibehörden waren derart energisch. Ein jüdischer Überlebender berichtete, wie seine ganze Familie am 2. Oktober 1942 in Apeldoorn verhaftet wurde. Ein Angehöriger der deutschen Geheimen Feldpolizei erschien in der Wohnung, begleitet von zwei holländischen Polizisten. Er befahl der Familie, alles Nötige einzupacken, und verschwand mit einem der beiden Holländer. Der zweite bat die Familie, nicht zu fliehen. Er erklärte, nur auf Befehl zu handeln, und fügte an, man würde ihn nach ihrer Flucht zur Rechenschaft ziehen. Die jüdischen Opfer blieben.⁵

Die holländische Polizei brachte alle Juden zu einer Sammelstelle, von wo man sie zum Bahnhof transportierte und dann mit Zügen in ein Durchgangslager schickte. Bei diesem Transport kooperierte die holländische Eisenbahn, weniger sichtbar als die Polizei auf den Strassen, anscheinend völlig selbstverständlich mit den Deutschen.⁶

Als Frankreich 1940 kurz vor der Niederlage stand, wurde eine neue Regierung gebildet, die um einen Waffenstillstand bat. Nach diesem Abkommen wurde der Norden des Landes, einschliesslich Paris und der gesamten Atlantikküste, den deutschen Besatzern unterstellt. Das Lan-

desinnere bis zum Mittelmeer blieb bis November 1942 unbesetzt. Die französische Regierung hatte ihren neuen Sitz in das Städtchen Vichy verlegt, das in der freien Zone lag. Ihre Gesetze, Verordnungen und Erlasse galten auch in der besetzten Zone, aber dort konnte die deutsche Militärverwaltung eigene Verordnungen ausgeben und damit die französischen Vorschriften ausser Kraft setzen. Vichy blieb im unbesetzten Teil Frankreichs unabhängig, hatte eine kleine Armee und kontrollierte anfangs noch die französischen Kolonien. Doch viele Franzosen beiderseits der Demarkationslinie fühlten sich gedemütigt, waren irritiert von dem plötzlichen Debakel und litten erheblich unter den Bürden des verlorenen Kriegs. Deshalb betonte das Vichy-Regime den einstigen Ruhm, primär verkörpert durch die Person des greisen Marschalls Philippe Pétain; neue Kompetenz, repräsentiert durch ein Korps fähiger Führungspolitiker; und die Notwendigkeit, sich den Realitäten in Form einer ausgeprägten Politik der Kollaboration mit Deutschland zu stellen.

Der Vergleich zwischen Pétain und seinem deutschen Zeitgenossen von Hindenburg drängt sich fast unabweislich auf. Beide Männer hatten im Ersten Weltkrieg bei Abwehrschlachten Triumphe gefeiert, Pétain 1916 in Verdun, Hindenburg 1914 gegen die Russen. Beide hatten ihre Regierungen zur Kapitulation gedrängt, Hindenburg 1918 als Generalstabsschef des deutschen Feldheeres, Pétain 1940 als Ministerpräsident. Beide dienten noch, über achtzig Jahre alt, geistig völlig luzide, als Staatsoberhäupter. Pétain war jedoch mehr als nur ein symbolischer Staatsschef. Er fügte sich, wenn auch widerwillig, in antijüdische Massnahmen, widersetzte sich aber, obgleich indirekt, gegen die Deportation von Juden französischer Nationalität. Mit beiden Entschlüssen verkörperte er genau die Kompromisse seines Regimes.

Im Militär- und Beamtenapparat wurde der neue Professionalismus zelebriert. Die Waffenstillstandsarmee schickte ältere Offiziere in Pension und versuchte, schlagkräftiger zu werden, wie die nur 100'000 Mann starke deutsche Reichswehr der zwanziger Jahre. Gleichzeitig entliess sie, mit wenigen Ausnahmen, ihre jüdischen Offiziere und Un-

teroffiziere, um «rein französisch» auftreten zu können.⁷ Viele Franzosen befanden sich noch in Kriegsgefangenschaft, und nur wenige hatten sich in London um General Charles de Gaulle geschart. Wie Robert Paxton nachwies, konnte sich die Vichy-Armee fest auf die Loyalität der Offiziere in der Heimat und in den überseeischen Besitzungen verlassen. Das Militär kämpfte mehrfach gegen die britischen Übergriffe auf Frankreichs Imperium. 1940 wurde bei Dakar ein Angriff der britischen Flotte zurückgeschlagen, und 1941 widerstand man einen Monat lang der britischen Invasion Syriens. Bei der Schlacht um Syrien fielen auf beiden Seiten Tausende, und als die französischen Verteidiger nach Beendigung der Kämpfe vor der Wahl standen, heimzukehren oder sich de Gaulles Streitmacht «Freies Frankreich» anzuschließen, gingen alle 37 736 Offiziere und Soldaten bis auf 5 668 in die Heimat zurück. Ein Oberst, der sich für de Gaulle entschied, bekam von einem Vichy-treuen Major mit auf den Weg: «Gehen Sie nur zu den Juden; die werden Sie gut bezahlen.»⁸

In den zivilen Behörden des Vichy-Regimes stiegen immer mehr Technokraten und Berufsbeamte auf, die sich – wie Tulp in den Niederlanden – für innovativ hielten. Mehrere dieser Neulinge kamen aus Eliteschulen. Einer von ihnen war François Lehideux, ausgebildet an der Ecole Libre des Sciences Politiques und ein Veteran des Renault-Konzerns, der als Staatssekretär für die industrielle Produktion zahlreiche antijüdische Verordnungen im wirtschaftlichen Bereich unterzeichnete. Ein weiterer war Jean Bichelonne, Absolvent der Ecole Normale Polytechnique; er löste Lehideux ab und tat sich ebenfalls bei der Übernahme und Auflösung jüdischer Unternehmen hervor. Ein dritter, Pierre Pucheu, kam von der Ecole Normale Supérieure, war erfahren in der Schwerindustrie und erliess als Innenminister eine Vielzahl antijüdischer Massnahmen zur «Rassentrennung» und Internierung. Pucheu hatte schon vor dem Krieg dem rechtsextremen Parti Populaire Français angehört, doch sein Kollege, der Justizminister Joseph Barthélemy, ebenfalls ein eifriger Unterzeichner von Verordnungen, war zuvor ein angesehener Juraprofessor an der Pariser Sorbonne gewesen. René

Bousquet, Chef der Vichy-Polizei, war ehemaliger Präfekt und 1942, zur Zeit der Deportationen, erst 33 Jahre alt.⁹

Das Vichy-Regime hatte nicht nur neue Männer, sondern auch eine neue Behörde: ein Kommissariat für Judenangelegenheiten. Dieses leitete Xavier Vallat, Nationalist und militanter Katholik, der sich vor allem dadurch hervortat, dass er einen ihm direkt unterstellten Judenrat gründete. Vallat hasste jedoch die Deutschen, weshalb er von Louis Darquier de Pellepoix abgelöst wurde, dessen Hass sich resolut auf die Juden beschränkte. Als Sohn eines Arztes hatte er schon mit 17 Jahren im Ersten Weltkrieg gedient und im Zweiten Weltkrieg als Offizier gekämpft sowie sein Chemiestudium abgebrochen. In den dreissiger Jahren bewährte er sich besonders als Vorsitzender des Rassemblement anti-Juif de France. Als Nachfolger Vallats förderte Darquier Vermögensübertragungen und andere Massnahmen, stand jedoch meist nicht im Brennpunkt des Geschehens.

Der entscheidende Mann des Vichy-Regimes, der sich nachhaltig für die Kollaboration mit den Nazis einsetzte, war Pierre Laval. Weder Neuerer noch Ideologe, war Laval ein pragmatischer Politiker. Als Sohn einer Bauernfamilie und studierter Jurist hatte er schon lange vor dem Einmarsch der Deutschen von sich reden gemacht. In den dreissiger Jahren war er zweimal Premierminister, kurzfristig auch Aussenminister, und hatte gemeinsam mit dem britischen Aussenminister Sir Samuel Hoare einen Plan konzipiert, Italiens Gier auf Äthiopien zu befriedigen, indem man Benito Mussolini bestimmte Provinzen des Landes anbot. Krieg erschien ihm als Torheit, und er war äusserst misstrauisch gegenüber Grossbritannien und der Sowjetunion als potentiellen Verbündeten Frankreichs in einem Konflikt mit Deutschland und Italien. Als Frankreich fiel, trat er in Pétains Kabinett ein, verlor den Posten aber bei einer Palastrevolte. Im März 1942 kehrte er als Premierminister zurück; bald darauf begann die Deportation der Juden aus der besetzten Zone. Laval setzte seine und die Karte Frankreichs ganz auf Deutschland. Da er bei seiner Politik von einem deutschen «Endsieg» ausging, war er zu Kuhhändeln mit den Deutschen bereit. Er strebte ein Tauschgeschäft an: Freilassung französischer Kriegsgefangener gegen Entsen-

derung einer grösseren Zahl französischer Zwangsarbeiter ins Reich. Im Sommer 1942 gab Laval der deutschen Forderung nach, 20'000 staatenlose Juden aus der unbesetzten Zone zu deportieren. Unter den Opfern befanden sich mehrere tausend Kinder, mit denen sogar SS und Polizei nicht gerechnet hatten. Mit einem Anflug von Grandezza erklärte Laval, die Kinder interessierten ihn nicht.¹⁰

Die südöstlichen Verbündeten Deutschlands – Bulgarien, Rumänien und Ungarn – waren primär auf Gebietszuwachs erpicht. Alle drei Staaten hatten Terrain eingebüsst und wurden nun unter deutscher Patronage entschädigt. Als sie sich dem Deutschen Reich stärker annäherten, leiteten sie auch antijüdische Massnahmen in die Wege.

Bulgariens Verluste resultierten aus dem Zweiten Balkankrieg und aus dem Ersten Weltkrieg. Doch im Frühjahr 1941 kontrollierte das Land mehr Territorium als je zuvor im 20. Jahrhundert. Allerdings wollte sich die bulgarische Regierung den Deutschen nicht völlig ausliefern. Weder kämpften bulgarische Truppen an der Ostfront mit, noch wurden Juden aus Alt-Bulgarien deportiert. Man vergass aber die anti-jüdischen Massnahmen nicht ganz, und die Juden bekamen doch etwas ab. Treibende Kraft hinter dieser Kampagne war Alexander Belew, der Kommissar für Judenangelegenheiten. Vor dem Krieg ein Ultranationalist, wurde Belew im August 1942 von Innenminister Peter Grabowski für das neugebildete Kommissariat ernannt. Damals hatte man schon zahlreiche Schritte gegen die Juden eingeleitet, und Belew sollte die Deportationen überwachen. Allerdings wurden ihm einige Steine in den Weg gelegt. Aussenminister Ivan Popow und Grabowski selber reagierten auf den internationalen Druck und die absehbare Wende im Schicksal Deutschlands. Daher beschränkte sich Belews Erfolgsbilanz auf die Deportation von kaum mehr als 11'000 Juden aus dem neu anektieren Mazedonien und Thrakien.¹¹

Rumäniens Territorialverluste waren 1940 innerhalb weniger Monate eingetreten. Teile des Landes fielen an Ungarn, Bulgarien und an die UdSSR. 1941 holte sich Rumänien seine östlichen Provinzen von der Sowjetunion zurück und besetzte einen Teil der Ukraine. Anders als

Bulgarien, musste Rumänien jedoch seine Armee für diese Gewinne in erbitterte Gefechte schicken.

Anfang September 1940, unmittelbar nach den drei traumatischen Amputationen, handelte sich Rumänien mit General Ion Antonescu einen Diktator ein. Veteran des Ersten Weltkriegs, in dem Rumänien gegen Österreich-Ungarn und Deutschland gekämpft hatte, fungierte Antonescu in den dreissiger Jahren als Stabschef der rumänischen Armee. Unverhüllt rechtsradikal, paktierte er mit der «Eisernen Garde», einer mystischen, religiös-nationalistischen Bewegung – feindselig nicht nur gegenüber den Nachbarstaaten, sondern auch gegenüber den rund 750'000 Juden, die in den bis 1940 geltenden Grenzen Rumäniens lebten. Als einer der intellektuellen Wortführer der Eisernen Garde schrieb Mircea Eliade 1936: «... wir hoffen auf ein nationalistisches Rumänien, frenetisch und chauvinistisch, bewaffnet und kraftvoll, gnadenlos und rachsüchtig.»¹²

Die Eiserne Garde erhielt in Antonescus erstem Kabinett mehrere Ressorts, doch im Januar 1941 probte sie den Aufstand, wobei auch Juden in Bukarest und Umgebung massakriert wurden. Der Putsch scheiterte, und Deutschland setzte ganz auf Antonescu. Innerhalb weniger Monate griff die Raserei auf Antonescus Streitkräfte und die Gendarmerie über.

Wenige Tage nach Rumäniens Kriegseintritt erfasste die Juden in der Stadt Iasi eine Welle der Gewalt, und es gab mehrere Tausend Tote. Als die Bukowina und Bessarabien zurückerobert wurden, ordnete Antonescu an, die Juden in diesen Gebieten über den Fluss Dnjestr zu vertreiben. Diesmal kamen Zehntausende ums Leben. Nachdem ein rumänischer General und sein Stab in der besetzten sowjetischen Stadt Odessa bei einer Explosion in ihrem Hauptquartier getötet worden waren, verhängte Antonescu eine Racheaktion im Verhältnis eins zu hundert. Das folgende Massaker an Juden war das grösste in ganz Europa. Auf diese Ereignisse folgten weitere Massenmorde an den Vertriebenen und Massenerschiessungen unter sowjetischen Juden.

Unterdessen erliess die rumänische Bürokratie eine Verordnung nach der anderen gegen die Juden in Alt-Rumänien. Unter Radu Lecca, dem einstigen Korrespondenten des NSDAP-Blattes *Völkischer Beobachter*,

wurde ein ‚Kommissariat‘ eingerichtet. Lecca lieferte den Deutschen die verbleibenden rumänischen Juden später zwecks Deportation nach Polen aus. Vorerst kam der Vernichtungsprozess in Rumänien jedoch zum Stillstand.

Antonescu hatte immer Kontakte zu Juden gepflegt, war nicht müde geworden, mit ihnen zu streiten und zu debattieren. In seinem offenen Brief an einen Führer der Jüdischen Gemeinde versuchte er, die Ausmerzungen der Juden in der Bukowina und in Bessarabien zu rechtfertigen. Sein Argument: Während der einjährigen sowjetischen Herrschaft und im Verlauf des sowjetischen Rückzuges hätten sie sich auf die Seite der UdSSR geschlagen. Gleichwohl empfing er darauf eine aus zwei Juden bestehende Delegation und liess sich überzeugen, nicht den gelben Stern einzuführen. Nach dem Sommer 1942 ging er nicht mehr auf deutsche Deportationsforderungen ein, und 1943 verbot er ausdrücklich alle deutschen Tötungsmassnahmen gegen Juden in den rumänisch besetzten Gebieten der UdSSR. Der Krieg ging verloren, und Rumäniens Raserei hatte sich erschöpft.¹³

Verglichen mit Rumänien, wirkte Ungarn solider und zuverlässiger. Der altgediente Staatschef war Prinzregent Admiral Miklos Horthy. Sein militärischer Rang ging auf die Zeit als Oberbefehlshaber der österreichisch-ungarischen Marine zurück: Das Binnenland Ungarn hatte keine eigene Marine. Horthy tat sich in den Unruhen von 1919 und 1920 hervor, als die kommunistische Regierung Ungarns unter Bela Kun, der Jude war, nach einer Invasion Rumäniens abdanken musste; in der Folge machten Konterrevolutionäre Hatz auf Kommunisten. Als selbsternannter «Antisemit der alten Schule» konnte Horthy alle Parvenüs, die ihn mit extremen Vorstellungen konfrontierten, in die Schranken weisen. Er wusste nur zu genau, welche Rolle die Juden in der ungarischen Wirtschaft spielten, und war keineswegs bereit, das ökonomische Schicksal des Landes den inkompetenten, selbstsüchtigen Opportunisten auszuliefern. Allerdings wollte er die ungarische Flagge in den von Ungarn bewohnten Nachbargebieten hissen, so dass Ungarn zwischen 1938 und 1941 rapide auf Kosten der Tschechoslowakei, Ru-

mäniens und Jugoslawiens expandierte. Alle diese Territorialgewinne waren nur dank deutscher Hilfe möglich, und bald darauf wurde prompt die Rechnung präsentiert. Ungarn trat in den Krieg gegen die Sowjetunion ein und ergriff eigene Massnahmen gegen die Juden. Nach deutschen Kriterien waren jedoch beide Bemühungen eher kläglich. Ungarn kämpfte nicht kompromisslos, und trotz einer breitangelegten wirtschaftlichen Einschnürung der Juden weigerte sich das Land, diese zu deportieren. Im März 1944 besetzten die Deutschen Ungarn und deportierten von Mai bis Juli beispiellos effizient 450'000 Juden. Horthy, der unter den deutschen Massnahmen litt, vernahm die Proteste der Alliierten und neutraler Staaten. Bevor die Deportationen auch Budapest erfassten, unterband er sie. Wenige Monate später lösten ihn die Deutschen durch einen extremen Nazi ab. Doch da waren Judentransporte nach Auschwitz schon nicht mehr durchführbar.¹⁴

Laval, Antonescu und Horthy waren in politischer Hinsicht keine Extremisten und hatten in ihren Regierungen relativ wenig Platz für solche Vertreter. Zu viele der rechtsextremen Revolutionäre waren im traditionellen Sinne politisch nicht glaubwürdig genug. Die radikalen Parteien imitierten entweder den Nazismus oder galten als blosse Werkzeuge der Deutschen. Nur in der Slowakei und in Kroatien konzentrierten Extremisten von Anfang an alle Staatsmacht auf sich, doch diese Länder waren deutsche Satelliten. Einerseits war Deutschland auf die Nationalisten von der slowakischen Hlinka- und der kroatischen Ustascha-Partei angewiesen, andererseits bot das Deutsche Reich beiden Gruppen die einzige Überlebenschance. Daher setzten beide uneingeschränkt auf Deutschland, stellten Truppen für den Feldzug gegen die UdSSR bereit und verfolgten die einheimischen Juden. Kroatien ging mit massiven Erschiessungen gegen seine jüdischen Einwohner vor, während sich die Slowakei als fügsamer Satellitenstaat erwies und den deutschen Erwartungen vollauf genügte. Unabhängigkeit zeigten beide Länder in Judenangelegenheiten nur insofern, als sie privilegierte Juden schützten.

Nach dreijähriger Kriegsdauer veränderte sich allmählich die Lage in allen Einflussgebieten Deutschlands. Deutsche Truppen mussten in

Frankreich im November 1942, in Italien im September 1943, in der Slowakei im August 1944 und in Ungarn im November 1944 massiv eingreifen, um eine weitere Schwächung der deutschen Position zu verhindern. Zwar spurten und kollaborierten die einheimischen Bürokraten noch, aber man konnte ihnen nicht mehr so trauen wie zuvor. Um die restlichen Juden zusammenzutreiben, mussten die Deutschen also zunehmend auf extremistische Parteien und deren dubiose Helferscharen zurückgreifen.

8. Ausländische Freiwillige

Als Deutschland im Norden, Westen, Süden und Osten immer neue Gebiete eroberte, reichten das Zivilpersonal, die Soldaten und die Polizisten für diese Regionen kaum noch aus. Das Besatzungsregime konnte zwar die Oberaufsicht führen, konnte die Zwangsmassnahmen im Kern strukturieren, aber meist war es aus eigener Kraft weder in der Lage, die Grundversorgung noch die öffentliche Ordnung zu gewährleisten. Noch weniger war es eigenständig den Anforderungen gewachsen, die das Konfiszieren von Ernten, die Durchsetzung der Zwangsarbeit, der Kampf gegen Partisanen sowie die Bewachung und Vernichtung der Juden stellte. Bei allen diesen Aufgaben griffen deutsche Behörden auf örtliche Bürgermeister, die einheimische Polizei und handverlesene Milizen zurück. Diese nichtdeutschen Helfer waren entweder übernommene oder neu eingesetzte Amtsträger, manchmal auch selbstorganisierte Kräfte. Wie zu erwarten, hatten sie unterschiedliche Motive. Teils wollten sie harter körperlicher Arbeit entgehen, teils strebten sie nach Privilegien und Prestige, teils waren sie wirklich Überzeugungstäter; doch im Prinzip halfen sie alle freiwillig.

In Frankreich stellten mehrere ideologisch gefärbte Organisationen französische Männer für den Feldzug der Nazis bereit. So bildete eine rechtsextreme Gruppe unter Eugène Deloncle – kurz nach dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion – im besetzten Paris die *Légion des*

volontaires français contre le bolshevisme. Die Legion, später ein Regiment der deutschen Wehrmacht, kämpfte engagiert an der Ostfront.¹ Doch im Dezember 1942 fanden französische Legionäre, die in Kruszyna (Distrikt Radom) im besetzten Polen ausgebildet wurden, eine Gelegenheit, polnische Juden zu töten. Damals waren schon die meisten jüdischen Bewohner dieser Gegend deportiert, und dann wurden allmählich noch die in Arbeitslagern gehaltenen Restgruppen ausgedünnt. Nach Aussage eines deutschen Gendarmerieleutnants hatte die jüdische Polizei unter den 552 in Kruszyna lebenden jüdischen Zwangsarbeitern Angst verbreitet: Sie seien «als nächste dran». Der Leutnant verfügte nur über zwei deutsche Gendarmen und acht Mann aus der französischen Legion – eine Leihgabe der Wehrmacht –, als er von Juden angegriffen wurde, die seinen Mantel zerrissen und ihm einige Schrammen verpassten. Als die Juden zu fliehen versuchten, eröffneten die Franzosen von sich aus das Feuer. Mit hinzukommender Verstärkung von 25 Ukrainern und vielen französischen Legionären wurde der jüdische Ausbruchversuch vereitelt, und 113 Leichen von Juden lagen weit um das Lager verstreut. «Mit besonderem Eifer», meldete der Leutnant, «beteiligten sich die lediglich mit der Aufgabe von Bewachung betrauten Franzosen an der Erledigung von nicht tödlich getroffenen Juden.»²

In der Heimat zurückgebliebene Militärformationen boten im Rahmen von Deportationen ihre Dienste für Razzien an, unterstützten also die reguläre deutsche und französische Polizei. Zu diesen Gruppen gehörte der 1936 von Jacques Doriot gegründete *Parti Populaire Français*. Bis 1934 war Doriot aktiver Kommunist gewesen. Während Marschall Pétain Anfang der zwanziger Jahre französische Truppen gegen marokkanische Rebellen führte, um den Spaniern beizustehen, verteilte Doriot Flugblätter gegen den Krieg. Später organisierte er auf der Pariser Place de la République eine kommunistische Demonstration. Unter der deutschen Besatzung ein rechtsextremer Politiker, hatte Doriot in der Pétain-Administration zahlreiche Anhänger, besass aber – angesichts seiner Vergangenheit – nicht das Vertrauen des Marschalls selbst. Im besetzten Paris übte seine Partei besonders auf Jugendliche erhebli-

chen Reiz aus, und als im Juli 1942 die erste Grossrazzia gegen Juden durchgeführt wurde, nahmen 300 bis 400 Angehörige der Doriot-Jugend in ihren blauen Hemden mit PPF-Armbinden freiwillig an der Aktion teil.³ Nachdem deutsche Streitkräfte im November 1942 auch die freie Zone besetzt hatten, half die südliche Filiale der Partei – bestehend aus wirren Ideologen, Vertretern der Unterwelt und Leuten, die sich dem Arbeitsdienst in Deutschland entziehen wollten – der stark unterbesetzten deutschen und französischen Polizei beim Aufspüren von Juden.⁴

Eine weitere Militärformation in Frankreich bildete die *milice*. Befehligt von dem Abenteurer Joseph Darnand, einem Helden des Ersten Weltkriegs, wurde diese Organisation am 30. Januar 1943 offiziell ins Leben gerufen, nachdem Vichy-Frankreich gezwungen war, seine Waffenstillstandsarmee aufzulösen. Jetzt diente die *milice*, so der französische Historiker Jean-Pierre Azéma, als «Prätorianergarde der Regierung» und kämpfte gegen die immer stärker werdende *résistance*. Gleichzeitig jagte sie Juden, die versuchten, dem deutschen Fangnetz in der ehemals freien Zone zu entkommen.⁵

Auch Italien hatte seine Extremisten nach französischem Vorbild. Als Mussolini im Sommer 1943 stürzte und sich die neue Regierung Pietro Badoglio den Alliierten ergab, besetzte Deutschland den Norden und die Mitte Italiens, um wieder ein – jetzt rudimentäres – faschistisches Regime aufzubauen, dessen einheimische Polizei ziemlich unzuverlässig war. Die Rumpf-SS und -Polizei konnte jedoch auf kleine, organisierte Faschistenlegionen zurückgreifen. Diese operierten überwiegend in Rom, Mailand und Florenz und wurden teilweise vom Innenministerium unterstützt. Daneben gab es eine *Milizia Volontaria* der faschistischen Partei, die der Altfaschist Renato Ricci befehligte; und schliesslich taten sich uniformierte Mitglieder der faschistischen Partei unter Sekretär Alessandro Pavolini zu den Schwarzen Brigaden zusammen.⁶ Im besetzten Teil Italiens wurden zwar nur etwa ein Fünftel der mehr als 40'000 dort lebenden Juden gefasst, aber mehrere Tausend von ihnen gingen auf das Konto italienischer Häscher.⁷

Extremisten wirkten auch in Ungarn. Als Berlin nicht mehr darauf vertraute, dass Admiral Horthy Ungarn im Krieg halten würde, stürzten das deutsche Militär, die SS und die Botschaft den greisen ungarischen Staatschef im Oktober 1944. Einziger Kandidat, der die Wünsche der Deutschen befriedigen konnte, war der rechtsradikale Anführer der «Pfeilkreuzler», Ferenc Szálasi. Die meisten Juden Ungarns waren bereits deportiert, nur die jüdischen Arbeitstrupps bei der ungarischen Armee und die Jüdische Gemeinde Budapests waren noch intakt. Wohl war es nun zu spät für weitere Deportationen nach Auschwitz, nicht aber für Todesmärsche jüdischer Zwangsarbeiter; Rotten von Pfeilkreuzlern erschossen in Budapest Tausende von Juden an den Ufern der Donau und warfen sie in den eiskalten Fluss.⁸

In der Slowakei brach im Sommer 1944 eine Revolte aus. Da sie Überläufer fürchtete, entwaffnete die deutsche Wehrmacht die slowakische Armee und begann, den Aufstand niederzuschlagen. Tausende von Juden, die man bei den Deportationen von 1942 als wichtige Arbeitskräfte oder Privilegierte ausgespart hatte, wurden nun mit Hilfe der slowakischen Polizei und bewaffneten Einheiten der Hlinka-Partei zusammengetrieben. Für die Hlinka-Leute war das kein Debüt. Sie hatten sich schon 1942 freiwillig an der Verhaftung von Juden beteiligt, und nichts weist darauf hin, dass sie ihren Dienst zwei Jahre später schlampiger ausführten. In dieser zwielichtigen Kriegsphase musste der deutsche Sicherheitsdienst jedoch feststellen, dass die Korrosion der Zusammenarbeit bereits bis zum harten Kern der slowakischen Getreuen vorgedrungen war. Einer der Kollaborateure, Josef Nemsilla, soll in einem Luftschutzkeller gesagt haben, die auf unschuldige Slowaken niederregnenden Bomben der Alliierten hätten besser Hitler und all jene Deutschen getroffen, die an dem ganzen Elend schuld seien.⁹

Einheimische Hilfskräfte im besetzten Frankreich, Italien, Ungarn und in der Slowakei, die in Uniform schlüpfen, um Partisanen zu bekämpfen oder sich an der Hatz auf Juden zu beteiligen, standen vor allem bereit, als die legitimen Regierungen schwächer wurden oder stürzten. Ganz anders sah es dagegen in den polnischen und sowjetischen Gebieten aus. Hier waren keine Satellitenstaaten geduldet, und abgese-

hen von den einheimischen Zentralämtern mit begrenzten Befugnissen in den drei ehemaligen baltischen Republiken reichte die nichtdeutsche Verwaltung höchstens bis zum Bürgermeister oder Dorfältesten. Diese Kommunalämter wurden von deutschen Militär- oder Zivilbehörden streng überwacht.

Die polnischen Gemeinden in den Distrikten Warschau, Lublin, Radom und Krakau des Generalgouvernements spielten für die Einrichtung und Verwaltung der Gettos nur eine Nebenrolle. Als diese gebildet wurden, standen die polnischen Bürgermeister und Vorsitzenden der Judenräte direkt unter deutscher Aufsicht und gehörten parallelen, getrennten Verwaltungssträngen an. Die polnischen Bürgermeister waren primär für die Finanzen und die Grundversorgung der Gettos zuständig. In seinem Tagebuch schildert Adam Czerniaków, der dem Judenrat im Warschauer Getto vorstand, die Beziehungen zwischen Stadtverwaltung und Getto. Bürgermeister Julian Kulski überliess Czerniaków einen Teil der von den Juden erhobenen Gebühren; als es darum ging, das Getto zu verkleinern, sicherte er ihm zu, seinen Widerstand gegen eine solche Massnahme zu unterstützen.¹⁰

Die Bürgermeister in der besetzten Ukraine wurden von Offizieren der Militärverwaltung ernannt, manchmal nach Absprache mit der Sicherheitspolizei. Nicht immer traf man die richtige Wahl. In Mariupol musste der Bürgermeister abgelöst werden, nachdem sich herausstellte, dass er mit einer Jüdin verheiratet war.¹¹ Der Bürgermeister von Kremenchug wurde nach einiger Zeit von der Sicherheitspolizei erschossen, weil er Juden schützte.¹² In mehreren Städten wies man den Bürgermeistern jedoch vielfältige Aufgaben bezüglich der Juden zu. Nachdem die jüdischen Einwohner von Nikolajew erschossen worden waren, wies man den Bürgermeister an, die Möbel der Opfer für das Militär, deren Wohnungen aber für Volksdeutsche zu reservieren, die kein Dach mehr über dem Kopf hatten.¹³ In Charków beauftragte man die Stadtverwaltung, alle Einwohner zu registrieren. Die Zählung erfolgte im Dezember 1941, nach Strassen. Namen und Adressen von Juden wurden getrennt auf gelben Bögen erfasst.¹⁴ Kurz nach Abschluss der Mass-

nahme entfernte man die Juden aus ihren Wohnungen, brachte sie in einer Traktorenfabrik unter, von wo aus sie gruppenweise zur Erschießung geführt wurden.¹⁵

In der weissrussischen Stadt Borissow, die unter Militärverwaltung stand, war Stanislaw Stankewitsch der Bürgermeister. Nach Aussage eines Volksdeutschen, den dieser als Kommandant der einheimischen Stadtpolizei vorgeschlagen hatte, fand am 8. November 1941 ein Bankett für rund zweihundert deutsche und einheimische Polizisten statt, die aus Borissow und Umgebung zusammengezogen worden waren. Der Anlass war eine geplante Aktion gegen das Getto. Bei Speis und Trank hörten die Männer Reden von deutschen Wehrmachtsoffizieren, von Polizeivertretern und von Stankewitsch. Tags darauf erschossen sie 8'000 Juden. Stankewitsch liess die Kleidungsstücke der Toten vom Massengrab in die Stadt bringen, wo sie der «Weissrussischen Selbsthilfe» übergeben wurde – einem Wohlfahrtsverband, der unter seiner Leitung stand.¹⁶

In Litauen zog die deutsche Invasion der UdSSR einen Aufstand der Litauischen Aktivistenfront nach sich. Einheimische bekämpften die im Rückzug begriffene Rote Armee in der Hauptstadt Kaunas, nahmen den Rundfunksender ein und hissten die Landesflagge, Stunden bevor die Vorhut der deutschen Wehrmacht am 24. Juni 1941 in der Stadt einmarschierte. Zwei Tage später forderte ein von der gerade erst eingetroffenen deutschen Sicherheitspolizei angezetteltes Pogrom das Leben von mehreren Tausend litauischen Juden. Anfang Juli zitierte die Sicherheitspolizei eine Abordnung der Juden zu sich und teilte den Delegierten mit, dass die jüdische Bevölkerung in ein Getto umsiedeln müsse. Die Massnahme wurde den Juden als unabdingbar dargestellt, um weitere Gewalttaten gegen sie zu verhindern. Zu diesem Zeitpunkt hatte die Litauische Aktivistenfront begonnen, eine eigene Verwaltung aufzubauen, darunter ein Bürgermeisteramt in Kaunas. Am 10. Juli ordnete Bürgermeister Kazys Palciauskas die Einrichtung des Gettos an. Sein Verwaltungsakt wurde am 31. Juli vom neu ernannten zivilen deutschen Stadtkommissar Hans Cramer bestätigt. Alle Juden mussten bis spätestens 15. August ins Getto umgesiedelt sein.

Etwa 30'000 Juden sollten in die enge Vorstadt Viliampol gepercht werden, wo schon rund 12'000 Menschen ohne fliessendes Wasser lebten. Ein «Jüdisches Komitee für den Transfer der Juden nach Viliampol» bat die Deutschen wie auch die Litauer vergeblich um mehr Platz und Aufschub. Man verhandelte mehrfach mit litauischen Kommunalbeamten. Nach einer der Sitzungen sprach Anatolius Rozenbliumas, ein jüdischer Delegierter, von der nach aussen hin freundlichen Atmosphäre, fügte aber hinzu, man habe deutlich den drohenden Unterton heraus hören können. Die Litauer hätten angekündigt, bei der Verlegung noch strenger vorzugehen, wenn die Juden nicht alle Forderungen erfüllten.¹⁷

Die litauische Stadtverwaltung von Wilna war eifrig bemüht, das zurückgelassene Mobiliar von Juden, die in zwei benachbarte Gettos innerhalb der Stadt umsiedeln mussten, ordnungsgemäss zu lagern. Da die städtischen Lagerräume nicht ausreichten, bat Bürgermeister Dabulevicius um Erlaubnis, einen Teil der Möbel in den Synagogen direkt ausserhalb der Gettos unterstellen zu dürfen.¹⁸

Eine zweite wichtige Stütze der deutschen Besatzungsbehörden im Osten waren die Polizeireviere und -einheiten. Die Polizei war nicht nur uniformiert und bewaffnet; sie konnte mit drastischen Massnahmen auch gezielter eingreifen als die Bürgermeisterämter. Wie die Stadtverwaltung unterstand die Polizei direkt den deutschen Besatzern.

Von den einheimischen Polizeitruppen im besetzten Teil Osteuropas liessen sich die polnischen am wenigsten auf antijüdische Massnahmen ein. Territorial gesehen, war die polnische Polizei im Wesentlichen auf die vier ursprünglichen Distrikte des Generalgouvernements beschränkt, wo sie etwa 14'000 Mann stellte.¹⁹ In diesen sahen die Deutschen jedoch keine Kollaborateure, weil sie nach deutschem Urteil nicht einmal dafür taugten. Ihrerseits wollten auch die Polizisten bei deutschen Grosseinsätzen gegen Juden oder polnische Widerstandskämpfer nicht mitwirken, denn sonst hätten sie praktisch für jeden unbeteiligten Polen als Verräter gegolten. Daher spielten sie bei der Judenvernichtung im Ganzen nur eine eher begrenzte Rolle. In Warschau bewachten je ein

deutscher und ein polnischer Polizist die Tore des Gettos von aussen, innen tat ein jüdischer Ordner Dienst. Auf dem Lande, wo niemand mit dem Photoapparat zugegen war, stellte die polnische Polizei allerdings den Juden nach, die fliehen wollten.²⁰

In den okkupierten Gebieten der Sowjetunion setzten die Deutschen polizeiliche Hilfskräfte unbefangener ein. Zum einen verachteten sie die einheimische Bevölkerung dort weniger als in Polen, zum anderen zeigten die Ansässigen auch keinen derart durchgängigen Widerwillen, mit den Deutschen zu kollaborieren, wie in Polen. In einer Zone, die vom Stadtrand Leningrads bis zum Kaukasus reichte, entstanden rapide neue Polizeitruppen. Anfangs arbeiteten diese Hilfskräfte in eigener Regie, sofern sie nicht der Wehrmacht oder Sicherheitspolizei unterstellt wurden. Heinrich Himmler, der sich als Chef der SS und der Polizei sein eigenes Imperium aufbaute, nutzte diese Gelegenheit, um möglichst viele von ihnen an die Kandare zu nehmen.²¹

Die Sicherheitspolizei verwendete nur einen kleinen Teil dieser Hilfskräfte. Der ganze Rest, am Ende Hunderttausende, wurde dem Kommando der Ordnungspolizei unterstellt. Dort bezeichnete man sie als *Schutzmannschaften*. Als solche waren sie ähnlich organisiert wie die Ordnungspolizei in Deutschland und dienten in Städten, auf dem Lande und in speziellen Bataillonen. Zu ihren festen Elementen gehörten Ukrainer, Weissrussen, Russen, Esten, Litauer und Letten. Die nach Nationalitäten gebildeten Bataillone wiesen keine «Russen» auf, wohl aber «Kosaken». Jedes Bataillon durfte bis zu 500 Mann stark sein und konnte grosse Distanzen zurücklegen, um Partisanen zu bekämpfen oder Juden zu töten.

Als sich die Bataillone der Schutzmannschaften vervielfachten, gab das sogar Hitler zu denken: Er wünschte keine Kampfseinheiten von Ukrainern oder Balten, die eines Tages möglicherweise Unabhängigkeitsforderungen ihrer Länder hätten unterstützen können.²² Die Eigendynamik liess sich jedoch nicht mehr aufhalten. In der letzten Phase, als die meisten Juden der Region bereits tot waren, wurde in Galizien eine ukrainische SS-Division aufgestellt, kämpften zwei lettische Divisio-

nen zusammen mit der SS an der Front, war eine estnische SS-Division entstanden, traten litauische Polizeibataillone in Aktion, wurde das deutsche Heer mit Russen aufgefüllt.

Im Nationenaufmarsch unter deutscher Kontrolle war die ukrainische Bevölkerung am stärksten vertreten. Die Ukrainische SSR hatte 1939 insgesamt 36 Millionen Einwohner, und 1942 wurde sie ganz von den Deutschen besetzt.²³

Der Distrikt Galizien hatte vor dem Krieg zu Polen gehört und fiel 1941 dem Generalgouvernement zu. Da die meisten seiner Einwohner Ukrainer waren²⁴, plante Katzmann, der SS- und Polizeiführer des Distrikts, für sein Gebiet eine rein ukrainische Polizei mit 63 Offizieren und 2'900 Mann. Aufgrund der Geschichte Galiziens – zwanzig Jahre unter polnischer und zwei Jahre unter sowjetischer Herrschaft – fand er jedoch nicht genügend ausgebildete Ukrainer. Deshalb gründete er in Lwow eine Polizeischule.²⁵ Knapp ein Jahr später wurden ukrainische Polizisten in Galizien massenhaft eingesetzt, um Juden zusammenzutreiben, die für das Vernichtungslager Belzec bestimmt waren; viele erschoss man jedoch an Ort und Stelle.²⁶

Östlich von Galizien diente anfangs eine unter Schirmherrschaft der deutschen Wehrmacht gebildete Miliz als ukrainische Polizei. Im Großen und Ganzen überliess man es den ukrainischen Bürgermeistern, diese Truppe zu organisieren, sie politisch auf Linie zu bringen und aus den Kommunalkassen zu besolden.²⁷ Die deutsche Militärverwaltung traute der Miliz jedoch nicht über den Weg und erliess Anordnungen, um deren Stärke und Bewaffnung zu begrenzen.²⁸ Bald darauf griff die Ordnungspolizei ein, um diese Ukrainer zu übernehmen. Fortan standen sie unter strengerer Kontrolle, und das Reich zahlte ihren Sold.²⁹ Am 1. Juli 1942 gab es in den Städten 5 631, auf dem Land 31 027 fest stationierte ukrainische Polizisten und Feuerwehrleute.³⁰ Wie im westlichen Teil Galiziens waren die wenigsten von ihnen Offiziere oder auch nur Unteroffiziere.³¹ Überall jedoch lag ihre Zahl deutlich höher als die des deutschen Personals. Ein typisches Beispiel war der Kreis Brest-Litowsk in Wolhynien, wo insgesamt 26 deutschen Gendarmen 308 ukrainische gegenüberstanden.³²

Fast alle Juden, die eine im Rückzug begriffene Rote Armee in der

Ukraine hinterliess, wurden getötet. Einsatzgruppen mit Männern der deutschen Sicherheitspolizei, der Ordnungspolizei und der SS zogen von Stadt zu Stadt, erschossen ihre Opfer oder vergasteten sie in speziellen LKW. Schon in der Frühphase wurden ukrainische Milizen bei den Tötungsaktionen als Hilfstrupps eingesetzt. In Shitomir zum Beispiel umstellten Ukrainer das Judenviertel, um 3'145 Juden zu registrieren und danach zu töten.³³ In Korosten trieben sie 238 Juden in ein Gebäude, um eine Aktion vorzubereiten.³⁴ In Cherson half ein vom Sonderkommando 11a gebildeter ukrainischer «Selbstschutz», «Hinrichtungsstellen» abzuschirmen.³⁵ In Radomyschl erschoss die deutsche Sicherheitspolizei 1'107 jüdische Erwachsene, und ukrainische Milizionäre übernahmen 561 jüdische «Jugendliche».³⁶ In Kachowka führte eine Abteilung der ukrainischen Miliz, bestehend aus zwölf Mann, unter Leitung des Volksdeutschen Oskar Ruf eine «Säuberungsaktion» durch.³⁷ In Uman veranstalteten ukrainische Milizen und deutsche Soldaten spontan ein Pogrom, bei dem sie jüdische Wohnungen demolierten. Diese Aktion missfiel der Sicherheitspolizei, weil sie Juden zum Abtauchen zwang.³⁸ Prinzipiell begrüsst die Sicherheitspolizei jedoch die Anwesenheit der Milizionäre bei den Tötungsaktionen, nicht bloss als Hilfskräfte, sondern auch deshalb, weil so wenigstens ein Teil der ukrainischen Bevölkerung in die antijüdischen Massnahmen einbezogen wurde.³⁹

Nachdem das ukrainische Gebiet 1941 zügig durchkämmt worden war, kam es 1942 zu einer zweiten Erschiessungswelle. Die meisten Opfer forderte diese Aktion in Wolhynien, wo Hunderttausende von Juden in kleinen Gettos lebten. Für die neuen Tötungen wurden sämtliche verfügbaren SS- und Polizeikräfte zusammen mit der stationären ukrainischen Polizei aufgeboten, die nun als Schutzmannschaft organisiert war.⁴⁰

Es gab auch ganze Bataillone ukrainischer Schutzmannschaften, am 1. Juli 1942 genau 18 an der Zahl.⁴¹ Daneben bestanden die ersten drei in Weissrussland gebildeten Bataillone, abweichend als ukrainisch oder weissrussisch bezeichnet, überwiegend aus Ukrainern, die man aus Kriegsgefangenenlagern holte. Im Oktober 1941 befanden sich nur

noch wenige Mitglieder des vorrückenden Einsatzkommandos 8 in der weissrussischen Hauptstadt Minsk. Der Kommandeur dieser Nachhut, Sturmbannführer Hans-Hermann Remmers, erhielt den Befehl, mit der Tötung der einheimischen Juden im Minsker Getto zu beginnen, da man Platz für die eintreffenden deutschen Juden brauche. Remmers wandte sich an den für SS und Polizei zuständigen Brigadeführer Carl Zenner und trug ihm vor, er könne von seiner Handvoll Männern nicht verlangen, eine seelisch derart belastende Aktion durchzuführen. Zenner versprach sofort einheimische Hilfe, und Remmers teilte seinen Leuten erleichtert mit: «Gott sei Dank, wir haben mit der Erschiessung nichts mehr zu tun, die Ukrainer machen es!»⁴²

Es gab auch ukrainische Kriegsgefangene, die sich freiwillig zum Dienst bei der SS und Polizei meldeten, worauf man sie nach Trawniki im Distrikt Lublin in ein Ausbildungslager schickte. Absolventen dieser «Schule» wurden bei der Bewachung der Gettos und Lager im Generalgouvernement eingesetzt. Sie stellten den Grossteil der Wachmannschaften in den Vernichtungslagern Belzec, Sobibór und Treblinka, wo anderthalb Millionen Juden umgebracht wurden.⁴³ Im Frühjahr 1943 warf man ein Ausbildungsbataillon von Trawniki in den Kampf um das Warschauer Getto. Bei den Auseinandersetzungen mit den Juden mussten sie selbst einige Verluste einstecken.⁴⁴

Weissrusland hatte nicht annähernd so viele Einwohner wie die Ukraine, und die weissrussische Schutzmannschaft bestand 1942 nur aus wenigen Tausend Mann.⁴⁵ Später kam ein einziges rein weissrussisches Bataillon zustande. Doch die örtliche weissrussische Polizei wurde ebenso intensiv eingesetzt wie die ukrainische. Im ländlichen Kreis Baranowicze, wo es mehrere Gettos gab, bestand die Gendarmerie aus 73 Deutschen und 816 einheimischen Hilfskräften.⁴⁶ Der Gendarmeriekommandeur dieses Kreises, Leutnant Max Eibner, wurde vom zuständigen Gebietskommissar Rudolf Werner angewiesen, das Flachland des Gebiets möglichst von Juden zu «befreien». Dafür musste Eibner seine eigenen Leute heranziehen.⁴⁷ Befehlsgemäss organisierte er mehrere Erschiessungen, in denen er seine deutsche Gendarmerie und weissrussische Schutzmannschaft einsetzte.⁴⁸

Die baltische Polizei spielte im Osten eine bedeutende Rolle. Das ist bemerkenswert wegen der geringen Einwohnerzahl des Baltikums. 1939 gab es insgesamt nur knapp fünf Millionen Esten, Letten und Litauer.⁴⁹ Die baltischen Nationen hatten jedoch eine ganz andere Geschichte als ihre Nachbarländer. Auf zwanzig Jahre der Unabhängigkeit folgte ein einziges Jahr sowjetischer Herrschaft. Offiziere und Mannschaften, die in den Streitkräften der drei Länder gedient hatten, Studenten und Absolventen der nationalen Universitäten sowie Mitglieder der nationalistischen Bewegungen und Organisationen standen noch bereit, als die deutsche Invasion begann. Sie empfanden einen starken Hass auf die Sowjetunion; von Deutschland erwarteten sie ihre Befreiung und damit die Rückkehr zur Unabhängigkeit. In den Augen der Deutschen waren diese Männer eine willkommene Hilfstruppe.⁵⁰ Zwar liess das Reich nicht zu, dass die Balten eigene Regierungen oder autonome Streitkräfte bildeten, förderte aber den Aufbau der einheimischen Polizei, die fast ebenso stark war wie die ukrainische, aber dreimal so viele Offiziere hatte wie die ukrainische Schutzmannschaft.⁵¹ Ausserdem gab es Balten nicht nur in der Ordnungs-, sondern auch in der Sicherheitspolizei. In den ersten Wochen deutscher Besatzung ergriffen baltische Freiwillige die Initiative und gingen so brutal gegen Juden und mutmassliche Kommunisten vor, dass der Befehlshaber für das rückwärtige Heeresgebiet der Heeresgruppe Nord sie anwies, ihre ausufernden, «eigenmächtigen» Verhaftungen und Erschiessungen sofort einzustellen. Von nun an, befahl er, mussten sie sich auf Einsätze beschränken, die deutsche Offiziere genehmigt hatten, oder brauchten Haftbefehle der einheimischen Justiz.⁵²

Estland hatte mit gut einer Million die wenigsten Einwohner unter den baltischen Staaten. Vor dem Krieg lebten dort nur etwa 4'000 Juden, und da die deutsche Wehrmacht lange nicht in den nördlichen Teil vordrang, konnten die meisten von ihnen fliehen. Die ersten estnischen Polizei-Kollaborateure hiessen *Okamaitse*, eine wörtliche Übersetzung von «Selbstschutz». Auch wenn sie direkt der Wehrmacht unterstellt waren, konnte Sturmbannführer Martin Sandberger, der Kommandeur

des Einsatzkommandos 1 – mit nur rund hundert Mann –, auf diese Leute zurückgreifen. Der Selbstschutz trieb in Tallin, Dorpat und mehreren Kleinstädten etwa tausend Juden zusammen. Vom 26. bis zum 29. September 1941 erschossen das Einsatzkommando und seine estnischen Helfer 440 jüdische Männer, wobei sie Mitglieder des Judenrates und Ärzte aussparten. (Die Frauen und Kinder wurden später von einem Lager in Harku nahe Tallin in die russische Stadt Psków an der Grenze Estlands gebracht und erschossen.)⁵³

Obwohl es in Estland keine Juden mehr gab, blieb die einheimische Polizei im Tötungsgeschäft. 1942 hatte Sandberger seine eigene estnische Sicherheitspolizei unter Major Ain-Erwin Mere, die neben Kriminalbeamten auch eine politische Abteilung umfasste. Als am 5. September 1942 ein Transport mit tausend Juden aus dem Getto von Theresienstadt im estnischen Raasiku eintraf, wurden nahezu alle Deportierten erschossen, überwiegend von der im Lager Jagala stationierten estnischen Sicherheitspolizei. Das gleiche Schicksal erlitten Deportierte aus Berlin eine Woche später.⁵⁴

1943 und 1944 hatte Estland ein regelrechtes Konzentrationslager: den Komplex Vaivara. Geleitet von Hauptsturmführer Hans Aumeier, ausgestattet mit deutschen und estnischen Wachmannschaften, erhielt Vaivara mehrere Tausend jüdische Zwangsarbeiter aus den Restgettos von Kaunas und Wilna, die Schieferöl fördern mussten. Als die Rote Armee im September 1944 plötzlich vor dem Nebenlager Klooga auftauchte, wurden zweitausend Insassen sofort erschossen. Die sowjetische Vorhut fand noch brennende Leichen vor.⁵⁵

Litauen hatte, mit zwei Millionen, die meisten Einwohner unter den baltischen Staaten. Dort lebten auch die meisten Juden der Region. Vor der deutschen Invasion hatte es in der Litauischen SSR, die das Gebiet des ehemals unabhängigen Litauen und den annektierten Bezirk Wilna umfasste, mehr als 250'000 Juden gegeben.⁵⁶ Etwa neunzig Prozent der Juden, die keinerlei Fluchtmöglichkeit hatten, waren im Juni 1941 noch am Leben.

Im alten litauischen Kernland kamen viele Polizei-Kollaborateure von den Partisanen, die gleich zu Beginn der deutschen Invasion unter Führung der Litauischen Volksfront einen anti-sowjetischen Aufstand

inszeniert hatten. Eine Gruppe, die von der deutschen Sicherheitspolizei besonders erwähnt wurde, bestand aus etwa 600 Arbeitern, befehligt vom Journalisten Jonas Klimaitis.⁵⁷ Ermutigt von der Sicherheitspolizei, tötete diese Horde etwa 3'800 Juden in Kaunas und 1'200 weitere in anderen Städten.⁵⁸ Die Partisanengruppen in der Region Kaunas wurden bald vom Militär aufgelöst. Man wählte nur ihre «zuverlässigsten» Männer aus und teilte sie in fünf Polizeikompanien auf. Zwei dieser Kompanien kamen zum Sonderkommando 1b, das sie sofort für Massenerschiessungen in Kaunas einsetzte.⁵⁹

Litauische Helfer machten sich auch in kleineren Städten nützlich. Bereits im Juli 1941 erstellte die litauische Polizei in Mariampol (Kapuskas) Listen von «Juden» und «Litauern».⁶⁰ In Kaunas und Umgebung übernahm später das Einsatzkommando 3 die Tötungen; am 19. September 1941 meldete es, insgesamt 46'692 Menschen, fast ausschließlich Juden, seien mit Hilfe der litauischen Partisanen erschossen worden.⁶¹ Die Tötungswelle erfasste im weiteren Verlauf des Jahres Dutzende der umliegenden Ortschaften. In vielen dieser Städtchen griff auch die litauische Polizei – unterstützt von Freiwilligen – ein, fasste die Juden, bewachte sie, bis eine Abteilung des Einsatzkommandos kam, und beteiligte sich an den Erschiessungen.⁶²

Im Bezirk Wilna, wo Litauer nur etwa sechs Prozent der Bevölkerung ausmachten, fand die deutsche Wehrmacht 3'600 Deserteure vom 29. (Litauischen) Territorialschützenkorps der Roten Armee, die sich bereits formiert hatten und nur auf Zuteilung warteten.⁶³ Anfang Juli wurden in Wilna 1'150 Litauer vom Einsatzkommando 9 benutzt, um täglich 500 Juden zu ergreifen und zu erschiessen.⁶⁴ Als man die Juden Wilnas zwei Monate später in Gettos verbannte, waren die litauische Polizei und der unabhängige «Selbstschutz» gefügig zur Stelle. Am 6. September 1941, um sechs Uhr morgens, führten Polizisten die Juden ins Getto, und der Selbstschutz bildete rings herum einen Kordon, um Fluchtversuche zu vereiteln.⁶⁵

Als Bataillone der litauischen Schutzmannschaft gebildet wurden, schickte man viele dieser Einheiten aus den heimischen Standorten in andere Regionen. Allen voran überschritten die litauischen Kompanien

von Major Lechthalers 11. Reservepolizeibataillon die Grenze, um Tausende von Juden in Weissrussland zu töten. Im August und September 1942 beteiligten sich zwei litauische Bataillone an der «Operation Sumpffieber» im Marschland Weissrusslands und der Ukraine. Dieser Expedition fielen mehr als 8'300 Juden zum Opfer.⁶⁶ Zwei andere Bataillone wurden nacheinander dem Vernichtungslager Majdanek (Lublin) zugewiesen.⁶⁷ Litauische Bataillone kamen bis in die südliche Ukraine, 1'200 Kilometer von der litauischen Grenze entfernt, wo sie jüdische Zwangsarbeiter bewachten.

Pro Kopf betrachtet, waren die etwa 1,6 Millionen Letten so stark wie irgendein Volk an der Judenvernichtung beteiligt. Kaum hatten deutsche Truppen am 1. Juli 1941 die lettische Hauptstadt Riga erreicht, da rotteten sich schon Freiwillige mit Zustimmung der Deutschen zusammen. Zu den Hauptstützen der neuen Hilfskräfte gehörten: Offiziere und Soldaten, die in der Armee des unabhängigen Lettland gedient hatten; entlassene oder desertierte Soldaten aus dem 24. (Lettischen) Territorialschützenkorps der Roten Armee; ehemalige Mitglieder des Zivilschutzes *Aiszargi*, den der lettische Staat vor dem Krieg gegründet hatte; Mitglieder und Sympathisanten des *Perkonkrust*, einer rechtsextremen Gruppe, die im unabhängigen Lettland wegen ihrer Radikalität verboten worden war; ehemalige Burschenschaftler oder Korpsstudenten; Sportler und Sportlehrer; Angehörige von Letten, die von sowjetischen Behörden deportiert worden waren; und zahlreiche Jugendliche.⁶⁸ In diesem Konglomerat spielten Berufspolizisten, die unter den Sowjets massenhaft arrestiert und inhaftiert worden waren, keine herausragende Rolle. Nur zehn Prozent der alten Polizistengarde dienten unter deutschem Regime in der lettischen Polizei.⁶⁹

Im Juli und August 1941 traten in Lettland vor allem Deutsche aus der Sicherheitspolizei und der Wehrmacht in Erscheinung. Walter Stahlecker, Führer der Einsatzgruppe A, wollte den rund 70'000 lettischen Juden etwas Dampf machen. Bereits am 1. Juli stand die Einsatzgruppe in Kontakt mit lettischen Kollaborateuren, besonders Viktor Arajs, einem jungen Mann bescheidener Herkunft, der 1910 in einer

Kleinstadt geboren war; Arajs hatte in Riga studiert und war in die «aristokratische» Verbindung Lettonia aufgenommen worden. Im März 1941 bestand er, noch unter sowjetischer Herrschaft, sein juristisches Staatsexamen, doch er hatte sich auch für lettische Bauern eingesetzt, die von sowjetischen Behörden enteignet werden sollten, und kurz vor der deutschen Invasion war er untergetaucht. Im Sommer 1941 scharte Arajs mehrere hundert Mann um sich. Die Männer unterstellten sich der Einsatzgruppe und taten deren Arbeit.⁷⁰

Die deutsche Wehrmacht, bestehend aus einem Flottenkommando in der Hafenstadt Liepaja und mehreren Heereskommandanturen, befahl eine weitaus grössere und amorphere einheimische Polizeitruppe, die sie Hilfspolizei oder Selbstschutz nannte. Die Truppe unterstand zwei Offizieren der ehemaligen lettischen Armee, Oberstleutnant Woldeemar Weiss, und seinem Vize, Oberstleutnant Robert Osis. Einer der Gebietskommandeure des Selbstschutzes war Oberstleutnant Karl Lobe, zuständig für den Bezirk Ventspils. Nachdem Anfang September eine Zivilverwaltung für Lettland aufgebaut worden war, stützte man den Selbstschutz und wandelte ihn in eine Schutzmannschaft mit stationären Elementen und Bataillonen um.

Die von Stahlecker geplante pogromartige Gewalt liess lange auf sich warten. In Riga lautete seine Bilanz auf 400.⁷¹ In Liepaja karren lettische «Zivilisten» mit Armbinden und Gewehren ortsansässige Juden auf LKW zu einem Küstenstreifen, wo alle Opfer erschossen wurden.⁷² Im südwestlichen Daugavpils machten Letten nur etwa ein Drittel der Bevölkerung neben Russen, Polen und Juden aus, weshalb sie zögerten, sich offen zu organisieren und gegen jüdische Landsleute vorzugehen.⁷³ Doch diese Situation änderte sich bald, als der lettische Selbstschutz an Massenerschiessungen teilnahm.⁷⁴ Im südlich der Hauptstadt gelegenen Jelgava diagnostizierte die Sicherheitspolizei zunächst eine ähnliche Lethargie, meldete später jedoch höchst zufrieden, die «Bevölkerung» habe schliesslich alle 1'550 Juden in der Stadt und ihrer Umgebung getötet.⁷⁵

Wenn die Letten anfangs noch weniger engagiert erschienen als ihre estnischen und litauischen Nachbarn, dann steigerte sich ihr Einsatz im Laufe der Zeit. In Riga benutzte man die Polizeipräfektur und das Zen-

tralgefängnis als Zwischenlager für jüdische Männer, die Arajs' Kommando gruppenweise in die Wälder führte und erschoss. Ausserdem fuhren Arajs' Leute mit blauen Bussen in mehrere Städte, um jene Juden zu erschiessen, die örtliche lettische Polizisten bis dahin zusammengetrieben hatten. Gegen Mitte Oktober hatten die deutschen und lettischen Polizeitrupps schon mehr als 30'000 lettische Juden getötet.⁷⁶ Die meisten übrigen verschleppte man nach Riga in ein Getto.

Dort hatten die Überlebenden nur kurzen Aufenthalt. Da man in der Stadt Transporte mit deutschen Juden erwartete und Platz für die Deportierten schaffen wollte, räumte der Höhere SS- und Polizeiführer Friedrich Jeckeln Ende November und Anfang Dezember im Getto auf, indem er weitere 27'800 Juden umbringen liess.⁷⁷ Für diese Aktion wurden alle verfügbaren Kräfte zusammengetrommelt: deutsche Polizei, ein Bataillon der Schutzmannschaft, Arajs' Leute sowie die Stadt- und Hafenz Polizei von Riga.⁷⁸ Nach Abschluss der Aktion wurde Leutnant Albert Danskops vom Kommando Arajs gesehen, wie er auf der Mandoline Chopins Trauermarsch spielte, nachdem er eine Gruppe von 450 Juden aus ihren Verstecken gezerrt und zum alten Friedhof geführt hatte, wo sie erschossen wurden.⁷⁹

Ab 1942 tauchten lettische Polizeibataillone auch in der Ukraine, in Weissrussland und im Generalgouvernement auf. In Weissrussland halfen sie bei der Erschiessung von Juden.⁸⁰ In Warschau machten sie sich nützlich, um 300'000 Juden zusammenzutreiben, die vom Getto ins Vernichtungslager Treblinka geschickt wurden.⁸¹ Immerhin steckten mehr als 100'000 Letten in deutscher Uniform. Etwa 13'000 von ihnen fielen bis zum 1. Juli 1944, darunter Oberst Weiss, Regimentskommandeur in der 19. (Lettischen) SS-Grenadierdivision.⁸² Viktor Arajs kämpfte als Bataillonskommandeur, zunächst in der 15. und später in der 19. Lettischen SS-Division. Jahre danach verurteilte ihn ein deutsches Gericht zu lebenslanger Haft.

Am 24. Februar 1942 ereignete sich im 19. (Lettischen) Bataillon der Schutzmannschaft ein Zwischenfall: Ein junger Rekrut bat seinen befehlshabenden Offizier, Oberstleutnant Robert Osis, um Versetzung zur Sicherheitspolizei. In Anwesenheit des Kollegen Oberstleutnant Karl

Lobe fragte Osis den jungen Mann, ob er lieber Juden erschossen oder in einer regulären Einheit unter wirklichen Soldaten kämpfen wolle. Als der Rekrut erwiderte, er wolle an die Front, belehrte ihn Osis, dass von der Sicherheitspolizei niemand an der Front kämpfe. Osis fügte an, der Rekrut sei noch zu jung, um Juden zu erschossen. Er solle sich doch einmal überlegen, was er, sofern ihm Osis jetzt seinen Willen lasse, in zehn Jahren machen werde, wenn ihn die Leichen von Juden in Träumen verfolgten. Der junge Mann reichte eine Dienstaufsichtsbeschwerde ein, worin er auch die despektierlichen Äusserungen Osis' und Lobes über die Sicherheitspolizei zitierte. Zwei hochrangige deutsche Kommandeure der Sicherheits- und der Ordnungspolizei für die Region Baltikum-Weissrussland lasen die Beschwerde. Lobe verteidigte sich mit dem Hinweis, der Beschwerdeführer, erst 17 oder 18 Jahre alt, habe freiwillig Juden erschossen wollen, und Lobe habe ihm mitgeteilt, dass er dafür nicht tauglich sei. Was seine Erfahrung anging, musste Lobe nur auf seinen eigenen Werdegang hinweisen: Im Jahr zuvor hatte er höchstpersönlich die «Säuberungsaktion» in der Region Ventpils und Kuldiga geleitet.⁸³

Opfer

«Ich habe Sie doch immer gut rasiert.»

Der jüdische Friseur Mania Hirsch-Schechter, ein Insasse des Arbeitslagers Tschertkóv, zu Lagerkommandeur Paul Thomanek, als das Lager am 23. Juni 1943 liquidiert wurde.

9. Die führenden Juden

Das System der *Judenräte* war ein allgemeines Merkmal der Nazi-Herrschaft über die jüdischen Gemeinden. Diese Verwaltungsgremien wurden durch Gesetz oder Verordnung ins Leben gerufen, sofern sie nicht einfach mündlichen Anweisungen folgten. Die Räte sollten zwei Aufgaben erfüllen. Hauptsächlich dienten sie dazu, den Juden alle erwünschten Massnahmen aufzuzwingen; sie bildeten aber auch den wichtigsten, vielfach den einzigen Weg, auf dem die gefangenen Opfer Eingaben oder Appelle an die Täter richten konnten. Die Deutschen wollten sich nicht mit den Juden einzeln und direkt abgeben.

Entsprechend spielten die Räte nun eine ganz andere Rolle als ihre Vorläufer in Friedenszeiten. Vor dem Krieg hatten die jeweiligen jüdischen Gemeindeorganisationen im Wesentlichen ihre Synagogen, Friedhöfe, religiösen Schulen und Krankenhäuser betreut. Die Räte dagegen wurden mit der massiven Arbeitslosigkeit unter den Juden, mit Wohnungsnot, Hunger und Epidemien konfrontiert. Lange vor Hitlers Machtantritt hatten die jüdischen Vertreter darum gekämpft, die Lage der Juden zu verbessern; jetzt mussten sie betteln, um strenge Einschränkungen und Auflagen abzumildern oder aufzuschieben. In früheren Zeiten beschäftigten die jüdischen Gemeinden in ihren Institutionen eigene Verwalter, Buchhalter und Sekretäre; die neuen Judenräte bauten auch eine regulierende Bürokratie auf, und im Osten, wo sie Gettos zu verwalten hatten, unterhielten sie daneben eine ständige jüdische Polizei. Ehemals hatten jüdische Honoratioren nur der jüdischen Sache gedient, doch als Mitglieder oder Funktionäre der Räte erwartete man von ihnen, dass sie viele zwingende Forderungen «der Behörden» erfüllten, sei es die Erhebung statistischer Daten, die Auslieferung jüdischen Vermögens, die Rekrutierung von Zwangsarbeitern oder das Zusammentreiben von Menschen für Deportationen. Ein deutscher Beam-

ter kennzeichnete das neue System so: «Juden, die den Anordnungen des Judenrats zuwiderhandeln, sind als Saboteure zu behandeln.»¹

Insgesamt zählten die Räte viele tausend Mitglieder. Die hohe Zahl war vor allem geographisch bedingt: Nur in der Mitte und im Westen Europas kamen die Räte auf Landesbasis zustande. Im Osten waren sie jeweils für die Gemeinden der einzelnen Städte zuständig. Zwar lebten im Warschauer Getto mehr Juden als in ganz Frankreich, im Getto von Łódź mehr als in Belgien, aber die meisten der Hunderte von Gettos im Osten waren relativ klein, und in jeder einzelnen dieser Gemeinden hatte sich ein Judenrat um die drückenden Probleme zu kümmern. Die Räte waren unterschiedlich stark besetzt. In Ländern oder Grossstädten hatten sie gewöhnlich 24 Mitglieder, in kleineren Städten höchstens zwölf. In manchen Regionen oder Ortschaften gab es überhaupt keine Räte. Sie kamen erst gar nicht zustande, wo die Tötungen sofort begannen, etwa in Kroatien und Serbien oder in Städten der besetzten UdSSR wie Dnjepropetrowsk und Kiew. Keine Judenräte gab es auch in Dänemark und Italien, in den beiden Ländern, die sich dem Druck der Deutschen widersetzt hatten. In Athen hatten die jüdischen Honoratioren mit griechischer Unterstützung beschlossen, sich in den Bergen zu verstecken, so dass auch dort kein Judenrat zustande kam. Im Grossen und Ganzen war der von Deutschland beherrschte Kontinent jedoch mit Judenräten überzogen.

In der Regel kümmerten sich die deutschen Behörden nicht darum, wer im Einzelnen den jüdischen Gemeinden angehörte. Wurden Städte neu besetzt, erschöpfte sich das Ernennungsverfahren meist darin, dass man den ersten besten führenden Juden herausgriff und anwies, die erforderlichen Leute für einen Rat zu sammeln. Für die Wahl der Mitglieder gab es keine speziellen Vorschriften. So lautete eine Anweisung von Sicherheitspolizeichef Reinhard Heydrich an seine mobilen Einheiten hinter den deutschen Streikräften, die 1939 in Polen einfielen, Räte seien, «soweit möglich, aus den zurückgebliebenen massgebenden Persönlichkeiten und Rabbinern zu bilden».² Dabei verstand sich jedoch von selbst, dass die Vorsitzenden und wichtigsten Mitglieder der Räte fließend Deutsch sprechen mussten.

Wer also diente in den Räten? Die Ernennungen waren überwiegend sehr konservativ, da nicht viel Zeit für die Wahl blieb und die Kandidaten schnell verfügbar sein mussten. Gewählt wurden vor allem ältere Geschäftsleute, Akademiker, Geistliche oder Beamte aus der Vorkriegszeit. Jüngere Männer berücksichtigte man fast nur in Kleinstädten.³ Frauen gelangten praktisch nicht in Führungspositionen. Niemandem wäre es eingefallen, einen Kommunisten vorzuschlagen, ebenso wenig wie einen ultrareligiösen Juden, dessen Kaftan und Ohrlocken die Deutschen nur provoziert hätten.⁴

Der erste Vorsitzende eines Judenrates war der Rabbiner Leo Baeck. Aufgrund seiner Herkunft und seines Auftretens eignete er sich ideal für das Amt. Sohn eines Rabbiners und Buchautors, wurde auch Baeck selber Rabbiner und Buchautor. Er gehörte zu den liberalen Juden, blieb aber in seiner Religionsauffassung traditionell. Weder war er Zionist, noch verurteilte er den Zionismus. Kurz nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs hatte er sich freiwillig als «Feldrabbiner» gemeldet. Er kam jedoch nicht als Kriegspfarrer in Frage, weil die deutsche Reichswehr nur protestantische und katholische Geistliche einstellte; dennoch durfte er deutsche Uniform tragen und darin öffentlich für den Kaiser und das Deutsche Reich beten.

Grossgewachsen und bärtig, war Baeck mit der Tochter eines Rabbiners verheiratet, die ihm bis zu ihrem Tod 1937 treu ergeben blieb. Er hatte Kanzel und Lehramt in einem liberalen jüdischen Seminar inne. Die Regale seiner Privatbibliothek waren mit einer fahrbaren Leiter ausgestattet.⁵ Während der zwanziger Jahre war Baeck in der jüdischen Gemeindepolitik aktiv, und 1933 hieften ihn seine Anhänger an die Spitze der neu gebildeten «Reichsvertretung der jüdischen Landesverbände».⁶

Zwischen 1933 und 1939 blutete das Nazi-Regime die Juden in Deutschland zunehmend aus und forderte ihre Emigration. Die jüdischen Gemeindeorganisationen verstärkten ihre Hilfsmassnahmen und versuchten, bei der Ausreise jüdischer Familien, Kinder und Jugendlicher zu helfen. 1938 übernahm die Gestapo die Initiative. Baeck, noch immer im Amt, war bereits 65 Jahre alt. Er hatte alle sich bietenden Gelegenheiten, selber zu emigrieren, ausgeschlagen und war entschlos-

sen, so lange auf seinem Posten zu bleiben, wie es in Deutschland noch zehn Juden gab. Baeck bedeutete für die zurückbleibenden Juden nicht nur Zuverlässigkeit und Ansehen, sondern wirkte zusammen mit seinen Mitarbeitern auf die Gemeinde insofern beruhigend, als sie vertraute Gesichter waren.

Nach Kriegsausbruch jedoch wurde die Reichsvereinigung, wie der Judenrat in Deutschland hiess, zunehmend in Massnahmen verstrickt, die von der Zwangsumsiedelung jüdischer Familien in speziell für Juden bestimmte Wohnhäuser bis zur Vorbereitung der Opfer für die Osttransporte reichten. Von der Gestapo dazu aufgefordert, hatten Baecks Mitarbeiter Plätze, Mittel und Personal für eine effiziente Durchführung der Deportationen bereitzustellen. Baeck selber leitete zwar während dieser zwielichtigen Zeit des deutschen Judentums viele Sitzungen der Reichs Vereinigung, blieb aber – nach den Protokollen zu urteilen – als Schatten schweigend im Hintergrund. Im Januar 1943 wurde Baeck ins «Altersgetto» von Theresienstadt abgeschoben. Obwohl es in Deutschland mehr als zehn Juden gab, waren die verbleibenden nur noch ein Bruchteil der jüdischen Bevölkerung aus der Zeit vor 1933.⁷

In Österreich, das seit März 1938 annektiert war, lebten fast alle Juden in Wien. Dort wurden die jüdischen Gemeinde Vertreter sofort unter Arrest gestellt, und die SS setzte einen «Praktiker» ein, der längst wusste, was mit ihnen zu geschehen hatte. Der Praktiker war Adolf Eichmann. Als erstes löste Eichmann den Vorsitzenden der jüdischen Gemeinde, Desider Friedmann, ab, vielleicht weil dieser einer Loge angehörte oder weil er den letzten österreichischen Kanzler auf einer wirtschaftlichen Mission begleitet hatte. Statt seiner entschied sich Eichmann für Josef Löwenherz, der vor dem Anschluss Zweiter Vorsitzender der Gemeinde gewesen war und sich seit Langem zum Zionismus bekannte; er galt als ein Managertyp, der bei internen Fragen jüdischer Politik nicht engagiert kämpfte. Beim ersten Treffen zwischen Eichmann und Löwenherz ohrfeigte der 32jährige SS-Leutnant den stattlichen, zwanzig Jahre älteren Judenvertreter und gab ihm seine Instruktionen.⁸ Wie Eichmann einem SS-Kumpanen schrieb, hatte er so «die

Herrschaften auf den Trab gebracht».⁹ Löwenherz arbeitete in Wien tatsächlich ununterbrochen und war immer noch «sehr fleissig», als die Rote Armee sieben Jahre später die Donaustadt besetzte. Die Mehrzahl der österreichischen Juden war 1938 und 1939 emigriert, von den Übriggebliebenen wurden aber die meisten 1941 und 1942 – mit emsiger Beihilfe des Gemeindeapparats – deportiert.

Kontinuität zählte auch im besetzten Polen. So war der Judenrat von Lublin fast identisch mit der jüdischen Gemeindeführung aus Vorkriegszeiten. Doch in Warschau war der ehemalige Vorsitzende geflohen und durch seinen 59jährigen Vize Adam Czerniaków ersetzt worden. Dieser war ein Ingenieur, der vor dem Ersten Weltkrieg in Deutschland studiert und zwischen den beiden Kriegen in Polen mehrere Verwaltungsposten bekleidet hatte. Als Vorsitzender des Judenrates von Warschau geisselte er führende Juden, die sofort nach der deutschen Invasion geflohen oder emigriert waren. In seinen Augen waren das Deserteure.¹⁰

Aus ganz anderem Holz geschnitzt war Chaim Rumkowski, der jüdische «Älteste» von Łódź. Auch dort hatte sich der einstige Vorsitzende abgesetzt, sein Stellvertreter war aufgerückt, und Rumkowski wurde neuer Vize. Die meisten neuen Ratsmitglieder wurden gleich nach der Besetzung erschossen, und die Deutschen ernannten Rumkowski zum Judenführer. Schlank, blauäugig, mit silbernem Haar und stets glattrasiert, war er 62 Jahre alt. Er strotzte nicht gerade von Bildung, hatte als Kaufmann vor und nach dem Ersten Weltkrieg ein bis zwei Pleiten erlebt, versuchte aber, seine Schulden zu tilgen. Als Zionist engagierte er sich stark in der Gemeinde und leitete hingebungsvoll mehrere Waisenhäuser. Da er verwitwet und kinderlos war, konnte er im Getto zu einem entschlossenen Autokraten werden. Meist handelte er auf eigene Faust, weil die ängstlichen Männer, die anstelle der ermordeten Ratsmitglieder aufgerückt waren, nur beratende Funktion innehatten.

Zunehmend selbstsicher, verfiel Rumkowski der Macht. Jetzt konnte er Freunde belohnen und Gegner einschüchtern. Mit jeder Massnahme lenkte er die Aufmerksamkeit auf seine einzigartige Position. Er heiratete wieder, diesmal eine Frau, die nicht halb so alt war wie er. Als im

Getto Geldscheine gedruckt und Münzen geprägt wurden, trugen sie sein Konterfei. Ansprachen begann er häufig mit Wendungen wie: «Ich möchte keine Worte verschwenden», «Mein Plan ist logisch klar durchdacht», «Ich habe beschlossen», «Ich habe angeordnet», «Ich verbiete» oder «Meine Juden». Rumkowski führte seine Gemeinde fast fünf Jahre lang durch alle Phasen der Hungersnot und der Deportationen.¹¹

In Bialystok erkannte der Rat den Ingenieur Ephraim Barasz als eigentlichen Leiter an, weil der Vorsitzende, Rabbi Gedalia Rosenman, zu schwach war, um wirksam handeln zu können. Wie viele führende Juden Polens war Barasz Zionist. In einer benachbarten Kleinstadt geboren, siedelte er 1934 nach Bialystok um und wurde der echte Manager der Gemeindeorganisation. Zwischen 1939 und 1941 stand die Stadt unter sowjetischer Herrschaft. Als die Deutschen Bialystok besetzten, wurde Barasz, damals 49 Jahre alt, Zweiter Vorsitzender des Judenrates. Obwohl das Gremium regelmässig unter Rosenman tagte, hatte nur Barasz das Sagen. Bei der Versammlung vom 29. Juni 1942 setzte ein Ratsmitglied zu einer Lobeshymne auf Barasz an. Der Rat, sagte er, sei zu einer Regierung und Barasz deren Premier geworden, «dazu Innen- und Industrieminister, weil im Getto alles in einer Hand liegen muss».¹²

Auch in Wilna konzentrierte sich alle Macht auf einen Mann, aber dort dauerte die Umwandlung infolge der massiven Unruhen und der äussersten Unsicherheit der jüdischen Gemeinde viel länger. Wie Bialystok gehörte Wilna von 1939 bis 1941 zur Sowjetunion, doch hier verlor die jüdische Gemeinde schon in den ersten Monaten der deutschen Besatzung bei mehreren Erschiessungswellen mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder. Zwar wurde auf Befehl des deutschen Militärkommandeurs sofort ein Judenrat gebildet, aber die meisten seiner Vertreter, darunter der Vorsitzende, wurden bald darauf umgebracht. Nach dem Massaker entstanden zwei Gettos mit jeweils eigenem Judenrat. Direkt nach deren Gründung wurde die Bevölkerung umgeschichtet. Die Alten, Kranken, Waisen und Arbeitslosen kamen ins Getto Nr. 2. Handwerker und Inhaber von Arbeiterlaubnissen verlegte man ins Getto Nr.

1. Getto Nr. 2 war dem Untergang geweiht, doch Nr. 1 wuchs während des Folgejahres zu einer äusserst disziplinierten, streng geführten Gemeinschaft zusammen. Die treibende Kraft hinter dieser Militarisierung war der Polizeichef des Gettos, Jacob Gens. Ab Mitte 1942 nannten die deutschen Aufseher ihn «Beauftragter des Gettos», und Anatol Fried, der Vorsitzende des Judenrates, wurde sein Stellvertreter.¹³

Gens war 39 Jahre alt, als er die Zügel im Getto von Wilna in die Hand nahm. Als Jugendlicher hatte er eine höhere Schule besucht, deren Besuch jedoch unterbrochen, um im Alter von 16 Jahren in die neugebildete litauische Armee einzutreten. Dort stieg er zum Oberleutnant auf und heiratete eine nichtjüdische Litauerin, die ebenfalls aus der Bildungsschicht kam. Gens wollte sich von der Infanterie zur jungen litauischen Luftwaffe versetzen lassen, aber dort waren nur Junggesellen erwünscht. Daraufhin nahm Gens wieder seine Studien auf, blieb aber Reserveoffizier. Er lehrte Sprachen, Literatur und Sport an einer jüdischen Realschule, siedelte mit seiner Frau und der noch kleinen Tochter nach Kaunas um und arbeitete schliesslich für die Shell Oil Corporation. Gens war ein litauischer Patriot, der antisowjetische Reden hielt, aber auch ganz bewusst ein Jude; als solcher trat er in die militant rechtsorientierte Zionistengruppe «Revisionisten» ein, die Vladimir Jabotinsky leitete. Dieser Mann, der 1940 starb, hatte immer gesagt: Wenn die Juden nicht bald mit der Diaspora Schluss machten, würde diese mit ihnen Schluss machen. Gens arbeitete hart und blieb in Litauen. Als sich Ende der dreissiger Jahre der Krieg abzeichnete, berief man ihn wieder in die Armee ein, wo er eine Fortbildung für Offiziere absolvierte und zum Hauptmann befördert wurde. Dann kamen die Sowjets, und er verlor seinen Posten, war sogar von der «Säuberung» bedroht. In Wilna fand er Zuflucht.

Als Polizeichef des Gettos Nr. 1 berief Gens mehrere Revisionisten in Schlüsselpositionen seines Ressorts. Wenn Bewohner des Gettos Nr. 2 versuchten, in seinen Machtbereich einzudringen, widersetzte er sich dem Einsickern mit dem Argument, die Alten, Kranken und Arbeitslosen würden die gesünderen, jüngeren und fähigeren Leute nur gefähr-

den. Später, als «Beauftragter», mobilisierte er alle Kräfte seines Gettos, um einen regelrechten «Betrieb» daraus zu machen, und setzte ganz auf Durchhalten bis zur Befreiung. Obwohl Gens selber wie die übrigen Juden gettoisiert war, musste er sich faktisch nicht im Getto aufhalten. Wahrscheinlich hätte er mit Hilfe seiner ehemaligen Kameraden von der litauischen Armee und seiner Frau, die seinen Wünschen gemäss ausserhalb des Gettos wohnte, sogar untertauchen können. Eine andere Möglichkeit wäre gewesen, bei den jüdischen Partisanen zu kämpfen, die ihn als ausgebildeten Offizier gewiss gerne genommen hätten. Er beschloss aber zu bleiben und stellte sich dem Urteil der Geschichte.

In seiner ausgeprägten Politik der Anpassung und der Produktivität unterschied sich Gens nicht von anderen Gettoherrschern. Doch im Getto von Wilna gab es eine jüdische Widerstandsbewegung, die er duldete, obwohl er sie als Konkurrenz ansah. Er wollte sie erst unterstützen, wenn alles andere scheiterte; bis dahin jedoch hielt er sie in Schach. Gens, seiner selbst sicher, blieb fest auf seinem Kurs, während die Widerständler sich nicht entschliessen konnten, ob sie auf die Gefahr einer massiven Vergeltungsaktion der Deutschen hin ihr Heil im Kampf suchen sollten. Bei diesem Streit setzte sich Gens durch, indem er einen Keil zwischen die Widerstandsgruppe und die übrigen Gettoinsassen trieb. Die Masse folgte *ihm*.¹⁴

Aus den Beispielen Baeck, Löwenherz, Czerniaków, Rumkowski, Barasz und Gens ergibt sich ein ganzes Spektrum von Anführertypen – von alten Amtsinhabern bis zu aufsteigenden Krisenmanagern, die unterschiedliche Ansätze verfolgten, von der traditionellen Aufsicht bis zur aggressiven, intern ungehemmten Autokratie des Diktators. Allerdings kam es weder in Deutschland noch in Österreich oder in den wichtigsten polnischen Städten zu einer grundsätzlichen Meinungsverschiedenheit darüber, ob man überhaupt Judenräte bilden sollte. Solche Debatten gab es jedoch in den Niederlanden, in Frankreich und in Rumänien.

In den Niederlanden war die Diskussion rasch, beendet. Ein seines Amtes enthobener oberster Richter, Lodewijk Ernst Visser, sprach sich

gegen die Räte aus, doch der Philologieprofessor David Cohen wandte ein, Idealisten wie Visser könnten zwar immer auf Realisten herabsehen, aber letzten Endes sei die Realität unausweichlich. Visser starb, kurz nachdem er seine Auffassung bekundet hatte, und Cohen übernahm zusammen mit dem Diamantenhändler Abraham Asscher den Vorsitz im Rat.¹⁵

In Frankreich und Rumänien setzte sich keine Fraktion klar durch, sondern es bildete sich ein gespaltenes Machtzentrum mit Drohungen und Spannungen. Der Judenrat in Frankreich (genannt *Union générale des Israélites de France*, abgekürzt UGIF) entstand Ende 1941 nach längeren Überlegungen. Das Vichy-Regime hatte seine Gründung gefordert, so dass die UGIF unter einer Regierung wirkte, die ihrerseits von den Deutschen kontrolliert wurde – im besetzten Norden durchweg, ab November 1942 auch im Süden. Jetzt hatten alle, die Vichy aufgrund ihrer Verdienste oder ihres Ansehens als Mitglieder des neuen Gremiums vorschlug, die Wahl: Sie konnten annehmen oder ablehnen, auch wenn im zweiten Fall ein anderer ernannt worden wäre.

Einer der Neinsager war der 1895 geborene René Mayer, Veteran des Ersten Weltkriegs, Rechtsanwalt, 1925 chef-de-cabinet bei Minister Pierre Laval und Verwalter im Transportwesen sowie in öffentlichen Versorgungsbetrieben. Als Frankreich 1940 vor der Niederlage stand, war er in London, begab sich aber sofort nach Paris. Anfang 1941 forderte er die Vichy-Regierung auf, die ausländischen Juden zum Verlassen des Landes zu drängen. Seine Vorbehalte gegen die UGIF basierten nicht nur darauf, dass aus dieser Organisation ein Judenrat werden könnte, er befürchtete auch, dass sie als Werkzeug missbraucht würde, um die Rechte der französischen Juden auf die Ebene der Immigranten herabzusetzen. Nach seiner Weigerung, der UGIF beizutreten, floh er nach Nordafrika und kämpfte in der Truppe «Freies Frankreich» auf der Seite Grossbritanniens.¹⁶

Zu den Kandidaten, die sich in die UGIF ernennen liessen, gehörte der 1894 geborene Raymond-Raoul Lambert, ein Veteran des Ersten Weltkriegs, *chevalier de la légion d'honneur*, Herausgeber einer französisch-jüdischen Wochenzeitschrift und Vorsitzender eines Komitees,

das Juden bei der Flucht aus Deutschland half. Als der Zweite Weltkrieg ausbrach, kehrte er als Hauptmann in die Armee zurück. Nach seiner Entlassung spielte er mit dem Gedanken, Frankreich zusammen mit seiner Familie zu verlassen, da er seinen Kindern die schmerzliche Erfahrung ersparen wollte, als Juden diskriminiert zu werden. Er blieb dann aber doch und übernahm die Führung der UGIF in der südlichen Zone.¹⁷

Gegenüber Deutschland und anderen Staaten, in denen die früheren jüdischen Gemeindeorganisationen nicht neben den neuen Judenräten bestehen durften, gab es in Frankreich noch den alten jüdischen *Consistoire Central*. 1940 wurde er von dem 67jährigen Jacques-Edouard Helbronner geführt, Inhaber des *croix de guerre* und Vetter zweier Rothschilds. Er hatte gemeinsam mit Paul Gerlier (der später Kardinal wurde) die Rechtsakademie besucht, im Ersten Weltkrieg direkt unter Kriegsminister Paul Painlevé gedient und kannte den Marschall Philippe Pétain persönlich. Als die UGIF gegründet wurde, lehnte er sowohl den Vorsitz als auch die blosse Mitgliedschaft ab. Er soll Kardinal Gerliers Plan widersprochen haben, gegen die Behandlung ausländischer Juden zu protestieren, solange die französischen noch nicht gefährdet waren. Als deutsche Truppen in die südliche Zone vorgedrungen waren, wurde Helbronner von Lambert aufgefordert, an Premier Laval zu appellieren, doch Helbronner lehnte ab.¹⁸

In Rumänien waren die Hauptverfechter Wilhelm Filderman und Nandor Gingold. Der 1882 geborene Filderman war Rechtsanwalt. Im Ersten Weltkrieg hatte er als Offizier bei der rumänischen Armee gedient, und 1923 wurde er Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde Rumäniens, die ab den dreissiger Jahren «Verband der rumänischen Juden» hiess. Die Bedrohung der rumänischen Judenheit veranlasste Filderman, immer wieder Gesuche und Beschwerden an die rumänischen Behörden zu richten. Nachdem die Juden Bessarabiens und der Bukowina über den Dnjestr vertrieben worden waren, schrieb er Marschall Antonescu einen verzweifelten Brief. Später suchte er den Marschall persönlich auf, um die Verhängung des Judensterns in Rumänien ausser

Kraft setzen zu lassen; dann forderte er, Ausnahmen bei der Erhebung von Sondersteuern und Zwangsdarlehen zu machen. Für die Deportierten, die unter rumänischer Aufsicht in den Gettos zwischen Dnjestr und Bug dahinsiechten, stellte er persönliche Mittel bereit, allerdings unter der Bedingung, dass amerikanische und andere ausländische Judenorganisationen einen entsprechenden Betrag bei Schweizer Banken für ihn hinterlegten, um nach dem Krieg darauf zurückgreifen zu können.¹⁹ Die rumänische Regierung war über Filderman verärgert und liess ihn einmal sogar verhaften, ging dann aber wieder auf ihn ein und machte sogar Konzessionen.

Filderman und Gingold waren zwar fast in jeder Hinsicht grundverschieden, aber nicht verfeindet. Als faktischer Vorsitzender des rumänischen Judenrates *Centrala* hatte Gingold eine wacklige Position inne, so dass er mehrfach mit Filderman zusammentraf und einige von dessen Anhängern in seinen Beraterstab aufnahm. Gingold erklärte sich jedoch bereit, anti-jüdische Verordnungen bekanntzumachen und der rumänischen Regierung jüdisches Vermögen auszuhändigen. Als er die Führung der *Centrala* übernahm, war er Mitte Dreissig. Studierter Mediziner und soeben zum katholischen Glauben konvertiert, blieb er auch dann noch rumänischer Patriot, als Armee- und Gendarmerieeinheiten seines Landes massenhaft Juden aus Bessarabien, aus der Bukowina und aus der Ukraine getötet hatten. Die Juden aus Alt-Rumänien, argumentierte er, hätten nicht an der Front für Rumänien kämpfen müssen. Ihre Opfer in Form von Vermögen und Zwangsarbeit seien unter diesen Bedingungen ein gerechter Ausgleich für die Kriegslast der ganzen Nation. Die Regierung hingegen war von Gingold nicht beeindruckt, obwohl er ihr Arbeit abnahm. Er strengte sich an, bei den Juden unbeliebt und von den Rumänen verkannt, abgeschnitten von der Welt in seinem Bukarester Elfenbeinturm.²⁰

Die weitaus meisten führenden Juden waren überzeugt, dass sie den Vernichtungsprozess aus eigener Kraft nicht würden abwenden können. Daher strebten sie nur nach Stabilität. Jede Veränderung, einst als ein Schritt zum Besseren begrüsst, war nun gefürchtet, weil sie Verelen-

dung und Leiden bedeuten konnte. Deshalb versuchten diese Judenvertreter, den Abstieg hinauszuzögern und wenigstens einige Menschen zu retten, zumindest aber das Schicksal aller möglichst erträglich zu gestalten. In diesem Kampf um Aufschub, Ausnahmen und Linderungen war jeder Stillstand eine Gnadenfrist, und sogar aus einem neuen Tief liess sich wieder neue Hoffnung schöpfen. Das überfüllte, von Krankheiten jeglicher Art heimgesuchte Getto als solches hatte sich in eine verheissungsvolle Rettungsinsel, die auferlegte Zwangsarbeit in einen Rettungsring für das Überleben verwandelt.

Bei ihren Appellen unterschieden sich die Judenvertreter nur dem Stil nach. Als sich Filderman an Antonescu wandte, um gegen die Deportation der Juden aus Bessarabien und aus der Bukowina zu protestieren, schrieb er: «Das bedeutet Tod, Tod, Tod.» Selten jedoch äusserte sich die jüdische Führung so unverblümt. Man sprach das Unausprechliche nicht aus, und meist wurden mit den Eingaben nur begrenzte Ziele angestrebt. Czerniaków bat in Warschau darum, unrationierte Lebensmittel für sein Getto kaufen zu dürfen. Die Judenräte in Berlin beantragten, den zu deportierenden Kindern Milch mit auf den Weg zu geben. Barasz versuchte in Bialystok, die Deportationsquote zu senken, und der ungarische Judenrat, von der Unabänderlichkeit der Deportation fest überzeugt, bat nur um einen humanen Vollzug. Alle diese Eingaben scheiterten, wie auch die meisten übrigen. Doch für die Juden blieben Bitten das einzige Mittel, mit den Tätern überhaupt umzugehen.

In ihren internen Erwägungen griffen die Judenräte auf zwei Parolen zurück. Die eine lautete Erhaltung der Substanz, die andere, das Heil in der Arbeit zu suchen. Helbronner erkannte die Substanz im altetablierten französischen Judentum, Gens dagegen in den jungen, gesunden Juden ... in Krisenfällen gehörten die Alten, Schwachen und «Kriminellen» nicht dazu. Als Gens seine Polizei einmal von Wilna in das Nachbargetto von Oschmiana schickte, opferte er Menschen, die nicht mehr arbeiten konnten, und entschied sich für den Rest. Gens machte es sich zum Prinzip, weder junge Frauen noch Kinder auszuliefern. Allerdings hatte er von letzteren ohnehin nicht viele.²¹

Die Mahnung zur Arbeit war in einem Grundprinzip verankert: Sofern die Gettos wirtschaftlich organisiert waren, mussten sie für die knappen Nahrungsmittel- und Brennstofflieferungen etwas bieten, und wenn ihre Produktion den Deutschen wichtig war, konnte das die Insassen vor der Vernichtung retten. Das erklärt, warum Rumkowski und Gens versuchten, ihre Gettos in Fabrikanlagen zu verwandeln, und Barasz besorgt äusserte, im Getto von Bialystok seien zu wenige Juden in der Produktion beschäftigt. Hier sein Beitrag in einer Krisensitzung des Judenrates am 11. Oktober 1942:

Heute haben wir zur Versammlung alle die berufen, die mit uns die schwere Last des Gettos tragen, um ganz offen zu erzählen, wo in der Welt wir stehen. Es sind in der letzten Zeit die Gefahren für den Bezirk und die Stadt Bialystok greifbar nahegekommen. Darum müssen wir versuchen, Mittel zu finden, sie abzuwenden oder weiter wegzuschieben, oder wenigstens ihr Ausmass zu verkleinern. Leider ist unser Bialystok in letzter Zeit nach Łódź das grösste Getto geworden, und darin liegt eine grosse Gefahr. Die Blicke unserer Feinde durchbohren uns, und nur besondere Umstände können uns vor dem Unglück bewahren. Das Feuer züngelt vom Osten nach Westen her und hat schon beinahe unseren Bezirk erreicht ...

In diesem Prozentsatz von 14'000 Arbeitenden auf 35'000 Gettoeinwohner liegt der Gefahrenpunkt. Selbst wenn die Behörden von uns keine Arbeiter verlangten, müssten wir selbst uns mit aller Kraft bemühen, in die Wirtschaft einzudringen; damit, falls man uns vernichten wollte, eine Lücke in der Wirtschaft entsteht und man uns deshalb schonen würde. Nur dann besteht Hoffnung für uns; Barmherzigkeit dürfen wir nicht erwarten. . .²²

Die Judenräte sassen selber in der Falle, auch sie waren Opfer. Wie beurteilten sie unter diesen Umständen ihre Position? Die wenigsten unter ihnen sprachen von ausgeübter Macht, obwohl sie sich bewusst waren, dass sie mehr Kenntnis besaßen als die Masse der Juden und für alle mitentschieden. Sie waren nicht der Meinung, unverdiente Privilegien zu geniessen, auch wenn sie kaum verleugnen konnten, dass sie besser assen und geräumiger wohnten als die meisten anderen Juden. Sie sahen ihren Dienst als eine Pflicht an und waren völlig davon überzeugt, dass sie die ganze Last der Sorge für die jüdische Bevölkerung trugen.

In dieser Hinsicht passt sogar Rumkowski ins Bild, der einmal sagte: «Ich bin kein Politiker, sondern ein Zugpferd in schwerem Geschirr; ich ziehe einen Wagen, der mit 170'000 Menschenleben beladen ist.»²³

Kurz, die Judenräte ähnelten in ihrer Selbsteinschätzung stark den Herrschern überall auf der Erde, spielten aber eine anomale Rolle, und meist erlitten sie ein ebensolches Schicksal. Die Überlebenden dieser Gruppe stammten fast durchweg aus dem Westen. Der Berliner Leo Baeck wurde 1945 als ein prominenter Insasse in Theresienstadt aufgefunden. Da sich viele Flüchtlinge, die Deutschland vor dem Krieg verlassen hatten, an ihn erinnerten, wurde er mehrfach geehrt. Ein Institut trägt seinen Namen. Der Österreicher Josef Löwenherz liess sich fast unbemerkt in New York nieder. Ihm wurden jedoch keine Ehrungen zuteil. Löwenherz hatte in Wien einen sehr tüchtigen Helfer, Rabbi Benjamin Marmorstein, der sich stark bei Deportationen einsetzte und später dem Getto von Theresienstadt als Ältester vorstand. Marmorstein war vorsichtig genug, sich als Geschäftsmann anonym nach Rom abzusetzen. Nach seinem Tod 1989 lehnte es die Jüdische Gemeinde Roms ab, ihn neben seiner Frau beizusetzen, gewährte ihm aber ein Grab am Rande des Friedhofs. Die Prokonsuln der niederländischen Gemeinde, Cohen und Asscher, wurden vor einem jüdischen Ehrengericht verklagt, doch Asscher erschien nicht zur Hauptverhandlung. Wenig später starb er. Gegen Cohen ermittelte die holländische Staatsanwaltschaft, stellte das Verfahren jedoch ein. In Rumänien kehrte Filderman auf seinen alten Posten als Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zurück; verfolgt von der kommunistischen Regierung, verliess er später das Land. Nandor Gingold von der *Centrala* legte sein Amt sofort nieder, als ihm Rumänien 1944, kurz vor der bedingungslosen Kapitulation, den Status als voll assimilierter Staatsbürger gewährte. 1945 wurde er wegen Plünderung angeklagt und zu lebenslanger Haft verurteilt, dann aber freigelassen. Er praktizierte später noch viele Jahre lang in einer Bukarester Klinik als Arzt.

René Mayer, der nicht in die UGIF hatte eintreten wollen, wurde im Frankreich der Nachkriegszeit Kabinettsmitglied und dann Premier.

Raymond-Raoul Lambert, der UGIF-Vorsitzende in der südlichen Zone, wurde 1942 festgenommen, nach Auschwitz transportiert und dort mit seiner Familie vergast. Lamberts Gegenspieler, der alte, vornehme Jacques-Edouard Helbronner, wurde wenige Monate später verhaftet. Auch er wurde in Auschwitz ermordet. In Polen starben fast alle Judenräte mit ihren Gemeinden. Adam Czerniaków beging in Warschau Selbstmord, als die Deportationen begannen und er erkannte, dass er die jüdischen Waisenkinder nicht retten konnte. Jacob Gens verlor seine Schlacht um das Überleben des Gettos von Wilna. Als er eines Tages von den Deutschen gerufen wurde, vermutete er wahrscheinlich, dass dies sein Ende war, ging aber trotzdem hin und wurde mit einer Kugel empfangen. Barasz kam 1943 um, als das Getto von Bialystok liquidiert wurde, Rumkowski bestieg einen der letzten Züge von Łódź nach Auschwitz.

10. Die Flüchtlinge

Eine halbe Million Juden verliessen Deutschland und andere Länder, die ähnliche Diskriminierungsmassnahmen ergriffen, rechtzeitig vor dem Einsetzen der «Endlösung». Obwohl sie zu den ersten Opfern der antijüdischen Massnahmen gehörten, bekamen sie das volle Ausmass der Katastrophe nicht am eigenen Leib zu spüren. Zwar hatten sie ihre Heimat verloren, aber sie landeten nicht in Gettos. Einige von ihnen kannten Konzentrationslager aus eigener Anschauung, doch sie waren nie in Auschwitz gewesen. Sehr wenige dieser Menschen schrieben Memoiren, und niemand von ihnen bezeichnete sich lange als «Flüchtling». Dieser Begriff galt nicht als Auszeichnung oder Ehre: Man spürte bis ins Innerste, dass er einen herabsetzte, sobald man in ein fremdes Land kam oder ein Schiff verliess.

Die weitaus meisten jüdischen Flüchtlinge hatten vor dem Krieg in Deutschland, Österreich oder Danzig gelebt; hinzu kam ein relativ kleiner Teil der Juden aus Böhmen und Mähren; noch geringer war die Zahl derer, die aus Italien und Ungarn stammten. Die Emigranten wanderten

nicht in Gruppen ab. Jeder potentielle Flüchtling musste selber einen Zufluchtsort finden und für sich allein entscheiden, ob er seine Heimat verliess.

Unter denen, die als erste gingen, waren Menschen mit Vermögen, einige ausländische Juden, manche Zionisten, die jetzt ihren Plan verwirklichten, nach Palästina umzusiedeln, dann Künstler, Lehrer, Professoren und andere Intellektuelle, die gleich zu Beginn des Nazi-Regimes aus ihren Berufen gedrängt worden waren, sowie jene Studenten, deren Ausbildung und Karriere frühzeitig ungewiss oder gar blockiert erschienen. Während der ersten fünf Jahre betrachteten jedoch viele Juden die Herrschaft Adolf Hitlers als kurzlebiges Phänomen, das man durchstehen müsse, oder als einen Rückschlag, auf den man sich einstellen konnte, schlimmstenfalls als Bedrohung, die einen zwar persönlich einengte, aber immer noch erträglicher war als die Fährnisse eines Exils. Unternehmer zögerten vor allem deshalb, weil sie bei der Veräusserung oder Auflösung ihrer Firmen viel Kapital verloren hätten; hinzu kamen die Fluchtsteuern und das Einfrieren der verbleibenden Guthaben im Fall der Emigration. Gehalts- und Lohnempfänger standen vor den externen Schranken der Zielländer mit hohen Arbeitslosenquoten. Besonders verzweifelt war die Lage der in Rente lebenden, berufsunfähigen oder chronisch verarmten Juden, was auch der Nazi-Führung nicht entging, die sich wiederholt mit der Möglichkeit befasste, dass wohlhabende und produktive Bürger abwandern würden, während der «Pöbel» blieb.

Faktisch nahm der Flüchtlingsstrom zwischen 1933 und 1937 von Jahr zu Jahr ab und stieg nur 1938 und 1939 drastisch an.¹ Das plötzliche Anschwellen ging auf mehrere Entwicklungen zurück. Eine davon war der Anschluss Österreichs im März 1938, eine andere die Welle der Gewalt am 10. November 1938. Innerhalb von 24 Stunden, von Mitternacht bis Mitternacht, wurden Synagogen in Brand gesetzt, Schaufenster jüdischer Geschäfte eingeschlagen und jüdische Familien gewaltsam aus ihren Wohnungen vertrieben. Mehr als 25'000 jüdische Männer kamen in die Konzentrationslager von Dachau, Buchenwald und Sachsenhausen, wo man die meisten wochen- oder monatelang festhielt.

Kurz nach dieser Raserei bedeuteten mehrere Verordnungen das Ende aller jüdischen Unternehmen und damit den Verlust der entsprechenden Arbeitsplätze von Juden. In dieser Lage suchten die Juden nur irgendwo eine Zuflucht, ob auf Kuba, im von Japan besetzten Shanghai oder in einem Nachbarland mit durchlässigen Grenzen wie Belgien, Frankreich oder Italien, wo man mit einer befristeten Aufenthaltsgenehmigung oder illegal einreisen konnte. Nicht wenige der Flüchtlinge waren völlig mittellos, und als sie ihre ersten Bestimmungsorte erreichten, wandten sie sich an Suppenküchen, die amerikanische oder andere unabhängige jüdische Gemeinden finanziert hatten.

Im Grossen und Ganzen waren die Flüchtlinge jünger und weniger gebrechlich als die zurückbleibenden Juden. Selbst wenn sie mittellos waren, behielten die Emigranten ihre Fähigkeiten und ihren Ehrgeiz. Eine kleine, aber nicht unbedeutende Minderheit der Flüchtlinge waren Akademiker, darunter bereits anerkannte oder hochbegabte Intellektuelle, oder Jugendliche, die akademische Berufe anstrebten. Besonders in den Naturwissenschaften hatte die Abwanderung zur Folge, dass viele aussergewöhnliche Talente aus Mitteleuropa in die angelsächsischen Länder strömten.²

Sechs jüdische Nobelpreisträger verliessen Deutschland nach Hitlers Machtantritt: der Physiker James Franck, die Chemiker Fritz Haber und Richard Willstätter sowie die Mediziner Otto Warburg, Otto Meyerhoff und Otto Loewi.³ Weitere 16 jüdische Flüchtlinge aus Deutschland, Österreich, Italien und Ungarn erhielten nach der Emigration den Nobelpreis in naturwissenschaftlichen Fächern: Otto Stern, Max Born, Felix Bloch, Dennis Gabor, Emilio Segrè, Arno Penzias und Jack Steinberger für Physik; George de Hevesy, Max Perutz und Gerhard Herzberg für Chemie; Fritz Lipmann, Boris Chain, Hans Krebs, Salvador Luria, Konrad Bloch und Bernard Katz für Medizin. Die meisten späteren Nobelpreisträger verliessen ihre Heimat, nachdem ihre Forschung in Deutschland bedroht oder blockiert wurde. Von den übrigen kehrte Max Perutz, der in Grossbritannien auf dem trockenen sass, als Österreich annektiert wurde, nicht zurück. Ähnlich konnte Fritz Lipmann nicht aus Dänemark zurückkehren. Als Felix Bloch in der Schweiz ei-

nen Brief von dem deutschen Physiker Werner Heisenberg erhielt, der sich nach seinen Plänen erkundigte, antwortete er am 13. August 1933, er wolle unter keinen Umständen an die Universität Leipzig zurückgehen oder an irgendeiner anderen deutschen Hochschule lehren.⁴ Der Italiener Salvador Luria floh 1940 aus Frankreich, und der Ungar George de Hevesy, der von Freiburg nach Kopenhagen umgesiedelt war, entkam dort 1943 auf einem Fischkutter.

In den Sozial- und Geisteswissenschaften wurden ganze Denkschulen verpflanzt. Der alternde Sigmund Freud musste von Wien nach London umziehen. Bruno Bettelheim emigrierte in die Vereinigten Staaten, nachdem er bereits in den Konzentrationslagern Dachau und Buchenwald gesessen hatte. Der Gestaltpsychologe Kurt Lewin reiste 1932 auf Einladung in die USA und entschloss sich zu bleiben, als Hitler Reichskanzler wurde. Der Ethnologe Claude Lévi-Strauss ging 1940 von Paris, der Rechtsgelehrte Hans Kelsen von Wien aus in die USA. Zur Emigration entschlossen sich auch die Ökonomen Ludwig von Mises und Franco Modigliani; jener siedelte in die Schweiz um, als sein heimisches Wien annektiert wurde, dieser setzte sich von Italien aus in die USA ab. Beide erhielten später den Nobelpreis in ihrem Fach. Ein heranwachsender Flüchtling aus Deutschland studierte anschliessend in den Vereinigten Staaten Politikwissenschaften und wurde ein herausragender Aussenminister: Henry Kissinger.

Im Bereich der Architektur flohen unter anderen Erich Mendelsohn, bekannt für seine weiten Fenster, und Marcel Breuer, der sich vor allem durch seine Stahlrohrsessel einen Namen machte. Unter den grossen Bildhauern flüchteten Jacques Lipschitz und Ossip Zadkine. Der französische Maler Marc Chagall verliess seine Heimat während des Kriegs; sein aus den USA stammender Künstlerkollege Lyonel Feininger, der sich in Deutschland niedergelassen hatte, sah sich zur Flucht gezwungen. Auch zahlreiche Schriftsteller und Musiker mussten Europa verlassen, darunter Stefan Zweig, Arthur Koestler, Franz Werfel und Ludwig Lewisohn sowie Arnold Schönberg und Darius Milhaud. Zudem flohen der Pianist Artur Schnabel, die Cembalistin Wanda Lan-

dowska, der Cellist Emanuel Feuermann sowie die Dirigenten Bruno Walter, Otto Klemperer, George Solti, George Szell, Erich Leinsdorf, Maurice Abravanel und Paul Kletzki.

Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass Emigranten nicht in allen Bereichen herausragten. Zum Beispiel hatte die Bilanz der Intellektuellen kein Pendant in der Geschäftswelt. Bedeutende Manager wie Herbert Blumenthal, der als junger Mann über Shanghai in die USA kam und es später bis zum Finanzminister brachte, waren seltene Ausnahmen.

Robert Maxwell, der in Grossbritannien ein Magnat des Verlagswesens wurde, baute einen übergrossen Konzern auf, der nach seinem Tod 1991 zusammenbrach. Neun Tage vor seinem Ableben sprach er bei einem öffentlichen Festbankett über die jüdische Katastrophe und fragte sich, wie viele der jüngeren Opfer nicht Industriemagnaten, sondern Nobelpreisträger geworden wären.

Die Grenze der grossen Erfolge kann man auch geographisch ziehen: Sie waren in Palästina und später in Israel viel seltener als im Westen. Der Grund für diese Unterschiede dürfte primär in der Landesgrösse und im allgemeinen Umfeld liegen. Palästina konnte nur eine Handvoll jener Immigranten anziehen oder fördern, die eine grosse, komplexe Wirtschaft suchten oder brauchten, um ihre Arbeit vorantreiben zu können.

Selbst in den Industrieländern hatten Intellektuelle und Künstler ihre Schwierigkeiten. Die Naturwissenschaftler Otto Frisch und Edward Teller erhielten kein Rockefeller-Stipendium, weil ihre Rückkehr nach Deutschland ausgeschlossen war. Der Politologe Hans Morgenthau konnte im Brooklyn College nicht befördert werden, bevor man ihn an der University of Chicago wie einen Halbgott verehrte. Der Ökonom Alexander Gerschenkron soll sich lange als Hafearbeiter verdingt haben, bevor er Harvard-Professor wurde. Franco Modigliani führte ein Zentrum für Buchimporte aus Italien, bis er sich wieder der Forschung widmen konnte, für die er später den Nobelpreis erhielt. Der Komponist Arnold Schönberg, patriotischer Österreicher und Konvertit zum Christentum, der sich nach seiner Emigration wieder zum Judentum bekannte, musste in den USA bis ans Lebensende um seine Existenz kämpfen. Er lehrte für einen Hungerlohn an der University of California

in Los Angeles, trat später mit minimaler Pension in den Ruhestand und musste Stunden geben, um sich über Wasser zu halten. Der Tenor Josef Schmidt, während der deutschen Invasion in Belgien beheimatet, floh in die Schweiz und starb dort im Alter von 38 Jahren in einem Internierungslager, nachdem man ihm die Einweisung in ein Krankenhaus verweigert hatte.

Für die Juden Europas bot die Medizin den idealen «transportablen» Beruf. Doch in den USA waren Ärzte nicht überall willkommen, da der Wettbewerb um die Patienten ohnehin schon heftig tobte. Im Staat New York wollte sich der ehemalige Direktor des Neurologischen Instituts an der Universität Wien, der über 200 Artikel publiziert hatte, auf ein Gesetz berufen, wonach Ärzte von «anerkanntem Ruf und Fachwissen» ohne Zusatzprüfung praktizieren durften. Trotz der Versicherung amerikanischer Ärzte, dass er der «anerkannteste» oder «führende» Neuropathologe Europas war, entschied das oberste Gericht New Yorks, dass die Verweigerung der Approbation seitens des Staates nicht willkürlich, ungerecht oder mutwillig gewesen sei.⁵ Als ein Ärzteehepaar aus Berlin in New York eintraf, musste die Frau Gelegenheitsarbeiten annehmen, während der Mann Englisch lernte. Sie durfte nie praktizieren. Als Witwe lebte sie später in einer kleinen Wohnung, eine alte Frau wie viele andere.⁶ In Grossbritannien durften viele Hundert Ärzte erst praktizieren, nachdem sie eingebürgert waren. Dazu berichtet ein Historiker: «Chirurgen arbeiteten heimlich als Leichenwäscher, Radiologen reparierten Radios, Bakteriologen verkauften Backpulver. «⁷ Mathematiker brauchen zwar keine Approbation, als sie aber in den USA eintrafen, fanden sie dort einen Arbeitsmarkt vor, der nicht einmal alle promovierten gebürtigen Amerikaner aufnehmen konnte.⁸

Gegenüber den Ärzten und Mathematikern konnten Anwälte ihren Beruf ohne eine langwierige Umschulung gar nicht mehr ausüben, es sei denn, sie übernahmen nach dem Krieg in Deutschland Restitutions- und Entschädigungsfälle. Dichter und Schriftsteller waren stark der deutschen Sprache verhaftet. Wenige erreichten ein neues Publikum. Zwar schaffte es Franz Werfel mit seinem «süssen» Roman *The Song*

of Bernadette (*Das Lied von Bernadette*, Stockholm 1941), der den Katholizismus feierte, und Arthur Koestler setzte sich mit seinem schonungslosen Roman *Darkness at Noon* (*Sonnenfinsternis*, 1940) über den sowjetischen Kommunismus durch, aber Stefan Zweig und seine Frau nahmen sich in Brasilien gemeinsam das Leben, und Kurt Tucholsky tötete sich, 45 Jahre alt, in Schweden.⁹

Die weitaus meisten Flüchtlinge waren weder Wissenschaftler noch Ärzte, Rechtsanwälte oder Künstler. Mangels einer akademischen Ausbildung oder anderer gefragter Qualifikationen mussten sie – sofern sie das schulpflichtige Alter hinter sich hatten – bereit sein, praktisch ohne Startkapital Kleinstfirmen zu gründen oder von vorne anzufangen. Für viele war diese Erfahrung schmerzlich und erniedrigend. Ganz unten war eine Frau, die allein nach Grossbritannien kam, sich um eine Arbeitserlaubnis bemühte, ihre Miete nicht bezahlen konnte und schliesslich eine Anstellung als Haushaltshilfe bei nichtjüdischen Flüchtlingen fand, wo sie ein Zimmer mit zwei Hunden teilen durfte. Sie litt so unter Hunger, dass sie sogar Hundefutter ass.¹⁰ Ganz unten war auch eine Familie, deren Vater und Sohn versuchten, in Panama mit Parfüm hausieren zu gehen, wo man ihnen «die Tür vor der Nase zuschlug». Nach ihrer Ankunft in New York nahm sich der Vater das Leben, die Mutter arbeitete bis zum Lebensende als Pelzgerberin.¹¹

Fast alle Flüchtlinge, die in angelsächsische Länder kamen, mussten eine wirtschaftlich und psychisch schlimme Zeit überstehen. Oft waren sie auf ansässige Verwandte angewiesen, um die ersten Mieten und Lebensmittel bezahlen zu können. Manche verkauften mitgeführte Wertgegenstände wie Kameras, Porzellan, Briefmarkensammlungen oder Pelzmäntel. In dieser Anfangszeit bekamen sie ständig zu hören, dass sie Glück hätten und hart arbeiten sowie möglichst schnell Englisch lernen müssten. Meist sprachen die Erwachsenen die neue Sprache mit ausländischem Akzent, den sie nicht ablegen konnten. Man sagte ihnen, ihre ganze Vergangeheit sei nichts, verglichen mit dem, was sie jetzt erwartete, und sie sollten zustimmen. In den USA erklärte man diesen Verehrern Johann Sebastian Bachs und Johann Wolfgang von Goethes,

dass Victor Herbert ein grosser Komponist und Washington Irving ein nicht minder grosser Schriftsteller sei. Der Freundschaft zugetan, die sie auf Lebenszeit mit Gleichgesinnten verband, konnten sie in den USA nichts dergleichen entdecken: Sie mussten lernen, dass man flüchtige Bekannte schon nach dem zweiten Treffen als «friends» bezeichnete. Die Vereinigten Staaten wirkten auf sie insular und selbstfixiert, wie eine gewaltige Nation von Menschen, die weder über den Sinn des Lebens nachdachten noch ihre Aussenwelt wahrnahmen.

Ende 1941 begannen sich die Wirtschaft und die Stimmung in den USA schlagartig zu verändern. Das Land war angegriffen worden. An die Stelle von Erwerbslosigkeit trat Arbeitskräftemangel, und jetzt traten Flüchtlinge in die Armee ein oder wurden eingezogen. Gerade in der Abnormalität des Krieges normalisierte sich ihr Leben. Genau das Gegenteil widerfuhr jedoch Tausenden von Emigranten in Frankreich und Grossbritannien, die als Sicherheitsrisiken interniert wurden.

Grossbritannien verbannte viele von ihnen auf die Insel Mauritius im Indischen Ozean, wo sie in Baracken hausten. Japan sperrte die Flüchtlinge in Shanghai von 1943 bis Kriegsende in das Viertel Hongkew. Etwa 100'000 Flüchtlinge in Nachbarländern Deutschlands wurden von deutschen Soldaten gefasst. Exponiert und schutzlos, waren diese Juden bei den ersten Aushebungen ideale Opfer für Vernichtungslager.

Nicht alle westlichen Flüchtlinge traten ihren Leidensweg in den dreissiger Jahren an. Als die deutsche Wehrmacht im Mai 1940 ihre Westoffensive startete, zogen Tausende von Juden aus Holland und Luxemburg südwärts, Zehntausende flohen aus Belgien, und weitere Zehntausende liessen alles in Paris zurück, um sich in die freie Zone zu retten. Einige von ihnen gingen rechtzeitig in Marseille an Bord, andere versuchten, in die Schweiz oder nach Spanien zu gelangen.

Ein anderer, viel massiverer Strom bewegte sich ostwärts, als die Deutschen 1939 in Polen einmarschierten. Nach dem Überfall auf die Sowjetunion 1941 verlagerte sich der Schwerpunkt noch weiter nach Osten. Viele Juden retteten sich in dieser Massenflucht; zahllose andere erlagen den Strapazen. Die polnischen Juden liess man nach dem Krieg

in die westlichen Zonen des besetzten Deutschland ein, wo sie zu nicht repatriierbaren «displaced persons» wurden und noch jahrelang in Lagern ausharren mussten, bis sie in Palästina oder den Vereinigten Staaten eine neue Heimat fanden.

11. Männer und Frauen

Mit der «Endlösung» verfolgten die Nazis das Ziel, *alle* Juden zu vernichten. Meist trieben sie Männer und Frauen unterschiedslos zusammen, um sie in Vernichtungslager zu transportieren oder an Gruben zu erschiessen. Ihre Leichen wurden gemeinsam in denselben Krematorien verbrannt oder in denselben Massengräbern verscharrt. Sie alle waren in dieselbe Arena der Vernichtung geraten, weil die Nazis ein Europa planten, aus dem die Juden ganz zu verschwinden hatten.

Doch der Weg zur Vernichtung war durch Ereignisse markiert, die Männer speziell als Männer, Frauen speziell als Frauen betrafen. Zuerst änderten sich die Rollen. Dann verwandelten sich die Beziehungen. Und schliesslich gab es unterschiedliche Belastungen und Erschütterungen.

Zu Beginn waren Fachkenntnisse oder Berufe die von Männern und die von Frauen, und diese Muster verschwanden nicht: Männer waren nach wie vor Ärzte, Kaufleute, Schneider, Schuster, Bäcker, Maler oder Portiers. Frauen blieben Krankenschwestern, Köchinnen, Näherinnen, Putzhilfen. Oft mussten Mütter im Haushalt allein die ganze Last tragen, die Kinder aufziehen und für die wöchentliche Brotration anstehen. Bald jedoch machte die Verarmung der Juden den Männern schwer zu schaffen und leitete eine neuartige Gleichheit ein. Als die jüdischen Betriebe geschlossen wurden und die Männer ihre Arbeitsplätze verloren, konnten diese ehemaligen Ernährer der ganzen Familie nicht mehr entscheiden, wo man leben sollte und was man sich leisten durfte. Die zwangsisolierte Gemeinschaft bestand aus Männern ohne Autorität und Frauen ohne Stützen.

In Berlin fragte eine Frau ihren Mann höhnisch: «Bist du ein Rabbiner? Bist du ein Mann?»¹ Sehr viele der Männer waren arbeitslos, andere mussten Zwangsarbeit leisten oder für Hungerlöhne schufteten, meist in Lagern oder Trupps, die im Strassenbau, in der Gleisverlegung, in der Flussbegradigung, im Bergbau oder bei Befestigungsanlagen eingesetzt wurden. Frauen waren traditionsgemäss von fast allen Führungspositionen ausgeschlossen, wurden aber zunehmend in Fabriken verwendet.

Die verschärften Zwänge bewirkten, dass Männer und Frauen völlig willkürlich zusammengewürfelt oder auseinandergerissen wurden. Im Getto von Minsk sollen Deportierte aus Deutschland sexuell sehr aktiv geworden sein,² während im fernen Shanghai, wo die Frauen Schwerstarbeit verrichten mussten, die Scheidungsziffern stiegen.³ Als man das Wilnaer Getto durchkämmte, bis nur noch Arbeiter und ihre direkten Angehörigen bleiben durften, stieg die Zahl neuer Ehen – meist fiktiver Natur – sprunghaft.⁴ Dagegen hatte ein Deportationsbefehl im Getto von Łódź zur Folge, dass sich viele Ehepaare scheiden liessen. Der Grund war, dass die jüdischen Verwalter Deportationslisten anfertigen mussten. Damit entstand das moralische Problem, welche Namen man aufnahm, und man suchte nach Kriterien. Es wurde beschlossen, jene Männer zu bestrafen, die sich nie freiwillig für Aussenarbeiten gemeldet hatten und solchen Projekten zwangsweise zugeteilt werden mussten. Als Strafe sollte die Deportation der Angehörigen dieser Männer folgen. Daraufhin beantragten viele ihrer Ehefrauen die Scheidung.⁵

Unter den Juden im deutsch-dominierten Europa waren die Frauen in der Mehrheit. Vor dem Krieg (1931) stellten sie in Polen 52,08 Prozent. In Weissrussland lag ihr Anteil (Januar 1939) bei 53,25, in der Ukraine (Januar 1939) bei 53,70, in Litauen (1923) bei 52,08, in Lettland (1930) bei 53,68, in Ungarn (1930) bei 52,80, in der Tschechoslowakei (1930) bei 50,81, in den Niederlanden (1919) bei 51,90, in Deutschland (1933) bei 52,24, nach der Emigrationswelle in den alten Grenzen (1939) bei 58,16 Prozent.⁶ Unter dem Strich hätten Frauen also – gemäss der Wahrscheinlichkeit – mehr als die Hälfte der Toten ausmachen müssen, aber Männer starben schneller.

Die höhere Sterblichkeitsrate unter den Männern zeigt sich an den Gettos. Obwohl man davon ausgehen muss, dass die Bevölkerung des Warschauer Gettos überwiegend weiblich war, starben dort 1941 an Erwachsenen insgesamt 22'978 Männer und 16'246 Frauen.⁷ Im Getto von Łódź mit seinen abwechselnden Einweisungen und Verschickungen stellten die Frauen zwischen dem 1. Januar 1941 und dem 30. Juni 1942 eine deutliche Mehrheit von 54 bis 57, im Durchschnitt also rund 56 Prozent. Doch im gleichen Zeitraum starben 13'729 Männer gegenüber 8'981 Frauen, was, statistisch gesehen, bei den Männern eine fast doppelt so hohe Sterblichkeitsrate ergibt wie bei den Frauen. Prüft man nun die einzelnen aufgeführten Todesursachen (mit einem Mindestanteil von einem Prozent der Sterbefälle), so zeigt sich, dass Männer jeder einzelnen der Krankheiten, mit Ausnahme von «Altersschwäche» und Krebs, viel stärker erlagen als Frauen. Bei den drei häufigsten Todesursachen stellt sich das Bild grob wie folgt dar:⁸

	Männer	Frauen
Herzkrankheiten	3 715	2 572
Unterernährung	3 200	1 745
Lungentuberkulose	2 946	1 601

Unterernährung war nicht nur eine unmittelbare Todesursache, sondern schwächte auch den Zustand von Patienten mit bereits vorhandenen Krankheiten. Bekamen Männer im Getto von Łódź weniger zu essen als Frauen? Das Rationierungssystem bevorzugte die Funktionäre und Arbeiter. Waren Frauen von der Schwerarbeit ausgenommen? Es gibt eine Photographie von zwei jungen Frauen im Getto, die wie Pferde vor einem flachen, mit einem grossen Haufen von Exkrementen beladenen Karren gespannt sind.⁹ Gewiss mussten jedoch viel mehr Männer als Frauen wirkliche Schwerstarbeit verrichten. Die zusätzlichen Rationen reichten dafür aber nicht aus, und wenn ein Arbeiter erkrankte, ohne sich nach einer Woche zu erholen, wurden die Sonderrationen ganz gestrichen.¹⁰ Bemerkenswert ist, dass die Sterblichkeitsrate im Getto von Łódź bei den 20- bis 25jährigen Männern dreieinhalbmal so hoch war wie bei den Frauen.¹¹

Der vergleichsweise Vorteil für Frauen beschränkte sich auf die Heranziehung zur Arbeit in den wirtschaftlichen Expansionsschüben von 1940, 1941 und 1942. Als die Deportationen einsetzten, kehrte sich die Lage um. Bei Razzien wurde der Arbeitseinsatz, numerisch gesehen, zum wichtigsten Grund für Aufschübe oder Freistellungen. Jetzt galten primär Frauen als «Überschuss». Mindestens achtzig Prozent aller Juden des Warschauer Gettos wurden im Sommer 1942 deportiert. Kurz vor der Massnahme hatte das Getto 368'902 Bewohner, davon 211'292 – also 57,28 Prozent – Frauen. Nach den Deportationen hielt sich etwa die Hälfte der restlichen Juden versteckt, und 35'633 wurden erfasst. In dieser registrierten Hälfte waren nur 15'696 oder 44,05 Prozent Frauen.¹²

Das Getto von Łódź wurde durch mehrere Deportationen ausgedünnt. Die ersten Razzien erfolgten zwischen Januar und Mai 1942. Zum 31. Dezember 1941 hatte das Getto 162'681 Insassen, darunter auch Neuankömmlinge aus Deutschland. Diese Zahl setzte sich zusammen aus 92'703 (56,98 Prozent) Frauen aller Altersstufen und 69'978 (43,02 Prozent) Männern. Bis Mai wurden insgesamt 54'990 Insassen deportiert, davon 34'223 Frauen und 20'767 Männer, ein Schwund der Frauen um 36,92 und der Männer um 29,68 Prozent, nicht gerechnet jene, die während der Deportationen im Getto starben.¹³

Das Phänomen, dass Männer schneller starben, beschränkte sich nicht auf Gettos. Die Erschiessungen im besetzten Teil der UdSSR trafen zuerst Männer. Gleiches galt für Serbien. Beide Massnahmen begannen 1941, und beide Male tasteten sich die Täter allmählich voran. Sowohl im sowjetischen Gebiet als auch in Serbien musste man die Tötungen irgendwie rechtfertigen, und das fiel leichter, wenn die Opfer männlich waren. Für die Polizeireservisten im Osten und für die Wehrmacht in Serbien war die Tötung der Männer belastend genug. Doch nachdem die Ernährer liquidiert waren, konnte man auch die Frauen nicht mehr lange schonen: Sobald sich auf sowjetischem Gebiet einheimische Kollaborateure mobilisieren liessen oder in Serbien genügend SS-Leute zur Verfügung standen, waren jüdische Frauen und Kinder an der Reihe.

Die Männer in den ungarischen Zwangsarbeitertrupps gehörten zu den ersten Opfern Ungarns. Deutschland erklärte die Deportationen aus Frankreich mit dem «Arbeitsdienst» im Osten, und die ersten sechs Transporte aus diesem Land bestanden fast nur aus Männern. Später, im Juli 1942, ergriff man in Paris fast nur Frauen, darunter die Ehefrauen der zuvor verhafteten Männer, und die Kinder der Paare. Darauf folgten wieder 13 Transporte, die überwiegend aus Männern bestanden, darunter Tausende französischer Soldaten, die für den Arbeitsdienst in Lagern abgestellt worden waren, so dass sie sich als eine leichte Beute anboten.¹⁴

In den Vernichtungslagern bildeten Gnadenfristen die Ausnahme. Gewährt wurden sie nur Häftlingen, die besonders qualifiziert oder massiv arbeiten konnten, sofern überhaupt Arbeit vorhanden war. Bei der entsprechenden Selektion blieben eher Männer als Frauen von der sofortigen Vergasung verschont. Nur etwa ein Drittel der Juden, die Auschwitz überlebten, dürften Frauen gewesen sein. In den anderen Lagern mit weniger Insassen, wo es kaum Überlebende gab, verschwanden die Frauen restlos. Aus Treblinka und Sobibór kamen nur wenige davon, aus Belzec und Kulmhof keine.¹⁵

12. Mischehen

Als sich die Juden Europas zunehmend emanzipierten, begannen sie auch, Mischehen einzugehen. In Polen, auf dem Baltikum und in Rumänien blieben derartige Ehen bis zum Zweiten Weltkrieg selten. In der Sowjetunion war ihr Anteil seit zwei Jahrzehnten gestiegen. In Deutschland, Österreich, Ungarn, Böhmen, Mähren und in den Niederlanden setzte ihr Zuwachs früher und kräftiger ein. In Dänemark und Italien waren sie gang und gäbe.¹

Nazi-Deutschland und seine Verbündeten lösten Mischehen nicht per Dekret auf. Weder wurden die nichtjüdischen Partner in diesen Ehen als Juden behandelt, um zu verhindern, dass deren Angehörige und die Kir-

chen im Chor protestierten, noch konnten die jüdischen Partner allen antijüdischen Zwangsmassnahmen unterworfen werden, weil man damit ja auch ihre «arischen» Ehegatten getroffen hätte. Ausserdem wurden nur wenige Mischehen durch Scheidungsklagen der nichtjüdischen Partner aufgelöst. Scheidung gehörte in der ersten Jahrhunderthälfte noch nicht zum Lebensstil, so dass die Juden in Mischehen keineswegs massenhaft von ihren Männern oder Frauen im Stich gelassen wurden. Im Grossen und Ganzen waren diese Juden also vor der Vernichtung sicher. Daraus folgt jedoch nicht, dass sie ein ruhiges Leben gehabt hätten oder dass keiner von ihnen im dichten Netz gefangen wurde. Besonders in Deutschland blieben sie ständig unter Bespitzelung, und in der deutschen Bürokratie kam es häufig zu Kontroversen über diese Menschen: Sie konnten nie wissen, was ihnen der nächste Tag brachte.

Schon während der dreissiger Jahre verloren viele in Mischehen lebende jüdische Männer ihre Arbeitsplätze und ihr Einkommen. Als Deutschland begann, die Juden in speziellen Häusern zu sammeln, zerfielen die Mischehen in zwei Kategorien: privilegierte und nichtprivilegierte. Ein Ehepaar war privilegiert, sofern es die Kinder nicht im jüdischen Sinne erzogen hatte. In solchen Fällen blieb der jüdische Partner sogar dann bevorzugt, wenn die Ehe gescheitert oder der einzige Sohn im Zweiten Weltkrieg gefallen war. Privilegiert waren auch kinderlose Frauen deutscher Männer, solange die Ehe bestand. Diese Ausnahmeregelung betraf nicht nur den Wohnort, sondern auch das Tragen des Judensterns. Sie galt nicht uneingeschränkt. In Frankreich kamen Hunderte von Juden aus Mischehen ins Durchgangslager Drancy, von wo sie auf die Kanalinseln geschickt wurden, um dort Befestigungsanlagen zu bauen.² Auch Juden, die in Wien oder Frankfurt am Main wohnten und mit Nichtjuden verheiratet waren, mussten häufig Schwerstarbeit verrichten.³

Eine Hauptsorge der in Mischehen lebenden Juden war die immer drohende Gefahr, deportiert zu werden. Die deutsche Verwaltung in den Niederlanden nutzte diese Angst und veranlasste einige Männer, deren nichtjüdische Frauen noch gebärfähig waren, sich gegen die Zusi-

cherung von Immunität sterilisieren zu lassen.⁴ In manchen Gebieten wurden die jüdischen Männer trotz Mischehen einfach festgenommen. Ende Februar 1943 ereilte es solche Juden in Berliner Fabriken bei einer Blitzrazzia während der Arbeitszeit zusammen mit anderen Juden. Die mit Nichtjüdinnen verheirateten Männer kamen nach ihrer Festnahme in ein abgesondertes Gebäude in der Rosenstrasse, wo ihr weiteres Schicksal ungewiss blieb. In den darauffolgenden Tagen demonstrierten deren deutschen Frauen auf offener Strasse für ihre Freilassung, die sie damit tatsächlich erreichten.⁵ In Italien setzte sich die SS allerdings rücksichtslos gegen ihre italienischen Kollaborateure durch und schickte 140 bis 150 jüdische Männer und Frauen aus Mischehen nach Auschwitz.⁶ In Litauen nahm die Sicherheitspolizei 1942 zwölf Juden fest, die in Mischehen lebten und durchweg zum Katholizismus konvertiert waren; sie wohnten zu Hause bei ihren Frauen, weil sie meinten, nicht in ein Getto umsiedeln zu müssen. Die litauischen Frauen wurden später unter Druck gesetzt, sich scheiden zu lassen.⁷

In der Slowakei wurde die Frau eines aus Ungarn stammenden Bürgers deportiert. Dieser schrieb einen entrüsteten Brief an die deutsche Freiwilligen Staffel (FS), in dem er darauf hinwies, dass er als ungarischer Christ mit einer getauften jüdischen Frau verheiratet sei, die man nun deportiert habe. «Es tut mir nicht leid», schrieb er, «wenigstens bin ich sie nun los. Aber diese frechen Deutschen, die 100%ige jüdische Frauen haben, warum werden diese nicht auch abtransportiert?» Er nannte Name und Adresse eines Mannes, dessen jüdische Frau bleiben durfte, weil – so behauptete er – ihr Mann Mitglied einer deutschen Partei gewesen war. «Sie werden aber draufzahlen», schrieb er weiter, «denn gerade diese Juden, die hierbleiben, werden noch Ihr Blut trinken.»⁸

Im besetzten Teil der UdSSR konnte die faktische Abwesenheit des nichtjüdischen Ehemannes seiner zurückgelassenen jüdischen Frau zum Verhängnis werden. Einer der Überlebenden eines Massakers von Mariupol bemerkte, dass die jüdischen Frauen, deren nichtjüdische Männer sich in der Stadt aufhielten, verschont blieben, wohingegen in Mischehen lebende Jüdinnen, deren Männer die sowjetischen Behörden zur

Roten Armee eingezogen oder evakuiert hatten, mit ihren Kindern aufgegriffen und erschossen wurden. Alle jüdischen Männer in Mischehen mussten sich ausnahmslos bei den deutschen Behörden melden, doch ihre Frauen und Kinder durften zu Hause bleiben.⁹

Ganz besonders ernst wurde die Lage für Juden, deren Ehe mit einem Nichtjuden zerbrach. In Deutschland gab es Scheidungsfälle, die allein aus politischem und gesellschaftlichem Druck resultierten, ohne dass einer der Ehepartner beabsichtigt hätte, die Beziehung zu lösen. Schon vor den Deportationen machten sich die betroffenen Männer, sofern sie weiter sexuelle Beziehungen zu ihren früheren Ehefrauen pflegten, jedoch der «Rassenschande» schuldig, und 1940 wurden einige «Schänder» in einer Baracke des Konzentrationslagers von Sachsenhausen interniert. Dort folterte man sie zu Tode, etwa indem man sie in einer Besenkammer ersticken liess oder eiskaltes Wasser mit einem Schlauch direkt aufs Herz spritzte.¹⁰

Kam es in einer Mischehe zu Konflikten, war der jüdische Partner in Gefahr. Als Beispiel dafür soll die Lebensgeschichte eines Hamburger Ehepaares stehen: Die 1882 geborene Jüdin Amalie S. hatte 1908 den 1881 geborenen Christen P. geheiratet. Ihr Vater produzierte Lederwaren und besass Anteile an einer Möbelfabrik. P. war in dieser Fabrik als Leiter angestellt, und bald bekam das Paar sein einziges Kind, eine Tochter. Im Ersten Weltkrieg diente P. an der Front und wurde mehrfach ausgezeichnet. In den zwanziger Jahren baute er seine eigene Schmuckherstellung auf, und die kaufmännisch ausgebildete Amalie half ihm dabei.

Bis 1928 verlief die Ehe glücklich und harmonisch, in diesem Jahr jedoch wandelte sich die inzwischen 46jährige Amalie von Grund auf. Sie wurde krankhaft eifersüchtig, warf ihrem Mann ständig Untreue vor und zeigte ihn 1929 oder 1930 beim Gesundheitsamt an: Er sei geschlechtskrank. P. war jedoch nicht infiziert. Amalie ging nun dazu über, Wertsachen ohne finanzielles Motiv zu versetzen, und erklärte, sie werde nicht ruhen, bis P. unter der Erde liege. Als P. es gar nicht mehr aushielt, mied er vorübergehend die eheliche Wohnung. 1934 beschloss er, sich scheiden zu lassen, doch Amalie bat ihn um Vergebung, und er

verzieh. Eine Zeitlang ging alles gut, bis ihre Ausbrüche erneut begannen und sie ihm vorwarf, es mit Huren zu treiben.

Ende 1943 zog P.s jüngere Schwester zu ihnen in die Wohnung. Sie war geschieden und hatte zwei Söhne, beide Soldaten. Der eine war 1941 gefallen, sie selber ausgebombt worden. Amalie schlug jetzt einen neuen Kurs ein: Die Rache der Juden stehe kurz bevor, man bereite schon die Listen dafür vor, die deutschen Soldaten seien allesamt Mörder, die bei den Luftangriffen getöteten deutschen Kinder seien Mordopfer Hitlers, und Deutschland habe den Krieg schon so gut wie verloren. In dieser Raserei kam es ständig zu Streitigkeiten mit der Schwägerin, und am 18. Februar 1944, als P. gerade unterwegs war, forderte Amalie die Schwester ihres Mannes auf, die Wohnung sofort zu verlassen. Diese begann, ihre Sachen zu packen, und sprach in ihrer Erregung mit einer anderen Mieterin des Hauses. Daraufhin berichtete die Frau einem subalternen NSDAP-Funktionär von den Beschwerden der Schwägerin, und der empfahl P., sich scheiden zu lassen. Ausserdem sprach der Parteigenosse mit seinem Vorgesetzten und sagte, die Streitigkeiten schienen als häusliche Affäre aufs Politische übergegriffen zu haben.

Als die Partei untätig blieb, eruierte Amaliens Schwägerin die Adresse der Gestapo. Gemeinsam mit P. suchte sie den Spezialisten für Judenangelegenheiten im Hamburger Gestapobüro auf und fragte, was nach einer Scheidung aus Amalie würde. Dieser erwiderte, sie käme in ein Heim für Juden, warnte aber: Falsche Anschuldigungen gegen sie seien strafbar. Das bremste die Schwester, doch als sich die Lage in der Wohnung erneut zuspitzte, beschlossen sie und ihr Bruder, sich Amalie «vom Hals zu schaffen». P.s Schwester setzte eine Anzeige gegen die «Jüdin» auf, und die Gestapo fragte bei P. an, ob auch er unterschreiben wolle. Er wollte. Am 22. März 1944 reichte P. die Scheidung ein, und zwei Tage später wurde Amalie verhaftet. Die Scheidung erfolgte am 5. April 1944, wobei Amalie die alleinige Schuld zugewiesen wurde. Solange Amalie im Gefängnis sass, schickten P. und seine Schwester ihr Bekleidung und andere Hilfsgüter. Im Juli wurde Amalie nach Auschwitz transportiert, von wo sich nicht zurückkehrte.¹¹

Der geschiedene oder verwitwete jüdische Teil einer Mischehe konnte sogar dann in eine prekäre Lage kommen, wenn seine Kinder nicht im jüdischen Sinne erzogen waren. In den Niederlanden wurde der jüdische Journalist Philip Mechanicus, der von seiner holländischen Frau geschieden war und zwei volljährige Töchter hatte, ein ganzes Jahr lang in einem Durchgangslager festgehalten. Danach wurde er nach Auschwitz gebracht, wo er umkam.¹² Ebenfalls in den Niederlanden bat Hermann Rosenbaum, ein verwitweter Flüchtling aus Deutschland, um Befreiung von der Auflage, den Judenstern tragen zu müssen (und damit von der Deportation): Seine verstorbene Frau sei Arierin gewesen, und er habe zwei Kinder, von denen eines, ein siebzehnjähriger «Mischling», in der Wehrmacht diene. Zudem habe Rosenbaum selber zwischen 1916 und 1918 an der Front gekämpft. Für den Fall war Gertrud Slotke von der deutschen Sicherheitspolizei in Den Haag zuständig. Sie empfahl ihrem Hauptsturmführer Zöpf, den Antrag Rosenbaums abzulehnen, da der Antragsteller seit 1937 verwitwet sei und nichts Besonderes für Deutschland geleistet habe. Zöpf war einverstanden.¹³

War ein Kind nur adoptiert, gab es überhaupt keinen Schutz. Der Historiker H.G. Adler berichtet über den verwitweten Arthur von Weinberg, der im Ersten Weltkrieg als Major an der Front kämpfte und danach eine herausragende Rolle in der chemischen Industrie Deutschlands spielte. Weinberg hatte 1909 eine deutsche Witwe geheiratet und deren Töchter adoptiert, die später beide Grafen heirateten. Nachdem er im Juni 1942 bei einer der Adoptivtöchter verhaftet worden war, schrieb der Bevollmächtigte für die Chemische Industrie, Karl Krauch, einen längeren Brief an SS-Obergruppenführer Karl Wolff, den Chef des Personalstabes des Reichsführers-SS. Trotz dieser Fürsprache von höchster Stelle wurde Weinberg mit 81 Jahren ins «Altersgetto» Theresienstadt gebracht, wo er starb.¹⁴

Adler berichtet ausserdem über den Fall eines deutschen Arztes in Kissingen, Oswald Eller, der mit einer Jüdin verheiratet war. Die Ehe blieb kinderlos. Am 1. Mai 1942 schrieb Eller an Innenminister Frick und führte aus, er habe Ella Anschütz 1904 geheiratet, sei nun fast siebzig Jahre alt und mache sich grosse Sorgen um das Schicksal seiner

Frau, sollte er zuerst sterben. Er selbst trage an der Kinderlosigkeit der Ehe «durch einen angeborenen Fehler die alleinige Schuld». Während der Ehe habe sich seine Frau «in ihrem Denken und Handeln vollkommen» nach seiner «deutschen Art umgestellt» und sei mit ihm in die «deutsch-nationale Partei» eingetreten. Beide hätten schon vor 1933 «den Führer gewählt». Alle drei Brüder seiner jüdischen Frau hätten als Soldaten im Weltkrieg gedient, einer sei «im Felde wegen tapferen Verhaltens Offizier geworden». Seine Frau gehe mit ihm seit 38 Jahren in seinen Pflichten auf. Daher bat er, «dass meine Ehefrau schon zu meinen Lebzeiten die Zusicherung erhält, nach meinem Tode von dem Tragen des Judensterns u. den hieraus sich ergebenden Folgen wie Umsiedlung nach Polen etc. auf dem Gnadenwege befreit zu werden». Der Antrag kam in Eichmanns Amt, zur Gestapo in Nürnberg und zur Gestapo in Würzburg. Schliesslich wurde er zurückgewiesen. Adler vermutet, das Paar habe den Krieg überlebt, da in der Akte keine weitere Korrespondenz dazu gefunden wurde.¹⁵

Anders als Eller hatte sich der Kaufmann Max Wagner in Solingen 1934 von seiner jüdischen Frau scheiden lassen. Ohne den Schutz einer Mischehe wurde sie im Oktober 1941 ins Getto von Łódź deportiert. Für Wagner war das eine Katastrophe, da seine beiden Söhne – der eine 1925, der andere 1931 geboren – mit deportiert wurden. Nach der Scheidung waren die jüdisch erzogenen Kinder bei der Mutter geblieben, weil er keinen eigenen Haushalt mehr führen konnte. Er hatte daraufhin an die Jüdische Gemeinde in Düsseldorf geschrieben und erklärt, dass seine Söhne nicht mehr als Angehörige der jüdischen Religion zu betrachten seien, – da er das formelle Gerichtsverfahren nicht eingehalten hatte, war dieser Hinweis, wie er später erfuhr, jedoch null und nichtig. Wagner heiratete im November 1941 erneut und leitete sofort alles in die Wege, um das volle Sorgerecht für seine beiden Söhne zurückzuerhalten. In einem Brief an Innenminister Frick beantragte er deren Heimkehr aus Łódź, legte seine Beziehungen zu ihnen auseinander und fügte hinzu, dass er im Ersten Weltkrieg als Freiwilliger gedient habe und seitdem zu dreissig Prozent kriegsbeschädigt sei. Im Dezember 1942

teilte ihm die örtliche Gestapo mündlich den Tod seiner Söhne Arthur und Egon mit. Man habe sie «zum Arbeiten weiter nach Osten gebracht», und sie seien auf dem «Transport» gestorben. Daraufhin erklärte Wagner, er habe noch mit seinen Söhnen korrespondiert und ihnen Geld geschickt, aber seit September 1942 nichts von ihnen gehört und keine Empfangsquittungen mehr erhalten. Er könne nicht verstehen, was sein elfjähriger Sohn habe arbeiten sollen, und er wolle wissen, *woran* seine Kinder gestorben seien. Man teilte ihm mit, dass es keine Totenscheine gebe und dass über die Todesursachen nichts bekannt sei.¹⁶ Max Wagner hatte seine Kinder nicht schützen können, weil sie offiziell noch als Juden galten und zur Zeit ihrer Deportation nicht mehr in seinem Haushalt lebten.¹⁷

Ebensowenig konnte ein Deutscher ein in seinem Haushalt lebendes jüdisches Kind seiner jüdischen Frau schützen, sofern er nicht der leibliche Vater war. 1931 heiratete der damals 28jährige gläubige Protestant Jochen Klepper eine dreizehn Jahre ältere Jüdin, die zwei jüdische Töchter aus erster Ehe hatte. Die ältere war schon vor dem Krieg ausgewandert, doch die jüngere lebte zusammen mit ihrer Mutter und Klepper in Berlin. Klepper war ein nachdenklicher Mann und Autor, dessen wichtigster Roman *Der Vater*, ein Werk über den preussischen Soldatenkönig Friedrich Wilhelm I., 1937 erschien. Das Buch wurde in Nazi-Kreisen gelobt, wo der König als ein grosser deutscher Held galt. Innenminister Frick pflegte das Buch sogar zu verschenken. Obwohl Klepper nicht besonders vermögend war, konnte er ein komfortables Leben führen. Er kaufte Barockmöbel und verkehrte unter anderem mit Adligen, die ihm für seinen Roman dankbar waren. Als der Krieg begann, war seine Frau bei Siemens beschäftigt. Da sie aus Altersgründen von ihm keine Kinder mehr bekommen konnte, wünschte Klepper, dass sie zusammen mit ihrer Tochter seinen Glauben annähme. Dieser Wunsch wurde ihm erfüllt; 1940 feierten alle drei im trauten Kreis zusammen Weihnachten als eine christliche Familie. Seine Frau hatte ihm eine «barocke Taube des Heiligen Geistes» geschenkt. Es wurde «ein stiller, ernster, froher Heiliger Abend».

Von Januar bis Oktober 1941 diente Klepper bei der Wehrmacht,

wurde dann aber im ukrainischen Poltawa wegen seiner Mischehe entlassen. Als er heimkehrte, drohte den Juden in Deutschland die Deportation. Seine Frau eröffnete ihm, wenn sie zwangsgeschieden würden, nähme sie sich das Leben – was unter diesen Umständen ja keineswegs als Todsünde zu beurteilen war. Klepper wies ihre Idee jedoch als «Ungehorsam gegen Gott» zurück. Verzweifelt bemühte er sich bei der Schwedischen Gesandtschaft um ein Visum für Renate, die zwanzigjährige Tochter seiner Frau, und bei Frick um eine Ausreisebewilligung. Der Innenminister empfing ihn am 8. Dezember 1942; bei diesem Gespräch kamen beide auch auf die Sicherheit von Kleppers Frau Hanni zu sprechen. Frick erklärte, dass eine Verordnung über Zwangsscheidungen geplant sei. «Ich kann Ihre Frau nicht schützen», sagte er. «Ich kann keinen Juden schützen. Solche Dinge können sich ja der Sache nach nicht im geheimen abspielen. Sie kommen zu den Ohren des Führers, und dann gibt es einen Mordskrach.» Noch am selben Tag sprachen Klepper, seine Frau und deren Tochter darüber, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Am 9. Dezember ging Klepper zu Eichmann, der ihm die Ausreise der Tochter zwar nicht endgültig zusagte, aber auf eine positive Entscheidung hoffen liess. Doch offenbar war der Bescheid negativ, denn am 11. Dezember nahmen sich Jochen Klepper, Hanni und Renate gemeinsam das Leben.¹⁸

13. Kinder

Das Schicksal der Kinder lässt sich in vier Phasen darstellen. Die erste begann mit den frühen Einschränkungen. Dann folgte das Leben im Getto. Die nächste Stufe war das Aussortieren für Deportationen oder Erschiessungen. Schliesslich sieht man, wie auch Kinder getötet wurden.

Die jüdische Gemeinschaft hatte vergleichsweise weniger Kinder als die Nichtjuden in ihrem Umfeld, und die jüdische Geburtenrate sank schneller als die der übrigen Bevölkerung. In Preussen, Österreich, Böhmen/Mähren, Ungarn und Italien konnte die jüdische Bevölkerung

ihre Zahl durch Geburten nicht mehr erhalten.¹ Nach neun Monaten antijüdischer Massnahmen in den von Deutschland kontrollierten Gebieten und in den verbündeten Staaten waren die Geburtenraten noch drastischer gesunken. Wo die Verelendung und Absonderung der Juden länger anhielten, gab es nicht nur weniger Säuglinge, sondern insgesamt weniger Kleinkinder. Daraus folgt aber keineswegs, dass diese Kinder nicht gelitten hätten.

Mit der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Diskriminierung erlebte die Kinder das gleiche Schicksal wie ihre Eltern: Ihr Lebensraum engte sich ein, sobald die Eltern aus ihren Wohnungen vertrieben wurden, und ihre Freizügigkeit schwand mit der aller anderen Juden. Als Zusatzrationen und Einkaufszeiten für Juden gekürzt wurden, mussten sie sich mit kargen, eintönigen Mahlzeiten begnügen. In den Schulen erlitten sie ein ähnliches Schicksal wie ihre Eltern am Arbeitsplatz. Sofern sie nicht emigrieren konnten – was den allermeisten Juden ausserhalb Deutschlands und Österreichs unmöglich war –, führten sie ein tristes, düsteres Leben. Wie ihre Eltern, mit denen sie zusammen in der Falle steckten, hatten sie wenig zu erhoffen, dafür umso mehr zu fürchten.

In Osteuropa zwang die Gettoisierung mit ihren Entbehrungen und Härten zum Kampf auf Leben und Tod. Die Sterberaten schnellten in die Höhe, wobei Kleinkinder als erste und am meisten litten.

Die vollständigste Statistik für ein grösseres Getto stammt aus Łódź, wo der Judenrat einen genauen Bericht über die Zeit von Mai 1940 bis Juni 1942 anfertigte.² Nachdem sich die Tore des Gettos am 30. April 1940 geschlossen hatten, lebten in der Enklave 163'777 Juden. Später kamen weitere Zehntausende vom Lande und aus den Städten Deutschlands, Luxemburgs, Böhmens und Mährens hinzu, aber der Zustrom wurde durch die Sterbefälle und Deportationen mehr als wettgemacht. Zum 30. Juni 1942 zählte man nur noch 102'546, und 1944 wurde das Getto ausgelöscht.

Wie überall unter deutscher Herrschaft sank die Geburtenrate der Juden auch in Łódź drastisch. Aus Angaben über die Altersgruppen lässt

sich schliessen, dass die durchschnittliche Geburtenrate in den dreissiger Jahren bei etwa 16 pro Tausend jährlich gelegen haben muss.³ Zwischen Mai und Dezember 1940 lag sie nur noch bei 8, für 1941 ergibt sich ein Wert von 4.

Kurz nach Einrichtung des Gettos von Łódź waren die Verhältnisse für Babys katastrophal. Vom 1. Mai 1940 bis Ende 1941 kamen im Getto 1'390 Säuglinge zur Welt. Bis zum 31. Dezember 1941 starben davon 416 im ersten Lebensjahr. Gut ein Drittel dieser Todesfälle wurden auf Frühgeburten zurückgeführt; als weitere Todesursachen folgten: Lungenkrankheiten, Magen-Darm-Infektionen, Nahrungsmittelvergiftung, Unterernährung und Ruhr.

Vom 1. Mai 1940 bis zum 30. Juni 1942 starben insgesamt 1'150 Säuglinge, darunter 610, die vor der Einrichtung des Gettos zur Welt gekommen waren, die genannten 416 im Getto geborenen und vor Ende 1941 gestorbenen, sowie 124 weitere, die im Getto geboren oder neu eingetroffen waren und in der ersten Hälfte des Jahres 1942 starben. Die Bedingungen waren derart lebensfeindlich, dass 872 der insgesamt 1'150 Neugeborenen bereits 1940 umkamen.

Die zunehmende Sterberate der grösseren Kinder entsprach etwa der unter den Erwachsenen (vgl. Tabelle A). Im Bericht sind zwar die Todesursachen für Kinder im Alter zwischen 1 und 14 Jahren nicht einzeln aufgeführt, doch lässt man in der Gesamtstatistik für das Getto die Faktoren Frühgeburt, Herzkrankheiten und Altersschwäche ausser acht, verbleiben für das Jahr 1940 die Hauptursachen: Ruhr, Lungenerkrankungen und Magen-Darm-Infektionen. 1941 und 1942 standen Tuberkulose und Verhungern an der Spitze.

Das Getto von Łódź war mit einem dichten Netz sozialer Einrichtungen für Kinder überzogen: Waisenhäuser, «Kinderkolonien», ein Sanatorium, eine Tuberkulosestation und eine Zahnklinik. Die Tuberkulosepatienten wurden kostenlos behandelt. Im ersten Monat ihres Betriebs, im Mai 1941, kamen 501 Fälle auf die Station; bis Januar 1942 waren es 5'275. Die Station verfügte über ein eigenes Röntgengerät. Ihre Ärzte verabreichten Injektionen und überwiesen allein im ersten Jahr 1'681

Tabelle A: Kindersterblichkeit im Getto von Łódź

	Todesfälle pro Tausend		
	Aller Juden von Lodz	Kinder 1–8 J.	Kinder 8–14 J.
1938	10,7	(2–3)	(1–2)
Mai–Dez. 1940	65,1	19	6,1
1941	75,8	18	8,5
Jan.–Juni 1942	182,2	26	23,2

Anmerkung: Für die Altersgruppe 1 bis 8 Jahre lassen sich nur ganze Zahlen errechnen.

Kinder in Krankenhäuser, «Kolonien» und ein der Prävention dienendes Waisenheim. Aus dem Bericht geht nicht hervor, wieviele tuberkulöse Kinder dort starben.

Die zweite gravierende Todesursache war Verhungern. Im Getto von Łódź zielte das Rationierungssystem primär darauf ab, die Arbeiter leistungsfähig zu halten. Mitte 1942 bekamen etwa siebenzig Prozent der Gettobewohner die Zuteilung für Werktätige, also die reguläre Ration plus täglich 150 Gramm Brot und 40 Gramm Wurst. Die übrigen dreissig Prozent der Insassen waren überwiegend Alte, Kranke und Kinder.⁴

Die Not der Kinder linderte eine Milchküche. Zwischen September und Dezember 1940 wurden in der Küche täglich im Durchschnitt 99 Liter «Milchmischungen» ausgegeben. 1941 waren es 262 und in den ersten vier Monaten des Jahres 1942 dann 318 Liter. Die Eltern mussten für die Milch bezahlen.

In Łódź lebten die meisten Kinder im Haushalt ihrer Eltern und assen dort mit. Die allerärmsten Familien tauschten ihre etwas besseren Rationen gegen mehr von den einfachen, manchmal kaum geniessbaren Nährstoffen ein. Die Oberschicht dagegen kaufte die besseren Artikel gegen Geld. In der lohnabhängigen Mittelschicht füllten erwerbstätige Eltern die kargen Rationen der Kinder durch ihre eigenen auf, aber Rumkowski, dem Getto-Ältesten von Łódź, missfiel diese Teilung. Wenn ein Vater den für ihn bestimmten Gutschein benutzte, um seinem

Kind etwas abzugeben, schwächte er sich körperlich und konnte keine maximale Arbeitsleistung bringen. Deshalb änderte Rumkowski das System ab 1943, so dass die Arbeiter direkt am Arbeitsplatz essen mussten. Für 4'000 unbetreute Kinder, so sagte er, gebe es Heime, wo sie zweimal täglich «gute Suppe» bekämen.⁵

Die Statistiken über das Warschauer Getto sind nicht annähernd so genau wie die aus Łódź, lassen aber einen groben Vergleich zu. Das Warschauer Getto entstand im November 1940 und war ab Juli 1942 von massenhaften Deportationen betroffen. In der Zwischenzeit lebten dort ständig etwas über 400'000 Menschen, da neue Insassen aus den umliegenden Gebieten hinzukamen und 69'000 Bewohner starben. Die vorliegenden Zahlen zeigen, dass die generellen Sterblichkeitsraten in Warschau und Łódź etwa gleich stark anstiegen und dass auch die Kinder in beiden Gettos ähnlich hohe Verluste erlitten (Tabelle B).

Was wurde im Warschauer Getto für die Kinder getan? Der wichtigste institutionelle Beitrag war ein «Mittagessen» – aus Haferflocken, Hafergrütze oder Nudeln, vermischt mit etwas Gemüse und Fett –, das an spezielle Gruppen ausgegeben wurde. In der zweiten Hälfte des Jahres 1941 erhielten durchschnittlich 31740 Kinder solche Mahlzeiten.⁶ Doch gegenüber Łódź waren Grundschulen im Warschauer Getto verboten. «Hausverbände» sorgten für einen inoffiziellen Unterricht. Als das Verbot Anfang September 1941 aufgehoben wurde, entstanden Schulen für Kinder bis zum elften Lebensjahr.⁷ Sie wurden im Januar 1943 von 3'000, im Juli bereits von 6'700 Schülern besucht. Ein wichtiger Beitrag des Schulsystems war das Frühstück, das im Januar an die meisten Kinder ausgegeben wurde.⁸ Gelegentlich erhielten Kinder Sonderrationen. Im Februar 1942 setzte die Versorgungsanstalt des Gettos zwei Eier (Preis: 0,70 Zloty pro Stück) auf den Kinderkupon.⁹ Der Ratsvorsitzende Czerniaków bemühte sich nach Kräften, wo immer möglich partielle oder temporäre Vergünstigungen zu erwirken. Er organisierte Sammlungen für Kinder, schuf Raum für Spielplätze und führte Razzien gegen Delikatessgeschäfte und Restaurants durch, in denen sich Schwarzmarktware stapelte, um die Güter an Kinder in Waisenhäusern und auf der Strasse zu verteilen.¹⁰

Tabelle B: Kindersterblichkeit in den Gettos von Warschau und Łódź
(Warschau = W, Łódź = L)

Zeitraum	Todesrate der Juden in W	Todesfälle bei den Juden in W	Todesfälle bei den Kindern bis 15 im Getto von W	Kinder als % der Todesfälle im Getto von W	Kinder bis 14 im Getto von L als % der Todesfälle
Nov. 38–Juni 39	(12)	3 175			
Nov. 39–Juni 40	(33)	8 695			
Mai–Dez. 40					
Jan.–Juli 41	91,7	19 251	1 596	8,29	18,83
		Todesfälle bei allen Kindern bis 13 Jahre			5,77
Aug.–Dez. 41	174,9	23 998	2 419	10,08	
Jan.–Juni 42	144,0	26 355	3 060	11,72	5,23

Anmerkung: Die Warschauer Zahlen für 1939 bis 1940 stehen in einem Brief Adam Czerniakóws an den Jüdischen Weltkongress, 1. September 1940, American Jewish Archives/World Jewish Congress Collection, Alphabetische Serie, Polen 204 A-2. Die Daten für 1941 über das Warschauer Getto stammen aus dem statistischen Bericht Czerniakóws an Gettokommissar Auerswald, 6. Februar 1942, Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen, Akten Auerswald, 365 e. Die Daten für 1942 stehen in den anschließenden Monatsberichten Czerniakóws an Auerswald, Zentrale Stelle, Sammlung Polen, Rote Zahlen 365 e und d. Die Juden in Warschau hatten vor dem Krieg eine etwas geringere Geburtenrate als die in Łódź. Vgl. die Warschauer Zahlen in Liebman Hersch, «Jewish Population Trends in Europe», in: Jewish Encyclopedic Handbooks, *The Jewish People Past and Present*, New York 1955, Bd. 2, S. 11. Andererseits kamen viele kinderlose westliche Juden nach Łódź, während im Warschauer Getto zahlreiche ärmere, kinderreiche Juden aus der Umgebung eintrafen.

Zwar gab es auch im Warschauer Getto Waisenhäuser und Hospitäler, aber diese finanzschwachen Einrichtungen waren auf private Spenden (zum Teil vom Ausland) angewiesen. Oft fehlte es ihnen an Betten, Nahrungsmitteln und Heizmaterial, ja sogar an den wichtigsten Medikamenten. Im März 1941 brachte eine Frau ihr ausgezehrt, keuchen-

des Kind in die Kinderklinik. Der diensthabende Arzt untersuchte es und verlangte von der Mutter 15 Zloty für die Beerdigungskosten als Aufnahmebedingung. Als die Frau schrie, sie sei Flüchtling und schon viermal deportiert worden, bevor sie ins Getto kam, und habe deshalb kein Geld, liess der Arzt sie stehen.¹¹

In den Unterkünften für Flüchtlinge, die vom Lande in das Getto verschleppt worden waren, herrschten unerträgliche Verhältnisse. Während der Wintermonate hatten es die verlausten Kinder, denen Mäntel wie auch Schuhe fehlten, in ihren unbeheizten Räumen nur dann einigermassen warm, wenn sie im Bett blieben.¹² Im Januar 1942 starben allein in der Flüchtlingssammelstelle, Dzikastrasse 9, 63 von 128 Kindern. In vier Flüchtlingsunterkünften des Gettos kamen 215 Kinder um, 37 Prozent der Gesamtzahl jenes Monats.¹³

Schliesslich blieben die jüdischen Kinder in Warschau zunehmend sich selbst überlassen. Einige beteiligten sich am umfangreichen Schwarzhandel des Gettos mit der Aussenwelt. Wurden sie mit ihren geringen Mengen Kartoffeln oder Karotten erwischt, gab es manchmal Prügel, und die Behörden konfiszierten ihre Nahrungsmittel. Einige der ärmsten Eltern erlaubten ihren Kindern, sich aus dem Getto zu stehlen und eine Mahlzeit zu holen, die ihnen wohlthätige polnische Familien spendeten. Doch mehr und mehr Kinder begannen, innerhalb des Gettos selbst zu betteln. Einige drückten sich so lange in der Nähe von Marktständen herum, bis etwas verfaultes Gemüse zu Boden fiel, das sie auf sammeln konnten, andere sangen, um Passanten auf sich aufmerksam zu machen, wieder andere standen nur mit ihren von Frostbeulen besetzten Beinen da und weinten.¹⁴ Allein 1941 starben 152 dieser Kinder auf offener Strasse.¹⁵ 1942 hatten viele von ihnen keine Unterkunft mehr, und als Obdachlose waren sie völlig schutzlos. Czerniaków wollte eingefallene Häuser wiederaufbauen, um wenigstens 5'000 von ihnen zu retten,¹⁶ aber daraus wurde nichts mehr.

Das Getto traf die Kinder nicht nur materiell, sondern liess sie auch psychisch verelenden. Viele der kleineren hatten nie etwas wie Freiheit erlebt. Für sie war das Getto die Norm. Adam Czerniaków zitierte eines

der Kinder seines Gettos mit den Worten: «Wenn ich gross bin, trage ich auch ein Armband.»¹⁷ Der Historiker des Gettos Theresienstadt, H.G. Adler, schrieb über die Kinder dort: Sie waren «beschattet», «stets nervös», «ungemein aufgeweckt». Sie sahen ihre Eltern «entrechtet und ohnmächtig selbst gleichsam zu Kindern erniedrigt». So herrschte unter den Kindern «die Regel der Horde, die zu eigenmächtigem Denken und Handeln» zwang.¹⁸ Das alles galt aber nicht nur für Theresienstadt. Auch im Getto von Wilna rotteten sich Banden von 9- bis 15jährigen Waisen zusammen.¹⁹ In vielen Gettos wurden besonders ältere Bur-schen in die Rolle von Erwachsenen gedrängt, sei es als Bettler, Schmuggler, Lehrlinge, Arbeiter oder einfach als Angehörige des Arbeitslosenheeres.

Als die Deportationen begannen, gerieten Kinder in den Mahlstrom. Meist wurden sie mit ihren Familien verschickt. Dieses Verfahren war für die deutschen Täter und für die Judenräte in der Regel der einfachste Weg. In slowakischen Internierungslagern rühmte sich das jüdische Umsiedlungspersonal, Listen mit je glatt tausend Deportierten zu erstellen, die Männer wie Frauen einschlossen und nach Alten, Personen mittleren Alters und Kindern durchgegliedert waren.²⁰ In Berlin, wo die SS Anfang 1943 Juden sogar aus Fabriken herauszerre, half die jüdische Gemeinde der Gestapo bei der Suche nach Frauen und Kindern, um die Familien «zusammenzubringen».²¹ Ausserhalb Berlins gab es jedoch Fälle, in denen die Kinder erst nach ihren Eltern auf den Weg geschickt wurden, in anderen Fällen fuhren sie ohne ihre Eltern voraus.

Besonders viele verlassene Kinder gab es in Frankreich. Ab 1942 waren staatenlose Familien ohne ihre Kinder zu verhaften, weil die Deutschen an der Legende festhalten wollten, dass die Juden zum Arbeiten in den Osten gebracht wurden. Die französische Polizei hielt es jedoch für zweckmässiger, Kinder ab zwei Jahren einzusammeln, und weigerte sich faktisch, sie dann wieder freizugeben, um nicht Unterkünfte suchen und weitere Erwachsene zum Füllen der Züge festnehmen zu müssen. Das Dilemma endete mit einem Kompromiss: Man trieb die Eltern aus den Internierungslagern, und die Kinder wurden mit Zu-

stimmung Eichmanns nachgeschickt. Bei den anschliessenden Transporten packte man die Kinder zu fremden Erwachsenen, und manche Züge waren fast ausschliesslich mit Kindern besetzt.²² 1943 und 1944 gelang es den jüdischen Verbänden zunehmend, Kinder in katholischen Waisenhäusern und Internaten unterzubringen oder über die französische Grenze zu schmuggeln. Besonders in Südfrankreich, wo eine interne Weisung unbegleitete Kinder im Alter von über fünf Jahren von den Massnahmen befreite, überredeten jüdische Sozialarbeiter gefasste Juden, ihre Kinder auszuhändigen, damit diese als unbegleitet galten.²³ Die «Streuung» erfolgte jedoch nicht immer rasch genug, so dass einige der Kinder gegriffen wurden. Am Ende waren rund 11,9 Prozent der Deportierten aus Frankreich Kinder unter 15 Jahren.²⁴ In Belgien lag deren Anteil bei 19,7 Prozent.²⁵

In den Arbeitsgettos Osteuropas waren Kinder vor allem geduldet, um die Arbeitsmoral und Produktivität ihrer Eltern zu stärken. Doch manchmal trat dieses Zugeständnis ausser Kraft. Aharon Peretz, der als Arzt im Getto von Kaunas arbeitete, berichtete über einen solchen Fall. Ende März 1944, als die Menschen im Getto nicht mit einer Unterbrechung in ihrer täglichen Routine rechneten, wurde die jüdische Polizei angewiesen, sich zu versammeln, da man ihr Instruktionen für das Verhalten bei Luftangriffen geben wolle. Damit war die Polizei kaltgestellt, und als ein Deutscher die Juden von einem Lautsprecherwagen aus warnte, dass jeder, den man auf der Strasse antreffe, erschossen werde, schrien einige Mütter instinktiv: «Die Kinder!» Man versteckte viele Kinder eilig in mit Brettern vernagelten Kellern, und einigen injizierte Peretz ein Schlafmittel. Draussen wurden andere auf Lastwagen und in Autos geladen. Eine Mutter lief ihren drei kleinen Kindern nach, die bereits auf einem Gefährt sassen. Völlig verzweifelt schrie sie einen Deutschen an: «Geben Sie mir die Kinder!» – «Eins kannst du haben», gab der zur Antwort.²⁶

In Łódź, wo das Getto Anfang 1942 durch Deportationen ausgedünnt wurde, war die Restgemeinschaft immer noch uneinheitlich genug, um dem Getto-Ältesten Rumkowski Sorgen zu bereiten. Jetzt wollte er seine Anstrengungen verdoppeln, um das Getto in eine «Fabrik» zu ver-

wandeln. Da er befürchtete, dass alle, die nicht arbeiteten, akut gefährdet waren, wollte er Kinder ab zehn Jahren in die Produktion einspannen.²⁷ Dann geschah etwas. Am Abend des 31. August 1942 forderten die Deutschen, dass sich fünfzig jüdische Polizisten am nächsten Morgen um fünf Uhr versammelten. Am 1. September kamen die Deutschen vor Morgengrauen und leerten die Krankenhäuser, auch die Kinderklinik. Am 4. hielt Rumkowski eine Rede und kündigte an, dass «auf Anordnung der Behörden» alle Juden im Alter unter 10 und über 65 Jahren «umgesiedelt» werden müssten. Er stand, sagte er, als «gebrochener Jude» vor der Menge: «In meinem hohen Alter muss ich die Hände ausstrecken und euch bitten: Brüder und Schwestern, händigt sie aus, gebt mir eure Kinder!» Rund um die Uhr arbeitend, fertigte die statistische Abteilung des Judenrates (beim Amt für Meldewesen und Registratur) Listen an, aber die Deutschen hatten es eilig. Sie beließen es bei persönlicher Augenscheinnahme und gingen mit jüdischen Polizisten und Feuerwehrleuten von Block zu Block, um die Opfer zu holen. Die Polizisten und Feuerwehrmänner waren mit dem Versprechen bestochen worden, dass ihre eigenen Kinder verschont blieben.²⁸

Für die Judenräte bildeten Kinder ein besonderes Problem. Gewiss wussten alle führenden Juden Europas, dass Kinder rein biologisch den Bestand der Gemeinschaft garantierten. In Wilna wollte Jacob Gens sie nicht opfern. In Rumänien schrieb Wilhelm Filderman Briefe, um dahinsiehende Waisenkinder jenseits des Dnjestr zu retten. Raymond-Raoul Lambert, der in einem Internierungslager nahe Paris bereits auf seine eigene Deportation wartete, drängte darauf, die Kinder wegzuschicken, solange es noch Zeit war. Als Adam Czerniaków im Warschauer Getto nicht die Zusicherung der deutschen Umsiedlungsbehörden erhielt, dass die Waisenkinder des Gettos verschont blieben, schluckte er eine Giftkapsel.

Nur selten gelang es Erwachsenen, zusammen mit ihren Kindern aus einem Getto zu entkommen, obwohl es in den weissrussischen Wäldern einige Lager gab, in denen jüdische Partisanen versuchten, junge Familien zu schützen. Manche bemühten sich auch, ihre Kinder bei nicht-jü-

dischen Familien unterzubringen. Der folgende Bericht steht im Urteil eines US-Gerichts. In der galizischen Kleinstadt Lisets (Lysiece), wo seinerzeit Ukrainer, Polen und Juden lebten, gelang es einem jüdischen Arzt, sein Töchterchen bei polnischen Freunden einzuquartieren, bevor alle jüdischen Einwohner in das Getto von Stanislawow zwangsumgesiedelt wurden. Später wurde das Mädchen zu der nichtjüdischen Polin Jadwiga Spilarewicz gebracht. Als diese erfuhr, dass eine polnische Familie verhaftet worden war, weil sie Juden aufgenommen hatte, beschloss sie, das Kind nach Krakau zu bringen, und machte in Lisets Zwischenstation, um bei einem Verwandten Geld für die Reise zu borgen. Dort nahmen sie zwei ukrainische Polizisten auf der Stelle fest, und sie wurde für mehrere Wochen inhaftiert. Auch das Kind kam nicht davon. Einer der Polizisten, Bohdan Kozij, wurde beobachtet, als er die Kleine auf den Hof hinter der Polizeiwache zerrte. Sie flehte, er solle von ihr ablassen, worauf der Polizist sie aus kurzer Entfernung erschoss. Die Leiche wurde auf dem jüdischen Friedhof gefunden.²⁹

Nur wenige Kinder überlebten in Lagern. Aus Belgien wurden 4'918 im Alter bis zu 15 Jahren nach Auschwitz deportiert, 53 kehrten zurück.³⁰ Heranwachsende gaben manchmal ein höheres Alter an. Als Elie Wiesel in Auschwitz eintraf, war er 14 Jahre alt. Ein erfahrener Häftling fragte ihn im Gedränge, wie alt er sei. «Noch keine fünfzehn», erwiderte er. «Nein. Achtzehn», korrigierte ihn der Ältere. «Nein», beharrte Wiesel. «Fünfzehn.» – «Dummkopf. Hör, was ich dir sage. « Bald stand Wiesel vor einem SS-Arzt, der Häftlinge für die Gaskammer selektierte. «Dein Alter?», fragte er. «Achtzehn Jahre», lautete die Antwort.³¹

In den reinen Vernichtungslagern Treblinka, Sobibór, Belzec und Kulmhof hatten Kinder überhaupt keine Chance. Als Simon Srebnik nach Kulmhof kam, war er dreizehn. Die deutschen Wächter hielten ihn als Maskottchen. Als das Lager aufgelöst wurde, schossen sie auf ihn und liessen ihn als tot zurück. Doch er lebte und konnte berichten.³²

In Gebieten, wo Erschiessungen durchgeführt wurden, trieb man auch Kinder zusammen. Nur zu Beginn, wenn man die Männer selektierte, blieben die Kinder bei ihren Müttern. Es war eine sehr kurze Gna-

denfrist.³³ Nach einer Weile wussten die übrigen Kinder, was geschah. Peretz sah sie im Getto von Kaunas Grube ausheben, Hinrichtung und Beerdigung spielen.³⁴

Im Sommer und Herbst 1942 wurden in der Region Wolhynien-Podolien Hunderttausende von Juden abgeschlachtet. Als die Deutschen in ein kleines Getto kamen und die Juden in Reihen antreten liessen, sagte ein Mädchen: «Mutter, warum soll ich das Sabbat-Kleid anziehen? Wir gehen doch raus und werden erschossen.» Die Erschiessungsstelle lag auf einem Hügel, etwa drei Kilometer entfernt, und die Mutter, die ihr Kind trug, musste die ganze Strecke hinter einem Lastwagen herlaufen, der bereits voll mit Opfern beladen war. Als sie neben der halb mit Leichen gefüllten Grube standen, sagte das Mädchen: «Mutter, warum bleiben wir, lass uns weglaufen!» Einige derer, die zu fliehen versuchten, wurden direkt gefasst und an Ort und Stelle erschossen. Die Mutter starrte in die Grube. Ein Deutscher ging auf sie zu und fragte: «Wen soll ich zuerst erschiessen?» Als sie schwieg, riss er ihr die Tochter aus den Armen. Das Mädchen schrie auf und wurde getötet.³⁵

14. Christliche Juden

Auf den ersten Blick ist der Ausdruck «christliche Juden» ein Widerspruch in sich. Unter der Nazi-Herrschaft gab es jedoch eine nicht unbeträchtliche Gruppe von Menschen, die dem Glauben nach Christen und per Dekret Juden waren. Auch sie gehörten zu den Opfern.

Der offizielle Begriff «Jude» entwickelte sich in zwei Stufen. 1933 wurde der Ausdruck «nichtarisch» geprägt und galt für alle Juden und Christen, die mindestens einen jüdischen Vorfahren unter ihren Grosseltern hatten. Zwei Jahre später definierte man alle Nichtarier mit mindestens drei jüdischen Grosseltern als Juden. Damit umfasste die Definition von 1935 auch konvertierte Christen und die Kinder zweier Konvertiten, sogar wenn sie getauft waren. Nur die Halbjuden wurden ge-

mäss ihrem Glauben eingestuft. Gehörten sie zum Zeitpunkt der Verordnung nicht dem jüdischen Glauben an und waren sie am Stichtag oder später nicht mit einem jüdischen Partner verheiratet, galten sie nicht als Juden.

Die Definition von 1935 wurde nicht nur in Deutschland, sondern auch in den besetzten Gebieten angewandt, darunter Österreich, Böhmen/Mähren, Polen, die Niederlande, Belgien, Frankreich, Serbien, Saloniki und die annektierten Teile der UdSSR; kleine Abweichungen galten nur für den Zeitpunkt, zu dem ein Halbjude weder dem jüdischen Glauben angehören noch mit einem jüdischen Partner verheiratet sein durfte. Ausserdem wurde das deutsche Konzept zum Bezugsrahmen für die verbündeten Staaten, obwohl man Abweichungen erkennen kann, die auf Einflüsse der Kirchen zurückgingen.

Die meisten christlichen Juden gab es wahrscheinlich in Gross-Ungarn, wo eine Schätzung für das Jahr 1941 auf etwa 62'000 kam. In Deutschland lebten 1933 ungefähr 40'000 solcher konvertierten Juden, in Österreich beim Anschluss im März 1938 bis zu 25'000, in Böhmen/Mähren 1939 rund 10'000, im gestutzten Rumänien 1942 knapp 5'000, in den Niederlanden 1942 gut 2'500, in der Slowakei 1939 mehr als 2'000 und in Italien mehrere Tausend.¹ In Polen dürften es mindestens einige Tausend gewesen sein.

Knapp die Hälfte dieser Menschen war durch Mischehen geschützt. Manche Nachkommen von Konvertiten blieben unbehelligt, weil ihre jüdische Abstammung, besonders in besetzten Gebieten, nicht leicht nachweisbar war.² In den Niederlanden waren evangelische Christen vor der Deportation geschützt: ein Zugeständnis an die protestantischen Kirchen;³ aber sonst wurden im Grossen und Ganzen keine solchen Ausnahmen gemacht, da man die Juden durchweg per Abstammung definieren wollte. Wie es die Nazis sagten: Jude bleibt Jude.

Obwohl alle Verordnungen die Abstammung betonten, betrachteten Tausende von Juden in ihrer Panik die Konversion zum Christentum als eine Art «Talisman». Das geschah besonders in Ländern, wo die Kirchen als ein politisches Bollwerk galten. Ein Beobachter vom deutschen Sicherheitsdienst in der Slowakei berichtete, die Juden sammelten sich

«in Schwärmen» um die Taufbecken. In einer Provinzstadt, fuhr er fort, gingen Juden samstags in die Synagoge, sonntags in eine orthodoxe Ostkirche.⁴

Frühkonvertierte und solche, die von Geburt an Christen waren, befanden sich in einem psychischen Dilemma: Sie hatten sich aus der jüdischen Gemeinde zurückgezogen oder dieser nie angehört. Vielen von ihnen diente der christliche Glaube als ein Mittel zur Emanzipation oder deren Vertiefung. Sie bildeten den Gegenpol zu jenen orthodoxen Juden, die schon immer mit Verfolgung gerechnet hatten und sogar in Zeiten höchster Gefahr nicht bereit waren, ihre Kinder der christlichen Kirche einzugliedern, um mit einem gefälschten Taufschein ihre Sicherheit oder Ruhe zu erkaufen. Sogar die nicht praktizierenden assimilierten Juden lebten noch ganz im Bewusstsein ihres Judentums. Als das Unheil kam und man ihnen ihr Deutschtum oder – in anderen Ländern – einen anderen Status bestritt, konnten sie sich immer noch auf die alte, oft fast vergessene jüdische Kultur besinnen, womit sie eine Sprache, eine Literatur und eine Liturgie besaßen, die ganz ihnen allein gehörten. Ausserdem waren die Bindungen untereinander keineswegs abgerissen. Dagegen galten die christlichen Juden jetzt als totale Ausenseiter, waren im Gastland verfemt und der jüdischen Gemeinde entfremdet, die sie auf eigenen Wunsch verlassen hatten.

Als erste bekamen die in Deutschland lebenden Christen jüdischer Abstammung dieses Dilemma zu spüren. Kaum zweieinhalb Monate nach Verkündung des Begriffs «Nichtarier» entstand eine Organisation mit dem umständlichen Namen «Reichsverband christlich-deutscher Staatsbürger nichtarischer oder nicht rein arischer Abstammung e.V.». Die Gründer betonten, sie seien «deutsch denkend», hätten eine «christliche Gesinnung», stünden auf einer «nationalen Grundlage», und bekannten sich zum «Führergedanken». Sie hielten sich für eine Interessengemeinschaft, die – alle «arischen» Familienmitglieder eingerechnet – «Millionen» vertrete. Als 1935 jedoch ein neues Gesetz in Kraft trat, das Juden die Bürgerrechte absprach, mussten sie sich umbenennen in: «Reichsverband der nichtarischen Christen e. V.»; noch später

betonten sie, dass der Apostel Paulus ein Jude war, und wählten nun als Namen: «Paulus-Bund – Reichsverband nichtarischer Christen e.V.». In den nationalen wie kommunalen Führungsgremien des Bundes waren viele Akademiker vertreten, so dass dieser seine Mitglieder rechtlich beraten, bei der Stellensuche unterstützen und in Erziehungsfragen anleiten konnte. 1937 diente der Bund auch als ein Forum für Vorträge über Emigration, aber da hatte man ihm von amtlicher Seite schon mitgeteilt, dass er keine Mitglieder mehr zulassen dürfe, die als Juden eingestuft waren. Die verbleibenden Mitglieder waren christliche Halb- und Vierteljuden: «Mischlinge». Sie änderten daher den Namen des Bundes diskret in «Verband 1937». In seinem Mitteilungsblatt erörterte der Verband ausführlich den Begriff «Mischling» und dessen rechtliche Folgen. Als Nichtarier waren «Mischlinge» schon lange aus dem öffentlichen Dienst ausgeschlossen, erfuhren nun aber höchst erleichtert, dass «Mischlingsunternehmen» nicht als «jüdisch» galten. Als speziell ausgesonderte Opfer durften sie ihre Namen nicht ändern und nur unter Auflagen heiraten: Heiratete ein christlicher Halbjude einen jüdischen Partner, wurde er rechtlich Jude, für Ehen mit Deutschen war eine amtliche Sondergenehmigung erforderlich. So wandten sich «Mischlinge» an ihresgleichen und suchten Partner durch Anzeigen im eigenen Mitteilungsblatt. 1939, kurz vor Kriegsausbruch, wurde der Verband jedoch aufgelöst.⁵ Derart versprengt, mussten sie als Einzelne ihre Drangsal überstehen.

Christliche Juden, die auf die jüdische Gemeinschaft verwiesen wurden, kehrten keineswegs zum Judentum zurück, sondern hielten im Grossen und Ganzen an ihrem christlichen Glauben fest, obwohl sie typisch jüdische Schicksale erlitten. Die vorherrschende Einstellung der übrigen Juden zu den Konvertiten zeigt sich an einem kleinen Vorfall in Warschau, wo einer der ganz wenigen Juden, die ihre Verbindung zur jüdischen Gemeinde völlig lösten, nur um ihren Atheismus zu bekräftigen, in den Arbeiterlisten des Judenrates fälschlich als «Christ» geführt wurde. In seinem Protestschreiben erklärte der Betroffene, er habe die jüdische Gemeinde 1933 verlassen, um alle religiösen Bindun-

gen zu kappen. «Mich als getauften Juden zu führen», schrieb er, «und mich mit einer Gruppe zu identifizieren, die ich verachte, ist ein schweres moralisches Unrecht.» Der Ratsvorsitzende Czerniaków nahm den ganzen Brief in sein Tagebuch auf.⁶

Die jüdische Gemeinde konnte es verzeihen, wenn jemand unter dem Druck der Verfolgung zum Christentum konvertierte, und in einigen Fällen machte sie auch Ausnahmen bei bedeutenden Persönlichkeiten; so nahm sie Männer wie Benjamin Disraeli – der aufgrund seiner Konversion ein vielbewundener britischer Premierminister werden konnte – oder Heinrich Heine – der mit seinem Übertritt zum Protestantismus erfolglos versuchte, als Professor oder Beamter unterzukommen, was aber nichts am Reiz seiner jüdischen Themen und am Charme seiner ironisch-melancholischen Gedichte änderte – in ihren Parthenon auf. Diese grosszügige Geste des Verzeihens erstreckte sich aber nicht auf normale Sterbliche, die Christen wurden, ohne an der erlösenden Gnade des Ruhms teilzuhaben, und die einfach, wie der rumänische Rabbiner Alexandre Safran formulierte, «ihrem freien Willen folgten».⁷

Die Konvertiten ihrerseits waren zu einer Rückkehr in den Schoss der Gemeinde nicht bereit. Meist hielten sie sogar grosse Distanz, waren im wahrsten Sinne des Wortes unfreiwillig Juden geworden. Während der deutschen Besetzung Ungarns diente der christliche Jude Sandor Török zwei Monate lang im neunköpfigen ungarischen Judenrat. Im Juli 1944, nachdem die Juden aus dem Umland von Budapest deportiert worden waren, gründeten Christen jüdischer Abstammung, die in der Hauptstadt sehr zahlreich waren, einen eigenen Rat,⁸ und als Ende des Jahres in der Stadt ein Getto entstand, durften die Christen in dem Viertel ihre Häuser mit einem Kreuz statt eines Sterns markieren.⁹

Die Konvertiten suchten bei Regierungen und Kirchen um Schutz nach und hofften auf Hilfe durch nichtjüdische Verwandte, Freunde, Bekannte und Geschäftspartner. Es gab jedoch einige Situationen, in denen sie in der jüdischen Gemeinde eine bedeutende Rolle spielten.

Ein Beispiel liefert Rumänien, wo zwei junge christliche Juden sehr gegensätzlich dachten und handelten. Der Arzt Nandor Gingold verhielt sich als Vorsitzender des Judenrates mit kriecherischer Unterwürfigkeit gegenüber der rumänischen Regierung. Franz von Neumann dagegen nutzte seine beträchtlichen finanziellen wie auch politischen Möglichkeiten als Industrieller, um gegen eine Entscheidung der rumänischen Behörden anzukämpfen, derzufolge alle Juden aus dem südlichen Transsylvanien zu deportieren waren.¹⁰ Was Neumann unternahm, war eine grosse Tat mit einem grossen Resultat.

Ein ganz bemerkenswertes Beispiel bildeten die christlichen Juden mit herausragenden Posten im Warschauer Getto. Am 1. Januar 1941 lebten dort 1'761 Personen nichtjüdischen Glaubens.¹¹ Im folgenden Monat traf eine Gruppe getaufter Juden, bestehend aus Intellektuellen und ehemaligen Beamten, nebst Familien im Getto ein. Diese Nachzügler waren zunächst verschont worden, weil es eine Abmachung zwischen den Deutschen und Graf Adam Ronikier gab – dem Vorsitzenden eines Hilfskomitees mit polnischen, ukrainischen und jüdischen Mitgliedern. Dann hatten die Deutschen das Abkommen gebrochen.¹² Die Konvertiten lebten im Umkreis der beiden Kirchen des Gettos, durften eines der Pfarrhäuser benutzen und wurden von der katholischen Wohlfahrtsorganisation «Caritas» mit Geld und Suppe unterstützt. Nun forderten sie auch zwei Sitze im Judenrat. Man gewährte ihnen einen. Den bekam Lucian Altberg, vor dem Krieg Syndikus des Polnischen Industrie- und Handelsverbandes. Später hatte er im Getto auch einige Verwaltungsposten inne. Bei den Deportationen von 1942 gelang es ihm, über die Mauer in den polnischen Teil Warschaus zu entkommen.¹³

Einer der prominenten Konvertiten war Ludwik Hirszfeld, der vor dem Krieg die Abteilung für Bakteriologie und Experimentalmedizin sowie die Sektion Serumforschung am polnischen Staatsinstitut für Hygiene geleitet hatte. Im Getto ernannte man ihn zum Vorsitzenden des Gesundheitsrates; er organisierte im jüdischen Krankenhaus ein Labor und gab illegale Seminare in Medizin, eines davon zum Thema «Blut und Rasse». Bei den Deportationen wurde er mit seiner Familie durch

die Hilfe eines polnischen Bekannten und anderer Polen gerettet. Nach dem Krieg gründete er das «Institut für Immunologie» in Wrocław.¹⁴

Der Konvertit Josef Stein leitete das jüdische Krankenhaus. Er arbeitete unermüdlich, lag dem Ratsvorsitzenden Czerniaków ständig wegen Geld in den Ohren und eröffnete seine Vorlesungsreihe mit einem Referat über «Leben und Tod». Ausserdem war er Mitautor einer Studie, die jüdische Ärzte im Getto über die medizinischen Folgen des Hungers durchführten. Im Unterschied zu Hirszfeld überlebte Stein nicht. Er kam 1943 zusammen mit seiner Familie im Vernichtungslager Treblinka um.¹⁵

Die Konvertiten in der jüdischen Polizei – oder im Ordnungsdienst, wie diese genannt wurde – waren sehr viel umstrittener, darunter der erfahrene Strafverteidiger Miecyslaw (Adam) Ettinger, der in der Truppe für Disziplin zuständig war. Seine Ernennung löste im Rat eine vier- einhalbstündige Debatte aus: Die Gegner meinten, in dieser tragischen Zeit müsse jeder Funktionär die höchsten moralischen Normen des jüdischen Volkes verkörpern, so dass ein Mann, der sich nur aus opportunistischen Gründen habe taufen lassen, dafür nicht in Betracht komme. Ettinger, redlich und unbestechlich, blieb im Amt.¹⁶

Geradezu berüchtigt wurde die Ernennung des Konvertiten Josef Szerynski zum Chef der jüdischen Polizei im Warschauer Getto. Er hiess ursprünglich Szynekman und hatte vor dem Krieg als Oberstleutnant bei der polnischen Polizei gedient. Stanislaw Adler, der sich als Jurist um die Organisation der Gettopolizei kümmerte, berichtete, dass Szerynski nicht nur den jüdischen Namen, sondern seine ganze jüdische Herkunft verleugnen wollte; er habe sogar eine «offen antisemitische» Einstellung vertreten. Zu Beginn der deutschen Besatzung kam Szerynski für mehrere Monate in Haft; nach seiner Entlassung war er arbeitslos und hatte grosse finanzielle Sorgen. Unter den Juden von Warschau gab es niemand, der eine 2'000 Mann starke Polizeitruppe hätte leiten können, und als Szerynskis Name fiel, erhielt er den Posten sofort. Zwischen ihm und Czerniaków entwickelte sich eine symbiotische Beziehung. Der Vorsitzende und der Polizeichef trafen häufig zusammen, fuhren im Dienstwagen des Rates zu deutschen Beamten oder

verbrachten an Wochenenden einen Tag in der angenehmeren Umgebung der jüdischen psychiatrischen Klinik von Otwock, ausserhalb des Gettos. Als die regulären Bezüge der Polizisten wegen der angespannten Finanzlage des Rates nicht gedeckt waren, so dass diese Bargeld annehmen oder geschäftlich tätig werden durften, ja sogar mussten, kümmerte sich Czerniaków um die Finanzierung der Polizei, während es Szerynski offenbar völlig genügte, ein anständiges Gehalt für sich abgezweigt zu haben. Der Polizeichef war der Fresssucht verfallen, wobei ihm ein vertrauter Adjutant so gut half, dass er bald darauf fettleibig wurde.

Szerynski biederte sich nicht bei den Deutschen an. Er pflegte jedoch gute Beziehungen zu polnischen Polizeibeamten und hoffte, nach Kriegsende wieder im polnischen Polizeidienst unterzukommen. Als ein jüdischer Rivale ein Aufsichtsamt im Getto einrichtete, das weithin als Spionagenetz für die SS galt, gelang es Szerynski und Czerniaków, das Büro zu schliessen.

Am 1. Mai 1942 wurde Szerynski von der Gestapo verhaftet, weil er bei Juden konfiszierte Pelzmäntel unterschlagen und bei einem polnischen Polizisten eingelagert habe. Czerniaków bemühte sich wiederholt, ihn freizubekommen, aber der deutsche Verdacht auf Pelzschmuggel war derart stark, dass man Czerniaków mitteilte, er brauche nicht mit Szerynskis Rückkehr zu rechnen. Dennoch kehrte Szerynski Ende Juli ins Amt zurück: Er war unabkömmlich für die grosse Razzia unter den Gettobewohnern. Ein Beamter des jüdischen Arbeitsamts berichtete, dass sich jüdische Träger inmitten der Deportationen an Szerynski gewandt hätten, um ihn zum Widerstand zu bewegen. Dieser habe sie jedoch überzeugt, dass Treblinka nicht Tod bedeute. Wenig später sei er von einem Angehörigen des keimenden jüdischen Untergrundes am Kiefer verletzt worden. So entstellt, habe sein Gesicht ausgesehen wie im Lachen erstarrt. Nochmals übernahm er das Kommando und half den Deutschen zwischen dem 18. und 21. Januar, kleinere Deportationen aus den Resten des Gettos durchzuführen. Tage später brachte er sich um.¹⁷

Viele christliche Juden, weder Ärzte noch Funktionäre, waren ohne alle Beziehungen ganz auf sich selber gestellt. Zu diesen Opfern gehörte

Cordelia Edvardson. Cordelia kam wenige Tage vor Hitlers Machtantritt in Deutschland zur Welt. Ihre – ledige – Mutter war die halbjüdische katholische Schriftstellerin Elisabeth Langgässer. Für ihren jüdischen Vater kam eine Ehe mit ihrer Mutter nicht in Betracht, weil er bereits verheiratet war und seine Familie nicht verlassen wollte. Später heiratete Elisabeth Langgässer einen Deutschen, und Cordelia wuchs in diesem Haushalt als Katholikin auf. Man hielt ihre jüdische Abstammung streng geheim, und als neunjähriges Mädchen tanzte sie bei einem Hochzeitsball mit einem SS-Offizier. Einmal wollte sie sogar dem Bund Deutscher Mädel – dem weiblichen Gegenstück zur Hitlerjugendbeitreten. «Kommt gar nicht in Frage!» lautete die knappe Antwort der Eltern. Als sie den gelben Judenstern tragen musste, war es mit der Geheimhaltung vorbei. Sie musste aus dem Verein Katholischer Mädchen ausscheiden, dem sie angehörte. Dessen Losung war: «Einer für alle und alle für einen.»

Ihr Stiefvater war ein Gelehrter, der sich Hoffnungen auf eine akademische Karriere gemacht hatte. Daran hinderte ihn nun seine eigene Familie, weil er eine Halbjüdin mit einem unehelichen Kind geheiratet hatte. Tagelang brütete er schweigend. Er nahm seine Stieftochter in Schutz, schrie sie aber auch an. Bald durfte sie nachts nicht mehr daheim schlafen, damit das Haus nicht mit dem Judenstern markiert würde, später musste sie die Wohnung endgültig verlassen. Sie kam bei fremden Juden unter. Da sie noch nicht volljährig war, bekam sie einen jüdischen Vormund. Ihre besorgte Mutter wandte sich an einen jungen Offizier der spanischen Blauen Division, die Franco an die russische Front geschickt hatte. Diesen Rekonvaleszenten eines Lazaretts bat sie, Cordelia durch eine Scheinehe zu retten. Zwar stimmte er nach dem ersten Gespräch zu, aber die Heirat konnte nicht stattfinden, da Cordelia erst 14 Jahre alt war. Doch dann fand ihre Mutter ein spanisches Diennerpaar, das bereit war, Cordelia zu adoptieren, und diese erhielt die spanische Staatsbürgerschaft.

Eines Tages wurde sie zur Gestapo geladen. Die Aufforderung ging an die Adresse ihrer Eltern, und Cordelia bekam eine Mitteilung, sich

– «selbst wenn es spät werden sollte» – zu Hause zu melden. Als sie eintraf, lagen Mutter und Stiefvater schon auf dem breiten Sofa, das ihnen nachts als Bett diente, unter einem meterhohen Christus. Cordelias Mutter hatte bereits beschlossen, ihre Tochter zu begleiten. Bei der Gestapo erklärte ein Beamter in Zivil, dass Cordelia bestimmt kein Ausreisevisum erhalten würde. Der gültige spanische Pass stehe nicht in Frage, aber Cordelia müsse ein Formular unterschreiben, wonach sie sich den deutschen Gesetzen freiwillig füge. Als Cordelia sich sträubte, sagte der Beamte, ihre Mutter könne ohne diese Unterschrift belangt werden, da die spanische Adoption nur «arrangiert» worden sei, um deutsche Gesetze zu umgehen. Cordelia unterschrieb.

Aus Berlin waren schon fast alle Juden abtransportiert, und bald wurde Cordelia abgeholt und zum Jüdischen Krankenhaus gebracht, wo die arrestierten Juden auf ihre Deportation warteten. Sie kam zuerst nach Theresienstadt und von dort nach Auschwitz. Da sie jung und kräftig war, erhielt sie eine Nummer und überlebte mit knapper Not. Sie erholte sich in Schweden, wo einige polnische und ungarische Jüdinnen sie als «deutsches Schwein» beschimpften. Ihre Mutter, mit der sie in Kontakt geblieben war, bat um alle Einzelheiten über Auschwitz, da sie einen neuen Roman schreiben wollte. Cordelia suchte Geborgenheit, blieb in Schweden. Sie heiratete einen nichtjüdischen Schweden und hatte Kinder. Doch sie blieb fremd in dem Land. Goethes Gedicht *Der Erlkönig* ging ihr durch den Sinn, und der letzte Vers: «In seinen Armen das Kind war tot» klang ihr in den Ohren. Der ältere Sohn starb. Nach Jahren ging sie zu einem alten katholischen Pfarrer, um aus der Kirche auszutreten. Sie hatte nichts gegen den gekreuzigten Christus, aber den auferstandenen Triumphator kannte sie nicht und konnte sie nicht anerkennen. 1974 übersiedelte sie nach Jerusalem, nach langer Reise zu Hause.¹⁸

15. Privilegierte, Kämpfer und Enteignete

Während der gesamten Nazi-Herrschaft war die Judenheit überall im Machtbereich der Deutschen durch Ungleichheiten geprägt. Während manche Juden einen gewissen Komfort bewahrten, kämpften andere gegen den Hunger, wieder andere standen an der Schwelle des Todes. Obwohl die deutsche Vernichtungswelle ein grosser Gleichmacher war, konnte sie überkommene Unterschiede nicht auslöschen, prägte sie sogar noch aus oder schuf in manchen Fällen neue. Trotz erheblicher Umbrüche trat das Phänomen der gesellschaftlichen Schichtung in den Gettos, ja sogar in den Lagern wieder auf. Doch nun hatten die sozialen Differenzen eine neue Bedeutung angenommen, waren kein Massstab des Geleisteten mehr, sondern ein aussagekräftiger Indikator auf der Staffelung der Verletzbarkeiten. In der neuen Lage bestand die Oberschicht aus Menschen, die Vorteile errungen oder gewahrt hatten, um den Angriffen der Deutschen standhalten zu können. Die Mittelschicht musste sich Tag für Tag durchbeissen, und die Männer, Frauen und Kinder auf der untersten Ebene konnten nur noch mit der kargen Hilfe jüdischer Verbände oder verarmter, geschwächter Mitjuden überleben.

Das Judentum ging unter wie ein Schiff. Die schönste Wohnung in einem Getto war und blieb eine Getto-Wohnung, die Armbinde aus Seide ein Emblem der Unterjochung. Doch war das Leiden nicht rationiert und der Tod nicht immer willkürlich. Für manche blieben Entbehnungen abgeschwächt oder verzögert. So gab es mehrere Möglichkeiten, einer bevorzugten Gruppe anzugehören. Vorrangig war in dieser Hinsicht der Status.

Entscheidend am Status war, dass man ihn bereits besitzen musste. In Friedenszeiten mochte er völlig unbedeutend gewesen sein, doch als Gettos, Deportationen und Erschiessungen kamen, konnte der Status alles bedeuten. Eine ausländische Staatsbürgerschaft half in den meisten Fällen. Sie musste sich aber auf ein neutrales Land beziehen, das

potentielle Opfer schützen konnte, oder auf einen Feindesstaat, der imstande war, Deutschland und seinen Verbündeten Vergeltung anzudrohen. Gewiss genügte es nicht, in Frankreich als Luxemburger zu leben, da Luxemburg im Denksystem der Nazis überhaupt nicht mehr existierte. Einen anderen, wenn auch etwas heikleren Schutz bot die Ehe mit einem nichtjüdischen Partner. In gewissem Masse war auch bevorzugt, wer im Ersten Weltkrieg gedient hatte. Während der Frühzeit des Nazi-Regimes konnten sich Kriegsveteranen etwas länger im öffentlichen Dienst halten als andere, und später wurde den Dekorierten oder Kriegsbeschädigten gelegentlich die Gunst zuteil, nicht direkt zur Erschiessung oder in ein Vernichtungslager transportiert zu werden, sondern ins «Altersgetto» von Theresienstadt. Allerdings mussten sie auf der richtigen Seite gekämpft haben. Deutschland erkannte Veteranen aus Feindesarmeen wie der französischen oder russischen nicht an. In Rumänien dagegen, das im Ersten Weltkrieg noch mit Frankreich und Russland verbündet gewesen war und im Zweiten zu den Alliierten Deutschlands gehörte, konnten Veteranen, die zwischen 1914 und 1918 auf der Seite Österreich-Ungarns gekämpft hatten, nicht mit Gnade rechnen. Im Grossdeutschen Reich besaßen auch Alte einen gewissen Status. Deutsche Behörden, die mit den Deportationen befasst waren, konnten nicht vorgeben, dass alte Leute für die harte Arbeit taugten, die «Umgesiedelte» angeblich im «Osten» verrichten mussten. Daher kamen ältere Männer und Frauen nach Theresienstadt, wo einige von ihnen bei Kriegsende noch lebten. Schliesslich gab es kleine Volksgruppen, die ihre jüdische Abstammung erfolgreich in Frage stellten, darunter die Karäer Osteuropas und die sogenannten portugiesischen Juden in den Niederlanden.

Vorteile verschaffte auch eine privilegierte Position, besonders in einem der Judenräte oder in der jüdischen Verwaltung, die unter dem Regiment der Räte anwuchs und sich ausbreitete. Allerdings war die Überlebensquote bei den Räten keineswegs aussergewöhnlich. Manche Räte wurden schon in der Frühzeit der Gettoisierung ausgelöscht. Andere duldete man so lange wie nötig. Insgesamt jedoch blieben den Mitglie-

dern der Judenräte die schlimmsten Entbehrungen wie Enge, Kälte, nagernder Hunger und bohrender Durst erspart. Schliesslich sollten sie fähig bleiben, ihre Arbeit zu verrichten, und das galt auch für die Angestellten der Judenräte.

Die jüdische Bürokratie hatte sich gegenüber der Vorkriegszeit vergrössert. Zum Teil ging diese Expansion darauf zurück, dass die Bürden und Aufgaben der jüdischen Führung zunahmen. Je nach dem Ausmass der Gettoisierung erhielten die Räte neue Zuständigkeiten, wie Zuteilung von Wohnraum, Aushebung von Arbeitskräften, Verteilung von Nahrungsmitteln, Schutz der öffentlichen Ordnung und sogar Warenproduktion. Mit diesen Tätigkeiten verdiente sich eine nicht unbedeutende Oberschicht von Funktionären ihren Lebensunterhalt. Als die Nahrungsmittel in den Gettos zunehmend knapper wurden, spielte die Aussicht, höhere Rationen oder kostenlose Mahlzeiten zu erhalten, auch für Schreibkräfte eine wichtige Rolle, so dass viele bereit waren, sogar ohne Gehalt zu arbeiten.¹

Ein ganz spezielles Element der Getto Verwaltung war die jüdische Polizei. Ohne Schusswaffen, oft auch ohne Sold, entzog man ihr auch noch den Ehrentitel «Polizei». Offiziell hiess die Truppe stets nur «Ordnungsdienst». Gleichwohl meldeten sich viele freiwillig. Im Warschauer Getto hatte der Ordnungsdienst 2'000, in Łódź rund 600, in Lwow 500, in Lublin 500 Mann und so fort. Selbstverständlich genoss die jüdische Polizei gewisse Vorteile. Stanislaw Adler, der bis zu den Deportationen als Jurist für den Ordnungsdienst des Warschauer Gettos arbeitete, beschrieb die Situation der Truppe sehr genau. Von Beginn an, so heisst es bei ihm, «lösten die eitle Zurschaustellung von Rang und höherer Bildung, das Salutieren und die Strassenaufmärsche bei den Hungernden nur Hohn und Spott aus». Ordnungsdienstler galten als blosse Schmarotzer. Die Polizisten ihrerseits erwiderten diese Geringschätzung. Bald verfiel die Disziplin. Da die Männer nicht bezahlt wurden, fehlten sie oft oder verliessen einfach ihre Posten. Zwar konnte die Führung des Ordnungsdienstes mit Hilfe des Judenrates zusätzliche Rationen für ihre Männer beschaffen, aber spezielle Nahrungsmittel, die knapp waren und nicht für alle reichten, blieben den oberen Chargen vorbehalten.

Um die spärlichen Bezüge der Ordnungsdienstler aufbessern zu können, erhob man eine Sondersteuer. Sie wurde – unter Androhung von Blockaden – direkt an der Haustüre eingetrieben. Innerhalb des Ordnungsdienstes begannen sich soziale Spaltungen zu zeigen. Die gegen Schmuggel an der Mauer postierten Wächter wurden verachtet, weil sie mit äusserster Brutalität eingriffen und keine Gelegenheit ungenutzt liessen, sich persönlich zu bereichern. In den Zentralen dagegen sassen adrette junge Männer, deren Familien schon vor dem Krieg privilegiert gewesen waren, und schonten ihre Gesundheit bei Schreibarbeiten oder Botendiensten. Bald erstarb im Ordnungsdienst jeder Idealismus. Als sich Stanislaw Adler einmal bei Ratsmitglied Bernard Zundelewicz darüber beklagte, dass die hohen Funktionäre der jüdischen Polizei Geld vergeudeten, indem sie mit polnischen Polizeibeamten um die Wette tranken, erwiderte der ihm, «in Zeiten wie dieser» müsse sich jeder selbst der Nächste sein. «Und du, Kollege», fügte er an, «bist ja auch nur im Ordnungsdienst, um dein Leben zu retten.»²

Adler und viele andere unterschieden nachdrücklich zwischen dem Polizeidienst vor den Deportationen und während dieser Massnahmen. Bei der grossen Razzia im Warschauer Getto gingen SS und Polizei geographisch, Block für Block vor, und der jüdische Ordnungsdienst half beim Zusammentreiben. Zahlreiche jüdische Polizisten wurden dann bei einer der Aktionen im Januar 1943 selber ins Vernichtungslager von Treblinka deportiert. In einer der Baracken soll ein Häftling erzählt haben, dass die Männer des Ordnungsdienstes ihre Kappen von sich schleuderten, als ihr Zug vom Bahnhof Treblinka ins Lager einfuhr, voll banger Erwartung dessen, was ihnen in den Händen derer blühte, die sie zuvor festgenommen hatten.³

In der Deportationsphase prüften die deutschen Behörden genau, welche Positionen eine Zurückstellung rechtfertigten. Im Zuge der sehr geordneten Transporte aus Deutschland und den Niederlanden forderte die Sicherheitspolizei auch detaillierte Angaben über das Personal im jüdischen Verwaltungsapparat und verlangte, die Posten im Verhältnis zum Schrumpfen der jüdischen Restbevölkerung abzubauen.⁴ Martha

Mosse, die in der Jüdischen Gemeinde Berlins für den Wohnraumnachweis zuständig war, protestierte bei ihren jüdischen Vorgesetzten gegen den Abbau ihres Personals. Ihr wichtigster Trumpf: Sie bereite jetzt Transporte vor. Dafür habe sie nur 95 Mitarbeiter, darunter 16 ehemalige Angehörige eines kulturellen Verbandes, in ihrer Abteilung. Sie könne niemanden entbehren, da sie jetzt auch für die Fragebögen der Deportierten und für den Vergleich zwischen vorläufigen Transportlisten der Gemeinde und endgültigen Listen der Gestapo verantwortlich sei. Sowohl die Meldeabteilung als auch die Registratur sei überlastet. Dazu setze letztere noch fest, in welcher Reihenfolge die Betroffenen deportiert würden usw.⁵ Arthur Lilienthal, Vorstandsmitglied der jüdischen Reichsvereinigung, die für alle jüdischen Gemeinden in den Vorkriegsgrenzen Deutschlands zuständig war, blieb davon unbeeindruckt. In einem Brief an seinen Kollegen Paul Eppstein wies er darauf hin, dass andere Gemeinden, etwa die Münchens, schon Beschäftigte geopfert hätten, und dass auch Berlin mit weniger auskommen müsse.⁶

Als die Deportationen in Deutschland weitgehend abgeschlossen waren, verloren sogar die bis dahin bevorzugtesten Mitglieder der Reichsvereinigung ihre Privilegien. Der 1880 geborene Erich Simon, Witwer einer «Arierin» und preussischer Regierungsrat a. D., hatte die Statistiken der Reichsvereinigung geführt, wobei er der SS genaue Zahlen über die Ausdünnung der Judenheit lieferte. Der SS-Statistiker Richard Korherr schätzte und respektierte Simon in dem Masse, dass er sich auf ihn stützen wollte, um einen historischen Überblick anzufertigen. Er hatte der Berliner Gestapo das Versprechen abgerungen, dass Simon nicht deportiert würde. Im Juni 1943 befand sich Simon jedoch in einer Sammelstelle für Juden und wartete auf seinen Abtransport. Korherr konnte ihn nicht herausholen. Als man Simon nach Theresienstadt schickte, versuchte Korherr vergeblich, ihn zurückzubekommen.⁷

Status und Stellung galten in der jüdischen Gemeinschaft viel, es bot aber auch Vorteile, wenn man über besondere Fertigkeiten, eine berufliche Qualifikation oder akademische Ausbildung verfügte. Man musste jedoch zwei Erfordernissen genügen: bestehende Nachfrage und lan-

ge Ausbildungszeit. Schriftsteller oder Musiker, kurz: Leute, die weder den Tätern nützten noch dem Durchhalten der Gemeinschaft dienten und letzten Endes mit schwindenden jüdischen Mitteln hätten durchgefüttert werden müssen, waren nicht so nützlich. Als Beispiel mag eine Gruppe von etwa 2'000 orthodoxen Juden dienen, die Hälfte davon Kinder, die im Warschauer Getto grosse Probleme bekamen, als sie sich ganztags religiösen Studien widmeten.⁸

Bevorzugt wurden Menschen, die praktische Tätigkeiten ausüben konnten: Tischler, Kürschner, Schuster. In Amsterdam bildeten Diamantenschleifer, in Galizien Uhrmacher eine Elite. Jüdische Manager von Industrie- und sonstigen Unternehmen galten anfangs als verzichtbar, konnten dann aber gebraucht werden, besonders wenn in der örtlichen Wirtschaft kein gleichwertiger Ersatz bereitstand. Gelegentlich wurden sogar Kaufleute mit Spezialkenntnissen verwendet, ähnlich wie bestimmte Rohstoffexperten, die das Amt für den Vierjahresplan seine Käufe auf dem holländischen Schwarzmarkt tätigen liess. Zwar bevorzugte man Juden aus Sicherheitsgründen nicht als Dolmetscher, aber in den Ostgebieten setzten deutsche Behörden sie für solche Aufgaben ein.

Unter den Akademikern bildeten Ärzte und Krankenpfleger die wichtigste Gruppe. Jüdische Ärzte waren in ganz Europa relativ zahlreich vertreten. In einigen Gebieten stellten sie auch einen vergleichsweise hohen Anteil der Spezialisten. Daher gehörten sie sowohl in dem von Bulgarien besetzten Mazedonien als auch in vielen ungarischen Städten zu jenen Juden, die erst ganz am Schluss deportiert wurden. In einem Bericht aus der Slowakei schrieb ein deutscher Beamter des Sicherheitsdienstes, trotz der massiven Deportationen von 1942 behandelten jüdische Ärzte weiterhin Slowaken. Die Juden, führte er aus, verstünden es, die Einstellungen der slowakischen Bürger zu beeinflussen und zu verändern, indem sie Patienten sehr billig oder umsonst kurieren.⁹ Zuweilen machten die Deutschen in den besetzten Gebieten selber Ausnahmen bei jüdischen Ärzten. Im ukrainischen Krementschug verschonte die Wehrmacht zwei Ärzte, um die Ukrainer bei Gesundheit zu halten.¹⁰ Im Gebiet von Baranowicze, das acht Kreise umfasste, gab es

insgesamt 120 Ärzte, darunter 68 Juden. Die Stadt Baranowicze wurde von 51 Ärzten betreut, davon waren 32 Juden. Nur neun der jüdischen Ärzte dieser Stadt praktizierten im Getto. Gewiss, der leitende Arzt im Hauptkommissariat, Gerhard Wiechmann, überwachte den Bedarf an jüdischen Ärzten peinlich genau und ordnete gegebenenfalls an, der jüdische Doktor Soundso sei «überflüssig», oder Soundso könne «ausgeschaltet» werden.¹¹

In den Gettos standen Ärzte auf den obersten Sprossen der Leiter, auch wenn sie Überhandnahmen. Wahrscheinlich konnte sich kein Getto mit Theresienstadt messen, wo auf dem Höhepunkt im September 1942 auf 58'000 Bewohner 363 praktizierende Ärzte kamen.¹² Doch nur in den aller kleinsten Gettos bestand eventuell Knappheit oder gar Mangel an Ärzten. Nichtsdestoweniger mussten sich jüdische Ärzte gegenüber der wachsenden Flut von Krankheiten ohnmächtig fühlen. Es fehlte an den wichtigsten Medikamenten, an Alkohol, ja sogar an Verbandmaterial. Brillen musste man von den Verstorbenen übernehmen. Vor allem gab es nicht genug zu essen, so dass man nichts gegen Unterernährung tun konnte. Die vertrauensvollen, anhänglichen Patienten kamen jedoch immer wieder. In dieser Notlage machten die Ärzte einige Entdeckungen. Zum Beispiel stellten sie in Theresienstadt fest, dass «Enteritiden» (Darminfektionen) bei jungen, kräftigen Leuten sogar ohne Medikation selten schwere Formen annahmen, bei älteren Leuten aber trotz Verabreichung der knappen Sulfonamide häufig tödlich verliefen.¹³

Ab und zu regte sich in den Gettos Unmut gegen die Ärzte wie auch gegen andere privilegierte Gruppen. Ein Bewohner des Warschauer Gettos trug am 27. Mai 1942 in sein Tagebuch ein, aufgrund einer Anordnung, wahrscheinlich von Gettokommissar Auerswald, sei das Tragen spezieller Armbinden verboten. Bisher, heisst es weiter, hätten verschiedene jüdische Funktionäre und gewisse Akademiker, etwa Ärzte und Zahnärzte, beschriftete Armbinden getragen, auf denen nicht nur der obligatorische Judenstern, sondern auch die jeweilige Fachrichtung vermerkt gewesen sei. «Diese speziellen Armbinden», schrieb er, «soll-

ten anzeigen: Wir sind keine einfachen, gewöhnlichen Juden, wir üben wichtige Funktionen aus und müssen daher besondere Privilegien geniessen.» Jetzt, merkte er an, werde es nur noch «eine grosse Masse von Juden» geben, und Hitlers Schlächter müssten auf den Strassen des Gettos «nicht mehr erst überlegen, ob sie auch einem jüdischen Arzt den Schädel einschlagen sollen».¹⁴

Als die Massendeportationen aus Warschau in vollem Gange waren, durften wenige Ärzte Zurückbleiben, darunter Stabsärzte von Krankenhäusern und einige ihrer Assistenten. Die Chefs waren «automatisch» befreit und wählten ihrerseits Angehörige ihres Personals für den Verbleib aus. Eine der Assistentinnen hatte ihr Medizinstudium vor Kriegsausbruch nicht abschliessen können und war im Gettospital auf der Kinderstation eingesetzt. Als die Razzien begannen, drängten sich die Kinder um sie und flehten sie an, sie möge «bis zuletzt» bei ihnen bleiben. Das versprach sie. Wenig später erfuhr sie, dass sie von der Deportation verschont bliebe. Gewiss wollte sie leben. Als Panik um sich griff, kam eine junge Frau mit der Bitte auf sie zu, ihrer bettlägerigen Mutter eine tödliche Injektion zu geben, damit die Deutschen sie nicht im Bett erschössen. Die Assistentin kam dem Wunsch nach und leistete so abschliessend mehreren weiteren Patienten Sterbehilfe. Später fiel ihr ein, wie sie dem Getto entkommen konnte, ohne ihr Versprechen gegenüber den Kindern zu brechen: In Anwesenheit eines Oberarztes führte sie den Säuglingen Morphium in den Mund ein. Danach erklärte sie den älteren Kindern, sie gäbe ihnen nun ein schmerzstillendes Medikament, und forderte sie auf, ebenfalls eine Dosis zu schlucken. Diese war tödlich. Das Ergebnis wartete sie nicht ab.¹⁵

Auch in den Lagern waren Ärzte bevorzugt. Krankenhäuser und deren Apotheken blieben in Konzentrationslagern oder Vernichtungszentren meist nur Fassade. Patienten, die nicht schnell genug zu Kräften kamen, wurden von der Verwaltung mit einer tödlichen Injektion, durch Erschiessung oder in der Gaskammer getötet. Robert Lifton wies auf eine makabre Ironie hin, die den Häftlingsärzten nicht entging: Die Krankenblocks der Lager boten den Ärzten weitaus mehr Schutz als den

Patienten.¹⁶ Zudem konnten die Ärzte mit ihren primitiven Geräten in den meisten Krankenbaracken ohnehin nicht viel ausrichten und wurden von der SS weitgehend auf den Dienst beschränkt, die schwächsten Patienten für Vergasungen zu selektieren. Einmal erhielten drei Ärztinnen den Auftrag, solche Patienten zu überstellen. Die beiden jüngeren versteckten sich und liessen die ältere allein aussondern. Diese war ausser sich vor Zorn und warf ihren Kolleginnen mangelnde Solidarität vor.¹⁷

Status, Stellung und berufliche Qualifikation waren drei Stützen, um sich Vorteile zu verschaffen. Als vierte kam Geld hinzu. In den dreissiger Jahren hatte es die Emigration bereits erleichtert. Als in Warschau und Lublin Gruppen von jüdischen Zwangsarbeitern antreten mussten, konnten sich relativ wohlhabende Juden gegen eine monatliche Abgabe freikaufen; die Erträge wurden benutzt, um die Familien der Arbeiter zu unterstützen.¹⁸ Auch in Rumänien konnte man Zertifikate über die Freistellung von der Zwangsarbeit kaufen.¹⁹ Als in Polen Gettos eingerichtet wurden, konnten sich Juden, die in geräumigen Wohnungen ausserhalb der geplanten Gettogrenzen lebten, die besten Gegenden innerhalb aussuchen. In Alt-Rumänien, wo Zehntausende von Juden aus Grenzgebieten und ländlichen Distrikten vertrieben wurden, ohne dass jedoch Gettos entstanden, bestimmte der Markt, wer gute Stadtwohnungen bekam. In den Gettos von Łódź und Theresienstadt, wo neue Währungen galten, oder in den «Kolonien», die zwischen Dnjestr und Bug für vertriebene Juden aus der Bukowina und Alt-Rumänien gebildet wurden und wo ebenfalls eine Sonderwährung kursierte, verlor das Geld rasch an Wert; doch im Warschauer Getto bekam man gegen alte Banknoten noch etwas zu essen.

In Warschau gab es faktisch zwei Gruppen von Leuten, die über Mittel verfügten: jene, die noch Bargeld oder Schmuck aus der Vorkriegszeit besaßen (die Bankkonten waren eingefroren), und die «Neureichen», die entweder von der Industrialisierung des Gettos oder vom Schmuggel profitiert hatten. Der industrielle Sektor machte offenbar genügend Gewinn, um im Getto selber spitze Bemerkungen etwa über die «Unersättlichkeit» der Bürstenbinder zu provozieren.²⁰

Auch die Schwarzhändler mit ihren vielen Mittelsmännern und Agenturen, ganz zu schweigen von Schmarotzern, die Schutzgelder verlangten, wurden zu einem ökonomisch wichtigen Faktor. Dem Judenrat, der ermächtigt war, Steuern zu erheben, gelang es andererseits jedoch nicht, viel Geld bei diesen Fabrikanten oder Händlern abzuschöpfen. Meist liefen die Geschäfte schwarz oder waren reiner Tauschhandel. Auch neigte man nicht übermässig zur Philanthropie. Nicht, dass Gleichgültigkeit triumphiert hätte. So berichtet Stanislaw Adler, dass Zimmer für geringste Summen untervermietet wurden, obwohl die Hauptmieter beträchtlichen Platz für Kochen, Waschen und Schlafen einbüssten.²¹ Ein anderer Augenzeuge erwähnte, sogar die hedonistischen Bürstenbinder hätten ein Waisenhaus unterhalten.²²

Unterhalb der Oberschicht hatten die meisten Juden täglich hart zu kämpfen, um sich über Wasser zu halten. Ihr Tag war lang und öde. Sie stellten die Masse der Arbeiter. Sogar ausserhalb der Gettos oder in der ersten Zeit ging es jüdischen Arbeitnehmern schlecht. In Deutschland durfte man ihnen weder Zuschüsse noch sonstige Nebenleistungen zahlen.²³ In Polen wurden ihre Löhne auf achtzig Prozent der Vergütung polnischer Arbeitnehmer festgelegt – was nach der Gettoisierung ohnehin kaum noch eine Rolle spielte.²⁴ Innerhalb der Gettos war die Lage noch verheerender. Für die Arbeit bekam man nicht viel, und mit dem Geld konnte man wenig anfangen. In Łódź gaben die Getto-Betriebe ihren Arbeitern Mahlzeiten aus; gelegentlich gab es Schuhe, aus angelieferten zerschlissenen Paaren gefertigt.²⁵ Viele Arbeiter in Łódź kamen abends in ihre unbeheizten Wohnungen ohne Fensterscheiben.²⁶ Sogar die Nahrungsmittelrationen für Schwerstarbeiter konnten die zunehmende Auszehrung nicht verhindern. Im Warschauer Getto gab es Selbständige, die Karren mit bis zu drei Personen zogen. Der Rikscha-Mann bekam dafür einen Zloty pro Person. Das Kilo Brot kostete auf dem Schwarzmarkt acht bis zehn Zloty.²⁷

Die verschiedenen Projekten zugewiesenen Zwangsarbeiter hatten extrem zu leiden. Schon in der allerersten Zeit kehrten Männer in Lublin am ganzen Leibe blutend von der Arbeitsstätte zurück. Der Judenrat ap-

pellierte an die Deutschen, den Männern weitere Schläge zu ersparen.²⁸ Im Herbst 1942 hatten zahlreiche Arbeiter im Getto von Minsk keine Schuhe.²⁹ Für ein Mittagessen, das sie am Arbeitsplatz bekamen, gab die deutsche Stadtverwaltung in Minsk zehn Pfennig aus.³⁰

Wer zu wenig verdiente, musste seine persönliche Habe verkaufen. Im Warschauer Getto begann der Ausverkauf mit Wertsachen; er setzte sich mit Möbeln und Sprungfedermatratzen fort und endete mit Töpfen und Pfannen.³¹ Überall an den Strassenrändern standen Hausierer und versuchten, lokale Produkte oder Gebrauchsgüter von verarmten Familien zu verkaufen. Andere glitten endgültig ins totale Elend ab.

Es gibt keine Zahlen über die Menschen von ganz unten. Die Verwalter der Gettos kümmerten sich lieber um die Bilanz der Erwerbstätigkeit, als die zur Untätigkeit Verurteilten zu erforschen. Doch manchmal sprachen schon die Beschäftigungszahlen für sich. Adam Czerniaków registrierte im Juli 1942 für das Warschauer Getto einen Spitzenwert von 95'000 werktätigen Juden, darunter die Beschäftigten des Rates und seiner Behörden, was seinerzeit etwa einem Viertel der Gesamtbevölkerung entsprach.³² In einem kleineren Getto wie Biala Podlaska im Distrikt Lublin waren im Mai 1942 nur 1'884 von insgesamt 8'500 Bewohnern erwerbstätig.³³

In seiner Studie über die Gettos in Osteuropa hat Isaiah Trunk gezeigt, dass es im Warschauer Getto eine «Versorgungspyramide» gab. Die Beschäftigten des Rates erhielten täglich 1'665 Kalorien, selbständige Handwerker 1'407, Fabrikarbeiter 1'225, alle anderen durchschnittlich 1'125 Kalorien pro Tag.³⁴ Damit verwiesen die Statistiker im Getto, die sonst alles und jeden zählten, nur indirekt auf eine weitere Gruppe, die weniger als 1'125 Kalorien täglich zu sich nahm: die Halbverhungerten und die Hungernden.³⁵ Wer waren alle diese Menschen?

Viele von ihnen waren bereits vor dem Krieg gestrandet. Die Krise der dreissiger Jahre hatte sie völlig aus der Bahn geworfen, sie fanden nur noch gelegentlich Arbeit, und wenn sie gar nichts mehr bekamen, machten sie sich mit nichts im kleinsten Rahmen «selbständig». Im Lauf der Jahre wurden solche Familien zunehmend von der Fürsorge abhän-

gig, und 1940 hatten sie wenig anzubieten oder zu verkaufen. Als ungelernte Kräfte fanden sie in der Gettowirtschaft keinen Platz, waren aber auch schon zu sehr ausgelaugt, um schwer arbeiten zu können, so dass sie im Elend lebten und das wenige, was sie haben mochten, immer weiter streckten.

Eine zweite Gruppe bestand aus Flüchtlingen. Im Westen waren die Flüchtlinge aus Deutschland und Österreich neue Staatenlose. In der Slowakei, in Bulgarien und in Rumänien handelte es sich um Familien, die bestimmte Städte verlassen mussten und irgendeine bezahlbare Unterkunft suchten. In Polen dagegen waren sie aus kleinen Gettos in grössere verschoben worden. Nach einem Bericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe im Warschauer Getto für Januar 1942 drängten sich 2'977 Flüchtlinge in vier Gebäuden. Insgesamt 539 waren im Januar gestorben. Im Haus Stawkistrasse 9 mussten 1'100 Menschen in 170 «meist unbeheizten» Zimmern Platz finden. Es gab weder fließendes Wasser noch Toiletten. Im Haus Dzikastrasse 3 gab es Flüchtlinge mit Ruhrblutfluss. Sie mussten bleiben.³⁶

Stanislaw Adler beschreibt, dass Brot im Warschauer Getto am Ende scheibenweise verkauft wurde.³⁷ Daneben beobachtete er, dass die Zahl der Bettler *nicht* drastisch zunahm. Der Grund liege darin, dass Bettler so schnell starben und sofort durch andere ersetzt wurden, die ebenfalls am Ende waren.³⁸

16. Die Unangepassten

Das vorspringende Merkmal der jüdischen Zwangsgemeinschaft Europas 1933 bis 1945 war, dass sie sich der fortschreitenden Vernichtung allmählich anpasste. In dieser Hinsicht gab es zwischen der breiten Masse und der jüdischen Führung keine Unterschiede. Die Judenräte folgten in ihrer Strategie der Maxime, den Verlust möglichst gering zu halten, was sich in der Anpassung jüdischer Haushalte widerspiegelte. Ob auf Gemeinde- oder Familienebene, man wollte Stabilität um jeden

Preis. Zwar gab es Eingaben an die Behörden, mit der Bitte um Ausnahmen, Fristverlängerungen oder Linderungen, aber dann nahm man den Schmerz und die Demütigung doch hin, um weiterleben zu können. Manche konnten oder wollten sich jedoch unter diesen Umständen nicht einfügen und kündigten das beugsame Verhalten gegenüber den Tätern oder ihrer eigenen Führung auf. Auch wenn sie auf sehr unterschiedliche Weise aus der Norm ausbrachen, hatten sie eines gemeinsam: Sie spielten nicht mehr mit.

Ein solches nonkonformistisches Verhalten äusserte sich vor allem in Selbstmord, Untertauchen, Flucht oder Widerstand. Meist fiel die Entscheidung – mit oder ohne gezielte Vorbereitung – bewusst geplant, und in der Regel war sie eine Sache von Einzelnen oder kleinen Gruppen.

Die radikale Lösung, sich umzubringen, zeugte gewöhnlich von einer beschränkten Duldungsfähigkeit. Auf die emanzipierte Judenheit Westeuropas wirkten plötzliche Umschwünge besonders traumatisch, und in diesem Umfeld war Selbstmord meist die Folge von Schocks; in den Gettos und Lagern des Ostens resultierte er überwiegend aus Lebensüberdruß.

Konrad Kwiet, der Selbstmorde unter deutschen Juden erforscht hat, schätzt vorsichtig, dass in den zwölf Jahren der Nazi-Herrschaft etwa 5'000 Juden Hand an sich legten – bei kaum mehr als einer halben Million Einwohnern, die unter diesem Regime zunehmend dezimiert wurden. Üblicherweise wird die jährliche Selbstmordrate auf 100'000 Menschen bezogen, wobei 30 schon ein hoher Wert ist; 68 – die Quote der Berliner Juden im Jahr 1925 – gleicht einer Epidemie. Kwiet meint, dass dieser extrem hohe Wert 1933 nochmals erreicht oder gar überschritten wurde, und dass es in den beiden Jahren der Deportationen zwischen 1941 und 1943 unter der jüdischen Restbevölkerung mindestens 3'000 Selbstmorde gab, was einer Quote von etwa 1'500 pro 100'000 entspräche.¹

Als die Juden Deutschlands mit dem Stern gedemütigt und durch die einsetzenden Deportationen drangsaliert wurden, hatten ziemlich viele von ihnen ihre Blütezeit schon überschritten, und nicht wenige derer, die ihrem Leben ein Ende machten, sahen für sich keine Zukunft mehr.

Sie wollten nur in ihren Wohnungen bleiben, umgeben von ihren Büchern und Grammonophonplatten, wollten sich eine Tortur ersparen, die über ihre Kräfte ging. Ausserdem konnten sie sich relativ schmerzlos umbringen, meist mit Barbituraten, die – zu einem exorbitanten Preis – noch erhältlich waren: ihre letzte Investition.

Die Deutsche Ruth Andreas-Friedrich schrieb in ihrem persönlichen Tagebuch über ihre jüdische Freundin Lehmann, die sie bat, ihr beim Packen zu helfen. Frau Lehmann war unterrichtet worden, dass sie am nächsten Tag abgeholt würde. Als Ruth Andre as-Friedrich in Lehmanns Wohnung kam, hörte sie den jüdischen Untermieter hinter einer verschlossenen Schiebetür auf und ab wandern. «Packt er nicht?» fragte sie. «Er will nicht mehr mitmachen. Er hat sich anders entschieden», wurde ihr zugeflüstert. Bald verstummten die Schritte im Nebenraum. Niemand öffnete die Schiebetür. Man packte weiter, während Herr Erichsohn starb, «einsam, rücksichtsvoll und diskret».²

Ein Überlebender berichtet, dass sich auch im Durchgangslager von Drancy nahe Paris viele Menschen das Leben nahmen. Er schätzte, in einem Zeitraum von zweieinhalb Monaten hätten sich etwa hundert Insassen umgebracht. Unter diesen Umständen wurde der Selbstmord jedoch missbilligt, weil jemand, der nicht bis zum Abtransport wartete, eine Lücke öffnete, die mit einem anderen Opfer gefüllt wurde.³

Unter den polnischen Juden gab es keine derartige Selbstmordwelle. Sie nahmen noch so schwere Katastrophen und Rückschläge offenbar nicht mit jenem Entsetzen auf, wie es in Deutschland der Fall war. Ausserdem kamen sie kaum an Barbiturate und andere geeignete Gifte heran. Daher mussten ihre Selbstmordmethoden gewaltsamer sein. Sie sprangen aus dem vierten oder auch nur zweiten Stock. Sie liefen zur Mauer oder zum Zaun eines Gettos in der Hoffnung, von einem Wächter erschossen zu werden; manchmal blieb der Schuss aus. Am 14. Juli 1944 machte sich die 34jährige Mindla Zarzewska im Getto von Łódź frühmorgens daran, über den Zaun zu steigen. Der deutsche Ordnungspolizist massregelte und ermahnte sie ohne Erfolg. Dann kam ein hö-

herrangiger Polizeibeamter hinzu, der sie ebenfalls warnte. Erst als sie nicht abliess, wurde sie erschossen.⁴

In den Vernichtungslagern mussten sich die Lebensmüden keine besondere Mühe geben. In Auschwitz hiessen die Resignierten «Muselmänner», in Lublin (Majdanek) nannte man sie «Garnele» (Kamele). Sie holten sich den Tod durch einen elektrischen Schlag oder durch Erschiessung am Zaun, andere starben passiv auf ihren Pritschen, indem sie nichts mehr zu sich nahmen.

Denen, die «nicht mehr mitmachen» wollten, standen die vielen anderen gegenüber, die noch am Leben hingen. Die Aktivitäten im Getto und das Denken der Insassen kreisten vor allem darum, sich am Leben zu halten. Solange Arbeitspapiere die Rettung bedeuteten, wurden sie als solche ergriffen. Zwei Entwicklungen veränderten jedoch sowohl die Struktur der jüdischen Zwangsgemeinschaft als auch das Denken der meisten ihrer Angehörigen. Den Anfang machte die ständige Dezimierung der Gruppe durch Tod oder Deportation der Schwachen und Kranken. Dieser Schwund, genau gegenläufig zur Überalterung der jüdischen Gemeinden Deutschlands durch Emigration, hinterliess in den Gettos zunehmend jüngere, gesündere und kräftigere Männer und Frauen. Den zweiten Faktor bildeten wachsende Zweifel an der vorherrschenden Strategie, das Nazi-Regime durch Anpassung überstehen zu können. Überall waren Freunde und Angehörige spurlos verschwunden, und wer sich optimistischen Illusionen über ihr Schicksal hingab, wurde immer wieder durch die sich häufenden Gerüchte über Erschiessungen und Gaskammern wachgerüttelt. Kurz, die Dezimierung der jüdischen Gemeinden schuf einen schrumpfenden Rest der Widerstandsfähigsten, die verstärkt um ihre eigene Zukunft fürchteten. Die Auswirkungen zeigten sich zuerst in schlichter Verweigerung: Jüdische Familien traten nicht mehr automatisch an, sondern versteckten sich stattdessen. Beispiele für solche Vorfälle bieten zwei kleine Gettos: Bilgoraj und Janow Lubelski.

Das Getto von Bilgoraj im Distrikt Lublin hatte weder einen Zaun noch eine Mauer. Dort lebten knapp 2'500 Juden. Am 22. März 1942 wurden 57 Familien mit insgesamt 221 Personen, viele davon krank,

nach Tarnograd verlegt. Die erste grosse Razzia erfolgte im August. Bei diesem Anlass forderten die Deutschen tausend Opfer. Während ein Zug der deutschen Ordnungspolizei schon bereitstand, kam der Judenrat zusammen, um zu entscheiden, wer in die «Ukraine» abtransportiert werden sollte. Da es nun fast um die Hälfte aller Insassen ging, enthielt die Liste des Rates neben Frauen, Kindern und Alten auch einige Menschen, die noch arbeitsfähig waren. Die Ratsmitglieder und Facharbeiter nebst ihren Familien sollten bleiben. Alle zur Deportation ausgesonderten Juden wurden aufgefordert, sich auf dem Marktplatz zu versammeln, um dann zur Zwangsarbeit in die Ukraine transportiert zu werden. Als man die Menschen auf Holzkarren lud, stand die jüdische Polizei daneben. Zu dieser Kolonne stiess eine weitere aus Tarnograd. Am Bahnhof Zivierzyniec mussten die Juden ihr Gepäck abgeben. Sie wurden ins Vernichtungslager von Belzec gebracht, wo niemand überlebte.

Als die in Bilgoraj zurückgebliebenen Juden nichts mehr von den Evakuierten hörten, begannen sie sich zu fragen, ob diese wirklich in die Ukraine gelangt waren. Sie erkundigten sich bei polnischen Bahnbeamten und erfuhren, dass der Zug nach Belzec gegangen war. Einer der polnischen Fahrer hatte den Transport sogar bis direkt ins Lager gebracht. Kurz darauf erhielt die Kooperative Spolem grosse Mengen an Bekleidung und Gebetbüchern, die Juden sortieren sollten. Die Nachricht sprach sich unter den Juden und Polen schnell herum. Ende Oktober wurde das dezimierte Getto umzäunt, und am frühen Morgen des 2. November trafen zwei Züge der deutschen Gedarmarie ein, um die restlichen Insassen zu holen. Es kam zu heftigen Unruhen und Schiessereien. Tausend Juden wurden gefasst. Die Männer mussten zum Bahnhof laufen, während man die Frauen und Kinder auf Karren transportierte. Im Getto lagen 200 Leichen von Juden. Einige andere hielten sich dort verborgen, noch unentdeckt. Siebzig bis achtzig Arbeiter blieben verschont.⁵

In Bilgoraj war die Ordnung zusammengebrochen. Gewiss hatten die Deutschen mit nichts anderem gerechnet, da sie sonst vor der zweiten Razzia weder ihre Polizeikräfte verdoppelt, auf die Hilfe des Judenrates verzichtet noch das Täuschungsmanöver bezüglich der Ukraine einge-

setzt hätten. In Janow, einem Getto des Gebiets Wolhynien, bekamen es Ende September 1942 ungefähr zweitausend Juden mit einer Reiter-
schwadron der Polizei zu tun. Während des Sommers hatte man Juden
in diesem Gebiet massenhaft erschossen, und im Verlauf der Operation
kam auch Janow an die Reihe. In Anwesenheit des Gebietskommissars
und des Bürgermeisters drang eine kleine Abteilung der Sicherheitspo-
lizei, verstärkt durch die Schwadron von der Grösse einer regulären Po-
lizeikompanie, in das Getto ein, machte Hatz auf Juden und sparte le-
diglich 100 bis 200 von ihnen für den Arbeitsdienst aus. Man entdeckte
jedoch, dass sich viele der Gejagten in Höhlen oder Bunkern verborgen
hielten. Während Teile der Schwadron das Getto umstellten, drangen
die übrigen Polizisten erneut ein. Die Deutschen hatten jedoch nicht da-
mit gerechnet, dass sich zahlreiche Juden im Getto mit Schusswaffen
und selbstgefertigten Sprengkörpern wehren würden. Beim Gefecht
wurden mehrere Häuser in Brand gesetzt. Das so entstehende Chaos
nutzten etwa fünfzig Juden, um den Polizeikordon zu durchbrechen und
zu fliehen. Die Deutschen zogen sich an den äussersten Rand des Gettos
zurück und warteten, bis die Juden durch Hitze, Flammen und Rauch
aus ihren Verstecken gezwungen wurden. Diese konnten die Polizei-
blockade jedoch nicht durchbrechen und wurden erschossen. 1'200 Ju-
den ergaben sich; man tötete sie in der Nähe an einem Wassergraben.
Tags darauf wurden 400 verkohlte Leichen auf Holzkarren wegge-
schafft.⁶

Widerspenstige Juden, die sich bei Razzien in Kellern, Zimmern,
Mansarden oder Bunkern versteckt hielten, blieben ans Getto gefesselt.
Sie wurden zu Zielscheiben der mit Gewehren, automatischen Waffen
und Handgranaten ausgestatteten deutschen SS und Polizei. Am Ende
konnte sich nur eine Handvoll retten. Etwas ganz anderes als unterzu-
tauchen war jedoch der Entschluss zu fliehen.

Die Erfolgsaussichten einer Flucht vom gemeldeten Wohnsitz, aus
einem Getto oder Lager hingen stark von den örtlichen Umständen ab,
das heisst vom gesamten kulturellen und geographischen Umfeld. In
Rom blieb man leichter unentdeckt als in Warschau, für die kleine grie-
chischsprachige Gemeinde von Athen war es einfacher, sich unters

Volk zu mischen, als für Ladino-sprechende Juden in Saloniki, anonym zu bleiben. Entlang dem westlichen Bogen von Norwegen über Dänemark, die Niederlande, Belgien und Frankreich bis nach Italien war es nicht einmal ungewöhnlich, im Untergrund zu leben, in Deutschland, Polen, auf dem Baltikum und im besetzten Teil der UdSSR war dies dagegen viel gefährlicher und auch schwieriger.

Wenn der Ort ein entscheidender Faktor war, so spielte Geld eine nicht minder wichtige Rolle. Fast überall hatten Juden mit Bargeld oder Wertsachen sofort Vorteile. Transport, Unterschlupf oder Tarnung konnten teuer sein, besonders wenn der Käufer verzweifelt war. Letzten Endes hing die Flucht jedoch stark vom eigenen Willen ab. Besonders in Osteuropa flohen überwiegend Menschen, die nicht nur die Katastrophe überleben wollten, sondern auch bereit waren, ihre Wohnungen und Familienangehörigen zu verlassen, um längere Zeit umherzuziehen oder sich, umringt von Patrouillen, in einer Höhle zu verstecken.

Im besetzten Polen entschieden sich wenige Juden frühzeitig, weder den Stern zu tragen noch in ein Getto umzusiedeln, und wenn die Flucht schon in dieser Phase wegen Mangels an Beziehungen, Geld oder Flexibilität schwierig war, wurde sie später noch erheblich problematischer. Dabei standen nicht nur Zaun oder Wächter im Weg; es gab auch eine unsichtbare Sperre: das Schicksal derer, die man zurückliess. Wer Frau und Kinder zu ernähren hatte, dachte meist gar nicht erst über Flucht nach, aber sogar junge, kräftige, unabhängige Menschen konnten vor einem Dilemma stehen. Suchte die Gettoleitung das Heil in der Arbeit, war die ganze Gemeinschaft auf die Gesunden, Fähigen angewiesen. Genau dieses Problem band eine Partisanentruppe an das Getto von Wilna. Zwar hätten sich die jungen Leute in die Wälder absetzen können, aber Gettochef Gens argumentierte, durch ihr Verschwinden würde die ökonomische Basis des Gettos getroffen, wären alle nicht arbeitenden Frauen, Kinder und Alten bedroht.

In Osteuropa und in weiten Teilen des Baltikums war Flucht sogar bei Razzien selten. In Claude Lanzmanns Film *Shoah* gibt es eine Sze-

ne, worin Überlebende die Deportation von etwa 1'800 Juden auf der griechischen Insel Korfu schildern. Es war Juni 1944, als die italienischsprachigen Juden auf Korfu erfuhren, dass sie zur Arbeit nach Polen transportiert würden. Dann sahen sie jedoch, dass man auch die Alten und Kranken zusammentrieb. Fünf Tage lang waren sie in einer Festung auf der Insel untergebracht. «Keiner», sagte Armando Aaron, «wagte zu fliehen und seinen Vater, seine Mutter, seine Brüder zurückzulassen. Bei uns gab es Solidarität, sowohl religiös als auch in der Familie.» Man brachte sie mit Flößen aus Tonnen und Planken aufs Festland; diese wurden von kleinen Booten gezogen, bewacht von einem, höchstens drei bewaffneten Deutschen, «aber das Entsetzen, verstehen Sie», sagte Aaron, «war der beste Wächter».⁷

Ganz selten nur flohen Opfer aus Zügen oder Vernichtungslagern. Wenn überhaupt, so brachen hier junge Leute aus, die keine engen Angehörigen mehr hatten. Am 7. Februar 1943 gab es einen grossen Ausbruch bei einem Westtransport, der über Tarnowskie Gory nach Auschwitz ging; jüdische Deportierte hatten die Bodenbretter eines Güterwagens gelöst. Eine Frau wurde unter den Rädern des fahrenden Zuges zermalmt, eine andere erschossen; weitere sechs Flüchtlinge waren bald gefasst.⁸ Als im September 1942 ein Massentransport mit 8'205 Deportierten aus Kolomea und Umgebung bei brütender Sommerhitze nach Belzec ging, sprangen zahlreiche Juden vom Zug. Der Kommandeur der Ordnungspolizei schätzte später, dass mindestens zwei Drittel der Abspringenden umkamen.⁹

Ein ungewöhnlicher Flüchtling war der 22jährige Walter Rosenberg. 1942 aus der Slowakei nach Auschwitz deportiert, arbeitete er von August 1942 bis Juni 1943 an der Rampe, wo die neuen Transporte eintrafen. Während dieser Zeit versuchten sechs tschechische Zigeuner-Häftlinge, darunter einer namens Vrba, aus dem Lager zu entkommen; sie wurden aber bald gefasst, der letzte, Vruzen Vrba, nach einer Woche, und erschossen. Rosenberg indessen diente sich bis zur Stellung eines Schreibers hoch. Er hatte einen kleinen Raum mit Pritsche, Stuhl und Tisch ganz für sich, konnte verfolgen, was im Lager vor sich ging. Zu

den seltsamen Vorfällen gehörte, dass etwa achttausend tschechische Juden aus Theresienstadt eintrafen, die den amtlichen Sondervermerk «SB mit sechsmonatiger Quarantäne» erhielten. In dieser Zeit verloren sie nur ein Viertel ihrer Leute durch die Entbehrungen des Lagers – für Auschwitz wahrhaft eine Vorzugsbehandlung. Fest überzeugt, dass diese Juden nach Ablauf der sechs Monate getötet würden, nahm Rosenberg Kontakt zu ihnen auf, um eine Widerstandsgruppe zu bilden. Dabei stiess er auf Freddy Hirsch, einen dreissigjährigen deutschen Juden, der sich liebevoll um die Kinder im Lager kümmerte und «starkes Interesse an ihrer Erziehung» zeigte. Rosenberg eröffnete Hirsch, dass dessen Gruppe umgehend vergast werden sollte und dass ein Aufstand gegen die SS die einzige Chance der Tschechen war, «die nächsten achtundvierzig Stunden zu überleben». Er forderte ihn auf, die Revolte zu organisieren. Hirsch erbat sich eine Stunde Zeit und blieb allein. Als Rosenberg zurückkehrte, hatte sich Hirsch vergiftet und war fast tot. Er konnte nicht gerettet werden, und die tschechischen Juden wurden vergast.

Monate später beschloss Rosenberg, auf eigene Faust zu fliehen. Er wusste, dass neue Schienen verlegt wurden, damit die Deutschen ihre Züge direkt an den Gaskammern entladen konnten. Er wusste auch genau, dass ab Mai 1944 eine Million Juden aus Ungarn nach Auschwitz transportiert werden sollten. Er musste also fliehen, um die Welt zu informieren. Zusammen mit seinem Freund Alfred Wetzler, einem weiteren slowakischen Juden, arbeitete Rosenberg Fluchtpläne aus. Im April 1944 legten sie eine kleine getarnte Höhle am Rande des Lagers an. Dort warteten sie drei Tage und drei Nächte, während draussen deutsche Wächter beiderseits des Zauns nach ihnen fahndeten. Anschliessend machten sie sich aus dem Staub. Sie wanderten über die Berge in die Slowakei, wo sie in Sillein (Zilina) Vertreter der jüdischen Gemeinde aufsuchten und ihnen alles berichteten. Die Deportationen aus Ungarn sollten einen Monat später, im Mai, beginnen. Rosenberg ruhte nicht. Als während des Sommers in der Slowakei eine Revolte ausbrach, kämpfte er bei den Partisanen. Nach Kriegsende liess er sich in

Kanada nieder und wurde Professor für Pharmakologie an der University of British Columbia. Er behielt einen Namen, den er auf seiner Flucht angenommen hatte: Rudolf Vrba.¹⁰

Der Vernichtung widerstehen, indem man sich gegen die Täter erhob, war fast aussichtslos, nicht nur wegen der Übermacht des Feindes, sondern auch wegen des Zustands der jüdischen Gemeinde selber. Die Judenheit hatte schon vor dem Krieg keine Waffen und verschrieb sich einer Strategie des Sich-Fügens. Aufgrund dieser Übereinstimmung war es völlig unvorstellbar, irgendeinen Täter anzugreifen oder seine Aktionen lahmzulegen. Es durfte keine «Provokationen» geben, nicht den geringsten Anschein von Revolte.

Diese Selbstbeschränkung wirkte derart stark, dass sogar jede Form der psychologischen Kriegführung ausgeschlossen war. Weder planten die Judenräte irgendwelche Aufrufe, noch trugen sie Argumente vor, um darzulegen, dass gewisse Aktionen der Deutschen verletzend und unmoralisch waren. Man bekundete den Deutschen noch nicht einmal, ihnen böse zu sein. Es wurden keinerlei Drohungen gegen Leib und Leben von Deutschen ausgestossen. Man setzte auch keine Gerüchte in Umlauf, dass die Alliierten Mächte die Vernichtung der Juden rächen würden. Einmal schrieb ein Jude auf Jiddisch anonym eine Karte an einen deutschen Journalisten, dem er wünschte, sein Neugeborenes möge ebenso sterben, wie die jüdischen Kinder starben.¹¹ In der jüdischen Gemeinde galten solche Aktionen als primitiv.

Sabotage galt schon eher als zulässig. Sie blieb verdeckt und war oft nicht aufzuklären. Manchmal beschädigten Juden in deutschen Arbeitslagern Produkte oder Anlagen. Im Westen sorgten jüdische Möbelpacker dafür, dass Mobiliar aus den ehemaligen Wohnungen von deportierten Juden nicht sicher in Deutschland ankam. Bedeutsamer war eine Aktion kommunistischer Juden in Belgien, die bei einem Überfall alle Akten der jüdischen Gemeinde vernichteten. Später stoppte das «Comité de Défense des Juifs» einen Zug, der bereits in Richtung Auschwitz unterwegs war, und befreite zahlreiche Opfer.¹²

Manchmal schlug der Widerstand in Gewalt um, wie bei folgendem

Vorfall, zu dem es am 28. August 1941 im litauischen Keidanen kam. Eine kleine Einheit der Sicherheitspolizei, dem Einsatzkommando 3 unterstellt, tötete – unterstützt von litauischen Zivilisten – 710 jüdische Männer, 767 jüdische Frauen und 599 jüdische Kinder der Stadt. Die Opfer wurden in Gruppen zu 200 aus einer Scheune zu der Grube geführt. Wie ein Litauer nach dem Krieg aussagte, wurde ein kräftiger Jude namens Slapoberskis von dem Litauer Czygas aufgefordert, sich zu entkleiden. Der Jude wusste genau, was ihn erwartete, und sagte dem Litauer, er sei doch selber ein Mann. Daraufhin riss ihm Czygas die Kleidung vom Leib und zückte seine Pistole. Slapoberskis griff Czygas und zog ihn in die Grube, entwand ihm die Pistole, hielt ihn mit einer Hand am Genick fest und feuerte mit der anderen auf den deutschen Kommandeur. Jetzt sprang der Deutsche hinab, um Czygas zu helfen, befreite ihn, wurde aber ebenfalls von Slapoberskis gepackt. Ein anderer Litauer, Jankunas, selber kräftig gebaut, sprang hinab, befreite den Deutschen, geriet aber seinerseits in die Fänge Slapoberskis. Jankunas zog ein Messer, das er am Gürtel trug, und erstach den Juden. Czygas starb, schwer verletzt, auf dem Weg ins Lazarett.¹³

Bemerkenswert ist vor allem, dass es so wenige Slapoberskis gab. Spontaner Widerstand trat nur ganz vereinzelt auf, sogar wenn es objektiv nichts mehr zu verlieren gab. Der in den Jahrhunderten eingeübte Rhythmus anpasslerischen Verhaltens wurde auch angesichts der Grube nicht durchbrochen. Doch wie stand es mit der geplanten, vorbedachten Gegenwehr? Es gab drei typische Situationen, in denen es zu solchen Kampfmassnahmen kam.

Die erste ergab sich aus der Flucht. So lebten in Frankreich junge jüdische Männer – teils zionistische Pfadfinder, teils Kommunisten – illegal im Untergrund und wirkten aus Überzeugung, auf gut Glück oder der Not gehorchend in der Partisanenbewegung mit. Ähnlich, aber unter schwierigeren Bedingungen, schlossen sich Juden, die aus Gettos oder Arbeitslagern entkommen waren, in den Wäldern oder Sumpfbereichen Weissrusslands den Partisanengruppen an oder bildeten eigene. In der Slowakei wurden mehrere hundert Insassen eines Arbeitslagers zu Par-

tisanen, als plötzlich – nach einem kommunistischen Aufstand – die Wachmannschaften verschwunden waren. In Italien und Jugoslawien, wo immer es Partisanenkämpfer gab, fand man auch bewaffnete Juden, und insgesamt dürften es mehr als einige Tausend gewesen sein. Die meisten dieser Juden unterstellten sich jedoch dem organisierten Untergrund: Sie kämpften als Soldaten für die Sache der Alliierten.

Die zweite Situation war Kampf, um überhaupt fliehen zu können. Beachtlich ist, dass es solche Fluchtversuche in dreien der insgesamt sechs Vernichtungslager Polens gab. Alle drei erfolgten relativ spät. In Treblinka und Sobibór brachen die Aufstände erst 1943 aus. Bei ihren Planungen hatten die Verschwörer berücksichtigt, dass der Zustrom neuer Opfer stetig nachliess, und dass die Wachmannschaften keine Häftlinge am Leben lassen würden, sobald das Deportationsprogramm endgültig ausgeschöpft war, während der Fluchtversuch wenigstens geringe Erfolgsaussichten bot. Sowohl in Treblinka als auch in Sobibór liess man sich zwar viel Zeit für die Planungen, und der Widerstand forderte viele Opfer, aber zumindest einige Insassen konnten sich in die Freiheit retten.¹⁴ In Auschwitz, wo eine geheime Widerstandsorganisation von Nichtjuden dominiert war, revoltierten nur die Mitglieder der jüdischen «Sonderkommandos», zuständig für die Krematorien. Der Ausbruchversuch vom Oktober 1944 scheiterte mit hohen Verlusten.¹⁵

Meist handelten die Flüchtlinge und Insassen auf eigene Faust oder taten sich mit wenigen zusammen. Sie trafen ihre Entscheidungen, ohne an mögliche Folgen ihres Tuns für eine ganze Gemeinschaft hilfloser Menschen zu denken oder denken zu müssen. Ganz anders verhielt es sich für jene, die im Getto kämpfen wollten, zumal wenn es darum ging, sich gegen Razzien für Deportationen oder Erschiessungen zu wehren. Auch wenn die Verfechter derartiger Aufstände vielfältigen politischen Bewegungen angehörten, waren sie sich in einem Punkt einig: Der Kampf war für sie eine Verlautbarung, dass man mit den Juden nicht mehr nach Belieben umgehen könne. Drei Beispiele dieser Art liefern die Gettos von Wilna, Bialystok und Warschau.

1941 war die jüdische Gemeinschaft von Wilna durch eine Serie von Massenerschiessungen stark dezimiert worden, so dass am Ende des Jahres nur noch wenige übriggeblieben waren. Am 1. Januar 1942 kurstierte die Proklamation einer Untergrundgruppe, wonach sich die Juden keine Illusionen mehr machen sollten: Alle Deportierten seien ums Leben gekommen, und es gehe jetzt darum, sich nicht wie die Lämmer zur Schlachtbank führen zu lassen. Dieser Aufruf dürfte der erste seiner Art gewesen sein. Zu den federführenden Autoren dieses Manifests gehörte der etwas über zwanzig Jahre alte Abba Kovner. Dieser bezweifelte grundsätzlich, dass man sich auf Abkommen oder Vereinbarungen mit den Deutschen verlassen konnte. Er sah die einzige wirkliche Überlebenschance in der Gegenwehr.

Die Zielsetzung des Untergrunds widersprach jedoch der Politik des jüdischen Polizeichefs und späteren Diktators des Gettos von Wilna, Jacob Gens. Dieser ging resolut gegen jede Verbreitung von Nachrichten über die Erschiessungen vor und strebte vor allem eine ruhige Arbeitsatmosphäre an. Im Oktober 1941 hatte er eine Frau, die den Erschiessungen nahe Ponar entkommen war, eindringlich ermahnt, niemand etwas davon zu erzählen, und am 4. Januar 1942 untersagte er ausdrücklich «die Verbreitung falscher Gerüchte und die Panikmache unter den Leuten». Gens war fest entschlossen, die Gerüchte und den Untergrund in Schach zu halten.

Der Untergrund hatte zudem ein internes Problem. Seine «Vereinigte Partisanenorganisation» wurde von dem Kommunisten Yitzhak Witenberg geleitet. Dieser gehörte ohne Wissen der Widerstandskämpfer im Getto auch einer kommunistischen Zelle in der Stadt an. Die jüdischen Partisanen im Getto und die kommunistischen Partisanen draussen verfolgten jedoch nicht die gleichen Ziele: Die Juden bereiteten sich auf eine Entscheidungsschlacht für den Fall vor, dass das Getto liquidiert werden sollte, und für den Ernstfall hatte ihnen Gens Unterstützung versprochen. Dagegen suchten die Kommunisten junge Männer, um die Deutschen sofort in den Wäldern zu bekämpfen. Eines Tages fassten die Deutschen zwei nichtjüdische Mitglieder der Wilnaer Zelle und fanden heraus, dass Witenberg dieser Gruppe angehörte, ohne allerdings

dessen Doppelrolle zu durchschauen. Sie forderten seine Auslieferung, und Gens bewegte Witenberg, nachdem die jüdischen Partisanenführer gequält zugestimmt hatten, sich zu stellen. Bei den Vereinigten Partisanen entstand jetzt einige Unruhe. Immer mehr traten dafür ein, sich in die Wälder zu schlagen, und nachdem die Deutschen, die Gens nicht über den Weg trauten, auch den Gettochef getötet hatten, bekamen die Partisanen das Getto nicht in den Griff: Es wurde liquidiert, als einige Juden noch im Inneren kämpften und andere ausbrachen. Die von langer Hand geplante Schlacht wurde zu einem Zusammenprall, bei dem die Juden des Gettos überwiegend passiv blieben. Abba Kovner führte eine der Abteilungen in die Wälder. Er überlebte, ein von Zweifeln gepeinigter Zeuge.¹⁶

Im Distrikt Bialystok, den im Sommer 1941 mehrere Einheiten der Sicherheitspolizei durchkämmt hatten, blieben die Gettos danach ein Jahr lang verschont. Das grösste dieser Gettos befand sich in der Stadt Bialystok, und dort lebten im Oktober 1942 etwa 35'000 Juden. Seinerzeit versuchte der klarsichtige Gettochef Barasz, der sich nicht scheute, von Vernichtung zu sprechen, die Produktivität des Gettos zu steigern, da dies seine Hauptstrategie war, um das Leben der Insassen zu retten. Der junge Untergrundführer Mordechaj Tenenbaum-Tamaroff machte ab 12. Januar 1943 Tagebuchnotizen und bezeichnete das benachbarte Treblinka darin bereits am 19. Januar als Vernichtungslager. Ende Januar und Anfang Februar trafen alte Kleidungsstücke von Deportierten aus liquidierten Nachbargemeinden ein, da sie zu Lumpen verarbeitet werden sollten. Barasz selber schickte einige Papiere und Photographien, die in der Bekleidung gefunden worden waren, an Tenenbaum-Tamaroff; dieser konnte sich keine Sekunde davon trennen und trug sie den ganzen Tag bei sich.

Im selben Monat setzte Tenenbaum-Tamaroff ein Manifest auf für «den Moment, da wir die Gegenaktion ausrufen». Darin schrieb er, dass in Kulmhof, Belzec, Auschwitz, Treblinka und Sobibór drei Millionen Juden umgekommen waren, und warnte die Juden, dass alle Deportierten in den Tod geschickt würden.

«Wir haben nichts mehr zu verlieren!», fuhr er fort. «Juden, man wird euch nach Treblinka bringen! Dort werden sie uns mit Gas vergiften wie räudige Hunde und dann in Öfen verbrennen. Gehen wir nicht wie die Lämmer zur Schlachtbank! «

Deutsche Rüstungsbeamte und die Sicherheitspolizei planten wegen des ständigen Mangels an Arbeitskräften schon ihren nächsten Zug gegen das Getto von Bialystok. Beschlossen wurde, das Getto zwar auszdünnen, aber grundsätzlich zu erhalten. Barasz erhielt eine Deportationsquote von 17'000. In Verhandlungen mit den Deutschen erreichte er eine Reduktion auf 6'300. Wahrscheinlich hielt die Sicherheitspolizei, die bereits acht Züge für je 2'000 Insassen bereitgestellt hatte, insgeheim an der hohen Zahl fest, machte aber gleichwohl Versprechungen, um die Ruhe im Getto zu wahren. Der Judenrat begann, eine Liste von 8'500 unerwünschten Personen und arbeitslosen Familien zu erstellen. Am 4. Februar geriet das Getto jedoch in Panik, und als Barasz erfuhr, dass die Aktion am nächsten Morgen um 3.30 Uhr starten sollte, benachrichtigte er Tenenbaum-Tamaroff und gab gleichzeitig die Parole aus, alle sollten sich verstecken. Die meisten Juden suchten ihre seit Langem vorbereiteten Schlupfwinkel auf. Der jüdische Ordnungsdienst blieb bei der Razzia weitgehend passiv, so dass die Deutschen überwiegend auf einzelne Juden zurückgriffen, denen sie Schonung garantierten, wenn sie verrieten, wo sich die verschwundenen Juden aufhielten. Ein Jude goss einem Deutschen Vitriol in die Augen. Dabei soll der Geblendete einen Schuss abgegeben und einen Kriminaloberassistenten getötet haben. Acht- bis zehntausend Juden wurden nach Auschwitz und Treblinka transportiert, weitere Hunderte erschoss man an Ort und Stelle.

Für Tenenbaum-Tamaroff gab es nach diesem Überfall auf das Getto keinen Zweifel mehr, dass das Ende kurz bevorstand. Am 27. Februar traf er seine Verbündeten von der zionistischen Jugendbewegung «Dror» und erwoag mit ihnen, ob man gleich bei der nächsten Razzia Widerstand leisten solle. Würde sich, fragte er, irgendwer im Getto verstecken dürfen? Die Jugend, sagte er, sei unter sich; ihre Eltern würden nicht eingreifen: «Dies ist ein Waisenhaus.» Hershel Rosenthal stimmte zu und sprach von der Wahl zwischen «Bettlertod» und einem histori-

schen Aufstand, gleich dem der Armenier im Ersten Weltkrieg, als sie bei Musa Dagh gegen die osmanischen Türken kämpften. Sarah Koplinski sagte: «Wenn es um die Ehre geht, so haben wir sie längst verloren.» Sie trat für einen Ausbruch in die Wälder ein. Aber die meisten in der Gruppe waren gegen Untertauchen oder Flucht, und Tenenbaum-Tamaroff zog den Schluss, man müsse handeln, «sobald der nächste Jude gegriffen wird».

Das Ende des Gettos von Bialystok kam im August 1943. Für diese Aktion wurde das 26. Polizeiregiment, unterwegs von den Karpaten an die Ostfront, nach Bialystok umdirigiert. Das Regiment bestand aus deutschen und ukrainischen Einheiten. Am 16. August gegen vier Uhr morgens wurde der Judenrat unterrichtet, dass sich alle Juden, nur mit Handgepäck, zwecks Aussonderung an einer Sammelstelle zu melden hätten. Die Juden versammelten sich wie angeordnet. Viele Familien wurden auseinandergerissen, als Tausende von Juden in der Sommerhitze 24 Stunden lang im Gras ausharren mussten. Am vierten Tag leisteten Jugendgruppen, sie sich noch im Getto aufhielten, bewaffneten Widerstand. Die Rebellen feuerten mehrere Stunden, bis ihre Munition nahezu erschöpft war. Zwei Abteilungen, eine davon aus Frauen gebildet und Mika Datner unterstellt, konzentrierten sich darauf, die Umzäunung zu öffnen. Als die beiden Breschen geöffnet waren, schossen die Deutschen hinein. Die Rebellen hatten gehofft, dass die auf den Strassen versammelten Juden in Massen ausbrechen würden, aber das Gros der Gettoinsassen blieb passiv. Als die Deutschen ihr Gegenfeuer innerhalb und ausserhalb des Gettos verstärkten, schrien beunruhigte und verängstigte Juden ihren Zorn auf die Rebellen heraus: «Warum schiessen diese Banditen? Die stürzen uns alle ins Unglück!» Das Gefecht war bald vorüber. Zu den Opfern unter den Rebellen, getötet am 20. August 1943, gehörte auch Mordechaj Tenenbaum-Tamaroff.¹⁷

Gegenüber Wilna und Bialystok blieb das grosse Warschauer Getto von Deportationen erst einmal verschont, bis am 22. Juli 1942 ein massiver Schlag erfolgte. Damit soll jedoch nicht gesagt sein, dass niemand im Getto ahnte, was vor sich ging. Ratsvorsitzender Adam Czerniaków

führte sogar Tagebuch über seine bösen Ahnungen; der Historiker Emanuel Ringelblum wurde in seinen Aufzeichnungen noch deutlicher, als er Sobibór erwähnte, «wo Juden mit Gas erstickt werden».¹⁸ Die Verbreitung dieser Nachrichten war jedoch wieder etwas anderes. Als im April 1942 eine Handvoll jüdischer Widerstandskämpfer im Getto Flugblätter verteilten, wandten sich mehrere Ratsmitglieder besorgt an Czerniaków und warnten ihn, die Untergrundschriften könnten «unsägliches Leid über die jüdische Bevölkerung bringen».¹⁹ Hier wie überall sonst war also Aufklärung nicht nur nicht gefragt, sondern sollte unterdrückt werden.

Im Frühjahr 1942 war Widerstand kaum mehr als eine vage Idee, die in heimlichen Versammlungen zwischen Vertretern unterschiedlicher politischer Gruppierungen debattiert wurde. Einer der Beteiligten war der bereits erwähnte Tenenbaum-Tamaroff, der aus Wilna gekommen war und Ende des Jahres nach Bialystok ging; ein anderer der Zionisten Menachem Kirszenboim, der es für undenkbar hielt, dass die 400'000 Bewohner des Warschauer Gettos vernichtet würden. Der Anführer des Sozialistenbundes, Maurycy Orzech, trat vehement dafür ein, dass die Juden nur gemeinsam mit den Polen kämpfen sollten, wofür die Zeit jedoch noch nicht reif sei. Bei einer weiteren Versammlung im Juni sprach sich der Historiker Itzhak Szyper gegen Selbstverteidigung aus und äusserte sich überzeugt, dass der Kern des Gettos gerettet würde.²⁰ Als dann die Warschauer Deportationen im September eingesetzt hatten, bestand der Kern nur noch aus 70'000 Juden, von denen kaum die Hälfte registriert waren; die übrigen hielten sich beiderseits der Mauer versteckt.

Einstimmigkeit war also nicht zu erzielen. Jedes der politischen Lager stellte kleine Gefechtsgruppen bereit, aber die Kommunisten weigerten sich, mit den stark rechtsorientierten Zionistischen Revisionisten unter demselben Oberkommando zu dienen, so dass die Revisionisten auf Seiten der grossen Jüdischen Kampforganisation marschierten. Die Orthodoxe Agudath kämpfte überhaupt nicht. Ihre Kommandeure waren durchweg sehr jung und hatten im Grossen und Ganzen keine militärische Erfahrung. An Ausrüstung, die nach den Deportationen gekauft

oder in Eigenbau hergestellt wurde, besass man einige automatische Waffen, ein paar Dutzend Gewehre, mehrere hundert Pistolen und eine grössere Zahl Granaten und Sprengkörper. Munition war knapp. Die kämpfende Truppe hatte etwa 750 Mann zur Verfügung.

Gegenüber standen SS, Polizei, Heereseinheiten und ukrainische Kollaborateure, ausgerüstet mit einigen Panzern und Geschützen, Maschinengewehren und Maschinenpistolen, den Widerstandskämpfern zahlenmässig um etwa das Dreifache überlegen. Dennoch dauerte das Gefecht im April und Mai 1943 drei Wochen; am Ende zählten die Deutschen und deren Kollaborateure 16 Tote und 85 Verwundete. In einem Brief vom 23. April 1943 schrieb der jüdische Kommandeur Mordechaj Anielewicz, damit sei der Widerstand zu einem Faktum geworden, und die Kämpfe würden jenseits der Mauern beobachtet. Zwei Wochen später wurde er getötet. In diesen letzten Momenten seines Lebens hätte er sich gewiss nicht träumen lassen, dass sein Waffengang mit den Deutschen einmal unauslöschlich in die jüdische Geschichte eingehen würde.²¹

17. Die Überlebenden

Ende Mai 1945 waren noch etwas mehr als eine Million Juden am Leben, die unter direkter deutscher Kontrolle oder in mit Deutschland verbündeten Ländern ausgeharrt hatten und weder vor dem Krieg noch während des Kriegs geflohen waren.

Die grösste Gruppe in diesem Rest bildeten Juden, die nicht von der Endphase des Vernichtungsprozesses erfasst wurden. So waren die jüdischen Gemeinschaften in Alt-Rumänien und Bulgarien im letzten Augenblick durch Entscheidungen der dortigen Behörden ausgespart worden. Übrig blieben auch Juden, die offen in Städten lebten, wo die Deutschen keine Transportmittel oder keine Polizei mehr für die Deportationen mobilisieren konnten. Beispiele hierfür sind Budapest, das im Winter 1944/45 ein Getto hatte, und Paris, wo bei der Befreiung

noch viele jüdische Familien unbehelligt in ihren Wohnungen lebten. Ausserdem wurden zahlreiche Juden durch ihren Status geschützt, sei es aufgrund einer wirksamen ausländischen Staatsbürgerschaft oder durch Mischehe.

Eine zweite grosse Gruppe hatte sich dem Tod durch Untertauchen, Widerstand oder Tarnung entzogen. In Westeuropa fanden viele Juden Unterschlupf in Zimmern, Kellern oder Mansarden sowie in Klöstern und anderen Einrichtungen. In Jugoslawien, Griechenland und Osteuropa versteckten sich manche Juden im Gebirge oder in Wäldern, sei es allein oder bei Partisanen. Fast überall beschafften sich wenigstens einige Juden falsche Papiere oder änderten ihre Namen. In den Kriegsgefangenenlagern, wo man sowjetische Juden erschoss, konnten einige ihr Judentum verleugnen. Diese Männer gingen meist unbemerkt in der Masse anderer sowjetischer Gefangener unter.

Die dritte bedeutende Gruppe in befreiten Gebieten oder später im eroberten Reich bildeten Menschen, die bis zum Schluss eingesperrt waren. Zu ihnen gehörten die Bewohner der von Rumänien verwalteten «Kolonien» zwischen Dnjestr und Bug, die Männer in den ungarischen Arbeitstrupps, die Juden in den Restgettos von Tschernowitz und Theresienstadt, die Insassen der Arbeitslager, die Häftlinge der Konzentrationslager Dachau, Buchenwald, Mauthausen und Bergen-Belsen, die bereits auf Schiffe verfrachteten Gefangenen des Konzentrationslagers Stutthof und all jene, die man auf Märschen von Lagern oder Arbeitseinsätzen unterwegs liegengelassen hatte. In den Lagern wurden viele angetroffen, die man zuvor von anderen Standorten verlegt hatte, besonders Auschwitz. Die Lagerjuden und die Marschopfer waren körperlich völlig am Ende.

In der Nachkriegszeit prägte niemand eine starre Definition des Begriffs «jüdischer Überlebender». Er ist nicht klar umgrenzt. Doch es gibt eine unverkennbare Rangordnung zwischen jenen Juden, die den Krieg unter den Nazis überlebt haben. Die entscheidenden Kriterien in dieser Hierarchie sind Grösse der überstandenen Gefahr und Tiefe des Leidens. Mitglieder von Gemeinden, die unbehelligt blieben, oder Menschen, die in ihren Wohnungen bleiben konnten, gelten prinzipiell ei-

gentlich gar nicht als «Überlebende». Am anderen Ende der Skala stehen Menschen, die aus den Wäldern oder Lagern gerettet wurden: Sie sind die Überlebenden par excellence.

Der Gedanke, man müsse jene, die in den tiefsten Abgrund gestürzt wurden, an die Spitze heben, hat nicht nur mit gesellschaftlicher Wiedergutmachung zu tun: Diese Menschen werden erhöht, weil sie im Besitz eines besonderen Wissens sind. Oft genug haben Überlebende selber ein solches Wissen angesprochen. Sie umschrieben es mit Ausdrücken wie «Planet Auschwitz» oder deuteten es an in Sätzen wie: «Wer es nicht miterlebt hat, kann sich das nicht vorstellen.» Gewiss haben *sie* es miterlebt, und dadurch heben sie sich von allen ab, die ihr Schicksal nicht teilten. Kein Aussenstehender könne je diese Grenze überschreiten, könne je ihre Erfahrung begreifen.

Dieses Phänomen hat eine Konsequenz. Überlebende setzen sich nicht von den Toten ab, versichern, dass sie den Toten angehören und nur durch ein Quentchen Glück nicht mit diesen in den Abgrund gerissen wurden. So spielte ein Jude aus Athen, der Auschwitz überlebt hat, Errikos Sevillias, in seinen Memoiren auf das unerklärliche Glück an:

Ich gehöre zu den wenigen, die überlebten. Erstaunlich ist nicht, dass ich es durchstand, sondern dass ich der Vernichtung entging. Siebenmal habe ich dem Tod ins Auge gesehen, und viele weitere Male wehrten ihn seltsame Umstände plötzlich von mir ab, blitzartig, ohne dass ich es wusste oder bemerkte..?

Doch Überleben war kein purer Zufall, und Überlebende, die sich als die wenigen bezeichnen, sprechen nicht für die vielen, die starben. Rein körperlich gesehen, verbinden die Veteranen der Lager, Unterschlupfe und Partisaneneinheiten zwei Merkmale. Sie waren relativ jung, meist zwischen dreizehn und Ende Dreissig. Die Überlebenden mittleren Alters waren noch weniger. Zudem befanden sie sich zu Beginn des Martyriums bei guter Gesundheit. Gettos, ganz zu schweigen von Lagern, Sumpfgebieten oder Wäldern, bargen viele Krankheitsherde, und wer bereits körperlich geschwächt war, stand gewöhnlich vor einem unüberwindlichen Problem.

Gesellschaftliche Faktoren spielten ebenfalls eine wichtige Rolle, wenngleich sie nicht so entscheidend waren wie die körperliche Verfassung. Jene Vorteile, die Menschen in Gettos, im Untergrund oder auf der Flucht begünstigten, dienten letzten Endes auch dem Überleben. «Wir kratzen die letzten Reste unserer schwindenden Mittel zusammen», schrieb ein Überlebender, der sich noch 1944 in einer polnischen Kleinstadt versteckt hielt.² Er musste nicht ausdrücklich erwähnen, dass er erst einmal gewisse Mittel besass. Die jüdischen Ärzte oder Tischler schlugen sich ähnlich durch, wenn nicht in der Freiheit, dann in einem Getto, und wenn nicht in einem Getto, dann in einem Lager.

Doch hauptsächlich kam es auf das Charakterprofil der Überlebenden an. In dieser Hinsicht unterschieden sie sich völlig von der grossen Masse ihrer Mitopfer. Der Kontrast zeigt sich in drei wichtigen Merkmalen: Realismus, Entschlossenheit und zäher Lebenswille.

Unter Juden war es keineswegs die Regel, realistisch zu sein in dem Sinne, dass man seine Umwelt nüchtern betrachtete und daraus eigenständig seine Schlüsse zog. Man war es keineswegs gewohnt, Erklärungen oder Versicherungen, die absolutes Vertrauen in die Autorität erforderten, kritisch zu hinterfragen. Rudolf Vrba, der bereits aus einem Internierungslager in der Slowakei geflohen und an der ungarischen Grenze gefasst worden war, befand sich zusammen mit jüdischen Familien, denen man «Umsiedlung» versprochen hatte, auf einem Transportzug. Als der Zug in Majdanek-Lublin hielt, wo Vrba mit Männern im Alter zwischen 16 und 45 herausgezerrt wurde, beschloss er, ab sofort «niemandem mehr zu trauen».³ Der Realist hielt Schritte ins Unge- wisse nicht für einen Segen. 1944 «verbat» eine Frau, Liuba Daniel, ihrem Mann bei einer Razzia im Getto von Kaunas, sich zu melden. Er ging trotzdem hin und kam um. Sie überlebte.⁴

Geistesgegenwart, gepaart mit der Fähigkeit, im Nu zu entscheiden, war eine weitere seltene Gabe. Eine Frau, Mitzi Abeles, entging ihren Verfolgern wiederholt um Haaresbreite; einmal sprang sie in Zagreb (Kroatien) im Nachthemd aus dem Fenster.⁵ Errikos Sevillias, jener griechische Jude in Auschwitz, der sein Überleben einem unerklärlichen Schicksal zuschrieb, erinnert sich an eine Selektion in den Bar-

cken, bei der er sich kaum Überlebenschancen gab, weil er völlig abgemagert war. «In dem Moment», schreibt er, «als ich den Wächter wegblicken sah, sprang ich ab und landete auf der anderen Seite der Sperre», wo die Kräftigen bereits von den Schwachen abgesondert waren.⁶ Wer sich schnell entschied, ging auch stets Risiken ein. Doch nicht immer wurde sein Handeln durch Gefahren ausgelöst; manchmal nutzte er nur die Gunst der Stunde. Als Isaac Rudnicki, damals ein Jüngling, im Getto von Swiecian eingeteilt wurde, in einer Waffenkammer der Deutschen zu arbeiten, beschaffte er sich zwei Schusswaffen und verbarg sie im Getto. Seine Familie war wie versteinert.⁷ Schliesslich wurde er Partisan und kämpfte nach seiner Befreiung in den Kriegen Israels. Unter neuem Namen stieg er bis zum Brigadegeneral auf: Yitzhak Arad.

Die dritte Komponente im Charakter des Überlebenden war absoluter Lebenswille. Diese Zähigkeit bestand etwa darin, sich auf Härten wie Entwürdigung, Schmerz, Kälte, Hitze, Hunger und Durst einstellen zu können. Als Rudolf Vrba von Lublin nach Auschwitz verlegt wurde, traf er zwei Polen, die ihm beide lachend rieten, er solle zum Stacheldrahtzaun rennen – die Wache würde schiessen, und alles hätte schnell ein Ende. Vrba erwiderte wütend: «Ich lebe noch, wenn ihr längst tot seid!» Beide starben tatsächlich einen Monat später an Typhus. Vrba war entschlossen, ass und trank alles, «sogar Brot mit Sägemehl oder Tee wie aus der Kloake».⁸ Der viel ältere Sevillias war bereits über vierzig. Gleichwohl muss er aussergewöhnlich zäh gewesen sein. Als ihn die sowjetische Armee befreite, wog er nur noch 32 Kilo. Aber er lebte.⁹

Sevillias, Vrba, Abeles, Daniel und Arad heben sich sogar von den Überlebenden als ungewöhnliche Menschen ab. Sie verbinden alle Merkmale, mit denen man extremste Situationen durchstehen konnte. Gleichzeitig personifizieren sie am deutlichsten einen Grundzug aller, die den Umständen trotzten: Glück hatten sie erst *nach* dem Entschluss, sich auf alle Fälle retten zu wollen.

Fast alle Juden, die bei Kriegsende befreit wurden, hatten einen Ver-

lust erlitten. Für viele, etwa in Alt-Rumänien, war der Schaden vor allem materieller Natur: Ersparnisse, Arbeitsplätze und Wohnungen waren dahin. Andere, darunter die meisten Überlebenden aus Lagern, hatten den Tod naher Angehöriger zu beklagen. Und schliesslich war, besonders für die ganz Jungen, jene Zeit verronnen, in der man gewöhnlich zur Schule geht.

Nur wenige der Überlebenden traten mit bleibenden Krankheiten oder Gebrechen in die Nachkriegswelt ein – hätten sie doch als Krüppel oder Blinde gar nicht überleben können. Allerdings fanden sie kaum inneren Frieden. Die Zwanzig- oder Dreissigjährigen, unter ihnen viele junge Witwer oder Witwen, heirateten nicht selten andere Überlebende. Viele von denen, die normalerweise ihre Ausbildung vorangetrieben hätten, liessen das bleiben. Manchmal bezeichneten sie sich als «Absolventen» von Auschwitz oder Bergen-Belsen.¹⁰ Meist fiel es ihnen, wie den Flüchtlingen vor dem Krieg, extrem schwer, über ihre Erlebnisse zu sprechen. Die Nachkriegsstimmung in Israel und den Vereinigten Staaten war zukunftsorientiert, und zudem standen diese Staaten neuen Feinden gegenüber: Israel den Arabern, die USA der Sowjetunion. So fand der Überlebende kein Publikum, und oft fühlte er sich isoliert wie jemand, der nicht verstanden wird. Zwar wurden viele Memoiren geschrieben, aber nur für einen kleinen Leserkreis.

Elie Wiesel schrieb seine Geschichte für jüdische Leser auf Jiddisch, gab ihr den Titel «Und die Welt hat geschwiegen». Das Buch kam in Argentinien heraus und wurde erst viel später, gekürzt, weltweit bekannt unter dem Titel *Nacht*. Primo Levi berichtet, dass seine Erinnerungen [*Ist das ein Mensch?*] anfangs in einer Auflage von 2'500 Exemplaren erschienen, wovon 600 übrigblieben und «in einem Magazin unverkaufter Bücher» in Florenz bei einer Überschwemmung untergingen.¹¹

Die Überlebenden Westeuropas kehrten in ihre jeweilige Heimat zurück. In Belgien und in den Niederlanden hatten die wiedererstehenden jüdischen Gemeinden nur noch einen Bruchteil ihrer früheren Grösse. Doch in Dänemark, Frankreich und Italien erhielten sie Zustrom durch neue Immigranten: Nach Dänemark kamen polnische, nach Frankreich

algerische und nach Italien libysche Juden. Dagegen kehrten die Restgruppen aus Osteuropa und vom Balkan entweder nicht mehr zurück oder wollten in einem zu bildenden Judenstaat beziehungsweise in den USA ein neues Leben beginnen. Als die lange abgeriegelte Sowjetunion ihre Grenze für Emigranten öffnete, setzte auch dort die Abwanderung ein und verstärkte sich in den achtziger und neunziger Jahren.

Die Überlebenden beeinflussten die jüdische Gemeinschaft stark, aber nicht durch das, was sie sagten oder taten, sondern einfach dadurch, dass sie zwischen 1945 und 1948 als «irrepatriable displaced persons» [nicht rückführbare Heimatvertriebene] teils in Deutschland, teils in Österreich in Lagern lebten. Im Westen und in Palästina galten noch die Einwanderungsgesetze von 1939, und die extrem restriktive Immigrationspolitik des unter britischer Verwaltung stehenden Mandatsgebiets Palästina – wonach nur ganz wenige derer eingelassen wurden, die in Deutschland darben – heizte die Gefühle in den westlichen jüdischen Gemeinschaften, besonders in den Vereinigten Staaten, bis zum Siedepunkt an. In den jüdischen Gemeinden verlor der Antizionismus jegliche Basis, und über Nacht kristallisierte sich die Übereinstimmung heraus, dass die während des Kriegs völlig im Stich gelassene Judenheit eine eigene Heimat brauchte. Unter diesem Druck gab die britische Regierung ihr Mandat über Palästina auf, und am 14. Mai 1948, fast auf den Tag genau drei Jahre nach dem Ende der Katastrophe, wurde Israel geboren.

Zuschauer

«Er sagt, es tut ihm nicht weh, wenn ich mir in den Finger schneide.»

Formulierung eines Dolmetschers, der Claude Lanzmann eine Antwort des Polen Czeslaw Borowi erklärte. Borowi hatte fast direkt neben dem Vernichtungslager Treblinka gewohnt.

18. Nationen in Adolf Hitlers Europa

In den Machtsphären oder Einflussgebieten des Nazi-Regimes lebten mehrere hundert Millionen Nichtjuden. Viele dieser Menschen waren weit von den Brennpunkten der antijüdischen Massnahmen entfernt; viele andere wohnten in unmittelbarer Nachbarschaft der Opfer. Von den Orten mit direktem Blick auf die Katastrophe verbreiteten sich die Nachrichten in ganz Europa. Sogar wer sich abwandte und weder fragte noch auf Gerüchte hörte, behielt ein dumpfes Bewusstsein. Das Verschwinden der Juden oder das Freiwerden ihres Besitzes signalisierten deutlich genug, was vor sich ging. Man konnte das Geschehen nicht völlig ignorieren.

Gleichzeitig lassen die rudimentären offiziellen Stimmungsberichte der deutschen Behörden vermuten, dass die meisten Menschen völlig gleichgültig oder gar apathisch auf alle Ereignisse reagierten, die ihr eigenes Leben nicht unmittelbar berührten. Als der Krieg sich verschärfte, traten zunehmend persönliche Notlagen in den Vordergrund. Holländer machten sich Sorgen über ihre Fahrräder, Franzosen über Kürzungen, Ukrainer über die Ernährung und Deutsche über Luftangriffe. Alle diese Menschen begriffen sich als Opfer, ob des Kriegs, der Unterdrückung oder des «Schicksals».

Dennoch zeigten die nationalen Einstellungen gegenüber Tätern und Opfern feine – manchmal auch weniger feine – Schattierungen. In jedem einzelnen Volk prägten bestimmte historische, kulturelle und situationsbedingte Faktoren im Verlauf der Judenvernichtung typische Reaktionen und sogar typische Veränderungen dieser Reaktionen aus.

Um diese Nationen miteinander vergleichen zu können, muss man mit Deutschland selbst beginnen, wo der Unterschied zwischen Tätern und Zuschauern am wenigsten ausgeprägt war – eigentlich gar nicht bestehen sollte. Diesen Vorschlag hat Reinhard Heydrich – als Chef der deutschen Sicherheitspolizei – bei einer Konferenz im November 1938,

die Hermann Göring leitete, am unverblümtesten ausgesprochen. Gegen Görings Vorschlag, man müsse in sämtlichen deutschen Städten spezielle Judengettos einrichten, wandte Heydrich mit Nachdruck ein: Er bevorzuge die Kontrolle der Juden durch den wachsamen Blick der ganzen Bevölkerung.¹ Das Prinzip durchgängiger Überwachung basierte offenbar auf der stillschweigenden Annahme, dass ein Heer von Deutschen, Männern wie Frauen, ständig bereit war, alles Verdächtige in der jüdischen Gemeinschaft ständig zu berichten.

In der Tat waren die Juden in Deutschland schon bald völlig isoliert. Noch bevor man sie zwang, «Israel» oder «Sara» als Zusatznamen zu führen, und lange vor Verhängung der Pflicht, den gelben Stern zu tragen, wurden die Juden offen gebrandmarkt und manchmal total gemieden. Im November 1934 schrieb ein deutscher Rechtsanwalt namens Coblenzer, der in Bochum lebte, an das Justizministerium und beklagte sich, man verdächtige ihn wegen seines jüdisch klingenden Nachnamens, den er nicht ändern wolle, so dass ihm zunehmend Mandanten wegliefen und er zu verarmen drohe. Kursierte das Gerücht, fuhr er fort, man sei Jude, so komme dies dem finanziellen Ruin gleich. Er persönlich sei Vollarier, habe im Ersten Weltkrieg vier Jahre und vier Monate an der Front gekämpft. Zudem sei ihm das Eiserne Kreuz I. Klasse verliehen worden. Doch er sei machtlos, und ausser ihm, so schätzte er, ein Zehntel aller mitbetroffenen deutschen Geschäftsleute in seiner Stadt.²

Während viele Deutsche allen Juden aus dem Weg gingen, zeigten sie grosses Interesse an jüdischem Vermögen. Nachdem in Leipzig erste Judentransporte in Richtung «Osten» abgegangen waren, blieben 118 Koffer, ein Rucksack und eine Handtasche mit Inhalt zurück. Der örtliche Vertreter des Finanzministeriums übergab die persönliche Habe einem Versteigerer, und dieser trug die einzelnen Stücke, ihre ehemaligen jüdischen Eigentümer, die geschätzten Zuschläge, die Namen der deutschen Käufer und die erzielten Preise in eine Liste ein. Praktisch alles wurde verkauft.³ In ganz Deutschland fanden Zehntausende jüdischer Wohnungen neue Besitzer; Mobiliar aus jüdischen

Haushalten in Deutschland und westlichen Ländern zierte deutsche Büros und Privaträume; kleinere Objekte verteilte man an Bedürftige, manchmal direkt aus den Tötungszentren, wo sie angefallen waren. Die Empfänger fragten nicht lange.

In Deutschland konnten sich relativ wenige Juden verstecken. Zwar gibt es kaum Statistiken, aber wir wissen, dass ein sehr grosser Anteil jener wenigen Tausend, die bei deutschen Familien Zuflucht oder Hilfe fanden, entweder durch Mischehen mit ihren Rettern verwandt, Abkömmlinge von Deutschen oder konvertierte Christen waren. Das ergab jedenfalls eine Studie, die nach dem Krieg in Wien angefertigt wurde.⁴ Ähnliche Resultate zeitigte eine detaillierte Untersuchung in Mönchengladbach und Umgebung. Darin wurde unterschieden zwischen der Zeit bis zu den Deportationen und der späteren Phase, als Helfen gefährlicher wurde. Fallgeschichten aus der Vorphase betreffen ein jüdisches Ehepaar, das sich die Haare «blond» färbte, eine Jüdin mit zwei kleinen Kindern, die häufig ihr Versteck wechselte, und zwei Juden, die als «bombengeschädigte Evakuierte aus dem Rheinland» ausgegeben wurden. Für die spätere Periode, die mehr Menschen erfasste, stehen ein Halbjude, der gemäss amtlicher Definition «Geltungsjude» war, ein Paar in Mischehe, eine zum jüdischen Glauben übergetretene Frau in «privilegierter Mischehe», die sich vor der Deportation fürchten musste, obwohl sie anfangs nicht gefährdet war, und so fort.⁵ Kurz, die Juden waren auf ihre Erfindungsgabe verwiesen, um ihre Helfer nicht zu gefährden, oder weitgehend von deutschen Verwandten abhängig, sofern sie welche hatten.

Von Deutschland ging der Vernichtungsprozess aus. Es verlief keine Kluft zwischen dem Mann auf der Strasse und den Tätern, die man in jeder Behörde oder Dienststelle fand. In einer Gesellschaft, wo die Menschen dazu neigten, gegen Revolutionen zu revoltieren, war es schwierig, sich gegen die jeweils herrschende Ordnung aufzulehnen; doppelt schwierig aber und doppelt gefährlich wurde es, nachdem alle Verordnungen in Kraft getreten waren und die Züge schon rollten. Wer half, stand in Deutschland fast völlig allein.

Kein anderes Land in Europa glich Deutschland, und erst recht gab

es keine Blaupausen. Gemessen am fast totalen Engagement, kam das Baltikum dem Reich noch am nächsten. Aber selbst dort lassen sich wichtige Abweichungen nachweisen.

Estland, Lettland und Litauen waren antikommunistisch eingestellt. Ihre zwei Jahrzehnte der Unabhängigkeit endeten 1940 durch den Einmarsch der Roten Armee. Ein Jahr später waren die Deutschen als Befreier höchst willkommen. In den zwölf Monaten ihrer Herrschaft hatten die Sowjets nicht nur das ganze Territorium unterdrückt, sondern auch viele enteignet und deportiert, wobei auch bourgeoise Juden zu den Opfern gehörten. Doch die baltischen Nationalisten sahen die Juden nicht als gleichermassen betroffen an; vielmehr konzentrierten sie sich auf die Juden im sowjetischen Polizeiapparat, und die neue Symmetrie sprach für ein Bündnis mit Deutschland gegen die Sowjetunion und gegen die Juden.

Zuerst als Zivilisten, dann als Hilfskräfte und schliesslich als uniformierte Angehörige der deutschen Polizei traten Zehntausende von Litauern, Letten und Esten an, um die in ihrer Mitte lebenden Juden zu erfassen, zu überwachen und vielfach auch zu erschiessen. Innerhalb von sechs Monaten, ab Mitte 1941, wurden die baltischen Juden bis auf geringe Überreste in den Gettos vernichtet. Später gingen die baltischen Polizeibataillone dazu über, jene Juden zu töten, die aus Deutschland in die Region verschleppt wurden; damit nicht genug, sie schweiften von ihren heimischen Stützpunkten weit aus, um ihren deutschen Herren beim Vollzug der «Endlösung» in Polen und im besetzten Teil der UdSSR zu helfen. Doch als ihre Juden getötet waren, jubelten die baltischen Völker nicht.

Schon 1941 machte sich auf dem Baltikum eine erste Enttäuschung breit. Ein grosses Problem lag darin, dass die drei Länder nicht wieder unabhängig werden durften. Ein weiterer Nachteil war die wirtschaftliche Ausbeutung. So erkannte die litauische Führung rasch, dass der amtlich auf gezwungene Wechselkurs: 1 Reichsmark = 10 Rubel den Deutschen jede Menge Devisen bescherte, mit denen die Besatzer alles aufkaufen konnten.⁶ Am unerträglichsten war jedoch die unverfrorene Arroganz der deutschen Oberherren gegenüber den Einwohnern der

baltischen Staaten. In den Augen der Deutschen waren besonders die Litauer und Letten gutmütige, freundliche Völker, aber in erster Linie Bauern. In SS-Kreisen galten die Litauer als geistig träge und überschwemmt von unglaublich viel slawischem Blut.⁷ Der deutsche Stadtkommissar von Kaunas bezeichnete die Litauer sogar als «primitiv».⁸ Selbst im höher eingestuften Lettland erlaubten sich die Deutschen viele Massnahmen, die sofort Ressentiments auslösten: etwa körperliche Züchtigung lettischer Bahnarbeiter sowie Trennung von Deutschen und Letten in Personenzügen, damit sich die deutschen Passagiere nicht mit lettischen Krankheiten infizierten.⁹

Aus den baltischen Freiwilligen waren Instrumente geworden. Sie hatten getötet, und viele ihrer Opfer, ihre jüdischen Nächsten, lagen in baltischer Erde verscharrt. Die Juden aus Deutschland hatte man deportiert: *Sie* waren nicht am Rhein erschossen worden. Doch die Juden von Kaunas oder Riga hatte man in unmittelbarer Nähe ihrer Wohnungen umgebracht. Im Sommer 1942 wurde in Litauen aufwendig nach Massengräbern gefahndet. Offiziell ging es um die Gefahr von Krankheitsherden; die Angst vor späterer Entdeckung blieb unerwähnt.¹⁰ 1942 und 1943 gaben Litauer anonym Flugblätter heraus, in denen sie ihre Landsleute mahnten, nicht mehr an der Erschiessung von Juden teilzunehmen.¹¹

Auch in Lettland machte sich Unbehagen breit. Schon am 19. Januar 1942 meldete der SS- und Polizei-Standortführer in der Hafenstadt Liepaja Gerüchte, nach der «Hinrichtung» der Juden drohe vielen Letten der «gleiche Weg», speziell wenn sie für deutsche Behörden gearbeitet hätten. Als man in Liepaja drei deutsche Soldaten tot auffand, kursierte das weitere Gerücht, hundert Letten würden dafür erschossen, obwohl sich herausstellte, dass die Soldaten Selbstmord begangen hatten.¹² Im Südosten Lettlands, wo viele Slawen lebten, munkelte man, nach den Juden würden nun Polen und Angehörige der Russisch Altgläubigen Kirche liquidiert. Die Befürchtung verstärkte sich, als am 4. Mai 1942 nachts Dörfer umstellt wurden und eine Umsiedlungsaktion gegen Polen und Russen begann, so dass die Einwohner mit dem Allerschlimm-

sten rechnen mussten. Ein deutscher Gendarmerieleutnant, der die Razia beobachtete, hielt die Angst angesichts des Vorgehens für verständlich, auch wenn sie nicht begründet war.¹³

Für das ukrainische Gebiet stellte das Einsatzkommando 6 der deutschen Sicherheitspolizei in einem Bericht fest, dass die Feindseligkeit gegenüber den Juden oder – wie es hiess – «das Verständnis für die Judenfrage» ein West-Ost-Gefälle erkennen liess.¹⁴ Trotz seiner wenig systematischen Anlage traf der Text etwas Richtiges. Die westlichen Teile der Ukrainischen SSR hatten knapp zwei Jahre lang unter der sowjetischen Herrschaft gelitten, und die Wut auf Kommunisten wie auch die Gleichsetzung von Juden mit Kommunisten dürften in dieser Gegend ebenso stark gewesen sein wie auf dem Baltikum. Im alten sowjetischen Gebiet dagegen wurden die deutschen Eroberer zunächst freudig begrüsst, danach beargwöhnt, später gefürchtet und schliesslich abgelehnt. Diese Reaktionen traten zutage, obwohl die deutschen Besatzer bemüht waren, zwischen Ukrainern und Russen – ja, allen anderen Slawen – zu differenzieren. In einem mühevollen Versuch erklärte ein deutscher General, dass Ukrainer faktisch «Arier» seien, auch wenn sie in ihrer Entwicklung stehengeblieben waren.¹⁵ Seine Theorie bewährte sich jedoch nicht. Man ergriff vielmehr in den besetzten Gebieten die gleichen Massnahmen gegen Russen, Weissrussen und Ukrainer. Diese Einebnung war in hohem Masse dafür verantwortlich, dass alle ostslawischen Völker ähnlich finster reagierten.

Obwohl die Deutschen jene Ukrainer, die in den alten Grenzen der Sowjetunion lebten, kaum für sich einnehmen konnten, brauchten sie sich nicht um deren besondere Judenfreundlichkeit zu sorgen. Viele junge Ukrainer dienten in der Roten Armee, waren Kriegsgefangene oder von den im Rückzug begriffenen sowjetischen Behörden als wichtige Fachkräfte evakuiert worden. Zurück blieben zerstörte Städte und abgerissene Verbindungsstränge. Eine völlig desorientierte Bevölkerung, ungewiss über ihre Zukunft unter deutscher Besatzung, griff nach jedem Strohalm, um sich über Wasser zu halten. In diesem Zustand des Verfalls galten die Juden als ein eigenständiges Volk, dessen verdientes oder unverdientes Elend nicht Sache der Ukrainer und schon

gar nicht von ihnen zu verantworten war. Bereits Ende September 1941 berichtete die Einsatzgruppe C, die seinerzeit durch den Norden des ukrainischen Gebiets zog, dass die Juden als eine Last galten, solange sie einen Teil der Nahrungsmittel verzehrten. Geflüchtete Juden wurden von den Ukrainern weder aufgenommen noch versorgt. Sie lebten in Höhlen oder total überfüllten alten Hütten.¹⁶

Später soll die Zivilbevölkerung in Charków, wo schon fast alle verbleibenden Juden erschossen worden waren, mit ganz wenigen Ausnahmen weiterhin absolut feindselig gegen die Judenheit eingestellt gewesen sein. Täglich wurden untergetauchte Juden mit Hilfe von Einheimischen gefasst, die verrietten, wo sich die Opfer versteckt hielten.¹⁷

Im Bezirk Brest-Litowsk, wo Ukrainer und Polen zusammenlebten, berichtete die Gendarmerie der deutschen Polizei, während der Massenerschiessung von Juden im Oktober 1942 seien Gerüchte aufgekommen, die Deutschen würden als nächstes die Polen und Russen und dann die Ukrainer erschiessen. Diese Gerüchte, so die Gendarmerie, hätten den Juden anfangs Sympathien eingetragen, doch im November habe sich die nichtjüdische Bevölkerung schon wieder sicher gefühlt und mit grossem Eifer geholfen, versteckte Juden in den Wäldern aufzuspüren; ausserdem sei sie dankbar gewesen, altes jüdisches Mobiliar aus dem geräumten Getto zu Schleuderpreisen kaufen zu können. Gleichzeitig jedoch nahm jeder Ukrainer, der Juden schützte, ein akutes Risiko auf sich. So erschoss eine deutsche Polizeikompanie in dem Dorf Samary (Wolhynien, etwa 70 Kilometer östlich von Brest-Litowsk gelegen) eine ganze ukrainische Familie, bestehend aus einem Mann, zwei Frauen und drei Kindern, weil sie eine jüdische Frau bei sich untergebracht hatte.¹⁸

Wie auf dem Baltikum, wurden die Juden auch in der Ukraine sehr schnell vernichtet. In den besetzten ukrainischen Grossstädten östlich Wolhyniens und Galiziens gab es Ende 1941 nicht einmal mehr Restgettos. Doch obwohl sich die Ukrainer total von den jüdischen Opfern distanziert hatten, mussten sie nun feststellen, dass die Deutschen sie zumindest in einer Hinsicht fast wie Juden behandelten, als ihre Metro-

polen einen Wesenszug des Gettolebens annahmen: den Hunger. Die Engpässe waren eine direkte Folge der deutschen Politik, nämlich die eigenen Invasionstruppen mit den Produkten und Viehherden des jeweils eroberten Landes zu ernähren.¹⁹

In der ukrainischen Hauptstadt Kiew, wo Ende September 1941 ein Massaker unter den Juden angerichtet worden war, berichtete die Sicherheitspolizei am 19. November des Jahres, Nahrungsmittel gebe es nicht mehr zu kaufen, sondern nur noch auf dem Tauschwege.²⁰ An wöchentlichen Rationen bekam man in Kiew unter anderem 200 Gramm Brot. Arbeiter sollten in den Betrieben zusätzlich 600 Gramm erhalten. Fett, Fleisch oder Zucker fehlten ganz; im Dezember 1941 meldete der ukrainische Bürgermeister die Ausbreitung von Hungerödemen in der Bevölkerung.²¹

In Charków, der zweitgrössten ukrainischen Stadt, wo die deutschen Herrscher die Ernährungslage als völlig katastrophal einschätzten, beschlossen sie am 16. Dezember 1941, wöchentlich je 10'000 der Stadtbewohner in Fussmärschen an die Front, in die Obhut der Roten Armee zu treiben. Man liess den Plan fallen, ohne dass sich die Lage entspannt hätte. Das rückwärtige Heeresgebiet der 6. Armee war auf hundert Kilometern «leergefressen». Charków selbst liess sich nicht wiederaufbauen, nur noch «ausschlachten».²² Ein ungefähres Bild der Lage Charkóws gewinnt man aus den periodischen Berichten über Sterbefälle, die Professor Ssosnowy, Leiter des städtischen statistischen Amtes, an die deutsche Militärverwaltung sandte. Seine Zahlen zum Stichtag 1. Juli 1942, als Charków 446'073 Einwohner hatte, ergeben sich aus der Übersicht auf S. 223.

Wie die ukrainische SSR war auch ganz Weissrussland während des Kriegs besetzt, und auch dort beschlagnahmten die Deutschen die Holzkarren der Bauern, ihr Vieh und ihre Ernten. Gegenüber der Ukraine gab es in Weissrussland aber anhaltende, manchmal heftige Partisanenkämpfe, worauf die Deutschen wiederholt mit Expeditionen reagierten, bei denen sie ganze Dörfer in Brand setzten und deren Bewohner als halbverkohlte Leichen zurückliessen.²³ Mehrere Partisanentrupps hatten auch Juden in ihren Reihen, aber diese jüdischen Kämpfer hielten

Sterbefälle unter den Nichtjuden Charkóws*

1942	Sterbefälle insgesamt	Sterbefälle durch Verhungern
Januar	1603	552
Februar	2133	1283
März	2699	1821
April	2953	2101
Mai	3161	2237
Juni	2426	1375
Juli	1966	1089
August	1365	725

* Bevölkerungsstatistik zum 1. Juli 1942, gemäss einem Bericht von Professor Ssosnowy, Charków Oblast Archiv, Fond 2982 OpisI, Heft 232. 69 Prozent der Einwohner waren Ukrainer, 28 Prozent Russen. Eine 14tägige Statistik der Sterbefälle, Mitte Dezember 1941 bis Mitte September 1942, findet sich im Bericht Ssosnowys vom 28. September 1942 an Dr. Martin von der deutschen Militärverwaltung, Fond 2982 Opis 4 Heft 390a. Der Höchstwert von 3'161 im Mai 1942 (0,7 Prozent aller Einwohner der Stadt) entspricht fast fünfzig Prozent des Maximums im Warschauer Getto Mitte 1941.

es oft für sicherer, ihre Identität vor den nichtjüdischen Kameraden zu verbergen.²⁴ Jene Juden, die auf Schutz bei den Partisanen hofften, waren in einer sehr viel heikleren Lage. Bei einem Gefecht liessen Partisanen, als sie von deutschen und slowakischen Soldaten angegriffen wurden, eine grosse, offenbar unbewaffnete Gruppe von Juden einfach im Stich. Insgesamt 113 Juden wurden gefasst und massakriert.²⁵ Am Ende waren ziemlich viele jüdische Flüchtlinge auf sich gestellt. Keine Partisanenformation wollte sie, weil die Leute überwiegend weder ausgebildet noch bewaffnet waren oder weil sie Frauen und Kinder bei sich hatten. In jüdischen Einheiten und Lagern zusammengeschlossen, konnten sie nur überleben, indem sie sich durch Requirieren in den benachbarten Bauernhöfen versorgten. Da sie ständig Gefahr liefen, denunziert zu werden, mochten sie sich auch gezwungen sehen, Gewalt gegen die Bauern anzudrohen oder einzusetzen, wodurch sich die Kluft zwischen ihnen und der einheimischen Bevölkerung immer stärker vertiefte.²⁶

Die meisten Juden kamen im besetzten Polen um, wo sich das Gros der Gettos und alle Vernichtungslager befanden. In den Lagern kamen zu den Transporten polnischer Juden die Deportationszüge mit Juden aus Nord-, West- und Südeuropa. Fast überall in Polen waren die Juden vom Tod umgeben.

Das Polen der Vorkriegszeit war nach europäischen Verhältnissen zwar kein kleines Land, aber wirtschaftlich gesehen brachte das Volk nicht viel zuwege. Die polnische Industrie, besonders Erdöl, Elektrotechnik, Textilien, Chemie und Bergbau, lag überwiegend in ausländischer Hand, der überwiegende Teil der Einheimischen lebte von der Landwirtschaft. Der Wohnungsbau war extrem rückständig; im Schnitt teilten sich vier Personen einen Raum, wobei separate Küchen, so es sie gab, als Zimmer zählten.²⁷ Unter der Besatzung verschärfte sich die Lage. Die polnischen Intellektuellen wurden verfolgt und getötet. Arbeiter mussten zum Einsatz ins Deutsche Reich. Alkoholismus und Tuberkulose nahmen sprunghaft zu. In der Mitte Polens, von den Deutschen als Generalgouvernement bezeichnet, gab es Nahrungsmittel fast nur auf dem Schwarzmarkt, so dass der Konsum, 1940 noch 2'500 bis 2'800 Kalorien täglich, im Winter 1940/41 auf 2'050 bis 2'400 und 1942 sogar auf 1'700 bis 2'200 Kalorien gesunken war.²⁸ Wenn die polnische Bevölkerung insgesamt auch nicht in dem Masse hungerte wie die Juden in den Gettos oder die Ukrainer in den Städten, so brachte die Knappheit an Nahrungsmitteln, besonders in den Metropolen, doch ernste Gefahren für Widerstandskraft und Gesundheit mit sich.²⁹

Die Einstellung der Polen gegenüber den Juden wurzelte in einer Vorkriegsstimmung, die von Toleranz bis Animosität reichte. Zwar herrschten die Polen in ihrer Republik, die zwischen den beiden Weltkriegen zwei Jahrzehnte lang bestanden hatte, sie stellten jedoch nur zwei Drittel der Gesamtbevölkerung. Im Osten gab es eine beträchtliche ukrainische und weissrussische, im Westen eine grosse deutsche Minderheit. Die im Westen relativ schwach vertretenen Juden hatten sich vor allem in der Mitte und im Osten Polens niedergelassen. Mit rund 3,35 Millionen Einwohnern stellten sie etwa zehn Prozent der Gesamtbevölkerung und lebten überwiegend in Gross- und Kleinstädten.

Die meisten Juden gingen selbständigen Berufen nach. Es gab vergleichsweise wenige jüdische Lohn- oder Gehaltsempfänger, und diese waren meist bei jüdischen Unternehmen beschäftigt.³⁰ In den Augen vieler polnischer Politiker, besonders des rechten Flügels, war die Zahl der Juden einfach zu gross. Die polnische Gesellschaft, ihre Wortführer und Autoren, waren der Religion nach katholisch und in ihrer Weltanschauung nationalistisch. Die Judenheit lebte indessen unverkennbar jüdisch. Eine grosse Mehrzahl der Juden hatten Jiddisch als Muttersprache, und obwohl die meisten jüdischen Kinder polnische Schulen besuchten, galten die Juden als nicht assimilierbar. Sehr viele jüdische Erwachsene sprachen schlecht oder gar nicht Polnisch. Aus der Sicht eines Grossteils der Polen waren die Juden, obwohl sie immer wieder ihre Loyalität zum polnischen Staat beteuerten, nicht fähig, den Geist und die Sehnsüchte des polnischen Volkes zu verstehen.

Mit Beginn der Okkupation vertiefte sich die Kluft. So waren zum Beispiel die polnischen Bauern erleichtert, als man ihre Schulden bei Juden stornierte,³¹ und in den Städten griffen Polen schnell zu, wenn sie aufgrund der Gettobildung bessere Wohnungen beziehen konnten.³² Als Juden in Kielce eintrafen, die man aus überfüllten Städten transportiert hatte, «wurde festgestellt, dass die Bevölkerung sich weigerte, die Evakuierten ordnungsgemäss aufzunehmen».³³ Auch die Wahrnehmungen gingen sehr weit auseinander. So zeigte der Soziologe Jan Gross, dass 1940 und 1941 viele Polen glaubten, exponierter und bedrohter zu sein als die Juden: Die jüdischen Gemeinden hätten mit ihren Räten eine Art Selbstverwaltung gebildet; Juden würden weder nach Deutschland gebracht noch aus politischen Gründen verhaftet oder gefoltert. Ausserdem hiess es, die Juden verhielten sich im Unterschied zu den Polen fügsam und unterwürfig gegenüber den Deutschen.³⁴

Während der Getto-Zeit teilten Polen und Juden nur noch ein wesentliches Tätigkeitsfeld: den Schwarzhandel, besonders in Warschau. Auf diesem Markt trat die in Jahrhunderten gewachsene Übereinstimmung der beiden Gemeinschaften noch einmal zutage. Doch 1942 brachte die

Deportation und Tötung der Juden eine drastisch veränderte Situation hervor, auf die weder die Polen noch die Juden vorbereitet waren.

Für manche der rechtsradikalen Polen, denen die Juden immer schon ein Dorn im Auge waren, entsprachen die Deportationen geheimen Wünschen. Bei den Gemässigten regten sich dagegen etwas komplexere Gedanken. Die meisten Polen wussten, dass sie bei den Deutschen keineswegs beliebt waren, und als sie erkannten, was mit den Juden geschah, lag die Befürchtung nicht fern, sie selber könnten die nächsten sein. Entsprechende Reaktionen beobachtete man in Wolhynien.³⁵ Ähnliche Ängste zeigten sich im Distrikt Lublin, wo die Deutschen nach ihrer Razzia gegen die Juden dazu übergingen, Polen zwangsweise, aber im Ton freundlich, von einer Zone in eine andere umzusiedeln.³⁶

Manche meinten sogar, man müsse den Juden helfen, wenn schon nicht als Polen, so doch als Opfern des deutschen Feindes. Es gab zwei Hilfsorganisationen, die eine zivil, die andere paramilitärisch. Der zivile Rat für Judenhilfe «Zegota» wurde speziell gegründet, um Verstecke für Juden bereitzustellen und diese Menschen in ihrer bedrohten Existenz zu unterstützen. Mitglieder der Zegota riskierten ihr Leben, indem sie etwa falsche Papiere beschafften, Geld für jüdische Flüchtlinge auftrieben, jüdische Kinder in Waisenhäusern unterbrachten oder zuverlässige polnische Ärzte beauftragten, in den geheimen Schlupfwinkeln erkrankte Juden zu behandeln.³⁷ Verglichen mit den Massen der Juden, die umkamen, rettete die Zegota zwar nur sehr wenige Menschen, aber der Rat hatte auch nur geringe Mittel und arbeitete unter grossen Gefahren, weil gleichzeitig Kopffäger und Erpresser versteckten Juden auf den Fersen waren.

Im militärischen Bereich hatte Polen drei Untergrundbewegungen: die rechtsextremen Nationalen Streitkräfte (NSZ), feindselig gegenüber Deutschen, Ukrainern, Weissrussen und Juden; die eher gemässigte Armia Krajowa, als grösste dieser drei der polnischen Exilregierung in London unterstellt; und die Armia Ludowa, eine kommunistische Volksarmee. Im Februar 1942 bildete die Armia Krajowa eine Sonderabteilung für Judenangelegenheiten unter Henryk Wolinski.³⁸ Mit

ihrem Netz von V-Leuten und Kurieren zog sie Informationen ein, die nach London übermittelt wurden. Dort gab die polnische Exilregierung mehrere Erklärungen ab, in denen sie diese Einzelheiten aufführte, da aber die Alliierten untätig blieben, konnte die Weitergabe solcher Nachrichten nichts am Lauf der Dinge ändern.

Zwar wirkte sich der direkte militärische Beistand handgreiflicher aus, aber weder erfolgte er automatisch, noch blieb er frei von politischem Kalkül und Komplikationen. In diese Rubrik gehört der Kampf um das Warschauer Getto ebenso wie das Schicksal jüdischer Partisanenkämpfer in den Wäldern.

Im Warschauer Getto, wo am 22. Juli 1942 die Massendeportationen begannen, debattierten die Vertreter der jüdischen politischen Parteien zwar über Widerstandsmassnahmen, konnten sich aber erst auf eine feste Strategie einigen, als schon gut die Hälfte der Insassen verschwunden waren. Infolgedessen ging man nicht vor August oder September auf die Armia Krajowa zu, und da waren die einst 370'000 Warschauer Juden schon auf knapp 70'000 dezimiert.³⁹ Die erste Anfrage fand ein schwaches Echo. Man schickte eine Handvoll Pistolen, die aber überwiegend unbrauchbar waren.

In der Armia Krajowa war bis dahin noch niemand überzeugt, dass die Juden ernsthaft kämpfen würden. Insgesamt teilten die Anführer der Untergrundbewegungen ein in Polen weitverbreitetes Gefühl. Zwei geheime Flugschriften des Titels «Prezez .. walke do zwyciestwa» veranschaulichten das unmissverständlich. In der ersten, datiert 10. Januar 1943, hiess es:

Die Juden sammelten sich, wenn man es ihnen befahl, und sie gingen, wohin man sie auch führte. So konnten wenige Hunderte von Deutschen, Ukrainern, Letten und Litauern das Warschauer Getto mit immerhin fast einer halben Million Einwohnern im Laufe weniger Monate vernichten.

So, hiess es weiter, gehe es auch überall sonst im Lande zu. Die Besatzer könnten zwar versuchen, das gleiche mit den Polen zu veranstalten, aber:

Wir glauben, dass sich die Polen nicht einfach damit abfinden werden, in einem passiven, rühmlosen Massentod zu verenden.

Am 19./20. Januar fielen SS und Polizei in das Restgetto ein, um weitere Juden zu deportieren. Diesmal wurden die Truppen jedoch mit Schüssen jüdischer Widerstandskämpfer empfangen. Darauf hiess es in einem Flugblatt derselben Untergrundgruppe vom 20. Januar 1943:

Es ist bemerkenswert und verdient höchste Anerkennung, dass sich die kämpfende Untergrundorganisation mit Waffengewalt gegen die «Liquidierung» der Juden wehrte.

Dem Flugblatt zufolge waren die Deutschen vor den Juden geflohen und hatten zwanzig Tote zurücklassen müssen.⁴⁰

Nach dem Zwischenfall vom Januar wurden dann auch die polnischen Waffenlieferungen verstärkt. Das Material, darunter eine Handvoll Maschinengewehre, Dutzende von Gewehren und Karabinern, Hunderte von Pistolen und Revolvern sowie Tausende von Granaten, kam von der Armia Krajowa und der kommunistischen Armia Ludowa. Weitere Waffen kauften die Juden auf dem Schwarzmarkt, und einige Bomben bauten sie mit polnischer Hilfe selber. Die rechtsradikalen Juden im Getto besorgten sich zusätzlich Waffen von ihren Sympathisanten in der Armia Krajowa. Insgesamt verfügten die Juden kaum über die Feuerkraft einer einzigen deutschen Infanteriekompanie. Ihr Arsenal war auch dürftig, verglichen mit den Vorräten der Armia Krajowa im Warschauer Raum. Diese besass sieben kleine Panzerabwehrkanonen, 325 Maschinengewehre und Maschinenpistolen, 6'045 Gewehre, 1070 Pistolen und Revolver, 7'651 Granaten sowie einige mit Fallschirm abgeworfene Waffen aus Grossbritannien.⁴¹ Doch die Juden waren nicht kampferprobt, und die Polen wachten eifersüchtig über ihre Arsenale.

Noch komplizierter wurde es, wenn sich jüdische Flüchtlinge in den Wäldern polnischen Partisanen anschliessen wollten. Viele Kämpfer der Armia Krajowa übten tagsüber ihre Zivilberufe aus, dienten nur nachts und an Wochenenden als Soldaten im Untergrund. Die Juden dagegen waren als Flüchtlinge von regulärer Arbeit ausgeschlossen. Für die Armia Krajowa kam es entscheidend darauf an, eine Schwäche der Deutschen abzuwarten, um Teile Polens, zumindest aber Warschau

zurückzuerobern und eine Basis zu schaffen, bevor die sowjetische Armee einträte. Unterdessen hortete sie ihre Waffen mit dem Gedanken, dass sie weniger Waffen als Männer hatte. Häufig genug kamen die Juden mit leeren Händen, ohne Gewehre, Pistolen oder gar militärische Ausbildung. Sprachen sie ausserdem schlecht Polnisch, oder sahen sie unverkennbar semitisch aus, galten sie aufgrund ihrer Handicaps als blosser Ballast. Die polnischen Kommunisten, dünner besetzt als die Armia Krajowa, waren empfänglicher. Sie wollten sofort handeln, um die Rote Armee zu unterstützen, sei es durch Sabotageakte gegen deutsche Nachschublinien oder auf sonstige Weise. Hier freilich waren Juden akzeptiert, jüdische Kommunisten doppelt willkommen. Bei der Armia Krajowa hingegen galten die Kommunisten der Armia Ludowa als Verräter an der Sache Polens, so dass jede Verstärkung der Kommunisten oder der kommunistisch dominierten Partisanen dort mit Argwohn beäugt wurde.⁴²

Die Flüchtlinge waren keineswegs zahlreich, doch einige von ihnen mussten gleichwohl eigene kleine Kampfeinheiten bilden. Nahrungsmittel und alles, was sie sonst benötigten, waren irgendwo zu besorgen oder zu beschaffen. In einem deutschen Bericht stand, polnische Bauern seien von jüdischen «Banditen» angegriffen worden und hätten 13 totgeprügelt.⁴³ Was diese Bauern taten, betrieben einige Einheiten rechtsradikaler polnischer Formationen und sogar einige Truppen der Armia Krajowa systematisch, indem sie kurzen Prozess mit den dezimierten Flüchtlingen machten.⁴⁴

Am 23. Juni 1943 klagte Jacob Robinson, der Direktor des Instituts für Judenangelegenheiten beim Jüdischen Weltkongress, das polnische Volk bitter an, nachdem er erfahren hatte, dass die Juden aus dem Warschauer Getto für alle Zeiten in Treblinka verschwunden waren. «Wie konnte es dazu kommen», fragte er in einem Memorandum, «dass Hunderttausende von Juden innerhalb von vier Monaten deportiert und umgebracht wurden, ohne dass die polnische Bevölkerung, der Untergrund und die polnische Exilregierung auch nur einen Finger gekrümmt hätten?» Wäre dergleichen in irgendeinem anderen Land möglich gewesen? Nein, schloss er, die Nazis konnten sicher sein, dass die Polen nicht

mucken würden, und damit waren sie in ihrem blinden Judenhass mitschuldig an dem Massaker.⁴⁵ Zwei Tage später traf Arie Tartakower, ein Kollege Robinsons, in Washington mit dem polnischen Botschafter Jan Ciechanowski zusammen. Die Polen versuchten, sagte dieser, so viele Juden wie möglich zu retten, auch wenn sie nicht dafür gewesen seien, den Kampf ums Warschauer Getto auszudehnen, da der Zeitpunkt für einen offenen Aufstand noch nicht gekommen sei. Ciechanowski erkannte, dass die Waffenlieferungen ebensowenig genügten wie die Bemühungen, Juden in polnischen Wohnungen zu verstecken. Später fasste Tartakower die abschliessenden Bemerkungen des Botschafters wie folgt zusammen:

Der einzige gangbare Weg, die polnischen Juden zu retten, wäre eine Erklärung der Vereinigten Staaten und Grossbritanniens, dass für jeden getöteten Juden ein Deutscher mit dem Leben bezahlen müsse. Leider sei eine solche Erklärung bislang unterblieben, obwohl die polnische Regierung alles versucht habe, um die beiden Staaten zu überzeugen. Ciechanowski sprach äusserst verbittert über dieses Problem.⁴⁶

Die Deutschen etablierten ihre Herrschaft nicht nur im Osten. Ihr Machtbereich umfasste ein Gebiet von Norwegen über Frankreich bis Italien und zum Balkan. Einige der Nationen in dieser Machtsphäre konnten wenigstens ein Minimum an Selbständigkeit behalten. Meist waren sie Verbündete Deutschlands mit eigenen Regierungen und Gesetzen. Vier der eroberten Völker – Norweger, Dänen, Holländer und die Flamen in Belgien – galten als germanisch. Nach deutschen Vorstellungen standen diese Nationen im Nordwesten Europas rassistisch wie auch kulturell höher als die Verbündeten Deutschlands im Süden und Südosten Europas. Als Mitglieder der germanischen Völkerfamilie wurden ihre Männer sogar in die SS aufgenommen, und wenn sie als Fremdarbeiter nach Deutschland kamen, genossen sie das höchste Privileg: Sie durften sexuelle Beziehungen mit deutschen Frauen eingehen.

Diese Beziehungen waren jedoch in gewisser Hinsicht einseitig. Die weitaus meisten «Mitgermanen» hegten starke Vorbehalte gegenüber Deutschland. Sie konnten nicht einen Augenblick lange vergessen, dass

die Nazis ihre Unabhängigkeit eingeschränkt oder abgeschafft hatten und dass ihre demokratischen Traditionen im krassen Gegensatz zum Führergedanken mit allen seinen Konsequenzen standen. Sie hofften auf London, träumten von der Befreiung. Auch hatten sie die Juden als Teil des nationalen Gefüges akzeptiert. In Norwegen verschwand die Hälfte der kleinen jüdischen Bevölkerungsgruppe, weil es im Quisling-Regime genügend Kollaborateure gab. Auch in Belgien lag die Verlustquote bei rund fünfzig Prozent, was dort jedoch einer viel höheren absoluten Zahl entsprach, wenn auch viele der Opfer ausländische Juden und hilflose Flüchtlinge waren, die in Belgien noch keine tiefen Wurzeln geschlagen hatten. Dänemark blieb bis Oktober 1943 innenpolitisch unabhängig. Danach wurden fast alle der dort lebenden 7'000 Juden in einem geplanten Exodus auf dem Seeweg nach Schweden gebracht und gerettet. Zwar liess sich diese relativ kleine Gruppe gut organisieren, die Aktion war aber dennoch einmalig, weil alle möglichen Menschen spontan und unter grosstem Zeitdruck das Ihre dazu beitrugen und weil die Deutschen weder auf die dänische Polizei noch auf V-Leute zurückgreifen konnten, die das ganze Unternehmen hätten verraten können.

Auch die Niederlande waren ein friedfertiges, demokratisches und tolerantes Land. Vor dem Krieg hatten dort 140'000 Juden gelebt, aber 1945 waren fast drei Viertel von ihnen tot. Diese Quote war die schlimmste in ganz Westeuropa, zumal die holländischen Juden schon seit Jahrhunderten im Lande gelebt hatten. Rembrandt hatte einige von ihnen gemalt. Gegenüber den Warschauer Juden, die Jiddisch sprachen, oder denen in Saloniki mit ihrem Ladino hatten sich die Juden in Amsterdam und in den anderen holländischen Städten auch sprachlich voll assimiliert. Doch das Ausmass ihrer Vernichtung erinnert an das Schicksal der Juden im Osten und auf dem Balkan.

Die fast völlige Vernichtung der niederländischen Judenheit beschäftigte die holländischen Christen noch jahrzehntelang nach Kriegsende. Im Rückblick verwandelten introspektive Denker die allgemeine Frage: «Wie konnte das geschehen?» in eine sehr spezifische: «Wie konnte das

in diesem Ausmass auf holländischem Boden geschehen?» Noch pointierter: Selbst, wenn man den Würgegriff der Österreich-Deutschen, die Holland während des Kriegs verwalteten, sowie die Geographie eines flachen Landes mit Städten und Weiden bedenkt, welche aktive oder passive Rolle spielten dann die holländischen Behörden und die Einwohner des Landes bei dieser Umwälzung?

Die Holländer schätzten Stabilität. Deshalb blieben fast die ganze Ministerialbürokratie und die gesamte Unternehmerschaft während der Besatzung in den Niederlanden, und darum gab es auch eine Politik des Nachgebens. Erschwerend kam hinzu, dass die holländische Verwaltung äusserst wirksam arbeitete. Als Beispiel zitiert der holländische Historiker J. C. H. Blom «das fast perfekte Meldewesen für die Zivilbevölkerung und die absolut fälschungssicheren Personalausweise». Hinzu kamen noch weitere institutionelle Probleme. Blom verweist auf die Segmentierung der holländischen Gesellschaft in Säulen oder *zuilert* von katholischen, protestantischen und konfessionslosen sozialdemokratischen Gruppen mit eigenen Parteien, Gewerkschaften, Schulen, Clubs, Kliniken und so fort.⁴⁷ Die Juden waren also durch die administrative Kontrolle von oben und ausserdem durch gesellschaftliche Barrieren eingeeengt, so dass ihnen für den Krisenfall kein rettender Ausweg zur Verfügung stand.

In der holländischen Bevölkerung waren die Juden als holländische Bürger angesehen, und im Februar 1941 gab es einen Generalstreik als Ausdruck der Solidarität mit ihnen.⁴⁸ Das blieb aber der einzige offene Widerstand dieser Art.⁴⁹ Als später die Deportationen begannen, wurde den Juden nur dadurch geholfen, dass man ihnen Schutz durch Verstecken anbot. In dieser konspirativen Tätigkeit entwickelten die Holländer erhebliches Geschick. Die Helfer wurden vom holländischen Untergrund ermutigt und gefördert. Bei Entdeckung mussten sie nicht automatisch mit der Todesstrafe rechnen. Tausende von Holländern wurden verhaftet, weil sie Juden oder jüdische Habe untergebracht hatten.⁵⁰ Deutsche Politik war aber, solche Menschen nur kurze Zeit in Lagern festzuhalten. In schweren Fällen konfiszierte man allenfalls ihr Eigentum.⁵¹ Nach Berichten der Sicherheitspolizei zu urteilen, wurden die

Holländer kühner, als die deutsche Aussicht auf einen «Endsieg» schwand. Sturmbannführer Wilhelm Zöpf, zuständig für Deportationen aus den Niederlanden, klagte 1944, viele Holländer suchten «Alibis», um nach Kriegsende ihre antideutsche Gesinnung beweisen zu können.⁵² In einem undatierten Bericht hob die Sicherheitspolizei hervor, dass Verhaftete «absolut nicht bestürzt» waren. Sie hielten es für eine Ehre, hiess es sarkastisch weiter, im letzten Augenblick noch hinter Gitter zu kommen.⁵³

Es ging jedoch um mehr als nur um «Alibis». Viele der holländischen Helfer bemühten sich verzweifelt, in Not geratene Menschen zu retten. In diesem Zermürbungskrieg zwischen den Holländern und den Deutschen kamen dennoch mehr versteckte Juden um, als gerettet wurden,⁵⁴ und den Holländern war bewusst, dass deren Ergreifung nicht nur Haft für sie selber bedeutete, sondern den Tod der in ihre Obhut aufgenommenen Juden. Daher schreckten die holländischen Beschützer nicht einmal vor Versuchen zurück, niederländische Polizisten umzubringen, die den Deutschen beim Aufspüren von Juden halfen.⁵⁵ Der folgende Bericht stammt von der Tochter eines holländischen Richters, die sich von 1943 bis 1945 in einem kleinen Dorf um drei Kleinkinder und deren Vater kümmerte:

Ich blieb bis Kriegsende bei ihnen. Je mehr sie mir ans Herz wuchsen, desto peiniger wurde meine Angst, wir könnten entdeckt werden. Eines Nachts kamen sie: vier Deutsche, geführt von einem Ortpolizisten, einem Holländer, den ich seit Jahren kannte. Sie fanden das Versteck nicht und zogen schliesslich wieder ab. Nachdem wir wieder im Bett lagen und zu schlafen versuchten, kam der Holländer allein zurück. Der einzige Ausweg in dieser Situation war, ihn zu töten, was ich tat.⁵⁶

19. Helfer, Gewinner und Schaulustige

Im Verlauf der Vernichtungsaktionen gegen die europäischen Juden halfen einige Nichtjuden ihren jüdischen Nachbarn, viele andere taten oder bekamen etwas auf Kosten der Juden, zahllose weitere waren Schaulustige.

Geholfen wurde im Grossen und Ganzen selten, und wenn, dann meist erst im letzten Moment, als die Razzien und Deportationen schon im Gange waren. Doch selbst in dieser Phase ergriffen die Helfer nur selten die Initiative. Manchmal wurden Juden vor Gefahren gewarnt, wie in der französischen Stadt Clermont-Ferrand, wo voraussichtliche Opfer von Deportationen rechtzeitig Anrufe oder persönliche Botschaften erhielten, meist von Gendarmen oder Sekretärinnen.¹ Nur in Dänemark gab es aktive Suchaktionen, um bedrohte Bürger ausfindig zu machen, doch ansonsten war der Normalfall in ganz Europa, dass die Opfer oder deren bereits tätige Helfer auf potentielle Retter zugehen mussten. Kurz, die meisten Helfer blieben zunächst einmal passiv, und ihre Freundlichkeit kam in der Regel Menschen zugute, die sich schon zum entscheidenden Schritt entschlossen hatten: aus einer Wohnung, einem Getto oder einem Lager zu fliehen.

Es gab zwei Arten der Hilfe. Zum einen die gelegentliche, im Vorbeigehen erfolgende, relativ gefahrlose; etwa, wenn jemand ein ahnungsloses Opfer vor geplanten Festnahmen warnte, fliehenden Juden den Weg wies, ihre Verfolger auf falsche Fährten schickte oder mittellosen Menschen mit etwas Essbarem, Kleidung oder Geld aushalf. Die zweite Art war langfristiger, insbesondere die dauerhafte Unterbringung. Oft genug musste eine solche Hilfe bezahlt werden, was jedoch nicht besagen soll, dass sich die Helfer nur bereichern wollten, oder dass angesichts aller Umstände damit ein «Geschäft» gemacht wurde. Für Polen oder Ukrainer konnte es schlicht tödlich sein, wenn die Deutschen ihre Tat entdeckten.

Welche Menschen halfen? Prinzipiell mag man unterscheiden zwischen jenen, die Einzelne oder bestimmte Gruppen unterstützen wollten, und anderen, die sich bereitwillig für so gut wie jeden Juden einsetzten, auch für völlig Fremde. Zu jenen Helfern gehörten in erster Linie Freunde, (durch Mischehe) Verwandte, ehemalige Geschäftspartner, Arbeitgeber oder Kollegen. In allen diesen Fällen war bereits vor dem Krieg eine persönliche Beziehung oder Bindung geknüpft worden, so dass die Beteiligten voneinander Hilfe in Notsituationen erwarten

konnten. Manche nichtjüdische Familien waren bereit, jüdische Kinder aufzunehmen. Diese Entscheidung wurde erwogen, wenn die Eltern akut bedroht waren. Daneben gab es Fälle, in denen sich ein Nichtjude zu einer Jüdin oder eine Nichtjüdin zu einem Juden hingezogen fühlte. Meist dürften diese Begegnungen von kurzer Dauer, ja sogar flüchtig gewesen sein. Sofern sich daraus feste Verbindungen entwickelten, waren sie unweigerlich kompliziert, besonders für jüdische Frauen, selbst wenn der Mann keinerlei Druck ausübte. Darüber steht jedoch in Memoiren kaum etwas zu lesen.²

Die anderen Helfer handelten entweder aus Opposition gegen das Regime, aus reiner Sympathie oder aus dem Gefühl, eine humanitäre Pflicht zu erfüllen. Unter den Oppositionellen gab es politisch motivierte wie Oskar Schindler, der jüdische Arbeiter in seiner Fabrik unterbrachte, um sie zu retten, polnische Kanalreiniger, die Juden dabei halfen, sich im Abwassersystem von Lwow zu verstecken, und mehrere linksradikale oder kommunistische deutsche Zivilisten im Bezirk Bialystok, die jüdischen Widerstandskämpfern im Getto Waffen zukommen liessen.³ Über die humanitären Helfer ist viel geschrieben worden.⁴ Man nannte sie etwa Altruisten, gerechte Nichtjuden oder barmherzige Samariter, aber äusserlich gesehen hatten sie wenig gemeinsam. Es waren Männer und Frauen, ältere oder jüngere, reichere oder ärmere Leute. Wie die Täter, deren Gegenteil sie waren, konnten sie ihre Motive nicht erklären. Sie nannten ihr Handeln normal oder natürlich, und nach dem Krieg fühlten sich manche von ihnen durch das öffentliche Lob peinlich berührt. Oft waren sie Mitglieder einer Gemeinde, wie die Protestanten in der französischen Stadt Le Chambon, die in einem kleinen Gebiet viele Juden schützten; zumindest bildeten sie einen Zusammenhalt und waren Gleichgesinnte in einem losen Netzwerk von Helfern. Oft mussten sie sich ganz schnell entscheiden. In diesem Sinne hatten sie etwas mit den jüdischen Flüchtlingen gemeinsam, die ebenfalls nicht zauderten. Schliesslich mussten sie beweglich genug sein, um Lebensgewohnheiten ändern oder aufgeben zu können, besonders wenn die verabredeten drei Tage Sicherheit auf drei Wochen oder drei Monate ausgedehnt

werden mussten.⁵ Manchmal dürften sie nur widerstrebend immer neue Zugeständnisse gemacht haben, und es mögen auch Spannungen zwischen ihnen und ihren Logiergästen aufgetreten sein, doch aufgrund ihrer positiven Entscheidung bildeten sie immerhin eine Klasse für sich.

Während der jüdischen Katastrophe gab es jedoch mehr Nehmer als Geber. Vielfach mussten die Nutzniesser wenig oder gar nichts tun, um sich des neuen Segens zu erfreuen: Nachdem jüdische Betriebe liquidiert worden waren, gewannen die nichtjüdischen Hersteller und Händler automatisch Marktanteile hinzu. Durch die Auswanderung, später gefolgt von der Gettoisierung und Deportation zahlloser Juden, wurden weit über eine Million Wohnungen frei, auch wenn wählerische Volksdeutsche manchmal, wie in Minsk, Unterkünfte in Gettos ablehnten.⁶ Bei den jüdischen Gemeinden erhobene Abgaben wurden gelegentlich an örtliche Einwohner verteilt, wie in Tunesien, und so fort.

Gewiss schlugen auch viele aktiv Profit aus der Not. Bereits 1933 verfolgten deutsche Medizinstudenten ihre jüdischen Kommilitonen, um sich die Konkurrenz vom Hals zu schaffen.⁷ Deutsche Unternehmen und deren Hausbanken, die begehrtlich auf jüdische Betriebe blickten, übernahmen ihre Beute in einseitigen Verhandlungen, noch dazu gefördert durch staatliche Verordnungen. Bei den Schwarzmarktgeschäften im besetzten Polen konnten die polnischen Lieferanten nach Belieben Bargeld und Wertsachen bei den Opfern abschöpfen. Manche lieferten flüchtige Juden gegen Bezahlung ans Messer, andere schröpften solche Opfer, die untertauchen oder sich tarnen wollten. Wenn die Juden tot waren, wurden Plünderer rege. Im Distrikt Radom durchstöberten sie verwaiste Gettos und schleppten weg, was sie nur konnten. In Riga fielen sie über gestapelte Koffer her, bei Belzec, wo die Deutschen ein Vernichtungslager aufgelöst hatten, suchten sie in der Asche nach Gold und Diamanten.⁸ Nichtdeutsche Habgierige, die vielfältige Gelegenheiten nutzten, wie in der Slowakei, sollen geäußert haben: «Besser wir als die Deutschen.»⁹

Während der Phasen Konzentration, Deportationen und Massentö-

tungen versuchten die Täter, die Opfer vor den Blicken der Öffentlichkeit abzuschirmen. Die Verwalter der «Endlösung» wollten unbeobachtet vorgehen, wollten Kritik an ihren Methoden von Passanten gar nicht erst aufkommen lassen. Ihr psychisches Gleichgewicht war ohnehin bedroht genug, besonders vor Ort, und jede Sympathiekundgebung für die Opfer hätte weitere psychische oder technische Komplikationen geschaffen. Auch Voyeure waren nicht willkommen. Gaffen, besonders von Deutschen, galt als unfein. Ob nun das Spektakel die Zuschauer anwiderte oder reizte: Alle Gerüchte und Schilderungen, die später darüber kursierten, verunsicherten und bedrohten die Täter.

Dementsprechend traf man aufwendige Vorkehrungen. In Deutschland wurden Juden manchmal in den frühen Morgenstunden abgeholt, bevor der Strassenverkehr einsetzte. Man benutzte fensterlose Möbelwagen, um Juden an die Züge zu bringen. Das Umladen konnte für ein Nebengleis geplant werden, vor dem sich Müll häufte. In Polen ordneten die deutschen Behörden bei Judenrazzien an, dass polnische Anwohner in den Häusern bleiben, Fenster und Rolläden schliessen mussten, obwohl sie damit die bevorstehende Aktion verrieteten. Erschiesungsstellen wurden, wie in Babi Yar bei Kiew, so gewählt, dass sie wenigstens ausser Hörweite der örtlichen Anwohner lagen.

Nicht alle diese Vorbeugemassnahmen waren rundweg erfolgreich. Zum einen liess sich nicht immer verbergen, dass etwas geschah. So musste die nichtjüdische Bevölkerung nicht erst solche Massnahmen sehen, um zu erkennen, dass immer mehr Juden verschwanden. An der kleinen Bahnstation Sobibór begriff ein polnischer Weichensteller ausserhalb des Lagers, als er «eine wirklich absolute Stille [wahrnahm]. Vierzig Waggons waren angekommen, und dann nichts mehr.»¹⁰ Neben solchen Schlussfolgerungen gab es auch direkte Eindrücke von den Aktionen selbst. Entdeckungen machten zum Beispiel Menschen, die zufällig in ein Ereignis hineingerieten. So beklagte ein deutscher Heeresinspekteur im besetzten Polen, Soldaten hätten unfreiwillig mitansehen müssen, wie hochschwangeren jüdischen Frauen Gewehrkolben in die Leiber gestossen wurden.¹¹ Oft genug liessen sich Gaffer nicht aus-

sperren. 1943 versammelten sie sich auf der Insel Korfu an Strassenrändern und auf Balkonen, um zuzusehen.¹² Im ungarischen Szeged, wo Juden 1944 eines Morgens, flankiert von einheimischen Gendarmen, im Marschschritt zum Zug geführt wurden, standen die Menschen an den Strassen und lachten.¹³ 1941 schaute in Shitomir eine Gruppe von Soldaten auf Hausdächern zu, wie zwei Juden erhängt wurden.¹⁴

In München stand ein SS-Leutnant vor dem Obersten SS- und Polizei-Gericht, weil er von ihm angeordnete Erschiessungen fotografiert hatte. Die Aufnahmen liess er in zwei süddeutschen Labors entwickeln, um sie seiner Frau und mehreren Bekannten zu zeigen, womit er riskierte, dass Berichte über das Gesehene in die neutrale Schweiz gelangten und «der Propaganda dienen». Dieses Verhalten konnte das SS-Gericht nicht billigen.¹⁵

Die Zuschauer hatten ein Geheimnis aufgespiert. Einige deuteten den Opfern an, dass sie etwas wussten, sagten aber nicht klar, worum es ging. Einmal hörten ahnungslose jüdische Deportierte auf dem Weg nach Sobibór die ihnen unbegreiflichen Worte: «Juden, ihr werdet brennen.»¹⁶ Ein andermal deuteten polnische Bauern einer Gruppe von Juden, die nach Treblinka deportiert wurden, mit Gesten an, dass man ihnen die Kehlen durchschneiden würde.¹⁷ Und dabei beliessen sie es – zwischen Warnung und Hohn.

20. Boten

Zuweilen brachten Menschen die grauenhafte Nachricht von der Vernichtung nach aussen. Diese Boten waren weder gezielt von jemand beauftragt, noch hatten sie immer einen Adressaten, dem sie berichten konnten. Daher hing die erfolgreiche Verbreitung ihrer Botschaft in hohem Masse davon ab, wer sie waren und welchen Eindruck sie machten, aber mehr noch kam es darauf an, ob ihre Zuhörer überhaupt fähig waren, den Kern der Mitteilung selbst aufzunehmen und zuzulassen.

Boten waren nicht rar. In der Mehrzahl jedoch verblieben sie im deutsch-dominierten Europa, gaben ihre beunruhigenden Berichte an Juden weiter, die bis dahin noch nicht an der Reihe waren, getötet zu werden. Manchmal kehrten beispielsweise Flüchtlinge der ersten Phase in jüdische Gemeinden oder Gettos zurück und berichteten über Erschiessungen oder Vergasungen. Für die Juden, die nach wie vor in ihren Wohnungen lebten und ihre alltäglichen Sorgen hatten, sprachen diese Informanten über beispiellose, ja unvorstellbare Ereignisse. Daher fiel es ihnen nicht schwer, solche Enthüllungen als unglaublich abzutun. Einem Boten, dem es so erging, seinem Freund «Küster-Mosche», hat Elie Wiesel in seinem Roman *Nacht* ein literarisches Denkmal gesetzt. Mosche wurde im Sommer 1941 zusammen mit anderen Ausländern aus der überwiegend jüdischen Kleinstadt Sighet in Gross-Ungarn in ein gerade eben besetztes Gebiet der UdSSR transportiert; dort erlebte er mit, wie seine Frau und seine Kinder sowie viele andere Deportierte den Tod fanden. Als es ihm gelungen war, nach Sighet zurückzukehren, wandten sich seine Zuhörer meist von ihm ab, doch er wiederholte seinen Bericht immer wieder, bis sie ihn für völlig verrückt hielten. 1944 waren sie selber an der Reihe, und fast keines der Opfer versuchte, vor der Handvoll deutscher und ungarischer Gendarmen zu fliehen.¹

Die Juden von Sighet hatten weder ein Informationsnetz aufgebaut, noch versuchten sie, überhaupt etwas herauszufinden. Die gleiche Unterlassung begingen die jüdischen Verbände und die Alliierten, jenseits der Arena der Vernichtung. Auch sie konzentrierten sich nicht systematisch auf die Eigendynamik der Vernichtung und waren nicht bereit, Enthüllungen auszuwerten.

Unter den Boten, die Alliierte oder neutrale Staaten erreichten, befanden sich Deutsche und Polen. Im Grossen und Ganzen waren sie engagierte Menschen mit viel Selbstvertrauen. Zudem scheuten sie keine Risiken, neigten zum Nonkonformismus, waren manchmal sogar Dissidenten oder Widerstandskämpfer. Doch vor allem mussten sie reden. Selten liessen sie ihre Informationen nur beiläufig fallen; fast immer

hatten sie ein klares Motiv, manche schlugen sogar vor, wie man dem Morden ein Ende setzen könne. Allerdings bürgte ihr Verlangen, wirkungsvoll aufzuklären, nicht immer für Zuverlässigkeit. Manch einer von ihnen berichtete nicht nur darüber, was er gesehen, sondern auch davon, was er gehört hatte, ohne zwischen Beobachtung und Gerücht zu differenzieren und auf die Unklarheiten von selbst aufmerksam zu machen. Je nach Kenntnisstand glaubten die Zuhörer daher auch Schilderungen, die gar nicht zutrafen, und umgekehrt wurden Berichte übergegangen, die exakt der Wahrheit entsprachen.

Eine grosse Schwierigkeit für Juden und nichtdeutsche Informanten lag darin, einen Adressaten zu finden, der nicht unter deutschem Einfluss stand. Deutsche Berichterstatter kämpften dagegen oft mit dem Problem, geeignete Kontakte zu knüpfen und, sofern das gelungen war, anonym zu bleiben. Als Deutsche waren sie in jeder Hinsicht isoliert: Zu Hause blieben sie ganz auf sich gestellt, und ihnen misstrauten auch alle diejenigen, die sie überzeugen wollten. Dieses Dilemma verschärfte sich noch, wenn der Betreffende selbst dem Regime angehörte, das er angriff und blossstellte.

Am berühmtesten unter den Boten wurde nach dem Krieg der SS-Obersturmführer Kurt Gerstein. Ende der sechziger Jahre wurden mehrere Artikel und drei Bücher über ihn veröffentlicht.² Von allen Boten war Gerstein der Szene am nächsten, doch höchstwahrscheinlich glaubte man ihm weniger als allen anderen. Gerstein kam 1905 als eines von sieben Kindern einer westfälischen Protestantenfamilie der oberen Mittelschicht zur Welt. Sein Vater war Richter, einer seiner älteren Brüder fiel Ende des Ersten Weltkriegs, zwei weitere liessen im Zweiten Weltkrieg ihr Leben. Die Familie war wohlhabend. Als 'überzeugte Nationalisten' hatten sich der Vater und die Brüder dem Nazi-Regime zugewandt. Gersteins Vater bedauerte vor allem, dass «die Fahne des Kaiserreiches endgültig verschwand». Da auch zahlreiche Juden Gerstein hiessen, betonte er wiederholt die rein deutsche Abstammung der Familie.

Schon in seiner Jugend hatte Kurt Gerstein einen gewissen Ruf als *Enfant terrible*, *Possenreisser* und *Rebell* erworben: «Kurt betritt eine

Kirche, schreitet vom Portal zum Hauptaltar und ruft dabei in den leeren Raum: ‚Sonst noch jemand ohne Fahrschein?’ In der SS hiess es, er habe in seiner Pistolentasche eine Kleiderbürste. In seiner SS-Uniform hob er die Mütze und begrüsste die Zivilisten ringsherum: «Guten Tag, mein Herr! Guten Tag, gnädige Frau!» Sehr zum Entsetzen seines Vaters schien er jede Autorität abzulehnen. Respektlos und antiklerikal, stand der junge Gerstein am Rande der etablierten Kirche, hielt aber in Jugendlagern eigene Bibelkurse. Undiszipliniert, aber nicht gegen Chauvinismus gefeit, begrüsste er den Nazismus als Auferstehung des deutschen Geistes und trat 1933 in die NDSAP ein. Nachdem er zweimal inhaftiert und einmal aus der Partei ausgeschlossen worden war, verhalf ihm sein Vater zur Rehabilitation. Immer gehetzt, war er stets auf Achse, begann er ständig neue Projekte. Er war Bergassessor und studierte Medizin, behandelte in seiner Ungeduld sogar schon vorzeitig Patienten. Bei Kriegsausbruch wollte er Soldat werden, wurde aber an die SS verwiesen, die ihn schliesslich nahm. Er war 1,81 Meter gross. Nach dem Krieg versicherte er, ihn habe vor allem interessiert, die Geheimnisse des Nazisystems zu ergründen. Ausschlaggebend, sagte er, sei die Konfrontation mit dem Euthanasieprogramm gewesen, dem eine Schwester seines Schwagers zum Opfer gefallen war.

Während des Kriegs war Gerstein ein verheirateter Mann und Vater von drei kleinen Kindern. Meistens war er von seiner Frau, einer Pfarrerstochter, getrennt, die seine ganze SS-Karriere treu begleitete. Gerstein bewohnte eine Zweitwohnung in Berlin, wo ihn eine 58jährige Haushälterin versorgte. Sein Einsatzort bei der SS war das Hygiene-Institut. Dort konnte er seine Ausbildung im Bergbau und in der Medizin, kombiniert mit seiner Erfindungsgabe, für die «Desinfektion» nutzen. Nachdem er eine fahrbare Filteranlage und neue Entlausungszüge entwickelt hatte, wurde er zum Offizier befördert.

Gerstein entdeckte die Vernichtung der Juden im August 1942 aus erster Hand, als er beauftragt wurde, mit 260 Kilogramm Zyansäure (Zyklon B) nach Polen zu reisen, um dort zu erproben, ob man das Gift anstelle der Abgase von Dieselmotoren einsetzen konnte, die in mehreren Vernichtungslagern verwendet wurden. Er besuchte Belzec im Di-

strikt Lublin und Treblinka im Distrikt Warschau. In Belzec mass er die Zeit einer Vergasungsoperation, die sich aufgrund eines Motordefekts verzögerte. Sein Gastgeber, Hauptsturmführer Christian Wirth, fragte ihn, ob es «ratsamer sei, die Leute im Dunkeln oder bei Licht sterben zu lassen». Gerstein erinnerte sich an zwei weibliche Häftlinge, «voran ein bildhübsches Mädchen» und eine vierzigjährige Frau «mit flammenden Augen», die ihre Mörder verfluchte, worauf ihr Wirth mit der Peitsche ins Gesicht schlug. Er sah ein kleines Mädchen, das weinte, weil es sein Korallenhalsband verloren hatte, und einen kleinen Jungen, der es aufhob und voller Freude betrachtete. Von Wirth, der die Zyan säure nicht einsetzen wollte, entsprechend angestachelt, vergrub Gerstein seine tödliche Fracht.³

Am 20. August 1942 stand Baron Göran von Otter, ein 35jähriger schwedischer Legationssekretär, im Nachtzug Warschau-Berlin auf dem Gang, weil er keinen Liegewagen mehr bekommen hatte. Ein SS-Offizier beobachtete ihn forschend und ging ihm bei einem Zwischen-aufenthalt auf dem Bahnsteig nach, wo beide sich die Beine vertraten. Der SS-Offizier bat ihn um Feuer. Es war Gerstein. Als von Otter eine Streichholzschnur öffnete, sah Gerstein die Aufschrift «Schwedisches Konsulat» und sagte: «Ich möchte mit Ihnen reden. Könnte ich Sie in Berlin treffen?» Der Diplomat bot ihm an, sich im Zug zu unterhalten, doch Gerstein fuhr noch auf dem Bahnsteig fort: «Ich habe gestern etwas Furchtbares gesehen.» Von Otter ahnte das Thema und fragte: «Geht es um die Juden?» Als der Zug durch die Nacht fuhr, sasssen die beiden Männer am äussersten Ende des Ganges auf dem Boden. Gerstein erzählte alles und rauchte dabei. Er nannte Namen und zeigte von Otter eine «Bestellung für Blausäure». Sein Plan lautete, dass die Alliierten Millionen von Flugblättern über Deutschland abwarfen, um die Vernichtungsaktion bekanntzumachen. Später schliefen die beiden Männer auf dem Gang ein.⁴

Von Otter sprach mit seinem Chef in der schwedischen Gesandtschaft in Berlin über diese Begegnung, doch offenbar wurde sein Bericht erst nach der Kapitulation Deutschlands an die Behörden der Alli-

ierten weitergeleitet.⁵ Gerstein setzte seine Kampagne fort. Er sprach mit dem evangelischen Bischof Otto Dibelius, der die Kirche selbst im Würgegriff des Nazi-Regimes sah, und ging zum päpstlichen Nuntius Monsignore Cesare Orsenigo, der ihn hinauswarf. Dann nahm er Kontakt zum holländischen Untergrund auf, um die Nachricht nach London funken zu lassen, aber dort bat man ihn, keine Greuelpropaganda zu erfinden.⁶

Gerstein blieb in der SS, machte weiter seine Arbeit und lieferte 1943 und 1944 Zyklon B an die Abnehmer der SS. Zu den Empfängern gehörte auch die Lagerverwaltung von Auschwitz, wo die Juden en masse mit dem Gas umgebracht wurden.⁷ Kurz nach Ende des Kriegs schrieb Gerstein eine lange Erläuterung auf französisch und einen inhaltsgleichen Bericht auf deutsch. Ausserdem wurde er von französischen Offizieren verhört. Seine Erinnerungen enthalten einige Fehler, Dienstgrade und Namen wurden verwechselt, und es gibt einen auf Hörensagen basierenden Bericht über einen fiktiven Besuch Hitlers in Lublin, wo dieser mit dem SS- und Polizeiführer Odilo Globocnik gesprochen haben soll. Gerstein konnte nicht mehr vor Gericht aussagen. Die Franzosen brachten ihn in ein Pariser Gefängnis, wo er als mutmasslicher Kriegsverbrecher festgehalten wurde. Anscheinend hat sich Gerstein voller Verzweiflung Ende Juli 1945 in seiner Zelle erhängt.⁸

Einem Boten gelang es, mit Dutzenden hoher Beamter im Westen zu sprechen. Er wurde noch während des Kriegs weithin bekannt. Sein Name war Jan Karski, und er vermittelte als Kurier zwischen dem polnischen Untergrund und der polnischen Exilregierung. Da seine Missionen offizieller Natur waren, sprach er zwar nicht für sich selber, aber er berichtete aus eigenen Stücken über das Schicksal der Juden und erwähnte es öfters.

1914 geboren, trat Karski zunächst in die polnische Armee und dann in den diplomatischen Dienst ein. Als 1939 der Feldzug gegen Polen begann, wurde er Kriegsgefangener der Sowjets, die die deutsche Offensive mit einer Invasion vom Osten her beantwortet hatten. Da Karski sich nicht als Offizier zu erkennen gab, wurde er freigelassen und begann seine gefährliche Laufbahn als Kurier. Einmal gefasst, versuchte

er sich umzubringen; das misslang jedoch, und dann befreite ihn der Untergrund. Im Oktober 1942, als die meisten polnischen Juden bereits von Deportationen erfasst waren, Uneingeweihte im Ausland aber noch nicht das ganze Ausmass der Katastrophe erkennen konnten, befand sich Karski in Warschau und bereitete seine Rückkehr nach London vor.⁹

Mit Zustimmung und Hilfe des polnischen Untergrundes traf er sich ausserhalb des Warschauer Restgettos mit zwei führenden Juden. Sie nannten ihre Namen nicht, doch es waren der Sozialist Leon Feiner und ein Zionist, entweder Adolf Berman oder Menachem Kirszenboim. Die beiden zeigten ihm das entvölkerte Getto, wo er «mit eigenen Augen ein erlöschendes Volk in den letzten Zügen sah».¹⁰ Karski wurde aufgetragen, was er den führenden Juden im Ausland übermitteln sollte. Der Rat lautete, einen Hungerstreik unter den jüdischen Honoratioren zu organisieren, bis Massnahmen ergriffen würden. Die Alliierten Regierungen sollten aufgefordert werden, in ihren eigenen Ländern Vergeltung an den Deutschen zu üben. Zudem sollten deutsche Städte bombardiert und Flugblätter abgeworfen werden mit der Erklärung, der Grund für die Luftangriffe sei die anhaltende Vernichtung der europäischen Juden. Die beiden Juden forderten Karski auf, sich persönlich ein Bild vom Ausmass dieser Vernichtung zu machen. Karski stimmte zu und verliess Warschau, begleitet von einem Führer. Was er dann sah, hat er bei vielen Anlässen geschildert, nicht nur in den abgegebenen Berichten, sondern auch in einem Buch, das 1944 erschien und ein Bestseller wurde.¹¹

Karski traf im November 1942 in Grossbritannien ein und reiste dann in die Vereinigten Staaten weiter, wo er fortan blieb. Nach seinem Besuch beim polnischen Botschafter Jan Ciechanowski in Washington war dieser so elektrisiert, dass er ein Treffen zwischen Karski und Präsident Roosevelt arrangierte. Ciechanowski hat das Gespräch im Weissen Haus in seinen Memoiren beschrieben. Karski habe – mit Details über die Stimmung im polnischen Untergrund – «bis ins Mark erschütternd geschildert, wie er – als Polizist verkleidet – die beiden Mordlager

Treblinka und Belzec besuchte, wo Juden in Eisenbahnwaggons vergast würden». Karski habe Präsident Roosevelt auch die jüdische Forderung nach Bombardements und Flugblättern unterbreitet.¹²

Wenig später kam Karski in den USA mit polnischen Juden zusammen und behauptete nun, er habe Belzec in der Uniform eines lettischen Hilfspolizisten besucht. Er beschrieb das Schicksal von etwa 5'000 Warschauer Juden, tausend davon unter freiem Himmel, alle übrigen in Baracken, die man zuvor acht Stunden lang in Güterwagen gepackt habe. Die Böden der Waggons seien mit einer dicken Schicht Ätzkalk bedeckt gewesen. Bei diesem Treffen kam Karski auch auf die Forderung der führenden Juden Warschaus zu sprechen, man solle Vergeltung an den Deutschen in England, den Vereinigten Staaten und anderen Ländern üben, deutsche Verräter in Geiselhaft nehmen sowie deutsche Städte bombardieren und dabei Flugblätter abwerfen.¹³

In seinem 1944 veröffentlichten Buch schrieb Karski, dass er eine estnische Uniform trug. Das Lager, unverändert Belzec, wurde als sehr klein beschrieben und sei von Ukrainern, Letten und Esten bewacht worden. Karski berichtete, er habe sich möglichst weit von den Esten entfernt gehalten, um keinen Wortwechsel aufkommen zu lassen. Er erinnerte sich, dass die Juden, weiterhin aus Warschau, das Lager am Tag ihrer Ankunft wieder verlassen hätten und dass man sie an eine Stelle gut zehn Kilometer entfernt transportiert habe, wo sie als Leichen in Gruben geworfen worden seien.¹⁴

Tatsächlich gingen die Transporte aus Warschau nicht nach Belzec, sondern nach Treblinka. Im Oktober gab es keinen Transport aus Warschau. Die Wächter in Belzec waren überwiegend Ukrainer, doch es mögen auch einige Balten darunter gewesen sein. Gleiches gilt für die Zusammensetzung der Wachmannschaften in Treblinka. Vor allem gingen keine Transportzüge aus Belzec oder Treblinka ab, so dass die Passagiere nicht in den Waggons sterben konnten. Belzec und Treblinka waren Vernichtungslager mit Gaskammern, und diese Anlagen blieben in Karskis Darstellung unerwähnt.

Die Politiker, denen Karski berichtete, waren jedoch kaum imstande,

diese Einzelheiten zu beurteilen. Meist hatten sie noch nie zuvor von Belzec oder Treblinka gehört. Sie konnten ihm also glauben und dann entscheiden, nichts zu unternehmen, oder sie konnten ihm eher misstrauen, aber trotzdem erkennen, dass die Stunde der Wahrheit gekommen war. Szmuel Zygielbojm jedenfalls konnte der Wahrheit nicht mehr ausweichen.

Zygielbojm war in der jüdischen Gewerkschaftsbewegung Polens aktiv gewesen. Als Sozialisten hatte man ihn nach der deutschen Invasion zum Warschauer Judenrat ernannt. Wenige Monate danach floh er und wurde Mitglied des Nationalrates der polnischen Exilregierung in London. Dort erhielt er vom Jüdischen Sozialistenbund Polens ominöse Nachrichten über das Schicksal der Juden. Im Oktober 1942 traf er mit Karski zusammen. Dieser polnische Kurier, der ehemals Diplomat und Offizier gewesen war, beschrieb Zygielbojm als einen Autodidakten proletarischer Herkunft; er habe Fakten verlangt und viele Fragen gestellt, auch indiskrete persönliche. Am Ende sagte Karski, dass die führenden Juden in Warschau einen Hungerstreik gefordert hätten. Zygielbojm wies den Vorschlag zurück und sagte, man würde ihn noch eher hinaustragen, bevor er verhungern könne. Ein halbes Jahr später erhielt Karski in Washington die Nachricht, dass sich Zygielbojm in seiner Wohnung mit Gas umgebracht hatte. Nach kurzer Benommenheit fühlte sich Karski schockiert, traurig und schuldig zugleich. «Ich kam mir vor, als hätte ich selber Zygielbojm das Todesurteil überbracht, obwohl ich nur das Instrument war», schrieb er 1944. «Zygielbojms Tod», fügte er an, «liess nicht den geringsten Trost. Er war selbstverhängt und absolut hoffnungslos.»¹⁵

Bei einer Tagung der Befreier, die der United States Holocaust Memorial Council im Oktober 1981 veranstaltete, sprach Karski, noch kernengerade, schlank und ehrwürdig, vor einer grossen Gruppe von Delegierten über seine Erfahrungen. Er verglich sich mit einem «Tonbandgerät». Doch jetzt, sagte er, sei der Vorhang gefallen und das Theater leer. Er sei immer gläubiger Katholik gewesen, aber nach dem Krieg, fuhr er fort, «wurde ich Jude, wie die Angehörigen meiner Frau, die hier im Publikum sitzt – sie alle kamen in den Gettos, in den Konzen-

trationslagern, in den Gaskammern um, und so wurden alle ermordeten Juden zu meiner Familie». ¹⁶

21. Die jüdischen Retter

Während ihrer Diaspora hatten die jüdischen Gemeinden der Welt eine Patina der Zeitlosigkeit angesetzt. Geschichte und Schicksal verschmolzen in einer Abfolge von Generationen. Die Juden in der Diaspora hielten auch über die Grenzen und Meere hinweg an ihrer Identität fest. Alle Juden waren weltweit durch Familienbände vernüpft.

Sieben Millionen Juden standen unter dem Regiment Deutschlands oder seiner Satellitenstaaten. Neun Millionen lebten ausserhalb dieser Machtsphäre: knapp zwanzigtausend in einer Enklave, der neutralen Schweiz, gut zwei Millionen in nicht besetzten Teilen der Sowjetunion, einige Hunderttausend in Grossbritannien und in Palästina, und die weitaus meisten, fast fünf Millionen, in den Vereinigten Staaten.

Die sowjetischen Juden konnten auf der politischen Bühne nicht unabhängig in Erscheinung treten. Sie waren vom Rest der Welt abgeschnitten und hatten im eigenen Land keinen Einfluss. Mit Beginn der deutschen Invasion waren die sowjetischen Juden völlig auf sich gestellt und konnten nur jene Fluchtmöglichkeiten nutzen, die ihnen die Sowjetregierung anbot.

Die Juden Grossbritanniens genossen viel mehr Freiheiten als die in der Sowjetunion; in den dreissiger Jahren waren es über 300'000 an der Zahl, viele davon Immigranten aus Osteuropa oder deren Kinder. Die Juden überhaupt waren nicht zusammen mit den Römern auf die Insel gekommen, sondern erst nach der Zeit Wilhelms des Eroberers eingewandert. Unter den Königen aus Anjou hatten sie nur Tausende gezählt, die vom Geldverleih lebten, daheim Französisch sprachen und Verbindung zum Kontinent hielten. Ende des 13. Jahrhunderts waren sie vertrieben worden. Bis auf eine Handvoll spanischer Juden, die nach 1492 auf die britische Insel gekommen waren, hatten sich Juden dort erst Mit-

te des 17. Jahrhunderts erneut niederlassen können. Die Neulinge waren überwiegend Sephardim-Juden, stammten also aus Spanien, Portugal oder Italien. Einer ihrer Nachfahren, Benjamin Disraeli, schmiedete im 19. Jahrhundert als Konvertit ein Weltreich.

Gleichwohl war die Zahl der Juden nach wie vor gering: 1880 lebten in Grossbritannien nicht mehr als rund 65'000, doch diese Zahl sollte sich innerhalb der nächsten sechzig Jahre verfünffachen. Im Grossen und Ganzen war die Einwanderungswelle problemlos verlaufen, und im Ersten Weltkrieg hatten britische Juden ihre Vaterlandstreue dadurch beweisen können, dass sie zu Tausenden in der britischen Armee starben. In diesem Sinne hatten sie sich nicht anders verhalten als die deutschen, österreichisch-ungarischen, bulgarischen und osmanischen Juden, die patriotisch auf die Briten schossen, ob sie nun christlich oder jüdisch waren.

Gegenüber mehreren jüdischen Gemeinden auf dem Kontinent hatten die britischen Juden nicht unter rechtlicher Diskriminierung zu leiden, sieht man davon ab, dass sie nicht mit Immobilien handeln durften. Diese weitgehende Gleichstellung kam ohne Umwälzungen oder Revolutionen zustande. Doch es gab Befürchtungen. Bei den alt-etablierten britischen Juden löste die zionistische Bewegung Ängste aus. In der Gemeinschaft als Ganzes herrschte während der dreissiger Jahre mit ihrer hohen Arbeitslosigkeit die Sorge, ein plötzlicher Zustrom von Immigranten könne zu negativen Reaktionen führen. Besonders kam es nun darauf an, nicht den Eindruck der Öffentlichkeit zu verwischen, dass die britischen Juden durch und durch britisch waren; daher musste alles unterbleiben, was latenten Antisemitismus hätte anfachen oder die aggressiven, giftigen Reden der Nazi-Sympathisanten hätte nähren können.

Wichtigste Organisationen waren die «Anglo-Jewish Association» und der «Board of Deputies of British Jews». Erstere war überwiegend nicht- oder gar anti-zionistisch eingestellt. Als Präsident diente 1933 Leonard Montefiore. Der pro-zionistische Board wurde von dem Historiker Neville Laski geleitet, einem Bruder des Politologen Harold Laski. 1939 löste ihn der Mathematikprofessor Selig Brodetzki im Amt ab,

der zum Zionismus neigte. Die Anglo-Jewish Association und der Board of Deputies waren durch einen ständigen Ausschuss – das «Joint Foreign Committee» – liiert, der sich gegen die Unterdrückung der Juden in den nicht-westlichen europäischen Ländern wandte. Das Komitee zerbrach mitten im Krieg, als sich die Zionisten im Board durchsetzten.

Nach dem Machtantritt der Nazis nahmen die Judenorganisationen in Grossbritannien an, dass mit einigen Tausend Juden aus Deutschland zu rechnen sei. Sie bürgten dafür, dass diese Juden nicht zu einer öffentlichen Last werden würden, denn sie vermuteten, dass die Flüchtlinge beabsichtigten, nach kurzer Zeit in andere Länder weiterzuziehen. Später stieg die Einwanderungsziffer allerdings unerwartet an, und unmittelbar nach den deutschen Pogromen vom 10. November 1938 gab es eine Flüchtlingskrise. Der Innenminister Sir Samuel Hoare erklärte in einer Kabinettsitzung, dass die jüdischen Organisationen keine Judenschwemme wünschten, da sie eine Zunahme des Antisemitismus befürchteten. Ausserdem wollten sie, dass die Zahl der aufgenommenen Flüchtlinge geheim bleibe, um nicht ins Kreuzfeuer darüber zu geraten, ob diese zu gering oder zu hoch sei.¹ Von da an spielten die jüdischen Organisationen Grossbritanniens für die Rettung der europäischen Juden keine wichtige, geschweige denn führende Rolle mehr.

Eine zweite bedeutende jüdische Gemeinschaft unter britischer Flagge bildete die Judenheit Palästinas. 1939 war sie mit 400'000 Einwohnern grösser als die britische, doch acht Jahre zuvor hatte ihre Zahl noch 175'000 betragen. Jene Juden, die in den dreissiger Jahren nach Palästina umsiedelten, stammten meist aus Polen und Deutschland. Nach Vorschriften, die der britische Hochkommissar für Palästina erliess, nahm man «Kapitalisten», Freiberufler und Handwerker auf, wenn sie eine bestimmte Summe in Palästina-Pfund nachweisen konnten, während für Arbeiter feste Quoten galten, die das Hochkommissariat zweimal jährlich festlegte. Die Jewish Agency als einheimische Verwaltungsbehörde vergab sodann nur noch die Arbeitserlaubnisse.

Wer als Arbeiter nach Palästina wollte, musste jung sein. Die jüdische Bevölkerung des Landes hatte, im Gegensatz zu den Juden Europas, ein sehr niedriges Durchschnittsalter. Ausserdem hatten sich die palästinensischen Juden das Ziel gesteckt, eine völlig autarke jüdische Gesellschaft aufzubauen; man sprach Hebräisch, hielt alle Wirtschaftsfunktionen in jüdischer Hand und strebte die Eigenstaatlichkeit an. Zwar brauchte man Immigranten, um diese Vision zu verwirklichen, aber die Araber protestierten lauthals gegen neue jüdische Einwanderer und weitere Verkäufe arabischer Grundstücke an Juden. Schliesslich wurden die jüdischen Siedler durch zwei britische Entscheidungen gebremst: das Weissbuch vom Mai 1939, worin die Einwanderung drastisch beschränkt wurde; und die Palestine Land Transfers Regulations vom Februar 1940, mit restriktiven Vorschriften zum Grunderwerb.

Die palästinensischen Juden waren nicht nur enttäuscht, sondern wurden sich auch bewusst, wie wenig Macht sie hatten. Ihre leicht bewaffneten Siedler bildeten zunächst und vor allem eine Untergrundarmee, und jüdische Militäreinheiten unterstanden dem britischen Mandatsträger. Mitte 1942, als die Vernichtung der Juden auf dem europäischen Festland ihren Höhepunkt erreichte, machten sich die Juden Palästinas Sorgen über die Nähe der deutschen Streitkräfte, die gleichzeitig in Ägypten und auf dem Kaukasus einfielen. Von nun an ging es ihnen nur noch darum, sich selbst zu retten.

Die amerikanische Judenheit lebte frei und in Sicherheit. Sie war aus einer kleinen Gemeinde portugiesischer Juden hervorgegangen, die sich im 17. Jahrhundert in der Neuen Welt angesiedelt hatte. Mitte des 19. Jahrhunderts nahm die Immigration, besonders aus Deutschland, merklich zu. Zwischen 1881 und 1932 trafen viele osteuropäische Juden ein. Allein während dieser fünf Jahrzehnte liessen sich mehr als 2,3 Millionen Juden in den Vereinigten Staaten nieder, und viele von ihnen lebten noch, als der Zweite Weltkrieg ausbrach. Sie hatten ihre Eltern, Geschwister, Neffen, Nichten und Vettern in Europa zurückgelassen, ihre Verwandten jedoch meist seit der Jugend nicht mehr gesehen.

Fast alle jüdischen Einwanderer in den Vereinigten Staaten waren **arm**. Ihre Vorgänger versuchten, ihnen zu helfen. Hilfsverbände wurden gegründet, Arbeitsplätze angeboten, die allerdings stets sehr schlecht bezahlt waren, und man «integrierte» die Neuankömmlinge. Ausserdem setzte man sich für bedürftige Juden im Ausland ein, und bereits im 19. Jahrhundert drängten amerikanische Judenvertreter das Aussenministerium, gegen die Judenverfolgung in Russland zu protestieren. 1919 kam für die Juden in aller Welt, abgesehen von einigen Gemeinden der islamischen Sphäre, die grosse Befreiung. In Russland und Rumänien wurden die bis dahin geltenden Diskriminierungsvorschriften abgeschafft, und in Europa war das Mittelalter endlich überwunden.

Völlige Gleichberechtigung war jedoch etwas anderes, sogar in den Vereinigten Staaten. Die amerikanische Judenheit war geographisch, ökonomisch und psychisch eingeeignet. In den dreissiger Jahren, als in den USA etwa 4,8 Millionen Juden lebten, entfielen davon fast zwei Millionen auf New York City. Überall in den Vereinigten Staaten blieben Juden viele Wohngegenden faktisch verwehrt. An Colleges und medizinischen Hochschulen gab es Quoten für Juden. Im Grossen und Ganzen waren Juden vom Management, von Arbeitsplätzen in der Schwerindustrie, in den Grossbanken und in den wichtigsten Versicherungsgesellschaften ausgeschlossen. Die jüdischen Berufe konzentrierten sich auf den Einzelhandel, auf die Textilbranche und auf das Kommunikationswesen. Der jüdische Anteil in den Gewerkschaften war besonders in der Textilbranche und bei den Pelzarbeitern überhoch. Die grosse Mehrzahl der Juden besaßen keine eigenen Häuser und mussten kämpfen, um ihre Miete bezahlen zu können. Sogar als ihre Einkommen in den Städten das Niveau der Nichtjuden erreichten, besaßen sie im Durchschnitt wenig Kapital oder Vermögen. Zudem fürchtete die amerikanische Judenheit um ihren gesellschaftlichen Status. Viele Juden verfolgten nervös die offen antisemitischen Kundgebungen, die sich zu häufen und zu verschärfen schienen, während die Lage der europäischen Juden immer katastrophaler wurde. Die amerikanischen Juden

befanden sich in der Defensive, und sie proklamierten ihre vorbehaltlose Treue zu Amerika. Es durfte nicht zu einem Konflikt zwischen den amerikanischen Interessen und jüdischen Bedürfnissen kommen wie in den zwanziger Jahren, als die restriktiven Einwanderungsgesetze verabschiedet wurden. Amerika sollte stets Vorrang haben.

Jüdische Amtsinhaber waren eher die Ausnahme. Der Finanzminister Henry Morgenthau jr. war Jude. Im Repräsentantenhaus sassen neun Juden, nach den Wahlen von 1940 nur noch sechs. Der Senat hatte keine jüdischen Vertreter. Als Wähler standen die amerikanischen Juden 1932, 1936, 1940 und 1944 mit grosser Mehrheit hinter der Demokratischen Partei Franklin D. Roosevelts. Dieser galt – als ein ausgesprochener Reformler und zuverlässiger Liberaler – bei den Juden als der grosse Held. Wie Amerika rangierte auch Roosevelt immer an erster Stelle.

Vor Hitlers Machtantritt hatten die amerikanischen Juden zwei grosse politische Organisationen gegründet. Zuerst das «American Jewish Committee» 1906, buchstäblich ein Komitee von Einzelnen, in dem erfolgreiche deutsch-jüdische Geschäftsleute den Ton angaben. In den dreissiger Jahren führte einer der Gründer, der in Arkansas geborene und damals weit über siebzig Jahre alte Cyrus Adler, den Vorsitz. Studierter Assyriologe, legte Adler später Kataloge für Sammlungen an, war Mitgründer der «Jewish Publication Society», Präsident des «Jewish Theological Seminary» und des «Dropsie College». Zwischen 1941 und 1943 unterstand das Komitee Maurice Wertheim, einem Investmentbankier, und anschliessend dem in Alabama geborenen Richter Joseph Proskauer, der sich als Mitglied der Demokraten in die New Yorker Parteipolitik gestürzt hatte. Das American Jewish Committee war während des Zweiten Weltkriegs und auch schon davor antizionistisch eingestellt. Beim Eintreten für jüdische Rechte oder bei Protesten gegen Ungerechtigkeiten hielt es sich stets sehr zurück. Es organisierte keine öffentlichen Demonstrationen.

Der zweite politische Verband war der «American Jewish Congress» und dessen Ableger, der «Jüdische Weltkongress». Ursprünglich ein Konglomerat jüdischer Organisationen, nahm der American Jewish Congress in den dreissiger Jahren auch Einzelmitglieder auf. Der 1936

gegründete Jüdische Weltkongress entstand bei einer Versammlung von Abgeordneten jüdischer Organisationen und Gemeinden der ganzen Welt und hat bis heute Sektionen in Lateinamerika, Grossbritannien etc. Die überragende Figur im American Jewish Congress und im Jüdischen Weltkongress war Stephen Wise, ein Rabbiner aus der Liberalenbewegung, der auch für den Zionismus eintrat. Wise war 1874 in Budapest geboren, aber schon als kleines Kind in die Vereinigten Staaten gekommen. Früh engagierte er sich für den Zionismus. Als junger Mann lernte er Theodor Herzl, den Begründer des modernen Zionismus, kennen und half diesem, die zionistische Bewegung in den Vereinigten Staaten aufzubauen. Von 1936 bis 1938 war er auch Präsident der «Zionistischen Organisation von Amerika». Wise identifizierte sich vielleicht mehr als jeder andere öffentlich herausragende Jude mit Roosevelt, den er vorbehaltlos unterstützte und in vielen Briefen mit «Lieber Chef» anredete.

Die Organisationen Stephen Wises unterschieden sich sowohl durch ihre Basis als auch im Führungsstil deutlich vom American Jewish Committee. Als der Jüdische Weltkongress 1941 einen nominellen Beraterstab für sein neugegründetes «Institute of Jewish Affairs» bilden wollte, schrieb einer der Nichtjuden, Professor Robert S. Lynd, Soziologe an der Columbia University, an den «General Counsel» des Instituts:

Lieber Herr Levy,

Sie können meinen Namen auf die Beraterliste des Institute of Jewish Affairs setzen. Bei dieser Zustimmung gehe ich davon aus, dass Ihre Organisation kühner und weniger furchtsam sein wird als das American Jewish Committee. Ich habe inzwischen einen sehr schlechten Eindruck von der Tendenz der genannten Organisation, eine ängstliche Politik der Vertuschung zu treiben, die wirkt, als würden sie *andere* Juden den Wölfen vorwerfen, solange ihre eigene wohlhabende Gruppe gut dabei wekommt. In der heutigen Lage will jeder anständige Nichtjude mit und für Juden arbeiten, aber das bezieht sich auf demokratische Juden, nicht auf jene Leute der Oberschicht, die nur ihre eigene Haut retten wollen.

Und gewiss ist es eine Tragödie, dass Ihr Juden in dieser Zeit auch intern gespalten seid.

Herzlich

Robert S. Lynd²

Zwischen dem American Jewish Committee und dem American Jewish Congress gab es jedoch Übereinstimmungen. Beide Organisationen hatten 1933 gegen einen von dem Abgeordneten Samuel Dickstein eingebrachten Vorschlag opponiert, das Einwanderungsgesetz zu liberalisieren, und bevorzugten die öffentlich weniger sichtbare Massnahme, bestehende Vorschriften von Fall zu Fall grosszügiger anzuwenden.³ Als die jüdischen Kriegsveteranen und andere kleine Gruppen im selben Jahr einen Boykott deutscher Waren organisierten, verhielten sich die Führungen des American Jewish Committee und des American Jewish Congress wiederum sehr ähnlich. Adler und Proskauer waren bestürzt, während Wise sich nicht entschliessen konnte, die Bewegung «ohne die Gutheissung unserer Regierung» zu unterstützen. Wise merkte allerdings, dass der Druck innerhalb der jüdischen Gemeinschaft zunahm, und so schrieb er einem Kollegen, er wolle versuchen, «den Massen zu widerstehen». Schliesslich überstimmte ihn sein eigener Verwaltungsrat.⁴ Im November 1938 sahen sich die Vertreter des American Jewish Committee, des American Jewish Congress, des Bundes «B'nai B'rith» und des «Jewish Labor Committee» durch die wachsenden Nöte der Juden in Deutschland veranlasst, über ein klares Eintreten für Änderungen im Einwanderungsgesetz und organisierte Protestmärsche durch die Strassen nachzudenken. Erneut entschied man sich für Zurückhaltung und Abwarten.⁵

Doch sowohl das American Jewish Committee als auch der Jüdische Weltkongress erweiterten ihre Mitarbeiterstäbe. Besonders letzterer baute seinen Verwaltungsapparat aus und gründete eine Abteilung für Hilfsmassnahmen sowie das «Institute of Jewish Affairs», um Daten zu sammeln und langfristig zu planen. Zu den neuen Mitarbeitern gehörten Männer, die erst kurz zuvor aus Europa gekommen und bestens mit der jüdischen Lage vertraut waren. Einer davon war der in Litauen geborene Jacob Robinson, ein Spezialist für internationales Recht, der dem litauischen Parlament angehört und das litauische Aussenministerium beraten hatte. Da er zahlreiche Sprachen beherrschte, perfektionierte er auch rasch sein Englisch. Im Dezember 1940 eingetroffen, übernahm er das neugegründete Institut zwei Monate später. Ein weiterer war Arie

Tartakower, noch für 1938-1939 im polnischen Łódź zum Stadtrat ernannt. Als Spezialist für die Soziologie und Demographie der Juden wanderte er 1939 mit seinem Wissen ab und wurde Chef der Unterstützungsabteilung und stellvertretender Direktor des Instituts. Ein Dritter war Arye Leon Kubowitzki, wie Robinson in Litauen geboren, aber in Belgien aufgewachsen, wo er sich an der jüdischen Politik beteiligte. Kubowitzki emigrierte 1940 in die Vereinigten Staaten, trat ins Institut ein und leitete bald die Europaabteilung des Jüdischen Weltkongresses. Ein weiterer Neueinwanderer des Instituts war Jakob Lestschinsky, der sein Leben lang Statistiken über die jüdischen Gemeinden Europas zusammengetragen hatte.⁶

Trotz ihrer geballten Erfahrung waren diese Männer nicht fähig, die Vorgänge auf dem Kontinent richtig einzuschätzen: Sie waren keine Politologen, und ihr Fachwissen konzentrierte sich auf jüdische Probleme, aber nicht auf Nazi-Deutschland. Als Tartakower eine Rede skizzierte, die er am 29. Mai 1941 beim «Jewish Writers Club» halten sollte, erwog er die Frage, warum das Institut mitten im Krieg gegründet worden war. Seine Antwort: Das Institut diene der Wiederherstellung des jüdischen Lebens, damit «jeder Jude nach dem Krieg weiss, wo er in der Welt steht und was von ihm erwartet wird».⁷ Zehn Monate später, am 24. Januar 1942, setzte das Institut Vorschläge für «konservative» und «dynamische» Lösungen der Judenfrage auf die Tagesordnung einer Sitzung seines «Board of Trustees». Das konservative Verfahren sah vor, die Juden wieder in die europäische Wirtschaft einzugliedern, ihnen alle Eigentumsrechte und die Gleichstellung zurückzugewähren. Bei der dynamischen Strategie ging es um die Auswanderung nach Palästina, also die massenhafte Kolonisierung und die Umsiedelung ganzer Bevölkerungsgruppen.⁸ Alle Pläne zielten, so oder so, auf ein erneuertes, normalisiertes Leben in der Nachkriegswelt.

Mehrere jüdische Organisationen gründeten Büros in der Schweiz. Als diese Aussenstellen – vor Hitlers Marsch durch ganz Europa – entstanden, galt die Schweiz noch nicht als ein bedeutsamer Standort. Daher fiel diesen Büros nur die Aufgabe zu, notfalls Hilfe zu leisten und

grundlegende Informationen zu sammeln. Ihr Haushalt war ebenso klein wie die Mitarbeiterzahl.

Die «Jewish Agency» in Palästina ernannte zu ihrem Schweizer Repräsentanten den in Berlin geborenen Richard Lichtheim, dessen Karriere in der jüdischen Politik durch eine Tendenz zum unabhängigen Denken geprägt war – und manchmal unterbrochen wurde. Während des Ersten Weltkriegs hatte er die Zionistenorganisation in Konstantinopel vertreten und von 1921 bis 1923 dem Vorstand der Jewish Agency angehört, die damals noch nicht alle Abteilungen nach Palästina verlegt hatte. Lichtheim war für Organisationsfragen zuständig gewesen, aber aus Protest von diesem Amt zurückgetreten, als sich die Agency auch für Nichtzionisten öffnete. Später wandte er sich den nationalistischen Revisionisten unter Vladimir Jabotinsky zu, doch als dieser seine eigene Organisation gründete, folgte ihm Lichtheim nicht, wie er zuvor der zionistischen Führung nicht gefolgt war.⁹ 1933 war Lichtheim nach Palästina ausgewandert und trat nun, sechs Jahre später, im Alter von 54 Jahren, seinen Posten in Genf an. Dort begann er zu kämpfen, zunächst um Briefmarken und Telefonrechnungen bezahlen zu können.¹⁰

Lichtheims Briefe aus Genf strotzen von Warnungen. Da er überall nur Düsternis sah, schrieb er bereits im Oktober 1939 über den kurz zuvor besetzten Westteil Polens: «Wir müssen damit rechnen, dass unter deutscher Herrschaft zwei Millionen Juden ebenso grausam, wenn nicht grausamer vernichtet werden, als eine Million Armenier im letzten Krieg von den Türken.»¹¹ Im November 1941, als die Deportationen deutscher Juden nach Polen begonnen hatten, plagten ihn böse Vorahnungen. Deutschen Juden, schrieb er, drohe ein noch schrecklicheres Schicksal als das der polnischen in den Gettos, weil die Deportierten weder Geld noch Nahrungsreserven oder Bettzeug hätten. Im selben Brief nannte er es «kurios», dass Präsident Roosevelt in seinen Bemerkungen über die deutsche Unterdrückung nie auf Juden eingehe. Das «absichtliche Schweigen» der demokratischen Staaten mache es den Opfern gewiss nicht leichter.¹² Am 11. Februar 1942 schrieb er: «Nach diesem Krieg wird man die [jüdischen] Toten nicht in Tausenden oder

Hunderttausenden, sondern in mehreren Millionen zählen müssen.»¹³ Und am 13. Mai 1942 wiederholte er seine Forderung, die Verfolgung der Juden in der amerikanischen und britischen Presse sowie über Rundfunk publik zu machen.¹⁴ Zwei Wochen später sagte er rundweg voraus, am Ende des Krieges würden zwei bis drei Millionen Juden «physisch vernichtet» sein.¹⁵

Der Jüdische Weltkongress übertrug die Leitung seines Genfer Büros daraufhin Gerhart M. Riegner. 1939 war Riegner erst 28 Jahre alt, energisch, nüchtern und unverblümt in seinen Äusserungen. Aus Berlin stammend, wo er Jura studiert hatte, siedelte Riegner später nach Paris um und setzte sein Studium an der Sorbonne fort. Da er in Frankreich nicht praktizieren durfte, ging er nach Genf und studierte dort internationales Recht, unter anderem bei dem Flüchtling Hans Kelsen und dem Schweizer Paul Guggenheim. Beide Professoren empfahlen Riegner für den Posten beim Jüdischen Weltkongress.

Guggenheim, damals Anfang Vierzig, hatte sich mit Problemen von Flüchtlingen befasst und engagierte sich daraufhin politisch für die Schweizer Juden. Er blieb Riegner und der Arbeit des Genfer Büros eng verbunden. Der Jüdische Weltkongress unterhielt in Genf auch eine kleine Rettungsorganisation (Relico), geleitet von Adolf Silberschein, einem ehemaligen Mitglied des polnischen Parlaments. In einem Brief an Nahum Goldmann, den Vorstandsvorsitzenden des Jüdischen Weltkongresses, schrieb Riegner über Silberschein, er sei «der Büroarbeit etwas müde». Silberschein sei gesundheitlich nicht auf der Höhe, und zudem belaste es ihn, nichts von seinem Bruder zu hören, der in einem kroatischen Konzentrationslager sitze.¹⁶ Silberschein seinerseits schrieb in einem Brief an Tartakower in New York, er sei dagegen gewesen, Riegner zum Repräsentanten des Jüdischen Weltkongresses zu ernennen. Riegner halte ihn nicht auf dem Laufenden. Dann sprach er von der Gruppe Lichtheim-Guggenheim-Riegner und behauptete, das Trio versuche, Saly Mayer als Vorsitzenden der Schweizer Jüdischen Gemeinde zu stürzen, ihn durch Guggenheim zu ersetzen. Dabei gehe es, so urteilte Silberschein, um einen Krieg zwischen den Intellektuellen und dem Establishment.¹⁷

Sowohl Riegner als auch Silberschein hatten Schwierigkeiten mit den Finanzen. Am 1. März 1942 schrieb Riegner an Tartakower, dass die Lage verzweifelt sei und man ihm seit vier Monaten keine Mittel überwiesen habe. «Wenn Ihnen an einem Fortgang unserer Arbeit liegt, müssen Sie das sofort regeln.»¹⁸ Am 28. März protestierten Riegner und Guggenheim telegraphisch in New York gegen «Ihre Kürzung des Budgets». Regulär standen dem Genfer Büro monatlich 975 Dollar zu, und New York verlangte einen Nachweis für die Ausgaben. Am 30. Juni 1942 telegraphierten Wise und Goldmann an Riegner, Silberschein müsse die Hilfsmassnahmen gemäss US-Gesetz auf die Schweizer Juden übertragen, und der neue Haushalt für Riegner, Silberschein, zwei Sekretärinnen und andere Ausgaben betrage 500 Dollar.¹⁹

Anfangs übermittelte Riegner nur Nachrichten, die man auch den amtlichen Mitteilungsblättern und Tageszeitungen hätte entnehmen können. Als jedoch 1941 die Erschiessungen in Osteuropa und die Deportationen aus Deutschland begannen, veränderte sich der Inhalt seiner Botschaften grundlegend. Die ersten Deportationen deutscher Juden erwähnte er in einem Telegramm vom 26. Oktober 1941, und am 23. März 1942 telegraphierte Riegner an Wise und die beiden Rabbiner Maurice Perlzweig und Irving Miller in der Zentrale des Jüdischen Weltkongresses in New York:

Schlimmstmögliche Nachricht letzte Woche in London. Massaker jetzt auf einem katastrophalen Höhepunkt. Besonders Polen. Auch Deportationen von bulgarischen und rumänischen Juden haben schon begonnen. Europäische Juden verschwinden..²⁰

Riegner hatte nur bruchstückhafte Informationen, die zum Teil auch ungenau waren, aber er sammelte sie. Am 17. Juni 1942 schrieb er Goldmann, «vor einigen Wochen» habe ein Vertreter des Deutschen Roten Kreuzes im Kolomea (Ostgalizien) bei Silberschein angerufen. Der Mann, den niemand im Genfer Büro persönlich kenne, habe sich sogar namentlich gemeldet. Er habe Silberschein unterrichtet, dass die Lage der Juden in Kolomea katastrophal sei. Sehr viele Männer seien

umgebracht worden, Frauen und Kinder benötigten dringend Hilfe. Weiter habe der Anrufer gesagt, er wende sich an das Genfer Büro, um seinem menschlichen Mitgefühl zu folgen und sein Gewissen zu entlasten.²¹ Im folgenden Monat übermittelte Riegner die Meldung, dass in Wilna 30'000 von 40'000 Juden verschwunden seien, dass man einige der Juden aus Bialystok deportiert habe und dass es im März und April in ostgalizischen Dörfern zu schweren «Pogromen» gekommen sei.²² Im Juni und Juli häuften sich derartige Berichte, nährten aber weiterhin keinerlei Verdacht, dass Nazi-Deutschland jetzt wirklich eine «Endlösung» durchführe.²³

Im Juli 1942 erreichten jedoch mehrere Deutsche mit sehr gravierenden Enthüllungen die Schweiz. Einer von ihnen war Ernst Lemmer, 1918 Mitgründer der «Deutschen Demokratischen Partei» und während der fünfziger und sechziger Jahre Minister in der Bundesrepublik. Lemmer erlebte den Krieg als Korrespondent in Budapest, in Brüssel und in der Schweiz. Walter Laqueur, der solche Boten suchte, schrieb, dass Lemmer in jenem Juli in Zürich mit Schweizer Persönlichkeiten gesprochen und ihnen berichtet habe über «stationäre und mobile Gaskammern, in denen Juden umgebracht wurden». Er wünschte die Verbreitung dieser Nachricht, doch man misstraute ihm ein wenig, so dass niemand bereit war, seinen Forderungen nachzukommen.²⁴

Um den 27. Juli 1942 herum kam der deutsche Oberstleutnant Artur Sommer, Ökonom sowie Referent und stellvertretender Gruppenleiter «Verbündete und neutrale Staaten» im Wirtschaftsamt des Oberkommandos der Wehrmacht, mit offiziellem Auftrag in die Schweiz. Sommer kannte das Land, da er zuvor schon seinen Ökonomenkollegen Professor Edgar Salin an der Universität Basel besucht hatte. Bei solchen Anlässen sprach er stets offen über das deutsche Verhalten in der UdSSR und liess einmal mehrere Stapel Photographien von ausgemergelten oder toten sowjetischen Kriegsgefangenen zurück. Diesmal fand Salin einen Zettel ohne Kuvert in seinem Briefkasten. Darauf stand geschrieben:

Im Osten werden Lager vorbereitet, in denen sämtliche Juden Europas und ein grosser Teil der russischen Kriegsgefangenen vergast werden sollen. Bitte unmittelbar Nachricht an Churchill und an Roosevelt persönlich gelangen lassen. Wenn BBC täglich davor warnt, die Gasöfen zu zünden, so dürfte die Verwendung verhindert werden; denn die Verbrecher tun alles, damit das deutsche Volk nicht erfährt, was sie planen und mit Sicherheit auch ausführen werden.²⁵

Die Information auf Sommers Zettel war schon alt. Gas hatte man den europäischen Juden bereits im Frühherbst 1941 zgedacht. Das Programm sollte auf dem Baltikum und in Weissrussland – zum Teil in Lagern, die für Kommunistenrazzien vorbereitet waren – durchgeführt werden, wurde dann aber nach Polen verlagert, wo es Mitte 1942 auf Hochtouren lief. Offenbar hatte Sommer mehrere Monate verspätet von den ersten Plänen erfahren. Auch seine Anregung, die British Broadcasting Corporation könnte die Täter mit psychologischen Mitteln hemmen, war nicht ganz neu. Die BBC hatte bereits einige Sendungen ausgestrahlt, allerdings nicht jene ungeschminkten, drastischen täglichen Warnungen, die ihm vorschwebten.²⁶ Dennoch kommt Sommers Botschaft erhebliche Bedeutung zu, weil sie erstens von einem Mitarbeiter aus Berlin stammte, von dem erwartet werden musste, dass er direkten Zugang zu den Tatsachen hatte, und weil darin zweitens unzweideutig erklärt wurde, dass die europäische Judenheit mit Gas ausgerottet werden sollte.

Salin, ein konvertierter Christ aus Deutschland, beobachtete die Ereignisse jenseits der Grenze mit grosser Sorge. Allerdings wusste er nicht, wie er an Roosevelt und Churchill herankommen sollte. Er wandte sich an den amerikanischen Direktor der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel, Thomas H. McKittrick; dieser beteuerte Salin anschliessend, er sei sofort zum amerikanischen Gesandten in Bern gefahren, der die Meldung gleich an «Roosevelt» telegraphiert habe.²⁷ Es fand sich aber in keinem Archiv ein Telegramm des amerikanischen Gesandten mit dem Inhalt der Botschaft Sommers an irgendeine Washingtoner Adresse.²⁸

Als britischen Kontaktmann wählte Salin Chaim Pozner, ohne jedoch Sommers Namen zu enthüllen. Pozner, wie Sommer ehemaliger Schü-

ler Salins, vergab in der Schweiz palästinensische Einreisepapiere für die Jewish Agency. Nach dem Krieg behauptete Pozner, er habe auf freiwilliger Basis für V. C. Farrell gearbeitet, der damals die britische Passkontrolle in der Schweiz leitete, doch laut Pozner in Wahrheit ein Abwehroffizier war. Später sagte Pozner, er habe mit Farrell gesprochen, und dieser habe ihm zugesagt, die Meldung nach London zu übersenden.²⁹ In britischen Archiven fand sich jedoch kein entsprechender Bericht.³⁰ Der Sicherheit halber schickte Pozner die Nachricht jedoch auch an Chaim Barlas, einen Vertreter der Jewish Agency im türkischen Istanbul, der früher in der Schweiz stationiert gewesen war.³¹ Nachdem er einen Monat lang keine Reaktion aus Palästina erhalten hatte, schrieb Pozner am 29. August erneut.³² Sommers Zeugnis hatte sich so in Luft aufgelöst.³³

Ein dritter Informant war Eduard Schulte, der in Breslau die grosse Bergwerksgesellschaft Georg von Giesches Erben leitete. Er hatte Beziehungen zu einem deutschen Oberst und einem Giesche-Betriebsleiter, der eng mit Gauleiter Karl Hanke in Niederschlesien befreundet war. Wie Sommer, war Schulte zuvor geschäftlich in der Schweiz gewesen und hatte dort mehrere Leute über deutsche Massnahmen und Pläne informiert. Diesmal reiste er, weil er etwas über die Juden erfahren hatte: Sie sollten vernichtet werden. Am 30. Juli 1942 sprach er mit seinem Geschäftspartner Isidor Koppelman, der sich an den Pressechef der Schweizer Jüdischen Gemeinde, Benjamin Sagalowitz, wandte. Schulte wollte, dass seine Information in die Vereinigten Staaten und nach Grossbritannien übermittelt wurde, und Sagalowitz nahm mit Riegner in Genf Fühlung auf. Riegner beriet sich mit Professor Guggenheim. Man hatte wenig Spielraum, konnte nicht einfach nach New York oder London fliegen, um die Nachricht persönlich zu überbringen. Bei Luftpostbriefen oder Telegrammen riskierte man Eingriffe der Schweizer Zensur. Allerdings bot die Kontaktaufnahme mit Repräsentanten der Alliierten in der Schweiz eine Möglichkeit, schnell und sicher zum Ziel zu kommen sowie weiteren Bescheid zu erhalten. Am Morgen des 8. August machte sich Riegner auf den Weg, um den britischen und den amerikanischen Konsul in Genf zu treffen.³⁴ Riegner, der

Schulte weder gesehen hatte noch seinen Namen kannte, fasste eine Notiz mit dem wesentlichen Inhalt der Äusserungen Schultes ab. Er richtete sie an Sydney Silverman, Mitglied des Jüdischen Weltkongresses in London und Abgeordneter, sowie an Wise in New York. Der Text lautet:

ERHIELT ALARMIERENDEN BERICHT ÜBER EINEN PLAN, DER IM FÜHRERHAUPTQUARTIER BESPROCHEN UND ERWOGEN WURDE, NACH DEM DREIEINHALB BIS VIER MILLIONEN JUDEN IN DEN VON DEUTSCHLAND BESETZTEN KONTROLLIERTEN GEBIETEN NACH DEPORTATION UND KONZENTRATION IM OSTEN MIT EINEM SCHLAG VERNICHTET WERDEN SOLLEN, UM DIE JUDENFRAGE IN EUROPA EIN FÜR ALLEMAL ZU LÖSEN – STOP – AKTION IST FÜR HERBST GEPLANT, ART DER AUSFÜHRUNG NOCH NICHT FESTGELEGT – STOP – DIE REDE WAR VON BLAUSÄURE – STOP – ÜBERMITTLUNG DER NACHRICHT MIT ALLEN GEBOTENEN VORBEHALTEN, DA WIR DIE RICHTIGKEIT NICHT ÜBERPRÜFEN KÖNNEN – STOP – INFORMANT SOLL ENGE BEZIEHUNGEN ZU HÖCHSTEN DEUTSCHEN STELLEN HABEN UND IST ALS ZUVERLÄSSIG BEKANNT.
WORLD JEWISH CONGRESS

GERHARD RIEGNER³⁵

Den Passus «mit allen gebotenen Vorbehalten» hatte Guggenheim vorgeschlagen.³⁶

Ende Juli waren die Vergasungen in Kulmhof, Auschwitz, Belzec, Sobibór, Treblinka und Majdanek (Lublin) bereits in vollem Gange. Nur Treblinka hatte den Betrieb eben erst aufgenommen. Damit war die Planungsphase längst abgeschlossen, und die Juden sollten auch nicht «mit einem Schlag» getötet werden. Dennoch enthielt Riegners Nachricht neben der unfassbaren Wahrheit über die Vernichtung auch einige sprechende Merkmale. Man konzentrierte *tatsächlich* viele Deportierte aus Deutschland und der Slowakei in mehreren östlichen Gettos, organisierte Erschiessungen und Vergasungen standen bevor, und Blausäure, der Wirkstoff von Zyklon, *war* im oberschlesischen Vernichtungslager Auschwitz, ganz in der Nähe von Niederschlesien, bereits eingeführt.

Als sich Vizekonsul Howard Elting im amerikanischen Konsulat mit Riegner zusammensetzte, erschien ihm der Vertreter des Jüdischen Weltkongresses äusserst erregt. Riegner kam auf die Blausäure zu sprechen, und Elting wandte ein, dieser Bericht komme ihm extrem phantastisch vor. Darauf erwiderte Riegner, auch er habe anfangs gezweifelt, dann aber an die jüngsten Massendeportationen aus Paris, Holland, Berlin, Wien und Prag denken müssen. Der Bericht sei so seriös und alarmierend, dass er es für seine Pflicht halte, darauf zu bestehen, dass die Regierungen der Alliierten und Rabbiner Wise informiert würden. Man müsse «mit allen Mitteln versuchen, sich Klarheit zu verschaffen».³⁷

Für Riegner fügte sich das Mosaik bereits zusammen. Allerdings waren die Alliierten weniger überzeugt. Das US-Aussenministerium beschloss, Rabbiner Wise erst zu informieren, wenn sich die Meldung bestätigte.³⁸ Im britischen Aussenministerium dachte man eine Woche lang über das Telegramm nach, bevor man es an Sydney Silverman weiterreichte.³⁹ Wise wurde am 24. August von Silverman informiert.⁴⁰

Unterdessen meldeten sich immer mehr Zeugen und Informanten, die jedoch nicht alle zuverlässig waren.⁴¹ Am 14. August 1942 berichtete ein nichtjüdischer Pole auf der Basis eines Gerüchts, das innerhalb Europas kursierte, man grabe Leichen wieder aus, um Seife und Düngemittel daraus herzustellen. In diesem Zusammenhang nannte der Informant allerdings ein bestehendes Vernichtungslager: Belzec.⁴¹

Das geographische Ausmass der Katastrophe bestätigte sich Tag für Tag unabweisbarer. Am 31. August 1942 erhielt Miller von Riegner einen genauen Bericht über eine Pariser Razzia. Verlassene Kinder «wimmerten, weinten und schrien durch die verwaisten und dunklen Strassen ‚Mutti‘».⁴² Eine Woche später meldete er Goldmann «täglich zunehmende Deportationen in allen Ländern».⁴³

Im Oktober hatten Riegner und Lichtheim alle ihre Informationen beisammen. Sie trafen sich mit dem US-Gesandten in der Schweiz, Leland Harrison, und gaben ihm eine Notiz, datiert 22. Oktober, worin sie hervorhoben: «Der prominente deutsche Industrielle» (Schulte), der sie

ursprünglich über die geplante Vernichtung informiert habe, besitze jetzt einen neuen Bericht, wonach Hitler Ende Juli einen Befehl unterschrieben habe, die Juden in Europa zu vernichten. Dieser Notiz zufolge behauptete der Informant, den Befehl mit eigenen Augen gesehen zu haben. Auch habe er Details genannt, zum Beispiel, dass der Vernichtungsplan von Staatssekretär Herbert Backe aus dem Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft stamme und dass Generalgouverneur Hans Frank in Polen gegen den Plan opponiere.⁴⁴

In den Archiven fand sich jedoch kein von Hitler unterschriebener Befehl dieser Art; auch in der Kriegskorrespondenz der deutschen Behörden fehlt jeder Hinweis auf ein solches Dokument, wohingegen Hitlers verschleierte mündliche Äußerungen von seinen Handlangern mehr als einmal zitiert wurden. Die Backe und Frank zugeordneten Rollen waren Vermutungen und stammten aus Gerüchten. Obwohl diese Schlüsse weit von gesicherten Fakten entfernt waren, hatten die Beamten des Ernährungsministeriums und Frank 1941 doch über die zentrale Frage diskutiert, wie man die Gettos noch einen Winter durchbringen könne.

Bald erhielt Carl Burckhardt vom Internationalen Roten Kreuz zwei weitere Berichte aus deutschen Quellen. Nach diesen Meldungen, die Burckhardt über Guggenheim an Konsul Squire und den Gesandten Harrison weiterleitete, gab es einen Führerbefehl Hitlers, alle Juden bis zum 31. Dezember 1942 «auszurotten».⁴⁵ Auch für eine solche umfassende Weisung Hitlers gibt es keinen Beleg, es trifft aber zu, dass die genannte Frist, die Himmler festgesetzt hatte und die in aller Munde war, für das Generalgouvernement galt.

Riegner und Lichtheim hatten bereits erkannt, dass die europäische Judenheit dem Zugriff der Vernichtung ausgeliefert war. So sass der unermüdliche Riegner, ein Junggeselle, stundenlang über Berichten, die er analysierte und in allen Konsequenzen durchdachte. Der tief pessimistische Lichtheim hatte die Jewish Agency selber mit einer Flut von Warnungen überschüttet.⁴⁶ Er wurde zwar nicht sofort über Schultes Botschaft informiert, war aber schon am 27. August überzeugt, dass

Hitler bereits vier Millionen Juden auf dem europäischen Kontinent umgebracht hatte oder umbringen liess, dass nicht mehr als zwei Millionen eine Überlebenschance hatten und dass selbst diese jeden Monat geringer wurde.⁴⁷ In ihrem gemeinsamen Memorandum vom 22. Oktober wiesen Lichtheim und Riegner nachdrücklich darauf hin, dass vier Millionen Juden am Rand der totalen Vernichtung stünden. Weiter unterschieden sie zwischen Juden unter direkter deutscher Kontrolle und solchen, die in Satellitenstaaten lebten. Sie drängten darauf, sofort Massnahmen zu ergreifen, um die noch lebenden Juden in den «halbunabhängigen» Staaten Ungarn, Italien, Rumänien, Bulgarien und Vichy-Frankreich zu retten. Sie wiesen darauf hin, dass in diesen Ländern insgesamt 1,3 Millionen Juden lebten.⁴⁸

Die jüdische Führung ausserhalb Kontinentaleuropas brauchte sehr lange, um die Bedeutung der eingehenden Nachrichten zu begreifen. Am 9. September 1942 schrieb Lichtheim an Nahum Goldmann, die «Mandarine» in der zionistischen Bewegung «schrecken vor der unangenehmen Pflicht zurück».⁴⁹ Tatsächlich hatte Izhak Gruenbaum von der Jewish Agency Lichtheims detaillierte Berichte mit einiger Skepsis aufgenommen.⁵⁰ Während der ersten Oktoberhälfte beantragte er jedoch hundert Pfund für Lichtheims Telegramme. Der Schatzmeister der Jewish Agency, Eliezer Kaplan, gestand ihm fünfzig zu.⁵¹ Als der Vorstand der Jewish Agency am 25. Oktober 1942 in Jerusalem tagte, erörterte er die Lage der Juden in Europa neben anderen Fragen wie Vergütung der Angestellten, das staatliche Komitee für Löhne und die Neuordnung der Arbeitsämter.⁵² Einige Wochen später traf jedoch eine Palästinensergruppe aus mehreren Städten Deutschlands und besetzter Teile Europas im Austausch gegen Deutsche ein. Nach Moshe Shertok, der die Politische Abteilung der Jewish Agency leitete, brachten sie «Horrorgeschichten» mit, darunter «quälende» Einzelheiten über Giftkammern. «Hätte es nicht geglaubt, wenn nicht von direkten Zeugen berichtet», hiess es in seinem Telegramm nach London.⁵³

In Jerusalem blieb damit kein Raum für Zweifel mehr. Bei einer Sitzung am 22. November 1942 widmete sich die Jewish Agency ganz der europäischen Judenheit. Kein anderes Problem stand auf der Tagesord-

nung, und die Teilnehmer beschlossen, die Nachricht zu veröffentlichen.⁵⁴ Am nächsten Tag erschienen in der hebräischen Presse Balkenschlagzeilen, und die jüdische Bevölkerung war wie vor den Kopf geschlagen und gelähmt. «Die ganze Reaktion», schrieb der amerikanische Konsul in Jerusalem, «ist kläglich in ihrer Hilflosigkeit.»⁵⁵

Innerhalb der Jewish Agency gab es gewisse Vorbehalte gegen dieses Aufsehen. Bernard Joseph, Rechtsberater der Politischen Abteilung, sorgte sich über «die Veröffentlichung von Daten mit übertriebenen Zahlen jüdischer Opfer», da sonst gefragt werden könne, «wo eigentlich die Millionen Juden blieben, für die in Palästina eine neue nationale Heimat entstehen solle».⁵⁶ Erschwerungen gab es auch bei dem Versuch, organisiert Protest und Betroffenheit auszudrücken. Einen Generalstreik hatte der Vorstand der Jewish Agency am 22. November ausgeschlossen, da er den Kriegsanstrengungen schaden würde. Für knallharte Zionisten erinnerte das allgemeine Lamento an die Schwäche, die europäische Juden seit Jahrhunderten bewiesen hatten. Der Vorstandsvorsitzende der Jewish Agency, David Ben Gurion, hielt die öffentliche Trauer für wirkungslos und meinte – da sie sich ja auf ein Europa bezog, das die Siedler hinter sich gelassen hatten –, sie sei ihrer Art nach nicht zionistisch genug. Die Unterhaltungsbranche, die Alliierte Soldaten auf Urlaub betreute, war mit den Verboten und Schliessungen unzufrieden.⁵⁷ Schliesslich konnte das Weinen und Fasten ja nicht endlos andauern.

Der «Yishuv», wie sich die jüdische Gemeinschaft Palästinas selbst nannte, war ein zionistisches Unternehmen. Die Zionistische Weltorganisation unterstand dem Biochemiker Chaim Weizmann, der – hoch in den Sechzigern – in Grossbritannien lebte. Im Februar 1942 hatte er erfahren, dass einer seiner Söhne an Bord eines britischen Bombers auf U-Boot-Patrouille umgekommen war. «Als gebrochener Mann» reiste er im April in die Vereinigten Staaten, wo er für 15 Monate blieb und sich im Labor mit Butadien und Isopren ablenkte. Seine umfangreiche veröffentlichte Korrespondenz aus dieser Zeit enthält kaum Hinweise auf die jüdische Katastrophe.⁵⁸

Ben Gurion war nicht gebrochen. Er wich der Nachricht weder aus, noch konnte er damit umgehen. «Mit fast grausamer Klarheit», so Dina Porat über ihn, «erkannte er, dass der Yishuv nur sehr wenige Menschen retten konnte, und behielt die volle Tragweite dieser Einsicht für sich.»⁵⁹ Die Hauptlast der Rettung mussten die Vereinigten Staaten tragen.

Auch New York hatte seine Mandarine, denen es ebenfalls schwerfiel, die Entwicklungen in Europa zu begreifen. Als der Sommer des Jahres 1942 ausklang, war die Möglichkeit der totalen Vernichtung weder akzeptiert noch umfassend erforscht. So schrieb der Demographie-Experte des «Institute of Jewish Affairs», Jakob Lestschinsky, am 23. September einen Abschlussbericht über seine Einschätzung aller Verluste der europäischen Judenheit. Er kam auf eine Summe von 1,6 Millionen, die – wie folgt – zusammengesetzt war: 200'000 Flüchtlinge aus Kontinentaleuropa, 200'000 Opfer von Bombardements in Städten sowie 100'000 Gefallene der Kämpfe; von den restlichen 1,1 Millionen – so nahm er an – seien 500'000 eines natürlichen Todes gestorben und 600'000 Opfer von «Massenmorden» geworden. Das oberste Ziel von Hitlers Politik war seiner Meinung nach die «totale Vernichtung», doch er fügte an, sogar Hitler könne dieses Ziel nicht «in wenigen Jahren» erreichen. Daher greife Hitler vor allem zu der Methode, hygienische Bedingungen für Juden zu schaffen, die deren Sterben beschleunigten.⁶⁰ Die Annahme, dass die Deportierten noch lebten, lag einem Telegramm zugrunde, das der Rabbiner Miller am 16. Oktober 1942 an Riegner mit der Bitte geschickt hatte, ihm die aktuellen Adressen mehrerer Personen zu beschaffen, die in den Mahlstrom geraten waren.⁶¹

Qualen bereitete auch die Veröffentlichung dessen, was man erfuhr. Als Rabbi Wise vom Jüdischen Weltkongress Ende August das Telegramm Riegners erhalten hatte, kam er mit dem Aussenministerium überein, diese Information so lange zurückzuhalten, bis sie erhärtet war. Zusammen mit den führenden Männern anderer jüdischer Verbände «gelang» es ihm, dieses Versprechen zu halten.⁶² Ende November trat er schliesslich mit Zustimmung des Aussenministeriums vor die Presse, doch nun wurde die Meldung im Mittelteil der Zeitungen vergraben.⁶³

Wise und vier seiner Kollegen erhielten sogar eine Audienz bei Präsident Roosevelt. Zu dieser Besprechung am 8. Dezember 1942 brachte die jüdische Delegation zwei Papiere mit, einen Lagebericht und eine Liste von Empfehlungen. Bei der Zusammenfassung der Ereignisse hatte man die Schätzung Lestschinskys offenbar nicht über Bord geworfen. So war die Rede von fast zwei Millionen toten Juden, obwohl die Zahl der Opfer damals bereits doppelt so hoch war. Erwähnt wurden «Massenmord, gezieltes Aushungern, Deportationen, Zwangsarbeit und Seuchen in überfüllten Gettos, Straflagern und Sklavenreservaten», aber nicht das Gas. Man nannte Mauthausen, Oswiecim (Auschwitz) und Chelmno (Kulmhof), aber Belzec, Sobibór und Treblinka fehlten. Massenerschiessungen in Kiew und anderen Städten hiessen nach wie vor «Pogrome». In den Empfehlungen wurde nur zweierlei gefordert:

1. Warnungen an Nazi-Deutschland und dessen Verbündete,
2. Bildung einer staatlichen Kommission, um weitere Informationen einzuholen. Eine Liste der zu warnenden Personen fehlte ebenso wie eine solche mit Fragen zum Schicksal der Judenheit, auf die klare Antworten hätten gefordert werden sollen.⁶⁴

Nach der halbstündigen Unterredung verabschiedeten sich die fünf Judenvertreter, ohne auch nur das Versprechen mitzunehmen, dass die Regierung eine Untersuchungskommission einrichten würde. Doch Wise war zufrieden. Am 15. Dezember 1942 schrieb er Tartakower, dass ihn der Präsident gemeinsam mit Maurice Wertheim vom American Jewish Committee, Henry Monsky von B'nai B'rith, Adolph Held vom Jewish Labor Committee und Rabbi Israel Rosenberg von der Vereinigung Orthodoxer Rabbiner empfangen habe. Zuvor hatte allerdings das Aussenministerium dem Vorschlag widersprochen, auch Vertreter des Synagogenrates, des Amerikanischen Bundes Polnischer Juden und der orthodoxen Agudath Israel in die Delegation aufzunehmen, doch die fünf Besucher «waren allesamt bewegt von der Ernsthaftigkeit und dem Nachdruck, mit denen der Präsident auf unser Hilfsersuchen reagierte». Es sei deutlich zu spüren gewesen, fuhr Wise fort, dass sowohl der Präsident als auch das Aussenministerium «begriffen, was für ein ungeheu-

res Verbrechen überall in dem von Hitler besetzten Gebiet an unseren jüdischen Brüdern und Schwestern begangen wird, und dass unsere Regierung entschlossen ist, mit allen erdenklichen Mitteln gegen das Unrecht vorzugehen, das dem jüdischen Volk angetan wurde und wird».⁶⁵

Tatsächlich teilten nicht alle fünf Delegierten diesen Eindruck. Adolph Held vom Jewish Labor Committee schrieb in einem Memorandum, der Präsident habe sie in sehr aufgeräumter Stimmung empfangen, ihre Empfehlungen angehört und dann gesagt, dass er die meisten Tatsachen bereits kenne, bestätigt durch zahlreiche Quellen. Er habe dem Vorschlag der Warnung zugestimmt und sich erkundigt, ob die Delegierten noch weitere Empfehlungen hätten. Als diesen aber nichts mehr eingefallen sei, habe sich der Präsident anderen Themen zugewandt. Darüber seien achtzig Prozent der gewährten halben Stunde verstrichen.⁶⁶

Die jüdische Führung in New York hatte alle ihre Karten ausgespielt. So wurden Massenversammlungen organisiert und Trauertage ausgerufen, aber es fehlte ein Programm für weitere Schritte. Dennoch trafen immer neue Berichte ein. Im Januar erhielt man Eindrücke aus dem Warschauer Restgetto: entkräftete Frauen in zerfallenen Häusern. «Hartnäckig hält sich das Gerücht über Vergasungen.» In Berlin kämen berufstätige Eltern abends nach Hause und stellten fest, dass ihre Kinder abgeholt worden waren. Zweitausend Berliner Juden hielten sich versteckt. Viele nahmen sich mit Veronal das Leben, da dieses Medikament aber sehr teuer sei, hätten manche Opfer auf giftige Pilze zurückgegriffen.⁶⁷ Der polnische Botschafter Ciechanowski schrieb am 24. März 1943 an Tartakower und fügte die Notiz eines «Jüdischen Nationalkomitees» in Polen bei, gerichtet an Wise, Goldmann und das «American Joint Jewish Distribution Committee»:

Die Überreste der jüdischen Gemeinden Polens sind überzeugt, dass Sie uns in der schrecklichsten Zeit unserer Geschichte nicht im Geringsten geholfen haben. Antworten Sie wenigstens jetzt, in den letzten Tagen unseres Lebens. Das ist unser letzter Aufruf an Sie.⁶⁸

Wenig später, als den Juden Bulgariens die Deportation drohte, appellierten Wise sowie Proskauer vom American Jewish Committee – unterstützt vom US-Aussenministerium – in Washington erfolglos an den britischen Aussenminister Anthony Eden, gemeinsam mit anderen alliierten Staaten einen Aufruf an Hitler zu richten, dieser solle den Juden gestatten, das besetzte Europa zu verlassen.⁶⁹ Nachdem die Schlacht um das Warschauer Getto im April und Mai geschlagen war, verkündete Morris Waldman, der Vizepräsident des American Jewish Committee, die Juden Europas seien zum Untergang verurteilt.⁷⁰ Ähnlich äusserte sich Jacob Robinson, der am 25. Juni voraussah, dass nur wenige Juden überleben würden. Momentan niedergeschlagen, fragte er, was man *nach* dem Krieg für die europäischen Juden tun könne.⁷¹

Das Institute of Jewish Affairs blieb weiter vorsichtig in seinen quantitativen Schlussfolgerungen. In einem Buch, das am 20. August 1943 erschien, schätzte es, dass drei Millionen Juden tot und drei Millionen noch am Leben waren.⁷² Genau im selben Monat stellten Riegner und Lichtheim ihre bemerkenswert exakten Zahlen zusammen. Es gebe inzwischen vier Millionen Opfer. Die Sowjetunion ausgenommen, lebten in Kontinentaleuropa noch 1,5 bis 2 Millionen Juden: mehrere Hunderttausend in Polen und Deutschland, 750'000 in Ungarn, 250'000 in Rumänien, 200'000 in Frankreich, 60'000 in der von Rumänien verwalteten Ukraine-Zone jenseits des Dnjestr, 50'000 in Italien, 50'000 in Holland, 45'000 in Theresienstadt, 25'000 in Belgien, weitere 50'000 in sonstigen besetzten Gebieten.⁷³ Riegners und Lichtheims Statistik traf Robinson hart, widersprach sie doch den Befunden seines Instituts. Sofort dachte er an ein weiteres «schädliches Resultat»: Die höhere Schätzung der Zahl toter Juden könnte die Annahme bestärken, Hitler habe die Judenfrage bereits gelöst, so dass nichts mehr geschehen müsse, um die restlichen Juden zu retten.⁷⁴

Nach dieser Mitteilung trafen weitere Nachrichten der polnischen Exilregierung über Oswiecim (Auschwitz) ein. Man bat Tartakower, die neuen Daten zu analysieren, und der legte am 23. November 1943 seine Einschätzung vor:

Wenn wir von der grässlichen Zahl ausgehen könnten, dass sich unter den 520'000 Juden, die im Lager von Oswiecim mit Giftgas umgebracht wurden, nicht mehr als 20'000 Polen befanden und die übrigen aus Frankreich, Belgien, Holland, Jugoslawien oder anderen Ländern kamen, so bestätigte das frühere Berichte der polnischen Regierung über Massendeportationen westeuropäischer Juden nach Polen. Ich habe jedoch gewisse Zweifel, ob diese Zahl, von der wir hiermit erstmals erfahren, wirklich als genau akzeptiert werden kann.⁷⁵

Der Auschwitz-Bericht kam zwar, ebenso wie Lichteims und Riegners Aufstellung, der Wahrheit sehr viel näher als Tartakowers Analyse, aber dieser zog weiterhin seine Schlüsse aus den früheren Unterbewertungen des Instituts. Diese Praxis hatte eine bedeutsame Konsequenz, da Tartakower nicht begriff, welche Rolle Auschwitz als Zentrum für Deportationen aus allen Teilen West- und Südosteuropas spielte. Er konnte sich die Kapazität des Lagerkomplexes nicht vorstellen, und damit stand er keineswegs allein. Bis Anfang Juni 1944 erkannte die Führung der Jewish Agency nicht, welche Rolle Auschwitz als Vernichtungslager spielte.⁷⁶

Ab Mitte Mai 1944 wurden innerhalb von sechs Monaten fast [600'000 Juden nach Auschwitz gebracht](#), überwiegend aus Ungarn, aber auch aus Łódź, aus Theresienstadt, aus der Slowakei sowie aus Frankreich, Italien, Griechenland und den Resten der Arbeitslager Polens. Abgesehen von der kurzen Zeit, in der man Kulmhof wieder in Betrieb nahm, war Auschwitz das einzige verbleibende deutsche Tötungszentrum. Alle Gaskammern standen auf engstem Raum gedrängt, wären also ein mögliches Ziel für alliierte Bomber gewesen, die in Italien stationiert waren. Da im Lagerkomplex von Auschwitz grosse Industrieanlagen gebaut wurden, machten alliierte Aufklärer ab April 1944 Luftaufnahmen von der Gegend. Doch man interessierte sich nur für Fabriken, so dass die Bildanalytiker nicht auf die kombinierten Gaskammern und Krematorien achteten.

Jüdische Organisationen in Budapest und in Pressburg forderten zwar ausdrücklich Bombardierungen, aber ihre Eingaben waren viel zu lange unterwegs und trafen verspätet ein. Chaim Weizmann und Moshe Sherok legten die Appelle Anfang Juli beim britischen Aussenministerium

vor, ohne jedoch zu drängen.⁷⁷ In den USA trug der offizielle «War Refugee Board» (Kriegsflüchtlingsrat) die Bombenforderungen aus Europa direkt ins Kriegsministerium. Schliesslich wiesen London und Washington alle diese Anträge zurück. Der Bombardierungsplan konnte nicht engagiert und überzeugt vorgetragen werden, weil sich die jüdische Führung nicht auf Auschwitz konzentriert hatte und weil sie sich weder die Möglichkeiten noch die Schwierigkeiten von Luftangriffen vorstellen konnte. Einige der Männer hatten ausserdem Skrupel. Leon Kubowitzki, der die «Rettungsabteilung» des Jüdischen Weltkongresses leitete, widersprach einer Bombardierung der Anlagen, weil bei einem derartigen Luftangriff viele Juden ums Leben kommen würden.⁷⁸

1944 eröffnete sich eine weitere Möglichkeit, die ein vertrauterer Gerät betraf als Flugzeuge. Ganz zu Beginn der Deportationen aus Ungarn erlaubten die Deutschen selbst dem Emissär einer jüdischen Hilfsorganisation, Joel Brand, der Jewish Agency in Palästina eine Botschaft über den Loskauf der verbleibenden Juden zu überbringen. Der geforderte Preis betrug 10'000 Lastwagen. Brand traf mit Chaim Barlas zusammen, dem Repräsentanten der Jewish Agency in Istanbul; danach fuhr er mit einem Personenzug durch die ganze Türkei in das von Grossbritannien besetzte Syrien, wo man ihn tagelang festhielt. Dort suchte ihn Shertok auf. Als er aus Brands Mund erstmals die Zahl «sechs Millionen» hörte, verschlug es ihm die Sprache. Eine Reise nach London war sogar für Shertok nicht einfach. Schliesslich traf er dort ein und unterbreitete – begleitet von Weizmann – den Vorschlag nebst der Forderung nach Bombardierungen im britischen Aussenministerium. Damit hatte er seine Pflicht erfüllt, und die Briten lehnten ab. Den Nazis durfte man nicht einmal vortäuschen, dass man mit ihnen verhandeln wollte, und die Juden wurden nicht gerettet.⁷⁹

22. Die Alliierten

Für die Sowjetunion, Grossbritannien und die Vereinigten Staaten war die Rettung der Juden nicht dringlich. Zwischen 1941 und 1945 waren alle drei Staaten ununterbrochen mit dem Krieg befasst, einschliesslich ihrer Verluste und Siege im Gefecht und ihrer möglichen Einflussphären nach der deutschen Niederlage. Die strategischen Geheimdienste sollten feindliche Pläne und die Kampfstärken an den verschiedenen Kriegsschauplätzen beurteilen. Das ganze Gebiet hinter den feindlichen Linien galt vor allem als ein Komplex der Produktion, der Mobilisierung und des Nachschubs. Daneben konnte kaum etwas die Neugier der Alliierten erregen. Das Leiden und die Dezimierung der von Deutschland und seinen Verbündeten unterjochten Völker war bestenfalls von zweitrangigem Interesse.

Ähnlich gestaltete sich die ganze Informations- und Propagandapolitik der Alliierten. Die Sowjetunion widmete den begrenzten Kampfereignissen bewaffneter Partisanen hinter den deutschen Linien mehr Aufmerksamkeit als dem Massensterben der sowjetischen Kriegsgefangenen in den deutschen Lagern. Bei den westlichen Alliierten weckte man in der Öffentlichkeit mehr Mitgefühl für jene polnischen Untergrundkämpfer, die 1944 vergeblich losschlügen, um Warschau zu befreien, als für die vielen jungen Polen, die bei Vergeltungsaktionen erschossen wurden oder in Konzentrationslagern dahinsiechten. Als Währung des Zweiten Weltkriegs zählten nur Kugeln, Granaten oder Bomben; wer über diese Mittel nicht verfügte, gehörte zu den vergessenen Armen des Kriegs. Mit Waffen errang man Ruhm und oft weitere Waffen; gegen Not gab es weder Beistand noch Hilfe zu kaufen.

Die Sowjetunion hatte vor dem deutschen Überfall fünf Millionen jüdische Einwohner, davon gut drei Millionen in den Grenzen vom August 1939 und weitere zwei Millionen in den erst 1939 und 1940 annektierten Gebieten. Im alten Staatsgebiet waren die Juden gut integriert. Neben zahlreichen anderen Nichttrussen hatten auch Juden bei der kom-

munistischen Revolution eine führende Rolle gespielt. Nach dem Ende der Unterdrückung durch das zaristische Regime waren die Juden nicht nur im Parteiapparat vorgerückt, sondern auch in der Industrie, an den Universitäten, in den Künsten und sogar beim Militär. Mitte der dreissiger Jahre erfassten Stalins «Säuberungsaktionen» jedoch mehrere hohe jüdische Funktionäre. Einige von ihnen wurden verschleppt und erschossen, anderen warf man auch profaschistische Umtriebe vor.¹ Gewiss waren diese Denunziationen nicht mehr als das übliche Ritual: Inzwischen «russifizierte» man die sowjetische Führung. Als Stalin 1939 eine Annäherung an Nazi-Deutschland erwog, beseitigte er wie selbstverständlich, ohne jede Erklärung, den jüdischen Kommissar für Äusseres, Maxim Litwinow.

Für die fast zwei Millionen Juden in den neu annektierten Gebieten Polens, des Baltikums und Rumäniens blieb die sowjetische Herrschaft nur ein Intermezzo. Die Juden in diesem Territorium profitierten in vieler Hinsicht von der vollen Gleichstellung, die ihnen nach sowjetischem Recht zustand, aber Tausende von «bourgeoisien» Juden wurden gleich den bourgeoisien Nichtjuden zusammengetrieben und ins Landesinnere deportiert. Unbeabsichtigt hatte die Sowjetunion damit genau diese konterrevolutionären Juden vor dem deutschen Vernichtungsprozess bewahrt.

In der Sowjetunion durften sich Juden nicht organisieren. Zwar galten sie in der Volkszählung und auf den Pässen, die alle erwachsenen sowjetischen Bürger bei sich führen mussten, als eine Nation, hatten aber keine Rede- und Versammlungsfreiheit. Als zwei polnisch-jüdische Flüchtlinge aus der von Deutschland besetzten Zone, die Sozialisten Henryk Erlich und Victor Adler, kurz nach der deutschen Invasion ein Jüdisches Antifaschismus-Komitee zu gründen versuchten, warf man ihnen vor, die sowjetischen Soldaten zur Kapitulation gegenüber den Deutschen drängen zu wollen. Erlich und Adler wurden erschossen. Später hielt man das Komitee doch für gar nicht so schlecht und richtete es nach beider Tod als Propagandastelle wieder ein.

Die Krise der sowjetischen Juden begann mit dem deutschen Angriff

am 22. Juni 1941. Auf dem Vormarschweg der Deutschen lebten etwa vier Millionen Juden. Für sie alle war eine Rettung nur möglich, bevor die deutschen Truppen eintrafen. Im äussersten Westen sassen die meisten in der Falle, weil die Deutschen so blitzartig kamen. Grodno wurde am 23. Juni eingenommen, Kaunas, Wilna und Slonim folgten am 24., Brest-Litowsk und Daugavpils am 26., Bialystok am 27., Lwow am 30., Riga am 1. Juli und Pinsk am 4. Juli. Während des hastigen, manchmal auch konfusen Rückzugs der Roten Armee bei diesen Eröffnungsgefechten fanden Zivilisten kaum Möglichkeiten, mit Lastwagen oder Zügen zu fliehen. Zudem hatte die Sowjetunion zwischen 1939 und 1941 stets über die antijüdischen Massnahmen der Deutschen geschwiegen, so dass viele Juden nicht oder nicht genau wussten, was ihnen von diesen drohte.² Später boten sich jedoch deutlich mehr Wege und Anreize zu fliehen. Zum Beispiel verzögerte sich die deutsch-rumänische Offensive in Bessarabien, und die bessarabische Hauptstadt Kischinew fiel erst am 17. Juli, obwohl sie nahe an der ersten Frontlinie lag. Bis dahin waren die meisten Juden aus der Stadt geflüchtet.³ Mitte Juli lagen deutsche Truppen in der Gegend von Kiew, nahmen die Stadt jedoch erst am 18. September ein. Auch hier waren unterdessen die meisten Juden geflohen.⁴ Das von Rumänen belagerte Odessa fiel am 16. Oktober. Vermutlich konnten in der Zwischenzeit viele Juden die Stadt verlassen. Deutsche Berichte enthalten klare Hinweise, dass aus Kiew und Charków weit mehr Juden als Nichtjuden geflüchtet waren.⁵ Fraglich bleibt nur, inwieweit diese Fluchtwellen durch Entscheidungen der sowjetischen Behörden ausgelöst oder beeinflusst wurden.

Die sowjetische Politik der Evakuierung von Städten richtete sich nach zwei Prinzipien: Zum einen sollten übereilte Massenabwanderungen verhindert werden; man brauchte die Produktivität der Menschen bis zum letzten Moment,⁶ und panische Reaktionen hätten die Arbeitsmoral unterhöhlt.⁷ Mancherorts war sogar eine amtliche Abmeldung erforderlich.⁸ Die zweite Richtlinie galt für Städte, deren Einnahme kurz bevorstand. Dort wurden gewöhnlich Facharbeiter, Betriebsführer, Parteifunktionäre, Beamte, Studenten, Intellektuelle und bestimmte Frei-

berufler als erste evakuiert.⁹ Zwar waren die Juden in diesen Gruppen stark vertreten, und besonders gab es in den Industriestädten viele jüdische Facharbeiter, aber die sowjetischen Behörden unternahmen offenbar nichts, um die Juden als solche zu evakuieren. Im Herbst 1941 berichtete eine Einheit der deutschen Sicherheitspolizei, die von Smolensk nach Moskau unterwegs war, in dieser Gegend seien die Juden «gezielt evakuiert» worden,¹⁰ doch in den meisten übrigen eroberten Gebieten waren die Juden oft völlig auf sich gestellt.¹¹

Unmittelbar bedroht, aber zum Schweigen verurteilt, konnten die sowjetischen Juden keinen Druck auf die Sowjetregierung ausüben, etwas für sie zu tun, und diese hatte keinerlei Interesse, offen für die Juden als solche einzutreten. Als ein Vielvölkerstaat war die UdSSR ohnehin brüchig genug, und ihrer Führung lag es fern, zwischen Juden und anderen Gruppen zu differenzieren.¹² Dagegen erlitten Grossbritannien und die Vereinigten Staaten keine Invasion, und die jüdischen Gemeinden dieser Länder konnten hohe Funktionäre um Hilfe bitten. Zudem musste den Antragstellern in demokratischen Staaten ein offizieller Bescheid erteilt werden. Das einzige Problem für die Juden lag darin, dass solche Bescheide ablehnend ausfallen konnten. Die westlichen Alliierten wollten, aus jeweils eigenen Gründen, ebenfalls keine Unterschiede machen.

Zwischen 1933 und 1939, als man kaum von jüdischen Eingaben hörte, mussten Grossbritannien und die USA vor allem entscheiden, wie viele Flüchtlinge aufgenommen werden sollten. Beide Länder hielten sich in dieser Frage bedeckt. In beiden gab es viele Arbeitslose, und beide rechneten in kleinen Zahlen. Für die britische Regierung erschien der Beginn des Nazi-Regimes zunächst als eine günstige Gelegenheit, um einige herausragende Persönlichkeiten anzulocken. Mitte der dreissiger Jahre war man dann auch bereit, Krankenschwestern und Haushaltshilfen zu nehmen, eine Politik, die Tausende von jüngeren jüdischen Frauen aus der deutschen Mittelschicht über Nacht zu Dienstmädchen werden liess. 1939 durften Tausende von Kindern einreisen. Allerdings wollte Grossbritannien seine Pforten nicht grundsätzlich öffnen. Man bot vorübergehenden Unterschlupf und erwartete, dass die

Flüchtlinge in andere Länder weiterzogen. Als der Strom jedoch anschwellte und die meisten festsassen, brach ein Streit zwischen Innenministerium und Kolonialamt aus. Jenes wollte höhere Quoten für Palästina durchsetzen, dieses lehnte ab.

Nach Kriegsausbruch weigerte sich Grossbritannien, noch weitere Flüchtlinge aufzunehmen. Man fürchtete die Ankunft von «Spionen», und noch grösser war die Furcht, England werde ein Abladeplatz für unbrauchbare Menschen. Als die Niederlande, Belgien und Frankreich gefallen waren, internierte Grossbritannien viele Tausende von Flüchtlingen, und wer von ihnen in der Armee dienen wollte, kam eine Zeitlang praktisch nur bei den Pionieren unter.¹³

Die Vereinigten Staaten verfügten schon 1933 über ein ausgeklügeltes System für die Zulassung von Immigranten, das auf Quoten für die einzelnen Herkunftsländer basierte. Die Quote für Deutschland wurde 1938 mit der für Österreich verschmolzen und hatte bis dahin gut ausgereicht, aber die Polenquote, der auch Juden unterlagen, die innerhalb der polnischen Vorkriegsgrenzen geboren waren, aber in Deutschland oder Österreich lebten, war viel zu gering. Ausserdem hatte Präsident Hoover während der Wirtschaftskrise angeordnet, dass Visa nur an Personen vergeben werden durften, die nicht der öffentlichen Hand zur Last fielen. Daher brauchten die Bewerber in den meisten Fällen eine eidesstattliche Erklärung von Verwandten, die sich ab der Einreise zur Unterstützung verpflichteten. Gab ein Freund oder irgendein Dritter die Erklärung ab, wurden sowohl die Motive als auch die Vermögenslage des Bürgen von Konsulatsbeamten genauer überprüft. Viel hing auch von den wechselnden Anweisungen des Aussenministeriums und vom Wohlwollen oder den Vorurteilen der Konsuln ab, die teils Überstunden machten, teils Meister in der Kunst des Hinauszögerns wurden und «Mauern aus Papier» auf türmten, hinter denen die Opfer weiterhin dem Zugriff der Deutschen ausgesetzt blieben.¹⁴

Als im Sommer 1942 die Nachricht von der Judenvernichtung eintraf, standen die westlichen Alliierten vor einem viel grösseren Dilem-

ma. Im Grunde wollten sie die Augen vor der Entwicklung verschliessen, wollten einfach nichts damit zu tun haben. Bald nachdem Gerhart Riegner den amerikanischen Konsul in Genf über den Einsatz von Blausäure informiert und ihn gebeten hatte, die Nachricht an Rabbi Stephen Wise weiterzugeben, sahen zwei Beamte im Aussenministerium das Dokument und äusserten Unbehagen. Paul Culbertson, zuständig für Europa-Fragen, konnte erst einmal nicht verstehen, warum die US-Gesandtschaft in Bern das Telegramm überhaupt geschickt hatte, doch gleichzeitig plagte ihn die Vorstellung, dass Wise früher oder später ohnehin von dessen Inhalt erführe und darauf «reagieren» würde. Er setzte also eine Notiz an Wise auf. Sein Chef, Elbridge Dubrow, strich diese durch mit dem Vermerk: «Nicht absenden, ED.» Nun schrieb Dubrow ein Memorandum, worin er erklärte, dass es aufgrund der «phantastischen Eigenschaft der Behauptung» und der «Unmöglichkeit, irgendwelche Hilfe zu leisten», nicht angebracht sei, das Telegramm weiterzuleiten.¹⁵

Als Wise am 8. Dezember 1942 mit einer jüdischen Delegation von Präsident Roosevelt empfangen wurde und nur den einen Wunsch äusserte, die Regierung solle sich um weitere Aufklärung bemühen und eine offizielle Warnung an die Deutschen richten, erklärte ihm Roosevelt, dass er bereits genügend Fakten beisammen habe, dass man die Warnung aussprechen werde und dass die Juden seiner Sympathie gewiss sein könnten.¹⁶ Der patrizische Präsident konnte es sich leisten, etwas von oben herab zu sprechen. Er sass sicher im Amt, hatte den Höhepunkt seiner Macht erreicht und vertraute auf seinen politischen Instinkt. Er hatte die Lage so fest im Griff, dass er keine weitere jüdische Delegation mehr empfangen musste.

Das US-Aussenministerium griff später nochmals ein, um Mitteilungen Riegners auf diplomatischem Weg abzufangen, da es gegen Schweizer Neutralitätsrecht versties, diesen Weg für «private» Meldungen zu missbrauchen.¹⁷ Noch im August 1943 bestand die britische Regierung darauf, das Wort Gaskammern in einer vorgeschlagenen Erklärung der Alliierten zu streichen, da es nach wie vor keine hinreichenden Belege für Tötungen in den Kammern gebe.¹⁸ Anfang 1944 ging

ein aus dem polnischen Untergrund stammender detaillierter Bericht über Auschwitz an das Amt für Strategische Dienste, an das US-Kriegsministerium und an die Kommission für Kriegsverbrechen bei den Vereinten Nationen. Alle drei Behörden vertuschten ihn.¹⁹

William S. Casey, Marineleutnant im Amt für Strategische Dienste, der ab Oktober 1943 in London stationiert war, schrieb in seinen Memoiren:

Ich werde nie begreifen, warum wir bei all unserem Wissen über Deutschland und die deutsche Militärmaschinerie so wenig über die Konzentrationslager und das Ausmass des Holocausts wussten. Zwar war uns prinzipiell bekannt, dass die Juden verfolgt wurden, dass man sie in den besetzten Ländern zusammentrieb und nach Deutschland deportierte, dass sie in Lager verschleppt wurden und dass es in diesen Lagern Brutalität und Mord gab. Aber wenn überhaupt, dann wussten nur ganz wenige um das grausige Ausmass. Jedenfalls war es nicht handgreiflich genug, um sich von der allgemeinen Brutalität und Schlächtereie abzuheben, die Krieg immer bedeutet. In London wurde kaum über Konzentrationslager gesprochen, es sei denn als Orte, an die man Agenten oder Widerstandskämpfer brachte, sofern sie nicht auf der Stelle hingerichtet wurden. Und jene wenigen Berichte, die wir erhielten, schoben wir beiseite, weil es die offizielle Politik Washingtons und Londons war, sich ganz auf die Niederlage des Feindes zu konzentrieren.²⁰

Die zögerliche Behandlung der jüdischen Katastrophe verfestigte sich zur stetigen Praxis. Man wies die unkoordinierten, fragmentarischen Anträge der Judenvertreter zurück, auch wenn die darin geforderten Massnahmen durchaus im Bereich des Möglichen lagen, angefangen bei der Schaffung sicherer Asyle für jüdische Flüchtlinge, über die Evakuierung der Juden aus Rumänien und Bulgarien, das Bombardieren der Gaskammern in Auschwitz, bis zu Verhandlungen über den Loskauf der Juden Ungarns. Sogar als US-Finanzminister Henry Morgenthau jr. sein Gewicht beim Kampf um Rettungsaktionen in die Waagschale warf, musste er sich gegen den Widerstand des US-Aussenministeriums und der britischen Regierung durchsetzen, damit zum Beispiel das «American Jewish Joint Distribution Committee» Gelder für bedürftige Juden im deutsch-dominierten Europa auf Schweizer Konten transferieren konnte.²¹

Die westlichen Alliierten wollten bei ihren eigenen Bürgern unter

keinen Umständen den Eindruck entstehen lassen, der Krieg werde geführt, um die Judenheit zu befreien. Nichts durfte den Anschein erwecken, alliierte Soldaten kämpften als Söldner für die Sache der Juden. Es war schon schwierig genug, Briten oder Amerikanern zu erklären, warum der Krieg überhaupt geführt wurde, schwierig genug, einem Amerikaner klarzumachen, warum sich die USA in Europa engagierten. Obwohl sie oft die Eine Welt oder John Donnes Mahnung betonten, dass niemand auf einer Insel lebt, verharteten viele Briten ganz in dem Bewusstsein ihrer Insellage, zumindest 1940, als die Insel kurzfristig bedroht war. Die viel grössere Insel der Amerikaner lag jenseits eines gewaltigen Ozeans. Entsprechend führten Grossbritannien und die Vereinigten Staaten einen streng kontrollierten Krieg, hielten ihre Verluste möglichst gering und vereinfachten ihre Sprache. Angesichts dieser Haltung konnte jede Befreiung der Juden nur ein Nebenprodukt des Sieges sein.

23. Neutrale Länder

Der Zweite Weltkrieg erfasste nahezu alle Länder Europas. Gegenüber dem expansiven Deutschen Reich blieb wenig Raum für Neutralität, und 1942 waren nur fünf Länder – neben den kleinen Stadtstaaten – nicht in den Konflikt einbezogen: Portugal, Spanien, die Türkei, Schweden und die Schweiz.

Manchmal war Neutralität kaum zu wahren. Nur Portugal grenzte nicht an Gebiete, die das Deutsche Reich kontrollierte. Spanien wurde von Deutschland umworben, sich dem Bündnis anzuschliessen, und entsandte – ohne Krieg zu erklären – eine Division von Freiwilligen an die Ostfront. Die Türkei erhielt Offerten von Grossbritannien, sah darin aber für sich keinerlei Vorteile, schloss erst im Juni 1944 die Dardanellen für deutsche Schiffe und erklärte Deutschland 1945 völlig gefahrlos den Krieg. Schweden war mit Finnland befreundet, das auf Seiten der Deutschen kämpfte, aber auch an die von Deutschland besetzten Länder Norwegen und Dänemark gebunden. Die Schweiz lag eingeklemt zwi-

schen Deutschland, Italien und Frankreich. Sowohl Schweden als auch die Schweiz betonten ihre traditionelle Neutralität, doch beide Staaten liessen privaten Handel mit Deutschland zu. Dadurch erhielt das Deutsche Reich Eisenerz und Kugellager aus Schweden sowie eine breite Palette von Produkten, die Hunderte Schweizer Firmen lieferten. Die schwedische Regierung gestattete daneben auch deutsche Militärtransporte von und nach Finnland und Norwegen über ihr Gebiet, während die Schweiz immerhin den Transithandel mit Kohle duldete.

Die Politik der nicht am Krieg beteiligten Nationen gegenüber der jüdischen Notlage entsprach nicht nur einer vorsichtigen Strategie, je nach geographischer Lage und Fortschreiten des Kriegs, sondern hing auch von tiefverwurzelten Faktoren wie ihrem sozialen Gefüge und ihren historischen Beziehungen zur Judenheit ab. Spanien hatte 1492 alle Juden vertrieben, und sogar 450 Jahre danach waren sie nicht zurückgekehrt. Der spanische Diktator, General Francisco Franco, hatte sich 1939 mit deutscher und italienischer Hilfe in einem Bürgerkrieg durchgesetzt; von ihm hatten die Juden kaum etwas zu erwarten. Wenige Hundert spanische Juden aus Saloniki wurden nach Spanien geholt, und insgesamt erreichten das Land etwa 7'500 über die französische Grenze.¹ Als Spanien einmal den flüchtigen Juden sowie Kriegsgefangenen der Alliierten die Tür schloss, protestierte Churchill beim spanischen Botschafter in London, und die Grenze wurde wieder geöffnet.² Um diese Zeit, im April 1943, hatte die deutsche Wehrmacht bei Stalingrad schon kapituliert, und in Tunesien kämpften deutsch-italienische Truppen mit dem Rücken zum Meer.

Viele jener Juden, die Spanien gegen Ende des 15. Jahrhunderts verlassen mussten, waren im Osmanischen Reich untergekommen, aber die Türkei, das Überbleibsel dieses Reiches nach drei Niederlagen im zweiten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts, war ein völlig anderes Gebilde: viel kleiner, nationalistisch und ethnisch kompakter.

Die Türkei bot keine dauerhafte Zuflucht und erlaubte Juden auch nicht, türkischen Boden zu betreten, wenn sie kein festes Ziel für die

Weiterreise hatten. Ein berühmtes Beispiel ist das seeuntüchtige Schiff SS *Struma*, das am 16. Dezember 1941 mit 769 rumänischen Juden an Bord in Istanbul eintraf, weil die Passagiere befürchteten, in den von Rumänien besetzten Teil der UdSSR deportiert zu werden. Für Palästina besaßen die Juden keine Landeerlaubnis. Am 24. Februar 1942 ordnete die türkische Regierung daher an, das Schiff müsse ablegen. Es wurde aufs Schwarze Meer geschleppt und sank, anscheinend von einem Torpedo getroffen, den die Besatzung eines sowjetischen U-Boots irrtümlich abgefeuert hatte. Zwei Passagiere überlebten die Havarie.³ Auf dem Balkan lebten viele Juden, und in der Folge brauchte die türkische Regierung keine Bestätigung der britischen Politik mehr, um eine jüdische Einwanderung nach Palästina zu vereiteln.⁴

Anders als die Türkei war Schweden kein Gebiet, in das massenhaft Juden – vorübergehend oder längerfristig – hätten fliehen können. In Norwegen und Dänemark lebten insgesamt weniger als zehntausend Juden. Schweden bot beiden Gruppen Asyl, rettete fast die Hälfte der norwegischen und fast alle dänischen Juden. 1944 engagierte sich Schweden stärker im Zentrum Europas, besonders in Budapest, wo die schwedische Gesandtschaft – wie auch die Schweiz, Portugal und der Vatikan – «Schutzpässe» ausgab, für sichere Unterkünfte sorgte und grundsätzlich versuchte, die deutschen Besatzer und ihre ungarischen Marionetten daran zu hindern, in der letzten Phase des Kriegs noch weitere Juden auf ungarischem Boden zu töten. Nachdem im Frühjahr 1945 Juden aus Konzentrationslagern befreit worden waren, nahm Schweden Tausende von Opfern auf, um sie medizinisch zu versorgen und in Rehabilitationszentren zu behandeln.⁵

Schweden und die Schweiz waren beide hochentwickelte demokratische Staaten, aber sie reagierten unterschiedlich auf die jüdische Katastrophe. 1938 wurde die Schweiz als einziges der neutralen Länder für eine Verordnung gegen deutsche Juden verantwortlich. Heinrich Rothmund, Chef der Polizeibehörde im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement, forderte kategorisch die Kennzeichnung der Pässe deut-

scher Juden, da sie im Unterschied zu Touristen nicht heimkehren würden, und drohte andernfalls Visumpflicht für alle Deutschen an. Rothmunds Erfolg belegt, dass sich am 1. September 1939 nicht mehr als 7'100 jüdische und nichtjüdische Flüchtlinge in der Schweiz aufhielten. Von da an bis zum 8. Mai 1945 fanden insgesamt 295'381 Personen vorübergehend oder langfristig Asyl im Lande. Viele davon waren Deserteure, geflohene Kriegsgefangene und ausländische Kinder, die zwecks medizinischer Behandlung in die Schweiz gebracht wurden. Daneben bildeten 9'909 Emigranten und 55'108 zivile Flüchtlinge eine Minderheit. 6'654 der Emigranten und 21'858 der Flüchtlinge waren Juden. Um die Flut der über Frankreich ins Land drängenden Menschen einzudämmen, erliess die Polizeiabteilung am 13. August 1942 eine Weisung, sämtliche Zivilflüchtlinge an der Grenze zurückzuweisen, die rigoros gehandhabt wurde. Am 30. August hielt Bundesrat Eduard von Steiger eine Rede, worin er die Schweiz als ein überfülltes kleines Rettungsboot bezeichnete.⁶ In Bern nannte der amerikanische Gesandte Harrison drei Faktoren, die seines Wissens der Schweizer Politik zugrunde lagen: wachsende Zahl der Ausländer – bereits zehn Prozent der Bevölkerung; die «Furcht, antisemitische Gefühle zu nähren»; und der Einwand, «die Schweiz gefährde ihre Neutralität», wenn sie zu viele Flüchtlinge einlasse, die als «Feinde des Nazi-Regimes» galten.⁷ Erst am 12. Juli 1944 erliess die Polizeiabteilung neue Weisungen, wonach Juden aufgenommen wurden, und Ende des Jahres protestierte Rothmund in Berlin gegen die Fussmärsche ungarischer Juden nach Deutschland.⁸ Jetzt erkannte er eindeutig, dass seine Probleme in erster Linie von den Deutschen verursacht wurden.

Die Schweiz zögerte nicht nur, mehr Juden aufzunehmen, sie war auch zurückhaltend in ihrer Verurteilung Deutschlands. Als das Internationale Komitee des Roten Kreuzes – eine private Organisation, aber gleichwohl symptomatisch für die Schweizer Politik – eine verschleierte öffentliche Erklärung über «gewisse Nationalitätengruppen» erwog, «deren Leben ohne eigene Schuld bedroht» sei, verhinderte Philippe Etter, Komiteemitglied, Bundesrat und ehemaliger Schweizer Aussenminister, die Annahme des Vorschlags.⁹

24. Die Kirchen

Einst auf dem europäischen Kontinent mächtig, hatten die Kirchen im Zweiten Weltkrieg den Tiefpunkt ihres Einflusses erreicht. Im säkularen Staat waren sie nur noch ein anachronistischer Schatten ihrer selbst. So war die Kirche im kommunistischen Russland fast ganz verschwunden. Im Nazi-Deutschland bekundete ein SS-Mann, der «gottgläubig» in seine Personalakte eintragen liess, keine Bindung an irgendeine Kirche zu unterhalten. Sogar in den demokratischen Staaten des Westens waren die Kirchen strukturell untergeordnet und beeinflussten das Leben der Bürger überwiegend sonntags, und auch da nur zeremoniell. Die Kirchen konnten sich also nicht gegen die herrschende politische Ordnung auflehnen. In einem durch und durch materialistischen Zeitalter konnten Pfarrer nicht predigen, dass der Materialismus ein grosses Übel sei. Zu einer Zeit, als der Nationalstaat allerorten triumphierte, konnten sie auch nicht den Nationalismus und Imperialismus verdammen. Weiter konnten sie das amtliche Töten nicht als Mord brandmarken, ohne zu riskieren, dass der Staat die Kirchen zwangsweise schloss.

Gleichzeitig versuchten die Kirchen, als gesellschaftliche Einrichtungen weiterzubestehen. Sie hatten Budgets, besaßen Ländereien und blieben an Feiertagen sowie bei staatlichen Zeremonien sichtbar. Sie ordneten die Zeit, markierten die Lebensspanne des Einzelnen bei Geburt, Heirat und Tod. Als der Krieg ausbrach, boten sie geistlichen Zuspruch und seelische Stärkung, als die Kämpfe endeten, waren sie mit Tröstungen zur Stelle und bewahrten das Andenken der Toten.

Gemeinsam war den Kirchen der grundlegende Glaube an die göttliche Natur Jesu Christi, und bezüglich der Judenheit, die sie so lange verfolgt hatten, weil diese die Gottessohnschaft bestritt, wussten sie immerhin: Sie durften die getauften Juden nicht opfern, ohne ein Sakrament zu verraten, und sie konnten nicht zur Vernichtung der Juden schweigen, ohne Ohnmacht, wenn nicht Gleichgültigkeit oder Zustim-

mung, einzugestehen. Allerdings besaßen die Kirchen kein Mittel, um einheitlich aufzutreten, so dass katholische, evangelische und russisch-orthodoxe Kirchenfürsten ihre Äusserungen nicht problemlos zu einem gemeinsamen Standpunkt verschmelzen konnten. Was Einzelne in der Folge taten oder unterliessen, resultierte demnach in nicht geringem Masse daraus, wo und wer sie waren.

Allein das Eintreten für getaufte Opfer bereitete schon genügend Schwierigkeiten und war in Deutschland von Anfang an kompromittiert. Als 1933 das «Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamten­tums» in Kraft trat, mit dem alle «Nichtarier» aus dem öffentlichen Dienst entfernt wurden, mussten sehr viele Menschen ihre «arische» Abstammung nachweisen, indem sie Dokumente darüber vorlegten, dass alle vier Grosseltern Christen waren. Als Hüter der Tauf- und Heiratsurkunden mehrerer Generationen stellten die Kirchen alle geforderten Daten wie selbstverständlich bereit, liessen sogar eigens Formulare zum «Nachweis der arischen Abstammung» drucken, um ihrer Klientel zu dienen.¹ Später, als die getauften Juden wie alle anderen den gelben Stern tragen mussten, quälte Kardinal Adolf Bertram in Breslau die Frage separater Gottesdienste für getaufte Juden, und sieben evangelische Landeskirchen (Sachsen, Mecklenburg, Nassau-Hessen, Schleswig-Holstein, Anhalt, Thüringen, Lübeck) schlossen die Träger des Sterns als «Judenchristen» aus.² Bezüglich der zwangsweisen Auflösung von Mischehen musste jedoch keine Schlacht geschlagen werden. Das Propagandaministerium berücksichtigte den katholischen Standpunkt, dass die von einem Priester gestiftete Ehe als ein Sakrament galt, und widersprach der Massnahme, worauf sie unterblieb.³

Als man von mehreren Regierungen ausserhalb des Reiches erwartete, dass sie den Begriff «Jude» nach dem deutschen Vorbild definierten, kämpften mehrere Kirchen ein Nachhutgefecht, um wenigstens einige der jüdischen Christen zu retten; davon zeugen mehrere abweichende Definitionen verbündeter Staaten. In den besetzten Niederlanden, wo die deutsche Verwaltung anordnete, dass sich jüdische Partner

in Mischehen sterilisieren lassen mussten, um einer Deportation zu entgehen, legten die evangelische und die katholische Kirche gemeinsam Protest gegen die Massnahme ein, die krass gegen das biblische Gebot «Seid fruchtbar und mehret euch» (Genesis 1,28) versties. Und als sie eine Verordnung über Zwangsscheidungen befürchteten, schrieben sie an den Reichskommissar und zitierten Matthäus 19,6: «Was nun Gott zusammengefügt hat, das soll der Mensch nicht scheiden.»⁴ Die Gettos lagen überwiegend ausser Reichweite. Zwar erstreckte sich die Seelsorge der katholischen Kirche auch auf das Warschauer Getto, wo polnische Priester die jüdischen Katholiken betreuten, aber in Theresienstadt, wo einige Tausend unter den deportierten Massen Christen waren, stand für die Katholiken überhaupt kein Geistlicher zur Verfügung, und die Protestanten bekamen ohnehin erst ab November 1944 einen Pfarrer.⁵

Wenn schon der Schutz getaufter Juden problematisch war, musste jeder Versuch, bekennenden Juden zu helfen, vorab zum Scheitern verurteilt sein. Zwar protestierten die protestantischen Kirchen, als in den Niederlanden antijüdische Massnahmen eingeführt wurden, aber ihre Missbilligung war weder durchweg einmütig noch immer öffentlich bekannt.⁶ Als das französische Vichy-Regime seinen Botschafter beim Vatikan anfragen liess, ob in Vichy geplante Erlasse gegen die katholische Doktrin versties, hiess es in der Antwort, dass wirtschaftliche Massnahmen oder Initiativen zur Absonderung der Juden prinzipiell nicht vom traditionellen Kurs der Kirche abwichen.⁷ Was den Unterschied zwischen der herkömmlichen Diskriminierung und nackter Vernichtung anging, so brauchte niemand hilfreiche Klärungen.

War in den Kirchen bekannt, was vor sich ging, als die Juden zu verschwinden begannen? Hatten sie spezielle Informationsquellen – im Fall der katholischen Kirche etwa die Beichte –, aus denen sie schon früh Genaueres hätten erfahren können? Und begriffen sie dann auch in jedem Fall, was ihnen zugetragen wurde? Meist hatten die Kirchenfunktionäre nicht mehr Zugang zu den Ereignissen ringsum – oder Einblicke in das Geschehen – als die Vertreter der jüdischen Verbände, der Untergrundorganisationen oder der alliierten Staaten. Manchmal erfuhr

der Klerus im letzten Augenblick von Deportationen oder Massakern, weil jüdische Repräsentanten völlig verzweifelt um Hilfe baten.

Weder die protestantische noch die katholische Kirche reagierte einheitlich auf die Katastrophe. In Deutschland hielten sich die evangelischen Kirchen zurück, wohingegen der lutheranische Bischof Fuglsang-Damgaard in Dänemark ohne zu zögern eine Proklamation herausgab, mit der er sich klar für die Freiheit der jüdischen Brüder und Schwestern einsetzte.⁸ In den Niederlanden, wo protestantische und katholische Kirchenmänner bereits regelmässig gemeinsam tagten, um politische Fragen zu erörtern, machten ihnen die Deutschen ein verlockendes Angebot: Jüdische Christen sollten nicht deportiert werden, sofern die Kirchen darauf verzichteten, öffentlich gegen die Deportation der Judenheit zu protestieren. Die Holländisch Reformierte Kirche schied aus dem Bündnis aus und nahm die deutsche Bedingung an.⁹

Auch in der Schweiz meldeten sich die Protestanten hörbar zu Wort und setzten sich damit in gewissem Masse von der übervorsichtigen Neutralität ihrer Regierung ab. 1941 betonten die Wortführer des Protests die Johannes-Stelle «... denn das Heil kommt von den Juden» (4,22). 1942 zitierten sie den Schweizer Theologen Zwingli mit der Aussage, die Kirche habe über das Gewissen zu wachen. Jetzt lagen die Juden am Boden, und die Kirche zitierte Matthäus mit dem Abschnitt *Vom Weltgericht* (25, 40): «Was ihr getan habt einem unter diesen meinen geringsten Brüdern, das habt ihr mir getan.» Die Schweizer Opposition kämpfte gegen das strenge Zensurgesetz ihres Landes, wonach Berichte über das Schicksal der Juden nicht veröffentlicht werden durften, erreichte aber sehr wenig.¹⁰ In Grossbritannien meldete sich am 23. März 1943 der Erzbischof von Canterbury im Oberhaus zu Wort und rief die britische Regierung auf, ihre Hinhaltepolitik zu beenden und dafür zu sorgen, dass akut bedrohte Personen, die das feindliche Gebiet verlassen könnten, zeitweise Zuflucht fänden. Die Juden, fügte er an, würden schon seit längerem zu Zehntausenden täglich umgebracht. Er endete mit den Worten: «Zwar haben wir die Frage auf der Basis erörtert, dass nicht wir für dieses grosse Übel verantwortlich sind, dass die

Last bei anderen liegt, aber trotzdem entscheiden sich die Pflichten anständiger Menschen immer nach Umständen, die sie nicht selber geschaffen haben, sondern nahezu ausschliesslich das Werk der Bösen sind.»¹¹ Diesem Appell wurde zugestimmt, und damit war er vergessen.

Zahlreiche christliche Konfessionen, die nicht Rom unterstanden, verteilten sich auf die Länder Europas und sprachen mit vielen Stimmen oder schwiegen. Doch wie stand es mit dem «monolithischen» Katholizismus? Auch dort herrschte Vielfalt. Dass es nicht zu einer offenkundigen und einheitlichen Botschaft der Katholiken kam, ging weitgehend auf die Haltung von Papst Pius XII. zurück.

Der Papst sass auf drei Stühlen. Erstens war er das Oberhaupt der Kirche, direkt verbunden mit allen Bischöfen der Welt und über sie mit allen Katholiken. Zweitens fungierte er als Staatschef des Vatikans und leitete ein diplomatisches Korps, das in katholischen und nichtkatholischen Ländern akkreditiert war. Drittens war er der Bischof von Rom. In jedem dieser Ämter verfügte er über einen Apparat, um seine Gedanken zu verbreiten.

Als Oberhaupt und Sprecher der Kirche wollte er sich überhaupt nicht äussern. Am 6. Oktober 1942 mutmasste Harold Tittmann, der Assistent des US-Beauftragten beim Vatikan, der Papst schweige vielleicht deshalb zu den «Greueln» der Nazis in Polen, weil er fürchte, das deutsche Volk könne ihn ebenso tadeln, wie es im Ersten Weltkrieg schon Papst Benedikt XV für seine Unterstützung der Alliierten angegriffen habe. Zudem sei Pius XII. viele Jahre lang in Deutschland «geschmiedet» worden, als er den Vatikan dort vertrat.¹² Dennoch versuchte Tittmann, den Papst für die Erklärung der Alliierten vom 17. Dezember 1942 zur «deutschen Politik der totalen Vernichtung der jüdischen Rasse» zu gewinnen. Kardinal Luigi Maglione, der Aussenminister des Vatikans, erklärte daraufhin, der Papst könne spezifische Greuel nicht öffentlich verurteilen.¹³ In seiner folgenden Weihnachtsbotschaft deutete der Papst verschlüsselt an, dass Hunderttausende allein wegen ihrer Rasse getötet würden oder umkämen. Als Tittmann sich darüber sehr enttäuscht äusserte, erklärte ihm der Papst schlicht, er

könne die Nazis nicht nennen, ohne auch von den Kommunisten zu reden.¹⁴

In den zahllosen Dokumenten, die der Vatikan über diplomatische Missionen des Papstes und seiner Nuntien veröffentlichte, gibt es so gut wie keine Anweisungen, das Thema der Juden anzuschneiden. Wenn die Nuntien sprachen, scheinen sie also stets ihrem eigenen Diktat gefolgt zu sein. Monsignore Cesare Orsenigo in Berlin war in dieser Hinsicht besonders schwach. Als er Staatssekretär Ernst von Weizsäcker im Auswärtigen Amt auf die sogenannte Erschiessung von Geiseln in Serbien ansprach – einen Massenmord an Juden und Zigeunern –, erkundigte er sich zunächst höflich, ob der deutsche Beamte für ein solches Gespräch aufgelegt war, und zog, als dieser verneinte, seine Frage sofort zurück.¹⁵ In der Slowakei zeigte der junge Monsignore Giuseppe Burzio deutlich mehr Standvermögen. Der slowakische Staat bekannte sich öffentlich stark zu seinem Katholizismus. Sein Präsident war Monsignore Josef Tiso, und im Parlament sassen Priester, die mit über anti-jüdische Massnahmen abstimmten, darunter ein Gesetz über Deportationen. Nachdem er ergebnislos mit dem slowakischen Premierminister Voytech Tuka gesprochen hatte, schrieb Burzio völlig ausser sich an den Vatikan und bezeichnete den Slowaken als «wahnsinnig».¹⁶ Der Abt Giuseppe Marcone in Kroatien, einem nicht weniger katholischen Satellitenstaat, berichtete am 17. Juli 1942 über ein Gespräch mit Eugen Kvaternik von der kroatischen Polizei, worin dieser gesagt haben soll, zwei Millionen europäische Juden seien bereits tot, und der kroatischen Judenheit stehe wahrscheinlich das gleiche Schicksal bevor. Zu diesem Zeitpunkt waren schon viele Tausend Juden im Inland von Kroaten getötet worden, und als später die Deportationen nach Auschwitz begannen, begnügte sich Marcone mit vereinzelt Appellchen, einmal zugunsten getaufter Juden, dann für Juden in Mischehen und auch für Kinder.¹⁷

Die Beamten im Aussenministerium des Vatikans fügten Bruchstücke von Informationen ebensowenig zusammen wie die Funktionäre in Washington. Als der US-Beauftragte beim Vatikan, Myron Taylor, am 26. September 1942 anfragte, ob der Heilige Stuhl Berichte über

Massentötungen bestätigen könne, trug Kardinal Maglione in seine Handakten ein, ihm sei nichts über derart gravierende Vorfälle bekannt.¹⁸ Viel später, im Mai 1943, liess ein anonymes Memorandum, verfasst für das Aussenministerium des Vatikans, die Entdeckung und Bestürzung erkennen. «Ebrei. Situazione orrenda» [«Juden, furchtbares Unglück»] begann der Autor und beschrieb anschliessend das Verschwinden der polnischen Judenheit, die Vernichtungslager, darunter Treblinka (das er nahe Lublin vermutete), und Gas.¹⁹ Im September 1943 besetzten deutsche Truppen Rom, und im folgenden Monat wurden die Juden in der italienischen Hauptstadt gejagt, dort, wo der Papst selbst als Bischof zuständig war.

Nachdem der erste Transport mit etwas mehr als tausend Juden Rom verlassen hatte, wunderte sich von Weizsäcker, jetzt als deutscher Gesandter beim Vatikan, warum der Papst kein Wort dazu sagte. Es habe nur einen vagen Bericht in der Vatikanzeitung *Osservatore Romano* gegeben, und das nach einer Deportation «direkt unter den Fenstern des Papstes».²⁰ Das war keine blosser Redewendung Weizsäckers. Viele der jüdischen Opfer waren in dem Armenviertel Trastevere gefangen worden, das nur einen Steinwurf vom Vatikan entfernt auf derselben Seite des Tiber lag wie dieser.²¹

Der Papst konnte sein Dilemma nicht überwinden. Für ihn bedeutete Kritik an der einen Seite Unterstützung der anderen. Auch viele der Bischöfe in Europa hatten Probleme mit der Ausgewogenheit. Für manche neigte sich die Waagschale zu Schweigen oder Passivität, für andere zu Protest und Aktion.

Weihbischof Vincentas Brizgys in Litauen hiess die Deutschen willkommen. Er war ein junger Mann und vertrat den kränklichen Erzbischof Juozapas Skvireckas im kirchlichen Alltagsbetrieb. In dem kleinen Litauen konnte Brizgys kaum verborgen bleiben, dass sich Litauer massiv an der Erschiessung von Juden beteiligten. Auf dem Höhepunkt dieser Massaker konstatierte ein deutscher Bericht: «Der Bischof Brizgys hat ausserdem allen Geistlichen verboten, sich in irgendeiner Form für Juden zu verwenden.»²² Doch der Sekretär des Judenrates von Kaunas trug schon im Juli 1941 in sein Tagebuch ein, Brizgys spreche häu-

fig mit Rabbi Shmuel Abba Snieg, einem ehemaligen litauischen Armeepfarrer. Im Frühjahr 1943, als die Begeisterung der Litauer für die Deutschen merklich abgekühlt war, sprach Brizgys erneut mit Snieg und bestätigte ihm diesmal eine Massenerschiessung in der Nähe von Wilna, äusserte aber zugleich seine Überzeugung, dass in Kaunas nichts mehr passieren werde. Als Rabbi Snieg fragte, ob man jüdische Kinder in Klöstern verstecken könne, erwiderte der Bischof, diese Einrichtungen seien praktisch autonom, doch ihre Äbte und Vorsteher zeichneten sich nicht durch Erbarmen und Nächstenliebe aus.²³

Auch der ukrainische Metropolit Andrej Septyckyj im galizischen Lwow, zuständig für die Oströmische Kirche der Region, hiess die Deutschen willkommen. Septyckyj war ein politisch denkender Mann. Alt und an den Rollstuhl gefesselt, trat er glühend für die Unabhängigkeit der Ukraine ein und träumte davon, seine Diözese auf das grosse ukrainische Kernland auszudehnen, in dem bis zur Russischen Revolution die christliche Orthodoxie vorgeherrscht hatte. Durch den Überfall der deutschen Armee 1941 sah er seine Chance gekommen, und während der folgenden Jahre empfing er deutsche Funktionäre zum herzlichen Gedankenaustausch, allen voran den Gouverneur Otto Wächter. Septyckyj, ein Graf, hatte vor seiner Priesterweihe als Kavallerieoffizier in der Österreichisch-Ungarischen Armee gedient; Wächter war der Sohn eines Edelmannes, der es im katholischen Österreich zum General gebracht hatte. Doch Septyckyj plagten auch gewisse Sorgen. Ihm entging nicht, dass die Deutschen in Galizien und in den östlichen Gebieten der Ukraine Juden umbrachten. Ihn erregte es zutiefst, dass sich ukrainische Milizen an diesen Operationen beteiligten, und sein Temperament liess ihn nicht ruhen.

Im August 1942 wandte sich Septyckyj wegen dieser Vorfälle direkt an Himmler selbst. Kurz danach schrieb er von Hand einen langen Brief, datiert 29.-31. August 1942, an den Papst, worin er das Regime der deutschen Besatzer als ein System des Terrors und der Korruption bezeichnete, teuflischer als das der Bolschewiken. In seiner Diözese seien schon über zweihunderttausend Juden getötet worden. In Kiew und vie-

len ukrainischen Dörfern würden Massaker angerichtet, denen Männer, Frauen und Kinder zum Opfer fielen. Er habe in Hirtenbriefen gegen diesen Massenmord protestiert, aber «natürlich» seien diese beschlagnahmt worden, und daraufhin habe er an Himmler persönlich geschrieben.

Der Papst musste nicht lange über eine Antwort grübeln. Bereits am 26. August hatte er einen Text aufgesetzt, als habe er Septyckyjs Entsetzen vorausgeahnt. In dem päpstlichen Brief, der erst Wochen später in Lwow eintraf, zitierte Pius XII. aus Psalm 27: «*Dominus illuminatio mea, et salus mea, quem timebo? Dominus protector vitae meae, a quo trepidabo?* – Der Herr ist mein Licht und mein Heil; vor wem sollte ich mich fürchten? Der Herr ist meines Lebens Kraft; vor wem sollte mir grauen?» Dann riet der Papst Septyckyj, das Widrige mit ruhiger Geduld zu ertragen. Doch der Metropolit fand unter diesen Umständen nicht zur Gelassenheit; später sprach er mit einem ukrainischen Kollaborateur aus Frankreich, wobei er seiner Wut erneut freien Lauf liess.²⁴

Monsignore Alois C. Hudal diente als Titularbischof der deutschen Gemeinde in Rom. Seine Kirche im Herzen der Stadt war Santa Maria dell'Anima. 1885 im österreichischen Graz als Sohn eines Schusters geboren und 1908 zum Priester geweiht, widmete sich Hudal ganz der Theologie, um schliesslich selber Bücher über aktuelle und klassische Themen zu schreiben. In diesen Werken finden sich viele Anklänge an das Judenbild der Nazis; die Juden seien materialistisch und selbststüchtig, und ihre Präsenz an den Universitäten, in den freien Berufen, in der Filmbranche, in der Presse und am Theater sei «übermächtig und wahrlich oft unheilvoll genug». Jetzt, so Hudal in den dreissiger Jahren, müsse das Kondominium zwischen den Deutschen und der Judenheit «aufgehoben» werden. Hudals Haltung war in Rom so genau bekannt, dass er Weihnachten 1939 einen Brief aus dem Vatikan erhielt, der adressiert war: «Al Collegio ariano dell'Anima». Während des Kriegs betete er bis zuletzt für den Sieg der Deutschen, und als Italien sich den Alliierten ergab, hielt er den Waffenstillstand für Betrug. Nachdem auch das Deutsche Reich geschlagen war, half er nicht wenigen flüch-

tigen Nazis mit falschen Papieren, und Gouverneur Wächter, der untergetaucht war, starb in seinen Armen.

Doch ausgerechnet zu Hudal kam ein Neffe des Papstes – Carlo Pacelli – eines Morgens im Oktober 1943, der ihn persönlich informierte, in Rom hätten soeben Verhaftungen italienischer Juden begonnen. Hudal schrieb unverzüglich an den deutschen Stadtkommandanten, General Rainer Stahel, und ersuchte ihn, diese Massnahme sofort einzustellen, da der Papst ansonsten öffentlich zum Nachteil Deutschlands degegen Stellung nehmen werde.²⁵

In Berlin selbst diente der kränkliche, schon über sechzig Jahre alte Bernhard Lichtenberg als Dompropst der St.-Hedwigs-Kathedrale und war von Bischof Konrad von Preysing beauftragt, den Opfern der Verfolgung, besonders aber zum Katholizismus konvertierten Juden, materiellen und seelischen Beistand zu leisten. Lichtenberg ging unbürokratisch vor, sammelte Kleidung und Lebensmittelkarten. Nach den Pogromen vom 10. November 1938 schloss er regelmässig Verfolgte, nichtarische Christen und Juden in seine öffentlichen Abendgebete ein. In seinen Aufzeichnungen standen Sätze wie «Täuschet euch nicht» und «Das muss gesagt werden». Am 29. August 1941 hörten zwei Mädchen seine Abendgebete und zeigten ihn bei der Gestapo an. Am 23. Oktober 1941 wurde Lichtenberg verhaftet und 13 Stunden lang verhört. Er leugnete nichts, rechtfertigte sich nur: Er habe gebetet, nicht gepredigt, morgens schliesse er auch Hitler in seine Gebete ein. Er bot an, den ins Getto von Łódź deportierten Juden zu folgen, um den Katholiken unter ihnen die Messe zu lesen. Der Kelch ging nicht an ihm vorüber. Angeklagt, die öffentliche Ruhe und Ordnung von der Kanzel aus zu stören, und zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, kam er am 29. Mai 1942 in Strafhaft. In der Zelle magerte er um 32 Kilo ab. Genau am 23. Oktober 1943 entliess man ihn, aber nicht in die Freiheit, sondern zur Einweisung in das Konzentrationslager Dachau. Auf dem Weg erkrankte er, und man brachte ihn in eine Klinik. Lichtenberg war am Ziel. Ein katholischer Pfarrer spendete ihm das Sterbesakrament. Am Morgen des 5. November 1943 um 6 Uhr starb Lichtenberg.²⁶

Anmerkungen

1. Adolf Hitler

- 1 Ernst Deuerlein (Hg.), *Der Aufstieg der NSDAP in Augenzeugenberichten*, München 1974, S. 67-70. Der Philosoph Ludwig Wittgenstein, ebenfalls 1889 geboren, absolvierte die Realschule in Linz mit mässigem Erfolg. Vgl. Kurt Wuchterl und Adolf Hübner, *Ludwig Wittgenstein*, Reinbek bei Hamburg 1979. Wittgenstein, der väterlicherseits jüdische Vorfahren hatte, besuchte die Schule von 1903 bis 1905, Hitler von 1900 bis 1904. Beide kamen offenbar nicht miteinander in Kontakt. Wittgenstein wechselte später aufs Gymnasium und brachte es im Ersten Weltkrieg bis zum Leutnant der Österreichisch-Ungarischen Armee. Zu Hitlers Wiener Jahren vgl. J. Sydney Jones, *Hitler in Vienna*, Briarcliff Manor, N.Y., 1983.
- 2 Zu Hitlers Leben 1913 bis 1919 vgl. besonders Deuerlein (Anm. 1), S. 74-94. Hitlers Brief ist zitiert auf S. 91-94.
- 3 Vgl. den Brief des Leiters der Reichskanzlei, Heinrich Lammers, an Staatssekretär Franz Schlegelberger vom 19. April 1937, mit einem Memorandum von
- 4 Dr. Gerhard Wagner über Hitlers Standpunkt. Bundesarchiv R 43 11/733. Dr. Bloch, der 1938, als das Land annektiert wurde, noch in Österreich lebte, wanderte ungehindert aus.
Jones (Anm. 2), S. 185-189; vgl. auch Deuerlein (Anm. 1), S. 73 f.
Gerhard Engel, *Heeresadjutant bei Hitler 1938-1943*, hg. von Hildegard von
- 5 Kotze, Stuttgart 1974, S. 31 f.
- 6 Deuerlein (Anm. 1), S. 95-97.
Anfangs erschien das Buch in zwei Teilen. Der erste kam im Juli 1925 heraus,
- 7 der zweite im Dezember 1926. *Ibid.*, S. 424 f.
- 8 *Ibid.*, S. 424 und 426.
Den Aufstieg der Partei an die Macht und Hitlers Führungsstil analysiert Hans
- 9 Mommsen in: *Der Nationalsozialismus und die deutsche Gesellschaft*, Reinbek bei Hamburg 1991, S. 11-101.
- 10 Auf die Steuerprüfung folgte eine jahrelange Korrespondenz über Hitlers Steuerschuld. Vgl. Orson James Hale, «Adolf Hitler: Taxpayer», in: *American Historical Review*, Bd. 60, 1955, S. 830-842.
- 11 Eberhard Jäckel, *Hitlers Weltanschauung*, Stuttgart 1981, S. 137-159 und 175.
Nicht wenige Bücher in Hitlers Privatbibliothek betrafen die Architektur, und in
- 12 *Mein Kampf* rühmt er seine architektonischen Fähigkeiten. Sie seien sogar von

- den Kunstprofessoren anerkannt worden, die ihn an der Akademie ablehnten. Vgl. dazu auch Deuerlein (Anm. 1), S. 70 f.
- 14 Der Redetext erschien wörtlich in der deutschen Presse.
- 15 Zu den Aktien vgl. Bernard P. Bellon, *Mercedes in Peace and War*, New York 1990, S. 221. Die Zahlungsbelege fanden sich nach Kriegsende in den Kisten mit seiner Privatbibliothek.
- 16 Vgl. Leonard Heston und Renate Heston, *The Medical Casebook of Adolf Hitler*, Briarcliff Manor, N. Y., 1979, S. 29-31.
- 17 Engel (Anm. 6), S. 42, 46 und 33 f.
- 18 Das Genremälde von Elk Eber über den Ersten Weltkrieg ist abgedruckt in: *Deutsche Kunstbetrachtung*, München 1939, S. 172.
- 19 Vgl. die Korrespondenz im US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 175, Filmrolle 172.
- 20 Vgl. Heston und Heston (Anm. 16), S. 38-55 und 136-142.
- 21 Uwe Adam, *Judenpolitik im Dritten Reich*, Düsseldorf 1971, S. 58-61.
- 22 Vgl. den Briefwechsel zwischen Hindenburg und Hitler am 4. und 5. April 1933, in: Walther Hubatsch, *Hindenburg und der Staat*, Göttingen 1966, S. 375-378. Der von Hitler am 7. April 1933 unterzeichnete Gesetzestext steht im *Reichsgesetzblatt*, I, S. 175.
- 23 Vgl. *Reichsgesetzblatt* I, S. 188, 217 und 275.
- 24 Rudolf Schottlaender (Hg.), *Verfolgte Berliner Wissenschaft*, Berlin 1988, S. 85, mit einem Auszug aus Max Plancks Aufsatz «Mein Besuch bei Adolf Hitler», in: *Physikalische Blätter* 1947, S. 143.
- 25 Vgl. die Verordnung vom 14. November 1935, *Reichsgesetzblatt* I, 1333.
- 26 Der Vorsitzende des Parteigerichts Walter Buch an Göring, 13. Februar 1939, Nürnberger Prozesse, Dokument PS-3063. Vgl. hierzu auch Walter H. Pehle (Hg.), *Der Judenpogrom 1938*, Frankfurt am Main 1988.
- 27 Aussage Görings, Internationaler Militärgerichtshof, *Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher*, Bd. 9, S. 276-278.
- 28 Zur «Sühneleistung» vgl. *ibid.* Zum Veto gegen den Judenstern vgl. Wilhelm Stuckart (Reichsinnenministerium) an Lammers, 14. August 1941, Nürnberger Prozesse, Dokument NG-1111.
- 29 Auftrag Hitlers, 1. September 1939, Nürnberger Prozesse, Dokument PS-630. Das Dokument ist abgedruckt in: Ernst Klee (Hg.), *Dokumente zur «Euthanasie»*, Frankfurt am Main 1985, Dokument 21, «Die Euthanasie-Ermächtigung Hitlers», S. 85.
- 30 Engel (Anm. 6), S. 94 f.
- 31 Vgl. Christopher Browning, *Fateful Months*, New York 1985.
- 32 Himmlers Rede vom 21. Juni 1944, Nürnberger Prozesse, NG-4977.
- 33 *Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht (Wehrmachtführungsstab) 1940-1945*, hg. von Percy Schramm und Hans-Adolf Jacobsen, Frankfurt am Main 1965, Bd. 1, S. 340-342.
- 34 Zusammenfassung der von Frank geleiteten Sitzung am 25. März 1941, Frank-Tagebuch, Nürnberger Prozesse, Dokument PS-2233.

- 35 Lammers an Martin Bormann (Chef der Parteikanzlei), 7. Juni 1941, Nürnberger Prozesse, Dokument NG-1123.
- 36 Göring an Heydrich, 31. Juli 1941, Nürnberger Prozesse, Dokument PS-710.
- 37 Adolf Eichmann, *Ich, Adolf Eichmann*, Leoni am Starnberger See 1980, S. 178 f., 229-233 und 479.
- 38 Die beiden früheren Ersuchen um Zustimmung des Führers: Himmlers Antrag vom Oktober 1941, die Juden von Saloniki zu deportieren, in: Engel (Anm. 6), S. 111; und General Otto von Stülpnagels Ersuchen, tausend Juden aus Frankreich deportieren zu lassen, gemeldet von Generalquartiermeister Eduard Wagner an Botschafter Karl Ritter im Auswärtigen Amt, 12. Dezember 1941, Nürnberger Prozesse, Dokument NG-3571.
- 39 Vgl. das Sitzungsprotokoll vom 20. Januar 1942, Nürnberger Prozesse, Dokument NG-2586-F.
- 40 Vgl. das Faksimile einer Telephonnotiz Himmlers in: David Irving, *Hitler's War*, New York 1977, S. 505.
- 41 Gertrude Schneider, *Journey into Terror*, New York 1979, S. 14 f und 155. Zu Hitlers Absicht, die Juden zu deportieren, vgl. Himmlers Brief vom 18. September 1941 an Gauleiter Arthur Greiser, der ein eingegliedertes Gebiet im besetzten Polen verwaltete, über die geplante Abschiebung von 60'000 Juden aus dem Getto von Łódź als eine Art Zwischenlösung. Himmler Files, Heft 94, Library of Congress. Vgl. auch Bormanns Brief vom 2. November 1941 an Gauleiter Baldur von Schirach über die Wohnungsnot in Wien, worin er Hitlers Vorschlag weitergab, das Problem nicht durch Neubauten, sondern durch Deportationen zu lösen. Bundesarchiv R 43 II/1361a.
- 42 Vgl. das Protokoll über Hitlers Treffen mit Horthy am 18. April 1943, Nürnberger Prozesse, Dokument D-736.
- 43 Hauptsturmführer Bohrsch (Sicherheitsdienst) an das Reichssicherheitshauptamt/III-B (Standartenführer Hans Ehlich), 18. Mai 1944, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 175, Filmrolle 583.
- 44 Text des Befehls von Feldmarschall Wilhelm Keitel, datiert 8. April 1940, in: H.G. Adler, *Der verwaltete Mensch*, Tübingen 1974, S. 295, überschrieben «Der Führer und oberste Befehlshaber der Wehrmacht hat nachstehende Entscheidung getroffen».
- 45 Reichssicherheitshauptamt/I-A-5 (unterzeichnet Sturmbannführer Schwinge) an BdS (Befehlshaber der Sicherheitspolizei) in Krakau, 24. April 1943, mit einer Weisung von Bormann, der Hitler zitiert, vom 14. November 1942, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 175, Filmrolle 484.
- 46 Vgl. den Briefwechsel November bis Dezember 1944, Bundesarchiv, R 43 11/599.
- 47 Hitlers politisches Testament, 29. April 1945, Nürnberger Prozesse, Dokument PS-3569.

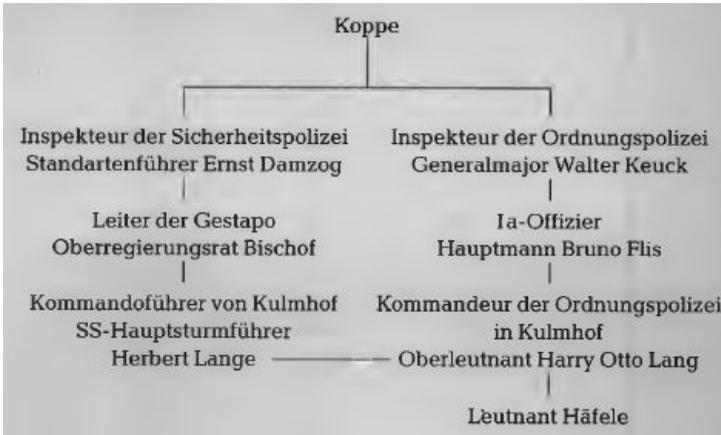
2. Die Beteiligten

- 1 Vgl. *Wer ist Wer*, 1967.
- 2 Erklärung von Werner Dubois am 29. November 1962 im Fall Sobibór. Aktenzeichen 45 Js 27/61, Beiakten Bd. 8, S. 1597-1603.

3. Alte Funktionäre

- 1 Vgl. Fall Nr. 11 (Ministerien) der Nürnberger Militärgerichte, *Trials of War Criminals 1946-1949* (Washington, D.C., 15 Bde), Bd. 14, S. 216 ff., 291 ff., 671 ff. und 1004.
- 2 Fall Nr. 3 (Justiz), in: *Trials* (Anm. 1), Bd. 3, S. 941, 1081-1087, 1200 und 1203 f.
- 3 Vgl. das Protokoll der von Kühnemann geleiteten Sitzung am 29. Mai 1942, YIVO-Institut, Dokument G-59, und *Wer ist Wer*, 1962.
- 4 Vgl. die Kurzbiographie in Wolf Keilig, *Das deutsche Heer 1939-1945*, Bad Nauheim 1957, alphabetische Loseblattsammlung.
- 5 *Ibid.*, Eintrag Otto von Stülpnagel. Die Verordnungen finden sich in: *Verordnungsblatt des Militärbefehlshabers in Frankreich*. Das Gespräch zwischen Frank und Rosenberg vom 13. Oktober 1941 ist zusammengefasst im Frank-Tagebuch, 14. Oktober 1941, US-Nationalarchiv, Record Group 238, T 994, Filmrolle 4. Rosenberg wies von Stülpnagels Antrag zurück. Der anschließende Briefwechsel über die tausend Juden findet sich in: Nürnberger Prozesse, Dokument NG-3571. Der Selbstmord von Stülpnagels erfolgte am 6. Februar 1948.
- 6 Vgl. Fall Nr. 6 (I. G. Farben), in: *Trials* (Anm. 1), Bd. 7, S. 354, und Bd. 8, S. 787-802, 1076-1079 und 1363.
- 7 Jean-Paul Pressac, *Auschwitz: Technique and Operations of the Gas Chambers*, New York 1989, besonders S. 93-104, 183-249 und 355-376.
- 8 Personalakte Max Montua im Berlin Document Center. Montuas Befehl vom 11. Juli 1941 an das 307., 316. und 322. Polizei-Bataillon: Militärgeschichtliches Archiv (Prag), Dokument SS-Pol. Rgt. A-3-2-7/1 K.I. Am 19. Oktober 1941 war der erste Eindruck offenbar schon überwunden: Das Regiment half der Sicherheitspolizei in Mogilew bei der Erschiessung von 3 726 Juden «beiderlei Geschlechts und jeden Alters». Vgl. Reichssicherheitshauptamt/IV-A-1, Ereignismeldung Nr. 133 (60 Exemplare), 14. November 1941, Nürnberger Prozesse, Dokument NO-2825. Zu Mogilew vgl. Ruth Bettina Birn, *Die Höheren SS- und Polizeiführer*, Düsseldorf 1986, S. 171, Fn. Der Höhere SS- und Polizeiführer war Erich von dem Bach.
- 9 Anklageschrift gegen Gustav Laabs, Alois Häfele u.a. vor dem Bonner Landgericht, 25. Juli 1962, Az. 8 Js 180/61; Urteil des Landgerichts Bonn vom 23. März 1963 und nach Revision abgeändertes Urteil vom 27. Juli 1965, Az. 8 Ks 3/62. Häfele kämpfte 1945 gegen französische Truppen, geriet aber nicht in Gefangenschaft. Nach dem Krieg war er Gelegenheitsarbeiter und ging 1951 in Rente.

Zehn Jahre später wurde er verhaftet. Man verurteilte ihn zu 13 Jahren Haft. Der Karlsruher Vorgesetzte war Polizeirat Fritz Wimmer, der Höhere SS- und Polizeiführer Wilhelm Koppe. Von Koppe führten zwei Befehlsstränge zum Lager in Kulmhof:



4. Neulinge

- 1 Die 16 Opfer sind auf dem Titelblatt von Hitlers *Mein Kampf* – schwarz umrandet – namentlich und mit Berufsangabe aufgeführt.
- 2 Vgl. Matatias Carp, *Cartea Neagra – Suferintele Evreilor din Romania 1940-1944*, Bukarest 1946-1948, 3. Bd., S. 202 und 227.
- 3 Vgl. die Berichte über die Belegung von Auschwitz, teils undatiert, teils für Dezember 1944, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 580, Filmrolle 321.
- 4 Kurzbiographien vieler Amtsträger in Partei und Staat finden sich in: Robert Wistrich, *Wer ist wer im Dritten Reich?*, überarbeitet und erweitert von Hermann Weiss, Frankfurt am Main 1979. Kurze Angaben über die Mitarbeiter im Generalgouvernement enthält: Werner Präg und Wolfgang Jacobmeyer (Hg.), *Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen*, Stuttgart 1975, S. 945-955.
- 5 *Wer ist wer*, 1967/68. Zu Vialons Aktivitäten im Ostland vgl. US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 459, Filmrollen 3 und 24.
- 6 Zu Müller vgl. Wistrich (Anm. 4), S. 246 f.
- 7 Vgl. Bradley F. Smith, *Heinrich Himmler 1900-1926: Sein Weg in den deutschen Faschismus*, München 1979, und Peter Loewenberg, «The Unsuccessful Adolescence of Heinrich Himmler», in: *American Historical Review*, Bd. 76, 1971, S. 612-641, besonders S. 632.
- 8 Vgl. Eichmanns argentinische Memoiren: *Ich, Adolf Eichmann*, Leoni am Starn-

- berger See 1980, und das Protokoll seines Verfahrens in Jerusalem.
Ein englischsprachiges Exemplar dieser Transkription liegt in der Bibliothek der University of Vermont.
- 9 Vgl. Katzmans umfangreiche Personalakte im Berlin Document Center. Katzmans Bericht an den Höheren SS- und Polizeiführer Friedrich Krüger vom 30. Juni 1943 über den Einsatz in Galizien: Nürnberger Prozesse, Dokument L-18.
 - 10 Obergs Personalakte im Berlin Document Center.
 - 11 Personalakte Dolps im Berlin Document Center. Die Linie, an der Dolp eingesetzt wurde, sollte die Lücke zwischen den Flüssen Bug und San schliessen. Zu den Bedingungen im Arbeitslager Belzec vgl. den Bericht von Major Braune-Krickau, 1. Generalstabsoffizier der Oberfeldkommandantur 379 in Lublin, vom 23. September 1940, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 501, Filmrolle 213. Die 19. SS-Grenadierdivision unter Bruno Streckenbach, dem ehemaligen Personalchef im Reichssicherheitshauptamt, bestand aus Letten.
 - 12 Zu Ohlendorf vgl. Wistrich (Anm. 4), S. 257-259.
 - 13 Personalakte Ernst Weinmann im Berlin Document Center. In Serbien wurden jüdische Männer von der deutschen Wehrmacht erschossen, jüdische Frauen und Kinder von der Sicherheitspolizei vergast. Weinmann, der damals noch nicht Befehlshaber war, befasste sich überwiegend mit der Umsiedlung von Volksdeutschen und mit dem Kampf gegen die ersten, nichtkommunistischen Partisanen.
 - 14 Personalakte Erwin Weinmann im Berlin Document Center. Erwin Weinmann blieb nach dem Krieg verschollen und wurde 1949 für tot erklärt.
 - 15 Personalakte Max Thomas im Berlin Document Center.
 - 16 Personalakte Edinger Ancker im Berlin Document Center. Einzelheiten über die Versetzung in die Niederlande und über die Familie Walraven, mit dem Text von Hitlers Weisung, finden sich in einer weiteren Personalakte Anckers im Deutschen Zentralarchiv in Potsdam, 15.01. Die Potsdamer Archive wurden nach dem Beitritt der Deutschen Demokratischen Republik dem Bundesarchiv eingegliedert. Protokoll der Konferenz vom 6. März 1942: Nürnberger Prozesse, Dokument NG-2586-H.
 - 17 Personalakte Otto Wächter im Berlin Document Center. Zu Wächters Tod vgl. Alois Hudal, *Römische Tagebücher*, Graz und Stuttgart 1976, S. 298.
 - 18 Generalgouvernement/Hauptabteilung Innen/Bevölkerungswesen und Fürsorge an Distrikt Lublin/Innen/Bevölkerungswesen und Fürsorge, 10. Februar 1942, mit Hinweis auf eine Anordnung Staatssekretär Bühlers vom 16. Dezember 1941, in: *Centrana Zydowska Komisja Historyczna w Polsce, Dokumenty i materiały do dziejów okupacji niemieckiej*, Warschau, Łódź und Krakau 1946, Bd. 2, S. 4-6.
 - 19 Äusserungen Franks bei der Sitzung im Generalgouvernement am 30. Mai 1940, Frank-Tagebuch, Nürnberger Prozesse, Dokument PS-2233.

- 20 Krüger an Himmler, 5. Juni 1940, Bundesarchiv, R 70, Polen/189.
- 21 Memorandum Himmlers vom 25. März 1942, Nürnberger Prozesse, Dokument NG-3333.
- 22 Präg und Jacobmeyer (Hg.) (Anm. 4), S. 949.
- 23 KdS (Kommandeur der Sicherheitspolizei)/III-A 4 (Sicherheitsdienst) in Galizien an Reichssicherheitshauptamt/III-A (Obersturmbannführer Karl Gengenbach, Sicherheitsdienst), 20. Juni 1943, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 175, Filmrolle 575.
- 24 Franks Äusserungen in der Sitzung des Generalgouvernements am 16. Dezember 1941, Frank-Tagebuch, Nürnberger Prozesse, Dokument PS-2233.
- 25 Franks Äusserungen in der Sitzung des Generalgouvernements am 25. Januar 1943, *ibid.*
- 26 Tagebucheintrag Franks am 1. September, US-Nationalarchiv, Record Group 238, T 992, Filmrolle 6.
- 27 Protokoll eines Gesprächs zwischen Frank, Bühler und dem Höheren SS- und Polizeiführer Koppe (Nachfolger Krügers) vom 15. September 1944, Frank-Tagebuch (Anm. 24).
- 28 Aussage Franks vor dem Internationalen Militärgerichtshof, *Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher*, Bd. 12, S. 198.
- 29 *Ibid.*, S. 13. Frank wurde zum Tode verurteilt und gehängt.
- 30 Hugo Wittrock, *Erinnerungen*, Lüneburg 1979. Zu Jeckeln vgl. S. 37. Wittrock ordnete am 11. Oktober 1941 die Registrierung jüdischen Vermögens, am 23. Oktober 1941 die Einrichtung eines Gettos an. Texte im US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 459, Filmrolle 23.

5. Fanatiker, Rohlinge und seelisch Belastete

- 1 Vgl. etwa Rauters Bericht an Himmler vom 10. September 1942, Nürnberger Prozesse, Dokument NO-2256.
- 2 Vgl. etwa Luthers eifersüchtiges Wachen über die Kompetenzen des Auswärtigen Amtes in seinem Memorandum vom 2. August 1942, Nürnberger Prozesse, Dokument NG-2586-J. In seinem Schreiben an Werner von Barga (den Repräsentanten des Auswärtigen Amtes in Belgien) vom 4. Dezember 1942 drängte er darauf, alle Juden belgischer Nationalität aus Belgien zu deportieren; Nürnberger Prozesse, Dokument NG-2519.
- 3 Amtsgerichtsrat Erhard Wetzel (Ministerium für die besetzten Ostgebiete und Rassenpolitisches Amt der NSDAP) an Amtsgerichtsrat Weitnauer und Oberregierungsrat Walter Labs (beide im Ministerium), 5. Januar 1942; beigelegt die Niederschrift eines Gesprächs zwischen Gross und Reichskanzleichef Lammers, Nürnberger Prozesse, Dokument NG-978.
- 4 Aussage Karl Heims vom 18. April 1969, in: Band 18 der Staatsanwaltsakten im Verfahren gegen Albert Ganzenmüller vor dem Landgericht Düsseldorf, Az. 8 Js 430/67, S. 98-103.

- 5 Aussagen von Karl Reelitz, 26. April 1967, und Otto Purschke, 28. April 1967, im Verfahren Ganzenmüller (Anm. 4), Band 14, S. 84-90 und 96 f.
- 6 Hauptsturmführer Theodor Dannecker an Standartenführer Helmut Knochen und Obersturmbannführer Kurt Lischka, 15. Mai 1942, in: Serge Klarsfeld (Hg.), *Die Endlösung der Judenfrage in Frankreich*, Paris 1977, S.56.
- 7 Urteil des Landgerichts München in der Sache Johannes Schiupper u.a., 29. März 1944, Az. 115 Ks 6/71.
- 8 Urteil des Landgerichts Darmstadt in der Sache Kurt Dengler, 14. Juli 1950, Az. 2a Ks 1/49.
- 9 Bericht eines deutschen Heeresinspektors (gezeichnet Neuling) für den 6. Juli bis 21. August 1942, Yad Vashem, Mikrofilm JM 3499.
- 10 Filip Müller, *Eyewitness Auschwitz*, Briarcliff Manor, N. Y., 1979, S. 140 f.
- 11 Franciszek Piper, «Extermination», in: Danuta Czech *et al.*, *Auschwitz*, Warschau, 2. Aufl. 1985, S. 99. Der Häftling war Josef Engel.
- 12 Untersuchungsbericht eines Oberkriminalassistenten (Name unleserlich) vom 16. Oktober 1942, Hauptstaatsarchiv Düsseldorf (ich danke Professor Konrad Kwiet für seinen Hinweis).
- 13 Vgl. Werner Präg und Wolfgang Jacobmeyer (Hg.), *Das Diensttagebuch des deutschen Generalgouverneurs in Polen*, Stuttgart 1975, S. 948.
- 14 Tagebucheintrag Czerniakóws am 21. Mai 1941, in: Raul Hilberg, Stanislaw Staron und Josef Kermisz (Hg.), *The Warsaw Diary of Adam Czerniaków*, Briarcliff Manor, N. Y., 1979, S. 239.
- 15 Protokoll der Konferenz vom 14.-16. Oktober 1941 in: Frank-Tagebuch, US-Nationalarchiv, Record Group 238, T 992, Filmrolle 5. Das Machtwort der Hauptabteilung Ernährung und Landwirtschaft des Generalgouvernements zu den Nahrungsmittellieferungen ins Getto ist besonders erwähnt in einem Memorandum über die Konferenz vom 3. Februar 1941, unterzeichnet vom deutschen Direktor der Warschauer Stadtverwaltung Hans Makowski am 3. Februar 1941, Yad Vashem, Mikrofilm JM 1113. Die höchste Sterblichkeitsrate hatte das Getto im August 1941 mit 5560 Toten. Gesamtbericht des Getto-Kommissars Heinz Auerswald vom 26. September 1941, Yad Vashem, Mikrofilm JM 1112. Wahrscheinlich war das die neueste Fischer bekannte Zahl. In Kaufmanns hundertseitigem Buch werden Juden nicht erwähnt. Theodore Kaufmann, *Germany Must Perish*, Newark 1941.
- 16 Tagebucheintrag Abraham Lewins vom 24. Mai 1942, in: Anatoly Polansky (Hg.), *A Cup of Tears*, Oxford und New York 1988 und 1989, S. 95 f. Gemäss Lewin war das Mädchen eine Woche früher vor dem Haus Pawiastrasse 11a erschossen worden.
- 17 Vgl. das Urteil des Landgerichts Berlin in der Sache Alfred Filbert vom 22. Juni 1962, Az. 3 Pks 1/62. Filbert befahl das Einsatzkommando 9 im mittleren Sektor.

- 18 Bericht der Reitenden Abteilung des 2. SS-Kavallerieregiments vom 1. August 1941, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 354, Filmrolle 168. (Vgl. auch H. Krausnick, *Hitlers Einsatzgruppen*, Frankfurt am Main 1989, S. 337.)
- 19 Bericht der Reitenden Abteilung, 12. August 1941, Militärhistorisches Archiv (Prag) Dokument KdO Stab RFSS Ia/2/2 Kr. 10. Vgl. auch Helmut Krausnick in: ders. und Hans-Heinrich Wilhelm, *Die Truppe des Weltanschauungskrieges*, Stuttgart 1981, S. 222 (Taschenbuchausgabe, Krausnick (Anm. 18), S. 337.)
- 20 Die Unterlagen, ursprünglich im Besitz der Familie Groscurth, wurden Helmut Krausnick übergeben, dem Direktor des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, und erstmals publiziert in: Helmut Krausnick und Harold Deutsch (Hg.), *Helmut Groscurth: Tagebücher eines Abwehroffiziers 1938-1940*, Stuttgart 1970, S. 88-91 und 534-542. Einige der Dokumente sowie das Zeugnis des Offiziersanwärters und August Häfners sind abgedruckt in: Ernst Klee, Willi Dressen und Volker Riess (Hg.), *«Schöne Zeiten». Judenmord aus der Sicht der Täter und Gaffer*, Frankfurt am Main 1988, S. 131-145. Zu Groscurths Leben vgl. die Einführung in: Krausnick und Deutsch (Anm. 20), S. 1-95. Das Ereignis von Bjełaja-Zerków ist Groscurth lange nachgegangen. Vgl. seinen Briefwechsel mit Oberstleutnant Kleikamp (einem Abwehroffizier der Heeresgruppe Süd) und den Brief an seinen Bruder Reinhard, *ibid.*, S. 541 f. und 526. Groscurth geriet mit der 6. Armee bei Stalingrad in Gefangenschaft und starb im Kriegsgefangenenlager. *ibid.*, S. 95.
- 21 Lechthalers Herkunft und Lebensgeschichte sind dargestellt in zwei Urteilen des Landgerichts Kassel, das erste vom 25. April 1961, das zweite, auf erfolgreiche Revision, vom 9. Januar 1963, beide Az. 3a Ks 1/61; Anklageschrift vom 3. Januar 1961 mit dem Az. 3a Js 72/60.
- 22 Ein Organisationsschema der 707. Division findet sich im US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 501, Filmrolle 15.
- 23 Befehl des Kommandanten in Weissruthenien/Ia (1. Gen.-Stabsoffizier), unterzeichnet von Bechtolsheim am 2. Oktober 1941, bei den Akten der Haupteisenbahndirektion Mitte in Minsk. U.S. Holocaust Memorial Museum, Archiv, Record Group 22.03 (Zentrales Staatsarchiv Weissrussland), Filmrolle 2, Fond 378, Opus 1, Heft 698. – «Weissruthenien» war der deutsche Name für den zivil verwalteten Westen Weissrusslands.
- 24 Befehl unterzeichnet von Bechtolsheim, 8. Oktober 1941, *ibid.*, Heft 698.
- 25 Vgl. die Urteile in Sachen 3a Ks 1/61 und Lechthalers Aussage vom 8. April bis zum 4. Juli, in: 3 Js 72/60, Band 1 der Akten, S. 129-140; Band 2, S. 340-345; und Band 4, S. 679-682. Den Namen des 1. Gen.-Stabsoffiziers gab Lechthaler irrtümlich als «Hartmann» wieder. Der tatsächlich zuständige von der Osten lebte 1960 nicht mehr. Vgl. auch die Aussage von Bechtolsheims am 6. Juli 1960, Band 4, S. 706 ff. Der General erinnerte sich nicht an Lechthaler, nur an das Wirken des Polizeibataillons.

26 Vgl. die Befehle vom 10. und 16. Oktober 1941, U.S. Holocaust Memorial Museum, Archiv, Record Group 22.03 (Zentrales Staatsarchiv Weissrussland), Filmrolle 2, Fond 378, Opus 1, Heft 698.

27 Befehl vom 10. Oktober 1941, *ibid.*

28 Befehl vom 16. Oktober 1941, *ibid.*

29 Der Einsatz in Sluzk ist plastisch beschrieben im Protestbrief des Gebietskommissars Heinrich Carl an Generalkommissar Wilhelm Kube vom 30. Oktober 1941, Nürnberger Prozesse, Dokument PS-1104. Kube schrieb wegen der Aktion auch einen Brief an Reichskommissar Hinrich Lohse, 1. November 1941, *ibid.*, PS-1104. Darin forderte er, den Offizier des 11. Reservepolizeibataillons zu belangen, obwohl dieses direkt der Wehrmacht unterstellt war. Vgl. auch Carls Aussage vom 15. Dezember 1959 in 3a Js 72/60, Band 1, S. 51-61, und zwei Aussagen Willy Papenkorts vom 12. und 16. Mai 1960, Band 2, S. 356 ff. und 85 ff. Papenkorts Ausbruch bezüglich der Litauer schilderte Erwin Bagodnat vom Polizeibataillon in seiner Aussage vom 20. Mai 1960, Band 3, S. 421-424. Der Bataillonsarzt Dr. Walter Philipzig erinnerte sich an «drei oder vier» Einsätze, darunter einen in Molodeczno. Vgl. seine Aussage vom 30. Juni 1960, Band 3, S. 633-637. Im monatlichen Bericht des Abwehroffiziers der Division für den 11. Oktober bis 10. November wird erwähnt, dass das Bataillon 5'900 Juden in einer «Säuberungsaktion» im Raum Sluzk-Klezk erschossen hatte. Bundesarchiv-Militärarchiv (Freiburg), RH-707/2.

Lechthaler wurde im ersten Verfahren zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt. Nach Berufung reduzierte sich die Strafe auf zwei Jahre. Auf Revision der Staatsanwaltschaft wurde das zweite Urteil am 6. Mai 1963 aufgehoben, Az. 2 StR 467/63. Zu diesem Zeitpunkt war Lechthaler fast 73 Jahre alt.

In seiner Weisung vom 20. Oktober 1941 klagte Bechtolsheim, dass Juden wieder in Ortschaften auftauchten, wo man sie längst völlig vernichtet hatte. In seinem Befehl vom 10. November heisst es, das Polizeibataillon sei am 6. abgerückt, die litauischen Einheiten aber geblieben. Am 13. November vermerkte ein weiterer Divisionsbefehl, dass Juden zunehmend auf Seiten der Partisanen kämpften. Die Soldaten wurden angewiesen, alle Juden aus den Dörfern zu beseitigen. Am 24. November wiederholte ein von Bechtolsheim erlassener Befehl, den von der Osten gegengezeichnet hatte, dass alle Juden vom Lande verschwinden müssten und dass auch die Zigeuner zu vernichten seien. In diesem Befehl wurde jedoch ein Rückzieher gemacht. Offenbar aufgerüttelt durch die Reaktionen auf Sluzk, stellte Bechtolsheim fest, die Durchführung «grösserer» Einsätze gegen die Juden sei nicht Sache der Division, allerdings könne man jüdische Gruppen, die auf freiem Feld angetroffen würden, nach wie vor «erledigen» oder in Gettos bringen. Vgl. im U.S. Holocaust Memorial Museum, Archiv, Record Group 22.03 (Zentralstaatsarchiv Weissrussland), Fond 378, Opus 1, Heft 698.

6. Ärzte und Juristen

- 1 Robert Jay Lifton, *Ärzte im Dritten Reich*, Stuttgart 1989, S. 19-25. Der Genetiker Benno Müller-Hill hat interessanterweise bemerkt: «Zur ärztlichen Tätigkeit gehörten schon immer kleine Vernichtungsmassnahmen. Ärzte amputieren, unterbrechen [...] Schwangerschaften durch Abtreibung» etc. Vgl. sein Buch *Tödliche Wissenschaft*, Hamburg 1984, S. 91.
- 2 Michael Kater, *Doctors under Hitler*, Chapel Hill, N. C., 1989, S. 17-19, 54-74 und 177-221.
- 3 Vgl. das Gesetz vom 7. April 1933, *Reichsgesetzblatt I*, S. 188.
- 4 Notiz Kritzinger (Reichskanzlei), 12. April 1938, der sich auf Schlegelberger im Reichsjustizministerium beruft; Bundesarchiv R 43 11/1535. Vgl. auch Schlegelbergers Aussage in *Trials of War Criminals*, Band 3, S. 718 f.
- 5 Müller-Hill (Anm. 1), S. 21, 23, 38 f und 152-157.
- 6 Vgl. Verschuers genauen Bericht über Liselotte Milisch (die Frau des Regierungsassessors Willy Buków) an Ministerialdirektor Schellen (Preussisches Innenministerium), 20. September 1933, beigefügt im Brief von Staatssekretär Stuckart an Heinrich Lammers, Reichskanzlei, 17. November 1944, Bundesarchiv, R 43 11/599. Das Problem lag zum Teil darin, ob Frau Buków ihre schmale, hochstehende, gekrümmte Nase von der väterlichen oder mütterlichen Linie ererbt hatte. In diesem Fall fiel das Urteil günstig für Frau Buków aus. 1953 setzte Verschuer seine Karriere als Professor für Anthropologie an der Universität Münster fort.
- 7 Robert N. Proctor, *Racial Hygiene*, Cambridge, Mass., 1988, S. 95-117.
- 8 Vgl. den Bericht von Dr. Carl Clauberg (Auschwitz) an Himmler, 7. Juni 1942, Nürnberger Prozesse, Dokument NO-212.
- 9 Vgl. das Protokoll (undatiert und ohne Namenszug) im US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 1021, Filmrolle 18.
- 10 Lifton (Anm. 1), S. 309-327 und 450-488, Zitat S. 462.
- 11 *Ibid.*, S. 228.
- 12 Reichssicherheitshauptamt/IV-A-1, Ereignismeldung Nr. 132, ^November 1941, Nürnberger Prozesse, Dokument NO-2830.
- 13 Vgl. Christopher Browning, «Genocide and Public Health: German Doctors and Polish Jews, 1941-45», in: *Holocaust and Genocide Studies*, Bd. 3, 1988, S. 21-36.
- 14 Trude Maurer, «Medizinalpolizei und Antisemitismus», in: *Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas*, Bd. 33, 1985, S. 205-230.
- 15 Wilhelm Hagen, «Krieg, Hunger und Pestilenz in Warschau 1939-1945», in: *Gesundheitswesen und Desinfektion*, Bd. 65, 1973, S. 115-143, besonders S. 117, 129 und 133-135.
- 16 Vgl. die Photographie *Seuchensperrgebiet*, in: Jüdisches Historisches Institut (Hg.), *Faschismus – Getto – Massenmord*, Berlin 1961, S. 105.
- 17 Hagen an Stadtkommandant Ludwig Leist, 22. September 1941, Yad Vashem, Mikrofilm JM 1112.

- 18 Hagen an Hitler, 7. Dezember 1942, und die anschliessende Korrespondenz, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 175, Filmrolle 38.
- 19 Hagen, «Krieg» (Anm. 15), S. 122-125.
- 20 Die Verordnung ist abgedruckt in: *Faschismus – Getto – Massenmord* (Anm. 16), S. 128 f.
- 21 Grosse Teile des wörtlichen Protokolls der Konferenz vom 12. November 1938 finden sich in: Nürnberger Prozesse, Dokument PS-1816.
- 22 Rundbrief Stuckarts vom 2. Juni 1942, Bundesarchiv, R 43/422a.
- 23 Diese Fälle analysiert Ingo Müller in: *Furchtbare Juristen*, München 1987, S. 97-123.
- 24 *Ibid.*, S. 123-127.
- 25 Ankündigung des Rektors der Universität Freiburg (Martin Heidegger) in: *Freiburger Studentenzeitung*, 3. November 1933, wiederabgedruckt in: Guido Schneeberger (Hg.), *Nachlese zu Heidegger*, Bern 1962, S. 137.
- 26 Bericht Glehns für März 1942, gefertigt am 18. April 1942, Archiv der Hauptkommission zur Untersuchung der Nazikriegsverbrechen in Polen, Verfahren gegen Josef Bühler, Band 285, S. 17-23.
- 27 Uwe Adam, *Judenpolitik im Dritten Reich*, Düsseldorf 1972, S. 111 und 245 f.
- 28 Zu «Judennachlässen» vgl. Generalkommissar in Weissruthenien an Reichskommissar/Treuhandstelle (Sonderbeauftragter für die Erfassung des Judenvermögens im Ostland) Bruns, 4. März 1942, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 459, Filmrolle 3. Vgl. auch die vom Stadtkommissar/IIIe 1943 in Minsk verwendeten Formulare, U.S. Holocaust Memorial Museum, Archiv, Record Group 22.04 (Minsk Oblast Archiv), Filmrolle 2, Fond 688, Opus 5, Heft 6.
- 29 Anklageschrift gegen Erhard Kröger vor dem Landgericht Stuttgart, 30. Januar 1968, Az. 18 Js 139/66.

7. Ausländische Regierungen

- 1 Vgl. Samuel Abrahamsen, *Norway's Response to the Holocaust*, New York 1991, S. 115-135.
- 2 Bericht der deutschen Sicherheitspolizei in den Niederlanden, Nr. 87, 31. März 1942, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 175, Filmrolle 670.
- 3 Vgl. zu diesem Komplex Jacob Presser, *The Destruction of the Dutch Jews*, New York 1969, S. 349-355.
- 4 Guus Meershoek, «De Amsterdamse hooftcommissaris en de deportatie van de joden», in: N. D. Barnouw *et al.* (Hg.), *Oorlogsdocumentatie '40-45. Derde jaarboek van het Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie*, Zutphen 1992. Tulp starb plötzlich im Oktober 1942. Bis zum Einsatz der Amsterdamer Polizei verliessen sich die Deutschen weitgehend auf freiwillige Meldungen von Juden zur Deportation. 1943 wurde bei Amster-

- damer Razzien ein jüdischer Ordnungsdienst aus dem Durchgangslager Westerbork eingesetzt.
- 5 G.L. Durlacher, *Streifen am Himmel*, Reinbek bei Hamburg 1988, S. 30 bis 32 und 43.
 - 6 Vgl. den Briefwechsel im US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 175, Filmrolle 485.
 - 7 Robert Paxton, *Parades and Politics at Vichy*, Princeton 1966, S. 176 f.
 - 8 *Ibid.*, S. 238.
 - 9 Zum Vichy-Regime vgl. Jean-Pierre Azéma, *From Munich to the Liberation, 1938-1944*, Cambridge 1984, und Milton Dank, *The French against the French*, Philadelphia 1974. Zu den Massnahmen Vichys gegen die Juden vgl. Michel Marrus und Robert Paxton, *Vichy France and the Jews*, New York 1981, und Serge Klarsfeld, *Vichy-Auschwitz*, 2 Bde., Paris 1983 und 1985. Bichelonne starb im November 1944 nach einer Operation in Deutschland; Pucheu wurde, nachdem er in Algerien als Innenminister gedient hatte, daselbst im März 1944 von de Gaulles Truppe «Freies Frankreich» erschossen. Bousquet wurde zwar aus dem Staatsdienst entlassen, blieb aber auf freiem Fuss.
 - 10 Zu Laval und den jüdischen Kindern vgl. Marrus und Paxton (Anm. 9), S. 263-269. Laval floh bei Kriegsende nach Spanien, wurde verurteilt, machte einen Selbstmordversuch und wurde Ende 1945 erschossen.
 - 11 Vgl. Frederick B. Chary, *The Bulgarian Jews and the Final Solution, 1940-1944*, Pittsburgh 1972.
 - 12 Raduloanid, *The Sword of the Archangel Michael*, New York 1960, S. 114.
 - 13 Zu Rumänien vgl. besonders Matatias Carp, *Cartea Neagra: Suferintele Evreilor din Romania 1940-1944*, 3 Bde., Bukarest 1946-1948, und Jean Ancel (Hg.), *Documents Concerning the Fate of Romanian Jewry during the Holocaust*, 12 Bde., New York 1986. Ion Antonescu wurde 1946 hingerichtet.
 - 14 Zu Ungarn vgl. Randolph Braham, *The Politics of Genocide*, 2 Bde., New York 1981.

8. Ausländische Freiwillige

- 1 Als erster Kommandeur diente der sechzigjährige Oberst Roger-Henri Labonne, den Azéma als einen «Schokoladen-Soldaten» bezeichnete. Jean-Pierre Azéma, *From Munich to the Liberation*, Cambridge, England, 1984, S. 142 und 144. Er wurde rasch durch den professionelleren Oberst Edgar Puaud ersetzt.
- 2 Bericht von Gendarmerieleutnant Egger vom Gendarmerieposten beim Truppenübungsplatz «Mitte» in Radom an den Befehlshaber des Truppenübungsplatzes «Mitte» in Radom und den Befehlshaber des Truppenübungsplatzes in Kruszyna, 19. Dezember 1942, und die anschliessende Korrespondenz, Yad Vashem, Mikrofilm JM-3499.

- 3 Claude Lévy und Paul Tillard, *Betrayal at the Vel d'Hiv*, New York 1969, S. 9 und 25. Doriot kam in Deutschland bei einem Tieffliegerangriff ums Leben.
- 4 Paul Jankowski, *Communism and Collaboration: Simon Sabiani and Politics in Marseille, 1919-1944*, New York 1989, S. 93-120, besonders S. 95 und 113 ff. Sabiani war Parteichef für den Bereich Marseille.
- 5 Michael Marrus und Robert Paxton, *Vichy France and the Jews*, New York 1981, S. 335. Darnand wurde 1945 wegen Hochverrats erschossen. Azéma nannte ihn einen typischen Vertreter des «plebejischen Faschismus», vgl. Anm. 1, S. 142 f.
- 6 Susan Zuccotti, *The Italians and the Holocaust*, New York 1987, S. 148 bis 153 und 189-208.
- 7 Vgl. Liliana Picciotto Fargion, *Il libro della memoria: Gli Ebrei deportati dall'Italia (1943-1945)*, Mailand 1991, S. 30.
- 8 Eugene Levai, *Black Book on the Martyrdom of Hungarian Jewry*, Zürich und Wien 1948, S. 335-421.
- 9 Bericht des deutschen Sicherheitsdienstes in Pressburg vom 22. September 1944, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 175, Filmrolle 583. Etwa 4'000 Mitglieder der Hlinka-Garde taten im Februar 1945 ihren Dienst. Memorandum über die slowakischen Streitkräfte beim Wehrmachtsführungsstab (Op H), 26. Februar 1945, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 77, Filmrolle 1419.
- 10 Vgl. Raul Hilberg, Stanislaw Staron und Josef Kermisz (Hg.), *The Waraw Diary of Adam Czerniaków*, Briarcliff Manor, N. Y., 1979, *passim*. Eintrag Czerniakóws vom 23. September 1941 über ein bevorstehendes Memorandum der Stadtverwaltung gegen die Änderung der Grenzen, S. 281 f.
- 11 Bericht der Ortskommandantur 1/853 in Mariupol, 2. Oktober 1941, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 501, Filmrolle 56.
- 12 Reichssicherheitshauptamt/IV-A-1, Ereignismeldung Nr. 156, 16. Januar 1942, Nürnberger Prozesse, Dokument NO-3405. Der Bürgermeister war Senitsa Verschowsky.
- 13 Berichte der Ortskommandantur 1/853 in Nikolajew, 15. und 25. September 1941, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 501, Filmrolle 56.
- 14 Plakat der einheimischen Stadtverwaltung von Charków in: Charków Oblast Archiv. In diesem Archiv liegen auch die Registrierungsbücher. Zwei typische Bände, durchschossen mit gelben Seiten, sind in Fond 2982, Opis 6, Hefte 13 und 35.
- 15 Reichssicherheitshauptamt/IV-A-1, Ereignismeldung Nr. 164, 4. Februar 1942, Nürnberger Prozesse, Dokument NO-3399, und der Bericht einer Überlebenden aus Charków, Maria Markowna Sokol, in: Ilya Ehrenburg und Vasily Grossman (Hg.), *The Black Book*, New York 1981, S. 51-56.
- 16 Exzerpt der Aussage von David Davidowitsch Egoß (eines Wolgadeutschen) vom 28. Februar 1947, U.S. Memorial Museum Archives, Record Group 22.03 (Zentralstaatsarchiv Weissrussland), Filmrolle 6, Fond 854,

- Opis 1, Heft 206. Rein stilistisch wimmelt es in der Aussage von Vorwürfen und Selbstvorwürfen, wie die sowjetische Polizei es in jener Zeit von ihren Gefangenen forderte. Es besteht jedoch kein Zweifel, dass der Bericht im Wesentlichen zutrifft.
- 17 Zur Rebellion gegen die Sowjets vgl. Algirdas Martin Budreckis, *The Lithuanian National Revolt of 1941*, South Boston 1941, und *I Laisve* (Zur Freiheit), eine Zeitung der Litauischen Volksfront, 24. Juni 1941. In der Zeitung werden scharfe antijüdische Töne angeschlagen. Zu den litauischen Tötungsaktionen gegen Juden in den ersten Tagen und zur Sitzung der Sicherheitspolizei mit den Judenräten vgl. Reichssicherheitshauptamt/IV-A-1, Ereignismeldung Nr. 19, 11. Juli 1941, Nürnberger Prozesse, Dokument NO-2943, und den Bericht von Brigadeführer Walter Stahlecker, Kommandeur der Einsatzgruppe A, über die Aktivitäten bis zum 15. Oktober 1941, Nürnberger Prozesse, Dokument L-180. Die Bestätigung der Anordnung des Bürgermeisters steht in der Öffentlichen Bekanntmachung Nr. 2, unterzeichnet Cramer, 31. Juli 1941, abgedruckt in: *Amtsblatt des Generalkommissars in Kauen*, Bd. 1, Nr. 2, 1. November 1941, S. 1 f. Briefwechsel und Berichte über Gespräche zwischen Judenräten und den litauischen Kommunalbehörden, darunter das Memorandum von Rozenbliumas vom 22. Juli 1941 in: Yad Vashem, Dokument 0-14/12-4. Die provisorische litauische Regierung wurde Anfang August von der deutschen Zivilverwaltung aufgelöst, aber Palciauskas blieb als Bürgermeister im Amt. Der 1907 geborene Palciauskas wanderte nach dem Krieg in die Vereinigten Staaten aus, ohne sein offizielles Amt von 1941 und 1942 anzugeben. Erst viel später stand er in den USA vor Gericht. Vgl. United States./. Kazys Palciauskas, 559 F. Supp. 1294 (1983).
- 18 Stadtverwaltung Wilna/Wohnungsamt (unterzeichnet von Bürgermeister K. Dabulevicius und Wohnungsamtsleiter A. Bockus) an den Gebietskommissar der Stadt Wilna (Hans Hingst), 17. September 1941, Historisches Zentralstaatsarchiv Litauens, Fond643-s, Opis 3, Heft4083.
- 19 Ordnungspolizeichef Kurt Daluege sprach in einem Bericht vom 1. Februar 1943 von 14 297 polnischen Polizisten, die Ende 1942 im Generalgouvernement dienten, Nürnberger Prozesse, Dokument NO-2861. In Polen bildeten die Rechtsextremisten eine Widerstandsgruppe. Ihre Behandlung jüdischer Flüchtlinge in den Wäldern steht auf einem anderen Blatt.
- 20 Zum Auftreten der polnischen Polizei an der Mauer des Warschauer Gettos vgl. die Auseinandersetzung zwischen Heinz Auerswald (Getto-Kommissar) und Waldemar Schön (Distrikt Warschau, Abteilung Innen), 8. November 1941, Yad Vashem, Mikrofilm JM-1112. Zu den ländlichen Regionen vgl. den Bericht des Kommandeurs der Ordnungspolizei im Distrikt Lublin, 6. Juni 1943, in dem es heisst, dass die polnische Polizei von Karczmiska bei Patrouillen eine Gruppe von fünfzig Juden aufgespürt habe, die aus dem Arbeitslager in Poniatowa geflo-

- hen seien. Zwei Männer seien getötet und eine Frau verwundet worden. Archivum Panstwowe w Lublinie, Sammlung Ortskommandantur 1/524, Sygn. 14.
- 21 Vgl. Himmlers Anweisungen an die Höheren SS- und Polizeiführer Hans Adolf Prützmann, Friedrich Jeckeln und Erich von dem Bach-Zelewski, sowie an SS- und Polizeiführer Odilo Globocnik (Lublin), 25. Juli 1941, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 454, Filmrolle 100.
- 22 Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet der Heeresgruppe Mitte/Generalstabschef, unterzeichnet von Oberst Freiherr Rüdiger von Collenberg, 12. Februar 1942, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 501, Filmrolle 15.
- 23 Eine sowjetische Schätzung von Anfang 1939 über die Zahl der Ukrainer in einem Gebiet, das innerhalb der Nachkriegsgrenzen der UdSSR lag, belief sich auf 35,61 Millionen. Joint Economic Committee, Anhörungen zum Thema «Dimensions of Soviet Power», 10. und 11. Dezember 1962, 87. Kongress, 2. Sitzung, S. 586 f. Daneben lebten mehrere hunderttausend Ukrainer im benachbarten Lublin, das zu einem Distrikt des Generalgouvernements wurde und weder vor noch nach dem Krieg zur Sowjetunion gehörte. Unter der deutschen Besatzung wurde die Ukrainische SSR wie folgt aufgeteilt: Galizien (bis September 1939 polnisch) zum Generalgouvernement; Wolhynien (ebenfalls früher polnisch) und andere westliche Gebiete (inklusive Kiew) zum zivilen Reichskommissariat Ukraine; der Osten (inklusive Charków) unter deutscher Militärkontrolle; das Gebiet zwischen Dnjestr und Bug (inklusive Odessa) an die rumänische Zivilverwaltung.
- 24 Nach einer deutschen Aufstellung vom 15. September 1942 gab es im Distrikt Galizien 3 247 353 Ukrainer und 955 821 Polen. Lwow Oblast Archiv, Fond 35, Opis 9, Heft 47. Die Juden als drittgrößte Gruppe wurden damals gerade vernichtet.
- 25 Schilderung Katzmans bei einer Sitzung mit Generalgouverneur Frank am 21. Oktober 1941 in Lwow, Frank-Tagebuch, US-Nationalarchiv, Record Group 238, T 992, Filmrolle 5.
- 26 Korrespondenz der ukrainischen Polizei in Lwow, April-Juni 1942, in: Lwow Oblast Archiv, Fond 12, Opis 1, Heft 38. Vgl. auch Michael Hanusiak, *Lest We Forget*, Toronto 1976, besonders die Faksimiles der Dokumente, die den Einsatz der ukrainischen Stadtpolizei in Lwow zeigen: S. 146, 148, 178 und 202. Zur Herkunft und zum Werdegang eines ukrainischen Polizisten in Stanislawow vgl. United States /. Bohdan Kozij, 540 F. Supp. 25 (1982).
- 27 Anordnung der Feldkommandantur 551 in Gómel (unterzeichnet Leutnant Laub) an die Bürgermeister, 4. September 1941, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 315, Filmrolle 1671. In einem Bericht vermerkte Major Münchau am 23. Oktober 1941 nach einer Inspektionsreise im rückwärtigen Heeresgebiet der Heeresgruppe Süd, dass der Bürgermeister von Solotoschna eine ukrainische Mi-

- liz aufgestellt hatte. US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 501, Filmrolle 6. Am 18. Dezember 1941 berichtete die Feldkommandantur 197, dass in Soltoschna 600 Juden getötet worden waren. *Ibid.*, T 501, Filmrolle 6.
- 28 Vgl. Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet der Heeresgruppe Süd, 11. Juli 1941, Bundesarchiv, RH 22/5, und den Befehl vom 22. Juli 1941, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 501, Filmrolle 5.
- 29 Befehl des Höheren SS- und Polizeiführers Jeckeln (damals im Gebiet der Heeresgruppe Süd), Bundesarchiv, RH 22/5, und die mit genauen Regionalstatistiken versehene Korrespondenz, Bundesarchiv, R 19/121 und R 19/122. Ausgangspunkt ist der genannte Vorschlag des Befehlshabers der Ordnungspolizei in der Ukraine, Generalmajor von Oelhafen, an das Hauptamt Ordnungspolizei vom 12. Oktober 1941, Bundesarchiv, R 49/121.
- 30 Bericht über die zahlenmäßige Stärke der Schutzmannschaft am 1. Juli 1942, Bundesarchiv, R 19/266.
- 31 Insgesamt 49 Offiziere und 459 Unteroffiziere in den Städten; 230 Offiziere und 2 128 Unteroffiziere auf dem Lande. *Ibid.*
- 32 Gendarmeriegebietsführer in Brest-Litowsk (Leutnant Deuerlein) an Kommandeur der Gendarmerie in Luck, 6. Oktober 1942, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 454, Filmrolle 102.
- 33 Reichssicherheitshauptamt/IV-A-1, Ereignismeldung Nr. 106, 7. Oktober 1941, Nürnberger Prozesse, Dokument NO-3140. Die Erschiessungen fanden am 18. September 1941 statt.
- 34 Reichssicherheitshauptamt/IV-A-1, Ereignismeldung Nr. 80, 11. September 1941, Nürnberger Prozesse, Dokument NO-3154.
- 35 Bericht des Sonderkommandos 11a für den 22. August bis 10. September 1941, Nürnberger Prozesse, Dokument NOKW-636.
- 36 Reichssicherheitshauptamt/IV-A-1, Ereignismeldung Nr. 88, 19. September 1941, Nürnberger Prozesse, Dokument NO-3149. Die Erschiessungen fanden am 6. September 1941 statt.
- 37 Ortskommandantur in Kachowka an rückwärtiges Heeresgebiet 553, mit Abschrift an Feldkommandantur 810, 20. Oktober 1941, Nürnberger Prozesse, Dokument NOKW-1598.
- 38 Reichssicherheitshauptamt/IV-A-1, Ereignismeldung Nr. 119, 20. Oktober 1941, Nürnberger Prozesse, Dokument NO-3404.
- 39 Diese Begründung fand das Einsatzkommando 6. Reichssicherheitshauptamt/IV-A-1, Ereignismeldung Nr. 81, 12. September 1941, Nürnberger Prozesse, Dokument NO-3154.
- 40 Vgl. die Berichte von Leutnant Deuerlein aus Brest-Litowsk vom 6. und 10. Oktober 1942, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 454, Filmrolle 102.
- 41 Stärkenangaben vom 1. Juli 1942, Bundesarchiv, R 1/266. Die 18 Bataillone hatten insgesamt 6 671 Mann, darunter 115 Offiziere und 779 Unter-

- offiziere. Auch das 2. Bataillon (Nachtigall), vor dem Überfall auf die UdSSR im Generalgouvernement rekrutiert, bestand aus Ukrainern. Im Lauf der Zeit verdoppelte sich die Zahl der Bataillone. Vgl. Hans-Joachim Neufeldt, Jürgen Huck und Georg Tessin, *Zur Geschichte der Ordnungspolizei: 1936-1945*, Koblenz 1957, II. Teil (von Tessin).
- 42 Urteil des Landgerichts Koblenz in der Strafsache gegen Carl Zenner und Hans-Hermann Remmers vom 12. Juni 1961, Az. 9 Ks 1/61. Reichssicherheitshauptamt/IV-A-1, Ereignismeldung Nr. 140, 11. Dezember 1941, Nürnberger Prozesse, Dokument NO-2831. Generalkommissar Wilhelm Kube vom Generalbezirk «Weissruthenien» wünschte in seiner Domäne keine bewaffneten Ukrainer. Seine Vorbehalte meldete Gauleiter Alfred Meyer vom Ministerium für die besetzten Ostgebiete an Reinhard Heydrich. Die Niederschrift ihres Gesprächs, datiert 4. Oktober 1941, liegt im US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 976, Filmrolle 28.
- 43 Adalbert Rüdiger, *NS-Vernichtungslager*, München 1977, S. 122 f., 207, und die Aussagen der ehemaligen deutschen Wächter im Belzec-Verfahren, 1 Js 278/60, Band 7, S. 1254-1288, 1311-1331 und 1409-1435, sowie im Sobibór-Verfahren, 45 Js 27/61, Band 3, S. 520-523.
- 44 Vgl. den Bericht des SS- und Polizeiführers Jürgen Stroop, als Kommandeur der gegen das Getto eingesetzten Truppen, an Höheren SS- und Polizeiführer Krüger, 16. Mai 1943, Nürnberger Prozesse, Dokument PS-1061. Im Winter 1943/44 begann die Kampfmoral und Zuverlässigkeit einiger der ukrainischen Einheiten zu verfallen. Vgl. die Korrespondenz (mit Namenslisten) über eine Hundertschaft des 60. (Ukrainischen) Bataillons in einem Arbeitsstraflager, in: U.S. Holocaust Memorial Museum, Archiv, Record Group 22.03 (Zentralstaatsarchiv Weissrussland), Filmrolle 3, Fond 389, Opis 1, Heft 2.
- 45 Die ständige weissrussische Schutzmannschaft hatte Mitte 1942 eine Stärke von 4580 Mann. Bericht in: Bundesarchiv, R 19/266.
- 46 Leutnant Max Eibner via Gendarmerie Hauptmannschaft an den Kommandeur der Gendarmerie in Weissruthenien (weissrussisches Gebiet unter ziviler Verwaltung), 4. November 1942. U.S. Holocaust Memorial Museum, Archiv, Record Group 22.03 (Zentralstaatsarchiv Weissrussland), Filmrolle 4, Fond 389, Opis 1, Heft 3.
- 47 Bericht des Gendarmerie-Kommandeurs Eibner (ohne Namenszug) via Gendarmerie Hauptmannschaft an Kommandeur der Gendarmerie, 26. August 1942. Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg, Sammlung UdSSR 245c, S. 90 f.
- 48 Vgl. etwa seinen Bericht vom 5. Februar 1943, U.S. Holocaust Memorial Museum, Archiv, Record Group 22.03 (Zentralstaatsarchiv Weissrussland), Filmrolle 4, Fond 387, Opis 1, Heft 3. Im Osten Weissrusslands gab es eine feste russische Hilfspolizei unter Aufsicht des Heeres. Vgl. den Bericht der Sicherungsdivision 221/Ia an den Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet der Heeresgruppe Mitte vom 27. Oktober 1941, worin erwähnt wird, dass russische Poli-

- zei Juden in Klinzy bewacht. US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 315, Filmrolle 1668. Im Gebiet zwischen Weissrussland und Moskau lebten nicht so viele Juden, und die grosse Mehrzahl dieser jüdischen Einwohner waren mit der Roten Armee abgezogen.
- 49 Sowjetische Nationalitätenschätzungen von 1939 für ein Gebiet, das die Nachkriegs-UdSSR umfasste, ergaben unter anderem: 1,14 Millionen Esten, 1,62 Millionen Letten und 2,03 Millionen Litauer. Joint Economic Committee, Anhörungen zu «Dimensions of Soviet Power», S. 586 f. «Baltisch» als Sammelbegriff für die drei Nationalitäten entstammt der politischen Geographie. Nur Litauisch und Lettisch sind baltische Sprachen, während das Estnische der finnisch-ugrischen Sprachfamilie angehört. Im Mittelalter hatten deutsche Orden das Gebiet geprägt; zu Beginn der Neuzeit wurde das katholische Litauen mit Polen verbunden, während weiter nordwärts Schweden und Dänemark Gebiete erobert hatten. Im 18. Jahrhundert fiel das ganze Baltikum dem Russischen Reich zu.
- 50 Von der 18. Armee kam die Empfehlung, Mitglieder der deutschfreundlichen Nationalistengruppen und ehemalige baltische Soldaten einzusetzen, die bei Ausbruch des Kriegs nicht gegen Deutschland gekämpft hatten. Vgl. die Anweisung Ic/AO (Abwehr) Qu 2, 9. Juli 1941, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 315, Filmrolle 574.
- 51 Am 1. Juli 1942 hatte die baltische Schutzmannschaft (nicht gerechnet fünf Bataillone, die Armeen unterstellt waren) 115 034 Mann, gegenüber 45 469 Mann der ukrainischen Schutzmannschaft (nicht gerechnet ein Bataillon, das dem Militär diente). Zieht man Feuerwehrlaute und Hilfsschutzmannschaften ab, bleiben auf Seiten der Balten 34 229, bei den Ukrainern 34 595 Mann. In diesen Zahlen sind 54 estnische, lettische und litauische Bataillone sowie die 18 ukrainischen enthalten, nicht jedoch die unter militärischem Kommando stehenden. Insgesamt drei Prozent der Angehörigen dieser baltischen Schutzmannschaft waren Offiziere, bei den Ukrainern nur knapp ein Prozent. Bericht über die Stärke der Schutzmannschaft vom 1. Juli 1942, Bundesarchiv, R 19/266.
- 52 Befehl des Generals Franz von Roques vom 20. September 1941, der das frühere, nur für Lettland geltende Verbot vom 3. August 1941 auf sein ganzes Gebiet ausdehnte. U.S. Holocaust Memorial Museum, Archiv, Record Group 22.03 (Zentralstaatsarchiv Weissrussland), Filmrolle 4, Fond 389, Opus 1, Heft 3. Von Roques hatte sich bereits am 8. Juli 1941 beim Befehlshaber der Heeresgruppe Nord, Feldmarschall Wilhelm Ritter von Leeb, darüber beschwert, dass die Litauer in Kaunas Juden töteten. Bei dieser Zusammenkunft bezweifelte von Roques die Wirksamkeit solcher Tötungsaktionen grundsätzlich und schlug vor, alle jüdischen Männer sterilisieren zu lassen. Vgl. Leeb's Tagebuch, zitiert in: Helmut Krausnick und Hans-Heinrich Wilhelm, *Die Truppe des Weltanschauungskrieges*, Stuttgart 1981, S.207f.

- 53 Reichssicherheitshauptamt/IV-A-1, Ereignismeldung Nr. 111, 12. Oktober 1941, Nürnberger Prozesse, Dokument NO-3155. Vgl. auch die Aussage Sandbergers vor dem US-Militärgerichtshof, Fall Nr. 9, 12.-17. November 1947, englische Fassung, S. 2213, 2313-2320, 2348 f. und 2381 bis 2392. Es wird nicht erwähnt, dass Esten an den Erschiessungen von Psków teilgenommen hätten. Nach einem skizzierten Bericht der Einsatzgruppe A (Februar 1942) sollen insgesamt 963 estnische Juden getötet worden sein, und es hiess, Estland sei «judenfrei». Nürnberger Prozesse, Dokument PS-2273.
- 54 Die Transporte von Theresienstadt und Berlin sind erwähnt in den Fahrplänen, die am 6. August 1942 bei einer Bahnkonferenz der Generalbetriebsleitung Ost aufgestellt wurden. U.S. Holocaust Memorial Museum, Archiv, Record Group 22.03 (Zentralstaatsarchiv Weissrussland), Filmrolle 2, Fond 378, Opis 1, Heft 784. Sie sollten am 1. bzw. 10. September nach Raasiku abgehen. H.G. Adler schreibt in seinem Buch *Theresienstadt* (Tübingen 1960, S. 52 f.), dass 45 junge Frauen überlebten. Die Tötungen sind beschrieben in Zeugenaussagen, in der Kurzfassung der Anklageschrift gegen Mere vom 10. März 1961 und im Urteil des Estnischen Obersten Gerichtshofes (ohne Datum), in: Raul Kruus, *People, Be Watchful*, Tallin 1962. Kruus bringt auch ein Faksimile des Organisationsplanes für das Sonderkommando Ia, mit allen deutschen und estnischen Elementen, zum 1. Juli 1942, *ibid.*, S. 202 f.
- 55 Vgl. die Aussagen von Überlebenden in: Ehrenburg und Grossman (Anm. 15), S. 390-398. Bei Kruus (Anm.54), S. 196, sind Photos der Leichen von Klooga abgebildet. Die Nationalität der Schützen, abgesehen von mehreren Deutschen, wurde nicht festgestellt.
- 56 Als Litauen 1940 von der UdSSR annektiert wurde, umfasste es nicht die Hafencity Kleipeda (Memel), die bis zum Ende des Ersten Weltkriegs deutsch war und 1939 von Hitler zurückerobert wurde. Wilna gehörte zwischen den beiden Weltkriegen zu Polen. 1939 fiel es an die Sowjetunion. Nachdem diese im Juni 1940 Litauen angeschlossen hatte, wurde Wilna der Litauischen SSR eingegliedert.
- 57 Reichssicherheitshauptamt/IV-A-1, Ereignismeldung Nr. 12, 4. Juli 1941, Nürnberger Prozesse, Dokument NO-4543.
- 58 Reichssicherheitshauptamt/IV-A-1, Ereignismeldung Nr. 8, 30. Juni 1941, Nürnberger Prozesse, Dokument NO-4543. Bericht des Befehlshabers der Einsatzgruppe A (Stahlecker) vom 15. Oktober 1941, Nürnberger Prozesse, Dokument L-180.
- 59 Reichssicherheitshauptamt/IV-A-1, Ereignismeldung Nr. 19, 11. Juli 1941, Nürnberger Prozesse, Dokument NO-2934.
- 60 Historisches Zentralstaatsarchiv Litauens, Fond 689, Opis 1, Heft 20.
- 61 Reichssicherheitshauptamt/IV-A-1, Ereignismeldung Nr. 88, 19. September 1941, Nürnberger Prozesse, Dokument NO-3149.
- 62 Vgl. B. Baranuskas und K. Ruksenas (Hg.), *Documents Accuse*, Wilna 1970,

- besonders S. 161-167 und 216-223. In einem Brief, den Khone Boyarski im Untergrund schrieb, ist die Kollaboration der Litauer aus der Sicht eines Zeitgenossen geschildert. Boyarski lebte in Butremonys, südlich von Kaunas, und weder er noch seine Familie überlebten. Sein Brief wurde nach Kriegsende gefunden und zweimal abgeschrieben. Die Kopien wurden geprüft, übersetzt und mit Anmerkungen veröffentlicht in: Nathan Cohen, «The Destruction of the Jews in Butremonys as Described in a Farewell Letter from a Local Jew», *Holocaust and Genocide Studies*, Bd. 4, 1989, S. 357-375. In dem Brief heisst es, dass Litauer an Razzien und an der Erschiessung von «Partisanen» (in Anführungszeichen, d. V.) beteiligt waren; sie hätten weisse Armbinden getragen und seien Banditen (nicht in Anführungszeichen, d. V.) gewesen. Stilistisch erinnert der Brief an mittelalterliche jüdische Chroniken.
- 63 Kriegstagebuch der 403. Sicherungsdivision/Ia, 25. Juli 1941, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 315, Filmrolle 2206. Vgl. auch Budreckis (Anm. 17), S. 79-82.
- 64 Reichssicherheitshauptamt/IV-A-1, Ereignismeldung Nr. 21, 13. Juli 1941, Nürnberger Prozesse, Dokument NO-2937.
- 65 A. Iskaukas an den Kommandeur der Ordnungspolizei, 9. September 1941, Historisches Zentralstaatsarchiv Litauens, Fond 689, Opus 1, Heft 20.
- 66 Schlussbericht des Höheren SS- und Polizeiführers Jeckeln über die Aktion «Sumpffieber», 6. November 1942, Nürnberger Prozesse, Dokument PS-1113. Beteiligt waren das 3. und 15. Bataillon. Hinzu kamen ein ukrainisches und vier lettische Bataillone.
- 67 Zum 1. Juli 1942 war es das 2. Litauische Bataillon. Bericht über die Stärke der Schutzmannschaft, 1. Juli 1942, Bundesarchiv, R 19/266. Später war es das 252. Bataillon. Krüger an Himmler, 7. Juli 1943, Himmler Files, Heft 94, Library of Congress.
- 68 Vgl. das Referat von Andrew Ezergailis, «Who killed the Jews of Latvia?», gehalten bei einem Symposium der Cornell University über Antisemitismus, 8.-10. April 1986, und den Artikel von Margers Vestermanis, «Der lettische Anteil an der ‚Endlösung‘», in: Uwe Backes, Eckhard Jesse und Rainer Zitelmann (Hg.), *Die Schatten der Vergangenheit*, Frankfurt am Main 1990, S. 426-449.
- 69 Oberstleutnant Woldemar Weiss (Chef der Abteilung Innere Sicherheit im lettischen Generaldirektorat Inneres) an den SS- und Polizeiführer in Lettland (Schröder), 7. Januar 1942, Bundesarchiv, R 92/519.
- 70 Zu Arajs vgl. das Urteil des Landgerichts Hamburg vom 21. Dezember 1979 (37 5/76). Vgl. auch das Referat von Andrew Ezergailis, «Sonderkommando Arajs», gehalten bei der 9. Internationalen Konferenz für Baltische Studien in Skandinavien, Stockholm, 3.-4. Juni 1982.
- 71 Reichssicherheitshauptamt/IV-A-1, Ereignismeldung Nr. 24, 16. Juli 1941, Nürnberger Prozesse, Dokument NO-2938.

- 72 Aussage von Reinhard Wiener (seinerzeit bei der deutschen Kriegsmarine) am 15. Dezember 1969 im Verfahren gegen Erhard Grauel (Einsatzkommando 2) vor dem Landgericht Hannover, Az. 2 Js 261/60. Wiener, der die Erschiessungen heimlich filmte, sah etwa 200 Zuschauer an der Erschiessungsstätte.
- 73 Reichssicherheitshauptamt/IV-A-1, Ereignismeldung Nr. 24, 16. Juli 1941, Nürnberger Prozesse, Dokument NO-2938.
- 74 Sicherungsdivision 281/VII (Militärverwaltung), Entwurf unterzeichnet von Generalleutnant Friedrich Bayer, gerichtet an den Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet der Heeresgruppe Nord, 27. Juli 1941, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 315, Filmrolle 1871. Die Zählung ergab seinerzeit 3'000 bis 4'000.
- 75 Reichssicherheitshauptamt/IV-A-1, Ereignismeldung Nr. 40, 1. August 1941, Nürnberger Prozesse, Dokument NO-2950.
- 76 Bericht Stahlecker vom 15. Oktober 1941, Nürnberger Prozesse, Dokument L-180.
- 77 Undatierter Entwurf Stahleckers (Februar 1942), Nürnberger Prozesse, Dokument PS-2273.
- 78 Anklageschrift gegen Arajs vom 10. Mai 1976, Az. 141 Js 534/60, Urteil vom 21. Dezember 1979 (37) 5/76. Eingaben des lettischen Bezirks Riga und von Hafenpolizisten, Mobiliar aus dem jüdischen Getto zu erhalten, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 459, Filmrolle 2. Mehrere der Polizisten geben an, dass sie sich an der «jüdischen Aktion» beteiligt hatten.
- 79 Erklärung Benjamin Edelsteins (undatiert) in den Beiakten zur Anklageschrift gegen Arajs (Anm. 70), S. 6075-6097.
- 80 Vgl. etwa den Bericht des Hauptwachtmeisters Schütz in Baranowicz vom 18. Oktober 1942, in dem dieser einräumt, dass eine Kompanie von Letten geholfen habe, 2'000 Juden im Getto von Stolpce zu töten. Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg, UdSSR 245c, S. 79 f. Seinerzeit war das 18. Lettische Polizeibataillon in Stolpce stationiert.
- 81 Das 22. und 272. Bataillon. Tessin in: Neufeldt et al. (Anm. 41), II. Teil, S. 102 und 107.
- 82 Vgl. den Artikel über die lettische Legion in: *Latvju Enciklopedija*, Stockholm 1952, Bd. 34, S. 1288-1322, und Visvaldis Mangulis, *Latvia in the Wars of the 20th Century*, Princeton Junction 1983. Die meisten Polizisten in Riga wurden mit Schiffen evakuiert.
- 83 Beschwerde von R. Saulis vom 24. Februar 1942 und die folgende Korrespondenz, darunter Lobes Brief vom 14. April 1942, in: Lettisches Zentralstaatsarchiv für die Oktoberrevolution, Fond 82, Opis 2, Heft 1. Lobe soll nach dem Krieg in Schweden Unterschlupf gefunden haben. Von Osis heisst es, er sei über Schweden nach Grossbritannien gelangt.

9. Die führenden Juden

- 1 Bericht von Waldemar Schön (Leiter der Umsiedlung im Distrikt Warschau, zuständig für die Einrichtung des Warschauer Gettos), 20. Januar 1941, Bundesarchiv, R 102 1/2.
- 2 Befehl von Heydrich, 21. September 1939, Nürnberger Prozesse, Dokument PS-3363. In Galizien hatten die Juden selber viele Judenräte gegründet. Die Deutschen beschlossen, Listen der Mitglieder zu fordern, um nicht genehme Personen entfernen zu können. Protokoll einer Versammlung der Kreishauptmannschaften in Galizien, 2. September 1941, Glowna Komisja Badania Zbrodni Hitlerowskich w Polsce, Verfahren gegen Josef Bühler vor dem Hohen Volkstribunal, Sygn. 286, S. 104.
- 3 Die Liste der Ratsvorsitzenden und ihrer Stellvertreter in 15 Kleinstädten der Kreishauptmannschaft Lublin-Land ergibt ein Durchschnittsalter von 37 Jahren. Diese Gruppe war sogar noch jünger, wenn man die drei grössten Gemeinden (Piaski, Belzyce und Brzeziny) nicht mitrechnet. Vgl. die Liste vom 28. November 1939, in: Archiwum Panstwowe w Lublinie, Sammlung Kreishauptmann Lublin-Land, Sygn. 101, Karta 9-10. Der Judenrat von Belzyce, mittleren Alters, wurde wegen Inkompetenz abgesetzt, da es ihm nicht gelang, unbezahlte Zwangsarbeiter bei einem Flussbegradigungsprojekt zu ernähren. Distrikt Lublin/Wasserwirtschaftsinspektion (unterzeichnet von Inspekteur Woltheimer) an Kreishauptmann Lublin-Land (zu Händen von Dr. Polzer), 26. August 1940, *ibid.*, Sygn. 102, Karta 6.
- 4 Essays über mehrere Judenräte in östlichen und westlichen Regionen finden sich bei Yisrael Gutman und Cynthia Haft (Hg.), *Patterns of Jewish Leadership in Nazi Europa*, Jerusalem 1979. Zur Bildung der Räte in Polen vgl. Isaiah Trunk, *Judenrat*, New York 1972, S. 1-60.
- 5 Baecks Leben vor 1933 ist detailliert beschrieben in: Leonard Baker, *Days of Sorrow and Pity*, New York 1978.
- 6 Vgl. besonders die Sammlung Reichsvertretung im Archiv des Leo Baeck Institute in New York, AR 221.
- 7 Zur Kriegsphase vgl. Leo Baeck Institute, Mikrofilmrolle 66.
- 8 Zu dieser Übergangszeit vgl. Herbert Rosenkranz, *Verfolgung und Selbstbehauptung*, Wien und München 1978, S. 1-72.
- 9 Eichmanns Brief an Herbert Hagen vom 8. Mai 1938, *ibid.*, S. 71 f.
- 10 Vgl. die Tagebucheintragungen Czerniakóws vom 20. Februar 1940 und 5. Oktober 1941 in: Raul Hilberg, Stanislav Staron und Josef Kermisz (Hg.), *The Warsaw Diary of Adam Czerniaków*, Briarcliff Manor, N.Y., 1979, S. 119 f. und 285.
- 11 Zur Herkunft und Rolle Rumkowskis vgl. Leonard Tushnet, *The Pave-ment of Hell*, New York 1972, S. 1-70, und Shmuel Huppert, «King of the Ghetto», in: *Yad Vashem Studies*, Bd. 15, 1983, S. 125-157. Es gibt eine Chronik von fast einer Million Wörtern Umfang, die unter Rumkowskis

- Leitung im Getto geschrieben wurde. Wesentliche Auszüge in: Lucjan Dobroszycki (Hg.), *The Chronicle of the Łódź Ghetto*, New Haven 1984. Texte von Rumkowskis Reden und kleine Auszüge aus mehreren Tagebüchern der Insassen des Gettos von Łódź in: Alan Adelson und Ralph Lapidés (Hg.), *Łódź Ghetto*, New York 1989.
- 12 Transkription der Feierstunde zum ersten Jahrestag der Gründung des Judenrates von Bialystok, 29. Juni 1942, in: Yitzhak Arad, Yisrael Gutman und Abraham Margalio (Hg.), *Documents on the Holocaust*, Jerusalem 1981, S. 264-266.
 - 13 Die Geschichte der jüdischen Aufstände in Wilna ist lebhaft geschildert in: Yitzhak Arad, *Ghetto in Flames*, New York 1982.
 - 14 Gens ist beschrieben in Tushnet (Anm. 11), S. 139-199, und Arad (Anm. 13), S. 125-127 und *passim*.
 - 15 Vgl. Joseph Michman, «The Controversial Stand of the *Joadse Raad* in the Netherlands», in: *Yad Vashem Studies*, Bd. 10, 1974, S. 9-68.
 - 16 Vgl. Jacques Adler, *The Jews of Paris and the Final Solution*, New York und Oxford 1987, und Cynthia Haft, *The Bargain and the Bridle*, Chicago 1983. Auf S. 84 beschreibt Adler die Einstellung Mayers gegenüber ausländischen Juden.
 - 17 Zu Lambert vgl. Richard J. Cohen, *The Burden of Conscience*, Bloomington, Indiana, 1987; J. Adler (Anm. 16); und Haft (Anm. 16).
 - 18 Vgl. vor allem J. Adler (Anm. 16). Das Gespräch zwischen Lambert und Helbronner von Anfang August 1942 ist in Lamberts Tagebuch protokolliert, vgl. Richard Cohen (Hg.), *Carnet d'un témoin*, Paris 1985, Eintrag vom 6. September 1942, S. 180.
 - 19 Zur Gründung der *Centrala* und Gingolds Rolle vgl. Bela Vago, «The Center of the Jews in Romania», in: Gutman und Haft (Hg.) (Anm.4), S. 287-309. Zu Fildermans Erwartung, in harten Devisen schadlos gehalten zu werden, vgl. das Memorandum von Gustav Richter in der deutschen Botschaft, 31. Januar 1944, und die von den Deutschen abgefangene jüdische Korrespondenz, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 175, Filmrollen 659 und 660.
 - 20 Gingold hat seine Sichtweise in einem undatierten Bericht niedergelegt; vgl. *ibid.*, T 175, Filmrolle 661.
 - 21 Zu Gens vgl. Arad (Anm. 13), S. 342-351, und Tushnet (Anm. 11), S. 176 f.
 - 22 Auszüge aus Barasz' Rede in den Akten des Landgerichts Bielefeld, Verfahren gegen Wilhelm Altenloh u.a., Urteil vom 14. April 1967, Az. 5 Ks 1/65. Barasz' Hinweis auf Bialystok als das zweitwichtigste Getto nach Łódź bezog sich auf die in den Vormonaten durchgeführte Massendeportation von Juden aus Warschau.
 - 23 Rumkowskis Rede vom 1. Februar 1942 in: Adelson und Lapidés (Anm. 11), S. 208-211.

10. Die Flüchtlinge

- 1 Vgl. die Übersicht und Statistik der Reichsvereinigung, Leo Baeck Institute, Mikrofilmrolle 66.
- 2 Über die Flüchtlinge ist viel geschrieben worden. Laura Fermi befasst sich in *Illustrious Immigrants*, 2. Aufl., Chicago 1971, mit den Intellektuellen, die zu einem grossen Teil in der *Encyclopaedia Judaica* namentlich genannt sind. Die Einwanderer in Grossbritannien beschreibt Marion Berghahn in: *German Jewish Refugees in England*, New York 1984. Mehr oder weniger erfolgreiche Immigranten in den Vereinigten Staaten behandelt Herbert Strauss (Hg.), *Jewish Immigrants of the Nazi Period in the USA*, 6 Bde., New York und München 1978-1987. Intellektuelle aus Wien schildert Paul Hofmann in: *Vienna*, New York 1988.
- 3 Fritz Haber, der dem Judentum abgeschworen hatte, war von der Entlassung ausgenommen, weil er als Offizier die Gaseinsätze im Ersten Weltkrieg geleitet hatte; er entschied sich für die Emigration, nachdem alle seine jüdischen Assistenten das Labor verlassen mussten. Er starb 1934. Ein Halbjude, Gustav Herz, 1915 schwer verwundet, blieb bei Siemens & Halske tätig. Ein weiterer, Niels Bohr, entkam 1943 aus Dänemark. Otto Warburg kehrte nach dem Krieg nach Deutschland zurück. Albert Einstein war bereits 1932 emigriert. Die Mitwirkung der geflohenen Physiker, Chemiker und Mathematiker beim Bau der Atombombe in den USA beschreibt Richard Rhodes, *The Making of the Atomic Bomb*, NY 1986.
- 4 Faksimile von Blochs Brief an die Philosophische Fakultät der Universität Leipzig in: Manfred Unger und Herbert Lang (Hg.), *Juden in Leipzig*, Leipzig 1988, ohne Paginierung.
- 5 Verfahren Marburg./. Cole, Court of Appeals of New York, 1941, 286 NY 202, 36 N.E. 2d 113. Zu den Prüfungen für geflüchtete Ärzte vgl. Eric Kohler, «Relicensing Central European Physicians in the United States, 1933-1945», in: *Simon Wiesenthal Center Annual*, Bd. 6, 1989, S. 3-32.
- 6 Wolfgang Benz (Hg.), *Das Tagebuch der Herta Nathorff*, Frankfurt am Main 1988.
- 7 Berghahn (Anm. 2), S. 84, mit Zitaten aus den Erinnerungen von Dr. Stephen Westman.
- 8 Nathan Reingold, «Refugee Mathematicians in the United States of America, 1933-1941, Reception and Reactions», in: *Annals of Science*, Bd. 38, 1981, S. 313-338.
- 9 Zu Tucholsky vgl. German Information Center, *The Week in Germany*, 19. Januar 1990.
- 10 Berghahn (Anm. 2), S. 119 f.
- 11 Renate Bridenthal in: «Fragment of a German-Jewish Heritage in Four „Americans’», *American Jewish Archives*, Bd. 40, 1988, S. 365-384. Bridenthal, damals ein Kind dieser vierköpfigen Familie, wurde später Geschichtsprofessorin.

11. Männer und Frauen

- 1 Konrad Kwiet, «Nach dem Pogrom: Stufen der Ausgrenzung», in: Wolfgang Benz (Hg.), *Die Juden in Deutschland 1933-1945*, München 1988, S. 611. Kwiet zitiert Erinnerungen von Joel König (d. i. Ezra Ben Gershöm), dessen Mutter diese Fragen stellte.
- 2 Undatierter Bericht der Einsatzgruppe A/Staff/II in Weissrussland, Historisches Zentralstaatsarchiv Lettlands, Fond 1025, Opis 1, Heft 3.
- 3 Felix Gruenberger, «The Jewish Refugees in Shanghai», in: *Jewish Social Studies*, Bd. 12, 1950, S. 329-348.
- 4 Yitzhak Arad, *Getto in Flames*, New York 1982, S. 147 f.
- 5 Lucjan Dobroszycki (Hg.), *The Chronicle of the Łódź Ghetto, 1940-1944*, New Haven 1944, Eintrag vom 10.-13. Januar 1942, S. 120 f. Das Rabbinat war «autorisiert», die Scheidungen auszusprechen.
- 6 Liebman Hersch, «Jewish Population Trends in Europe», in: Jewish Encyclopedic Handbooks, *The Jewish People Past and Present*, New York 1948, Bd. 2, S. 2. Angaben für Deutschland in: *Jüdisches Nachrichtenblatt*, Berlin, 10. November 1939.
- 7 Adam Czerniaków (Vorsitzender des Judenrates im Warschauer Getto) an Heinz Auerswald (Gettokommissar), 18. Februar 1942, mit einem statistischen Bericht für 1941, Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg, Akten Auerswald, 365e.
- 8 Statistischer Bericht für die Zeit vom 1. Mai 1940 bis 30. Juni 1942, offenbar angefertigt von Judenrat im Getto von Łódź, YIVO Institute, Łódź Getto Sammlung, Nr. 58.
- 9 Dobroszycki (Anm. 5), nach S. 103.
- 10 *Ibid.*, Eintrag vom 28. Juni 1942, S. 214 f.
- 11 Statistischer Bericht, YIVO Institute, Łódź Getto Sammlung, Nr. 58.
- 12 Yisrael Gutman, *The Jews of Warsaw, 1939-1943*, Bloomington, Indiana, 1942, S. 271; Gutman zitiert *Wiadomosci* vom Dezember 1942.
- 13 Statistischer Bericht, YIVO Institute, Łódź Getto Sammlung, Nr. 58.
- 14 Von den Deportierten aus Frankreich waren 57 Prozent Männer. Serge Klarsfeld, *Le mémorial de la déportation des Juifs de France*, Paris 1978. In Italien stellten Männer 53 Prozent der namentlich bekannten Deportierten. Liliana Picciotto Fargion, *Il libro della memoria*, Mailand 1991, S. 27. Bei den Transporten aus Belgien betrug der Männeranteil 51 Prozent. Serge Klarsfeld und Maxime Steinberg, *Mémorial de la déportation des Juifs de Belgique*, New York 1982. Wir müssen annehmen, dass sich unter den Opfermassen in Mittel- und Osteuropa mehr Frauen als Männer befanden. Genaue Zahlen sind jedoch schwer zu ermitteln. Zum Beispiel hat die Sowjetunion im Januar 1939 eine Volkszählung durchgeführt, woraus sich ergab, dass 3,02 Millionen Juden im Lande lebten, die Frauen mit 142'000 in der Überzahl. 1959 gab es noch 2,27 Millionen Juden, darunter einige Überlebende in annektierten Gebieten. Theoretisch hätten die

- Frauen mit 110'000 in der Überzahl sein müssen, faktisch betrug die Zahl aber 207'000. Vgl. Mordechai Altshuler, *Soviet Jewry Since the Second World War*, New York 1987, S. 89 f. Daraus folgt jedoch nicht, dass die Männer unverhältnismässig stark vom Holocaust betroffen waren. Man muss berücksichtigen, dass eine bis dato noch nicht genau recherchierte Anzahl von Männern in der Roten Armee und in den sowjetischen Arbeitslagern der Nachkriegszeit starben.
- 15 Zu Auschwitz vgl. Danuta Czech, *Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939-1945*, Reinbek bei Hamburg 1989. Alexander Donat stellte eine Liste der Überlebenden von Treblinka zusammen. Vgl. sein *Treblinka*, New York 1979, S. 284-291. Zu Sobibór vgl. die Darstellung von Abraham Margulies in: Miriam Novitch (Hg.), *Sobibór*, New York 1980, S. 64.

12. Mischehen

- 1 Der Begriff «Mischehe» wird unterschiedlich definiert. Für Nazi-Deutschland kam es auf die Abstammung an, für die sowjetische Regierung auf die Nationalität und für andere Staaten auf die Religionszugehörigkeit. Im Polen der Vorkriegszeit hatten jene Gebiete, die 1914 russisch oder österreichisch-ungarisch gewesen waren, gesetzliche Vorschriften, wonach nur die konfessionelle Trauung zulässig war. Daher musste einer der beiden Verlobten vor einer gültigen Eheschliessung zur Religion des anderen konvertieren, so dass die Ehe dann nicht als gemischt galt. Felix Theilhaber hat in *Der Untergang der deutschen Juden*, München 1911, S. 103-110, die Quoten der frühen Mischehen in Mittel- und Westeuropa gesammelt. Einige solcher Quoten, für 1926 bis 1927, finden sich tabellarisch aufgeführt bei Arthur Ruppin, *Soziologie der Juden*, Berlin 1930, Bd. 1, S. 213. Für die UdSSR in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen gibt es einige Daten in: Mordechai Altshuler, *Soviet Jewry Since the Second World War*, New York 1987, S. 24-26. Eine Statistik der Mischehen in Deutschland (Grenzen von 1937), in Österreich und in Böhmen/ Mähren zum 31. Dezember 1942 enthält der Bericht des SS-Statistikers Richard Korherr an Heinrich Himmler vom 19. April 1943, Nürnberger Prozesse, Dokument NO-5193. Zahlen für die Niederlande stehen in den Berichten der Sicherheitspolizei in den Niederlanden vom 20. März 1943 und 15. Januar 1944, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 175, Filmrolle 671. Zu Dänemark im Oktober 1943 vgl. Hugo Valentin, «Rescue and Relief Activities in Behalf of Jewish Victims of Nazism in Scandinavia», in: *YIVO Annual of Jewish Social Science*, Bd. 3, 1953, S. 239. Eine Gesamtzahl für das von Deutschland beherrschte Europa ist schwer zu schätzen, sie dürfte aber bei über 100'000 gelegen haben.
- 2 Charles Cruikshank, *The German Occupation of the Channel Islands*, London 1975, S. 197 und 203 f.

- 3 Jahresbericht des Judenratsältesten Josef Löwenherz in Wien vom 22. Januar 1945, Yad Vashem, Dokument O 30/5. Rundschreiben, unterzeichnet von Karl Oppenheimer (Vertrauensmann der jüdischen Restgemeinde in Frankfurt), 8. Februar 1945, in: Kommission zur Erforschung der Geschichte der Frankfurter Juden (Hg.), *Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden 1933-1945*, Frankfurt am Main 1963, S. 531.
- 4 Befehlshaber der Sicherheitspolizei in den Niederlanden Wilhelm Harster an die ihm unterstellten Behörden, 6. Mai 1943, Verfahren gegen Eichmann in Israel, Polizeidokument 1356.
- 5 Kurt Jakob Ball-Kaduri, «Berlin wird judenfrei: Die Juden in Berlin in den Jahren 1942/1943», in: *Jahrbuch für die Geschichte Mittel- und Ostdeutschlands*, Bd. 22, 1973, S. 196-241, besonders S. 212-214 und 221 f. Der jüdische Photograph Abraham Pisarek hat die Demonstrationen heimlich aufgenommen. Sybil Milton, «The Camera as Weapon: Documentary Photography and the Holocaust», in: *Simon Wiesenthal Center Annual*, Bd. 1, 1984, S. 45-68, hier S. 54.
- 6 Urteil im Verfahren des Landgerichts Berlin gegen Friedrich Bosshammer, 11. April 1972 (500), 1 s 1/71 (RSHA) (26/71).
- 7 Lagebericht des Kommandeurs der Sicherheitspolizei in Litauen für Januar 1943, Historisches Zentralstaatsarchiv Litauens, Fond 1399, Opus 1, Heft 32.
- 8 Text des zitierten Briefes an die Freiwilligen-Staffel im ungarischen Original und in deutscher Übersetzung, Akte des Deutschen Sicherheitsdienstes in Wien, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 175, Filmrolle 583.
- 9 Tagebuch von Sarra Gleykh, Eintrag 18. Oktober 1941, in: Ilya Ehrenburg und Vasily Grossman (Hg.), *The Black Book*, New York 1981, S. 70-76, hier S. 72. Gleykh beschreibt den Tod einer jüdischen Frau und ihres halbjüdischen Kindes.
- 10 Urteil des Landgerichts Bonn im Verfahren gegen Gustav Hermann Sorge und Wilhelm Schubert, 6. Februar 1959, Az. 8 Ks 1/58.
- 11 Urteil des Landgerichts Hamburg im Verfahren gegen P. und seine Schwester wegen Denunziation, 11. Mai 1948 (50) 17/48, in: Adelheid L. Rüter-Ehlermann und C. F. Rüter (Hg.), *Justiz und NS-Verbrechen*, Amsterdam 1969, Bd. 2, S. 491-497.
- 12 Philip Mechanic, *Year of Fear*, New York 1968.
- 13 Slotke an Zöpf, 29. Juli 1942, und Aufzeichnung vom 4. August 1942, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 175, Filmrolle 671.
- 14 H. G. Adler, *Der verwaltete Mensch*, Tübingen 1974, S. 337-339.
- 15 *Ibid.*, S. 697 f.
- 16 Max Wagners Brief an Innenminister Frick, 5. August 1942 (Datum handschriftlich geändert in 26. September 1942), und anschließende Korrespondenz der Gestapo, in: Düsseldorf Hauptstaatsarchiv, nachgewiesen von Konrad Kwiet.

- 17 Die leiblichen Kinder deutscher Väter waren auch als Juden geschützt, sofern sie bei ihren Vätern lebten. Vgl. das Rundschreiben von Eichmanns Stellvertreter Rolf Günther, 20. Februar 1943, Israel, Polizeidokument 1282.
- 18 Jochen Klepper, *Unter dem Schatten Deiner Flügel*, München 1976, herausgegeben von Hildegard Klepper. Die Vorsprachen bei Frick und Eichmann sind beschrieben auf S. 1130-1133. Friedrich Wilhelm I. (1713 bis 1740), der die preussische Armee aufbaute, war der Vater von Friedrich dem Grossen.

13. Kinder

- 1 Vgl. Arthur Ruppin, *The Jews in the Modern World*, London 1934, S. 100 bis 102.
- 2 Statistischer Bericht im YIVO Institute, Sammlung Getto Łódź, Nr. 58.
- 3 Organisationsdiagramm für das Getto von Łódź, 20. August 1940, Wi/ID 1.40. Das Original befand sich früher im ehemaligen Federal Records Center in Alexandria, Virginia.
- 4 Lucjan Dobroszycki (Hg.), *The Chronicle of the Łódź Getto*, New Haven, Con., 1984, Eintrag vom 8. Juni 1942, S. 214 f.
- 5 Rumkowskis Rede vom 17. Oktober 1943, *ibid.*, S. 399 f.
- 6 Adam Czerniaków (Vorsitzender des Judenrates von Warschau) an Heinz Auerswald (Gettokommissar), 12. Februar 1942, mit einem statistischen Bericht für 1941, Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg, Akten Auerswald, 365 e.
- 7 Vgl. Raul Hilberg, Stanislaw Staron und Josef Kermisz (Hg.), *The Warsaw Diary of Adam Czerniaków*, Briarcliff Manor, N. Y., 1979, Eintrag vom 5. September 1941, S. 277.
- 8 Czerniaków an Auerswald, Bericht für Januar 1942, 6. Februar 1942, Zentrale Stelle, Polen, Rote Nummer 3650, S. 546-559.
- 9 Marian Fuks (Hg.), *Adama Czerniakówa dziennik getta Warszawskiego*, Warschau 1983, Faksimile auf S. 252.
- 10 Hilberg et al. (Anm. 7), Eintrag vom 5. September und 8. November 1941, S. 276 f.; 1. und 7. Juni, S. 361 und 363 f.; 20. April und 22. Mai 1942, S. 345 und 357 f.
- 11 Tagebuch einer Krankenschwester im Warschauer Getto, geheimes Archiv «Oneg Shabbat», in: Josef Kermisz (Hg.), *To Live with Honor and to Die with Honor*, Jerusalem 1986, S. 405 f.
- 12 Natan Kosinski, «The Profile of the Jewish Child», 1. November 1941, *ibid.*, S. 370-391. Kosinski war Erzieher.
- 13 Bericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe (JSS) für Februar 1942, *ibid.*, S. 326-331.
- 14 Kosinski (Anm. 12), S. 377.
- 15 Statistischer Bericht von Czerniaków, 12. Februar 1942, Zentrale Stelle, Akten Auerswald, 365 e.

- 16 Hilberg et al. (Anm. 7), Eintrag Juli 1942, S. 375-377.
- 17 *Ibid.*, Eintrag vom 11. Oktober 1941, S. 287.
- 18 H. G. Adler, *Theresienstadt*, Tübingen 1960, S. 558 f.
- 19 Yitzhak Arad, *Ghetto in Flames*, New York 1982, S. 319.
- 20 Vgl. etwa den Bericht des slowakischen Judenrates/Abteilung für besondere Aufgaben im Durchgangslager Novaky, 12. Juni 1942, Yad Vashem, Dokument M-5(18)7.
- 21 Erklärung von Martha Mosse (Leiterin des Wohnungsamtes), 23.-24. Juli 1958, Leo Baeck Institute, AR 7183.
- 22 Serge Klarsfeld, *Memorial to the Jews Deported from France*, New York 1983, S.XV.
- 23 Hillel Kieval, «Legality and Resistance in Vichy France: The Rescue of Jewish Children», in: *Proceedings of the American Philosophical Society*, Bd. 124, 1983, S. 339-366, hier S. 357 f.
- 24 Klarsfeld (Anm. 22), S. XXV.
- 25 Serge Klarsfeld und Maxime Steinberg, *Mémorial de la déportation des Juifs de Belgique*, Brüssel und New York 1982.
- 26 Zeugenaussage von Dr. Aharon Peretz, 4. Mai 1961, englische Fassung des Verfahrens gegen Adolf Eichmann vor dem Bezirksgericht Jerusalem, 28. Sitzung, S. Nnl, 00, 002. Dr. Peretz schätzte, dass rund 1'300 Kinder gefasst wurden.
- 27 Dobroszycki (Anm. 4), Eintrag vom 2. Juli 1942, S. 218.
- 28 *Ibid.*, Einträge vom 1. und 14. September 1942, S. 248-255. Rumkowskis Rede vom 4. September 1942 findet sich in: Alan Adelson und Robert Lapidés, *Łódź Ghetto*, New York 1989, S. 328-331.
- 29 Vereinigte Staaten./ Bohdan Kozij, 540 F. Supp. 25, 1982.
- 30 Klarsfeld und Steinberg (Anm. 25).
- 31 Elie Wiesel, *Die Nacht zu begraben, Elischa*, Frankfurt am Main und Berlin 1990, S. 51-53.
- 32 Claude Lanzmann, *Shoah*, München 1988, S. 20-22, 31 und 132-137.
- 33 Bericht von Standartenführer Karl Jäger, 1. Dezember 1941, Institut für Zeitgeschichte, München, Fb 85/2.
- 34 Zeugenaussage von Dr. Peretz (Anm. 26), S. Nnl.
- 35 Zeugenaussage der Mutter, Frau Rivka Yosselevska, 8. Mai 1961, Transkription des Eichmann-Verfahrens, 30. Sitzung, S.L1-N1. Frau Yosselevska kroch verwundet aus der Grube. Auch kleine Kinder, ebenfalls verwundet, entkamen aus dem Massengrab, wussten aber nicht, wohin sie fliehen sollten, wurden zusammengetrieben und endgültig erschossen.

14. Christliche Juden

- 1 Zu Ungarn vgl. die *Donauzeitung* (Belgrad) vom 15. August 1944, S. 3. Zu den Schätzungen für Deutschland und Österreich vgl. das Memorandum der

- jüdischen Reichsvereinigung vom 11. November 1941 und den Brief von Josef Löwenherz (Jüdische Gemeinde Wien) an Paul Eppstein (Reichsvereinigung Berlin) vom 14. November 1941, beide in: Leo Baeck Institute, Mikrofilmrolle 66. Die Zahlen für Böhmen und Mähren berichtet das American Jewish Committee in: *The Jewish Communities in Nazi Europe*, Nachdruck der Ausgabe von 1944, New York 1982, Kapitel über die Tschechoslowakei. Die Zahl für Rumänien, exakt 4 631, stammt aus einer Volkszählung unter den Juden Alt-Rumäniens und wurde von der jüdischen *Centrala* mitgeteilt, Yad Vashem, Dokument M-20. Zu den Niederlanden vgl. den Bericht der Sicherheitspolizei vom 20. März 1943, worin 1572 Protestanten erwähnt werden (nachdem im Vorjahr 96 von ihnen deportiert worden waren), US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 175, Filmrolle 671. Daneben gab es in den Niederlanden etwa 700 katholische Juden. Henry L. Mason, «Testing Human Bonds Within Nations: Jews in the Occupied Netherlands», in: *Political Science Quarterly*, Bd. 99, 1984, S. 328 f. Zu Italien vgl. Sergio della Pergola, «Appunti sulla demografia della persecuzione antiebraica in Italia», in: *La Rassegna di Mensile*, Bd. 18, 1981, S. 120-137.
- 2 Während des 19. Jahrhunderts gab es im Russischen Reich 85'000, in Österreich-Ungarn 45'000 und in Deutschland 23'000 Konvertiten. Artur Ruppin, *Soziologie der Juden*, Bd. 1, Berlin 1930, S. 297.
 - 3 Vgl. die Erörterungen und Planungen bezüglich der evangelischen Juden im Bericht der Sicherheitspolizei vom 20. März 1943, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 175, Filmrolle 671.
 - 4 Sicherheitsdienst in Wien an Reichssicherheitshauptamt/III-B (Standartenführer Ehlich), August 1942; (Anm. 3), T 175, Filmrolle 583.
 - 5 Die Akten des Reichsverbandes nichtarischer Christen liegen im Staatsarchiv Leipzig, Sammlung Polizeipräsident Leipzig V, hier Ordner 4537 und 4538.
 - 6 Vgl. Raul Hilberg, Stanislaw Staron und Josef Kermisz (Hg.), *The Warsaw Diary of Adam Czerniaków*, Briarcliff Manor, N.Y., 1979, Eintrag vom 29. Mai 1940, mit dem Brief von Aleksander Mietelników an Norbert Goldfeil, Chef des Arbeitsbataillons der Jüdischen Gemeinde, S. 155.
 - 7 Alexandre Safran, *Resisting the Storm*, Jerusalem 1987; zu Nandor Gingold vgl. S. 87.
 - 8 Randolph Braham, *The Politics of Genocide*, New York 1981, S. 450 f. und 462-466.
 - 9 Der Bevollmächtigte des Deutschen Reiches in Ungarn, Edmund Veessenmayer, an das Auswärtige Amt in Berlin, 21. November 1944, Nürnberger Prozesse, Dokument NG-4987.
 - 10 Vgl. den nicht unterschriebenen Bericht eines Agenten im Dienst der Deutschen (Matei Grünberg-Willman, Funktionär der jüdischen *Centrala*) in den Akten von Hauptsturmführer Gustav Richter (Eichmanns Repräsentant in Bukarest), 1. September 1942, und Richters Memorandum gleichen Datums, US-Nationalarchiv,

- Record Group 242, T 175, Filmrolle 657. Von Neumann, Hauptaktionär des Textilunternehmens Aradana, war damals 31 Jahre alt. Als er nach dem Krieg verhaftet wurde, bat Judenvertreter Wilhelm Filderman den Oberrabbiner Safran, sich für ihn einzusetzen. Vgl. Safran (Anm. 7), S. 87.
- 11 Yisrael Gutman, *The Jews of Warsaw*, Bloomington, Indiana, 1982, S. 62, mit einem Zitat aus der *Gazeta Zydowska* vom 12. Mai 1941.
 - 12 Stanislaw Adler, *In the Warsaw Ghetto*, Jerusalem 1982, S. 162.
 - 13 *Ibid.*, S. 171 f. Zu den Lebensbedingungen der prominenten Konvertiten im Getto vgl. die Auszüge aus Ludwik Hirszfelds Erinnerungen in: Wladislaw Bartoszewski und Zofia Lewin (Hg.), *Righteous among the Nations*, London 1969, S. 332-337.
 - 14 *Ibid.*
 - 15 Zu Hirszfeld und Stein vgl. Hilberg et al. (Anm. 6), *passim*.
 - 16 S. Adler (Anm. 12), S. 90, 169-172, 176 und 263. Hilberg et al. (Anm. 6), Einträge Czerniakóws vom 2. Juli 1941, S. 254, und 27. Juli 1941, S. 263 f.
 - 17 Zum Lebensweg Szerynskis vgl. S. Adler (Anm. 12), S. 23, 50, 52, 62, 107 f. 110 und 203, sowie Hilberg et al. (Anm. 6), *passim*. Der Vorfall mit den Dienstmännern ist beschrieben in Stefan Ernest, «Treci front», unveröffentlichtes Manuskript. Nachweis über Lucjan Dobroszycki.
 - 18 Cordelia Edvardson, *Gebranntes Kind sucht das Feuer*, München 1987. Vgl. auch ihr Buch *Die Welt zusammenfügen*, München 1991.

15. Privilegierte, Kämpfer und Enteiagnete

- 1 Isaiah Trunk, *Judenrat*, New York 1972, S. 357.
- 2 Stanislaw Adler, *In the Warsaw Ghetto*, Jerusalem 1982, S. 91-216, besonders S. 104, 144-149, 183 f. und 191-195. Adler schrieb seine Erinnerungen noch im Untergrund. Er übergab das Manuskript einer jüdischen Frau, die mit ihm zusammen überlebt hatte und emigrieren wollte. Adler blieb allein in Polen zurück, wo er vor dem Machtantritt der Kommunisten eine höhere Regierungsstelle innehatte. Am 11. Juli 1946 erschoss er sich. Vgl. die Einführung der Neurologin Ludmilla Zeldowicz, S. XI bis XVIII.
- 3 Samuel Willenberg, *Surviving Treblinka*, Oxford 1989, S. 129.
- 4 Zu Deutschland vgl. die Korrespondenz im Bundesarchiv Potsdam, Sammlung Reichs Vereinigung, 75 c Re 1, Ordner 50. Zu den Niederlanden vgl. Jacob Presser, *The Destruction of the Dutch Jews*, New York 1969, S. 202-211.
- 5 Bericht von Martha Mosse, 8. Juni 1942, s. Anm. 4, Bundesarchiv Koblenz 75 c Re 1, Ordner 50.
- 6 Lilienthal an Eppstein, 7. Juni 1942, *ibid.*
- 7 Korherr an Otto Hunsche (von Eichmanns Abteilung im Reichssicherheitshauptamt) und Walter Stock (Gestapo Berlin), 12. Juni 1943; Korherr

- an Himmler, 12. Juni 1943; Korherr an Rudolf Brandt (Himmlers Adjutant), 19. Juni 1943; alle in: US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 175, Filmrolle 68. Korherr war sogar bereit, nach Theresienstadt zu fahren, um seine Kooperation mit Simon fortzusetzen, man teilte ihm aber mit, diese Dienstreise werde nicht genehmigt.
- 8 Y. H. Grabski, T. Katchinski und M. Alter an Yitzchak Giterman (örtlicher Vertreter des Joint Distribution Committee), 5. Februar 1942, in: Josef Kermish (Hg.), *To Live with Honor and to Die with Honor*, Jerusalem 1986, S.417 f.
 - 9 Sicherheitsdienst in der Slowakei (unterzeichnet Wahl) an Sicherheitsdienst in Wien (Hauptsturmführer Herrmann), 12. April 1943, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 175, Filmrolle 583.
 - 10 Bericht der Feldkommandantur 239 für den 15. Oktober bis 5. November 1941, datiert 24. November 1941, in: J. J. Kondufor et al., *Die Geschichte warnt*, Kiew 1986, S. 63.
 - 11 Vgl. die Bevölkerungsstatistik in den Akten des Generalkommissars für Weissruthenien, datiert 1. Januar 1943, in: U.S. Holocaust Memorial Museum, Archiv, Record Group 22.03 (Zentralstaatsarchiv Weissrussland), Filmrolle 12, Fond 370, Opus 1, Heft 1432. Statistik über Ärzte in: Gebietskommissar Baranowicze/Sozialamt an Generalkommissar/IIB, 13. Februar 1942, und Anweisungen, die jüdischen Ärzte nach Belieben zu reduzieren, in: Hauptkommissar Baranowicze/Ile (unterzeichnet Dr. Wiechmann) an Gebietskommissar Baranowicze, 12. März 1942, *ibid.*, Filmrolle 11, Fond 370, Opus 1, Heft 138. Das Hauptkommissariat Baranowicze umfasste mehrere Gebiete, darunter das Gebiet Baranowicze.
 - 12 H.G. Adler, *Theresienstadt*, Tübingen 1960, S. 504 und 509.
 - 13 Text in grosszügiger Anlehnung an einen Vortrag von Dr. Josef Reiss bei einer Medizinerschulung im Getto, 4. März 1943, *ibid.*, S. 497-499. Später sollten «Prominente» besonders gut behandelt werden. Vgl. die Anweisung des Gesundheitsamtes in Getto von Theresienstadt vom 19. Februar 1944, in: H.G. Adler (Hg.), *Die verheimlichte Wahrheit*, Tübingen 1958, S.210f.
 - 14 Abraham Lewin, *A Cup of Tears*, Oxford 1988, S. 101.
 - 15 Adina Blady Sz wajger, *I Remember Nothing More*, New York 1990, S. 52 bis 58. Die Autorin war von 1943 bis 1944 Kurier für den Untergrund. Während ihrer Zeit im Untergrund hatte sie Euthanasie an einer Frau verübt, die laut jiddisch schreiend auf die Strasse gelaufen war, *ibid.*, S. 150. Nach dem Krieg blieb die Autorin in Polen, schloss ihr Studium ab und praktizierte als Ärztin. Ihre Memoiren schrieb sie in den späten achtziger Jahren.
 - 16 Robert Jay Lifton, *Ärzte im Dritten Reich*, Stuttgart 1988, S. 249-259.
 - 17 Robert Jay Lifton, *The Nazi Doctors*, New York 1986, S. 221 f. (Die Stelle ist in der deutschen Ausgabe nicht enthalten.)
 - 18 Zu Warschau vgl. Adam Czerniaków, Vorsitzender des Judenrates, an Ludwig

- Leist, den deutschen Stadtkommandanten von Warschau, 21. Mai 1940, Yad Vashem, Mikrofilm JM-1113. Zu Lublin vgl. den Jahresbericht des Judenrates für September 1939 bis September 1940, Archiwum Panstwowe w Lublinie, Sammlung Judenrat, Sygn. 8, Karta 705 bis 765. Vgl. auch Trunk, *Judenrat* (Anm. 1), S. 379 f.
- 19 Vgl. das Memorandum des rumänischen Generalstabes, unterzeichnet von General N. Mazarini und Oberst Borcescu, 7. Februar 1942, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 175, Filmrolle 663.
- 20 Gleichzeitig niedergeschriebene Kommentare von Henryk Rosen für das jüdische Untergrund-Archiv, in: Kermish (Anm. 8), S. 747-752, hier S.749.
- 21 S. Adler (Anm. 2), S. 53.
- 22 Rosen in: Kermish (Anm. 8), S. 749.
- 23 Staatssekretär Friedrich Syrup vom Arbeitsministerium an das Innenministerium, 3. Januar 1941, Nürnberger Prozesse, Dokument NG-1143.
- 24 Vgl. die genauen Zahlen, nach Alter und Ausbildung geordnet, Stand März 1941, in den Akten des Judenrates von Lublin, Archiwum Panstwowe w Lublinie, Sammlung Judenrat, Sygn. 6, Karta 80.
- 25 Lucjan Dobroszycki (Hg.), *The Chronicle of the Łódź Ghetto 1941-1944*, New Haven, Con., 1984, Eintrag vom 20. Oktober 1942, S. 272.
- 26 *Ibid.*, Eintrag vom 9. November 1942, S. 287.
- 27 S. Adler (Anm. 2), S. 253.
- 28 Undatierter Bericht des Judenrates (1940), Archiwum Panstwowe w Lublinie, Sammlung Judenrat, Sygn. 6, Karta 288.
- 29 Bericht des 5. Polizeireviere in Minsk, 23. September 1942, in: U.S. Holocaust Memorial Museum, Archiv, Record Group 22.03 (Zentralstaatsarchiv Weissrussland), Filmrolle 11, Fond 370, Opis 1, Heft 480. Der Hauptwachmann meinte, dass viele Juden im Winter nicht ohne Schuhe arbeiten könnten, und hielt die Ausgabe von Holzschuhen für angemessen.
- 30 Anordnung der Wehrmachtsortskommandantur Minsk (unterzeichnet Generalmajor Sperling), 5. Dezember 1942, *ibid.*, Fond 379, Opis 2, Heft 45. Die in der Anordnung genannten Juden waren für die deutsche Wehrmacht tätig. Die Wehrmacht zahlte der deutschen Stadtverwaltung Löhne und zog zehn Pfennig für das Essen ab.
- 31 Lewin (Anm. 14), Eintrag vom 27. Mai 1942, S. 100.
- 32 Raul Hilberg, Stanislav Staron und Josef Kermisz (Hg.), *The Warsaw Diary of Adam Czerniaków*, Briarcliff Manor, N. Y., 1979, Eintrag vom 11. Juli 1942, S. 378.
- 33 Bericht des Distrikts Lublin, 5. Mai 1942, Bundesarchiv R 102 11/24.
- 34 Trunk (Anm. 1), S. 356 und 382.
- 35 Zu den Folgen ständiger Unterernährung vgl. Leonard Tushnet, *The Uses of Adversity*, New York 1966, S. 62 ff. Der Autor war Arzt.
- 36 Bericht der Jüdischen Sozialen Selbsthilfe vom Februar 1942, in: Kermish (Anm. 8), S. 326-331.

- 37 S. Adler (Anm. 2), S. 254.
 38 *Ibid.*, S. 116 f.

16. Die Unangepassten

- 1 Konrad Kwiet, «The Ultimate Refuge – Suicide in the Jewish Community Unter the Nazis», in: *Leo Baeck Institute Yearbook*, Bd. 19, 1984, S. 136 bis 167.
- 2 Tagebuch Ruth Andreas-Friedrich, Eintrag 2. September 1942, in: Mira und Gerhard Schoenberner (Hg.), *Zeugen sagen aus*, Berlin 1988, S. 293.
- 3 Zeugenaussage von Georges Wellers, 9. Mai 1961, Verfahren gegen Adolf Eichmann in Jerusalem, englische Fassung, 32. Sitzung, S. MI.
- 4 Lucjan Dobroszycki (Hg.), *The Chronicle of the Łódź Ghetto 1941-1944*, New Haven, Conn., 1984, Einträge vom 17. und 18. Juli 1944, S. 529 f.
- 5 Urteil des Landgerichts Hannover im Verfahren gegen Johannes von Dollen, Johannes Friedrich Rathje und andere, 40. April 1978, Az. 1 Ks 1/75. Die Verlegung der 57 Familien erwähnt Richard Türk, Leiter der Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge im Distrikt Lublin, in seinem Bericht vom 7. April 1941, vgl. Jüdisches Historisches Institut Warschau (Hg.), *Faschismus-Getto-Massenmord*, Berlin 1961, S. 271.
- 6 Bundesdeutscher Untersuchungsbericht über Polizeibataillon 306, Polizeiregiment 16, Kavallerieabteilung der Polizei II (darunter die Reitereschwadron in Janow) und Posten der Sicherheitspolizei Pinsk, 4 Js 901/62.
- 7 Claude Lanzmann, *Shoah*, München 1988, S. 176-179.
- 8 Mitteilung des Regierungspräsidenten Springorum in Kattowitz, 24. Februar 1943, und General der Ordnungspolizei Otto Winkelmann, 6. April 1943, in den Akten der Ordnungspolizei in Lettland, Historisches Zentralstaatsarchiv Lettlands, Fond 83, Opus 1, Heft 117.
- 9 Bericht des Polizeibataillons 24/Kompanie 7 an den Kommandeur der Ordnungspolizei in Galizien, 24. September 1942, Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg, Sammlung UdSSR, Bd. 410, S. 508-510.
- 10 Vgl. Rudolf Vrba und Alan Bestie, *I Cannot Forgive*, New York 1964, und Vrbas Bericht in Lanzmanns *Shoah*, München 1988, *passim*. Zur Flucht und zum Tod des Insassen Vruzen Vrba vgl. Danuta Czech, *Kalendarium der Ereignisse im Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau 1939-1945*, Reinbek bei Hamburg 1989, Einträge vom 7. und 14. Mai 1943, S. 487 und 494 f. Rudolf Vrbas Flucht wurde am 7. April 1944 vermerkt, *ibid.*, S. 751 f., mit erläuternder Fussnote.
- 11 Die auf Jiddisch geschriebene Postkarte findet sich, deutsch übersetzt, im Bericht der Propagandaabteilung im Distrikt Radom vom 3. Oktober 1942, YIVO Institute, Dokument Occ E 2-2. Sie war den deutschen Empfängern äusserst unangenehm.

- 12 Zur Vernichtung der Akten in Belgien kam es Ende Juli 1942. Maxime Steinberg, «The Trap of Legality: The Association of the Jews of Belgium», *Proceedings of the Third Yad Vashem Historical Conference, Patterns of Jewish Leadership in Nazi Europe 1933-1945*, Jerusalem 1979, S. 353-376, hier S. 363-365. Das Abfangen des Zuges auf belgischem Boden ist erwähnt in: Serge Klarsfeld und Maxime Steinberg, *Mémorial de la déportation des Juifs de Belgique*, Brüssel und New York 1982, ohne Paginierung.
- 13 Auszug aus einer Zeugenaussage von Vladislovas Silvestravicius, eines Lastwagenfahrers, der alte und kranke Juden zur Erschiessung fuhr, im Verfahren *United States v. Kungys*, 28. September 1943, 571 F. Supp. 1104, S. 1117-1119. Die Tötungsaktion in Kedainiai ist geschildert im Bericht des Einsatzkommandos 3, unterzeichnet Standartenführer Karl Jäger, 1. Dezember 1941, Institut für Zeitgeschichte, München, Fb 85/2.
- 14 Vgl. besonders Yitzhak Arad, *Belzec, Sobibór, Treblinka*, Bloomington, Indiana, 1987, S. 270-364.
- 15 Jadwiga Bezwinska (Hg.), *Amidst a Nightmare of Crime*, Auschwitz Museum 1973, S. 66 und 154-178.
- 16 Vgl. hauptsächlich Yitzhak Arad, *Ghetto in Flames*, New York 1982. Die Reaktionen auf Gens' Proklamation schildert Leonard Tushnet in: *The Pavement of Hell*, New York 1972, S. 177.
- 17 Zum weiteren Schicksal des Gettos von Bialystok vgl. die genaue Beschreibung im Urteil des Landgerichts Bielefeld, Verfahren gegen Wilhelm Altenloh und andere, 14. April 1967, Az. 5 Ks 1/65. Die acht bereitgestellten Züge für die Deportationen im Februar 1943 sind aufgeführt in einem Rundschreiben von Karl Jakobi, Generalbetriebsleitung Ost/PW, 16. Januar 1943, U.S. Holocaust Memorial Museum, Archiv, Record Group 22.03 (Zentralstaatsarchiv Weissrussland), Filmrolle 2, Fond 378, Opis 1, Heft 784. Der Wortlaut von Tenenbaum-Tamaroffs Aufruf ist abgedruckt in: Jüdisches Historisches Institut Warschau (Hg.), *Faschismus-Getto-Massenmord* (Anm. 5), S. 558 f., und Bronia Klibanski, «The Underground Archives of the Bialystok Ghetto», in: *Yad Vashem Studies*, Bd. 2, 1958, S. 295-329, hier S. 328 f. Das Institut datiert den Aufruf auf den 16. August 1943, aber Klibanski merkt an, dass Tenenbaum-Tamaroff den Text im Januar 1943 aufgesetzt hat, ohne ihn damals zu veröffentlichen. Ihre Version enthält einen Hinweis darauf, dass der Appell erst im entscheidenden Moment eingesetzt werden sollte. Auszüge aus Tenenbaum-Tamaroffs Tagebuch finden sich im oben zitierten Urteil und in Klibanskis Artikel. Wörtliche Auszüge aus der Diskussion vom 27. Februar 1943 in: Yitzhak Arad, Yisrael Gutman und Abraham Margalioth (Hg.), *Documents of the Holocaust*, Jerusalem 1981, S. 296-301. Die Beschreibung der Kämpfe am Zaun stammt aus dem Bericht von Liza Czapnik und anderen in *Faschismus-Getto-Massenmord* (Anm. 5), S. 562-564.

- 18 Vgl. Raul Hilberg, Stanislav Staron und Josef Kermisz (Hg.), *The Warsaw Diary of Adam Czerniaków*, Briarcliff Manor, N. Y., 1979, Einträge vom 27. Oktober 1941 bis zum Juli 1942, in denen Czerniaków immer wieder seine Ängste äussert. Ringelblums Eintrag für Juni 1942 in: Josef Kermisz, «Emmanuel Ringelblum's Notes hitherto Unpublished», *Yad Vashem Studies*, Bd. 7, 1986, S. 173-183, hier S. 178.
- 19 Hilberg et al. (Anm. 18), Eintrag vom 19. April 1942, S. 344 f.
- 20 Bericht Tenenbaum-Tamaroffs vom April 1943 über das ein Jahr zurückliegende Treffen in Warschau und Auszug aus Hersh Berlinskis Erinnerungen an die Versammlung vom Juni 1942, in: Ber Mark, *Uprising in the Warsaw Ghetto*, New York 1975, S. 100-103.
- 21 Text von Anielwicz's Brief abgedruckt in: Arad, Gutman und Margaliot (Anm. 17), S. 315 f. Die deutschen Streitkräfte und deren Opfer beschreibt der deutsche Kommandeur, SS- und Polizeiführer Jürgen Stroop, in seinem Bericht an den Höheren SS- und Polizeiführer Krüger vom 16. Mai 1943, Nürnberger Prozesse, Dokument PS-1061. Die Vorgeschichte des Aufstandes ist detailliert dargestellt in: Yisrael Gutman, *The Jews of Warsaw 1939-1945*, Bloomington, Indiana, 1982.

17. Die Überlebenden

- 1 Erikkos Sevillias, *Athens-Auschwitz*, Athen 1983, S. 1 f.
- 2 Samuel L. Tenenbaum, *Zloczow Memoir*, New York 1986, S. 255.
- 3 Rudolf Vrba und Alan Bestie, *I Cannot Forgive*, New York 1964, S. 52.
- 4 Aussage von Liuba Daniel, November 1965, Yad Vashem, Sammlung mündliche Berichte, 2568/74.
- 5 Aussage von Mitzi Abeles, 1959 (Anm. 4), 530/32.
- 6 Sevillias (Anm. 1), S. 56.
- 7 Yitzhak Arad, *The Partisans*, New York 1979, S. 53 ff.
- 8 Vrba und Bestie (Anm. 3), S. 78.
- 9 Sevillias (Anm. 1), S. 78.
- 10 Zu erwähnen sind zwei Nobelpreisträger für Naturwissenschaften unter den Überlebenden: die Biologin Rita Levi-Montalcini, eine Vertreterin der älteren Generation, die auch unter der deutschen Besetzung Italiens privat weiterforschte; und der Chemiker Roald Hoffman, 1937 in Zloczow geboren, der zusammen mit seiner Mutter im Untergrund überlebte, nach dem Krieg in Krakau und in Lagern für «displaced persons» untergebracht war, 1949 in die Vereinigten Staaten auswanderte und dort schnell bis zu einem Höhepunkt des wissenschaftlichen Ruhms aufstieg. Einen ganz anderen Werdegang hatte Jean-Marie Lustiger, der sich als Jungendlicher in Frankreich versteckt hielt, dann zum Katholizismus konvertierte und Kardinal in Paris wurde.
- 11 Vgl. Primo Levi, *Die Untergegangenen und die Geretteten*, München 1990, S. 171. Mehrere Überlebende haben den Holocaust wissenschaft-

lich erforscht, darunter H. G. Adler, Philip Friedman, Yitzhak Arad, Yisrael Gutman, Lucjan Dobroszycki und Nechama Tee.

18. Nationen in Adolf Hitlers Europa

- 1 Wörtliche Niederschrift der Konferenz vom 12. November 1938, Nürnberger Prozesse, Dokument PS-1816.
- 2 Coblenzer (Unterschrift ohne Vornamen) an das Justizministerium, 22. November 1934, Bundesarchiv Potsdam, Sammlung 15.01, Reichsinnenministerium, Ordner 27405. Der Brief war ans Innenministerium weitergeleitet worden.
- 3 Hans Klemm, Versteigerer, an den Oberfinanzpräsidenten in Leipzig, 16. Mai 1942, Staatsarchiv in Leipzig, Sammlung Hans Klemm Versteigerung, Ordner 21. Ein Transport mit 625 Juden war am 21. Januar 1942 abgegangen, ein kleinerer mit etwa 300 Opfern am 10. Mai 1942. Vgl. die Korrespondenz im Stadtarchiv Leipzig, Sammlung Sonderregelung für Nichtarier/Ernährungsamt 6. Die Koffer stammten wahrscheinlich von den im Januar Deportierten.
- 4 C. Gwyn Moser, «Jewish U-Boote in Austria 1938-1945», in: *Simon Wiesenthal Center Annual*, Bd. 2, 1985, S. 53-61.
- 5 Günter Erckens, *Juden in Mönchengladbach*, Mönchengladbach 1989, Bd. 2, S. 420-433. Vgl. auch die individuellen Erfahrungen von Untergetauchten, über die Wolfgang Benz berichtet, «Überleben im Untergrund», in: ders. (Hg.), *Die Juden in Deutschland 1933-1945*, München 1988, S. 660-700 und 730-732.
- 6 Generalkommissar Theodor Adrian von Renteln über Reichskommissar Lohse an Minister Rosenberg, 27. September 1941, mit dem Memorandum der litauischen Aktivisten vom 15. September 1941, YIVO Institute, Dokument Occ E3b-92.
- 7 Memorandum von Gottlob Berger (SS und Ministerium für die besetzten Ostgebiete) über eine Konferenz mit Heinrich Himmler, Karl Wolff, Hans Adolf Prützmann, Ulrich Greifelt (alle von der SS) und Wilhelm Stuckart (Innenministerium) vom 17. August 1942, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 175, Filmrolle 68. Thema war die Germanisierung. Esten kamen in Betracht, Litauer nicht.
- 8 Rede des Stadtkommissars Cramer von Kaunas bei einer offiziellen Versammlung am 18. Februar 1944, Nürnberger Prozesse, Dokument PS-204.
- 9 Das Auspeitschen wurde bald wieder eingestellt. SS- und Polizei-Standortführer in Liepaja an den Kommandeur der Ordnungspolizei in Lettland, 3. März 1942, Historisches Zentralstaatsarchiv Lettlands, Fond 83, Opis 1, Heft 22. Korrespondenz über die Absonderung der Letten in Zügen vom Juni 1942, Fond 69, Opis 1a, Heft 1.
- 10 Vgl. den Brief des litauischen Distriktsarztes in Trakai an den deutschen Ge-

- bietskommissar in Wilna-Land vom 8. Juli 1942, Historisches Zentralstaatsarchiv Litauens, Fond 613, Opus 1, Heft 10.
- 11 Vgl. ein Flugblatt, das nach Auffassung der deutschen Sicherheitspolizei nicht von den (wenigen) Kommunisten stammte, sondern von den Nationalisten, in: Reichssicherheitshauptamt/IV-A-1, Tätigkeits- und Lagebericht Nr. 155, 14. Januar 1942, Nürnberger Prozesse, Dokument NO-3279. Ein ähnlich abgefasstes Flugblatt von 1943 ist zitiert im Monatsbericht des Kommandeurs der Sicherheitspolizei in Litauen an das Reichssicherheitshauptamt vom 31. Mai 1943, Historisches Zentralarchiv Litauens, Fond 1399, Opus 1, Heft 26.
SS- und Polizei-Standortführer in Liepaja an Kommandeur der Ordnungspolizei in
 - 12 Lettland, 19. Januar 1942, Historisches Zentralstaatsarchiv Lettlands, Fond 83, Opus 1, Heft 22.
 - 13 SS- und Polizei-Standortführer in Daugavpils (unterzeichnet Gendarmerieführer Wimmer) an Kommandeur der Gendarmerie in Lettland, *ibid.*, Fond 82, Opus 2, Heft 1.
 - 14 Reichssicherheitshauptamt/IV-A-1, Tätigkeits- und Lagebericht Nr. 81, 12. September 1941, Nürnberger Prozesse, Dokument NO-3154.
 - 15 Anordnung von General der Infanterie (Generalleutnant) Erich Friderici, Befehlshaber rückwärtiges Heeresgebiet der Heeresgruppe Süd, 14. Dezember 1941, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 501, Filmrolle 6.
 - 16 Reichssicherheitshauptamt/IV-A-1, Tätigkeits- und Lagebericht Nr. 49, 25. September 1941, Nürnberger Prozesse, Dokument NO-3146. Als die Sicherungsdivision 213 des Heeres in Wolhynien stationiert war, stellte sie fest, dass die Haltung der Ukrainer den Widerstandswillen der Juden völlig gebrochen hatte. Bericht der VII. Abteilung (Militärverwaltung), unterzeichnet vom Divisionskommandeur von Courbière [Generalleutnant René de l'Homme de Courbière], 27. August 1941, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 501, Filmrolle 34.
 - 17 Reichssicherheitshauptamt/IV-A-1, Tätigkeits- und Lagebericht Nr. 191, 10. April 1942, Nürnberger Prozesse, Dokument NO-3256.
 - 18 Bericht der 9. Kompanie des 15. Polizeiregiments in Wolhynien, 1. November 1942, Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg, Sammlung UdSSR 412, S. 841 f.
 - 19 Das Prinzip ist erläutert in einem Rundschreiben vom März 1942 des Wirtschaftsstabes Ost, der für dieses vom Militär verwaltete Gebiet im besetzten Teil der UdSSR zuständig war, Zentralstaatsarchiv Weissrussland, Fond 393c, Opus 1, Heft 321.
 - 20 Reichssicherheitshauptamt/IV-A-1, Tätigkeits- und Lagebericht Nr. 135, 19. November 1941, Nürnberger Prozesse, Dokument NO-2832, und Nr. 191, 10. April 1942, *ibid.*, NO-3256.
 - 21 Der Bürgermeister von Kiew an den deutschen Stadtkommissar, Dezember 1941, in: J. J. Kondufor et al. (Hg.), *Die Geschichte warnt*, Kiew 1986, S. 77.

- 22 Berichte der Wirtschaftsinspektion Ukraine vom 16. Dezember 1941; 6. Armee an Oberkommando des Heeres/Generalstab, 16. Dezember 1941; und Generalmajor Nagel (Oberkommando der Wehrmacht/Wirtschafts-Rüstungsamt), 31. Dezember 1941, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 77, Filmrolle 1070. Die Schilderung von Land und Stadt stammt aus Nagels Bericht.
- 23 Vgl. etwa den Bericht von Johann Bölt (undatiert, vermutlich Juni 1943) über seine Reise in die Region Begomel nach erfolgter Operation «Cottbus» gegen die Partisanen, U.S. Holocaust Memorial Museum, Archiv, Record Group 22.03 (Zentralstaatsarchiv Weissrussland), Filmrolle 4, Fond 359, Opus 1, Heft 8.
- 24 Vgl. das Zeugnis von Alexander Abugow in: Nusan Porter (Hg.), *Jewish Partisans*, Lanham, Maryland, 1982, Bd. 1, S. 135-151, hier S. 136.
- 25 Berichte des 727. Regiments der 707. Division vom 2. und 4. April 1942, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 501, Filmrolle 15. Die Division lag im Osten der Weissrussischen SSR.
- 26 Solche Einheiten wurden manchmal von den Deutschen aufgespürt. Vgl. etwa einen Bericht des Wehrmachtkommandos Weissruthenien/Ic (Abwehr) vom 26. September 1942 über eine Gruppe von 100 bis 150 Juden in den Wäldern südlich von Orla, in: U.S. Holocaust Memorial Museum, Archiv, Record Group 22.03 (Zentralstaatsarchiv Weissrussland), Filmrolle 2, Fond 378, Opus 1, Heft 789. Viele Überlebende haben über diese Einheiten geschrieben.
- 27 Vgl. Joseph Marcus, *Social and Political History of the Jews in Poland, 1919-1939*, Berlin, New York und Amsterdam 1983.
- 28 Jan Tomasz Gross, *Polish Society under German Occupation*, Princeton 1979, besonders S. 97-103.
- 29 Vgl. die Diskussion in der Ernährungskonferenz des Generalgouvernements vom 5. September 1941, Frank-Tagebuch, US-Nationalarchiv, Record Group 238, T 992, Filmrolle 5. Vgl. auch Joanna K. M. Hanson, *The Civilian Population and the Warsaw Uprising of 1944*, Cambridge, London und New York 1982, S. 8-43.
- 30 Marcus (Anm. 27), S. 35 ff., 64 ff. und 437 ff.
- 31 Gross (Anm. 28), S. 103 f.
- 32 Obwohl sie durch die Gettobildung mehr Wohnraum gewannen, lebten die Polen nach wie vor beengt. Im polnischen Teil Warschaus (eine Million Einwohner) fehlten 70'000 Wohnungen. Äusserungen von Hermann Fribolin (deutsche Verwaltung in Warschau) bei der Tagung des Generalgouvernements in Warschau vom 14.-16. Oktober 1941, Frank-Tagebuch, US-Nationalarchiv, Record Group 238, T 992, Filmrolle 5. In der Stadt Radom mussten sich bei den Juden durchschnittlich sechs, bei den Polen drei Personen ein Zimmer teilen. Äusserungen von Stadthauptmann Rudolf Pavlu bei der Wohnungsbaukonferenz des Generalgouvernements in Krakau, 19. März 1942, Frank-Tagebuch, *ibid.*, Filmrolle 6.

- 33 Bericht des Kreishauptmanns in Kielce, 6. März 1941, Yad Vashem, Mikrofilm JM 814.
- 34 Gross (Anm. 28), S. 184-186.
- 35 Vgl. den Bericht von Hauptmann Helmut Sauer (Kommandeur, 10. Kompanie, 310. Bataillon, 15. Polizeiregiment) vom 26. Oktober 1942, Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg, Sammlung UdSSR 412, S. 839 f.
- 36 Vgl. die Korrespondenz zwischen Dezember 1942 und April 1943, in: US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 175, Filmrolle 38; und die Polizeikonferenz im Generalgouvernement vom 25. Januar 1943, Frank-Tagebuch, Nürnberger Prozesse, Dokument PS-2233.
- 37 Vgl. Wladislaw Bartoszewski und Zofia Lewin (Hg.), *Righteous among Nations*, London 1968, besonders Bartoszewskis Einführung auf S. XLIV-L, Erinnerungen auf S. 41-108 und Dokumente auf S. 690-715. Vgl. auch Yisrael Gutman und Shmuel Krakowski, *Unequal Victims – Poles and Jews During World War Two*, New York 1986, S. 252-299.
- 38 Zu Wolinski vgl. Gutman und Krakowski (Anm. 37), *passim*.
- 39 *Ibid.*, S. 143-171.
- 40 Englische Übersetzung beider Flugschriften in Jacob Robinson an Stephen Wise und andere, 22. November 1943, American Jewish Archives in Cincinnati, World Jewish Congress Collection/IJA Files, Box 2. Die Schätzung von zwanzig Toten war übertrieben.
- 41 Gutman und Krakowski (Anm. 37), S. 161. Kleine Abteilungen der Armia Krajowa und der Armia Ludowa kämpften ausserhalb des Gettos an der Mauer. Dabei kamen mehrere Polen ums Leben. Offenbar bestand zwischen den beiden polnischen Kommandos keinerlei Koordination. Die Polen halfen gegen Ende des Gefechts auch jüdischen Kämpfern, aus dem Getto zu fliehen.
- 42 Vgl. Richard C. Lukas' Analyse in: *The Forgotten Holocaust: The Poles unter German Occupation 1939-1945*, Lexington, Kentucky, 1986, S. 76-80 und 176.
- 43 Bericht des Kommandeurs der Ordnungspolizei im Distrikt Lublin, 4. November 1943, Archiwum Panstwowe w Lublinie, Sammlung Ortskommandantur 1/524, Sygn. 19. Der Vorfall ereignete sich am 1. November 1943 in Rechta.
- 44 Vgl. den Bericht der Ordnungspolizei in Lublin vom 6. Juni 1943, *ibid.*, Sygn. 14, worin ein Angriff von zwanzig bewaffneten «Banditen» auf eine Gruppe von zwölf Juden beschrieben wird, der am 4. Juni in Izbica stattfand. Zehn der Juden wurden getötet. Zu Erpressung, Bespitzelung, Verfolgung und Tötung vgl. Gutman und Krakowski (Anm. 37), S. 204 bis 225.
- 45 Robinson an Funktionäre des Jüdischen Weltkongresses, 28. Juni 1943, American Jewish Archives, World Jewish Congress Collection/IJA/Akten Robinson, U 320, #4.

- 46 Tartakower an Funktionäre des Jüdischen Weltkongresses, mit einer Kopie an Robinson, 1. Juli 1943, *ibid.* Bei dem Gespräch sagte Ciechanowski auch, er mache den Juden zwar keine Vorwürfe, dass sie gegen die Deutschen kämpften «oder zumindest die Illusion hätten», mit Hilfe der Russen in Ostpolen gegen die Deutschen zu kämpfen, halte diese Guerilla-Einsätze aber nicht für sehr «wünschenswert». *Ibid.*
- 47 J.C.H. Blom, «The Persecution of the Jews in the Netherlands: A Comparative Western European Perspective», in: *European History Quarterly*, Bd. 19, 1989, S. 333-351. Vgl. auch Götz Aly und Karl Heinz Roth, *Die restlose Erfassung*, Berlin 1984, S. 64-67.
- 48 Rüstungsinspektion Niederlande/WS an Oberkommando der Wehrmacht / Wirtschafts-Rüstungsamt, 11. März 1941, Wi/IA 5.12, Ordner früher im Federal Records Center in Alexandria, Virginia. Memoranden von?.. Ernst Wörmann (Auswärtiges Amt), 25. und 26. Februar 1941, Nürnberger Prozesse, Dokument NG-2805.
- 49 Im August 1942 blieb ein Aufruf zu Demonstrationen unbeachtet. Bericht des Abwehroffiziers beim LXXVIII. Armeekorps, 7. September 1942, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 314, Filmrolle 1614. Der Anlass, Geburtstag der Königin am 31. August, sollte für einen Streik und die Schliessung der Geschäfte genutzt werden. Nichts geschah.
- 50 Zum 13. August 1944 sass 997 Menschen in Untersuchungshaft, weil sie Juden geholfen hatten. Bericht des Befehlshabers der Sicherheitspolizei in den Niederlanden, 15. August 1944, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 175, Filmrolle 670.
- 51 Bericht des Befehlshabers der Sicherheitspolizei für 1942, *ibid.*
- 52 Bericht Zopfs vom 15. April 1944, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 175, Filmrolle 671.
- 53 Undatierter Bericht der Sicherheitspolizei in den Niederlanden, *ibid.*
- 54 Otto Bene (Vertreter des Auswärtigen Amtes in den Niederlanden) an das Auswärtige Amt, 11. September 1942, 20. März und 25. Juni 1943 sowie 11. Februar 1944, Nürnberger Prozesse, Dokument NG-2631.
- 55 Nicht unterzeichneter Bericht (Zopfs) vom 15. April 1944, enthalten in einer Anweisung des Befehlshabers der Sicherheitspolizei vom 15. Juni 1944, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 175, Filmrolle 671. Ein holländischer Polizist, Wühelm de Groot, der verborgene Juden aufgespürt hatte, wurde in Leiden umgebracht.
- 56 Marion P. Pritchard, «It came to pass in those days...», in: *Sh'ma*, 27. April 1984, S. 97-102. Die halbjüdische Mutter der drei Kinder hatte ihre Familie verlassen, als sie die Belastung nicht mehr aushalten konnte.

19. Helfer, Gewinner und Zuschauer

- 1 John F. Sweets, *Choices in Vichy France*, Oxford und New York 1986, S. 132.

- 2 In der polnischen Provinz Galizien hielten sich deutsche Manager von Privatunternehmen jüdische Frauen als sexuelle Sklavinnen. Bericht des Sicherheitsdienstes in Galizien (Kommandeur der Sicherheitspolizei/III-A-4) an die Obersturmbannführer Karl Gengenbach und Willi Seibert in Berlin sowie an Standartenführer Heim in Krakau, 2. Juli 1943, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 175, Filmrolle 575. Vgl. auch den Roman von Hermann Field und Stanislaw Mierzewski, *Angry Harvest*, New York 1958, über einen Polen und eine jüdische Frau.
- 3 Zu Schindler vgl. Thomas Keneally, *Schindler's List*, New York 1982. Zu Lwow vgl. Philip Friedman, *Their Brother's Keepers*, New York 1957, S. 207. Zu Bialystok vgl. die Aussage von Liza Czapnik in: Jüdisches Historisches Institut Warschau (Hg.), *Faschismus – Getto – Massenmord*, Berlin 1961, S. 500-502.
- 4 Vgl. besonders Nechama Tec, *When Light Pierced the Darkness*, New York und Oxford 1986; Samuel P. Oliner und Pearl M. Oliner, *The Altruistic Personality*, New York 1988; und das frühere Buch von Friedman (Anm. 3).
- 5 Vgl. Jacob Presser, *The Destruction of the Dutch Jews*, New York 1969, S. 381-405.
- 6 Stadtkommissar Wilhelm Janetzke an Generalkommissar Wilhelm Kube, 17. November 1942, mit einem Bericht von Stadtinspekteur Herbert Löbel und dem städtischen Bediensteten Werner Plenske, 16. November 1942; Kubes ärgerliche Antwort vom 20. November 1942 in: U.S. Holocaust Memorial Museum, Archiv, Record Group 22.03 (Zentralstaatsarchiv Weissrussland), Filmrolle 11, Fond 370, Opus 1, Heft 486.
- 7 Michael Kater, *Doctors under Hitler*, Chapel Hill, North Carolina, 1989, S. 169-172.
- 8 Kriegstagebuch, Rüstungskommando Radom, 24. August 1943, Wi/ID 1.37, Ordner früher im Federal Records Center in Alexandria, Virginia. Neuendorff im Generalbezirk Lettland an Reichskommissar Ostland/III (Finanzen), 4. Dezember 1941, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 459, Filmrolle 21. Grosser Auszug aus dem Bericht eines polnischen Gerichts in Zamosz vom 10. Oktober 1945 über Belzec, in: Adalbert Rückeri, *NS-Vernichtungslager*, München 1977, S. 143-145.
- 9 Lagebericht Nr. 13 des deutschen Sicherheitsdienstes in Sillein, Slowakei, über die Ereignisse vom Mai 1942 im Durchgangslager von Sillein, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 175, Filmrolle 584. Gemäss dem Bericht gehörten die Schuldigen der slowakischen Hlinka-Garde an; sie misshandelten die gefangenen Juden und nahmen ihnen Wertsachen, Bekleidung, Unterwäsche und Schuhe ab.
- 10 Jan Piwonski in: Claude Lanzmann, *Shoah*, München 1988, S. 95.
- 11 Bericht des Heeresinspektors im Generalgouvernement Polen für den 6. Juli bis 21. August 1942 (unterzeichnet Neuling), Yad Vashem, Mikrofilm JM-3499.

- 12 Aussage von Armando Aaron in: Lanzmann (Anm. 10), S. 176.
- 13 Aussage von Tibor Vago in: Lea Rosh und Eberhard Jäckel, *Der Tod ist ein Meister aus Deutschland*, Hamburg 1990, S. 289.
- 14 Vgl. die Photographien und entsprechende deutsche Zeugnisse in: Ernst Klee, Willi Dressen und Volker Riess (Hg.), *«Schöne Zeiten». Judenmord aus der Sicht der Täter und Gaffer*, Frankfurt am Main 1988, S. 106-108.
- 15 Geheim-Urteil des Obersten SS- und Polizeigerichts München im Verfahren gegen Max Täubner, 25. Mai 1943, grösstenteils abgedruckt in: *ibid.*, S. 184-190.
- 16 Aussage von Itzhak Lichtman in: Miriam Novitch, *Sobibór*, New York 1980, S. 80-85.
- 17 Aussagen des Überlebenden von Treblinka, Richard Glazar, und mehrerer polnischer Zeugen in: Lanzmann (Anm. 10), S. 31-53 und 55. Vgl. auch Richard Glazar, *Die Falle mit dem grünen Zaun. Überleben in Treblinka*, Frankfurt am Main 1992.

20. Boten

- 1 Elie Wiesel, *Die Nacht zu begraben, Elischa*, Frankfurt am Main, Berlin, 1985, S. 17-34.
- 2 Das erste Buch schrieb Gersteins Freund Helmut Franz: *Kurt Gerstein*, Zürich 1964. Darauf folgten zwei Werke, die im Original auf Französisch erschienen: Saul Friedländer, *Kurt Gerstein und die Zwiespältigkeit der Gesten*, Gütersloh 1968, und Pierre Joffroy, *Der Spion Gottes. Die Passion des Kurt Gerstein*, Stuttgart 1972. Friedländer stützt sich überwiegend auf Dokumente und Briefe, Joffroy auf Gespräche. Dieser beschreibt auch ausführlich das Familienleben und die Kindheit Gersteins.
- 3 Zu Gersteins Bericht über Belzec vgl. Friedländer (Anm. 2), S. 83-110, und Joffroy (Anm. 2), S. 143-154 und 328-337. In Nürnberger Prozesse, Dokument PS-1153, ist einer von Gersteins Texten enthalten. Professor Wilhelm Pfannenstiel, der zusammen mit Gerstein nach Belzec fuhr, bestätigte nach dem Krieg zweimal Einzelheiten, die Gerstein erwähnt hatte. Vgl. Pfannenstiels Aussagen vom 5. Juni 1950 und 9. November 1952 in den Akten des Belzec-Prozesses, Az. 1 Js 278/60, Bd. 1, S. 41-44 und 135-141.
- 4 Von Otter erzählte die Geschichte bei mehreren Anlässen. Vgl. Friedländer (Anm. 2), S. 111-113, Joffroy (Anm. 2), S. 12-16, und «A tale of horror on the Berlin express», in: *The Sunday Times*, London, 29. März 1981, S. 14.
- 5 Vgl. den Kommentar von Hans Rothfels, den Text eines Memorandums, das die schwedische Gesandtschaft in London am 7. August 1945 an das britische Ausussenministerium schickte, und einen Brief des schwedischen Ausussenministeriums an Leon Poliakov vom Centre de Documentation Juive Contemporaine in Paris, 10. November 1949, in: *Vierteljahrshefte*

- für *Zeitgeschichte*, Bd. 1, 1953, S. 192. Allem Anschein nach berichtete von Otter dem Chef der schwedischen Gesandtschaft, Eric von Post, nur mündlich, am 23. August 1945. Eine noch vorhandene Aktennotiz mit Einzelheiten über das Treffen Gerstein-von Otter trägt das Datum 7. August 1945. Vgl. Steven Koblik, *The Stones Cry Out*, New York 1988, S. 58 f., mit dem Text auf S. 198-200.
- 6 Vgl. Friedländer (Anm. 2), über Dibelius, S. 116, und Joffroy (Anm. 2), über Orsenigo und den holländischen Untergrund, S. 191-197 und 226.
 - 7 Gersteins Kundenbericht in der Deutschen Gesellschaft für Schädlingsbekämpfung (Degesch), Nürnberger Prozesse, Dokument NI-7278, und Gerstein an Gerhard Peters (Degesch), 24. Mai 1944, *ibid.*, Dokument NI-9908; vgl. auch Friedländer (Anm. 2), S. 158-174.
 - 8 Joffroy (Anm. 2), S. 293-307.
 - 9 Eine biographische Skizze über Karski, der ursprünglich Koziellewski hiess, findet sich in: Martin Gilbert, *Auschwitz and the Allies*, New York 1981, S. 347.
 - 10 Jan Karski, *Story of a Secret State*, Boston 1944, S. 323-326. Zu den Namen der führenden Juden und weiteren Einzelheiten vgl. Walter Laqueur, *Was niemand wissen wollte*, Frankfurt, Berlin, Wien 1981, S. 132 f.
 - 11 Das Buch war *Story of a Secret State* (Anm. 10).
 - 12 Jan Ciechanowski, *Defeat in Victory*, Garden City, New York, 1947, S. 182.
 - 13 Protokoll des Treffens zwischen Karski und den polnischen Juden, geleitet von Arie Tartakower, am 9. August 1943, American Jewish Archives, World Jewish Congress Collection/Alphabetical Files – Polen, 205 A-1. Belzec war bereits in einem Bericht, den ein Pole Mitte August 1942 in die Schweiz geschmuggelt hatte, mit dem Warschauer Getto in Verbindung gebracht worden. Vgl. Gerhart Riegner an Irving Miller, 28. August 1942, *ibid.*, Schweiz, 184-A, Nr. 1.
 - 14 Karski (Anm. 10), S. 339-351.
 - 15 *Ibid.*, S. 338.
 - 16 Mündliche Äusserungen Karskis in Brewster Chamberlain und Marcia Feldman (Hg.), *The Liberation of the Nazi Concentration Camps 1945*, Washington, U.S. Government Printing Office, 1987, S. 176-181 und 190 f., hier S. 191.

21. Die jüdischen Retter

- 1 Zu den Reaktionen der jüdischen Verbände in den Jahren 1933 und 1938 vgl. A.J. Sherman, *Island Refuge: Britain and Refugees from the Third Reich 1933-1939*, Berkeley 1973, S. 29-33 und 173-179.
- 2 Robert S. Lynd an Beryl Harold Levy, 22. Dezember 1941, American Jewish Archives in Cincinnati, World Jewish Congress Collection/Institute of Jewish Affairs-Jacob Robinson Files, U 230, Box 2.

- 3 Vgl. Rafael Medoff, *The Deafening Silence*, New York 1987, S. 22-27, und *American Jewish Year Book 1935-1936*, Bd. 37, S. 427-430. Das Gesetz begrenzte die jährliche Höchstzahl der europäischen Immigranten streng, und der Anteil aller Einwanderer, die im jeweiligen Land Europas geboren waren, musste in einem bestimmten Verhältnis zum Anteil der weissen Amerikaner stehen, deren Herkunft sich auf dieses Land zurückführen liess. Obwohl die Quote für deutschstämmige Immigranten bis zum Fiskaljahr 1938/39 – als zu viele Anträge eingingen – nie erreicht wurde, bestand noch die weitere Hürde, dass Antragsteller nachweisen mussten, nicht auf öffentliche Mittel angewiesen zu sein. Die wenigsten Flüchtlinge hatten bei der Ankunft ausreichende Dollarmittel oder garantierte Arbeitsplätze. Daher waren sie anfangs ganz von Freunden oder Verwandten abhängig. Der Abgeordnete Dickstein, Vorsitzender des Einwanderungsausschusses, schlug deshalb vor, mit amerikanischen Bürgern verwandte jüdische Flüchtlinge von den Quoten zu befreien.
- 4 Medoff (Anm. 3), S. 28-32. Interessanterweise entschieden die Juden Palästinas pragmatisch, nicht nur auf Boykottmassnahmen zu verzichten, sondern die deutschen Importe auch noch zu erhöhen; der Grund war eine Vereinbarung, wonach Juden aus Deutschland nach Palästina ausreisen durften, wenn sie ihr Geld auf Sperrkonten im Reich liessen, wofür die Jewish Agency sie mit Palästina-Pfund entschädigte. Zum Ausgleich erhielt die Agency deutsche Waren, die aus den gesperrten Mitteln der Emigranten finanziert wurden. Zu den Ursprüngen und Auswirkungen dieser Regelung, die einem Boykott im Weg stand, vgl. Francis R. Nicosia, *The Third Reich and the Palestine Question*, Austin, Texas, 1985, S. 29-45.
- 5 Medoff (Anm. 3), S. 51 ff.
- 6 Vgl. die Kurzbiographien in der *Encyclopaedia Judaica*.
- 7 Skizze von Tartakowers Rede vor dem Jewish Writers Club am 29. März 1941, American Jewish Archives, World Jewish Congress Collection/ Institute of Jewish Affairs-Organization Files, U 249, Box 4.
- 8 Tagesordnung für die Sitzung des Executive Committee of the Board of Trustees of the Institute of Jewish Affairs, 24. Januar 1942, *ibid.*, Jacob Robinson Files, U 320, Box 3.
- 9 Zu seinen vielfältigen Posten vgl. Adolf Böhm, *Die Zionistische Bewegung 1918 bis 1925*, Jerusalem 1937, Bd. 2, *passim*. Seine Politik und seine Beziehung zu Jabotinsky beschreibt Francis Nicosia, «Revisionist Zionism in Germany (I) – Richard Lichtheim and the Landesverband der Zionisten-Revisionisten in Deutschland 1926-33», in: *Leo Baeck Institute Yearbook*, Bd.31, 1986, S. 209-240.
- 10 Lichtheim an Joseph Linton (Finanz- und Verwaltungssekretär der Zionistischen Weltorganisation in London), 12. Oktober 1939, in: Henry Friedlander und Sybil Milton (Hg.), *Archives of the Holocaust*, Bd. 4, von Francis Nicosia betreut, New York 1990, S. 1-4. Die Korrespondenz in diesem Band stammt aus den Central Zionist Archives in Jerusalem.

- 11 *Ibid.*
- 12 Lichtheim an Linton (inzwischen Politischer Sekretär der Zionistischen Weltorganisation in London), 10. November 1941, *ibid.*, S. 34–37.
- 13 Lichtheim an Arthur Lourie, den Sekretär des Notkomitees für Zionistische Angelegenheiten in New York (ehemals bei der Jewish Agency in London), 11. Februar 1942, *ibid.*, S. 43–45.
- 14 Lichtheim an Leo Lauterbach, Organisationsabteilung der Jewish Agency in Jerusalem, 13. Mai 1942, *ibid.*, S. 49 f. Vgl. auch Lichtheim an Linton, 20. Mai 1942, *ibid.*, S. 51 f.
- 15 Lichtheim an Lauterbach, 29. Mai 1942, *ibid.*, S. 53.
- 16 Riegner an Nahum Goldmann, 17. Juni 1942, American Jewish Archives, World Jewish Congress Collection/Alphabetical Files–Switzerland, 186 A, Box 1.
- 17 Silberschein an Tartakower, 10. März 1943, American Jewish Archives, World Jewish Congress Collection/Institute of Jewish Affairs–Polish Documents Wartime, 170 A, Box 1.
- 18 Riegner an Tartakower, 10. März 1942, American Jewish Archives, World Jewish Congress Collection/Alphabetical Files–Switzerland, 186 A, Box 2.
- 19 *Ibid.*, auch die anschließende Korrespondenz.
- 20 Telegramme *ibid.*, Box 2. Perlzweig leitete bis 1942 die britische Sektion des Jüdischen Weltkongresses und übernahm dann die Abteilung Internationale Angelegenheiten in New York. Miller war 1942 bis 1945 Generalsekretär des Jüdischen Weltkongresses. Die Deportationen aus Rumänien nach Polen bestätigten sich nicht, die aus Bulgarien hatten noch nicht begonnen. Es trafen jedoch weiterhin Nachrichten aus Polen ein. Im Mai 1942 gelangte ein Bericht des Jüdischen Sozialistenbundes in Polen nach London, worin es erstmals hieß, daß Juden aus Lodz in der Nähe von Chelmno (Kulmhof) in einem »speziellen Automobil« (Gaswagen) vergast wurden. Text des Berichts in: Yehuda Bauer, »When Did They Know?«, *Midstream*, April 1968, S. 57 f.
- 21 Riegner an Goldmann, 17. Juni 1942, American Jewish Archives, World Jewish Congress Collection/Alphabetical Files–Switzerland, 186 A, Box 1.
- 22 Riegner an Miller (Eingang 17. Juli 1942), *ibid.*, Box 2.
- 23 Vgl. den Bericht des Institute of Jewish Affairs an die Gründungskonferenz des Advisory Council on European Jewish Affairs, 6. und 7. Juni 1942, *ibid.*, 184 A, Box 1. Der erste Zwischentitel dieses Berichts hieß »Pogrome, Mord, Folter«, mit Hinweisen auf Wilna, Kaunas, Witebsk, Minsk und Kiew. Vgl. auch den Brief Gisi Fleischmanns, einer besonders wachen Beobachterin im slowakischen Judenrat, an Silberschein, 27. Juli 1942, Yad Vashem Archiv, M7/2-2. Darin berichtet sie über die Deportation von 60 000 slowakischen Juden, darunter alte Leute, schwangere Frauen und Kinder, ins Generalgouvernement und nach Auschwitz, Distrikt Sosnowitz, in Oberschlesien. Sie meinte, die Deportierten hätten

- schwere Entbehrungen zu erleiden, und bat Silberschein um Kleidung und Nahrungsmittel. Ihr war weder bekannt, dass die Opfer im Generalgouvernement nach Majdanek (Lublin) oder Sobibór kamen, beide mit Gaskammern ausgerüstet, noch dass Auschwitz ein Vernichtungslager war.
- 24 Walter Laqueur, *Was niemand wissen wollte: Die Unterdrückung der Nachrichten über Hitlers «Endlösung»*, Frankfurt am Main, Berlin, Wien 1981, S. 262 f.
- 25 Edgar Salin, «Über Artur Sommer, den Menschen und List-Forscher», *Mitteilungen der List Gesellschaft*, Bd. 6, 1967, S. 81-90. Das ungefähre Datum 27. Juli 1942 hat mir Chaim Pozner (1979 Pazner), der 1942 bei der Jewish Agency in Genf beschäftigt war, am 11. August 1979 telefonisch mitgeteilt.
- 26 Martin Gilbert, *Auschwitz and the Allies*, New York 1981, S. 42-44 und 46, und Monty Noam Penkower, *The Jews were Expendable*, Urbana und Chicago 1983, S. 59 f.
- 27 Salin (Anm. 25), S. 85 f.
- 28 Walter Laqueur in: ders. und Richard Breitman, *Der Mann, der das Schweigen brach. Wie die Welt vom Holocaust erfuhr*, Frankfurt am Main, Berlin, Wien 1986, S. 293.
- 29 Gilbert (Anm. 26), S. 56. Penkower (Anm. 26), S. 60-62 und 317. Das bestätigte auch Pozner in dem erwähnten Telefonat von 1979.
- 30 Samuel Scheps (Pozners Vorgesetzter in Genf) an Vf., 5. August 1980, mit Hinweis auf einen Brief des britischen Historikers Martin Gilbert, der auf Bitten Pozners gelegentlich die Archive durchsucht hatte.
- 31 Penkower (Anm. 26), S. 61 f. und 317.
- 32 *Ibid.*, S. 66 f. und 319. Penkower, der die Beziehungen Pozners umfassend erforscht hat, fand den Brief vom 29. August 1942 im Yad Vashem Archiv.
- 33 Im genannten Telefonat mit dem Vf. betonte Pozner, er habe ein Gespräch zwischen Sommer und Salin mitgehört, als er sich im gleichen Zimmer versteckt hielt. Er hatte den Namen Sommers jedoch erst erfahren, als er in Salins Artikel publiziert wurde. Vgl. Penkower (Anm. 26), S. 317, mit Zitaten aus zwei Briefen Salins an Pozner vom 22. April 1969 und 20. Dezember 1972, worin Salin den Namen gegenüber Pozner «erstmalig» genannt habe. In mehreren Erklärungen gegenüber Penkower behauptete Pozner, er habe mit dem Pressechef der Schweizer Jüdischen Gemeinde, Benjamin Sagalowitz, in Kontakt gestanden, *ibid.*, S. 61 f. und 317; in seinem Telefonat mit dem Vf. sagte er, die Information habe Riegner erreicht. Nachdem der Vf. den Inhalt des Telefonats mit Pozner in einer Fussnote von *La destruction des Juifs d'Europe*, Paris 1988, S. 964 f., dargelegt hatte, schrieb Riegner dem Vf. am 18. Juli 1988, bezeichnete Pozners Darstellung als frei erfunden und fügte an: «Warum hätte er mir die Botschaft via Sagalowitz in Zürich übermitteln sollen, wo wir doch beide in Genf waren und einander ziemlich gut kannten?»

- 34 Ein Teil dieser Zusammenhänge wurde entdeckt von Arthur Morse, *While Six Million Died*, New York 1967, S. 3-7. Schultes Identität stellte Monty Penkower mehrere Jahre nach dessen Tod fest, ebenso Richard Breitman, unabhängig von ihm. Vgl. Penkower (Anm. 26), S. 62 und 317 f.; Breitman und Kraut, «Who was the ‚Mysterious Messenger‘?», *Commentary*, Oktober 1983, S. 44-47; Laqueur und Breitman (Anm. 28); und Breitman in: ders. und Kraut, *American Refugee Policy and European Jewry 1933-1945*, Bloomington, Indiana, 1987, S. 148-157 und 279-281. Vgl. die Leserbriefe von Penkower, Breitman und anderen in: *Commentary*, Januar 1984, S. 4-10. Die Bücher, an denen Breitman mitgearbeitet hat, gehen genauer auf Schultes Herkunft und die Übermittlung der Botschaft ein. Zwischen den einzelnen Darstellungen bestehen kleine Abweichungen.
- 35 Memorandum des US-Vizekonsuls Howard Elting in Genf, 8. August 1942, mit Riegners Entwurf eines Telegramms, «in dem er mir seine Darstellung im Telegrammstil zusammenfasste». (Beistriche von Red. eingefügt.) US-Nationalarchiv, Record Group 84, American Legation Bern, Confidential File 1942, Box 7, 840.1 J. Riegners Vorname war falsch geschrieben. Später wurde das Telegramm sprachlich redigiert. Entdeckt hat es Morse, der eine der späteren Fassungen veröffentlichte (Anm. 1), S. 8. Schulte hatte zwar Anonymität gefordert, aber im Oktober 1942 drängte der US-Gesandte in der Schweiz Riegner, den Namen preiszugeben. Leland Harrison an Staatssekretär Sumner Welles, 24. Oktober 1942, US-Nationalarchiv, Record Group 84, American Legation Bern, Confidential File 1942, Box 7, 840.1 J. Daraufhin erhielt der amerikanische Gesandte einen geschlossenen Briefumschlag mit einem gefalteten weissen Bogen, auf dem in Maschinschrift und ohne Namenszug stand: Generaldirektor Dr. Schulte Montanindustrie (Bergbau) im engen oder engsten Kontakt mit den massgebenden Wehrwirtschaftskreisen Umschlag und Bogen liegen im gleichen Fach wie Harrisons Brief. Riegner hat den Namen Schultes anscheinend später erfahren, respektierte aber dessen Wunsch nach Anonymität. Schulte, der 1943 erneut in die Schweiz reiste, blieb bei diesem Anlass ganz dort. Nach dem Krieg liess er sich von seiner in Deutschland lebenden Frau scheiden und heiratete eine jüdische Frau, die er in der Schweiz kennengelernt hatte.
- 36 Laqueur und Breitman (Anm. 28), S. 146 f. Penkower (Anm. 26), S. 63 f. Laqueur und Breitman behaupten, dass Guggenheim auch riet, einen Hinweis auf die Krematorien zu streichen (Anm. 28), S. 157.
- 37 Memorandum Eltings, 8. August 1942, US-Nationalarchiv, Record Group 84, American Legation Bern, Confidential File 1942, Box 7, 810.1 J.
- 38 J. Klehr Huddle (Rat der US-Gesandtschaft in Bern) an Elting, 21. August 1942, *ibid.*

- 39 Bernard Wasserstein, *Britain and the Jews of Europe*, London und Oxford 1979, S. 168. Gilbert (Anm. 26), S. 59 f.
- 40 Telegramm Silvermans an Wise, 24. August 1942, American Jewish Archives, World Jewish Congress Collection/Alphabetical Files-Switzerland, 184 A, Box 1.
- 41 Lichtheim an Lauterbach, 30. August 1942, mit dem Bericht, in: Nicosia (Hg.), *Archives of the Holocaust*, Bd. 4, S. 61-63. Vgl. auch Riegner an Miller, 28. August 1942, American Jewish Archives, World Jewish Congress Collection/Alphabetical Files-Switzerland, 184 A, Box 1. Der Bericht ging Riegner über die polnische Gesandtschaft in der Schweiz zu. Vgl. die unsignierte «Notiz» im gleichen Fach. Vgl. weiterhin Aussenminister Hull an den US-Repräsentanten Myron C. Taylor beim Vatikan, 23. September 1942, mit der Bitte um Bestätigung aus den Quellen des Vatikans, US-Nationalarchiv, Record Group 84, American Legation Bern, Confidential File 1942, Box 7, 840.1 J. In Belzec warf man die Leichen zuerst in Massengräber, grub sie dann aber wieder aus und verbrannte sie. Seife oder Düngemittel wurden in den Lagern nicht hergestellt.
- 42 Riegner an Miller, 31. August 1942, American Jewish Archives, World Jewish Congress Collection/Alphabetical Files-Switzerland, 184 A, Box 1. Dieser Brief kam nicht vor dem 5. Oktober 1942 in New York an.
- 43 Riegner an Goldmann, 7. September 1942, *ibid.*
- 44 Harrison an Welles, 24. Oktober 1942, mit Gesprächsnotiz und Anlagen, US-Nationalarchiv, Record Group 84, American Legation Bern, Confidential File 1942, Box 7, 840.1 J.
- 45 Paul Squire an den Aussenminister, mit Kopie an die US-Gesandtschaft in Bern, 29. Oktober 1942, beigefügt eine beeidigte Erklärung Guggenheims vom gleichen Tag, *ibid.*
- 46 Vgl. Nicosia (Hg.) (Anm. 41).
- 47 Lichtheim an Linton, 27. August 1942, *ibid.*, S. 59 f.
- 48 Harrison an den Aussenminister, 24. Oktober 1942, beigefügt die Denkschrift, US-Nationalarchiv, Record Group 84, American Legation Bern, Confidential File 1942, Box 7, 840.1 J. Der Jüdische Weltkongress erhielt den Inhalt der Denkschrift am 24. November 1942, American Jewish Archives, World Jewish Congress Collection/Alphabetical Files-Switzerland, 184 A, Box 1.
- 49 Lichtheim an Goldmann, 9. September 1942, Nicosia (Hg.) (Anm. 41), S. 380-386.
- 50 Dina Porat, *The Blue and the Yellow Stars of David*, Cambridge, Mass., 1990, S.35 f.
- 51 *Ibid.*, S.36.
- 52 Yoav Gelber, «Moralist and Realistic Approaches in the Study of the Allies' Attitude to the Holocaust», in: Asher Cohen, Yoav Gelber und Charlotte Wardi (Hg.), *Comprehending the Holocaust*, Frankfurt am Main 1988, S. 107-123, hier S. 117 und 123.

- 53 Shertok an Linton, 20. November 1942, Nicosia (Hg.) (Anm. 41), S. 168.
- 54 Dina Porat, «Palestinian Jewry and the Jewish Agency: Public Response to the Holocaust», in: Richard Cohen (Hg.), *Vision and Conflict in the Holy Land*, Jerusalem und New York 1985, S. 246-273.
- 55 L. C. Pinkerton, US-Konsul in Jerusalem, an den Aussenminister, 30. November 1942, US-Nationalarchiv, Record Group 59, Decimal File 1940 bis 1944, Box 2917, 740.00116, European War 1939/673.
- 56 Yoav Gelber, «Zionist Policy and the Fate of European Jewry», in: *Yad Vashem Studies*, Bd. 13, 1979, S. 169-210, hier S. 195.
- 57 Vgl. Porat (Anm. 54), S. 246 ff., besonders S. 247 und 253. Ben Gurions Äusserung stammte vom 6. Dezember 1942, *ibid.*, Fussnote 28, S. 270. Die anhaltende Debatte über demonstrative oder zurückhaltende Reaktionen beschreibt Porat, «Al-domi: Palestinian intellectuals and the Holocaust, 1943-1945», in: *Studies in Zionism*, Bd. 5, 1984, S. 97-124.
- 58 Vgl. Barnett Litvinoff (Hg.), *The Letters and Papers of Chaim Weizmann*, Serie A, Bde. 20 und 21, betreut von Michael Cohen, New Brunswick und Jerusalem 1976. Vgl. auch Litvonoffs Biographie, *Weizmann*, New York 1976, und Weizmanns Autobiographie *Trial and Error*, New York 1949. Während des Ersten Weltkriegs leitete Weizmann die British Admiralty Laboratories und erforschte das Azeton, aus dem Kordit für Marinemunition hergestellt wurde. Damals lernte er Winston Churchill kennen, der First Sea Lord war. Mit seiner Forschung im Zweiten Weltkrieg kehrte Weizmann in gewissem Sinne zum Projekt von 1916 zurück. Butadien und Isopren wurden bei der Produktion von synthetischem Gummi eingesetzt. Da die Malaiische Halbinsel von Japan besetzt war, hatten die Alliierten ebenso wie Deutschland keinen Zugang zu natürlichem Gummi.
- 59 Porat (Anm. 50), S. 250-252. Zu Ben Gurions Äusserungen und Briefen vgl. auch Tuvia Frieling, «Ben Gurion and the Holocaust», in: *Yad Vashem Studies*, Bd. 18, 1987, S. 199-232.
- 60 Zusammenfassender Bericht von Jakob Lestschinsky, 23. September 1942, American Jewish Archives, World Jewish Congress Collection/ Alphabetical Files-Switzerland, 184 A, Box 1.
- 61 Miller an Riegner, 16. Oktober 1942, mit beigelegter Erklärung für den Zensor, *ibid.*, 186 A, Box 2.
- 62 Wise an Roosevelt, 2. Dezember 1942, auszugsweise zitiert in: Medoff (Anm. 3), S. 100 und 203.
- 63 Vgl. *New York Times*, 25. November 1942, S. 10. Dieser Artikel stützte sich auf Informationen der polnischen Exilregierung, und darin sind die Vernichtungslager Belzec, Sobibór und Treblinka erwähnt. Am folgenden Tag zitierte man Wise auf S. 16 mit Zahlen «vorher» und «nachher».
- 64 Memorandum mit Gesamtsumme, Roosevelt vorgelegt am 8. Dezember 1942, in: American Jewish Archives, World Jewish Congress Collection/ Alphabetical Files-Poland 205 A, Box 3.

-
- 65 Wise an Tartakower, 15. Dezember 1942, *ibid.*
- 66 David S. Wyman, *Das unerwünschte Volk. Amerika und die Vernichtung der europäischen Juden*, Ismaning bei München 1986, S. 105. In Grossbritannien empfing Richard Law vom Aussenministerium den Board of Deputies hinter verschlossenen Türen. Diesem war ein Gespräch mit Aussenminister Anthony Eden verwehrt worden. Bemerkungen Selig Brodetzkis bei einer Vorstandssitzung der Jewish Agency in London, 30. November 1942, Nicosia (Hg.) (Anm. 4), S. 82-86.
- 67 Unsignierte Notiz auf deutsch, 14. Januar 1943, American Jewish Archives, World Jewish Congress Collection/Alphabetical Files-Switzerland, ohne Box-Angabe, «Rescue-Warnings» 1941-43, 1-K.
- 68 Ciechanowski an Tartakower, 24. März 1943, American Jewish Archives, World Jewish Congress Collection/Institute of Jewish Affairs-Jacob Robinson Files, U 320, Box 4.
- 69 Protokoll einer von Wise geleiteten Sitzung des Joint Emergency Committee vom 29. März 1943, Archives of the American Jewish Committee, EXO-29, Waldman Files (Joint Emergency Committee).
- 70 Waldman an Proskauer, 19. Mai 1943, *ibid.*
- 71 Robinson an Wise und Goldmann, 25. Juni 1943, American Jewish Archives, World Jewish Congress Collection/Institute of Jewish Affairs-Jacob Robinson Files, U 320, Box 4.
- 72 Institute of Jewish Affairs, *Hitler's Ten-Year War on the Jews*, New York 1943.
- 73 Sumner Welles an Wise, 6. August 1943, mit Memorandum, American Jewish Archives, World Jewish Congress Collection/Alphabetical Files-Switzerland 184 A, Box 1. Lichtheim und Riegner legten das Memorandum am 22. Oktober 1942 dem Gesandten Harrison vor. US-Nationalarchiv, Record Group 84, American Legation Bern, Confidential File 1942, Box 7, 840.1 J.
- 74 Robinson an Wise, Goldmann und andere, 19. August 1943, American Jewish Archives, World Jewish Congress Collection/Institute of Jewish Affairs-Jacob Robinson Files, U 320, Box 4.
- 75 Tartakower an Wise, Goldmann und andere, 23. November 1943, American Jewish Archives, World Jewish Congress Collection/Alphabetical Files-Switzerland 184 A, Box 1.
- 76 Porat (Anm. 50), S. 212-216.
- 77 Vgl. die Notiz vom 7. Juli 1944 mit einer Zusammenfassung des Gesprächs zwischen Weizmann, Shertok und Eden am Vortag; Shertok an Ben Gurion, 6. Juli 1944; eine «Notiz über den Vorschlag, die Vernichtungslager zu bombardieren», 11. Juli 1944; A. W. G. Randall (vom britischen Aussenministerium) an Shertok, 15. Juli 1944; und Richard Law (britisches Aussenministerium) an Weizmann, 1. September 1944, worin der Antrag zurückgewiesen wird. Alle Dokumente im Weizmann-Archiv, Rehevoth, Israel. In seinem veröffentlichten Tagebuch erwähnte Eden

keine Zusammenkünfte mit Judenvertretern. Vgl. sein *The Reckoning*, Boston 1965.

- 78 Herbert Druks, *The Failure to Rescue*, New York 1977, S. 65 ff., mit Auszügen aus Kubowitzkis Brief vom 1. Juli 1944 an John W. Pehle, den Direktor des U.S. War Refugee Board. Vgl. hierzu Wyman (Anm. 66).
- 79 Zur Mission Brands vgl. besonders die Dokumente vom 5. Juni bis 2. November im Weizmann-Archiv, Brands Aussage im Verfahren gegen Adolf Eichmann in Jerusalem, 56., 57. und 59. Sitzung, 29.-31. Mai 1961, und Eichmanns Aussage, 86. Sitzung, 5. Juli 1961.

22. Die Alliierten

- 1 Den «Säuberungen» fielen unter anderen Lew Kamenew, Grigori Sinowjew und Karl Radek zum Opfer. Kamenew und Sinowjew wurden 1936 erschossen. Radek verschwand später.
- 2 Reichskommissar Ostland an Generalkommissar Weissruthenien, 4. August 1941, beigefügt ein Bericht von Sonderführer Schröter, YIVO Institute, Occ E 3a-2.
- 3 1930 hatte Kischinew 41405 jüdische Einwohner. Eine rumänische Zählung nach der Eroberung der Stadt ergab 11 252. Bericht einer rumänischen Untersuchungskommission vom Dezember 1941, in: Matatias Carp, *Cartea Neagra – Suferintele Evreilor din Romania 1940-1944*, 3 Bde., Bukarest 1946-1948, Bd. 3, S. 61-65.
- 4 Vor dem Krieg hatte Kiew 846 290 Einwohner. Am 1. Januar 1943, nach dem Tod der Juden und dem Verlust vieler Ukrainer, blieben noch 384 570. 1926 hatten rund 140'000 Juden in Kiew gelebt. Insgesamt wurden 33 771 davon erschossen. Reichssicherheitshauptamt/IV-A-1, Tätigkeits- und Lagebericht Nr. 128, 3. November 1941, Nürnberger Prozesse, Dokument NO-3157. In Kiew gab es kein Getto, und wahrscheinlich hielten sich nur wenige Tausend Juden in der Stadt verborgen. Jedenfalls wurden in der Folge stets nur kleine Gruppen erschossen.
- 5 Die Bevölkerung Charkóws, vor dem Krieg 833 430 Einwohner, war im Dezember 1941, vor den Erschiessungen und der Hungersnot, auf 456 639 Einwohner geschrumpft. 1926 hatten in der Stadt rund 81'000 Juden gelebt, bei der Zählung im Dezember 1941 waren es noch 10 271. Die abschliessenden Meldezahlen finden sich im Charków Oblast Archiv, Fond 2982, Opis 1, Heft 232. Bei der Volkszählung von 1939 waren keine Angaben über die jüdischen Einwohner der Städte publiziert worden.
- 6 Vgl. die Erinnerungen Joseph Weingartners, eines Überlebenden aus Kertsch (Krim), in: Ilya Ehrenburg und Vasily Grossman (Hg.), *The Black Book*, New York 1981, S. 273.
- 7 Vgl. das Tagebuch von Sarra Geyckh aus Mariupol, *ibid.*, S. 70.
- 8 Bericht von Moisey S. Everson über Kislowodsk im Kaukasus, *ibid.*, S. 265-272. Diese Stadt nahmen die Deutschen im Sommer 1942 ein.

- 9 Der Wirtschaftsstab Ost/Fü/I L stellte in einem Bericht vom 31. Dezember 1941 fest, dass es den Sowjets gelungen sei, ihre Facharbeiter in Sicherheit zu bringen. US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 77, Filmrolle 1093. Generalmajor Nagel vom Wirtschaftsstab berichtete aufgrund einer Inspektionsreise nach Charków, die Sowjets hätten alle halbwegs brauchbaren Arbeitskräfte zwangsweise «deportiert». Notiz Nagels vom 31. Dezember 1941, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 77, Filmrolle 1070.
- 10 Reichssicherheitshauptamt/IV-A-1, Tätigkeits- und Lagebericht Nr. 123, 24. Oktober 1941, Nürnberger Prozesse, Dokument NO-3239.
- 11 Vgl. die Darstellungen jüdischer Überlebender in Ehrenburg und Grossman (Hg.) (Anm. 6), wonach sie ihre Städte nicht mehr verlassen konnten: Berditschew, S. 14; Chmelnik, S. 28; Odessa, S. 28; Minsk, S. 139; Rostow, S. 256; Jalta, S. 278; Daugavpils, S. 347; Borissow, S. 361; Bezirk Smolensk, S. 365; Ordschonikidse, S. 366. Aus Stalino berichtete ein Beamter der deutschen Militärregierung, dass «alle wohlhabenden Juden» geflohen seien. Bericht der Feldkommandantur 240/VII, 4. Dezember 1941, US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 501, Filmrolle 6. Vgl. auch Dov Lewin, «The Attitude of the Soviet Union to the Rescue of the Jews», in: Yisrael Gutman und Efraim Zuroff (Hg.), *Rescue Attempts during the Holocaust*, Jerusalem 1977, S. 225-236. Einige sowjetische Kommunalbeamte erkannten die besondere Notlage der jüdischen Einwohner. Im Bericht des Wirtschaftsstabes Ost FÜ/I L für den 1.-15. November 1941, datiert 8. Dezember 1941, heisst es, die sowjetische Polizei («GPU») in Dnjepropetrowsk habe Juden, die nicht semitisch aussahen, Papiere oder Pässe gegeben, mit denen sie sich als Russen oder Ukrainer ausweisen konnten. US-Nationalarchiv, Record Group 242, T 77, Filmrolle 1093.
- 12 Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang, wie die ungarisch-jüdischen Zwangsarbeiter, die man zu unbewaffneten Trupps der ungarischen Armee zusammenfasste hatte, behandelt wurden, nachdem die vormarschierende Rote Armee sie übernommen hatte. Viele Tausend dieser Juden kamen in Kriegsgefangenenlager und mussten lange auf ihre Heimkehr warten. Vgl. George Barany, «Jewish Prisoners of War in the Soviet Union during World War II», in: *Jahrbücher für die Geschichte Osteuropas*, Bd. 31, 1982, S. 161-209.
- 13 A. J. Sherman, *Island Refuge – Britain and Refugees from the Third Reich 1933-1939*, Los Angeles 1973. Louise London, «British Government Policy and Jewish Refugees 1933-45», in: *Patterns of Prejudice*, Bd. 23, 1989, S. 26-43; dies., «Jewish Refugees, Anglo-Jewry and British Government Policy, 1930-1940», in: David Cesarani (Hg.), *The Making of Modern Anglo-Jewry*, Oxford 1990, S. 163-208. Miriam Kochan, *Britain's Internees in the Second World War*, London 1983.
- 14 David S. Wyman, *Paper Walls*, Amherst, Mass., 1969. Henry L. Feingold, *The Politics of Rescue*, New Brunswick, N. J., 1970.

-
- 15 Notizen von Culbertson und Dubrow, 13. August 1942, US-Nationalarchiv, Record Group 59, Decimal File 1940-1944, Box 5465.
 - 16 David S. Wyman (Anm. 15), S. 104 f. Gleichzeitig appellierten am 4. Dezember 1942 mehrere jüdische Frauenorganisationen in Palästina an Roosevelts Frau Eleanor um Hilfe für die verstreuten Überreste. Am 10. Dezember 1942 reichte Roosevelt das Gesuch an Staatssekretär Sumner Welles weiter mit den Worten: «Wollen Sie Eleanor wissen lassen, was sie auf das beigegefügte Telegramm antworten soll?» US-Nationalarchiv, Record Group 59, Decimal File 1940-1944, Box 2917, 740.0016 European War 193/727 PS/DLB.
 - 17 Text des Telegramms, unterzeichnet am 10. Februar 1943 von Welles, der den Inhalt wahrscheinlich nicht kannte, in: Henry Morgenthau, «The Morgenthau Diaries», *Colliers*, 1. November 1947.
 - 18 Aussenminister Cordell Hull an Botschafter William H. Standley in Moskau, 30. August 1943, *Foreign Relations of the United States, 1943*, Bd. 1, S. 416f.
 - 19 Ferdinand Lamot Belin an William Langer (beide im Amt für Strategische Dienste), 10. April 1944, US-Nationalarchiv, Record Group 266, OSS 66059. Hauptmann Paul M. Birkeland (Zweiter US-Militärattaché in London) an Kriegsministerium, Abteilung Abwehr, 17. März 1944, mit dem Hinweis, dass Herbert Pell von der Kommission für Kriegsverbrechen der Vereinten Nationen eine Kopie erhalten hat, US-Nationalarchiv, Record Group 165, Box 3138, Poland 6950.
 - 20 William S. Casey, *The Secret War against Hitler*, Washington 1968, S. 218. Interessant ist, dass FBI-Direktor J. Edgar Hoover die Anzeichen für die jüdische Katastrophe keineswegs übersah, doch seine Zuständigkeit beschränkte sich auf die westliche Hemisphäre. Vgl. sein Telegramm an den stellvertretenden Aussenminister Adolf Berle vom 5. Mai 1942 über Deportationen, US-Nationalarchiv, Record Group 59, Decimal File 1940 bis 1944, Box 5465, und seilte Notiz an Berle, mit Kopien an die Geheimdienste der Marine und der Armee (Brigadegeneral Hayes P. Kroner), über die «Liquidierung der jüdischen Bevölkerung Europas», 9. September 1942, US-Nationalarchiv, Record Group 165.77, Box 1191. In dem Brief vom 9. September schrieb Hoover, er habe auch Elmer Davis, den Leiter des Amtes für Kriegsinformation, benachrichtigt. Aus dem Wortlaut des Briefes geht hervor, dass Hoover Gerhart Riegners Telegramm kannte, das dieser im August nach London und New York geschickt hatte.
 - 21 Im Sommer 1943 hatte Roosevelt prinzipiell zugestimmt, die Mittel bereitzustellen. Stephen Wise an Roosevelt, 23. Juli 1943, mit Dank an den «Chef», US-Nationalarchiv, Record Group 59, Decimal File 1940-1945, Box 5465. Zur anschliessenden Korrespondenz vgl. Morgenthau an Hull, 24. November 1943, und Hull an die US-Gesandtschaft in Bern, 5. Januar 1944, *ibid*.

23. Neutrale Länder

- 1 Zur Rückführung nach Spanien vgl. Nehemia Robinson, «Die Juden im Franco-Spanien», *Aufbau*, New York, 11. September 1943, S. 3. Zu Flüchtlingen vgl. Haim Avni, *Spain, the Jews, and Franco*, Philadelphia 1982, S. 94-147.
- 2 Martin Gilbert, *Winston S. Churchill*, Bd. 7, Boston 1988, S. 377 f.
- 3 Ira A. Hirschmann, *Lifeline to a Promised Land*, New York 1946, S.3-6, und Jürgen Rohwehr, *Die Versenkung der Flüchtlingstransporte Struma und Mefkure*, Frankfurt am Main 1965.
- 4 Am 27. März 1943, als die bulgarischen Juden akut von Deportationen bedroht waren und Transportzüge aus dem von Bulgarien besetzten Thrakien und Mazedonien bereits nach Treblinka rollten, baten jüdische Vertreter in den USA den britischen Aussenminister Eden um Hilfe, die Juden aus Bulgarien zu evakuieren. Eden erwiderte: «Die Türkei will keine Angehörigen Ihres Volkes mehr», wobei sich das Wörtchen «auch» von selbst ergab. Protokoll der Sitzung des Joint Emergency Committee vom 29. März 1943, unter Vorsitz von Stephen Wise, Archives of the American Jewish Committee, EXO-29, Waldman Files (Joint Emergency Committee). Am Ende wurden die bulgarischen Juden nicht deportiert.
- 5 Die Rolle Schwedens beschreibt Steven Koblik, *The Stones Cry Out*, New York 1988.
- 6 Alfred A.Häsler, *Das Boot ist voll... Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933-1945*, Zürich 1967, S. 121-123,137-139,160-165 und 180-184. Insgesamt wurden 9 751 Juden und Nichtjuden zwischen August 1942 und Kriegsende an der Grenze abgewiesen. Heimliche Grenzgänger schob man auf dem gleichen Weg ab, damit die Deutschen sie nicht sofort entdeckten. *Ibid.*, S. 196 f., 338 und 354.
- 7 Leland Harrison an das Aussenministerium, 15. Januar 1944, US-Nationalarchiv, Record Group 84, American Legation in Bern 1942-1947, Box 42, 848 (Intergovernmental Committee on Refugees). Harrison stützte seine Beurteilung auf eine Schweizer Notiz vom 16. November 1943.
- 8 Häsler (Anm. 6), S. 332 f. und 337.
- 9 Arie Ben-Tov, *Facing the Holocaust in Budapest*, Genf und Dordrecht 1988, S. 131-137. Die Sitzung fand am 12. Oktober 1942 statt. Zu bedenken ist jedoch, dass Carl Burckhardt, ehemals Schweizer Gesandter in Berlin und später Präsident des Internationalen Roten Kreuzes, die Jüdische Gemeinde und die US-Gesandtschaft in der Schweiz noch in genau jenem Monat streng vertraulich über die jüdische Katastrophe informiert hatte. Vgl. die Korrespondenz im US-Nationalarchiv, Record Group 84, American Legation in Bern, Confidential File 1942, Box 7, 940.1 Jews.

24. Die Kirchen

- 1 Vgl. das ausgefüllte Formular der Diözese Aachen, «Nachweis der arischen Abstammung», 15. Dezember 1936, in dem die Eheschliessung zwischen Peter Wilhelm Hansen und Agnes Kreitz am 29. Januar 1859 bescheinigt wird, U.S. Holocaust Memorial Museum, Archiv. Zudem legte die evangelisch-lutherische Kirche in Berlin 1936 speziell ein alphabetisches Taufverzeichnis für die Zeit von 1800 bis 1874 an, mit einer eigenen Kartei für getaufte Juden und Zigeuner. Götz Aly und Karl Heinz Roth, *Die restlose Erfassung*, Berlin 1984, S. 70 f.
- 2 Zu Bertram vgl. die *Mitteilungen zur weltanschaulichen Lage*, 15. April 1942, S. 13-17, EAP 250-C-10/5, früher im Federal Records Center von Alexandria, Virg. Zum Ausschluss seitens der evangelischen Landeskirchen vgl. die Erklärung vom 17. Dez. 1941 mit den sieben Unterschriften, in: Helmut Eschwege (Hg.), *Kennzeichen J*, Berlin 1966, S. 161 f.
- 3 Vgl. die Zusammenfassung der Konferenz vom 6. März 1942 in: Nürnberger Prozesse, Dokument NG-2586-H.
- 4 Vgl. die Briefe vom 19. Mai 1943 und 14. Oktober 1943, in: Johan M. Snoek, *The Grey Book*, New York 1970, S. 131-133.
- 5 Zu Theresienstadt vgl. H. G. Adler, *Theresienstadt 1941-1945*, Tübingen 1960, S. 308 und 611.
- 6 Snoek (Anm. 4), S. 123-125.
- 7 Vgl. den Auszug aus dem Bericht von Botschafter Léon Bérard (beim Heiligen Stuhl akkreditiert) an Marschall Pétain (August 1941), in: Leon Poliakov, *Harvest of Hate*, Syracuse 1949, S. 299-301.
- 8 Jorgen H. Barford, *Escape from Nazi Terror*, Kopenhagen 1988, S. 12 f.
- 9 Snoek (Anm. 4), S. 125-131.
- 10 *Ibid.*, S. 207-226. Vgl. auch Alfred A. Häslér, *Das Boot ist voll... Die Schweiz und die Flüchtlinge 1933-1945*, Zürich 1967, S. 122 f., 130-133 und 147-154.
- 11 Parlamentsdebatten, 5. Serie, Bd. CXXVI, House of Lords, 8. Sitzung, 37. Parlament, 6 & 7 George VI, Bd. 2 der Sitzung, London 1943, S. 813 bis 860.
- 12 Tittmann an das Aussenministerium, 6. Oktober 1942, *Foreign Relations of the United States 1942*, Bd. 2, S. 776 f.
- 13 Bericht Tittmanns, beigelegt im Schreiben Harrisons (des US-Gesandten in der Schweiz) an Aussenminister Hull, 26. Dezember 1942, *ibid.*, Bd. 1, S. 70f.
- 14 Harrison an Hull, 5. Januar 1943, mit dem Bericht Tittmanns vom 30. Dezember 1942, *ibid.*, S. 911-913. Text der Weihnachtsbotschaft in *The New York Times*, 25. Dezember 1942, S. 10.
- 15 Ernst von Weizsäcker an Ernst Wörmann und andere Beamte des Auswärtigen Amtes, 5. Dezember 1941, Nürnberger Prozesse, Dokument NG-4894.

- 16 Burzio an Maglione, 10. April 1943, in: John F. Morley, *Vatican Diplomacy and the Jews during the Holocaust*, New York 1980, S. 239-243.
- 17 *Ibid.*, S. 147-165.
- 18 Taylor an Maglione, 26. September 1942, mit einem Memorandum der Jewish Agency vom 30. August 1942, *Foreign Relations of the United States 1942*, Bd. 3, S. 775 f. Notiz Magliones (vermutlich 27. September 1942), in: *Secrétairie d'Etat de Sa Sainteté, Actes et documents du Saint Siège relatifs à la seconde guerre mondiale*, Bd. 8, Vatikanstaat 1974, S. 665. Das Memorandum der Jewish Agency basierte auf Berichten von polnischen Christen und enthielt Hinweise auf Massendeportationen, das Lager Belzec und aus Leichen hergestellte Seife. Diese Berichte konnte Maglione im Einzelnen nicht bestätigen.
- 19 Notiz vom 5. Mai 1943, *Actes et documents* (Anm. 18), Bd. 9, 1975, S. 274.
- 20 Weizsäcker an das Auswärtige Amt, 28. Oktober 1943, Nürnberger Prozesse, Dokument NG-5027.
- 21 Robert Katz, *Black Sabbath*, New York 1969, S. 142 f. und 173-191.
- 22 Reichssicherheitshauptamt/IV-A-1, Tätigkeits- und Lagebericht Nr. 54, 16. August 1941, Nürnberger Prozesse, Dokument NO-2849.
- 23 Avraham Tory, *Surviving the Holocaust – The Kovno Ghetto Diary*, herausgegeben von Martin Gilbert, mit Anmerkungen von Dina Porat, Cambridge, Mass., 1990, Eintrag vom 30. April 1943, S. 312-317. Tory, der nur die Erinnerungen des Rabbiners an das Treffen rekapitulieren konnte, hielt den Bischof für verständnisvoll. Bei einem späteren Anlass sprach der Bischof offenbar mildtätig zu Snieg. Eintrag vom 28. September 1943, S. 484-484. Die jüdischen Kinder wurden 1944 zusammengetrieben und getötet.
- 24 Zur Herkunft, zu den Einstellungen und zu den Protesten Septyckyjs vgl. Hansjakob Stehle, «Der Lemberger Metropolit Septyckyj und die nationalsozialistische Politik in der Ukraine», in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Bd. 34, 1986, S. 407-425. Septyckyjs Brief vom 29.-31. August 1942 an Papst Pius XII. in: *Actes et Documents* (Anm. 18), Bd.3, II. Teil, S. 625-629; Pius XII. an Septyckyj vom 26. August 1942 in: *ibid.*, S. 622 f. Septyckyjs Brief an Himmler wurde nicht gefunden. Seine Empörung gegenüber Vsevolod Frederic ist erwähnt in einem Memorandum Frederics vom 19. September 1943, Centre de Documentation juive contemporaine, Dokument CXLVa 60. Nachdem die Rote Armee Lwow eingenommen hatte, schrieb der Metropolit einen Willkommensbrief an Stalin und starb bald darauf im Jahr 1944.
- 25 Vgl. Alois Hudal, *Die Grundlagen des Nationalsozialismus*, Leipzig und Wien 1937, und *Römische Tagebücher*, Graz und Stuttgart 1976. Die Tagebücher wurden offenbar stark überarbeitet. Hudals Brief an Stahel vom 16. Oktober 1943 lag einem Schreiben Gerhard Gumperts (eines deutschen Diplomaten in Rom) an das Auswärtige Amt vom selben Tag bei, Nürnberger Prozesse, Dokument NG-5027. Hudal nahm eine leicht

abweichende Fassung des Appells, möglicherweise seinen Entwurf, in die *Tagebücher* S. 215 auf.

- 26 Otto Ogiermann, *Bis zum letzten Atemzug*, Leutesdorf 1985. Lichtenbergs Schicksal wurde in der diplomatischen Korrespondenz erwähnt. Vgl. Legationsrat Richard Haidlen (zuständig für Vatikan-Angelegenheiten in der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes) an Weizsäcker, 11. November 1941, Nürnberger Prozesse, Dokument NG-4447, und Pius XII. an Preysing, *Actes et documents* (Anm. 18), Bd. 2, 1967, S. 376-381.

Namenregister

- Aaron, Armando 196, 338
 Abeles, Mitzi 209, 210, 331
 Abravanel, Maurice 141
 Abugow, Alexander 334
 Adam, Uwe 89
 Adenauer, Konrad 37
 Adler, Cyrus 252, 254
 Adler, H. G. 154 f., 164, 314, 324, 332, 351
 Adler, Stanislaw 174, 180 f., 187, 189, 326, 328 f.
 Adler, Victor 274
 Altberg, Lucian 173
 Altenloh, Wilhelm 318, 330
 Alter, M. 327
 Ancker, Edinger 59 f., 300
 Andreas-Friedrich, Ruth 191, 329
 Anielewicz, Mordechaj 206
 Antonescu, Ion 100ff., 132, 134, 307
 Arad, Yitzhak 210, 318, 320, 324, 330 ff.
 Arajs, Viktor 117ff., 316
 Asscher, Abraham 131, 136
 Auerswald, Heinz 51, 162, 184, 302, 309, 320, 323
 Aumeier, Hans 115
 Azéma, Jean-Pierre 105

 Bach, Johann Sebastian 143
 Bach-Zelewski, Erich von dem 310
 Backe, Herbert 264
 Badoglios, Pietro 105
 Baeck, Leo 125 f., 130, 136, 317
 Bagodnat, Erwin 304
 Barasz, Ephraim 128, 130, 134 f., 137, 202, 378
 Bargaen, Werner von 307
 Barlas, Chaim 261, 272

 Barthélemy, Joseph 97
 Bartoszewski, Wladislaw 326, 335
 Bayer, Friedrich 316
 Bechtolsheim, Gustav Freiherr von Mauchenheim genannt von 77 f., 303 f.
 Belew, Alexander 99
 Belin, Ferdinand Lammot 349
 Ben Gurion, David 266, 345 f.
 Bene, Otto 336
 Benedikt XV 288
 BenGershon, Ezra 320
 Berger, Gottlob 332
 Berle, Adolf 349
 Berlinski, Hersh 337
 Berman, Adolf 244
 Bertram, Adolf 285
 Bestie, Alan 329, 331
 Bettelheim, Bruno 140
 Bérard, Léon 357
 Bichelonne, Jean 97, 307
 Birkeland, Paul M. 349
 Bischof (Gestapo) 299
 Blobel, Paul 73-76
 Bloch, Dr. Eduard 18, 295
 Bloch, Felix 139f., 379
 Bloch, Konrad 139
 Blom, J.C.H. 232
 Blumenthal, Herbert 141
 Bockus, A. 309
 Bohr, Niels 379
 Bohrsch (Hauptsturmführer) 297
 Borcescu (Oberst) 328
 Bormann, Martin 51, 297
 Bom, Max 139
 Borowi, Czeslaw 213
 Bousquet, René 97
 Boyarski, Khone 314 f.

- Böhm, Adolf 340
 Bölt, Johann 334
 Braemer, Walter 77
 Brand, Joel 272, 347
 Brandt, Rudolf 327
 Brauchitsch, Walther von 23
 Braun, Eva 23
 Braune-Krickau (Major) 300
 Breuer, Marcel 140
 Bridenthal, Renate 319
 Brizgys, Vincentas 290 f.
 Brodetzki, Selig 248, 346
 Browning, Christopher 29, 85
 Bruns (Generalkommissar) 306
 Buchhalter 296
 Budreckis, Algirdas Martin 309
 Buków, Willy 305
 Burckhardt, Carl 264, 350
 Burzio, Giuseppe 289, 352
 Bühler, Josef 51, 62 f., 300f., 306, 317

 Canaris, Wilhelm 73
 Carl, Heinrich 79, 304
 Carp, Matatias 307
 Casey, William S. 279
 Chagall, Marc 140
 Chain, Boris 139
 Churchill, Winston 260, 281, 345
 Ciechanowski, Jan 230, 244, 269, 336, 339, 346
 Clauberg, Carl 83, 305
 Coblenzer (Rechtsanwalt) 216, 332
 Cohen, David 131, 136
 Collenberg, Freiherr Rüd't von 310
 Cramer, Hans 108, 309, 332
 Culbertson, Paul 278, 349
 Czapnik, Liza 330, 337
 Czerniaków, Adam 70, 107, 127, 130, 134, 137, 161-164, 166, 172, 174 f., 188, 205, 302, 317, 320, 323, 328, 331
 Czygas (litauischer Wachposten) 199

 Dabulevicius, Karolis 109, 309

 Daluege, Kurt 49, 309
 Damzog, Ernst 299
 Daniel, Liuba 209 f., 331
 Dannecker, Theodor 302
 Danskops, Albert 119
 Darnand, Joseph 105, 308
 Datner, Mika 204
 Davis, Elmer 349
 Deloncle, Eugène 103
 Dengler, Georg 66 f.
 Dengler, Kurt 302
 Deuerlein (Leutnant) 311
 Dibelius, Otto 243
 Dickstein, Samuel 254, 340
 Disraeli, Benjamin 172, 248
 Dobroszycki, Lucjan 320, 326
 Dollen, Johannes von 329
 Dolp, Hermann 56 f., 300
 Donnes, John 280
 Doriot, Jacques 104, 308
 Dubois, Werner 38, 338
 Dubrow, Elbridge 278, 349
 Dürrfeld, Walter 43f., 47

 Eber, Elk 296
 Eberl, Irmfried 83
 Edelstein, Benjamin 316
 Eden, Anthony 270, 346, 350
 Edvardson, Cordelia 176 f.
 Egger (Gendarmierleutnant) 307
 Egoß, David Davidowitsch 308
 Ehlich, Hans 297, 325
 Eibner, Max 113, 312
 Eichmann, Adolf 32, 37, 52 f., 60, 64 ff., 90, 126, 155, 157, 165, 299, 322-327, 329, 347
 Eicke, Theodor 56 f.
 Einstein, Albert 319
 Eliade, Mircea 100
 Eller, Ella (Anschütz) 154 f.
 Eller, Oswald 154 f.
 Elting, Howard 262 f., 343 i.
 Emmerich, Walter 52
 Engel, Gerhard 23 f., 295 f.
 Engel, Josef 302

- Eppstein, Paul 182, 325 *f.*
 Erichsohn (jüd. Untermieter) 191
 Erlich, Henryk 274
 Erzbischof von Canterbury 287
 Etter, Philippe 283
 Ettinger, Miecyslaw (Adam) 174
 Everson, Moisey Samoylowitsch 348
- Farrell, V.C. 261
 Feiner, Leon 244
 Feininger, Lyonel 140
 Ferdi, Weiss 24
 Feuermann, Emanuel 141
 Filbert, Alfred 302
 Filderman, Wilhelm 132 ff., 136,
 166, 326
 Fischer (Vorsitzender der Jüd.
 Gemeinde in Rumänien) 136
 Fischer, Eugen 82
 Fischer, Ludwig 51, 70 f., 86, 302
 Fleischmann, Gisi 341
 Flis, Bruno 299
 Franck, James 139
 Franco, Francisco 176, 281
 Frank, Hans 31, 43, 49, 51, 61-64,
 70, 264, 296, 298, 300 ff., 334 *f.*
 Franz, Helmut 338
 Frauendorfer, Max 51
 Frederic, Vsevolod 352
 Frederiks, Karl Johannes 94
 Freud, Sigmund 140
 Frick, Wilhelm 49, 154 ff., 322 *f.*
 Friderici, Erich 333
 Fried, Anatol 129
 Friedmann, Desider 126
 Friedrich Wilhelm I. 156, 323
 Frisch, Otto 141
 Fuglsang-Damgaard (lutheran.
 Bischof) 287
 Funk, Walter 49
- Gabor, Dennis 139
 Ganzenmüller, Albert 301 *f.*
 Gaulle, Charles de 97
- Gengenbach, Karl 301, 337
 Gens, Jacob 129f., 134 f., 137, 166, 195,
 201 f., 318, 330
 Gerschenkron, Alexander 141 Gerstein,
 Kurt 240-243, 338 *f.*
 Geyckh, Sarra 322, 348
 Giesches, Georg von 261
 Gilbert, G.M. 13
 Gingold, Nandor 132 f., 136, 173, 318,
 325
 Giterman, Yitzchak 327
 Glazar, Richard 338
 Glehn, Karl Wilhelm 89, 306
 Globke, Hans 37
 Globocnik, Odilo 50, 57, 64, 243, 310
 Glücks, Richard 57
 Goebbels, Joseph 27 f., 49, 87
 Goethe, Johann Wolfgang von 143 f.,
 177
 Goldfeil, Norbert 325
 Goldmann, Nahum 257 f., 263, 265,
 269, 341, 344, 346
 Göring, Hermann 13, 28, 32, 49, 87,
 216, 296 *f.*
 Grabowski, Peter 99
 Grabski, Y.H. 327
 Grauel, Erhard 315
 Greif eit, Ulrich 332
 Greiser, Arthur 297
 Groot, Wilhelm de 336
 Groscurth, Helmuth 73 ff., 303
 Gross, Jan 225
 Gross, Walter 64
 Gruenbaum, Izhak 265
 Gruenberger, Felix 320
 Guggenheim, Paul 257 f., 261 f., 264,
 343 *f.*
 Gumpert, Gerhard 353
 Gutman, Yisrael 320, 332, 335
 Gürtner, Franz 41
- Haber, Fritz 26, 139, 319
 Hagen, Herbert 317
 Hagen, Wilhelm 85 f., 305 *f.*

- Haidlen, Richard 353
 Hanisch, Reinhold 18
 Hanke, Karl 261
 Hansen, Peter Wilhelm 351
 Harrison, Leland 263 f., 283, 322, 343
 f., 346, 350 *f.*
 Harster, Wilhelm 322
 Häfele, Alois 46 f., 298 *f.*
 Häfner, August 73 ff., 303
 Heidegger, Martin 306
 Heim, Franz 337
 Heims, Karl 301
 Heine, Heinrich 172
 Heisenberg, Werner 140
 Helbronner, Jacques-Edouard 132, 134,
 137, 318
 Held, Adolph 268 f.
 Herbert, Victor 144
 Herff, Maximilian von 55
 Herrgott, Adolf 42f., 47
 Herrmann (Hauptsturmführer) 327
 Hersch, Liebman 162, 320
 Herz, Gustav 319
 Herzberg, Gerhard 139
 Herzl, Theodor 253
 Hevesy, George de 139 f.
 Heydrich, Reinhard 32, 49, 51, 53 f.,
 124, 2151, 297, 312, 317
 Himmler, Heinrich 30, 32, 49, 51, 53, 56,
 58, 61 ff., 72, 110, 264, 291 f., 297,
 301, 305, 310, 315, 321, 327, 332,
 352
 Hindenburg, Paul von 21, 25, 76, 96,
 296
 Hingst, Hans 309
 Hirsch, Freddy 197
 Hirsch-Schechter, Mania 121
 Hirszfeld, Ludwik 173 f., 326
 Hitler, Adolf 9, 11, 15-33, 40 f., 43 f.,
 48, 52f., 59, 69, 76, 82, 123, 138ff.,
 153, 185, 215, 243, 252, 255, 267,
 269 f., 293
 Hitler, Alois (Vater v. A. H.) 15, 20
 Hitler, Klara (Mutter v. A. H.) 15
 Hitler, Paula (Schwester v. A. H.) 15
 Hoare, Sir Samuel 98, 249
 Hoffman, Roald 331
 Homme de Courbière, René de 1' 333
 Hoover, Edgar J. 277, 349
 Horthy, Miklos 33, 101 f., 106
 Hudal, Alois C. 61, 292 f., 300, 352
 Huddle, J. Klehr 344
 Hull, Cordell 349 ff.
 Hummel, Herbert 51
 Hunsche, Otto 326
 Irving, Washington 144
 Iskaukas, A. 315
 Jabotinsky, Vladimir 129, 256, 340
 Jakobi, Karl 330
 Janetzke, Wilhelm 337
 Jankunas (litauischer Wachposten)
 199
 Jäckel, Eberhard 21
 Jäger, Karl 324, 330
 Jeckeln, Friedrich 64, 119, 310f., 315
 Jewett, John G. 12
 Joseph, Bernard 266
 Kaltenbrunner, Ernst 50, 53 f.
 Kamenew, Lew 347
 Kaplan, Eliezer 265
 Karski, Jan (d. i. Kozielowski) 243-
 246, 339
 Katchinski, T. 327
 Katz, Bernhard 139
 Katzmann, Fritz 54 ff., 64, 111, 300,
 310
 Kaufmann, Theodore 71, 302
 Keitel, Wilhelm 297
 Kelsen, Hans 140, 257
 Keuck, Walter 299
 Keuter, Hermann 69 f.
 Kiplinski, Sarah 204
 Kirszenboim, Menachem 205, 244
 Kissinger, Henry 140
 Klarsfeld, Serge 320, 324, 330

- Kleikamp (Oberstleutnant) 303
 Klemm, Bruno 64
 Klemm, Hans 332
 Klemperer, Otto 141
 Klepper, Hanni 157
 Klepper, Jochen 156 f., 323
 Kletzki, Paul 141
 Klimaitis, Jonas 116
 Knochen, Helmut 302
 Koestler, Arthur 140, 143
 Kogon, Eugen 56
 Kohl, Otto 64, 66
 Koppe, Wilhelm 63 f., 299, 301
 Koppelman, Isidor 261
 Korherr, Richard 182, 321, 326f.
 Kosinski, Natan 323
 Kovner, Abba 201 f.
 Kozij, Bohdan 167, 310
 Körner, Hellmut 51
 Krakowski, Shmuel 335
 Krauch, Karl 154
 Krausnick, Helmut 303
 Krebs, Hans 139
 Kreitz, Agnes 351
 Kritzinger, Friedrich 305
 Kroner, Hayes P. 349
 Kröger, Erhard 89, 306
 Krüger, Friedrich 61 f., 64, 300 f.,
 312, 315, 331
 Kube, Wilhelm 304, 312, 337
 Kubowitzki, Arye Leon 255, 272
 «Küster-Mosche» 239
 Kulski, Julian 107
 Kun, Bela 101
 Kühnemann, Herbert 42, 47, 298
 Kvaternik, Eugen 289
 Kwiet, Konrad 190
- Laabs, Gustav 298
 Labonne, Roger-Henri 307
 Labs, Walter 301
 Lambert, Raymond-Raoul 131 f.,
 137, 166, 318
 Lammers, Heinrich 31, 295 ff., 301,
 305
- Landowska, Wanda 141
 Lang, Harry Otto 299
 Lange, Herbert 299
 Langer, William 349
 Langgässer, Elisabeth 176
 Lanzmann, Claude 195, 213
 Laqueur, Walter 259
 Lasch, Karl 51, 62
 Laski, Harold 248
 Laski, Neville 248
 Laub (Leutnant) 310
 Lauterbach, Leo 341, 344
 Laval, Pierre 98f., 102, 131 f., 307
 Law, Richard 346 f.
 Lecca, Radu 100 f.
 Lechthaler, Franz 76-79, 117, 303 f.
 Leeb, Wilhelm Ritter von 313
 Lehideux, François 97
 Lehmann (Freundin v. R. Andreas-
 Friedrich) 191
 Leinsdorf, Erich 141
 Leist, Ludwig 305, 328
 Lemmer, Ernst 259
 Lestschinsky, Jakob 255, 267 f., 345
 Levai, Eugene 308
 Levi, Primo 211, 331
 Levi-Montalcini, Rita 331
 Levy, Beryl Harold 253, 339
 Lewin, Abraham 302, 327 f.
 Lewin, Kurt 140
 Lewin, Zofia 335
 Lewison, Ludwig 140
 Lévi-Strauss, Claude 140
 Lichtenberg, Bernhard 7, 293, 353
 Lichtheim, Richard 257, 263 ff.,
 270 f., 340 f., 344, 346
 Lichtman, Itzhak 338
 Lifton, Robert 80, 83 f., 185
 Lilienthal, Arthur 182, 326
 Linton, Joseph 340 f., 344 f.
 Lipmann, Fritz 139
 Lipschitz, Jacques 140
 Lischka, Kurt 302
 Litwinow, Maxim 274
 Lobe, Karl 118, 120, 316

- Loewi, Otto 139
Lohse (Reichskommissar) 332
Losacker, Ludwig 51
Lourie, Arthur 341
Löwenherz, Josef 126 f., 130, 136,
322, 325
Lucas, Franz 84
Ludendorff, Erich 19
Luftglas, Markus 41
Luley (Hauptmann) 74
Luria, Salvador 139 f.
Lustiger, Jean-Marie 331
Luther, Martin 64, 301
Lynd, Robert S. 253, 339
- Magill, Franz 72
Maglione, Luigi (Kardinal) 288, 290,
352
Makowski, Hans 302
Marcone, Giuseppe 289
Martin, Dr. (dt. Militärverwaltung)
223
Mauchenheim, Gustav Freiherr von
s. u. Bechtolsheim
Maxwell, Robert 141
Mayer, René 131, 136
Mayer, Saly 257
Mazarini, N. 328
McKittrich, Thomas H. 260
Mechanicus, Philip 154
Mendelsohn, Erich 140
Mengele, Josef 84
Mere, Ain-Erwin 115, 314
Meyer, Alfred 312
Meyerhoff, Otto 139
Mietelnikow, Aleksander 325
Milhaud, Darius 140
Milisch, Liselotte 305
Miller, Irving 258, 263, 267, 341, 344f.
Mises, Ludwig von 140
Modigliani, Franco 140 f.
Moll, Otto 68
Monsky, Henry 268
Montefiore, Leonard 248
- Montua, Max 45, 47, 298
Morgenthau, Hans 141
Morgenthau, Henry jr. 252, 279,
349f.
Mosse, Martha 181 f., 324, 326
Murmelstein, Benjamin 136
Mussolini, Benito 19, 98, 105
Müller, Bruno 66 f.
Müller, Heinrich 53, 64, 299
Müller-Hill, Bruno 81
Münchau (Major) 310
- Nagel (Generalmajor) 334
Nathorff, Herta 319
Naumann, Karl 51
Nemsilla, Josef 106
Neuling (Heeresinspekteur) 302, 337
Neumann, Franz von 173, 326
- Oberg, Carl-Albrecht 55 f., 300
Oelhafen, Otto von 311
Ohlendorf, Otto 57, 300
Oppenheimer, Karl 322
Orsenigo, Cesare 243, 289, 339
Orzech, Maurycy 205
Osis, Robert 118, 119, 120, 316
Osten, Fritz-Wedig von der 77
Otter, Göran von 242, 338 f.
- Pacelli, Carlo 293
Painlevé, Paul 132
Palciauskas, Kazys 108, 309
Papen, Franz von 40
Papenkort, Willy 79, 304
Pavlu, Rudolf 334
Pavolini, Allesandro 105
Paxton, Robert 97
Pehle, John W. 347
Pell, Herbert 349
Pellepoix, Louis Darquier de 98
Penzias, Arno 139
Peretz, Aharon 165, 168, 324
Perlzweig, Maurice 258

- Perutz, Max 139
 Peters, Gerhard 339
 Pétain, Philippe 96, 98, 104, 132, 351
 Pfannenstiel, Wilhelm 338
 Philipzig, Walter 304
 Pinkerton, L. C. 345
 Pisarek, Abraham 322 Pius XII. 288,
 291 ff., 352 f.
 Piwonski, Jan 337
 Planck, Max 26, 296
 Plenske, Werner 337
 Poliaków, Leon 338
 Polzer (Kreishauptmann) 317
 Popow, Ivan 99
 Porat, Dina 267
 Post, Eric von 339
 Pozner, Chaim 260 f., 342
 Pressac, Jean Paul 44
 Preysing, Konrad von 293, 353
 Proskauer, Joseph 252, 254, 270, 346
 Prüfer, Kurt 44f., 47
 Prützmann, Hans Adolf 310, 332
 Puaud, Edgar 307
 Pucheu, Pierre 97, 307
 Purschke, Otto 302

 Quisling, Vidkun 94, 231

 Radek, Karl 347
 Rathje, Johannes Friedrich 329
 Rauter, Hanns 64, 95, 301
 Reelitz, Karl 302
 Reichenau, Walter von 73 ff.
 Reiss, Dr. Josef 327
 Rembrandt 231
 Remmers, Hans-Hermann 113, 312
 Renteln, Theodor Adrian von 332
 Ribbentrop, Joachim von 49
 Ricci, Renato 105
 Richter, Gustav 318, 325
 Riedl (Oberstleutnant) 74
 Riegner, Gerhart 257 ff., 261-265,
 267, 270f., 278, 339, 341-346, 349

 Ringelblum, Emmanuel 205, 331
 Ritter, Karl 297
 Ritter, Robert 81
 Robinson, Jacob 229 f., 254 f., 270,
 335, 346
 Ronikier, Graf Adam 173
 Roosevelt, Eleanor 349
 Roosevelt, Franklin D. 63, 244 f., 252
 f., 256, 260, 268, 278, 345 f., 349
 Roques, Franz von 312
 Rosen, Henryk 329
 Rosenbaum, Hermann 154
 Rosenberg, Alfred 43, 49, 298, 332
 Rosenberg, Israel 268
 Rosenberg, Walter 196 f.
 Rosenman, Gedalia 28
 Rosenthal, Hershel 103
 Rothfels, Hans 338
 Rothmund, Heinrich 282 f.
 Rudnicki, Isaac 210
 Ruf, Oskar 112
 Rumkowski, Chaim 127 f., 130,
 135ff., 160f., 166, 317L, 323 f.
 Ruppin, Arthur 321

 Sabiani, Simon 308
 Safran (Oberrabbiner) 326
 Safran, Alexandre 172
 Sagalowitz, Benjamin 261, 342
 Salin, Edgar 259 ff., 342
 Sandberger, Martin 114 f., 314
 Sauer, Helmut 335
 Sauhs, R. 316
 Schellen (Ministerialdirektor) 305
 Scheps, Samuel 342
 Schindler, Oskar 235, 337
 Schirach, Baldur von 297
 Schlegelberger, Franz 40ff., 47, 295,
 305
 Schleicher, Kurt von 40
 Schiupper, Johannes 302
 Schmidt, Josef 141
 Schön, Waldemar 309, 317
 Schönberg, Arnold 140 f.

- Schröder (SS- und Polizeiführer) 315
 Schröter (Sonderführer) 347
 Schubert, Wilhelm 322
 Schulte, Eduard 261 ff., 343
 Schumann, Horst 84
 Schütz (Hauptwachtmeister) 316
 Schwerin von Krosigk, Ludwig
 Johann (Lutz) Graf 40, 42, 47
 Schwinge (Sturmbannführer) 297
 Segrè, Emilio 139
 Seibert, Willi 337
 Septyckyj, Andrej 291 f., 352
 Sevillias, Errikos 208 ff.
 Seyss-Inquart, Arthur 50, 59
 Shertok, Moshe 265, 271 f., 345f.
 Siebert, Friedrich 51
 Silberschein, Adolf 257 f., 341f.
 Silverman, Sydney 262 f., 344
 Silvestravicus, Vladislawas 330
 Simon, Erich 182
 Sinowjew, Grigori 347
 Skvireckas, Juozapas 290
 Slapoberskis 199
 Slotke, Gertrud 154, 322
 Snieg, Shmuel Abba 291
 Sokol, Maria Markowna 308
 Solti, George 141
 Sommer, Artur 259 f., 342
 Sorge, Gustav Hermann 322
 Speer, Albert 22,49,51
 Sperling (Generalmajor) 328
 Spilarewicz, Jadwiga 167
 Springorum, Walther 329
 Squire, Paul 264, 344
 Srebnik, Simon 167
 Ssosnowy (Professor) 223
 Stahel, Rainer 293, 352
 Stahlecker, Walter 117,309, 314, 316
 Stalin, Josef 274
 Standley, William H. 349
 Stange, Otto 64
 Stankewitsch, Stanislaw 108
 Steiger, Eduard von 283
 Stein, Josef 174, 326
 Steinberger, Jack 139
 Stern, Otto 139
 Stock, Walter 326
 Streckenbach, Bruno 300
 Stroop, Jürgen 312, 331
 Stuckart, Wilhelm 87, 296, 305 L,
 332
 Stülpnagel, Otto von 43, 47, 297f.
 Syrup, Friedrich 328
 Szalasi, Ferenc 106
 Szell, George 141
 Szerynski, Josef 174 f., 326
 Zwaijger, Adina Blady 327
 Szykman s. Szerynski
 Szyper, Itzhak 205
 Tartakower, Arie 230, 255, 257 f.,
 268, 270f., 336, 339ff., 346
 Taylor, Myron C. 289, 344, 352
 Taubner, Max 338
 Teller, Edward 141
 Tenenbaum-Tamaroff, Mordechaj
 202-205, 330 f.
 Terboven, Josef 49
 Theilhaber, Felix 321
 Thomanek, Paul 121
 Thomas, Dietrich (Sohn v. Max
 Th.) 58
 Thomas, Max 58f., 81, 300
 Tiso, Josef 33, 289
 Tittmann, Harold 288, 351
 Topf, J.A., und Söhne 44
 Topf, Ludwig jr. 45
 Tory, Avraham 353
 Török, Sandor 172
 Trunk, Isaiah 188
 Tucholsky, Kurt 143, 319
 Tuka, Voytech 289
 Tulp, Sybren 95, 97, 306
 Türk, Richard 329
 Vago, Tibor 338
 Vallat, Xavier 98
 Veesenmayer, Edmund 325

- Verschuer, Otmar Freiherr von 81, 305
 Vialon, Friedrich 52, 299
 Visser, Lodewijk Ernst 130 f.
 Vrba, Rudolf (= Walter Rosenberg) 198, 209 f., 329, 331
 Vrba, Vruzen 196

 Wagner, Arthur (Sohn v. Max W) 156
 Wagner, Dr. Gerhard 295
 Wagner, Eduard 43, 297
 Wagner, Egon (Sohn v. Max W) 156
 Wagner, Max 155 f., 322
 Wagner, Richard 15
 Wahl (Sicherheitsdienst) 327
 Waldman, Morris 270, 346, 350
 Walraven, Cornelis-Christian 59
 Walraven, Eleonora 59
 Walter, Bruno 141
 Warburg, Otto 139, 319
 Wächter, Josef Freiherr von 60
 Wächter, Otto Gustav Freiherr von 50 f., 60, 291 f., 300
 Weinberg, Arthur von 154
 Weingartner, Joseph 347
 Weinmann, Ernst 58 f., 300
 Weinmann, Erwin 58 f., 300
 Weirauch, Lothar 51, 61, 86
 Weiss (Oberst) 119
 Weiss, Woldemar 118, 315
 Weitnauer (Amtsgerichtsrat) 301
 Weizmann, Chaim 266, 271 f., 345 ff.
 Weizsäcker, Ernst von 289f., 352
 Wellers, Georges 329
 Welles, Sumner 343 f., 346, 349
 Werfel, Franz 140, 142 f.
 Werner, Rudolf 113

 Wertheim, Maurice 252, 268
 Wertheimer, Alan 12
 Westerkamp, Eberhard 51 f.
 Wetzler, Erhard 301
 Wetzler, Alfred 197
 Wiechmann, Dr. (Hauptkommissar) 327
 Wiechmann, Gerhard 184
 Wiedemann, Fritz 17
 Wiener, Reinhard 315 f.
 Wiesel, Elie 167, 211, 239, 324, 338
 Wilhelm der Eroberer 247
 Willenberg, Samuel 326
 Willstätter, Richard 139
 Wimmer (Gendarmerieführer) 333
 Wimmer, Fritz 299
 Winkelmann, Otto 329
 Wirth, Christian 242
 Wirths, Eduard 84
 Wise, Stephen 253 f., 258, 262 f., 267-270, 278, 335, 344 ff., 349 f.
 Witenberg, Yitzhak 201 f.
 Wittgenstein, Ludwig 295
 Wittrock, Hugo 64, 301
 Wolff, Karl 154, 332
 Wolinski, Henryk 226, 335
 Woltheimer (Inspekteur) 317
 Wörmann, Ernst 336, 352

 Yosselevska, Rivka 324

 Zadkine, Ossip 140
 Zarzewska, Mindla 191
 Zenner, Carl 113, 312
 Zöpf, Wilhelm 154, 233, 322, 336
 Zündelewicz, Bernard 181
 Zweig, Stefan 140, 143
 Zwingli, Ulrich 287
 Zygielbojm, Szmuel 246

Ortsregister

- Amsterdam 231
 Anjou 247
 Apeldoorn 95
 Athen 124,208
 Auschwitz 36, 44f., 50, 67ff., 83 f.,
 102, 106, 137, 149, 151, 153 f., 167,
 177, 192, 196 ff., 200, 202 f.,
 207-211, 243, 262, 268, 270ff.,
 279, 289
 BabiYar 237
 Baranowicze 184
 Basel 259 f.
 Belgrad 58
 Belzec 36, 58, 83, 111, 113, 149,
 167, 193, 202, 236, 242, 244 ff.,
 262 f., 268
 Bergen-Belsen 207, 211
 Berlin 19, 39 ff., 134, 142, 146, 164,
 190, 241 f., 257, 260, 263, 269, 282,
 289, 293
 Bern 260,278, 283
 Biala Podlaska (Getto) 188
 Bialystok 50, 128, 134 f., 137, 200,
 203 ff., 259, 275
 Bilgoraj 192 f.
 Bjelaja-Zerków 71,74
 Bochum 216
 Borispol 84
 Borissow 108
 Braunau 15
 Breslau 174, 285
 Brest-Litowsk 275
 Brooklyn 141
 Brüssel 259
 Buchenwald 44, 56, 138, 140, 207
 Budapest 54, 102, 106, 172, 259,
 271, 282
 Bukarest 100, 133
 Cernauti (Tschnowtsy) 92
 Charków 107, 221 ff., 275
 Chelmnó s. Kulmhof
 Cherson 112
 Chicago 141
 Clermont-Ferrand 234
 Dachau 138, 140, 207, 293
 Dakar 97
 Danzig 55
 Darmstadt 66
 Daugavpils 118, 275
 Den Haag 59, 154
 Dnjeprpetrowsk 124
 Dorpat 115
 Drancy 150, 191
 Düsseldorf 69, 155
 Erfurt 45
 Florenz 105
 Frankfurt a.M. 150
 Freiburg 46, 140
 Genf 257 ff., 261
 Graz 292
 Grodno 275
 Harku 115
 Iasi 100
 Istanbul 261, 272, 282
 Jagala 115
 Janow 194
 Janow Lubelski (Getto) 192

- Jelgava 118
 Jerusalem 37, 265 f.

 Kachowka 112
 Karlsruhe 46 f.
 Kaunas 76, 108, 115 f., 129, 165, 168,
 209, 219, 275, 290f.
 Keidanen 199
 Khartum 84
 Kielce 225
 Kiew 73, 76, 124, 222, 237, 268, 275,
 291
 Kischinew 275
 Kliniki 79
 Kolomea 196, 258
 Konstantinopel 256
 Kopenhagen 140
 Korosten 112
 Krakau 60, 62, 167
 Kremenschug 107
 Kruszyna 104
 Kulmhof (Chelmo) 46 f., 149, 167,
 202, 262, 268, 271

 Le Chambon 235
 Lechfeld 17
 Leipzig 140, 216
 Leningrad 110
 Liepaja 118, 219
 Linz 15, 18, 20, 22
 Lisets (Lysiece) 167
 Łódź 46, 71, 86f., 124, 127, 135, 137,
 146 ff., 155, 158-162, 165, 180, 186
 f., 191, 255, 271, 293
 London 93, 97, 131, 140, 226 f., 231,
 243 f., 246, 258, 261 f., 265, 279
 Los Angeles 142
 Lublin 63, 180, 186ff., 210, 243, 290
 Lublin (Majdanek) 36, 63, 117, 192,
 209, 262
 Lwow 60, 180, 235, 275, 291 f.

 Mailand 105
 Mariampol (Kapsukas) 116

 Mariupol 151
 Marseille 56, 144
 Mauthausen-Gusen 44, 207, 268
 Minsk 77, 79, 113, 146, 188, 236
 Moskau 276
 Mönchengladbach 217
 München 16 f., 19, 22, 28, 48, 60, 182,
 238

 New York 142 f., 251, 257 f., 261 f.,
 269
 Newark (New Jersey) 71
 Nürnberg 13, 22, 27, 40, 44, 60, 63,
 155

 Odessa 66, 100, 275
 Oschmiana 134
 Oswiecim s. Auschwitz
 Otwock 175
 Oxford 40

 Paris 15, 27, 32, 43, 66, 97, 104 f., 131,
 140, 144, 149, 191, 243, 257, 263
 Pinsk 275
 Poltawa 157
 Ponar 201
 Prag 58, 263
 Pressburg 271

 Raasiku 115
 Radom 51, 56, 62, 86
 Radomyschl 112
 Riga 64, 77, 89, 117 ff., 219, 236, 275
 Rom 105, 136, 194, 288, 290, 292 f.
 Rudensk 79

 Sachsenhausen 56, 138, 152
 Saloniki 32, 195, 231, 281
 Samary 221
 Shanghai 144, 146
 Shitomir 112, 238
 Sighet 239
 Sillein (Zilina) 197

-
- Slonim 275
Sluzk 79
Smolensk 276
Smolewicki 78
Smolewicz 79
Sobibór 36, 38, 83, 113, 149, 167, 200,
202, 205, 237 f., 262, 268
Sofia 91
Solingen 155
Ssosnowy 222 f.
Stalingrad 281
Steyr 15
Swiecian 210
Szeged 238

Tallin 115
Tarnograd 193
Theresienstadt 115, 126, 136, 154, 164,
177, 179, 182, 184, 186, 207, 270f.,
286
Tomaschow (Tomaszo Mazowiecki) 89
Trawniki 113
Treblinka 36, 69, 83, 113, 119, 149,
167, 174f., 181, 200, 202f., 213, 229,
238, 242, 244 ff., 262, 268, 290
Tschernowitz 207
Tschortków (Arbeitslager) 121
Tübingen 58

Uman 112
Uslany-Rudensk 78 f.

Verdun 96
Vichy 96, 98, 131, 265, 286
Viliampol 109

Warschau 50f., 70, 84, 109 f., 119, 124,
127, 134, 137, 161 ff., 166, 180,
184-189, 194, 200, 204 f., 223, 225,
227-231, 244 ff., 269f., 273
Washington 230, 244, 246, 260, 270,
279
Wien 15f., 18, 20, 22, 24, 126f., 140,
142, 150, 263
Wilna 109, 115f., 128 ff., 130, 134,
137, 146, 164, 166, 195, 200f., 204
f., 259, 275, 291
Wolhynien 112, 226
Wroclaw s. Breslau
Würzburg 155

Zagreb 209
Zivierzyniec 193
Zutphen 94
Zürich 259

Robert Antelme
Das Menschengeschlecht
Aus dem Französischen von Eugen Helmlé
Band 14875

Ein einzigartiges Zeugnis, das in der französischen Literatur als Standardwerk über die Lager, die Deportation und die systematische Menschenvernichtung gilt. Robert Antelme, ein Gefährte von Maguerite Duras, berichtet über Leben und Sterben im deutschen Konzentrationslager. Sein Retter war der junge François Mitterrand, der spätere französische Staatspräsident.

«Der Text verweigert jene Betroffenheit, die beim Leser die Illusion des Mitleidens und damit ein gutes Gewissen zu erzeugen vermag, letztlich aber bloss eine Form der Abwehr ist.»
Jochen Hieber, Frankfurter Allgemeine Zeitung

«Eine Pflichtlektüre.»
Rainer Stephan, Süddeutsche Zeitung

Fischer Taschenbuch Verlag